

Arbeitspolitik und nachhaltige Gesellschaftsentwicklung

Diskursanalyse und Reformulierung arbeitspolitischer Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

Dissertation

zur Erlangung des
Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil)
im Fachbereich Bildungs- und Sozialwissenschaften
der Bergischen Universität Wuppertal

vorgelegt von
Torsten Ebbo Brandt

1. Gutachter: Prof. Dr. Heinz Süner
2. Gutachter: Prof. em. Dr. György Széll

Wuppertal, im Januar 2015

Die Dissertation kann wie folgt zitiert werden:

urn:nbn:de:hbz:468-20150909-092111-7

[<http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn%3Anbn%3Ade%3Ahbz%3A468-20150909-092111-7>]

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	9
1.1 Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit als Herausforderungen einer betriebspolitisch verengten Arbeitspolitik.....	9
1.2 Forschungsbedarf und Fragestellungen	15
1.3 Konzept der Problembearbeitung.....	22
2. KRISE DER ARBEITSGESELLSCHAFT UND ZUKUNFT DER ARBEIT	28
2.1 Die Debatten über das ´Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit` in den 1980er Jahren - Problemdefinitionen und Perspektiven	29
2.1.1 Die Thesen über das ´Ende der Arbeitsgesellschaft`	31
2.1.1.1 Zum Begriff ´Arbeitsgesellschaft`	32
2.1.1.2 Die These vom ´Strukturwandel der Arbeit`	34
2.1.1.3 Die ´Rationalisierung der Produktion` als Begründungskontext	36
2.1.1.4 Der ´postmaterialistische Wertewandel` als Ausgangsthese	42
2.1.1.5 Zwischenfazit: Ende oder Krise der Arbeitsgesellschaft?	47
2.1.2 Perspektiven der Alternativökonomie-Diskussion	49
2.1.2.1 Arbeitslosigkeit als Chance zum Ausstieg.....	50
2.1.2.2 Dualökonomische Überlegungen und die Gorzsche Utopie	53
der Befreiung von der Arbeit	53
2.1.2.3 Die Grundeinkommensdiskussion und ihr Revival nach der Jahrtausendwende	62
2.1.3 Gründe für das Scheitern der Debatte über die ´doppelte Krise der Lohnarbeit`	74
2.2 Die Neuaufnahme der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den 1990er Jahren - Problemdefinitionen und Perspektiven	82
2.2.1 Wandel der gesellschaftspolitischen Reformdiskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Deutschland: von der Standortdebatte über Bürgerarbeitskonzepte zur Agenda 2010.....	84
2.2.2 Der konservativ-neoliberale Zukunftsdiskurs: Perspektiven der Zukunftskommissionen am Beispiel der sogenannten „Bayernstudie“	91
2.2.3 Problem Diagnosen und Perspektiven in den Zukunfts- und Alternativszenarien der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte	101
2.2.3.1 Jeremy Rifkin: Ende der Arbeit und Zukunft im Dritten Sektor - Teilhabe am Produktivitätszuwachs oder neoliberales Beschäftigungsprogramm?.....	102
2.2.3.1.1 Rifkins Begründung der These vom „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“	103
2.2.3.1.2 Rifkins Zukunftsszenario: Ende der Massenbeschäftigung ...	106

2.2.3.1.3 Die Perspektiven des Alternativszenarios: Arbeitszeitreduzierung und Dritter Sektor.....	108
2.2.3.1.4 Kommentar.....	116
2.2.3.2 Manuel Castells: Flexibilisierung von Arbeit und Fragmentierung der Gesellschaft im informationellen Kapitalismus - eine institutionelle Herausforderung?	117
2.2.3.2.1 Castells Widerspruch gegen die These vom Ende der Massenbeschäftigung.....	119
2.2.3.2.2 Individualisierung von Arbeit, soziale Polarisierung und drohende Fragmentierung der Gesellschaften	126
2.2.3.2.3 Kommentar.....	128
2.2.3.3 André Gorz: Ende der fordistischen Arbeitsgesellschaft und Multiaktivität als Alternative?.....	131
2.2.3.3.1 Das Problemszenario in „Arbeit zwischen Misere und Utopie“.....	132
2.2.3.3.2 Das Alternativszenario: Multiaktivität, Grundeinkommen, Arbeitsumverteilung und alternative Vergemeinschaftung ..	136
2.2.3.3.3 Perspektivenwechsel: Von der „Kritik der ökonomischen Vernunft“ zu „Arbeit zwischen Misere und Utopie“	145
2.2.3.3.4 Kommentar.....	151
2.2.3.4 Wolfgang Bonß: Entwicklungsmöglichkeiten zwischen Stabilisierung und Transformation	156
2.2.3.4.1 Problemszenario: Dynamisierung der Erwerbsbiografien	156
2.2.3.4.2 Alternativszenarien jenseits und diesseits der Erwerbsarbeit	157
2.2.3.4.3 Kommentar.....	161
2.3 Diskursanalytisches Zwischenfazit zur Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft.....	164
2.3.1 Die Diskussionen der 1980er und 1990er Jahre im Vergleich	165
2.3.2 Genese, Ende und Funktionalität des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses im Kontext eines ´postfordistischen` Restrukturierungsprozesses.....	167
2.3.3 Lehren und weiterführende Fragestellungen der Diskussionen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft.....	173
3. DER NACHHALTIGKEITSDISKURS: KONZEPTIONIERUNG VON ´NACHHALTIGKEIT`, ARBEITSPOLITISCHE LEITKRITERIEN UND DISKURSSTRATEGIEN	180
3.1 Zur Begriffsgeschichte von ´Sustainable Development`: Normative Elemente, Horizonterweiterungen und Verengungen	181
3.2 Nachhaltigkeitskonzepte	194
3.2.1 Nachhaltigkeitsbestimmung als wissenschaftsbasierte Zielvorgabe oder als gesellschaftlicher Suchprozess.....	195
3.2.1.1 Ergebnisbezogene Nachhaltigkeitskonzeptionen in der physischen und systemtheoretischen Argumentation	195
3.2.1.2 Prozessbezogene Nachhaltigkeitskonzeption: Nachhaltigkeit als offener gesellschaftlicher Suchprozess	197

3.2.2 Annahmen über die Substituierbarkeit von Natur, Gesellschaft und Ökonomie: Weak oder Strong Sustainability?	199
3.2.2.1 Substitutionsgebote: Weak Sustainability	200
3.2.2.2 Substitutionsverbote: Strong Sustainability	201
3.3 Leitbilder nachhaltiger Entwicklung: 'Ökologische Modernisierung' und 'Strukturelle Ökologisierung'	203
3.3.1 Das Leitbild der 'Effizienzrevolution' bzw. 'Ökologischen Modernisierung' ..	203
3.3.2 Das Leitbild der 'Strukturellen Ökologisierung' und sein Wohlstandsbegriff ..	206
3.4 Herausforderungen und Perspektiven in der Diskussion über 'nachhaltiges Arbeiten'	210
3.4.1 Arbeit als Parasitismus im Kontext der Dematerialisierungsstrategie	211
3.4.2 Eigenarbeit und anderer Wohlstand in einer dualen Ökonomie	215
3.4.3 Feministische Perspektiven zum Thema nachhaltiges Arbeiten	223
3.4.3.1 Gestaltung des 'Ganzen der Arbeit'	224
3.4.3.2 Eigenarbeit als patriarchale Falle für Frauen	230
3.4.3.3 Grundkonsens und offene Fragen einer nachhaltigen Arbeits(zeit)politik aus Gendersicht	234
3.4.4 Nachhaltige Arbeit in der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“	236
3.4.4.1 Zentrale Thesen und arbeitspolitische Leitkriterien der Wuppertal-Studie	237
3.4.4.2 Kritische Anmerkungen zu den arbeitspolitischen Leitkriterien	242
3.4.5 Das Konzept der Mischarbeit in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“	247
3.4.5.1 Das Konzept der Mischarbeit, Nachhaltigkeitsimplikationen und seine Bedeutung für eine Definition 'nachhaltiger Lebensqualität'	248
3.4.5.2 Strategien und Akteure eines ökologisch-sozialen Strukturwandels aus arbeitspolitisch-sozialer Sicht	256
3.4.5.3 Kritische Anmerkungen	258
3.5 Diskursanalytisches Zwischenfazit zum Nachhaltigkeitsdiskurs: blinde Flecken und emanzipatorisches Potential?.....	266
3.5.1 Diskursverlauf: Genese, Transformation und Ende als multidimensionaler Zukunftsdiskurs – Akteure und Interessen.....	267
3.5.1.1 Phase 1: Genese von 'Sustainable Development' auf supranationaler Ebene im Kontext einer neuen globalen Freihandelsdoktrin	268
3.5.1.2 Phase 2: Transformation auf die nationale Ebene, Bedeutungswandel und Auslaufen als gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs	272
3.5.1.3 Phase 3: Nach dem Ende des gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurses - institutionalisierte Expertendialoge im Regierungsauftrag	279
3.5.2 Diskursstrategien: Bilanz der Entwicklungsversprechungen und blinde Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses.....	280
3.5.2.1 Bilanz der Entwicklungsversprechen: Institutionelle Vereinnahmung und diskursive Umdeutungen von 'sustainable development'	280
3.5.2.2 Blinde Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses	283

3.5.3 Innovatives Potential und Lehren des Nachhaltigkeitsdiskurses?.....	286
3.5.3.1 Innovatives oder emanzipatorisches Potential des Nachhaltigkeitsdiskurses?.....	286
3.5.3.2 Politische Lehren aus dem Scheitern der Nachhaltigkeitsdebatte	289
4. SYNTHESE DISKURSANALYTISCHER BEFUNDE ZUM DISKURS ZUR ZUKUNFT DER ARBEITSGESELLSCHAFT UND ZUM NACHHALTIGKEITSDISKURS	291
4.1 Schnittmenge arbeitspolitischer Perspektiven und blinde Flecken	291
4.1.1 Geteilte Perspektiven trotz unterschiedlicher Begründungskontexte und Motivlagen	291
4.1.2 Übergreifende `blinde Flecken` der Zukunftsdiskurse.....	301
4.2 Thesen zur Genese, zum Auslaufen und zu ausgebliebenen Synergieeffekten der Zukunftsdiskurse	306
4.2.1 Genese und Auslaufen der Zukunftsdiskurse – erfolgreiche Antworten auf zeitweilig ungelöste Herausforderungen eines globalen, neoliberalen Projektes.....	306
4.2.2 Erklärungsansätze für ausgebliebene Synergieeffekte eines window of opportunity	311
5. REFORMULIERUNG ARBEITSPOLITISCHER LEITKRITERIEN EINER NACHHALTIGEN ARBEITS- UND WOHLSTANDSPOLITIK.....	315
5.1 Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte: `Gute Arbeit` als innovatives Konzept?.....	316
5.2 Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen: Synergiepotentiale und blinde Flecken der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten als Ausgangspunkte.....	324
6. PERSPEKTIVEN UND AKTEURSSZENARIEN EINER NACHHALTIGEN ARBEITS- UND WOHLSTANDSPOLITIK.....	331
6.1 Rekapitulierung der bisherigen Argumentation	331
6.2 Problemdimensionen postfordistischer Wohlstandsproduktion im neoliberalen Globalisierungskontext.....	343
6.2.1 Wohlstandsproduktion und (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit im Fordismus	344
6.2.2 Dynamiken und Problemdimensionen postfordistischer Wohlstandsproduktion im neoliberalen Globalisierungskontext.....	353
6.2.2.1 Globalisierung als politisches Netzwerk-Projekt, neoliberaler Paradigmenwechsel wohlfahrtsstaatlicher Politik und Verteilungseffekte	354
6.2.2.2 Problemdimensionen postfordistischer Transformation von Arbeit: Subjektivierung, Entsicherung, Flexibilisierung von Arbeit und	

Arbeitszeiten, Krise der Reproduktionsarbeit und die Entgrenzung von Arbeit und Leben.....	362
6.2.2.3 Inklusion, Exklusion im Postfordismus und Konsequenzen für die Grundlagen von Demokratie und Arbeitspolitik.....	374
6.3 Orientierungsmarken eines erweiterten Wohlstandsbegriffs als Herausforderungen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik.....	384
6.4 Perspektiven und Leitbilder nachhaltiger Arbeit und nachhaltiger Arbeitszeitpolitik	396
6.4.1 Leitbilder der Gestaltung von Arbeit im Vergleich: `Work-Life-Balance`, `Kurze Vollzeit für alle`, `Optionalität von Mischarbeit` als weiterführende Erweiterungen des Leitbildes `Gute Arbeit`?	397
6.4.2 Perspektiven und Strategieelemente einer nachhaltigen Arbeitspolitik: `Gute Arbeit`, `Kurze Vollzeit für alle` und `Optionalität von Mischarbeit` als gemeinsame Herausforderungen	409
6.5 Akteursszenarien und gewerkschaftsstrategische Implikationen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik	422
6.5.1 Erforderliche gewerkschaftsstrategische Reorientierungen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik.....	422
6.5.2 Implikationen: Institutionelle Arrangements und gewerkschaftliche Dilemmata versus `inklusive Solidarität` als gewerkschaftliche Vermittlungsaufgabe	426
6.5.3 Akteursszenarien und Klassen-Lernprozesse als Bedingungen eines Umsteuerns	431
6.5.3.1 Lokaler Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften: Glokalisierung als Herausforderung und Netzwerkbildung als strategische Antwort.....	433
6.5.3.2 Prekarisierung der Mittelschichten, neue Informations- und Kommunikationsbedingungen und die Ermöglichung gemeinsamer Lern-, Bewusstseinsbildungs- und Solidarisierungserfahrungen	441
LITERATURVERZEICHNIS	451
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	483
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	484
ANHANG: GRAFIKEN UND TABELLEN.....	487

1. Einleitung

1.1 Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit als Herausforderungen einer betriebspolitisch verengten Arbeitspolitik

Von Mitte bis Ende der 1990er Jahre bildeten die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und eine multidimensionale, gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsdebatte die zwei zentralen Zukunftsdebatten. In beiden Debatten ging es um ein alternatives Wohlstands- und Gesellschaftsmodell und um Perspektiven einer Erweiterung des auf Erwerbsarbeit fokussierten Arbeitsbegriffs. Haben die Debatten an Relevanz verloren, weil sie als gesamtgesellschaftliche Zukunftsdebatten zur Jahrtausendwende beendet wurden?

Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den 1990er Jahren nicht nur eine Neuaufnahme, sondern zugleich eine politische Aufladung der bereits in den 1980er Jahren geführten soziologischen bzw. dualökonomischen Debatten (u. a. Dahrendorf 1980; Illich 1982; Offe 1984; Huber 1984; Vobruba 1984) darstellte: Angestoßen durch die Thesen von Jeremy Rifkin über das weltweite Ende der industriellen Massenbeschäftigung und die Zukunft der Arbeit im Dritten Sektor (vgl. Ders. 1995) wurde sie zwar auch als sozialwissenschaftliche Debatte geführt (u. a. Castells 1996; Gorz 2000, Castel 2001), politisch relevanter war sie aber als politischer Diskurs auf nationaler Ebene, der in Deutschland von diversen Zukunftskommissionen aus dem politischen Spektrum dominiert wurde (u. a. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, 1997b; Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998; Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 1999; Enquetekommission 'Zukunftsfähiges Berlin' 1999; Hans-Böckler-Stiftung 2000). Dieser Zukunftsdiskurs verlief trotz seines arbeitspolitischen Themas weitgehend losgelöst von gewerkschaftspolitischen Debatten und war auch eine Reaktion auf die aufgekommene Nachhaltigkeitsdebatte.

Die Nachhaltigkeitsdebatte wiederum entstand zunächst auf supranationaler Ebene. Nachdem bereits Anfang der 1970er Jahre, in dem Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972), die Notwendigkeit des Umsteuerns von einem

industri ökonomisch geprägten Wachstumsmodell zu einer Gesellschaft die ökologische Wachstumsgrenzen anerkennt behauptet wurde, erlebte im Jahr 1992 der Begriff 'Sustainable Development' und mit ihm die Nachhaltigkeitsdebatte seinen Durchbruch auf dem 'UN-Umweltgipfel' in Rio de Janeiro. Mit ihm war ein neues Leitbild zur Überwindung der sich krisenhaft zuspitzenden Widersprüche des globalen Kapitalismus geboren, das als umfassende Kompromissformel die Aussöhnung von Nord und Süd, von Ökonomie und Ökologie, von Gegenwart und Zukunft versprach. Zudem wurde der Nachhaltigkeitsbegriff mit Demokratisierungshoffnungen verbunden und von einer Vielzahl international agierender Nichtregierungsorganisationen (NGOs) positiv aufgegriffen, die auf dem 'Rio-Erdgipfel' die Weltbühne betraten und von den Massenmedien als relativ neues Phänomen positiv begrüßt wurden. Auf nationaler Ebene hat danach in Deutschland vor allem die Nachhaltigkeitsstudie 'Zukunftsfähiges Deutschland' (BUND/Misereor 1996) eine gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsdebatte befördert: Ihre Leitbilder eines anderen Wohlstandsbegriffs und die Perspektiven in der Diskussion über nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften signalisierten innovative Potentiale für eine Neuorientierung von Zukunfts-, Arbeits- und Arbeitszeitdebatten. Sie provozierte aber auch Kritik, wie die einer unzureichenden Verbindung von arbeits- und sozialpolitischen Perspektiven mit ökologischen Perspektiven. Anlässlich dieser Kritik und zugleich inspiriert durch die von Jeremy Rifkin reaktivierte Diskussion über die 'Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit', wurden schließlich die diversen Zukunftsstudien von untereinander um Deutungshoheit ringenden, neu gebildeten Zukunftskommissionen in Auftrag gegeben. Die Zukunftsstudien dominierten dann als politischer Diskurs die Debatten zur Zukunft der Arbeit und zur Nachhaltigkeit. Zugleich kam es zu einer Vermischung der beiden Debatten, denn abgesehen von der sogenannten 'Bayern-Studie' (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997), die eine konservativ-neoliberale Ausrichtung vorgab, griffen die genannten Zukunftsstudien den Nachhaltigkeitsbegriff durchgängig auf und etablierten ihn als 'Drei-Perspektiven-Modell' der Nachhaltigkeit, welches bis heute die gleichwertige Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele postuliert.¹ Ausgehend von

¹ Unter 'Nachhaltigkeit' bzw. unter einem 'nachhaltigen Gesellschaftsmodell' wird in dieser Arbeit zunächst allgemein ein verallgemeinerungsfähiges und zukunftsfähiges Produktions- und Konsummodell verstanden. Eine explizite Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsbegriff folgt in Kapitel 3.

diesem Nachhaltigkeitskonzept traten die Zukunftsstudien mit dem Anspruch auf, bisher eher getrennt behandelte Politikbereiche gleichberechtigt zu verbinden. Tatsächlich gelang dieses kaum. Schließlich büßte der Nachhaltigkeitsbegriff an Strahlkraft zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme ein, da er die unterschiedlichen mit ihm verbundenen Hoffnungen nicht erfüllen konnte, und der multidimensionale Zukunftsdiskurs, angetreten um Fragen eines alternativen Wohlstandsmodells mit jenen zur Zukunft der Arbeit zu verbinden, lief zur Jahrtausendwende aus.

Die Konsequenzen des Auslaufens und die zu verbindenden Probleme machen die Aktualität und Relevanz der Debatten deutlich:

Zum einen hat sich der Nachhaltigkeitsbegriff in politisch-institutioneller Hinsicht (etwa mit dem 'Rat für Nachhaltige Entwicklung' der Bundesregierung oder der 'EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung' der Europäischen Kommission) und wissenschaftlich (als eigene Nachhaltigkeitswissenschaft) verankert, allerdings in gesellschaftlich relativ abgekapselten Expertengremien und herrschaftskonformen Dialogen. In diesen wird Nachhaltigkeit zumeist - unter Vernachlässigung absoluter ökologischer Tragekapazitäten - mit Blick auf 'Ressourceneffizienz' im Rahmen einer 'ökologischen Modernisierung' oder einer 'green economy' diskutiert. Auch findet der Nachhaltigkeitsbegriff umgangssprachlich und in Unternehmensselbstdarstellungen (z. B. in Unternehmens- bzw. Nachhaltigkeitsberichten) als beliebiger Container-Begriff breite Verwendung. Zukunftsdebatten, die mit einer alternativen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive verbunden sind, werden jedoch in der Öffentlichkeit nicht mehr ausreichend geführt. Insbesondere Wohlstands- und Gerechtigkeitsfragen nach sozialer Teilhabe und demokratischer Gestaltung werden kaum diskutiert, obwohl angesichts der heute „globalen sozialen Frage“ (Fischer-Lescano 2014) Herausforderungen einer neoliberalen Politik im Globalisierungskontext sichtbar sind und nach grundlegenden Antworten verlangen.

Zum anderen zeigt sich, dass sich auch die 'Arbeitspolitik' bis zur Gegenwart weiterhin im Wesentlichen auf betriebliche Gestaltungspolitik reduziert hat (vgl. Lehndorf 2006; Döhl et al. 2000), obwohl noch nach der Jahrtausendwende die Hoffnung geäußert wurde, dass die 'betriebspolitische Verengung von Arbeitspolitik' durch eine gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsdebatte relativiert werden könnte (vgl. Linne 2003). Die 'Verbetrieblichung von Arbeitspolitik' lässt sich auf die empirische und auf die programmatische Ebene von

Arbeitspolitik beziehen. Auf der empirischen Ebene industrieller Beziehungen sind zunehmend Betriebe und weniger branchenbezogene Aushandlungsprozesse zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern Orte der Durchsetzung konkreter Arbeitsbedingungen geworden.² Dies ist kein spezifisch deutsches Problem. In nahezu allen Ländern der EU-15 kam es etwa seit Mitte der 1980er Jahre zur Entwicklung von tarifpolitischen Mehrebenensystemen, in deren Rahmen Verbandstarifverträge bestimmte Fragen (wie Rahmenregelungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeit und Entgelten) an die Betriebsparteien zur näheren Regulierung delegierten (vgl. Traxler et al. 2001). Seit Mitte der 1990er Jahre werden denn auch in Deutschland verstärkt tarifliche Öffnungsklauseln vereinbart, die die Betriebsparteien unter gewissen Voraussetzungen zur Absenkung der verbandtariflichen Standards von Entgelt und Arbeitszeit ermächtigen (vgl. Schulten 2005). Im Ergebnis befindet sich die Arbeitspolitik aus der Perspektive von Gewerkschaften und Mitarbeitervertretungen in einer eher defensiven, reagierenden Position, da vor Ort oftmals nur eine reaktive betriebliche Anpassung an Marktdynamiken möglich erscheint. Mit der zudem abgenommenen Tarifbindung werden in tariffreien Bereichen Entlohnungs- und Arbeitszeitbedingungen der Beschäftigten, bei und trotz dann nur noch bestehenden gesetzlichen Mindestregulierungen (durch Mindestlohnvorgaben und Arbeitszeitgesetzgebung), zu deren Ungunsten zunehmend individualisiert, als bilaterale Angelegenheit zwischen 'Arbeitgeber' und 'Arbeitnehmer' bzw. 'Kapital' und 'Arbeit'. Die Verbetrieblichung von Arbeitspolitik spiegelt sich auf der programmatischen Ebene von Arbeitspolitik wider. Fragen zur Entwicklung und zu den Perspektiven von Arbeit werden fast ausschließlich auf die betriebliche Ebene bezogen. Dies verhindert die Entwicklung von betriebsübergreifenden, gesamtgesellschaftlichen Perspektiven, die hilfreich sein könnten, um der Arbeitspolitik aus der politischen Defensive herauszuhelfen. So kritisiert Frieder Otto Wolf am aktuellem gewerkschaftlichen Konzept 'Gute Arbeit' (siehe u. a. Ehlscheid/Pickshaus/Urban 2010; Schröder/Urban 2014) eine „strategische Engführung von

² Gemeinhin wird 'Arbeitspolitik' heute über die zwei Teilbereiche der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsbeziehungen definiert (vgl. Keller 2008). Diesbezüglich ist der Ausdruck 'Verbetrieblichung der Arbeitspolitik' eher auf die Ebene der Arbeitsbeziehungen (im Folgenden synonym mit 'industrielle Beziehungen') zu beziehen, also auf das (Macht-)Verhältnis und die nachgelagerten Regelungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bzw. Arbeit und Kapital, da die staatliche Arbeitsmarktpolitik die Arbeitsmarktordnung und die Arbeitsbedingungen weiterhin überbetrieblich hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen reguliert bzw. dereguliert.

Arbeitspolitik auf der betrieblichen Ebene“, da sich die Debatte über ‘Gute Arbeit’ auf die Problematik der Qualität der Arbeit als betriebliche und tarifliche Gestaltungsaufgabe konzentrierte, anstatt die „flexibel-marktgetriebene Produktionsweise“ in seinen gesellschaftspolitischen Auswirkungen anzugehen (vgl. Ders. 2004b: 250). Zwar wird die über das Leitbild ‘Gute Arbeit’ ermöglichte Sensibilisierung und Politisierung der Qualität von Arbeit von Mitarbeitervertretungen angesichts der realen Probleme in der betrieblichen Arbeitswelt als hilfreich empfunden (vgl. Arbeitskammer des Saarlandes 2014), dennoch bemängeln selbst die Initiatoren des Gute Arbeit Konzeptes, dass in perspektivischen Überlegungen der Gewerkschaften zum Beispiel das Ziel einer ‘Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus’ eine besondere Rolle zugewiesen wird, dieses aber nicht programmatisch konkretisiert wird (vgl. Pickshaus 2010; Pickshaus/Urban 2009).

Auch lässt sich aus historischer Perspektive ein reduzierter Gestaltungsanspruch von gewerkschaftlicher Arbeitspolitik feststellen. Zum Beispiel werden alternative Leitbilder und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik, wie die eines erweiterten Arbeitsbegriffs, die ein Zusammendenken von Arbeits- und Sozialpolitik voraussetzen, höchstens lebensphasenspezifisch diskutiert (Ermöglichung von Pflege- und Kinderbetreuungszeiten). Dagegen erscheinen allgemeine Modelle der Arbeitsumverteilung und Arbeitszeitverkürzung, so wie sie etwa in den 1980er Jahren in der gewerkschaftlichen Reformdebatte aufgeworfen wurden, nicht mehr diskutierbar.

Die Verbetrieblichung von Arbeitspolitik auf der programmatischen Ebene führt letztlich zu strategischen Defiziten: Ohne alternative arbeitspolitische Perspektiven einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung können sich auch nicht die für eine entsprechende Umsetzung sozialen Wandels notwendigen Interessen und politischen Akteurskooperationen herausbilden. Im Vergleich zur klaren Strategie im ‘Fordismus’, über nationale, sozialpartnerschaftliche und neokorporatistische Aushandlungsprozesse sowie die Unterstützung einer keynesianischen Wirtschaftspolitik an der Wohlstandsentwicklung zu partizipieren, bleiben unter veränderten Rahmenbedingungen, einer neoliberalen und politischen Globalisierung, die Herausforderungen für Akteure sozialen Wandels, sich hier neu aufzustellen und zu organisieren, unbeantwortet. Global agierende und organisierte Wirtschaftsinteressen dominieren die Gestaltung und Konzeptualisierung der Welt.

Ziele und erkenntnisleitende Idee

Die vorliegende Dissertation zielt darauf, einen Beitrag zur Wiederbelebung einer gesamtgesellschaftlichen Zukunftsdebatte und zur Aufhebung der betriebspolitischen Verengung von Arbeitspolitik zu leisten.

Ausgehend von der Arbeitshypothese, dass die Nachhaltigkeitsdebatte innovatives Potenzial enthält, besteht die erkenntnisleitende Idee dieser Arbeit darin, dieses noch zu prüfende und zu konkretisierende Potential gemeinsam mit Befunden der internationalen, sozialwissenschaftlichen Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und anknüpfend an Begrenzungen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte nutzbar zu machen, um arbeitspolitische Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik mit Blick auf eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung zu reformulieren.

1.2 Forschungsbedarf und Fragestellungen

Das Vorhaben, die Arbeitspolitikdebatte auch mittels Rückgriff auf die Nachhaltigkeitsdebatte programmatisch zu weiten, mag auf Skepsis stoßen:

- (1) Zum einen könnte daran erinnert werden, dass in der Arbeitswissenschaft bereits Mitte der 1980er Jahre konzeptionelle Versuche unternommen wurden 'Arbeitspolitik' umfassender zu definieren, die aber letztlich in der Forschungspraxis nicht gänzlich umgesetzt wurden.
- (2) Zweitens ließe sich einwenden, dass es auch während der Hochzeit der gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskussion - trotz expliziter Versuche - nicht gelang, das Nachhaltigkeitsthema so mit arbeitspolitischen Fragestellungen zu verbinden, dass dieses einen umfassenden Eingang in gewerkschaftliche Debatten erfahren und schließlich die gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte gesellschaftspolitisch geweitet hätte. Inwiefern sollte dieses Vorhaben also heute erneuert werden?
- (3) Schließlich wurde nicht nur kritisiert, dass der Nachhaltigkeitsbegriff von Anfang an gar kein emanzipatorisches Potential enthalten hätte. Auch allein das Auslaufen der gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskussion und die aktuell beliebige Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs könnten als Belege angeführt werden, dass sich der Nachhaltigkeitsbegriff in emanzipatorischer Hinsicht nicht bewährt bzw. überlebt hat. Ein erneuter Rückgriff auf die Nachhaltigkeitsfrage wäre also müßig.

Wie stellt sich bezüglich dieser Einwände der Forschungsbedarf dar, mit welcher Idee eines wissenschaftlichen Vorgehens lässt sich das Problem überhaupt adäquat angehen, und welche Forschungsfragen sind dann zu konkretisieren?

Die Absicht, den Begriff der Arbeitspolitik konzeptionell zu weiten, ist nicht neu: Mitte der 1980er Jahre wurde von Frieder Naschold, seinerzeit Leiter des Forschungsschwerpunktes 'Arbeitspolitik' am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), die Aufhebung der Trennung von Sozial- und Arbeitspolitik anvisiert. Für ein adäquates Verständnis von Arbeitspolitik gelte: „Da zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und ihren

sozialen Voraussetzungen und Folgen ein, wenn auch widersprüchlicher, Entsprechungszusammenhang besteht, ist *Arbeitspolitik nicht nur Arbeitsgestaltungspolitik, sondern Regulationsform auch eben dieses Zusammenhangs von Arbeit und sozialer Sicherung*“ (Naschold 1985: 28; Hervorhebung in kursiv T.B.). Auf der Grundlage dieses Verständnisses von Arbeitspolitik kritisierte Naschold sowohl ökonomische, industriesoziologische als auch sozialpolitische Untersuchungen: „Überwiegend werden Probleme des Arbeits- und Produktionsprozesses ohne Politik und Probleme der Politik ohne Bezug zum Arbeits- und Produktionsprozeß untersucht. Fragen der Sozialpolitik werden meist unter Vernachlässigung ihres Zusammenhangs mit der Arbeit analysiert“ (a. a. O.: 29).³ Ähnlich formulierte auch der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr: „Der Betrieb ist nur zu interpretieren im Netz von Politik“ (Ders. 1984: 460).

Diese Konzeption arbeitspolitischer Forschung konnte sich forschungspraktisch nicht gänzlich durchsetzen.⁴ Heute wird Arbeitspolitik gemeinhin über die zwei ‚Teilbereiche‘ der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsbeziehungen definiert (vgl. Keller 2008) und nicht etwa als Regulationsform des ‚Zusammenhangs‘ von Arbeits- und Sozialpolitik und anderer Politikbereiche, mithin eines umfassenderen Verständnisses von Arbeitspolitik, welches allerdings für die Entwicklung von arbeitspolitischen Perspektiven einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung förderlich wäre. Die Trennung von Arbeits- und Sozialpolitik sowie die relativ isolierte Betrachtung von Arbeitspolitik von umgebenden politischen Entwicklungen werden nur selten explizit kritisiert. Eine solche Ausnahme findet sich bei Steffen Lehdorf, Arbeitszeitforscher am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Für ihn findet Arbeitspolitik zwar auf betrieblicher Ebene statt, über ihre Orientierung würde aber in verschiedenen Arenen gerungen. Er bemängelt, dass die deutsche Arbeitsforschung mehrheitlich betriebszentriert sei: „Die Welt außerhalb des Betriebes hat weitere Dimensionen. Sie zu erforschen, die Beziehungen zwischen den verschiedenen

³ Naschold griff hier für sein Verständnis von ‚Politik‘ und die Unterscheidung unterschiedlicher, aber wechselhaft miteinander verbundener ‚Arenen von Politik‘, auf den britischen Soziologen Michael Burawoy (Ders. 1984) und dessen Differenzierung von Politik in ‚politics in production‘ (im Sinne ‚betrieblicher Produktionspolitik‘) und ‚politics of production‘ (im Sinne ‚staatlich geformter Produktionspolitik‘) zurück. Zur letzteren zählte Burawoy ausdrücklich auch die ‚Reproduktionspolitik‘, die auf all jene Bereiche gerichtet sei, die für die Wiederherstellung von Arbeitskraft relevant sind.

⁴ Zu kritischen Einwänden an Nascholds Konzeption siehe Frerichs (1995). Zur Entwicklung des Forschungsprogramms Arbeitspolitik am WZB zwischen Ende der 1970er Jahre und dem Jahr 2002 siehe Jürgens (2007). Zu gegenwärtigen Fragestellungen der Arbeitspolitik siehe insbesondere Wolf (2004a) und Schmidt (2007).

Akteursebenen und Politikfeldern und zwischen Akteuren und Institutionen zu analysieren, stößt bislang auf geringes Interesse“ (Ders. 2006: 13f.).

Der hier konstatierte Forschungsbedarf einer Weitung der Arbeitspolitikdebatte wurde gerade mit der Verknüpfung der Themen Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit über die Nachhaltigkeitsstudien, die eine gesamtgesellschaftliche Entwicklungsperspektive intendierten, verbunden. Gudrun Linne, die in der Hans-Böckler Stiftung für die Herausgabe der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) verantwortlich war, insistierte – trotz eher geringer gewerkschaftlicher Rezeption der Nachhaltigkeitsstudie - in ihrer Bilanz zur Nachhaltigkeitsdebatte nach der Jahrtausendwende darauf, dass das Leitbild Nachhaltigkeit als arbeitspolitisches Paradigma die Fähigkeit habe, die Arbeitspolitik aus der betriebspolitischen Verengung zu lösen und den Gestaltungsanspruch der Arbeitspolitik neu zu legitimieren. Umgekehrt warf sie ebenso die Frage auf, welchen Beitrag Arbeitspolitik leisten müsste, um den Umsteuerungsprozess in eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen? (vgl. Linne 2003: 407ff.). Ähnlich argumentieren die Gewerkschaftsvertreter Dieter Scholz, Heiko Glawe sowie die Wissenschaftler Helmut Martens, Gerd Peter (der Sozialforschungsstelle Dortmund) und Frieder Otto Wolf (FU Berlin) für eine Revitalisierung von Arbeitspolitik, durch das Aufgreifen globaler Probleme und Fragestellungen der originären (supranationalen) Nachhaltigkeitsdebatte: „Die Entwicklung einer neuen Politik der Arbeit ist daher mit einem vielstimmigen Dialog globaler Probleme verbunden, die in dem vom Neoliberalismus beherrschten Jahrzehnt der 1990er Jahre in vielen Fällen weiter verschärft wurde. Dazu gehören die generellen Themen des Ausgleichs zwischen `Norden und Süden`, zwischen `Arm und Reich`, zwischen `Mensch und Natur`, sowie zwischen `Gegenwart und Zukunft`“ (Scholz et al. 2004: 18).

Forschungsbedarf wird also auch nach dem Auslaufen der gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdebatte von gewerkschaftsnahen Stimmen in der Nutzung von Innovationspotentialen der Nachhaltigkeitsdebatte für die Arbeitspolitik behauptet. Allerdings, um nicht alten Wein in neue Schläuche zu gießen, sollte sich doch zunächst die Frage stellen, warum sich in den 1990er Jahren der Nachhaltigkeits- und der Arbeitspolitikdiskurs nicht ergänzen und zu einer Öffnung der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte beitragen konnten?

Die Frage, ob der Nachhaltigkeitsbegriff überhaupt gesellschaftskritisches Potenzial besitzt, war in den 1990er Jahren im Kontext der aufgekommenen Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte zentral für den Umgang mit dem Nachhaltigkeitsbegriff: Teils wurde der Begriff abgelehnt, oder kritische Stimmen begaben sich ein einen Deutungskampf und versuchten Nachhaltigkeitskonzepte und –prozesse herrschaftskritisch zu hinterfragen und konstruktiv zu begleiten. So vertrat der Entwicklungstheoretiker Leopoldo Mármora die These, dass sich durch die Berücksichtigung der Interessenlagen verschiedener Akteure die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Ziele und Strategien des Nachhaltigkeitskonzeptes erhöhen würde, demnach die Identifizierung der Akteure, Interessen und Konflikte im Handlungsfeld von Sustainable Development zu fordern sei (vgl. Ders. 1992: 45f.). Im Gegensatz zu Mármora wurde diese Möglichkeit von Ebringhausen und Stickler kritisch gesehen und argumentiert, dass es sich bei der Auslassung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Nachhaltigkeitsdiskurs nicht um zufällige Auslassungen handelt, sondern um systematische. Sustainable Development beinhalte gar keine Ansätze zur Problemlösung, der Diskurs sei im Wesentlichen eine Strategie der modernisierten Herrschaftssicherung als Teil der Formierung eines neuen `hegemonialen Projektes` und der Nachhaltigkeitsbegriff insofern abzulehnen (vgl. Dies. 1996).

Die Position von Mármora wird im Rahmen dieser Arbeit geteilt, denn forschungsleitend sind in dieser das Diskursverständnis und die methodische Idee, dass es in Diskursen, im Rahmen von Diskursstrategien unterschiedlicher Debattenteilnehmer, immer auch Deutungskonflikte damit konkurrierende Thesen gibt, die zwar im Diskursverlauf über das Agenda-Setting dominanter Thesen ausgeblendet werden, dennoch im Rahmen einer Diskursanalyse, gemeinsam mit den ausgeblendeten Themen (`blinde Flecken`) des Diskurses rekonstruiert und für eine diskurskritische Reformulierung zur Verfügung gestellt werden können.⁵ Davon ausgehend sagt auch das Auslaufen von Debatten zunächst nichts über den Umfang des kritischen Potentials von Debatten aus. Die Tatsache, dass der Nachhaltigkeitsbegriff weiterhin von mächtigen politischen Akteuren und Unternehmen genutzt wird, signalisiert eher die potentielle politische Brisanz des Nachhaltigkeitsbegriffs. Dennoch, selbst wenn das unterstellte emanzipatorische Potential des Nachhaltigkeitsbegriffs freigelegt werden kann,

⁵ Siehe dazu ausführlicher Abschnitt 1.3 („Konzept der Problembearbeitung“).

der Einwand – der Nachhaltigkeitsbegriff habe sich überlebt – bleibt problematisch, denn der Nachhaltigkeitsbegriff lässt sich nicht ohne weiteres neu interpretieren und emanzipatorisch auffüllen. Wesentlich ist vor diesem Kontext die Einschätzung, dass der Abgesang auf den Nachhaltigkeitsbegriff nur eine Momentaufnahme darstellt, denn der Nachhaltigkeitsbegriff ist als normatives Konzept und umkämpfter Begriff zu interpretieren, der damit – ähnlich wie etwa der Begriff der ‚Gerechtigkeit‘ - immer nur vorläufig in Rahmen von Diskursstrategien definiert wird und insofern – eine entsprechende Unterstützung vorausgesetzt - auch kritisch gewendet reaktiviert werden kann!

Wie also lässt sich das Problem überhaupt wissenschaftlich bearbeiten? Diese Arbeit, mit dem Haupttitel „Arbeitspolitik und nachhaltige Gesellschaftsentwicklung“, lässt sich in den Kontexten der relativ jungen Nachhaltigkeitsforschung, arbeitssoziologischer wie arbeitspolitischer Debatten und wohlfahrtsstaatlicher- wie globalisierungs- und kapitalismuskritischer Debatten verorten. Ihr Untertitel „Diskursanalyse und Reformulierung arbeitspolitischer Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik“ spiegelt die Idee für das grundsätzliche, zweistufige methodische Vorgehen:

Zunächst werden im Rahmen einer Diskursanalyse die Leitkriterien und ‚blinden Flecken‘ der Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit rekonstruiert. Es wird ermittelt, in welchen politisch-ökonomischen Kontext die Diskurse welche gesellschaftspolitische Funktion erfüllten, mithin warum sie überhaupt entstanden sind und schließlich beendet wurden sowie wie es um die kritische Substanz der Debatten bestellt ist. Von Interesse ist auch, welche politischen Lehren aus den Debattenverläufen zu ziehen sind und welche ‚inhaltlichen Mehrwerte‘, welche Synergiepotentiale im Rahmen einer Stärken-Schwächen-Analyse und Schneidung der Nachhaltigkeitsdebatte, der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der gewerkschaftlichen Gute Arbeit-Debatte zu erkennen sind. Im Ergebnis dieser Analysen wird eine systematisch und diskursanalytisch fundierte Reformulierung von weiterführenden arbeitspolitischen Leitfragen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik stehen. In einem zweiten Schritt werden dann, basierend auf den derart reformulierten Leitkriterien und politischen Lehren der Diskursanalysen, im Rahmen einer gesellschaftstheoretisch und empirisch fundierten Bestandsaufnahme, Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik ausdifferenziert.

Konkret stehen zunächst - im Rahmen eines diskursanalytischen Vorgehens - folgende Fragestellungen im Fokus:

- (1) Welche Schnittmengen arbeitspolitischer Perspektiven und 'blinder Flecken' zeigen sich in einer diskursanalytischen Schneidung der in den 1990er Jahren auf politischer Ebene geführten Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit?
- (2) Warum wurden diese Diskurse überhaupt geführt und von Seiten der Politik befördert (welche Funktion erfüllten sie), warum wurden sie so schnell wieder beendet, wie stellt sich also der gesellschaftspolitische Diskurskontext dar?
- (3) Enthält der Nachhaltigkeitsdiskurs überhaupt innovatives oder gesellschaftskritisches Potential, das für eine Reformulierung der Arbeitspolitikdebatte nutzbar sein könnte?
- (4) Warum haben sich der Nachhaltigkeits- und der Arbeitspolitikdiskurs entgegen geäußerter Hoffnungen nicht ergänzt und zu einer Öffnung der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte beigetragen?
- (5) Worin bestehen die Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte?
- (6) Welche inhaltlichen Ergänzungen zwischen der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte, der Nachhaltigkeitsdebatte und der sozialwissenschaftlichen Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft ergeben sich für eine Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien?
- (7) Wie müsste die Arbeitspolitikdebatte geführt werden bzw. welche weiterführenden Leitfragen lassen sich reformulieren, ausgehend von den blinden Flecken der Zukunftsdiskurse, dem innovativen Potential der Nachhaltigkeitsdebatte, sozialwissenschaftlichen Befunden der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Restriktionen wie Perspektiven der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte?

Bezüglich der - im Rahmen einer empirischen und gesellschaftsanalytischen Bestandsaufnahme - zu entwickelnden arbeitspolitischen Perspektiven wird von folgenden Arbeitshypothesen ausgegangen:

Eine 'nachhaltige Arbeits- und Wohlstandspolitik' formuliert Perspektiven, die

- (1) die Reproduktion sozialer Ungleichheit ins Visier nehmen und Problemdimensionen der Transformation von Arbeit und Sozialstrukturen sowie demokratische Defizite im neoliberalen postfordistischen Globalisierungsprozess verorten,
- (2) auf einen alternativen Wohlstandsbegriff orientieren,
- (3) ausgehend von der Notwendigkeit einer Erweiterung des Arbeitbegriffs, Leitbilder nachhaltiger Arbeit und einer nachhaltigen Arbeitszeitpolitik als Erweiterungen des originär gewerkschaftlichen Leitbildes 'Gute Arbeit' diskutieren und nach entsprechenden Umsetzungsstrategien fragen, die zwangsläufig auch arbeits- und sozialpolitische Herausforderung zusammendenken und verbinden.

Zudem wird anknüpfend an inhaltliche Gestaltungsperspektiven die politisch entscheidende Frage zu diskutieren sein, welche Rolle hierbei gewerkschaftliche Akteure spielen könnten und welche Akteursszenarien und Bedingungen im Kontext der Globalisierungsdynamik denkbar sind, die für ein entsprechendes Umsteuern förderlich wären?

1.3 Konzept der Problembearbeitung

In dieser Arbeit werden im Rahmen eines zweistufigen und iterativen Vorgehens eine Diskursanalyse durchgeführt und ihre Ergebnisse mit einer gesellschaftsanalytischen - sowie da wo notwendig auch empirischen - Bestandsaufnahme kombiniert, um arbeitspolitische Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik zu entwickeln. Dieser Forschungsprozess wird im Kontext kritischer Gesellschaftstheorie nicht als werturteilsfrei unterstellt, weshalb neben dem analytischen auch das gesellschaftspolitisch motivierte Erkenntnisinteresse herausgestellt wurde.⁶

Um das Konzept der Problembearbeitung darzustellen, ist zunächst näher zu erläutern, was im Rahmen dieser Arbeit unter den Begriffen 'Diskurs' und 'Diskursanalyse' verstanden wird, und inwiefern angesichts des Erkenntnisinteresses die methodische Wahl eines auch diskursanalytischen Vorgehens zielführend sein soll?

Zentral für das Verständnis der Diskursanalyse als erkenntnistheoretisches Modell sind die Arbeiten des französischen Philosophen und Historikers Michel Foucault (vgl. Ders. 1976, 1981, 1983, 1994). In deren Mittelpunkt steht die Analyse der Machtwirkungen von Diskursen. Diskurse seien deshalb relevant, weil sie „systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981: 74) und „als Teil eines weiteren Macht- und Praxisfeldes“ (Dreyfus/Rabinow 1994: 232) zu sehen sind. Wie aber können Diskurse derart wirkungsmächtig werden? Der britische Soziologe Stuart Hall hat folgende Aussage getroffen: „Wenn innerhalb eines besonderen Diskurses Aussagen über ein Thema getroffen werden, ermöglicht es der Diskurs, das Thema in einer bestimmten Art und Weise zu konstruieren. Er begrenzt ebenfalls die anderen Weisen, wie das Thema konstruiert werden kann“ (Ders. 1994: 150). Es geht also um die Konstruktion oder Setzung von thematischen Inhalten und um 'blinde Flecken', also um das Ausblenden von Themen. Wichtig ist zudem,

⁶ Nicht zuletzt Michel Foucault insistiert darauf, „dass Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; dass es keine Machtbeziehung gibt, ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, was nicht gleichzeitig Machtbeziehung voraussetzt und konstituiert“ (Ders. 1974: 39). Wahrheit hängt also nicht von einem quasi überparteilichen Standpunkt ab. Allgemeine Geltung von Ansichten findet sich eher auf Gebieten, „die nicht unmittelbar mit gesellschaftlichen Kämpfen zusammenhängen“ (Horkheimer 1937: 176). Kritische Gesellschaftstheorie begreift sich daher selbst als geschichtlich (vgl. Adorno 1969: 761). Wesentlich ist, dass Theorie nicht nur ihren Gegenstand konstruiert, sie steht immer vor der Alternative, zur Reproduktion der bestehenden Verhältnisse oder zur Veränderung beizutragen (vgl. Demirovic 2004: 475f.).

dass die allmähliche Transformation vorherrschender Deutungs- und Bewertungsmuster von politischen und gesellschaftlichen Akteuren intentional und – im Rahmen von Diskursstrategien - strategisch betrieben wird. So betont der deutsche Soziologe und Politologe Michael Schetsche, dass es Aufgabe von Diskursstrategien ist, die Problemwahrnehmung und die mit ihr verbundenen Handlungsanleitungen rhetorisch so abzusichern, dass es beim Subjekt erst gar nicht zu einem Abwägen kommt, ob ‚die Sache‘ näherer Aufmerksamkeit und einen eigenen Ressourceneinsatz Wert ist (vgl. Ders. 2008: 129 ff). Ausgehend von diesen Interpretationen zielt eine ‚Diskursanalyse‘ auf die nicht hinterfragten ‚blinden Flecken‘ der Diskurse, die der Nichtthematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen dienen und auf die Diskursstrategien der beteiligten Akteure. Die methodische Frage des diskursanalytischen Vorgehens dieser Arbeit lautet mithin vereinfacht: Wer thematisiert in den Diskursen was, mit welchem Ziel, was nicht und mit welchen Folgen?⁷

Zudem wird für das diskursanalytische Vorgehen davon ausgegangen, dass es in der Entstehung und Entwicklung von Diskursen - im Rahmen von Diskursstrategien unterschiedlicher Akteure und Akteursinteressen - anfänglich sichtbare Deutungskonflikte und konkurrierende Thesen gibt, die schließlich einem rhetorisch abgesicherten Agenda-Setting weichen (aus einer Debatte wird ein Diskurs). Wichtig ist diesbezüglich die forschungsmethodologische Überlegung, dass sich mit einer Rekonstruktion der ausgeblendeten Thesen und mit einer gesellschaftspolitischen Kontextualisierung der wesentlichen sich durchsetzenden Aussagen, sich neben den dominierenden Diskursstrategien auch die ‚blinden Flecken‘ des Diskurses eingrenzen lassen, die in dieser Arbeit *als Ausgangspunkte* für die anvisierte (emanzipatorische) Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen zu nutzen sind.

Bezüglich der für das diskursanalytische Vorgehen auszuwählenden Diskurse ließe sich argumentieren, dass allein der diskursanalytische Rückgriff auf den ‚neoliberal-konservativen Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft‘ der 1990er Jahre (etwa am Beispiel der ‚Bayernstudie‘, siehe Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, 1997b) - ohne eine Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsdiskurses - für eine emanzipatorische Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien ausreichend sein könnte. Hier wäre aber einzuwenden, dass im Fall von Debatten, die - wie im vorliegenden Fall - von

⁷ Für einen Überblick zum Thema Diskursanalyse siehe auch Ulrich (2008) sowie für eine Einführung in die Diskursanalyse von Foucault siehe Schneider/Kerchner (2006).

unterschiedlichen Forschungsdisziplinen und Wissenschaftstraditionen sowie in unterschiedlichen politischen Debatten und Diskursräumen zu einem gleichen Thema geführt werden, über eine Stärken-Schwächen-Analyse der einzelnen Debatten und eine diskurskritische Schneidung Synergiepotentiale sichtbar gemacht werden können, die den Erkenntnisfortschritt begünstigen. Daher bietet es sich an, die jeweilige Behandlung des Themas 'Zukunft der Arbeit' im Nachhaltigkeitsdiskurs und im neoliberal-konservativen Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre, in den sozialwissenschaftlichen Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre und seit den 1990er Jahren sowie in der gewerkschaftspolitisch inspirierten Arbeitspolitikdebatte um 'Gute Arbeit' nach der Jahrtausendwende (an die es mit dem Ziel der Erweiterung der betriebspolitisch verengten Arbeitspolitikdebatte anzuknüpfen gilt) zu berücksichtigen. Gerade der multidimensionale Nachhaltigkeitsdiskurs der 1990er Jahre ist von besonderem Interesse, da seine Genese auf supranationaler Ebene in direktem Zusammenhang mit der Neustrukturierung des globalen Kapitalismus und seiner Problementfaltung steht, er sich insofern im Rahmen einer Diskursanalyse vorzüglich für eine politisch-ökonomische Kontextualisierung des Globalisierungsbezuges der Diskurse sowie verbundener Diskursstrategien eignet, er mit seinen originären Entwicklungsversprechungen, zur Lösung der globalen Probleme des Kapitalismus beizutragen, 'gesellschaftskritisches Überschusspotential' verheißt und in der Debatte um 'nachhaltiges Arbeiten' innovative arbeitspolitische Leitkriterien vermutet werden.

Der Gang der Untersuchung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

In Kapitel 2 „Krise der Arbeitsgesellschaft und Zukunft der Arbeit“ werden die Debatten der 1980er und 1990er Jahre rekonstruiert und einem diskursanalytischen Zwischenfazit unterworfen:

- Zunächst werden in Kapitel 2.1 die Anfang bis Mitte der achtziger Jahre aufgestellten und in gesellschaftsanalytischer Hinsicht interessanten sozialwissenschaftlichen Begründungskontexte über das 'Ende der Arbeitsgesellschaft' und die mit ihr verbundene Alternativökonomie-Diskussion (Ausstiegs-, Dualwirtschafts- und Grundeinkommensdiskussion) kurz skizziert sowie Gründe für das Auslaufen der Debatten formuliert.
- In Kapitel 2.2 geht es um die 'Neuaufnahme der Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den 1990er Jahren': Einleitend wird der Wandel der

gesellschaftspolitischen Reformdiskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Deutschland skizziert. Nachfolgend werden die arbeitspolitischen Leitkriterien des neoliberalen Zukunftsdiskurses am Beispiel der 'Zukunftsstudie der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen' (Kommission 1996, 1997a, 1997b) dargestellt und mit einer systematischen Darstellung der wesentlichen Debattenanstöße der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte (u. a. Rifkin 1995, Castells 1996, Gorz 2000) rekonstruiert. Deren Beiträge kontextualisieren die Globalisierungsdynamik und liefern gesellschaftsanalytisch wie arbeitspolitisch interessante Leitkriterien.

- Mit dem diskursanalytischen Zwischenfazit in Kapitel 2.3 werden die Genese, das Ende und die Funktionalität des neoliberalen Zukunftsdiskurses im Kontext des politisch-ökonomischen Umbruchs des Kapitalismus herausgearbeitet. Wichtig ist hier die Frage, welche Funktion die im Diskurs postulierte These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt, erfüllte. Zudem werden politische Lehren und weiterführende Fragen konkretisiert.

In Kapitel 3 steht die Analyse des multidimensionalen Nachhaltigkeitsdiskurses der 1990er Jahre im Mittelpunkt:

- In den Kapiteln 3.1 bis 3.4 werden die Begriffsgeschichte von 'Sustainable Development', divergierende Nachhaltigkeitskonzeptionen, Leitbilder nachhaltiger Entwicklung sowie Herausforderungen und Perspektiven in der Diskussion über nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften dargestellt.
- Im diskursanalytischen Zwischenfazit zum Nachhaltigkeitsdiskurs (Kapitel 3.5) geht es um eine Analyse der unterschiedlichen Phasen des Diskurses, um die verfolgten Diskursstrategien, um die Deutungskämpfe um den Inhalt des Nachhaltigkeitsbegriffs und um die beteiligten Akteure. Es werden sowohl das innovative und kritische Potenzial des Nachhaltigkeitsbegriffs als auch die 'blinden Flecken' des Nachhaltigkeitsdiskurses analysiert und politische Lehren aus dem Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses gezogen.

In Kapitel 4 „Synthese diskursanalytischer Befunde zum Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und zum Nachhaltigkeitsdiskurs“ werden

- die Schnittmengen der arbeitspolitischen Perspektivenformulierungen und gemeinsamen 'blinden Flecken' der beiden wesentlichen Zukunftsdiskurse der 1990er Jahren herausgearbeitet (Kapitel 4.1).

- Diese zusammenfassende Kontextualisierung der Diskurse leitet in Kapitel 4.2 zu den Forschungsfragen über, warum die beiden Zukunftsdiskurse überhaupt geführt wurden und warum sie beide bereits nach kurzer Zeit ausliefen, nicht thematisch voneinander profitierten und die betriebspolitisch verengte Arbeitspolitikdebatte nicht erweitern konnten.

Für eine Reformulierung arbeitspolitischer Perspektiven ist zunächst die Entwicklung der 'richtigen' Leitfragen entscheidend, auf die Kapitel 5 abzielt:

- Ausgangspunkte bilden in Kapitel 5.1 „Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte“ konkret die Kampagne und das Leitbild 'Gute Arbeit', auch um für die Perspektivenformulierung eine Anschlussfähigkeit an gewerkschaftliche Debatten sicherzustellen.
- Die Perspektiven und Restriktionen dieser aktuellen gewerkschaftlichen Debatte bilden zusammen mit den arbeitspolitisch blinden Flecken der Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit, dem innovativen Potential der Nachhaltigkeitsdebatte und den in Kapitel 5.2 konkretisierten Arbeitshypothesen über inhaltliche Ergänzungen (oder Synergiepotentiale) der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten, die Basis für die abschließende Reformulierung der Leitfragen.

In Kapitel 6 werden die reformulierten Leitkriterien einer gesellschaftsanalytischen und empirischen Bestandsaufnahme unterzogen, um fundierte „Perspektiven und Akteursszenarien einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik“ zur Diskussion zu stellen.

- In Kapitel 6.1 werden die bisher wesentlichen diskursanalytischen Argumentationen rekapituliert (es wird eine komprimierte Zusammenfassung der bisherigen Arbeitsschritte und Ergebnisse geliefert) und die reformulierten arbeitspolitischen Leitfragen fokussiert, die die weitere Kapitelfolge (Kapitel 6.2 bis 6.5) strukturieren:
- In Kapitel 6.2 werden, nach einem Resümee zur 'fordistischen Wohlstandsproduktion', die Dynamiken und Problemdimensionen 'postfordistischer Wohlstandsproduktion' im neoliberalen Globalisierungskontext herausgearbeitet, dies auch unter Rückgriff auf aktuelle empirische Befunde und Gegenwartsanalysen der Arbeitssoziologie, Ungleichheits- und Exklusionsforschung, hinsichtlich des Globalisierungsbegriffs, des Paradigmenwechsels wohlfahrtstaatlicher Politik, der

Transformation von Arbeit und von Sozialstrukturen, Demokratie und Handlungsbedingungen von Arbeitspolitik selbst.

- Vor dem Hintergrund der multiplen Problemlagen der postfordistischen Wohlstandproduktionen fokussiert Kapitel 6.3 „Orientierungsmarken eines erweiterten Wohlstandsbegriffs als Herausforderungen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik“.
- In Kapitel 6.4 werden „Perspektiven und Leitbilder nachhaltiger Arbeit und nachhaltiger Arbeitszeitpolitik“ zur Diskussion gestellt: Zunächst wird ein Vergleich alternativer Leitbilder der Gestaltung von Arbeit (‘Work-Life-Balance`, ‘Kurze Vollzeit für alle`, ‘Optionalität von Mischarbeit`) vorgenommen, der sich auf die Frage fokussiert, inwiefern diese Leitbilder eine Erweiterung des gewerkschaftlichen Leitbildes ‘Gute Arbeit` darstellen. Sodann wird vorgeschlagen, über welche verbindenden politischen Strategien die Leitbilder ‘Gute Arbeit`, ‘Kurze Vollzeit für alle` und ‘Optionalität von Mischarbeit` verknüpft und zugleich erweitert werden müssten, um im Verbund Kernpunkte eines Gesamtkonzeptes nachhaltiger Arbeitspolitik abbilden zu können.
- In Kapitel 6.5 werden schließlich „Akteursszenarien und politische Implikationen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik“ entfaltet: Zunächst wird diskutiert welche gewerkschaftsstrategischen Implikationen mit den formulierten Perspektiven zu verbinden sind. Abschließend werden in Kapitel 6.5.3 Thesen zu der Frage aufgestellt, welche gesellschaftspolitischen Akteursszenarien und ‘Klassen-Lernprozesse`, im Globalisierungskontext, unter welchen Bedingungen und mit welchen politischen Perspektiven, überhaupt denkbar sind, die ein entsprechendes Umsteuern befördern könnten.

2. Krise der Arbeitsgesellschaft und Zukunft der Arbeit

Die internationale sozialwissenschaftliche Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft wurde von Jeremy Rifkin (1995) und seine These über das 'Ende der Massenbeschäftigung und die Zukunft des Dritten Sektors` angestoßen. Rifkins These wurde zudem in Deutschland durch Zukunftsstudien diverser Zukunftskommissionen aus dem politischen Raum, die sich zumindest programmatisch mehrheitlich auch auf den Nachhaltigkeitsbegriff bezogen, aufgegriffen (u. a. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997a,b; Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998; Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 1999; Enquetekommission Zukunftsfähiges Berlin 1999; HBS 2000). Das geradezu inflationäre Erscheinen dieser Zukunftsstudien, mithin die Entstehung eines von etablierten politischen Akteuren geführten Zukunftsdiskurses, in einer Zeit, in der nach dem Wegfall der sozialistischen Systemkonkurrenz und dem „Ende der Utopien“ (Marcuse 1968) das Thematisieren von Zukunftsfragen in der politischen Öffentlichkeit zuvor gerade nicht dem aktuellen Zeitgeist entsprach, macht misstrauisch: Wer waren die Zukunftskommissionen, wer setzte sie warum ein, welche Zukunftsfragen wurden diskutiert, welche Antworten wurden gegeben? Und vor allem: Was wurde gerade nicht, mit welchen Folgen thematisiert?

Die von Rifkin zwar angestoßene, aber von den Zukunftskommissionen nicht weiter aufgegriffene, gesellschaftsanalytisch wie gesellschaftspolitisch interessante internationale sozialwissenschaftliche Debatte (u. a. Castells 1996, 1997, 1998; Gorz 2000) liefert in den Abschnitten 2.2 und 2.3 zur Beantwortung dieser Fragen wichtige Kontextualisierungen und darüber hinaus arbeitspolitische Perspektiven, die für eine Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik hilfreich sein können.

Zuvor ist allerdings daran zu erinnern, dass die Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der ersten Hälfte der 1980er Jahre schon einmal geführt wurde, allerdings mit gewagteren und grundsätzlicheren Fragestellungen als danach. Von daher sollte es sich lohnen einen Vergleich der sozialwissenschaftlichen Debatte Anfang der 1980er Jahre

über das ´Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit` mit der Neuaufnahme der Debatten zur ´Zukunft der Arbeitsgesellschaft` in den 1990er Jahren anzustrengen.

2.1 Die Debatten über das ´Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit` in den 1980er Jahren - Problemdefinitionen und Perspektiven

Hintergrund für die Debatte um das ´Ende und die Zukunft der Arbeit` war die Rezession von 1975, mit dem darauf folgenden Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit auf rund sechs Prozent bis zur zweiten Ölkrise 1979. Kurzarbeit und Massenentlassungen statt Vollbeschäftigung waren die in der deutschen Nachkriegszeit erstmals erlebten Folgen. Die Politik setzte auf Wachstum und versuchte vergeblich mit Konjunkturförderungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, während zugleich weltweit tätige Großunternehmen zunehmende Beschäftigungszahlen und Umsätze verzeichneten. Eine verschärfte internationale Arbeitsteilung deutete sich an, die Ära von Massenproduktion und Massenkonsum geriet in die Krise. Als in der öffentlichen Debatte über die Zukunft der Arbeit zunehmend deutlich wurde, dass getätigte Investitionen der öffentlichen Hand in das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen nicht zur erhofften Vollbeschäftigung zurückzuführen vermochten, wurde alsbald auf Arbeitszeitreduzierungen und Arbeitszeitumverteilungen gesetzt, um dem Problem der zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Damit schien es so, als habe sich der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) - das „goldene Vierteljahrhundert“ von 1950 bis 1975 - für alle Zeit zu Ende geträumt. Zugleich gab es, in der letzten großen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche in den 1980er Jahren, Ansätze zu einem neuen gesellschaftspolitischen Konsens und eine relativ große Bereitschaft – auch über einen kleinen Zirkel hinaus – anzuerkennen, dass Zeit eine Form und ein Indikator von Wohlstand ist (Kurz-Scherf/Roitsch 2001).

In dieser gesellschaftspolitischen Situation stieß 1980 der Soziologe und liberale Politiker Ralf Dahrendorf mit der Behauptung vom „Entschwinden der Arbeitsgesellschaft“ die soziologische Krisendiskussion an. 1982 wurde sie dann auf dem Bamberger Soziologentag

mit dem Thema „Krise der Arbeitsgesellschaft“ zum zentralen Gegenstand und mit der Frage nach der „Zukunft der Arbeit“ verbunden. In dieser eher gesellschaftstheoretischen Diskussion der soziologischen Fachöffentlichkeit ging es um folgende Fragen:

- (1) Taugt Arbeit noch als soziologische Schlüsselkategorie (Offe 1984)?
- (2) Wie ist das „Ende“ oder die „Krise“ der „Arbeitsgesellschaft“ zu begründen (Dahrendorf 1980, 1984; Gorz 1980, 1983; Lutz 1984; Offe 1984)?
- (3) Zeichnet sich nach dem „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ein qualitativ neuer, nachindustrieller Vergesellschaftungstyp ab, z. B. die „Dienstleistungsgesellschaft“ (Offe 1984), die „Risikogesellschaft“ (Beck 1986), die „Kulturgesellschaft“ (Gorz 1989) oder - konträr zur Behauptung von „Ende der Arbeitsgesellschaft“ - die „Selbstbedienungsgesellschaft“ (Gershuny 1983)?
- (4) Haben sich die nach marxistischer Auffassung emanzipatorischen Potentiale der Erwerbsarbeit erschöpft? Anders formuliert: Geht es um die Befreiung von der Arbeit oder um die Befreiung in der Arbeit (Gorz 1989)?

Daneben entstand eine breite Alternativökonomie-Diskussion über Alternativen zur „industriell-kapitalistischen Produktion und Arbeit“. Ihr Diskussionsstrang verlief vom Ausstieg aus der Lohnarbeit und Umstieg in den „informellen Sektor“ zu pragmatischeren, dualwirtschaftlichen Überlegungen und schließlich zur Diskussion um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, in der er dann verebbte. Das Ende der Vollbeschäftigung wurde in der Alternativökonomie-Diskussion nicht, wie in der Gegenwart, ausschließlich als Verlust begriffen, sondern traf, jenseits der öffentlichen Mainstream-Debatte mit der eher defensiven Ausrichtung auf Konjunkturförderungsmaßnahmen und Arbeitszeitreduzierungen, auf eine kritische, politische und sozialwissenschaftliche Öffentlichkeit, die den Wegfall von Arbeitsplätzen auch als Chance sah. Zu dieser ungewöhnlich anmutenden Diskussion merkte der Soziologe Georg Vobruba Ende der 1990er Jahre rückblickend an: „Wenn die Analyse der Unwahrscheinlichkeit der Vollbeschäftigung zutrifft, dann sind realistische Positionen eher in dem Rahmen zu finden, den diese Diskussion absteckt (Vobruba 1998: 26).“

Im Folgenden werden die Anfang bis Mitte der achtziger Jahre aufgestellten Thesen über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und die mit ihr verbundene Diskussion um die „Zukunft der

Arbeit“ (Ausstiegs-, Dualwirtschafts- und Grundeinkommensdiskussion) skizziert und kommentiert sowie Gründe für das Auslaufen der Debatten in den 1980er Jahren diskutiert.⁸

2.1.1 Die Thesen über das ‚Ende der Arbeitsgesellschaft‘

In die sozialwissenschaftliche Debatte über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ wurde der Begriff „Arbeitsgesellschaft“ eingebracht, obwohl es zuvor in der Arbeitssoziologie Tradition war, die Gesellschaft als „kapitalistische Industriegesellschaft“ zu beschreiben (vgl. Beckenbach 1991). Zugleich wurde das „Entschwinden“ (Dahrendorf 1980) oder das „Ende“ der Arbeitsgesellschaft (Offe 1984) behauptet. Zudem firmierte die Debatte auch unter dem Vorzeichen „Krise“ (vgl. Nickel 1999).

Vor diesem Hintergrund sind zunächst Hinweise zum Begriff „Arbeitsgesellschaft“ sinnvoll. Darauf aufbauend werden die Begründungskontexte und Thesen die das „Ende“ und die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ begründen sollten, dargestellt und kommentiert. Diese basierten im Wesentlichen auf drei Begründungskontexten:

- (1) dem „Strukturwandel der Arbeit“,
- (2) der „Reduktion des Arbeitsvolumens“ und
- (3) dem „postmaterialistischen Wertewandel“.

⁸ Das methodische Vorgehen lässt sich wie folgt begründen: Die Debatte über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ der 1980er Jahre verweist auf Problemdefinitionen, die Ausgangspunkte der Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der Alternativökonomie-Diskussion waren. Die unterschiedlichen Begründungskontexte für das „Ende“ - bzw. die „Krise“ - der Arbeitsgesellschaft werden daher nicht nur referiert, sondern jeweils einer kurzen Bestandsaufnahme unterzogen. Sie münden in einem gemeinsamen Zwischenfazit zur Frage „Krise oder Ende der Arbeitsgesellschaft“ (vgl. Abschnitt 2.1.1.5). Darauf aufbauend werden die Perspektiven der Alternativökonomie-Diskussion der 1980er Jahre referiert, systematisiert, hinsichtlich ihres Debattenkontextes verortet und dahin gehend analysiert, ob sie arbeitspolitische Leitkriterien anbieten, die angesichts der Krise der Arbeitsgesellschaft weiterführend sein könnten. Entsprechend werden zum Abschluss der Darstellungen über die Diskussion dualökonomischer Perspektiven und zum Abschluss der Darstellung der Grundeinkommensdiskussion (vgl. Abschnitt 2.1.2.2 bzw. 2.1.2.3) Arbeitsthese gebildet, auf die im Weiteren zurückgegriffen wird (insbesondere in Kapitel 4 „Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien“). Zum Abschluss von Kapitel 2.1 wird nach Gründen für das Auslaufen der Debatte der 1980er Jahre gefragt. Hier ist nicht nur auf gesellschaftsanalytische Defizite und veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch auf diskursstrategische Fehler der Debattenteilnehmer selbst zu verweisen (vgl. 2.1.3 „Gründe für das Scheitern der Debatte über die doppelte Krise der Lohnarbeit“).

2.1.1.1 Zum Begriff ‚Arbeitsgesellschaft‘

Der Begriff „Arbeitsgesellschaft“ wurde erstmals 1958 von Hannah Arendt verwendet: „Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. Die Erfüllung eines uralten Traums trifft wie die Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde. (...) Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ (Dieselbe, 1981: 11,12). Die 1958 von Hannah Arendt aufgestellte Prognose wurde von ihr mit der Hoffnung verbunden, dass der vom Joch der Arbeit entlastete Mensch seine Schaffenskraft nun endlich auf seine „vornehmste Aufgabe“ konzentrieren könne, die „Wiedergewinnung des politischen in der freien Gestaltung des Gemeinwesens“.

Arendts Thesen wurden allerdings weniger in der Zeit des Nachkriegsbooms, sondern ca. 20 Jahre später in den 1980er Jahren öffentlich aufgegriffen. Die unterschiedlichen Begründungen für das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ hatten und haben dabei einen gemeinsamen Nenner: Sie alle verwenden den Begriff „Arbeitsgesellschaft“ und setzen in der Regel ohne seinen Begriffsinhalt explizit darzulegen voraus, dass er der bisher zutreffende und von allen geteilte Begriff zur Beschreibung und Analyse der Gesellschaft war, um dann über je spezifische Begründungskontexte und Begründungsversuche das „Ende“ der Arbeitsgesellschaft zu begründen. Diese verweisen allerdings auf je eigene Verständnisse der konstitutiven Merkmale von „Arbeitsgesellschaft“.

Das trotz unterschiedlicher Verständnisse ihrer konstitutiven Merkmale das Ende „der“ Arbeitsgesellschaft behauptet wird, lässt sich damit begründen, dass die Thesen über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ sich auf eine - zunächst nicht hinterfragte - Behauptung zurückführen lassen, die von Claus Offe auf dem Bamberger Soziologentag von 1982 explizit formuliert wurde: „Die klassischen Traditionen der bürgerlichen wie der marxistischen Soziologie teilen die Ansicht, dass Arbeit *der* zentrale gesellschaftliche Tatbestand sei. Sie

konstruieren die Gesellschaft und ihre Dynamik als "Arbeitsgesellschaft" (Offe 1984: 13; Hervorhebung im Original). Offe weist nach diesem Eingangssatz seines für die gesellschaftstheoretische Diskussion zentralen Redebeitrags „Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?“ zwar darauf hin, dass der von Ralf Dahrendorf (1980) neuerdings verwandte Terminus „Arbeitsgesellschaft“ von den Klassikern der Soziologie, wie Marx, Durkheim und Weber, nicht genutzt worden sei, trotzdem würden sie, da für sie „Arbeit“ der „zentrale gesellschaftliche Tatbestand“ sei, die Gesellschaft und ihre Dynamik als „Arbeitsgesellschaft“ konstruieren. Offe präzisiert: „Das Modell einer mit Arbeit befaßten, von ihrer Rationalität vorangetriebenen, von Arbeitskonflikten erschütterten bürgerlichen Erwerbsgesellschaft steht bei Marx, Weber und Durkheim im Mittelpunkt der Untersuchung, - eine Gemeinsamkeit, die bei aller Divergenz des methodischen Zugangs und der theoretischen Ergebnisse auf der Hand liegt“ (Offe 1984: 14).

An dieser in der Debatte zunächst nicht hinterfragten Prämisse ist später zu Recht kritisiert worden, dass Offe den soziologischen Klassikern wie Karl Marx und Max Weber unrecht tue, wenn er behauptet, sie konstruierten die Gesellschaft als „Arbeitsgesellschaft“ und „Arbeit“ sei die soziologische Schlüsselkategorie, denn:

- (1) Nach Karl Marx sei nicht einfach „Arbeit“ oder „konkrete Arbeit“, sondern „abstrakte Arbeit als Verwertungsprozess“ die soziologische Schlüsselkategorie zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung.
- (2) Nach Max Weber sei nicht die Universalisierung „der“ Arbeit und „der“ Rationalität charakteristisch für die Moderne, sondern die Universalisierung der „abstrakten Arbeit“ und der „formalen Rationalität“.
- (3) Marx und Weber würden auch darin übereinstimmen, dass die Totalisierungen abstrakter Arbeit und formaler Rationalität auf Kosten der konkreten erfahrungsgebundenen Arbeit bzw. auf Kosten der ihr entsprechenden materiellen Rationalität gingen (König 1990: 324ff.).

Offe charakterisiert die Tradition soziologischer Gesellschaftsanalyse also zunächst relativ undifferenziert, um sodann einen radikalen Bruch mit ihr anzukündigen: „Es fragt sich, ob wir an dieser - mit aller Vorsicht 'materialistisch' zu nennenden - Präokkupation der soziologischen Klassik heute noch festhalten können“ (a. a. O.). Aufgrund der Entfaltung der Thesen über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ aus Offes Perspektive der bisher gültigen

Beschreibung der Gesellschaft als „Arbeitsgesellschaft“, obgleich die Gesellschaft zuvor als „kapitalistische Industriegesellschaft“ beschrieben wurde und der (dabei tendenziell übernommenen) Gleichsetzung von „abstrakter Arbeit als Verwertungsprozess“ mit „Arbeit“ i. S. „konkreter Arbeit“, die als soziologische Schlüsselkategorie ausgedient habe, verwundert es dann auch nicht, dass aus diesem Ende der „Arbeitsgesellschaft“ der Beginn einer „nachindustriellen Gesellschaft“ (Gershuny 1983) abgeleitet wurde, die eben nicht mehr primär als eine kapitalistisch verfasste Gesellschaft beschrieben wurde und somit auf den informellen Sektor als angeblich „autonomen“ verweisen konnte.

Wie wurde nun das Ende der Arbeitsgesellschaft im Einzelnen begründet?

2.1.1.2 Die These vom 'Strukturwandel der Arbeit'

Den gesellschaftstheoretischen Begründungskontext für das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und die Diskussion um „Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie“ liefert Claus Offe (1984: 36): „Wenn es richtig ist, daß die konventionell als "Arbeit" bezeichneten gesellschaftlichen Tätigkeitsformen heute weder einen zugrundeliegenden Rationalitätsbegriff gemeinsam haben, noch übereinstimmende empirische Merkmale aufweisen, und wenn Arbeit nicht nur in diesem Sinne objektiv gestaltlos, sondern auch subjektiv peripher geworden ist, wie sind dann so lautet die Frage, die soziologischen Strukturkonzepte und Konfliktschemata anzusetzen, die sich für die Beschreibung einer Gesellschaft eignen, welche im erläuterten Sinn nicht mehr "Arbeitsgesellschaft" ist?“ Laut Offe sprechen also drei Gründe dafür, dass die Rede von der „Arbeitsgesellschaft“ die nicht mehr zutreffend ist:

- (1) Tätigkeitsformen der Lohnarbeit unterliegen keinem gemeinsamen Rationalitätsbegriff,
- (2) weisen nicht übereinstimmende empirische Merkmale auf und sind
- (3) subjektiv peripher geworden.

Was verbirgt sich im Einzelnen hinter dieser Aufzählung? Nicht übereinstimmende empirische Merkmale von Lohnarbeit bezeichnet Offe als „diverse Brechungen in der angeblich einheitlichen 'Formbestimmtheit' der Lohnarbeit“ (a. a. O.: 23). Zu diesen zählt Offe die wachsende Arbeitsmarktsegmentation, die Dualisierung der Ökonomie in einen

formellen und einen informellen Sektor, neue, intermediäre Klassenpositionen und zentral für seine weitere Argumentation, „arbeitssoziologische Brechungen zwischen 'herstellenden' und 'dienstleistenden' Arbeitsformen“ (a. a. O.). Auf die drei erstgenannten „Brechungen“ ist hier nicht weiter einzugehen, da Offe diese Brechungen lediglich als Belege für eine „nicht einheitliche Formbestimmtheit“ von Lohnarbeit nennt, um sodann als zentrales Argument auf dem Wachstum des Dienstleistungssektors zu verweisen. Dienstleistungsarbeit, so Offe, unterscheide sich von der Produktionsarbeit durch eine „eigenständige Rationalität“: „Während man in der Tat den größten Teil der im 'sekundären', d. h. industriell waren-erzeugenden Sektor verrichteten Arbeit auf den abstrakten gemeinsamen Nenner bringen kann, daß sie unter dem gemeinsamen Regime technisch-organisatorischer Produktivität sowie einer hierfür maßgeblichen einzelwirtschaftlichen Rentabilität steht, büßen die Kriterien des Arbeits- und Verwertungsprozesses dort ihre (relative) Eindeutigkeit ein, wo die Arbeit selbst reflexiv wird, nämlich im größten Teil des 'tertiären' Bereichs der Dienstleistungsarbeit“ (a. a. O.). Merkmal jener „reflexiven Dienstleistungsarbeit“ sei, dass „dort die Arbeit selbst bearbeitet und instandgehalten, die Produktion gedanklich und organisatorisch produziert wird“ (a. a. O.: 24). Reflexive Dienstleistungsarbeit unterliege durch ihre abstrakte Funktion der Systemerhaltung keinem eindeutigen Rentabilitätskriterium und damit nicht mehr der Strukturierung durch die formale kapitalistische Erwerbsrationalität. Da für Offe ein einheitlicher Rationalitätstypus das zentrale Merkmal der industriellen Arbeitsgesellschaft ist, bedeutet dessen konstatiertes Verlust aufgrund der zunehmenden Dominanz der Dienstleistungsarbeit, dass eine auf industrieller, durch die formale kapitalistische Rationalität geprägte Lohnarbeit aufbauende Analyse zunehmend weniger greift. So kommt er zu dem Schluss, dass Arbeit nicht mehr soziologische Schlüsselkategorie sein könne und die Arbeitsgesellschaft durch die der nachindustriellen Gesellschaft - die im Wesentlichen Dienstleistungsgesellschaft sei (siehe dazu Offe 1984: 229ff.) - ersetzt werden würde.

Offe's Argumentation in Hinblick auf die zunehmende Dominanz der („reflexiven“) Dienstleistungsarbeit wurde empirisch durch die Rationalisierungswellen im Angestelltenbereich überholt. Bereits Mitte der 1980er Jahre hatten Lothar und Irmgard Hack (1985, 1986) in ihren Arbeiten gegen die These des unaufhaltsamen Wachstums der Dienstleistungsarbeit, die zunehmende Angleichung von industrieller Arbeit und

Dienstleistungsarbeit, i.S. gemeinsamer gesellschaftlicher Formbestimmung, hervorgehoben. Der theoretische Einwand lautete, dass sich Rationalitätskriterien der industriellen Arbeit ebenso in der Dienstleistungsarbeit finden (Baethge/Oberbeck 1986: 51).

Inwiefern eine nicht einheitliche Formbestimmtheit von Lohnarbeit die traditionelle Theoriebildung infrage stelle würde, führt Offe nicht aus. Eine einheitliche Formbestimmtheit „konkreter“ Arbeit muss für eine kapitalismuskritische Analyse auch nicht behauptet werden. König etwa betont: „Aber bislang ist es keineswegs so, daß die große Vielfalt in den Formen von Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungslogik von abstrakter Arbeit, Warenproduktion und Akkumulation gesprengt hätte. Eher das Gegenteil ist der Fall“ (Ders. 1990: 331). So ist der Kapitalismus nicht auf eine Rationalisierungsform fixiert - wie Offe behaupten würde - und das Ende des Taylorismus und der Massenproduktion (Priore/Sabel 1985; Kern/Schuhmann 1984) ist nicht das Ende des Kapitalismus.

Insgesamt lässt sich als Fazit zur gesellschaftstheoretischen Dimension der Debatte mit Egloff festhalten: „Entgegen den Prognosen einer der Arbeitsgesellschaft folgenden, auf einen neuen Typus von Arbeit basierenden nachindustriellen Gesellschaft, ergibt sich das genaue Gegenteil, nämlich die These einer fortschreitenden Durchindustrialisierung der gesellschaftlichen Arbeit. ... Der Abschied von der Arbeit als soziologischer Schlüsselkategorie ... wird damit in Frage gestellt“ (Ders. 1996: 89).

Die gesellschaftstheoretischen Begründungen für das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ließen sich also nicht aufrechterhalten. Wie wurde und wird demgegenüber mit dem Verweis auf eine „Reduktion des Arbeitsvolumens“ das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ begründet?

2.1.1.3 Die ‚Rationalisierung der Produktion‘ als Begründungskontext

Dass am häufigsten für das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ angeführte Argument war, dass nicht mehr alle Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, auch einen erhalten. Eine Gesellschaft, die offensichtlich unfähig sei, in ausreichender Zahl Arbeitsplätze bereitzustellen, könne nicht mehr hinreichend mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft beschrieben werden. Als Indizien wurden, neben der kontinuierlichen Verringerung der

Erwerbsarbeitszeiten, vor allem die anhaltende Arbeitslosenquote herangezogen. Arbeitslosigkeit - so die Leitthese der Debatte - sei technologisch bedingt, denn das Wachstum der Arbeitsproduktivität sei größer als das der Produktion, woran sich bei gesättigten Gütermärkten so schnell nichts ändern würde. Insbesondere die mikroelektronische Revolution würde zur fast völligen Abschaffung der Arbeit führen (vgl. König 1990; Egloff 1996).

Ralf Dahrendorf, der die Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft auf dem Soziologentag von 1980 angestoßen hatte, bezog sich allerdings nicht einfach nur auf „die Arbeitslosigkeit“, sondern auf das Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit“: „Gewiß, konjunkturelle Schwankungen sind erträglich, aber wenn das 'Konjunkturelle' zum 'Strukturellen' zu werden scheint, dann ist es eine Gesellschaftsstruktur, die in Frage steht, nämlich die der Arbeitsgesellschaft“ (Ders. 1983: 26). Die zunehmende Sockelarbeitslosigkeit nach jedem Konjunkturabschwung sei Beleg dafür, dass das Insistieren auf den nächsten Wirtschaftsaufschwung an der Realität vorbeigehe (a. a. O.).

Dass Wachstumszunahmen in Konjunkturaufschwüngen nicht zwingend zu neuen Arbeitsplätzen führen, wird heute unter dem Begriff „jobless growth“ diskutiert. Der Begriff wurde in den 1990er Jahren in den USA geprägt, um die Situation am Ende der Amtsperiode des US-amerikanischen Präsidenten George Bush zu beschreiben: Während vor den 1990er Jahren konjunkturelle Erholungen in der Regel auch zur Belebung der Arbeitsmärkte führten, zeigte sich dieser Effekt später in den Erholungen nur schwach und wenig nachhaltig. Dahrendorf hat also, mit dem Hinweis auf die „zunehmende Sockelarbeitslosigkeit“, für die damalige Zeit relativ weitsichtig, auf ein auch heute noch oft von der Politik verdrängtes Problem verwiesen. Nicht des so trotz war mit der zunehmenden Sockelarbeitslosigkeit allein, schwerlich das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zu begründen.

Radikaler als Dahrendorf argumentierte der französische Sozialphilosoph André Gorz, der auf die „mikroelektroelektronische Revolution“ zur Erklärung der Arbeitslosigkeit abhob. So heißt es bei ihm, dass die Gesellschaft sich „vor allem dank der prognostizierten Perfektionierung der Roboterfertigung und der elektronischen Datenverarbeitung im Verwaltungsbereich“ (Gorz 1989: 319) in einem Zeitalter der „Beseitigung der Arbeit“ (Gorz 1983: 49) befinde. Gorz hatte bereits 1980 „Abschied vom Proletariat“ - so der gleichlautende Buchtitel - genommen und Hoffnungen genährt, dass in einem „selbstbestimmten autonomen

Sektor Menschen mit Freude und Lust die lebensnotwendigen Güter produzieren und verteilen“ könnten. Dabei ging er von dualökonomischen Überlegungen aus, nach denen die Menschen zukünftig einerseits in einem autonomen Sektor und zugleich – allerdings mit weniger Arbeitsstunden als zuvor - in einem kapitalistischen Sektor arbeiten würden. In dem kapitalistischen Sektor seien für die Produktion gewünschter Luxusgüter, durch Automatisierungen und verstärkten Einsatz von Hochtechnologien, zukünftig nur noch 20.000 bis 30.000 Lebensarbeitsstunden von Nöten (a. a. O.).

Wenn auch die Vorstellung eines autonomen Sektors neben einem kapitalistischen Sektor fraglich erscheint, verliert zumindest die Prognose über eine Verringerung der Lebensarbeitsstunden aus heutiger Sicht angesichts zunehmender (mehrheitlich von Frauen ausgeübter) Teilzeitarbeit – ihren Utopiecharakter. So entsprechen bei einer Lebensarbeitszeit von nur 30 Jahren 20.000 bis 30.000 Lebensarbeitsstunden etwa einer durchschnittlichen 15 bis 20-Stundenwoche aller Erwerbstätigen (vgl. Spitzley 1997).

Während Dahrendorf mit der Behauptung vom Ende der Arbeitsgesellschaft primär auf Arbeitslosigkeit als „strukturelles Problem“ verwies, diagnostizierte Gorz zur gleichen Zeit eine „entwicklungsgeschichtliche Chance“ und stieß in der Folge mit der Utopie eines autonomen, ökonomischen Sektors die Alternativökonomie-Diskussion an. Hervorzuheben ist allerdings, dass in der gesellschaftspolitischen Debatte, Anfang und Mitte der achtziger Jahre, die provozierende These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft durch die Reduktion des Arbeitsvolumens“ nicht diskussionsübergreifend geteilt wurde, da auch Einwände gegen ein derartig begründetes Ende der Arbeitsgesellschaft erhoben wurden:

- (1) Gegen die Ableitung des Endes der Arbeitsgesellschaft aus der „Arbeitslosigkeit“ lautete ein Einwand, dass Phasen hoher Arbeitslosigkeit zur kapitalistischen Produktion untrennbar dazugehören. Ein „Kapitalismus ohne Reservearmee“ – so Burkhard Lutz - sei in Hinblick auf die Internationalisierung des Arbeitsmarktes eine fragwürdige Annahme. Insbesondere seien im Kapitalismus Phasen der Massenarbeitslosigkeit häufiger als das Gegenteil. Die Vollbeschäftigungsphase nach dem zweiten Weltkrieg stelle eher eine historische Ausnahmesituation dar (Ders. 1984, 142ff.).

Schließt man sich diesem Befund an, muss die Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zutreffender als „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ gefasst werden, denn in der

gesellschaftspolitischen Debatte der 1980er Jahre wurde der Begriff der „Arbeitsgesellschaft“ zum Synonym für den „Vollbeschäftigungskapitalismus der Nachkriegszeit“, damit Vollbeschäftigung konstitutives Merkmal der Arbeitsgesellschaft. Johannes Berger etwa definierte: „Daß die Nachkriegsgesellschaft eine Arbeitsgesellschaft ist, heißt: Sie ist eine Vollbeschäftigungswirtschaft“ (Ders. 1984: 51).

- (2) Gegen das „Ende der Arbeitsgesellschaft“, aufgrund „gesättigter Gütermärkte in den hochindustrialisierten Ländern“, wurde von Helmut König später eingewandt, dass die Umwälzungen in Osteuropa zu neuen Absatzmärkten und damit zu mehr Beschäftigung führen (Ders. 1990: 333).

Dem Argument ist aus heutiger Perspektive zu entgegen, dass zwar neue Absatzmärkte, aber eben auch neue Arbeitsmärkte entstanden sind, die in Konkurrenz zum deutschen und europäischen Arbeitsmarkt getreten sind. In Zeiten verschärfter internationaler Arbeitsteilung ergeben sich Unternehmensgewinne - abgesehen von Handelsprofiten - aus niedrigeren Lohnstückkosten bei der Produktion von Produkten in „Niedriglohnländern“, die dann nach wie vor primär in der Triade USA, Europa, Südostasien abgesetzt werden. Wenn neue Absatzmärkte gesucht werden, dann wird in diesen auch produziert, wenn dort das Lohnniveau relativ geringer ist (vgl. hierzu insbesondere die Debatte zur Weltmarktintegration von Eßer 1993; Mármora/Messner 1993; Röttger 1993; Brand 1993; Jungfer 1993; Massarrat 1993 sowie Wallerstein 1984). Das Entstehen neuer Absatzmärkte kann demnach die Verlagerung von Arbeitsplätzen und den Abbau der Inlandsbeschäftigung tendenziell nicht ausgleichen und somit nicht als Argument gegen das Ende der Arbeits- bzw. Vollbeschäftigungsgesellschaft bestehen.

- (3) Ein weiterer Einwand lautet, dass sich die Entwicklung von Arbeitsvolumen und Arbeitslosigkeit auf der Basis von Annahmen über die technische Entwicklung allein nicht erklären lässt: Die „Krise des Arbeitsmarktes“ könnte ihre Ursachen auch in einem wachsenden Angebot an (primär weiblichen) Arbeitskräften haben (so etwa die Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1996).

Arbeitslosigkeit auch über die Zunahme der weiblichen Erwerbspersonen zu erklären, ist sicherlich notwendig. Genauso notwendig ist im Übrigen die Berücksichtigung ökonomischer Rahmenbedingungen, institutioneller Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, demographischer Veränderungen usw., um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit erklären zu

können. Fraglich ist allerdings die in der Debatte zum Ende der Arbeitsgesellschaft vorzufindende Konsequenz, Frauen aufgrund ihrer zugenommenen Erwerbsneigung zunächst implizit für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen und ihnen dann - wie etwa Mitte der 1990er Jahre programmatisch mit der Zukunftsstudie der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996) geschehen - lediglich ehrenamtliche Tätigkeiten zuzuweisen. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ebenso fragwürdig ist es auch, dass nach der Jahrtausendwende neue Beschäftigungen im Zuge der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ primär durch den Ausbau nicht existenzsichernder, prekärer Beschäftigungsverhältnisses, wie z. B. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, ermöglicht werden, bei denen der Anteil der Frauen wesentlich höher als der der Männer ist (Brandt 2006, 2007; Schmid, Günther 2002).

- (4) Gegen das am weitesten gehende Argument für das „Ende der Arbeitsgesellschaft“, dass die Rationalisierung auf Grundlage der mikroelektronischen Revolution zum „Absterben“ der Arbeit führt, wurde von König (1990) eingewandt, dass diese Behauptung äußerst vage ist. Es gäbe trotz intensiver Debatte weder empirisch noch theoretisch plausible Aussagen darüber, wie viele Arbeitskräfte durch die mikroelektronische Revolution freigesetzt werden. Als Beleg, dass die Empirie kein Ende der Arbeitsgesellschaft signalisiert, wurde von König die Zunahme der Anzahl der Beschäftigten (a. a. O.) und von Vobruba (1998) der gleichzeitige Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern herangezogen.

Wenn König oder andere Debattenteilnehmer das „Ende der Arbeit“ wörtlich interpretieren, im Sinne einer totalen Automation der damit menschenlosen Produktion, dann stellt dieses sicherlich eine Fehlinterpretation dar. Gorz etwa kann so nicht interpretiert werden. Gerade mit der Suchrichtung „Dualökonomie“ verweist Gorz eben nicht auf ein „Ende der Erwerbsarbeit“. Insgesamt ist allerdings eine *empirische Prüfung über die Entwicklung des Arbeitsvolumens* durchaus sinnvoll, da in der Debatte gravierende Validitätsprobleme sichtbar sind:

- Die Zunahme der Anzahl der Beschäftigten, auf die König (a. a. O.) als Beleg gegen die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft verweist, ist hinsichtlich der Entwicklung des Arbeitsvolumens nicht hinreichend aussagekräftig, da z. B. bei verkürzten tariflichen Wochenarbeitszeiten und zugleich angestiegener, aber auf Teilzeitarbeit

basierender, weiblicher Erwerbstätigenquote, die Zahl der Beschäftigten zunimmt, nicht aber das Arbeitsvolumen gemessen in Arbeitsstunden zugenommen haben muss.

- Gegenüber dem häufig konstatierten Befund, Arbeitszeiten hätten sich pro Kopf aufgrund verkürzter tariflicher Wochenarbeitszeiten historisch betrachtet deutlich verringert, hat Helmut Spitzley (1997) zu Recht mit dem Hinweis auf die zugenommene Teilzeitbeschäftigung von Frauen eingewandt, dass zur Evaluierung von Arbeitszeiten auch die Entwicklung von - möglicherweise verlängerten - Familienarbeitszeiten in den Blick zu nehmen ist, um differenziertere Aussagen zur Arbeitszeitentwicklung und deren Bedeutung (etwa für Familien mit Kindern) treffen zu können.
- Da in der Arbeitszeitdebatte gemeinhin ein Trend zur „Polarisierung von Arbeitszeiten“ und zur „24-Stunden-Gesellschaft“ ausgemacht wird, ist es zudem notwendig zur Evaluierung und Interpretation der Entwicklung des Arbeitsvolumens individuelle Arbeitszeiten nach Lage, Dauer und Verteilung sowie differenziert nach Beschäftigtengruppen zu evaluieren.⁹

Der gleichzeitige Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, auf den Vobruba (1998) verwies, unterstreicht wiederum, dass zutreffender als die Rede vom Ende der Arbeitsgesellschaft, die Rede vom „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ ist. Mit diesem Befund sind zugleich *weiterführende Fragen nach den Konsequenzen für das auf Vollzeitarbeit bezogenen wohlfahrtstättliche Arrangement aufgeworfen:*

So ist unter „Vollbeschäftigungsgesellschaft“ laut Vobruba zu verstehen, „daß wichtige Institutionen, etwa das Steuerwesen und die Sozialpolitik (...) auf Vollbeschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen aufbauen, und daß das Normalmuster individueller Lebensläufe um abhängige Erwerbstätigkeit zentriert ist (Vobruba 1998: 22).“ Hier ist zu ergänzen, dass die Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit auf Lohnerwerbsarbeit basierte, die primär in Vollzeit durch Männer wahrgenommen wurde, während Frauen zumeist Reproduktionstätigkeiten zugewiesen wurden. Streng genommen handelte es sich also um eine „halbierte Vollbeschäftigungsgesellschaft“ (Hermann 2008). Mit dem Ende der (halbierten) Vollbeschäftigungsgesellschaft wäre es allerdings töricht zu übersehen, dass

⁹ Eine empirische Prüfung der Entwicklung des Arbeitsvolumens wird daher im Kapitel 5 vorgenommen.

neben der Vollbeschäftigung (männlicher Erwerbspersonen) auch das „Normalarbeitsverhältnis“ und damit die Grundlage des „männlichen Familienernährermodells“ auf vielen Ebenen durchbrochen wurde (Ostner 1995, 1998).¹⁰ Wenn der Gesellschaft also keineswegs die Erwerbsarbeit ausgeht, dennoch Vollbeschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen der Vergangenheit angehört, dann auch das bisherige wohlfahrtsstaatliche System der sozialen Sicherung, das „in der Tat lebenslange Vollzeitwerbsarbeit voraussetzt und die Nichterwerbstätigen diskreditiert“ (König 1990: 335).

Die Bedeutung von Arbeit ist allerdings nicht nur auf die Dimensionen der ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Reproduktion beziehen, sondern ebenso auf die der sozialen Integration und subjektiven Sinnstiftung. So rechtfertigte Ralf Dahrendorf (1980) den Begriff der „Arbeitsgesellschaft“ mit der „Bedeutung der Arbeit für die soziale Integration“ und behauptete dann das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ mit dem „Entschwinden der Arbeit als integrierende Kraft“: „Für lange Zeit hat die Arbeit als ausstrahlende Kraft des Lebens die übrigen Aspekte seiner sozialen Konstruktion zusammengehalten. ... Dann, mit dem Schrumpfen der Arbeit, fielen die verschiedenen Bestandteile auseinander - und sichtbar wurde eine trümmerhafte Leere, die anzufüllen nicht Bekanntes sich mehr zu eignen schien (a. a. O.: 756).“ Mit dieser Argumentation Dahrendorfs lässt sich zum „Wertewandel“ als Begründungskontext für die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ überleiten.

2.1.1.4 Der 'postmaterialistische Wertewandel' als Ausgangsthese

Die soziologische Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit wurde Ende der 1970er Jahre durch die sogenannte Wertewandel-Diskussion angestoßen (siehe Inglehart 1979; Dahrendorf 1980). Die Ausgangsthese der „silent revolution“ (Inglehart 1979) lautet, dass im Zuge einer durch veränderte Erziehungsmuster und gewandelte Bildungsansprüche

¹⁰ Statt lebenslanger, tarifvertraglich abgesicherter, 38,5 Wochenstunden umfassender Normalarbeit bei fast immer dem gleichen Arbeitgeber, geht die Tendenz zu verkürzten und flexiblen Arbeitszeiten, flexiblen Arbeitsformen- und Bedingungen, begleitet von Umschulungsmaßnahmen und Phasen der Arbeitslosigkeit, die für einen Großteil der Beschäftigten zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis und zerrissenen Erwerbsbiografien führen, die vormals eher nur für weibliche Beschäftigte typisch waren.

gestiegenen Erwartungshaltung an die Qualität von Erwerbstätigkeiten, vor allem bei Jugendlichen, subjektive Dispositionen in Richtung Selbstverwirklichung zunehmen und die Bereitschaft zu Disziplin und Unterordnung im Arbeitsprozess abnehme würde. Aus dieser Wertewandelthese wurde sowohl die „Krise“ als auch das „Ende“ der Arbeitsgesellschaft entfaltet:

- Die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ bestünde in einem Widerspruch zwischen markt- und verwertungsbedingten Industrialisierungserfordernissen und subjektiven Handlungsdispositionen einer neuen Beschäftigtengeneration, in der Selbstverwirklichungsansprüche an die Stelle von Disziplin, Unterordnung oder Lohnarbeiterinstrumentalismus getreten seien (Beckenbach 1991: 215 ff.).
- Die weitergehende These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft aufgrund des Wertewandels“ basiert auf der eher gesellschaftstheoretischen Begründung, dass im Rahmen des allgemeinen Wandels in Richtung auf „postmaterialistische“ Werte, Arbeit unwichtiger geworden sei. Sie habe ihre Stellung im Zentrum der Biografie verloren. Mindestens genauso wichtig sei die Freizeit geworden. Wünsche nach Selbstverwirklichung und schnellem Genuss hätten zum Ende der puritanischen Arbeitsethik und zum Verlust der spezifisch bürgerlichen Rationalität geführt und den „Geist des Kapitalismus“ untergraben (Offe 1984: 28ff.).

Die Wertewandelforschung konnte zunächst keineswegs die weitreichenden Konsequenzen über den Wertewandel bestätigen, die in der Diskussion über das Ende der Arbeitsgesellschaft gefolgert wurden. So resümiert Niels Beckenbach (1991), dass die empirischen Belege zwar auf eine verstärkte Binnendifferenzierung von jugendlichen Berufstätigen entlang von Arbeitszeit- und Berufswünschen verwiesen hätten, aus ihnen lasse sich aber nicht eine generell schwindende Bedeutung von Erwerb, Arbeit und Beruf als Kriterien der ökonomischen Reproduktion und der subjektiven Sinnstiftung ablesen. Bei den nach wie vor vorhandenen Leistungsorientierungen sei lediglich eine Umakzentuierung und Erweiterung um die Dimension der „Selbstentfaltung“ zu bemerken. Mit anderen Worten: Die auf dem Wertewandel basierende Begründung von Claus Offe für das Ende der Arbeitsgesellschaft - „wenn Arbeit nicht nur ... objektiv gestaltlos, sondern auch subjektiv peripher geworden ist“ (1984: 36) – wurde unplausibel.

Auf den empirischen Belegen des Wertewandels aufbauend vermutet Beckenbach (1991) einen „Scheren-Effekt“ zwischen steigenden Erwartungen und mangelnden Verwirklichungschancen im System der gesellschaftlichen Arbeit als den plausiblen Kern der These vom Ende der Arbeit: „Wenn nämlich, wie sich anhand der Ausdifferenzierung subjektrelevanter Themenstellungen zeigt, die inhaltliche Bandbreite und das Niveau von Aufstiegs-, Einkommens- und Beruflichkeitserwartungen steigt ... - so kann entweder nur das proportionale Ansteigen von dazu ‚passenden‘ Arbeits- und Beschäftigungschancen ... auch zukünftig Stabilität verbürgen oder es sind neue Formen der Anspruchsregulation jenseits der traditionellen Zwangs- und Tauschverhältnisse erforderlich, um veränderte Ansprüche der Beschäftigten und ein demgegenüber eher konventionelles und starres Beschäftigungssystem in Balance zu bringen (a. a. O.: 217).“

Geht man von einer zutreffenden Krisendiagnose Beckenbachs hinsichtlich eines zugenommenen „Scheren-Effekts“ aus, so ist aus heutiger Perspektive anzumerken, dass nicht „neue Formen der Anspruchsregulation jenseits traditioneller Zwangs- und Tauschverhältnisse“ entstanden sind, die den Schereneffekt relativiert und eine Zuspitzung der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ verhindert haben, sondern „diesseits“ traditioneller Zwangs- und Tauschverhältnisse sind gestiegene Beruflichkeitserwartungen, etwa an Kreativität und Selbstbestimmung, mit dem „Ende der Arbeitsteilung“ (Kern/Schuhmann 1984), zumindest teilweise über neue Formen der Arbeitsorganisation und Unternehmenskulturkonzepte aufgefangen worden.

„Das Ende der Arbeitsteilung“ von Kern/Schuhmann (1984) war diesbezüglich die erste Studie, die auf ein neues Rationalisierungsmodell hinwies, mit welchem die menschliche Arbeitskraft eine andere Wertschätzung erhielt: „Das Credo der neuen Produktionskonzepte lautet: a) Autonomisierung des Produktionsprozesses gegenüber lebendiger Arbeit ist kein Wert an sich. Die weitestgehende Komprimierung lebendiger Arbeit bringt nicht per se das wirtschaftliche Optimum. b) Der restringierende Zugriff auf Arbeitskraft verschenkt wichtige Produktionspotentiale. Im ganzheitlichem Aufgabenzuschnitt liegen keine Gefahren, sondern Chancen; Qualifikationen und fachliche Souveränität auch der Arbeiter sind Produktivkräfte, die es verstärkt zu nutzen gilt“ (Kern/Schuhmann 1984: 19). Auch Ullrich Sauer wies Anfang

der 1990er Jahre darauf hin, dass im Zuge der „systemischen Rationalisierung“¹¹ die Heterogenität von Produktionsformen (z. B. Fließfertigung neben Gruppenarbeit, Einzweckmaschinen neben flexibler Automatisierung) strukturellen Charakter erhielt (Ders. 1993). Im Ergebnis ist also eine größere Bandbreite an Arbeitsplätzen entstanden, die in eine größere Bandbreite und ein höheres Niveau an Beruflichkeitserwartungen aufgegangen zu sein scheint.

Andererseits sind mit den neuen Produktionskonzepten ganze, vor allem mittlere, Managementebenen in der Produktion und im Verwaltungsbereich weggefallen, womit Aufstiegs- und Einkommenserwartungen seltener realisierbar wurden und insofern für einen Teil der Erwerbspersonen der Scheren-Effekt zwischen steigenden Erwartungen und mangelnden Verwirklichungschancen durchaus Bestand hat. Festzustellen ist allerdings auch, dass das Restpotenzial an Unzufriedenheit basierend auf dem diagnostizierten Wertewandel bis heute nicht zu einer politikrelevanten „Krise der Arbeitsgesellschaft“ geführt hat. Ein Erklärungsmodell hierfür bieten weitere Erkenntnisse der Wertewandelforschung an, die im Ergebnis den vermuteten Scheren-Effekt selbst relativieren:

Die Wertewandelthese behauptete zunächst, dass „post-materialistische Werte“ (z. B. Selbstverwirklichung, Genuss) zu Ungunsten von „materialistischen Werten“ (z. B. Disziplin, Unterordnung, Sparsamkeit) zugenommen hätten (vgl. Inglehart 1997, Dahrendorf 1980). Ähnlich baute Beckenbachs Argumentation auf „steigende“, aber unerfüllte Erwartungen gegenüber Beruf, Aufstieg und Einkommen auf. Demgegenüber besagen spätere Ergebnisse der Wertewandelforschung (vgl. Jessen et al. 1988: 172 ff., Maier 1987: 323 f.), dass nicht einfach post-materialistische Werte an die Stelle der alten Tugenden getreten wären, vielmehr würden in dem Großteil der Bevölkerung materialistische und post-materialistische Werte gleichermaßen vertreten sein. Es ergebe sich keine Polarisierung der Werte auf verschiedene Teile der Bevölkerung. Helmut Klages argumentiert nun, dass je nach den Erfordernissen der Situation materialistische oder postmaterialistische Wertprioritäten gesetzt werden könnten:

¹¹ Die „systemische Rationalisierung“ beinhaltet eine doppelte Reorganisation: 1. Mittels Auslagerung von Teilprozessen wird die Fertigungstiefe verringert, wobei eigenverantwortliche produktorientierte Einheiten in der verbliebenen Produktion geschaffen werden. 2. Gleichzeitig entstehen zentralisierte Steuerungs- und Kontrollsysteme, die die gesamte Produktionskette umfassen. Charakteristisch ist eine enge logistische Anbindung, sowie die Reduzierung von Material- und Zeitpuffern. Problematisch sind neben den mit diesem Rationalisierungstyp erneut zugenommenen Freisetzungspotentiale die Abhängigkeitsstrukturen zwischen Zulieferern und Mutterkonzernen.

„Man existiert, dank dieser Mischung, gewissermaßen mit ‚doppeltem Boden‘“ (Ders. 1983: 343). Individuelle Lebensbewältigungsstrategien bestünden demnach darin, soweit wie möglich zu versuchen, sich in der Erwerbswelt selbst zu verwirklichen, und in dem Maße in dem dieses nicht möglich sein sollte den Situationserfordernissen entsprechend alten Tugenden (Disziplin und Unterordnung) Priorität einzuräumen, sowie in der Freizeit entweder Konsum- oder Spartugenden nachzueifern. Bezug nehmend auf Klages kommt Helmut König (1990: 335 ff.) zu dem interessanten Fazit, dass der Wertewandel die Arbeitsgesellschaft nicht im Meer grenzenloser Anspruchshaltungen untergehen lasse, eher bringe der Wertewandel die Subjekte erst auf die Höhe der kapitalistischen Zeit. Die Arbeitstugenden einerseits und die Welt des Konsums und der Freizeit dirigierenden Werte der Verschwendung, der Leichtigkeit und der Amüsiersucht seien kompatibel und deshalb nicht Ausdruck des „Endes der Arbeitsgesellschaft“, sondern der Fortführung und Modernisierung auf neuer Stufe.

Hier ist einzuwenden, dass traditionelle Arbeitstugenden und „post-materialistische“ Werte nicht von vornherein kompatibel sind und zunächst kompatibel gemacht werden müssen, wobei nicht grundsätzlich davon auszugehen ist, dass dieses auch problemlos passiert. Der Mensch ist kein Chamäleon, denn dann wäre er auch nicht zur Emanzipation fähig. Situationserfordernisse werden nicht immer so interpretiert, dass sie problemlos mit eigenen Wertprioritäten in Übereinstimmung gebracht werden können, sondern er gibt immer zumindest Wahlmöglichkeiten, eine Situation oder Umweltbedingungen als nicht mit eigenen Wertprioritäten übereinstimmend zu interpretieren, zu versuchen eine gegebene Situation zu verändern oder eben auch - wie bei Helmut Klages Menschenbild grundsätzlich angenommen – die Option reaktiv seine Wertprioritäten der Situation anzupassen.

Resümierend zum postmaterialistischen Wertewandel lässt sich festhalten, dass dieser keineswegs als Begründung für die Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ausreichte. Die Wertewandeldiskussion verweist allerdings durchaus auf eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“, deren Bewältigung sich für die Gegenwart durchaus plausibel als Fortführung und Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft auf höherem Niveau interpretieren lässt und dabei zugleich paradoxer Weise emanzipatorische Entwicklungspotenziale offenbart.

2.1.1.5 Zwischenfazit: Ende oder Krise der Arbeitsgesellschaft?

Hinsichtlich der drei wesentlichen Begründungskontexte für das Ende der Arbeitsgesellschaft lässt sich als Zwischenfazit konstatieren, dass sich weder der „Strukturwandel der Arbeit“ (Offe 1984) noch der „postmaterialistische Wertewandel“ (Inglehart 1979; Dahrendorf 1980; Offe 1984) als Begründungskontexte für die Behauptung vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ plausibilisieren ließen. Lediglich der Begründungskontext „Reduktion des Arbeitsvolumens“ (Dahrendorf 1983; Gorz 1983, 1989) vermag dann die Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zu rechtfertigen, wenn mit der „Arbeitsgesellschaft“ die „Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit“ gemeint ist. Das entscheidende Argument für das „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ lautet, dass nicht alle, die nach Erwerbsarbeit nachfragen, auch einen Arbeitsplatz erhalten. Zutreffender als das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ wäre also die Rede vom „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“.

Allerdings ist auch der Begriff der „Vollbeschäftigungsgesellschaft“ zu hinterfragen. Da in der Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit Vollbeschäftigung primär bei männlichen Erwerbspersonen anzutreffen war, sprach Hermann (2008) von einer „halbierten Vollbeschäftigungsgesellschaft“. Noch schwerwiegender ist der Einwand von Lutz (1984), der hervorgehoben hat, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Periode der Vollbeschäftigung und um eine historische Ausnahmesituation handelte, da historisch betrachtet Arbeitslosigkeit der Normalzustand und Vollbeschäftigung die historische Ausnahme sei. Mit anderen Worten: Grundlegend für das „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ ist, dass nicht einfach nur eine Epoche der (halbierten) Vollbeschäftigung zu Ende gegangen ist, vielmehr war die Vollerwerbsgesellschaft von Anfang an Ideologie. Bereits mit der Herausbildung des Kapitalismus und des Proletariats wurden Menschen von Beschäftigung ausgeschlossen und haben sich keineswegs selbst ausgeschlossen. Dies zeigen insbesondere die Analysen des Historikers Fernand Braudel über die Spaltung der Gesellschaft im 16. Jahrhundert im Kontext der Entwicklung von Geldwirtschaft und beginnender Kapitalakkumulation: „Kurz, es gibt viele Arme, viele Elende – ein großes Proletariat, dem die Geschichtswissenschaft allmählich ... einen Platz einräumt. Ein Proletariat, das auf der gesamten Aktivität des Jahrhunderts lastet und dessen Gewicht im Laufe der Jahrhunderte immer drückender wird. Auf diesem Boden gedeiht ein hartnäckiges Brigantentum – eine echte soziale Revolution, die

jedoch einen endlosen, unfruchtbaren Verlauf nimmt. Denn am Ende regelt das allgemeine Elend den Konflikt: Es wirft Arme und Mittellose gnadenlos auf den absoluten Nullpunkt zurück. ... Arme, die immer in Armut gelebt haben, Tunichtgute aus denn Städten, wie sie durch Schelmenromane berühmt geworden sind, Straßenräuber, echte und falsche Bettler, die ganze gente del hampa und die hampones, die Landstreicher – all diese Leute haben mit der Arbeit gebrochen; allerdings erst nachdem die andere Seite, die der Arbeit und Beschäftigung, nichts mehr von ihnen wissen wollte“ (Ders. 1994: 164).

Anders als die nicht zutreffende Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ lässt sich allerdings die Rede von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ auch für die Gegenwart weiterhin damit rechtfertigen, dass aufgrund mangelnder Verwirklichungschancen im System der gesellschaftlichen Arbeit für immer weniger Erwerbspersonen Erwartungen an die Arbeitswelt aufgehen. Zu verweisen ist hier zum Einen auf die zugenommene Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland und die damit dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Erwerbspersonen und zum Anderen auf die Expansion des Niedriglohnssektors, atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie zunehmende Unsicherheitserfahrungen auch der nicht (oder zeitweise nicht) vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Erwerbspersonen. Erwerbsarbeit wird also subjektiv wichtiger desto weniger sie angeboten wird.

Die Krise der Arbeitsgesellschaft kann ganz unterschiedlich gefaßt werden. Während in der Industriesoziologie die Krise der Arbeitsgesellschaft gegenwärtig vor allem über den Terminus „Entgrenzung von Arbeit“ (vgl. Sauer 2009b) beschrieben wird und damit Veränderungen in der Arbeitswelt den analytischen Ausgangspunkt für Fragen zur Zukunft der (Erwerbs-)Arbeit bilden, betonen wohlfahrtsstaatliche Überlegungen seit etwa Mitte der 1990er Jahre (Ostner 1995, 1998), dass es unter den genannten Krisenbedingungen für die Individuen und für das Gelingen von Sozialpolitik fatal ist, wenn das erodierende „Normalarbeitsverhältnis alter Prägung“ weiterhin Bestand hat, als Leitbild von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und als Maßstab individueller Lebensplanungen eines Großteils der Erwerbspersonen.

Die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ lässt sich also insgesamt auf ganz unterschiedliche Problemdefinitionen beziehen, die jenseits der Veränderungen in der Arbeitswelt auch mit der Bedeutung der Arbeit für die

- Grenzziehung bzw. Entgrenzung von Lebens- und Arbeitswelt,
- ökonomische Reproduktion (Verkopplung von Erwerbsarbeit mit sozialer Sicherung, soziale Teilhabe),
- subjektive Sinnstiftung (Selbst- und Fremdbewertung),
- soziale Integration oder Ausschluss der Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Lebenschancen (soziales Kapital, gesellschaftliche Teilnahme) sowie
- gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsoptionen verbunden sind.

2.1.2 Perspektiven der Alternativökonomie-Diskussion

Je nach Problemdefinition zur Krise der Arbeitsgesellschaft entwickelten sich in der Alternativökonomie-Diskussion der 1980er Jahre unterschiedliche Diskussionsstränge und Perspektiven für die Zukunft der Arbeit. Ihre zentralen Themenstränge und arbeitspolitischen Leitkriterien reichten vom Ausstieg aus der Warenwirtschaft (Illich 1982, 1987; Bahro 1985), dualökonomischen Überlegungen (Gorz 1980, 1983; Vonderach 1982; Grotian/Kück 1983; Heinze/Olk 1982, 1983; Huber 1984; Heinze/Offe 1986, 1990) bis zur Grundeinkommendiskussion (Vobruba 1984; Bust-Bartels 1985; Büchele/Wohlgenannt 1985).

Um die komplizierte Diskurssituation dieser Alternativökonomie-Diskussion zu kennzeichnen hat Georg Vobruba (1998) den Begriff der „doppelten Krise der Lohnarbeit“ vorgeschlagen. So sei einerseits die industriell-kapitalistische Produktionsweise bezüglich der Qualität ihrer Arbeitsbedingungen, ihrer ökologischen Nebenfolgen, die Rüstungsproduktion und das industriell-kapitalistische Wohlstandsmodell insgesamt kritisiert worden (Binswanger et al. 1979; Cooley 1980). Andererseits sei mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit Lohnarbeit nicht mehr nur als qualitativ unzulänglich, sondern auch als quantitativ unzureichend bewertet worden (Dahrendorf 1980, 1983). Eben aufgrund dieser Konstellation sei es damals schwierig gewesen, sich als Diskussionsteilnehmer zu positionieren: „War man für eine bedingungslose Lösung des quantitativen Problems (also für Beschäftigungsförderung), so geriet man mit der qualitativen Kritik (gesundheits-, friedens-, umweltpolitische Bedenken) in Konflikt. Vertrat man bedingungslos die Richtung qualitativer Kritik, mußte man sich Ignoranz vor dem

quantitativen Problem (Arbeitslosigkeit) vorwerfen lassen. Diese Konstellation (...) bezeichnet ein bis heute ungelöstes politisches Strategieproblem“ (Vobruba 1998: 40).

2.1.2.1 Arbeitslosigkeit als Chance zum Ausstieg

Zu Beginn der Debatte ist zunächst „quantitatives Versagen“ und „qualitative Kritik“ an der Lohnarbeit zusammen geschlossen worden. Das Argument lautete: Wenn Arbeitsplätze ohnehin ihrer Qualität nach nicht akzeptabel sind, dann ist es gut, wenn es keine solchen Arbeitsplätze gibt (Illich 1978, 1982; Bahro 1985). Statt der Idee der Durchsetzung einer anderen Qualität industrieller Produktion und Arbeit hatte sich die Vorstellung des „Ausstiegs aus der Lohnarbeit und des Umstiegs in andere, bessere Formen von Arbeiten und Leben“ durchgesetzt. Die Diskussion kreiste um die Frage, welche materiellen und immateriellen benefits die abhängige Erwerbsarbeit transportiert und wie diese durch andere Tätigkeitsformen substituiert werden könnten? Die arbeitspolitische Leitthese lautete, dass die durch den Rückzug der Lohnarbeit entstehenden Einkommensverluste durch den Wertewandel kompensiert werden könnten, da der Rückzug der Lohnarbeit der Arbeitsgesellschaft Freiräume eröffnen könne, in denen die stärker werdenden Wünsche nach Selbstbestimmtheit Platz hätten.

Während eine vollständige Substitution materieller benefits den Alternativen zur Lohnarbeit - hier insbesondere Tätigkeitsformen die unter dem Begriff „Eigenarbeit“ zusammengefasst wurden - i.d.R. nicht zugetraut wurde, argumentierte man, dass die durch Arbeitslosigkeit „frei gewordene Zeit“ Tätigkeiten mit mehr immateriellen benefits ermögliche und so materielle Wohlstandsverluste durch immaterielle Wohlfahrtsgewinne mehr als aufwiegen würden. Die Hintergrundannahme bestand in der Erwartung, dass der Verlust an Einkommen und der Zuwachs an Zeit für Eigenarbeit die authentischen und nicht mehr kapitalistisch verzerrten Bedürfnisse freisetzen könnten, die sich eben auf weniger Güter und auf anderes als Güter richten würden (vgl. Vobruba 1998).¹²

¹² Die absurd anmutende Denkfigur „Nützliche Arbeitslosigkeit - eine gesellschaftliche Alternative“, so der gleichlautende Aufsatz von Ivan Illich (1978), findet sich als Minderheitenposition auch heute noch, etwa bei dem Mitbegründer der „Glücklichen Arbeitslosen“ (Berlin) und der Zeitschrift „müßiggänger“ Paoli Guillaume (Ders. 1999, 2002).

Exemplarisch für den Debattenstrang Anfang der 1980er Jahre ist insbesondere auf das Buch des Philosophen und der Befreiungstheologie nahestehenden Intellektuellen, Ivan Illich, mit dem Titel „Vom Recht auf Gemeinheit“ (1982), hinzuweisen. Mit seinen Ausführungen zur Geschichte der Schattenarbeit und den darauf basierenden analytischen Begriffsbestimmungen und Differenzierungen von Arbeit, in

- (1) „Subsistenztätigkeiten“,
- (2) „Lohnarbeit“ und „Schattenarbeit“ (als die zwei Seiten einer Medaille) sowie
- (3) „Eigenarbeit“,

hat Illich Verhältnisbestimmungen vorgenommen, mit denen er begriffliche Unschärfen der damaligen Eigenarbeitsdebatte - die Ende der 1990er Jahre in der Nachhaltigkeitsdebatte erneut aufgegriffen wurde (siehe etwa Scherhorn 1997, 1998) - zu vermeiden versuchte.

Die begriffliche Unschärfen der Eigenarbeitsdebatte resultieren daraus, dass unter der Begriff der „Eigenarbeit“ ganz unterschiedliche Arbeits- oder Tätigkeitsformen subsummiert werden (etwa Schattenarbeit, informelle Arbeit, Selbstversorgung, Selbsthilfe, Eigenproduktion im Rahmen von Tauschringen usw.) und hierbei der Begriff der „Eigenarbeit“ tendenziell als Komplementärbegriff zu dem der „Lohnarbeit“ erscheint, obwohl zugleich die „Reproduktionsarbeit“, damit der Zusammenhang von „Lohnarbeit“ und „Reproduktionsarbeit“ (bzw. bei Illich „Schattenarbeit“), unterbelichtet wird (Brandt 1998c, 2000).

Demgegenüber verwies Illich darauf, dass der Begriff der „Eigenarbeit“ nicht mit den Begriffsinhalten von „Schattenarbeit“ oder „Subsistenztätigkeit“ zu verwechseln sei: "Ich nenne Eigenarbeit nur das, womit sich Menschen unserer Zeit durch gesellschaftliche Tätigkeiten von Konsum und Produktion abgrenzen. ... Eigenarbeit ist aktiver Konsum- und Produktionsverzicht, motiviert aus aufgeklärtem Hedonismus. Sie steht also deutlich im Gegensatz zur hierarchisch verwalteten Selbsthilfe, die ich Schattenarbeit nenne“ (a. a. O.: 51). Mit „Eigenarbeit“ meinte und unterstellte Ivan Illich die Möglichkeit eines bewussten Aussteigens und Abkoppelns aus der Warenwirtschaft: „Eigenarbeit soll der Ersatz von Ware durch eigene Tätigkeiten heißen“ (a. a. O.: 52). Zugleich kennzeichnete er „Eigenarbeit“ als eine „historisch neue Tätigkeitsform“. Deutlich ist, dass sich bei Illichs Verwendung des Begriffs der „Eigenarbeit“, den er selbst als analytischen und nicht als deskriptiven Begriffs interpretierte, die Ebene der Analyse mit der einer programmatischen Vision vermischt. Die

Begriffe „Schattenarbeit“ und „Subsistenztätigkeit“ grenzte er voneinander ab: „Schattenarbeit schafft nicht den Unterhalt des Haushalts [wie Subsistenztätigkeiten in den Geschichtsperioden vor der völligen Durchsetzung von Lohn- und Schattenarbeit; Anmerkung des Verfassers], sondern wertet, unbezahlt, Fertigware zum Verbrauchsgut auf“ (a. a. O.: S.77). Auch sei Schattenarbeit als Komplementär zur Lohnarbeit nicht auf „Frauen- und Hausarbeit“ zu reduzieren (ebenda).

Insgesamt bleibt Illich's Begriff der „Eigenarbeit“ als „historisch neue Form der Tätigkeit“ fragwürdig, da er mit ihm eine Utopie verbindet, nämlich die des Ausstiegs aus der kapitalistischen Warenwirtschaft. Die Ermöglichung des Ausstiegs antizipiert Illich arbeitspolitisch völlig ungenügend über hedonistische Motive: Ein Wertewandel soll zum Ersatz von Ware durch eigene Tätigkeit (aktiver Konsum- und Produktionsverzicht) führen. Auf Herrschaftsverhältnisse, institutionelle Bedingungen und Akteure der Arbeitspolitik wird demgegenüber von Illich nicht Bezug genommen.

Meine Kritik an der Perspektive „Arbeitslosigkeit als Chance zum Ausstieg“ lautet ferner, dass die Annahme, der Rückgang der Lohnarbeit würde der Arbeitsgesellschaft quasi automatisch Freiräume und frei verfügbare Zeit eröffnen, unterstellt (wie auch die Vorstellung eines „autonomen Lebens“ und eines „autonomen Sektors“), dass das Jenseits der Lohnarbeit nicht kapitalistisch präformiert ist. Das Fazit zu Offe's gesellschaftstheoretischer Begründung des Endes der Arbeitsgesellschaft und zu den Prognosen einer (nicht-kapitalistischen) nachindustriellen Gesellschaft verwies aber auf die empirisch fortschreitende „Durchindustrialisierung“ (Kommodifizierung) der gesellschaftlichen Arbeit, also eben auch auf das (kapitalistische) „Jenseits“ der Lohnarbeit. Auch die im vorhergehenden Abschnitt vorgenommene Diskussion zum Wertewandel als Begründungskontext für die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft zeigte, dass auch postmaterialistische Werte mit den Ansprüchen der kapitalistischen Erwerbsarbeit und denen der Konsumsphäre i.d.R. kompatibel sind oder kompatibel gemacht werden können, sich also nicht zwangsläufig auf einen „autonomen Sektor“ kaprizieren müssen.

Insofern ist der Einschätzung von Gottfried Oy (2002) durchaus zuzustimmen, der die Perspektive der „Glücklichen Arbeitslosen“ (Guillaume 1999, 2002) und deren Kritik an der Arbeitsgesellschaft als „Ausgeburt einer subkulturellen Spaßkultur“ bezeichnet. Für Arbeitslose und deren Angehörige stellen mehrheitlich nicht nur Einkommenseinbußen ein

Problem dar, sondern insbesondere, dass die Selbst- und Fremdbewertung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen abnimmt und Arbeitslosigkeit unmittelbar zur Reduzierung gesellschaftlicher Teilnahme führt. So besagen Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement, dass dieses von der individuellen Verwurzelung in der Erwerbsarbeit abhängig ist und die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten mit wachsendem Bildungsgrad und steigender beruflicher und sozialer Stellung zunimmt (vgl. Erlinghagen et al. 1997: 18f.).

2.1.2.2 Dualökonomische Überlegungen und die Gorzsche Utopie der Befreiung von der Arbeit

In der Annahme, dass sich die industrielle, entfremdete Arbeit nicht abschaffen, wohl aber erheblich einschränken lasse, bestand eine pragmatischere Reaktion auf die „doppelte Krise der Lohnarbeit“ darin, statt der direkten Kopplung von Arbeitslosigkeit und Alternativsektor, diverse Formen von Dualwirtschaft vorzuschlagen. Diese dualökonomischen Überlegungen basierten zumeist auf der Vorstellung eines „formellen“ und eines „informellen“ ökonomischen Sektors.¹³ Die zentrale Frage in den dualökonomischen Überlegungen lautete, wie viel an Wohlstandsverlusten durch „Eigenarbeit“ im „informellen Sektor“ kompensiert werden könnte? Diese Frage wurde mit der Perspektive verbunden, dass es angesichts der schwindenden Lohnarbeit und des Wertewandels darauf ankomme, Aktivitäten, die bisher dem Arbeitsmarkt und dem formellen Sektor vorbehalten waren, vermehrt in den „informellen Sektor“ zu verlagern (Heinze/Olk 1982).

Begriffsgeschichtlich ging das Konzept des „informellen Sektors“ auf die Soziologie der Entwicklungsländer zurück (Hart et al. 1973) und sollte ausdrücken, dass neben dem formellen, industrialisierten Sektor noch ein informeller (Rand-) Sektor existiert, der den Slumbewohnern in den Ländern der „Dritten Welt“ das Überleben sichern hilft. Der englische

¹³ Allgemein wird als „informeller Sektor“ der Teil einer Volkswirtschaft bezeichnet, der im Gegensatz zum „formellen Sektor“ nicht durch formalisierte Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist und sich staatlicher Kontrolle oft entzieht. Teilweise wird (illegale) Schwarzarbeit unter informeller Arbeit subsumiert, teilweise wird sie definitiv ausgeschlossen. Das Statistische Bundesamt zählt zur informellen Ökonomie im Sinne von unbezahlter Arbeit, hauswirtschaftliche Tätigkeiten, handwerkliche Tätigkeiten, die Pflege und Betreuung von Kindern und Erwachsenen sowie ehrenamtliche und soziale Hilfeleistungen (vgl. Blanke u. a. 1996).

Sozialwissenschaftler Jonathan Gershuny (1979) hatte dann den Begriff der „informellen Ökonomie“ auf entwickelte Industrieländer übertragen, bis er schließlich Anfang der 1980er Jahre in der deutschsprachigen, dualwirtschaftlichen Diskussion zunehmend populär wurde. Diese wurde im Wesentlichen von Huber (1984) und Gorz (1980, 1983) geprägt, bis sie Ende der 1980er Jahre mit dem Auslaufen der damaligen Grundeinkommensdiskussion für längere Zeit an Popularität einbüßte, um dann Ende der 1990er Jahre im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte erneut aufgegriffen und mit der Frage nach Nachhaltigkeitspotenzialen der informellen Ökonomie verbunden zu werden (vgl. Teichert 1995, 2000; Scherhorn 1997, 1998; Bierter/Winterfeld 1998; Brandt 1998b, 2000; Arbeit und Ökologie 2000; Brandt/Spangenberg 2003).

Für die dualwirtschaftlichen Überlegungen der 1980er Jahre war zunächst die historische Rekonstruktion von Traditionen arbeitsmarktexternen Wirtschaftens und Arbeitens (Novy/Prinz 1978) sowie die Erinnerung, dass ein wesentlicher Teil ökonomischer Aktivitäten außerhalb des Arbeitsmarktes als Hausarbeit geleistet wird (Ostner 1978), relevant. In der folgenden dualökonomischen Diskussion wurden dann zuvor nicht als Arbeit bezeichnete und unbezahlte Tätigkeiten als Arbeit definiert - neben der Hausarbeit, die Konsumarbeit, die Erziehungsarbeit oder gar die Liebesarbeit - und hierbei der Arbeitsbegriff so weit ausgedehnt, dass nicht mehr deutlich war, wo die Trennung zwischen Arbeits- und Lebenswelt verläuft.¹⁴ Zweitens wurde der Haushalt nicht mehr nur als konsumierende, sondern auch als produzierende Einheit gefasst, der Güter und Dienstleistungen produziert und selbst konsumiert. Insbesondere Gershuny's These von der Selbstbedienungsgesellschaft (1981), die als Gegenthese zu der These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zu interpretieren ist, besagte, dass kommerzielle Dienstleistungen zunehmend ersetzt würden, durch in den privaten Haushalten mittels einer Kombination von industriellen Gebrauchsgütern und unbezahlter Eigenarbeit hergestellter „Dienstleistungen“ (Ders.: 17f.).

Auf diesen Erweiterungen des Arbeits- und Ökonomiebegriffs aufbauend wurden einerseits *Utopien von einer reinen Gebrauchswerte-Produktion*, in einem „autonomen Sektor“, jenseits von Markt und Staat, unbeeinflusst von und neben der kapitalistischen Produktions- und

¹⁴ Um informelle Tätigkeiten von Freizeitaktivitäten zu trennen, wird heute größtenteils – so auch vom Statistischen Bundesamt - auf Hawrylyshyns (1977) „Produktivitätskriterium der dritten Person“ zurückgegriffen. Danach werden nur solche Aktivitäten im Haushaltsbereich als produktiv angesehen, die auch von einer dritten Person durchgeführt werden können (vgl. Brandt 1998c).

Lebensweise, geschmiedet (Gorz 1980, 1983). Andererseits wurde die Ansicht vertreten, dass abhängige Erwerbsarbeit durch den „informellen Sektor“ zwar nicht zu ersetzen sei, dass Eigenarbeit, kollektive Selbsthilfe und informelle Produktion aber in materieller und immaterieller Hinsicht eine wichtige „*Ergänzung des Arbeitsmarktes*“ darstellen würden (vgl. etwa Grotian/Kück 1983).

Ganz unabhängig davon, ob die Perspektive eingenommen wurde, dass der „informelle Sektor“ bzw. „autonome Sektor“, den Arbeitsmarkt zukünftig ergänzen oder gar ersetzen sollte, war es naheliegend mit den dualwirtschaftlichen Überlegungen auch eine *Neuaufteilung von Lohnarbeitszeit und Zeit für arbeitsmarktexterne Tätigkeiten* zu thematisieren. Schließlich wurde in der weiteren dualökonomischen Diskussion denn auch die Forderung nach einer Arbeitszeitpolitik erhoben, welche die erforderliche Zeit für Tätigkeiten abseits abhängiger Erwerbsarbeit erst schafft (Vonderach 1982; Gorz 1983). Damit wurde auch in den dualökonomisch inspirierten arbeitszeitpolitischen Überlegungen der Bereich der industriellen Arbeit in emanzipatorischer Hinsicht fallen gelassen, denn mehr freie Zeit sollte es ermöglichen, über den Umweg arbeitsmarktexterne Tätigkeiten, Defizite der Lohnarbeit zu kompensieren, statt diese direkt zu fokussieren.

Bezüglich der in der „Alternativökonomiediskussion“ diskutierten Frage, ob und inwiefern ein „autonomer Sektor“ als „Ersatz“ oder ein „informeller Sektor“ als „Ergänzung“ des Arbeitsmarktes fungieren könnte, ist insbesondere auf die Utopie einer Dualökonomie des französischen Sozialphilosophen André Gorz (1980, 1983) zu verweisen, wie er sie in seinen Büchern „Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus“ (1980) und „Wege ins Paradies“ (1983) zeichnete:

Die von Gorz Anfang der 1980er Jahre geforderte Arbeitszeitpolitik hatte nicht die Ermöglichung arbeitsmarktexterner Tätigkeiten als „Ergänzung“ des „Arbeitsmarktes“ zum Ziel, sondern grundlegend die „Beseitigung der Vorherrschaft von Warenbeziehungen“ durch einen „autonomen Sektor“: „Den Kapitalismus überwinden heißt hauptsächlich und notwendig, die Vorherrschaft der Warenbeziehungen - einschließlich des Verkaufs der Arbeit

- zugunsten freiwilliger Tätigkeiten und Tauschbeziehungen zu beseitigen, die ihren Zweck in sich selbst tragen“ (Gorz, 1983: 85).¹⁵

Mit dieser Utopie der Auflösung des Primats der Erwerbsökonomie und der Konzeptualisierung eines „autonomen Sektors“ schien Gorz von der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen einem kapitalistischen und nicht-kapitalistischen (autonomen) Sektor auszugehen. Seine dualistische Konzeption hatte er in seinem Werk „Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus“ (1980) wie folgt skizziert: „Die heteronome Sphäre gewährleistet die programmierte, geplante Produktion all dessen, was für das Leben der Individuen und für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig ist, so wirksam wie möglich, folglich mit dem geringsten Aufwand und minimalen Ressourcen. In der anderen Sphäre produzieren die Individuen auf autonome Weise, außerhalb des Marktes, allein oder frei assoziiert, materielle und immaterielle, nicht notwendige, aber den Wünschen, den Geschmack und der Phantasie des Einzelnen entsprechende Güter und Dienste“ (Ders. 1980: 88f.). In der Umsetzung dieses Ansatzes sah Gorz die Möglichkeit, die vom Kapitalismus eingepflichtete „produktivistische Arbeits-Ethik auszumerzen und durch eine Ethik zu ersetzen, in der die freiwillige Kooperation, die Selbstbestimmung, die Kreativität, die Qualität in der Beziehung zu anderen und zur Natur die dominierenden Werte sind“ (Ders. 1983: 152).

Hervorzuheben ist, dass Gorz Anfang der 1980er Jahre mit seiner dualökonomischen Konzeption (noch) von zwei völlig unabhängigen, sich nicht beeinflussenden, ökonomischen Sphären ausging. In der neuen Sphäre der autonomen Tätigkeiten habe die ökonomische Logik keine Geltung mehr, auch wenn die „frei verfügbare Zeit“ für die Herstellung von Notwendigen genutzt werde: „Handgenähte Kleider und Schuhe haben nicht denselben Status wie industriell gefertigte. Sie um des Vergnügens willen herstellen heißt, das die Zeit, die man damit zubringt, nicht genutzt wird: es ist die Zeit des Lebens selbst“ (a. a. O.: 95). Die eine Sphäre gelte es also abzubauen, die andere zu erweitern, in der den von der ökonomischen Rationalität der Kapitalverwertung geprägten Beziehungen nur noch eine untergeordnete Rolle zu.

¹⁵ Im Jahr 2007 nahm sich André Gorz, im Alter von 84 Jahren, gemeinsam mit seiner schwer kranken Frau, das Leben.

Aus dieser Utopieskizze entfaltete Gorz schließlich arbeitspolitische Folgerungen, mit denen er grundlegend für die „*Befreiung von der Arbeit*“ als politisches Programm eintrat: „Es geht nicht mehr darum, Macht als Arbeiter zu erobern, sondern darum, Macht als Arbeiter zu erobern, um nicht länger als Arbeiter funktionieren zu müssen“ (Ders. 1980: 62). „Befreiung von der Arbeit“ bedeutete für Gorz die Forderung nach einer drastischen Reduktion der Erwerbsarbeitszeit, die er für die Jahrtausendwende auf 20.000 Lebensarbeitsstunden taxierte und dabei ein neues Normalarbeitsverhältnis prognostizierte: „Nun bedeuten aber 20.000 Stunden pro Leben zehn Jahre Vollzeitarbeit oder zwanzig Jahre Teilzeitarbeit oder - weit plausibler - vierzig Jahre unregelmäßige Arbeit, wobei Halbzeitperioden, Urlaubsperioden oder Perioden unbezahlter autonomer Tätigkeit in einer Arbeitsgemeinschaft usw. einander abwechseln“ (Ders. 1983: 68). In der verbliebenen, radikal reduzierten Erwerbsarbeitszeit sah er einerseits eine Pflicht, von der niemand befreit werden sollte und behauptete andererseits die Chance für mehr Lebensqualität: „Sinn und Ziel der Forderung, 'weniger zu arbeiten' ist nicht 'mehr auszuruhen', sondern 'mehr zu leben'“ (Ders. 1980: 162). Da autonomes Tun eine angemessene Infrastruktur brauche, forderte Gorz zudem eine „Politik kollektiver Einrichtungen“ und sah den Staat gefordert für Selbsthilfegruppen, welche Altenhilfe, Kinderbetreuung u. a. organisieren, eine geeignete Infrastruktur aufzubauen und ständige finanzielle Unterstützung zu gewähren (vgl. Ders. 1983: 147).

Wie ist nun - ohne in eine grundlegende Bestandaufnahme der arbeitspolitischen Implikationen und Voraussetzungen überzugehen - die von Gorz Anfang der 1980er Jahre formulierte dualökonomische Perspektive als Antwort auf die Krise der Vollerwerbsgesellschaft zu kommentieren?

Die Gorzsche Utopie (1980, 1983) zielt im Kern auf den „weitestmöglichen Ersatz“ des Arbeitsmarktes bzw. genauer: auf die Beseitigung der „Vorherrschaft“ von Warenbeziehungen durch einen „autonome Sphäre“ und nicht auf die Beseitigung der Warenbeziehungen selbst, die im heteronomen, kapitalistischen und bezogen auf die Arbeitszeit verringerten, Sektor fortbestehen würden.

Programmatisch zumindest widersprüchlich erscheint zunächst, dass Gorz mit seinem negativ besetzten Arbeitsbegriff für eine „Befreiung von der Arbeit“ eintritt und zugleich eine Arbeitspflicht gegenüber dem (weiterhin notwendigen) „kapitalistischen Erwerbssektor“

betont, der perspektivisch über Arbeitszeitverkürzung und staatliche Förderung des autonomen Sektors einzuschränken sei. Warum Gorz seine emanzipatorischen Hoffnungen allein auf einen „autonomen Sektor“ fixiert und nicht - wenn er schon eine Arbeitspflicht gegenüber dem (notwendigen) „kapitalistischen Erwerbsektor“ betont - auch dessen „Humanisierung“ einfordert, ist zunächst nicht nachvollziehbar. Kaum vorstellbar ist zudem, dass der Staat einen autonomen Sektor fördern würde und dabei auf staatliche Kontrolle und Einflussnahme derart verzichtet, dass die Rede von einem „autonomen Sektor“ noch gerechtfertigt wäre.

Gesellschaftsanalytisch höchst fraglich ist vor allem seine dualökonomische Konzeption zweier sich nicht beeinflussender ökonomischer Sektoren oder Sphären. Auf die Unmöglichkeit eines nicht kapitalistisch präformierten „autonomen Sektors“ jenseits der kapitalistischen Warenproduktionen wurde bereits im vorhergehenden Abschnitt verwiesen. Die Beseitigung der Vorherrschaft von Warenbeziehungen durch *und in* einen „autonomen Sektor“ ist eine Illusion und entspricht einem verkürzten Verständnis der politischen Ökonomie. So hat Gorz den Trend zur Selbstbedienung bzw. den Prozess der Verlagerung von Tätigkeiten aus den „formellen“ in den „informellen Sektor“, auf den 1981 Gershuny hinwies und der im Kern eine Wertschöpfung unsichtbarer Arbeit darstellt und damit deutlich im Gegensatz zur Behauptung eines „autonomen Sektors“ steht, negiert.¹⁶ Auch aus heutiger Perspektive wird deutlich, dass zunehmende „Selbstbedienung“, als Wertschöpfung unsichtbarer Arbeit, mit einer Abwälzung vormals kommerzieller Dienstleistungsarbeit auf den Konsumenten verbunden ist, der insbesondere durch die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien vereinfacht wurde (z. B. Internetbanking- und Handel). Ohne „Eigenarbeit“ bzw. i.S. von Ivan Illich ohne „Schattenarbeit“, können bestimmte Dienstleistungen oder Produkte nicht konsumiert werden: „Schattenarbeit schafft nicht den Unterhalt des Haushalts, sondern wertet, unbezahlt, Fertigware zum Verbrauchsgut auf“ (Illich 1982: 77).

Gesellschaftspolitisch problematisch wiegt zudem, dass mit der Gorzschen Utopie der Befreiung von der Arbeit die Diskriminierungen der größtenteils von Frauen ausgeübten

¹⁶ Zu empirisch vorfindbaren Verlagerungen zwischen den als formell und informell apostrophierten Sektoren siehe die Querschnittsanalyse „Zur Zukunft der Arbeit in einem ökologisch- sozialem Nachhaltigkeitsszenario“ (Brandt 1998b).

Schattenarbeit ausgeblendet werden. Bereits Anfang der 1980er Jahre hat Claudia von Werlhof (1983) aus feministischer Perspektive darauf insistiert, dass die „Wege ins Paradies“ (Gorz 1983) und andere dualökonomische Konzeptionen fast ausschließlich von Männern und aus männlicher Perspektive verfertigt wurden: Das Jenseits der Erwerbsarbeit sei nichts Neues, da doch weltweit 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung in diesem oft als „informell“ bezeichneten Sektor in der Form von illegaler Arbeit, unentlohnter Arbeit, Eigenarbeit, Schattenarbeit, Subsistenzarbeit und vor allem Hausarbeit leben würden. Diese Arbeitsformen seien innerhalb der kapitalistischen Formbestimmtheit eben alles andere als frei. Werlhofs Gegenthese lautete gar, dass eben nicht die Verallgemeinerung der Lohnarbeit, sondern die der Hausfrauenarbeit, der Traum aller Kapitalisten sei: „Ich glaube die Umstrukturierung unserer Ökonomie wird der Versuch sein, das weibliche Arbeitsvermögen auch den Männern anzuerziehen ... Denn der Lohnarbeiter macht zu wenig und kann zu wenig. Er kann nur tun, was bezahlt wird und was vertraglich vereinbart wurde. Er tut nichts darüber hinaus, ... er ist nicht rundherum, als Person, als ganzer Mensch mobilisierbar“ (Dies. 1983: 129).¹⁷ Abgesehen von der sexistischen Prämisse typisch „weiblichen“ versus typisch „männlichen“ Arbeitsvermögens, ist hier Werlhof zuzustimmen, denn erst mit den eher internalisierten und indirekten („fremdbestimmt-selbstbestimmten“) Kontrollformen in den postfordistischen Produktionsprozessen ist es möglich geworden, das (erweiterte) Arbeitsvermögen der ganzen Person zu mobilisieren.¹⁸

¹⁷ Zur feministischen Kritik dualwirtschaftlicher Ansätze aus der Perspektive des sogenannten „Bielefelder Subsistenzansatzes“ siehe auch Werlhof/Mies/Bennhold-Thomsen (1983).

¹⁸ Siehe dazu die „labour-process debate“, die durch Harry Braverman – 1974 im Original erschienenen und 1977 ins Deutsche übersetzte – Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess“ angestoßen wurde: In Anlehnung an Karl Marx' Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozess geht Braverman davon aus, dass das Kernproblem des Managements darin besteht, aus der gekauften „Ware Arbeitskraft“ möglichst viel Leistung und damit Mehrwert herauszuholen und dass der Taylorismus die adäquate Managementstrategie zur Lösung des Transformationsproblems ist (Braverman 1977: 51ff). Genau da setzte die Debatte mit dem Argument an, dass die tayloristische Produktionsweise nicht der einzige oder eine beste Weg zur Lösung des Transformationsproblems ist, vielmehr sei zwischen unterschiedlichen idealtypischen Managementstrategien zu differenzieren. So unterscheidet z. B. Andrew Friedman (1977: 78f.) zwischen den Strategietypen „direct control“ und „responsible autonomy“: Während die Strategie der direkten Kontrolle den Beschäftigten durch strenge Überwachung keine Handlungsspielräume lasse, gewährte das Management den Beschäftigten im Fall der verantwortlichen Autonomie dagegen Handlungsspielräume, Sorge aber „durch ein anspruchsvolles ideologisches Konzept für die Zusammenarbeit“ (Friedman 1987: 101) und dafür, dass diese Spielräume in seinem Interesse genutzt würden. Von Friedman (1977: 79; 1987: 121) stammt auch der Hinweis, dass beide Strategietypen von ein- und demselben Management zu ein- und demselben Zeitpunkt angewendet werden könnten– aber für verschiedene Beschäftigtengruppen: die der verantwortlichen Autonomie für die Stammebelegschaften und die der direkten Kontrolle für die Randbelegschaften.

Auch die feministische Kritik verwies also im Wesentlichen darauf, dass die Ökonomie sich nicht zerteilen lässt: „Es gibt nicht diese und eine alternative Ökonomie. Es gibt nur diese Ökonomie. Selbstverständlich gibt es die Gorzsche Dualwirtschaft. Es gibt Hausarbeit, Schwarzarbeit, Selbstversorgung, Selbstverwaltung in kleinen Betrieben usw., doch diese Dualwirtschaft ist insgesamt in der Ökonomie“ (Bierter/Winterfeld, 1998: 18f.).

Ende der 1980er Jahre vollzog Gorz denn auch eine *Abkehr von den Möglichkeiten eines autonomen Sektors* und markierte mit seinem - jetzt primär auf gewerkschaftlich und weniger alternativ-ökonomisch orientierte Leser abzielendem - Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989, 192ff.) einen neuen gesellschaftlichen Trend, der darin bestünde, dass ein wachsender Teil der Beschäftigten an den Rand des Wirtschaftsprozesses oder ganz aus ihm herausgedrängt würde. Der andere Teil würde dagegen – der „ökonomischen Vernunft“ folgend - immer mehr arbeiten und damit über eine zunehmende wirtschaftliche Macht verfügen: „Diese professionelle Elite wird es ablehnen, einen Teil ihrer Arbeit und der mit ihrem Arbeitsplatz verbundenen Vorrechte und Machtpositionen abzugeben. Sie kann daher ihre eigene Freizeit nur dadurch vergrößern, daß sie Dritte anstellt, um ihr verfügbare Zeit zu verschaffen“ (Gorz 1989: 19). Die „Rationalisierungsgewinner“ würden dabei von den „Rationalisierungsverlierern“ verlangen, im informellen Sektor bestimmte Aktivitäten auszuführen: Der Elite gelinge es also, Arbeitszeit billiger zu kaufen, als sie ihre eigene verkaufen müsse. Gorz sah hierin die Wiedergeburt einer Dienstbotenklasse. Für die „Dienstboten“ ergäben sich zwar Arbeitsplätze in der informellen Ökonomie, allerdings zu Niedriglöhnen und auf instabiler Grundlage.

Deutlich sind also eine grundlegende Ernüchterung und ein grundlegender Perspektivenwechsel bei Gorz, weg von den Möglichkeiten eines „autonomen Sektors“ in seinem Buch „Wege ins Paradies“, hin zur Perzeption einer „informellen Ökonomie“ als Gefahrenquelle der Wiedergeburt einer Dienstbotenklasse in „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989).

Insgesamt lassen sich in der Alternativ-Ökonomiedebatte der 1980er Jahre bezüglich der Frage nach der „*Zukunft der Arbeit im informellen Bereich*“ im Wesentlichen drei Perspektiven unterscheiden:

1. Die Perspektive des Ausstiegs aus der Warenwirtschaft als Möglichkeit der Aufhebung des Zusammenhangs von Schatten- und Lohnarbeit durch „Eigenarbeit“ (vgl. Illich 1978, 1982; Bahro 1985). Diese Perspektive unterstellt die Möglichkeit eines „Ausstiegs“, eines autonomen und vom Kapitalismus abgekoppelten Lebens für Einzelne.
2. Dualwirtschaftliche Perspektiven, die die Utopie einer relevanter werdenden „informellen Ökonomie“ transportieren, die als autonome Art des Lebens und Arbeitens in einem autonomen Sektor neben und unbeeinflusst von einem kapitalistischen Erwerbssektor erscheint und auf den weitest gehenden Ersatz des Arbeitsmarktes (bzw. des „formellen Erwerbsektors“)“ abzielen (Gorz 1980, 1983, Huber 1984).
3. Dualwirtschaftliche Perspektiven der „Rückverlagerung bestimmter Zweige der Wohlfahrtsproduktion“ (Heinze/Offe 1986: 473) in die „informelle Ökonomie“, die als vergleichsweise konservative Antwort auf die Krise des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates auf eine Ergänzung des Arbeitsmarktes abzielen (Gershuny/Pahl 1980, Heinze/Olk 1982, Grotian/Kück 1983, Heinze/Offe 1986, 1990).

Die Ausstiegsoption und die Gorzsche Dualökonomie (1980, 1983) sind vor allem hinsichtlich ihrer (naiven) Vorstellung eines „autonomen, ökonomischen Sektors“, der nicht kapitalistisch präformiert sein soll und damit letztlich auf die Romantisierung von Armutsökonomien hinausläuft, zu kritisieren und werden daher perspektivisch in dieser Arbeit nicht weiter verfolgt. Ebenso wird der Begriff der „Eigenarbeit“ abgelehnt, da er als Containerbegriff analytisch nicht weiterführend ist.¹⁹ Dessen ungeachtet stellt sich die weiterhin offene Forschungsfrage, inwiefern eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs weiterführend sein könnte, wenn konzeptionelle Fehler der Alternativ-Ökonomiediskussion vermieden würden?

¹⁹ In der Eigenarbeitsdebatte und in dualökonomischen Überlegungen werden unterschiedliche Arbeitsformen jenseits der Lohnarbeit, wie z. B. ehrenamtliche Tätigkeiten, Arbeit in sozialen Netzwerken, Selbstversorgung usw. unter dem (Container-)Begriff der „Eigenarbeit“ subsumiert, mit der Tendenz, dass relativ undifferenziert von den „Perspektiven der Eigenarbeit“ die Rede ist, „Eigenarbeit“ gar als Komplementärbegriff zu dem der „Lohnarbeit“ verwendet wird (eine Ausnahme ist z. B. Illich 1978) und zugleich die zumeist von Frauen ausgeübte „Reproduktionsarbeit“ - als quantitativ größter Anteil der „Schattenarbeit“ – ausgeblendet wird (vgl. Brandt 1998c, 2000).

Diesbezüglich wäre zunächst in einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu prüfen, ob eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs unter der Perspektive „Ergänzung des Arbeitsmarktes“ Lösungen für die Krise der Arbeitsgesellschaft anbieten könnte. Prinzipiell sind sowohl eher politisch-reaktionäre Antworten anzutreffen, die von sozialstaatlichen Sparüberlegungen dominiert werden (so wenn als Reaktion auf die zugenommener Erwerbsneigung von Frauen auf die Förderung ehrenamtlichen Engagements für Frauen abgezielt wird), als auch sozialwissenschaftlich fundierte Vorschläge der Förderung eines „informellen Sektors“, die in den 1980er Jahren ihren Ausgangspunkt hatten (u. a. Gershuny/Pahl 1980, Heinze/Olk 1982, Grotian/Kück 1983, Heinze/Offe 1986, 1990) und in den 1990er Jahren in der Neuaufnahme der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft (Rifkin 1995, Castells 1996, Gorz 2000, Bonß 2000) und auch in der Nachhaltigkeitsdebatte (Teichert 1995, 2000; Scherhorn 1997, 1998; Bierter/Winterfeld 1998; Brandt 1998b, 2000; Arbeit und Ökologie 2000; Brandt/Spangenberg 2003) erneut diskutiert wurden.²⁰

2.1.2.3 Die Grundeinkommensdiskussion und ihr Revival nach der Jahrtausendwende

Im Anschluss an die dualwirtschaftlichen Überlegungen in der Debatte zur Zukunft der Arbeit nahm Mitte der 1980er Jahre die Diskussion um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen eine besondere Bedeutung ein (Büchele/Wohlgenannt 1985; Opielka/Vobruba 1986; Opielka/Stalb 1986; Vobruba 1986). Mit dieser etablierten sich in Deutschland bis in die Gegenwart insbesondere Michael Opielka und Georg Vobruba als Protagonisten eines allgemeinen Grundeinkommens.

Begriffsgeschichtlich ist hier zunächst anzumerken, dass die Idee eines Grundeinkommens keineswegs neu war. Wagner verweist darauf, dass bereits die etwa 700 v. Chr. eingeführte und rund 500 Jahre unangetastete Verfassung des antiken Sparta eine Trennung zwischen

²⁰ Perspektiven eines „erweiterten Arbeitsbegriffs“ wären allerdings nicht ausschließlich unter der Prämisse „Ergänzung des Arbeitsmarktes“ einer Bestandsaufnahme zu unterziehen, sondern sollten darüber hinausgehend, basierend auf einer empirischen und analytischen Bestandsaufnahme der „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ im Kontext postfordistischer Restrukturierungsprozesse und seiner wohlfahrtsstaatlichen Implikationen, auch grundsätzlich die Art der gesellschaftlichen Organisation von (bezahlter und unbezahlter) Arbeit in den Blick nehmen. Um es in den Worten von Claudia von Werlhof zu formulieren: Für die Entwicklung neuer Arbeits- und Lebenszusammenhänge sind „nicht nur keine Proletarier, sondern auch keine Hausfrauen“ (Werlhof 1983: 113) nötig.

notwendigen Gütern und Luxusgütern vorsah. Erstere hätten jedem Mitglied der Gesellschaft unabhängig von der erbrachten Arbeitsleistung zur Verfügung gestanden (vgl. Ders. 2009: 4). Zudem gilt, dass in Deutschland Perspektiven und Konzepte der Entkopplung von Arbeit und Einkommen nicht nur in der Alternativökonomiediskussion der 1980er Jahre diskutiert wurden, sondern seit etwa Mitte 2000 als Minderheitenposition ebenso in der aktuelleren Sozialstaatsdebatte – also in einem gänzlich anderen und von der Hartz-Reformen geprägten Diskurskontext - anzutreffen sind (Opielka 2004a, 2004b, 2007; Vobruba 2006; Kipping 2008; Werner 2008).

Da es sich also um eine wiederholt aufgegriffene Fragestellung handelt, sind vor der Darstellung der Debatte in den 1980er Jahren zunächst Anmerkungen zum grundlegenden Problemkontext und zur Verortung der Grundeinkommensdiskussion im Kontext der Wohlfahrtsstaatsdebatte sinnvoll:

Ausgangspunkt der Debatten ist ein Charakteristikum des deutschen Systems der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung, dass im europäischen Vergleich besonders deutlich wird, nämlich die enge Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt und dem Erwerbsstatus (vgl. Esping-Andersen 1998, 2002, 2004). Insbesondere in Deutschland sind Umfang des gesicherten Personenkreises, Leistungshöhe und Finanzierung an die Form, Dauer und Intensität der abhängigen Erwerbstätigkeit gekoppelt. Problematisch wird dieser Zusammenhang vor dem Hintergrund von zugenommener Arbeitslosigkeit und von Ausdifferenzierungen auf dem Arbeitsmarkt (neue Selbstständigkeit, kurze und diskontinuierliche Erwerbsverläufe, Niedrigeinkommenspassagen, Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigung) und in den privaten Lebensformen (zugenommene Scheidungsraten, Patchworkfamilien).

In der aktuellen wissenschaftlichen Debatte wurde auf den hierdurch entstandenen Reformbedarf, der vor allem in der Altersabsicherung virulent ist, mit dem Konzept der „Flexicurity“ reagiert (Klammer et al. 2001), dass darauf zielt, Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sowie Veränderungen in den Lebensformen mit sozialer Sicherheit im Lebensverlauf zu verknüpfen.²¹ Im Vergleich dazu wurde in den politischen Reformdiskussionen über das System der sozialen Sicherung nicht nur die Leistungsfähigkeit

²¹ Das Konzept der „Flexicurity“ ist kein explizit deutsches Konzept, sondern wurde erstmals in den 1990er Jahren in den Niederlanden entwickelt und schließlich im Jahr 2000 im Rahmen der Europäischen Sozialagenda zum Baustein des europäischen Sozialmodells und wesentlichen Bestandteil des Lissabon-Prozesses deklariert.

der Sozialpolitik (Zielerreichung, Veränderungsbedarf) thematisiert, sondern seit Mitte der 1990er Jahre vor allem ihre Finanzierung. Zunehmend relevant sind hier erstens Diskussionen, die um das Verhältnis von öffentlicher sozialer Absicherung und privater Vorsorge kreisen (vgl. Bäcker 2008a: 372). Dagegen ließen sich Konzepte einer stärkeren Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung (mit dem Ziel der Entkopplung des engen Zusammenhangs von Erwerbseinkommen und Sicherungsniveau), der Erweiterung des versicherten Personenkreises (im Rahmen einer Bürger- oder Erwerbstätigenversicherung), der Ausweitung der Bemessungsgrundlagen oder von Vermögensquellen (jenseits von Erwerbseinkommen), anders als die tatsächlich politisch umgesetzte Förderung vermehrter privater Vorsorge (die im Kern auf die Absenkung von Arbeitsgebetebeiträgen zur sozialen Sicherung zielt), nicht oder nur geringfügig über sozialpolitische Reformen umsetzen.²² Zweitens lassen sich die politischen Reformdiskussionen auf das angestrebte Verhältnis der für das dreistufige Sozialleistungssystem in Deutschland charakteristischen Elemente (primär beitragsfinanzierter) „Sozialversicherung“, (primär steuerfinanzierter) „Sozialhilfe/Grundsicherung“ und „Sozialtransfers/Steuererleichterungen“ beziehen. Grundlegend ist hier die Frage, ob es bei dem gegenwärtigen Nebeneinander dieser drei Bereiche bleiben soll, oder ob es zu einer Konzentration der öffentlichen sozialen Sicherung auf die Grundsicherung kommen soll, die eine Totalrevision des historisch gewachsenen Systems der sozialer Sicherung bedeuten würde (vgl. Bäcker et al. 2008a: 376f.). Genau im Rahmen dieser (letztgenannten) Grundsatzfragen sind sowohl Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens (die teilweise auch als „Sozialdividende“ bezeichnet werden) – sei es die der 1980er Jahre (Bücheler/Wohlgenannt 1985, Opielka/Vobruba 1986) oder die seit etwa 2005 neu aufgekommene Grundeinkommensdebatte (Opielka 2004a,

²² Dies betrifft vor allem die Alterssicherung, in der im Jahr 2001 die Förderung vermehrter privater Vorsorge im Rahmen der Riesterrentenreform umgesetzt wurde. Spätestens seit der Einführung der Rente ab dem 67. Lebensjahr im Jahr 2007 – trotz eines im statistischen Durchschnitt wesentlich früheren Erwerbsaustrittsalters - ist auch für die Allgemeinheit zunehmend deutlich, dass die staatliche Förderung privater Vorsorge, die in ihrer Höhe letztlich immer von der Höhe und dem Bezug individueller Erwerbseinkommen abhängig ist, mit Kürzungen der paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzierten Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung einhergeht. Auch in der Gesundheitspolitik spielt mehr private Vorsorge eine zunehmende Rolle. Abgesehen von der Einführung vermehrter Zuzahlungspflichten durch die Gesundheitsreform von 2003, zielen institutionelle Veränderung wie die Einführung des Gesundheitsfonds ab dem Jahr 2009 oder Vorschläge zur Einführung einer Gesundheitsprämie/Kopfpauschale dahin, Arbeitgeber von Krankenversicherungsabgaben zu entlasten – also aus der traditionellen paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszusteigen und statt dessen die Finanzierung zunehmend den Bürgern zu übertragen.

2004b, 2007; Vobruba 2006; Werner 2008; Kipping 2008) - wie auch diesen gegenüber stehende Konzepte einer negativen Einkommenssteuer (Scharf 1995; FDP 2005; Straubhaar 2006; Althaus 2007; Bonin/Schneider 2007; Hohenleitner/Straubhaar u. a. 2007), die teilweise auch als „Bürgergeldkonzepte“ bezeichnet werden, zu verorten.

Bedeutsam ist, dass sich diese Konzepte nicht nur hinsichtlich ihrer Funktionsweise unterscheiden, sondern insbesondere bezüglich ihrer Zielorientierung:

- (1) Während beim Grundeinkommen basierend auf einer engen Definition für den Begriff des Grundeinkommens, nach der ein Grundeinkommen „ein Einkommen ist, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird“ (Vanderborght und Van Parijs 2005: 14), keine Verkopplung zwischen Arbeit und Einkommen besteht, ist bei der negativen Einkommenssteuer die Kombinierbarkeit von Arbeit und Grundsicherung zentral, denn der Begriff der Negativsteuer begründet sich aus dem Gedanken „die Grundsicherung über die Einkommenssteuer zu organisieren und dabei eigenes Einkommen automatisch auf die Zahlung anzurechnen“ (Bäcker et al. 2008: 377).
- (2) Während die Diskussion um die negative Einkommenssteuer, die von neoliberal orientierter Seite Mitte der 1990er Jahre angestoßen (Scharpf 1995) und nach der Jahrtausendwende erneut aufgegriffen wurde (Straubhaar 2006; Althaus 2007; Bonin/Schneider 2007; FDP 2005; Hohenleitner/Straubhaar u. a. 2007), eher als beschäftigungspolitisches Instrument auf die Subventionierung des Niedriglohnsektors zielt, ist die Grundeinkommensdiskussion, die in den 1980er Jahren quasi den Abschluss der Debatte zur Zukunft der Arbeit im informellen Sektor bildete und seit

etwa 2005 im Kontext der Kritik an den Hartz IV-Reformen reaktiviert wurde (siehe etwa Kipping 2008), eher als sozialpolitisches Instrument aufzufassen.²³

Grundsätzlich ist hier allerdings hervorzuheben, dass auch sozialpolitisch motivierte Grundeinkommensmodelle weitreichende arbeitsmarktpolitische Folgen haben. Je nach Ausgestaltung des Grundeinkommens in der Kombination mit Erwerbseinkommen treten Kombilohneffekte auf, wenn - ähnlich wie bei Arbeitslosengeld-Bezug plus Hinzuverdienst - die Grundsicherung Niedriglöhne subventioniert und neben Mitnahmeeffekten auch Substitutionseffekte mit vormals besser vergüteten Erwerbstätigkeiten auslöst sowie eine Sogwirkung nach unten auf höher vergütete Tarif- und Lohngruppen ausübt (vgl. IMK-WSI-Arbeitskreis Kombilohn 2006, Schäfer 2006). Neben diesen arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Problemen lautet ein weiterer Kritikpunkt von Grundeinkommensgegnern, dass gravierende Finanzierungsfragen in Grundeinkommenskonzepten nicht ausreichend beantwortet werden, obwohl die Art der Refinanzierung eines Grundeinkommens verteilungspolitisch immens relevant ist.²⁴ Ein noch fundamentalerer Einwand lautet, dass Grundeinkommensmodelle kaum vermittelbar und durchsetzbar sind, weil sie grundlegende Gerechtigkeitsprobleme offenbaren, die vereinfacht in der Frage münden, warum ein Teil der Bevölkerung Erwerbsarbeit nachgehen und bereit sein sollte darüber einen anderen Teil der Bevölkerung

²³ Für eine Darstellung aktueller Modelle in der deutschen Debatte siehe Wagner 2009. Um die grundlegenden Ausgestaltungsparameter von derzeitigen Grundeinkommens- bzw. Grundsicherungsmodellen aus sozialpolitischer Perspektive zu analysieren, werden in einem Gutachten zu den Grundsicherungsmodellen der Linken aus dem Jahr 2009 folgende acht Kriterien genannt (vgl. Bäcker et al. 2009: 5-6): Sollen alle Mitglieder der Gesellschaft Empfänger sein oder sollen zielgruppenspezifische Differenzierungen vorgenommen werden? Werden die Leistungen bedingungslos oder abhängig von Erwerbs- und Vermögenseinkommen bereitgestellt? Erfolgt der Leistungsanspruch individualisiert oder wird der Familien- und Haushaltskontext berücksichtigt? Ist das Grundeinkommen unabhängig von der Erwerbsbereitschaft? Wird die Leistung in der Höhe so bemessen, dass auch ohne Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand möglich ist oder wird ein Minimum gewährt? Soll das dreistufige Sozialleistungssystem in Deutschland (erstens Sozialversicherung und ergänzende Regelsysteme, zweitens Grundsicherung bzw. Sozialhilfe, drittens steuerfinanzierte, bedarfsbezogene Transfers) durch das neue System ersetzt werden oder sollen die bisherigen Leistungssysteme durch das Grundeinkommen/die Grundsicherung fundiert werden? Welche Gegenfinanzierung ist angedacht und wer wird dadurch belastet? Soll die Administration über die Finanzverwaltung (z. B. im Falle der Negativsteuer), über bestehende bundeseinheitliche Träger (Bundesanstalt für Arbeit), kommunale Träger oder neu zu schaffende Einrichtungen erfolgen?

²⁴ Auch im Gutachten zu den Grundsicherungsmodellen der Linken aus dem Jahr 2009 (vgl. Bäcker et al. 2009) werden zwar Finanzierungsbedarfe in Abhängigkeit von unterschiedlichen Modellannahmen berechnet, Refinanzierungsfragen und deren Verteilungswirkungen waren allerdings nicht Gegenstand dieses Gutachtens und blieben scheinbar auch in der Folgezeit unbeantwortet.

zu subventionieren, wenn dieser andere Teil scheinbar nicht oder nur in geringerem Umfang bereit ist Erwerbsarbeit nachzugehen?²⁵

Neben dem skizzierten grundlegenden wohlfahrtsstaatlichen Problemkontext der Debatten zur Entkopplung von Arbeit und Einkommen, ist zudem auf historische Unterschiede zwischen der Grundeinkommensdebatte der 1980er Jahre und der aktuelleren Grundeinkommensdiskussion hinzuweisen. Zum einen wird mit der aktuellen Grundeinkommensdiskussion in einem gänzlich anderem gesellschaftspolitischen Kontext auf drei gänzlich andere Debatten reagiert: Erstens wird mit der aktuellen Grundeinkommensdiskussion auf die anhaltende Kontroverse um die zukünftige Ausgestaltung des Sozialstaats reagiert. Zweitens hat die Idee insbesondere im linken politischen Spektrum die Funktion einer 'neuen Sozialutopie', die damit zu einer politischen Mobilisierung beizutragen versucht. Vor allem aber hat drittens, seit 2005, die Kritik von Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen und der neuen bundesdeutschen Partei der LINKEN an „Hartz IV“ (siehe insbesondere Kipping 2008), die Auseinandersetzung mit verschiedenen Grundsicherungsmodellen geprägt (vgl. Bäcker et al. 2009; Lessenich 2009). Kennzeichnend für die neuerliche Debatte ist insbesondere, dass hinsichtlich der Debattenteilnehmer einfache Freund-Feind-Schemata nicht mehr greifen. So sind nicht nur im linken Parteienspektrum Anhänger einer Grundeinkommensidee anzutreffen, sondern teilweise auch im Arbeitgeberlager (siehe Werner 2008). Zudem stehen sich innerhalb des „linken Spektrums“

²⁵ Argumente für und gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie Vorschläge für ein modifiziertes Grundeinkommen finden sich bei Schäfer (2006).

Verfechter und Anhänger eines Grundeinkommens äußerst konfrontativ gegenüber (vgl. Lessenich 2009).²⁶

Im Unterschied zur aktuellen Grundeinkommensdebatte war die Grundeinkommensdebatte der 1980er Jahre keinesfalls eine „Gegendebatte“ gegenüber voranschreitenden Sozialkürzungen und stand noch nicht im Kontext einer „aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ (Brandt 2005b), sondern war deutlich mit den damaligen dualwirtschaftliche Konzeptionen verknüpft. Erst als Mitte der 1980er Jahre in der Debatte um die Zukunft der Arbeit zunehmend deutlich wurde, dass die Möglichkeit arbeitsmarktexterner Existenz an materielle Bedingungen geknüpft ist und sich arbeitsmarktexterne Optionen nicht so ohne Weiteres individuell oder im kleinen Rahmen entwickeln lassen, nahm die damalige Diskussion um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen eine weiterführende Bedeutung ein (vgl. Lessenich 2009; Vobruba 1998, Wagner 2009).

Der Ausgangspunkt der Grundeinkommensdiskussion der 1980er Jahre bestand in der Folgerung, dass arbeitsmarktexterne Optionen staatlich bereitgestellt und abgesichert werden müssten (Büchele/Wohlgenannt 1985; Opielka/Vobruba 1986; Opielka/Stalb 1986; Vobruba 1986). Die Idee lautete, die „Entkopplung von Arbeit und Einkommen“ so zu regulieren, dass das Grundeinkommen die materiellen benefits von Lohnarbeit wenigstens zum Teil

²⁶ Stephan Lessenich verweist in einer Expertise zum „Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte“ (Ders. 2009) darauf, dass sich mehr noch in der aktuellen als in der Debatte der 1980er Jahre Verfechter und Protagonisten eines bedingungslosen Grundeinkommens aus jeweils linken Sozialmilieus äußert konfrontativ gegenüberstehen. Er interpretiert deren unproduktive Auseinandersetzung als Ausdruck eines Kampfes zwischen einem eher gewerkschaftsnahen, erwerbsgesellschaftlich orientiertem Milieu, dass die tendenziell noch „dickeren (Verbal-)Keulen schwingt als umgekehrt“ (a.a.O.: 7) und einem eher postmateriell-libertären Milieu. Aufstrebende (häufig junge) Protagonisten des Grundeinkommens würden etablierte, herrschende Positionen gefährden, als „traditionalistisch“, „konservativ“ oder gar „gestrig“ angreifen und deren Legitimität grundlegend in Frage stellen. Daher sei vielleicht verständlich, „das die linken Gegner des Grundeinkommens dieses als „Weg ins Nirwana“, als Strategie „sozialstaatlich alimentierter Exklusion“, als „gefährliche“, ja „fatale“ Politik der „Stilllegungsprämien“ für die „Überflüssigen“ dieser Gesellschaft ... disqualifizieren“ (a. a. O., S. 8). Lessenich will entideologisieren und verweist darauf, dass in den 1980er Jahren der vermutlich wichtigste Erfolg der Grundeinkommensdebatte darin bestand, sozialdemokratische Akteure für die Beutung einer Politik der (im Kontext des Bismarckschen Sozialversicherungsmodells eigentlich „systemwidrigen“) sozialen Mindestsicherung zu sensibilisieren. Auch heute – so seine Hoffnung - könnten mit der im Grundeinkommen symbolisierten Idee eines großen Sozialreformentwurfs kleine aber sozialpolitisch höchst bedeutsame programmatische Schritte angestoßen werden. Wenn sich Lessenich mit der Grundeinkommensdiskussion also vermutlich Unterstützung in der Abkehr von der Programmatik einer „aktivierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikpolitik“ erhofft, wäre dem allerdings entgegenzuhalten, dass die Grundeinkommensforderung nicht nur analytisch zu unausgereift scheint, sondern auch programmatisch angesichts des Klimas fortgesetzter Stigmatisierung von Arbeitslosen zu realitätsfremd anmutet, als dass sich mit ihr Einfluss auf etwa sozialdemokratische Programmatiken erreichen lassen würde.

substituiert und so die materiellen Voraussetzungen für Tätigkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes schafft.

Der Vorschlag, über ein Grundeinkommen arbeitsmarktinterne Möglichkeiten staatlich bereitzustellen, speiste sich aus ähnlichen Diagnosen und Motiven, wie die der Dualwirtschaftsdiskussion. Entsprechend war in einer ersten „emphatischen Phase“ die Grundeinkommensdiskussion noch fest mit der Alternativökonomie-Diskussion verbunden, und auch die Gorzsche Forderung nach einer Arbeitszeitpolitik, welche die erforderliche Zeit für Tätigkeiten abseits abhängiger Erwerbsarbeit ermöglicht (Gorz 1983), wurde mit der Grundeinkommensdiskussion verbunden.²⁷ Büchel und Wohlgenannt (1985) etwa schrieben: „Wenn die durch den raschen technischen Fortschritt freigesetzte Arbeitskraft durch weiteres quantitatives Wachstum nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert werden kann, weil ein solches Wachstum an ökologische Grenzen und an Sättigungsgrenzen eines sinnvollen Konsums stößt, dann ist Dauerarbeitslosigkeit wachsender Schichten der Bevölkerung mit ihren katastrophalen psychischen und sozialen Folgen nur dann vermeidbar, wenn zweierlei geschieht: wenn die Arbeitszeit massiv gekürzt wird und durch die Einführung eines Grundeinkommens das Einkommen grundsätzlich von der Erwerbsarbeit abgekoppelt wird“ (a. a. O.: 19f.).

Die beiden deutschen Hauptverfechter eines Grundeinkommens, Georg Vobruba und Michael Opielka, argumentierten damals (vgl. Vobruba 1984, 1986; Opielka/Stalb 1986) vor allem mit umverteilungspolitischen Aspekten, wenngleich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Bei Vobruba (1986) stand nicht einfach nur die Krise des Arbeitsmarktes an sich im Mittelpunkt, sondern vor allem die Krise seiner Allokationsfunktion. Ihm zufolge bestand der Funktionsverlust des Systems sozialer Sicherung „an der Abgruppierungsautomatik, in die umso mehr Arbeitslose geraten, je länger die individuelle Arbeitslosigkeit dauert. ... Dieser ‚lange Weg in die Armut‘ ist im Prinzip nichts Neues; neu ist, dass ihn zunehmend viele

²⁷ Gorz selbst wandte sich 1989 in seiner „Kritik der ökonomischen Vernunft“ explizit gegen die Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Er argumentierte für ein Recht auf Arbeit, das nicht vom Recht auf Einkommen abgetrennt werden dürfe, mithin explizit für eine Arbeitspflicht die Bürgerrechte legitimiere: „das Recht auf Einkommen muß an eine Pflicht gekoppelt werden, zur Erbringung dieses Einkommens zu arbeiten – und sei es noch so wenig. ... Als Mitglied der Gesellschaft habe ich das Recht darauf, von ihr meinem Anteil am gesellschaftlichen produzierten Reichtum zu verlangen; als ihrem Mitglied hat die Gesellschaft mir gegenüber das Recht, von mir den entsprechenden Anteil der gesellschaftlichen Arbeit zu verlangen. Über die Pflicht, die sie mir setzt, erkennt sie mich als ihr Mitglied an. Recht auf Arbeit, Pflicht zur Arbeit und Bürgerrecht sind untrennbar miteinander verknüpft“ (Ders.: 294-295).

beschreiten müssen“ (Vobruba 1986: 43). Vobruba insistierte darauf, dass ein Grundeinkommen nur dann die erwünschten verteilungspolitischen Effekte haben könne, wenn es mit arbeitszeitpolitischen Maßnahmen verknüpft werde. Ansonsten drohe – trotz Vermeidung der Armutsfalle durch ein Grundeinkommen - eine Doppelwirtschaft: In dieser „ständen einander eine Gruppe mit staatlich subventionierten Gelegenheitsjobs und eine Gruppe mit gutem Markteinkommen ... unvermittelt und höchstwahrscheinlich einigermaßen feindselig gegenüber ... Will man eine solche soziale Polarisierung vermeiden, muss man versuchen, den Arbeitsmarktentlastungseffekt möglichst breit – und das heißt auch: möglichst auf allen Stufen beruflicher Qualifikation – zu streuen“ (Vobruba 1986: 49).

Das bedingungslose Grundeinkommen zielte bei Vobruba also primär auf die Vermeidung dauerhafter materieller Armut. Er verwies zwar auf die Gefahr der durch ein Grundeinkommen verschärften sozialen Polarisierung, relativierte diese aber mit der Perspektive, dass die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgelösten Arbeitsmarktentlastungseffekte breit über allen Qualifikations- und damit Einkommensgruppen hinweg gestreut werden müssten. Wie das im Einzelnen erreicht werden könnte, erscheint schwerlich vorstellbar, denn warum sollten Personen in höheren Qualifikationsgruppen aufgrund eines bedingungslosen Grundeinkommens weniger oder gar nicht mehr arbeiten wollen, wenn doch privilegierte berufliche Positionen, höhere Erwerbseinkommen und berufliche Karriereoptionen untrennbar mit Vollzeitarbeit verbunden sind? Zudem lässt sich argumentieren, dass ein Grundeinkommen, das darauf zielt die Einkommen insgesamt auf ein höheres Niveau zu setzen, kein Gegenmittel ist, um soziale Ungleichheit aufzuheben und darüber hinaus zumindest langfristig auch kein Mittel gegen Armutsvermeidung ist, da es zunächst zwar jegliche Lohnarbeit indirekt subventioniert, damit mittelfristig aber zugleich generelle Lohnkürzungen sowie eine Ausweitung des Niedriglohnsektors provoziert (vgl. etwa Schäfer 2006).²⁸

Im Vergleich zu Vobruba stand für Michael Opielka in den 1980er Jahren eher die Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der Produktionsmittel im Vordergrund sowie die „wachsende Unabhängigkeit gegenüber der kapitalistischen Ökonomie“:

²⁸ Eine Analogie zur Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse seit der Neuregelung von 2003 ist deutlich. Deren indirekte Subventionierung, nämlich wegfallende Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, wurde von Arbeitsgebern als Argument für Abschlüsse bei den Netto-Stundenlöhnen genannt (vgl. Brandt 2006).

„Ausbeutungsüberwindend wird die Strategie eines garantierten Grundeinkommens letztlich aber erst, wenn sie in eine Strategie eingebettet ist, die auf die Wiederherstellung der allgemeinen Subsistenzfähigkeit durch Aneignung der Produktivmittel hinzielt. Befreiung der Arbeit und nicht Befreiung von Arbeit scheint uns die ökologisch fruchtbare Perspektive zu sein. Das garantierte Grundeinkommen ist nicht die Forderung nach einem Status quo materiellen Abgesichertseins der ‚kleinen Leute‘, sondern Teilstrategie einer demokratischen Veränderung von Gesellschaft überhaupt“ (Opielka/Stalb 1986: 79). Weiter argumentierten Opielka und Stalb, dass ein garantiertes Grundeinkommen auf hohem Niveau eine wesentliche Option eröffnen würde: „die uneingeschränkte Verweigerung des Angebots ihrer ‚Ware Arbeitskraft‘. Wenngleich wir einschränkend feststellen, dass die Freiheit der Verweigerung zwar eine wichtige Freiheit ist, doch noch nicht die Freiheit zu machtvoller Mitwirkung ersetzen kann. Diese setzt Vermögen bzw. Kontrolle an Produktivmitteln voraus.“ Folglich stellen Opielka und Stalb das Kriterium auf, „dass ein Grundeinkommensmodell systematisch mit einer Arbeitsumverteilungskonzeption verkoppelt werden muss – ohne dafür ‚Recht‘ und ‚Pflicht‘ zur Arbeit zu verbinden. Und dass beide Rechte ohne ein einlösbares ‚Recht auf eigene Produktivmittel‘ in kapitalistischer Logik gefangen bleiben“ (Opielka/Stalb 1986: 81f.).

Das Grundübel war für Opielka und Stalb also nicht wie bei Vobruba (1986) in erster Linie eine ungerechte Verteilung durch die Ökonomie und den Sozialstaat, sondern das Problem war für sie eher ein systematisches: So lange privatgesellschaftliche Bereiche ‚in kapitalistischer Logik gefangen‘ bleiben, lässt sich eine Emanzipation von eben diesen marktförmigen Verhältnissen nicht herbeiführen.

Unabhängig von den jeweiligen Problemdiagnosen der Krise der Arbeitsgesellschaft bestand die übergreifende *arbeitspolitische Leitthese* der Entkopplungsdiskussion in der Perspektive, dass arbeitsmarktinterne Optionen vor allem durch Kürzung und Umverteilung der Arbeitszeit sowie durch Einführung eines Grundeinkommens ermöglicht werden sollten. Ganz zentral war die Hoffnung, dass der *technische Fortschritt* erstens zu *Arbeitszeitverkürzungen* führen und zweitens die mit einem Grundeinkommen verbundenen *Verteilungsfragen* entschärfen würde.

In Anbetracht dieser letztgenannten Prämisse (der Entschärfung der Verteilungsfrage durch den technischen Fortschritt) ist auch nachvollziehbar, warum hinsichtlich der Diskussionen

um die konkrete Ausgestaltung des Grundeinkommens, die erste zentrale Frage, nach dem Kreis der Bezugsberechtigten, mit der vagen Formel „für Alle“ umgangen werden konnte. Stattdessen konzentrierte sich die Diskussion zunächst auf die Höhe des Garantiebetrages und erst danach auf die Frage, inwiefern und zu welchem Prozentsatz Erwerbseinkommen auf das Grundeinkommen angerechnet werden sollten (vgl. Vobruba 1998). In der späteren, pragmatisch gewendeten Diskussion wurde dann die Hoffnung, dass der technische Fortschritt die mit einem Grundeinkommen verbundenen Verteilungsproblematiken entschärfen würde, fallen gelassen (siehe etwa Bäcker/Naegele 1985; Bust-Bartels 1985; Beer 1987; Schreyer 1987).

Exemplarisch sei diesbezüglich auf Axel Bust-Bartels (1985) verwiesen, der in seinem für die Debatte um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen grundlegenden Aufsatz „Das Recht auf Einkommen – eine systemsprengende Reform?“ (1985) dafür plädierte, die Entkopplungsdebatte zu beenden und perspektivisch *von der Entkopplung zur Kombinierbarkeit von Arbeit und Einkommen* überzuleiten. Hierfür stellte Bust-Bartels (1985) zunächst zwei konträre gesamtgesellschaftliche Entwicklungsszenarios gegenüber, die sich durch die Einführung eines „Rechts auf Einkommen unabhängig von der Erwerbsarbeit“ (RaE)²⁹ ergeben könnten. In einem hoffnungsvollen, positiven Entwicklungsszenario käme es zu einer Ausweitung von Tätigkeiten im informellen Sektor, einem Demokratisierungsschub, zur Auflösung traditioneller geschlechtsspezifischer Rollenteilung und zu einem anderem Vergesellschaftungsmodell durch die Überwindung der „Privatheit der Interessen“. Wenn – so Bust-Bartels - der für dieses positive Szenario grundlegende „Rotationseffekt“, „dass nämlich Viele quer durch die Gesellschaft, zeitweise das Angebot des RaE nutzen und damit letztlich allgemein der Zugang zur Erwerbsarbeit erleichtert wird“ (a. a. O.: 46), nicht eintreten würde, drohe das negative Entwicklungsszenario, nämlich die Verstärkung und Festschreibung der Spaltung der Gesellschaft. Das Grundeinkommen würde in diesem negativen Szenario als Beruhigungs- und Befriedungsinstrument fungieren, seine (unterstellten) emanzipatorischen Potenziale würden ins Gegenteil verkehrt. Nach Abwägung dieser Szenarien kam Bust-

²⁹ Das „Recht auf Einkommen“ definierte Bust-Bartels wie folgt: „Unter RaE soll hier das Recht aller Mitglieder der Gesellschaft auf eine gesicherte ökonomische Existenz auf reduziertem Niveau unabhängig vom individuellen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand zu einem bestimmten Zeitpunkt verstanden werden. Die Betonung liegt dabei auf "Recht". RaE ist kein durch bürokratische Logik gefiltertes, erbetteltes Almosen. Arbeit im Erwerbssektor würde dann freiwillig ohne den existentiellen Zwang des ökonomischen Überlebens geleistet werden“ (a. a. O.: 27).

Bartels schließlich zu folgendem Schluss: „Die einzig sinnvolle Ausgestaltung eines RaE, die ... wirklich das Prinzip der Freiwilligkeit zur Erwerbstätigkeit gewährleistet, ist die einer 'Sockelung' des bisherigen Systems von Sozialstaatlichkeit, verbunden mit dem Abbau der bisherigen Herrschafts- und Kontrollfunktionen des Sozialstaates“ (a. a. O.: 47). Zur Diskussion um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen konstatiert er: „Vernünftiger als diese Perspektive wäre: Die starre Trennung des Rechts auf Einkommen vom Recht auf Arbeit ist aufzulösen. Das Recht auf Einkommen ist sinnvollerweise, ... als 'Recht auf angemessene selbst definierte Arbeit' und zwar im formellen wie im informellen Sektor zu interpretieren. Mit dem RaE muß .. eine verstärkte Teilhabe an Gesellschaftlichkeit verbunden sein“ (a. a. O.: 34).

Somit plädierte Bust-Bartels insgesamt für ein Modell der Kombinierbarkeit von Arbeit und Einkommen, das nicht mit einem administrativen oder strukturellen Zwang zur Erwerbsarbeit verbunden sein soll, sehr wohl aber mit einem Arbeitsanreiz arbeite und die Optionalität von Arbeit im formellen und/oder informellen Sektor durch die „Sockelung des Sozialhilfesatzes“ erreichen will. Ein derartiges Modell sei durchaus finanzierbar und würde auf unbürokratische Weise zu einer gleichmäßigeren Verteilung knapper werdender Arbeit im Erwerbsbereich führen, da das Arbeitsangebot für die schlecht bezahlten, unqualifizierten, gesundheitsschädlichen und belastenden Tätigkeiten bei einem RaE stark zurückginge und durch das Arbeitsangebot der gegenwärtig Erwerbslosen kompensiert würde.³⁰

Die Ausführungen Bust-Bartels zu den arbeitsmarktpolitischen Effekten und zur Finanzierung erscheinen angreifbar, denn die Prognose arbeitsmarktpolitischer Effekte von Kombilohnmodellen ist auf Basis theoretischer Plausibilitätsannahmen zwangsläufig höchst spekulativ. Arbeitsmarkteffekte können wissenschaftlich befriedigend nur empirisch über Expost-Studien validiert werden, und dies auch nur in dem Maße, in dem es gelingt Drittvariablen zu kontrollieren. Ebenso ist der Finanzbedarf von Kombilohnmodellen

³⁰ Zur konkreten Ausgestaltung führt er aus: „Beispielhaft, nur um Größenordnungen und den entsprechenden Finanzierungsbedarf aufzuzeigen, sei einmal von folgendem Modell ausgegangen: für die erste erwachsene Person im Haushalt 1000 DM pro Monat. für jede weitere 750 DM und pro Kind 300 DM. Liegt das verfügbare Einkommen unterhalb des Mindesteinkommens des jeweiligen Haushalts, so stockt der Staat es entsprechend auf. Um noch gewisse materielle Anreize zur Arbeit beizubehalten und Übergänge nicht so abrupt zu gestalten, erhöht sich bei Erwerbstätigkeit das Mindesteinkommen - wenn Lohn oder Gehalt unter der Schwelle des jeweiligen Mindesteinkommens liegen - um 20% des erzielten Erwerbseinkommens. Sobald das erzielte verfügbare Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen höher wird als das Mindesteinkommen für den jeweiligen Haushalt plus 20% des erzielten verfügbaren Einkommens, enden die Zahlungen des Staates und es wird Einkommen wie bisher erzielt. (a. a. O.: 36).“

schwerlich kalkulierbar, da der Empfängerkreis von Grundleistungen oder Grundeinkommen von den kaum kalkulierbaren Arbeitsmarkteffekten abhängig ist. Nichts desto trotz war der Beitrag von Buse-Bartels (1985) insofern wegweisend, als dass er auf das mit einem bedingungslosen Grundeinkommen verbundene, in seinen Folgen kaum kalkulierbare Risiko einer sozialen Spaltung der Gesellschaft insistierte und mit der Forderung nach einer Sockelung des Sozialhilfesatzes und eines Abbaus bürokratischer Sozialstaatskontrolle dafür plädierte, von der damaligen Debatte der Entkopplung von Arbeit und Einkommen zu einer Debatte der Kombinierbarkeit von Einkommen und Arbeit (im formellen wie im informellen Sektor) überzuleiten.

Tatsächlich lief die Diskussion über die Entkopplung von Arbeit und Einkommen schließlich in den 1980er Jahren aus, und auch bezüglich der seit etwa 2005 wieder aufgenommenen Grundeinkommensdiskussion geht aus einer Expertise aktueller Grundeinkommensmodelle in der deutschen Debatte (Wagner 2009) hervor, dass eine ‚Entkoppelung von Arbeit und Einkommen‘ im strengen Sinne durch keines der aktuellen Modelle angestrebt werde: „Sofern es nicht gar explizit um die Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens erst durch Arbeit auch im Niedriglohnsektor geht, wie dies bei den neoliberalen Modellen der Fall ist, bewegen sich die Motive entweder in Richtung der Umverteilung eines durch Arbeit erzielten Einkommens oder aber der Umverteilung der einkommenssichernden Arbeit selbst“ (Wagner 2009: 40). Die Frage, die im Mittelpunkt der Debatte eines Grundeinkommens stehen müsse, laute nach Wagner weniger, „ob es wünschenswert und realisierbar ist, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln, sondern vor allem, wie sowohl Arbeit als auch Einkommen gesamtgesellschaftlich verteilt werden soll – und was unter ‚Arbeit‘ überhaupt zu verstehen ist“ (a. a. O.).

Um mit einer möglichen Anknüpfung an arbeitspolitische Leitthesen der 1980er Jahre nicht Mängel einer vergangenen Diskussion zu reproduzieren, wird im Weiteren nach konzeptionell-inhaltlichen und gesellschaftspolitischen Gründen für das Auslaufen der Debatte in den 1980er Jahren gefragt.

2.1.3 Gründe für das Scheitern der Debatte über die ‚doppelte Krise der Lohnarbeit‘

Das Scheitern der Debatte über die ´doppelte Krise der Lohnarbeit` lässt sich mit

- (1) gesellschaftsanalytischen Defiziten,
- (2) diskursstrategischen Fehlentwicklungen und
- (3) kaum vorhersehbaren Veränderungen der gesellschaftlichen Kontextbedingungen erklären.

(1) Die gesellschaftsanalytischen Defizite der Debatte wurden bereits in den vorhergehenden Abschnitten analysiert. Sie basieren vor allem auf einer nicht zutreffenden Prognose vom Ende der Arbeitsgesellschaft und führten zur Idealisierung eines ´informellen Sektors`. So resümierte der Soziologe Nicolai Egloff: „Entgegen den Prognosen einer der Arbeitsgesellschaft folgenden, auf einen neuen Typus von Arbeit basierenden nachindustriellen Gesellschaft, ergibt sich das genaue Gegenteil, nämlich die These einer fortschreitenden Durchindustrialisierung der gesellschaftlichen Arbeit“ (Ders. 1996: 89). Die Idealisierung eines ´informellen Sektors` kommentierte der Politikwissenschaftler Helmut König ganz ähnlich: „Daß die Eigenarbeit nicht unmittelbar mit dem Markt verbunden ist, verhindert nicht ihre Vereinnahmung durch das industrielle System. Dessen Universalisierung zeigt sich gerade darin, dass es sich auch dort noch mit seinen Strukturen Geltung verschafft, wo nicht unmittelbar die Gesetze des Marktes und der Warenproduktion herrschen“ (Ders. 1990: 338).

Damit soll keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, dass in der Debatte zur Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft eine Fokussierung auf den (formellen) Lohnerwerbssektor weiterführender wäre. Vielversprechend erscheinen dagegen Perspektiven für die Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft, die auf einem Arbeits- und Ökonomiebegriff aufbauen, der weder ausschließlich auf die Sphäre der (formellen) Lohnerwerbsarbeit, noch ausschließlich auf die Sphäre der (informellen) Reproduktionsarbeit zielt, sondern beide Sphären zugleich und in ihrer Wechselwirkung in den Blick nimmt.

In emanzipatorischer Hinsicht problematisch ist zudem, dass sowohl Debatten zur Zukunft der Arbeit, in denen es um eine „Befreiung in der Arbeit“ geht, als auch Debatten, die sich auf eine „Befreiung von der Arbeit“ fokussieren, der „Arbeitsideologie“ insoweit verhaftet bleiben, als dass „Arbeit“ als ausschließlicher Fokus und das Drehmoment für Gesellschaftsveränderung verstanden werden. Hier ist zu kritisieren, dass Debatten zur Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft solange nicht weiterführend sind, wie sie ausschließlich

Arbeit oder eine andere Organisation von Arbeit zum Thema haben. Gerade angesichts der Vielfalt gesellschaftlicher Problemdiagnosen der in den 1970er und 1980er Jahren neu in Erscheinung getretenen und sich in Gesellschaftsdebatten neu einbringenden „Neuen Sozialen Bewegungen“ (namentlich die Umweltbewegung, die neue Friedensbewegung und die zweite Frauenbewegung), hat diese Fokussierung eine inhaltliche Öffnung und Weiterentwicklung der Debatte über die „doppelte Krise der Lohnarbeit“ behindert und somit zum Auslaufen der Zukunftsdebatte mit beigetragen.

(2) Mit den gesellschaftsanalytischen Defizite, eng verbunden sind also diskursstrategische Defizite der Debatte der 1980er Jahre, die für die Bedeutung und Reichweite der Debatte vermutlich entscheidender waren als inhaltliche Defizite. Von Interesse ist diesbezüglich, wer sich überhaupt an der Debatte beteiligt hat, für wen oder für welche Akteure sie unzureichende Anknüpfungspunkte bot und welche Folgen dieses hatte?

Zunächst ist ein Rekurs auf Vobruba (1998) hilfreich. Dieser behauptet zwei grundlegende Defizite der Debatte: Erstens hätte sie insgesamt den materiellen Aspekt der Krise der Lohnarbeit unterschätzt, da sie unrealistisch weite Verteilungsspielräume unterstellt und die Erwerbsmöglichkeiten im Alternativsektor überschätzt hätte. Damit eng verbunden sei zweitens, dass die Diskussion eher normativ als analytisch gewesen sei. Das Bemerkenswerte an der Diskussion der doppelten Krise der Lohnarbeit sei zwar gewesen, dass sie das Ende der Vollbeschäftigung offensiv aufgegriffen hätte, statt es zu beklagen, letztlich sei sie aber an den beiden Defiziten, Illusionen über Verteilungsspielräume einerseits und Mangel an Verallgemeinerbarkeit der Alternativentwürfe andererseits, gescheitert. Seine Schlussfolgerung lautet: „In Analysen über Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung müssen daher das Verteilungsproblem und die Problem- und Chancenperzeptionen der Leute selbst eingebaut werden“ (Vobruba, 1998: 47).

An Vobrubas Einschätzung, dass finanzielle Verteilungsspielräume falsch eingeschätzt wurden, sind Zweifel angebracht. Vobruba begründet seine Einschätzung mit dem Verweis, dass in der Alternativ- und Grundeinkommensdiskussion fälschlicher Weise von steigenden Arbeitslosenzahlen auf sinkende Beschäftigung geschlossen wurde, womit die steigende Angebotsseite des Arbeitsmarktes außer Acht gelassen worden sei, schließlich hätte in den letzten 25 Jahren in allen Industrieländern Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zugleich zugenommen. Nicht aufgrund des technisch bedingten Rückgangs der nachgefragten

Arbeitsmenge, sondern gemessen am zunehmendem Angebot, der zugenommenen Zahl auf Arbeitseinkommen angewiesener, sei die Nachfrage zu gering: „Mit dem Wandel von nachfrageseitigen zu angebotsseitigen Gründen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit muß eine Ernüchterung bei der Einschätzung der nutzbaren Verteilungsspielräume einhergehen. Die hoffnungsvolle Annahme, daß es nur darum gehe, durch den technischen Fortschritt drastisch erweiterte Verteilungsspielräume verteilungspolitisch zu nutzen, ist nicht zu halten. Es geht um mehr Leute, die im Rahmen des gegebenen Verteilungsspielraums Geld brauchen“ (a. a. O.: 46).

Richtig ist, dass mit einer zugenommenen Beschäftigungsrate (die primär auf die zugenommene Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen ist) Produktivitätsgewinne auf mehr Beschäftigte aufgeteilt werden müssten. Ob allerdings bei Beibehaltung des Verteilungsverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit der gegebene Verteilungsspielraum verringert wird, hängt nicht von der Entwicklung der Beschäftigungsrate ab, sondern von der Entwicklung des Verhältnisses des Arbeitsvolumens zu den Produktivitätsgewinnen. Konkrete Zahlen dazu fehlen bei Vobruba. Michael Schlecht, von 2001 bis 2009 Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), schrieb diesbezüglich im Jahr 2002: „In den vergangenen Jahren wurden zusätzlich zur produktionsorientierten Lohnformel in vielen Lohnrunden immer wieder eine Umverteilungskomponente gefordert. ... Heute sind derartige Überlegungen wieder aktuell. Mit der Umverteilungskomponente soll versucht werden, die Einbußen der vergangenen Jahre zumindest teilweise wieder auszugleichen. ... Seit 1980 ist es - bis auf einzelne Jahre - in den Tarifrunden nicht gelungen, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen; die 'Reallohnposition' der Beschäftigten verschlechterte sich“ (Ders. 2002: 222ff.). Die Reallohnposition, als Maßstab für das Verteilungsverhältnis zwischen dem Kapital und den Beschäftigten, hätte sich zwischen 1980 und 2002 um 17 Prozent reduziert. Demzufolge sind zumindest seit 1980 (im Tarifbereich von ver.di) Produktivitätsgewinne nicht in vollem Umfang weiter gegeben worden, d. h. es hätten bei Beibehaltung der Verteilungsregeln zwischen Kapital und Arbeit größere Verteilungsspielräume bestanden, als ausgenutzt worden sind. Unrealistische Verteilungsspielräume scheinen also nicht ein Grund für das Auslaufen der Debatte gewesen zu sein. Eher gelang es nicht das Verteilungsproblem zu politisieren.

Positiv anknüpfend an das zweite von Vobruba (1998) behauptete Defizitkriterium ist allerdings plausibel, dass die Debatten über die „doppelte Krise der Lohnarbeit“ auch deswegen ausliefen, weil sie tendenziell innerhalb der damaligen „Alternativökonomie-Szene“ verblieben und aus dieser heraus unzulässig alternative Lebensentwürfe verallgemeinert wurden. Damit ist die Problem- und Chancenperzeption der Mehrzahl der Beschäftigten, die mehrheitlich nicht an der Debatte beteiligt waren, vernachlässigt worden, woraus im Ergebnis diskursstrategische Fehlentwicklungen folgten.

So verweist Vobruba (a. a. O.) darauf, dass besonders in der Grundeinkommensdiskussion lange Zeit Untersuchungen von Motivlagen relevanter Akteure und von Akteurskonstellationen, die zu strategisch relevantem Wissen geführt hätten, vernachlässigt wurden. Stattdessen hätten normative Begründungsversuche dominiert. Und in der Alternativökonomie-Diskussion sei zwar stärker auf die Empirie, auf Beispiele gesellschaftlicher Praxis mit Modellfunktion verwiesen worden, doch seien mit diesen zu weitreichende Erwartungen an den Alternativsektor als ein Schlüssel zur Lösung großflächiger Probleme des Arbeitsmarktes verknüpft worden (vgl. Ders. 1998).

Zwar wurde in der Grundeinkommensdiskussion Mitte der 1980er Jahre auch hervorgehoben, dass ein „Recht auf Einkommen“ seine produktiv-emanzipatorischen Potenzen nur entfalten könnte, wenn es als Produkt der Aktivitäten einer breiten sozialen Bewegung begriffen und durchgesetzt würde, einer Bewegung, die insgesamt einen 'drastic cultural change' initiieren müsste (vgl. Axel Bost-Bartels 1985: 48), genau dieser 'drastic cultural change' ist aber ausgeblieben. Die neuen sozialen Bewegungen verbanden sich nicht miteinander und blieben mit der institutionalisierten Arbeiterbewegung bzw. Gewerkschaften unverbunden. Stephan Lessenich (2009) kommt sogar zu der Einschätzung, dass die aktuelleren im Kontext der Hartz-IV Kritik geführten Debatten um das Grundeinkommen „erkennbar weniger als in den 1980er Jahren akademischer Natur sind, sondern von einer erstaunlich breiten und lebendigen Infrastruktur außeruniversitärer und nicht-wissenschaftlicher Initiativen, Kampagnen und Vernetzungen getragen werden. Obwohl ‚autonome‘ Politik eher in den Achtzigerjahren als heute angesagt war, vermitteln diese Initiativen derzeit deutlich mehr den Eindruck einer autonomen Bewegung für ein Grundeinkommen – ein organisationspolitischer Sachverhalt, der für die Eigenständigkeit und Dauerhaftigkeit der neuen Grundeinkommensdebatte spricht“ (a. a. O.: 7).

Rückblickend lässt sich feststellen, dass es im Gegensatz zu einer breiten sozialen Bewegung zu Phänomenen kam, die Joachim Hirsch (1993) provozierend als „Entgesellschaftlichung der Gesellschaft“ und „Krise des politischen Universalismus“ umschrieb: Noch bis in das späte 20. Jahrhundert sei ein Grundprinzip des Nationalstaats, Homogenisierung und Normalisierung, als Standardisierung der Verhaltensmuster und soziale und kulturelle Vereinheitlichung des „Citoyens“, die durch die fordistische Regulierung und Standardisierung der Klassenverhältnisse verstärkt worden sei, die bestimmende Tendenz. Einerseits durch die im Zuge der Globalisierung des Kapitals sich abschwächende Regulations- und Interventionskompetenz der Nationalstaaten und durch die „Individualisierung“ andererseits, gerate der bisherige homogene nationalstaatliche Zusammenhang zunehmend in Auflösung. Die Fiktion eines einheitlichen Staats-, „Volks“ zerfalle in sich gegeneinander abgrenzende Gruppen. Der politische Charakter der in den siebziger Jahren aufkommenden neuen sozialen Bewegungen sei Ausdruck dieser Entwicklung: Kaum noch an Klassenlagen orientiert, eher themenbezogen, hätten sie bürgerlich demokratische Prinzipien gegen das existierende parlamentarische Institutionensystem zur Geltung gebracht und seien gleichzeitig weitgehend in die bestehenden institutionellen Mechanismen und Politikformen eingebunden geblieben. Die Folge wären Ausdifferenzierungs- und Spaltungsprozesse (Re-Parlamentarisierung vs. Anti-Etatismus) gewesen: „Was zwischen Parlament und Ghetto erneut auf der Strecke zu bleiben droht, ist demokratischer Universalismus. Damit zeichnet sich das Bild einer sich entgesellschaftlichenden Gesellschaft ab, die in sich autonom verstehende Subkulturen, besitzstandwahrende Interessensklüngel, gewaltsame Ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abschottende Gruppen und Gemeinschaften zerfällt und in der es immer schwerer fällt, sich auf Grundprinzipien der gesellschaftlichen Verfassung ... zu verständigen“ (a. a. O.. 39).

Genau diese gesellschaftliche Verfasstheit, die einer breiten sozial-kulturellen Bewegung entgegen stand bzw. steht, ist mit dafür verantwortlich, dass die Debatte über die „doppelten Krise der Lohnarbeit“ ein „Szenediskurs“ blieb. Die Fragmentierung der Gesellschaft und die „Krise des politischen Universalismus“ (Hirsch 1993), die im Kontext eines längerfristigen „Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus“ weitergehend fassbar ist, findet in den Debatten darin ihren Ausdruck, dass diese selbst eher unpolitisch geführt wurde: Politische

Strategien und politische Akteure, gemeinsame Interessenlagen zwischen Arbeitspolitik- und Bewegungsakteure wurden nicht ausreichend thematisiert. Zentrales Kennzeichen der Alternativökonomie- und Grundeinkommensdiskussion war es schließlich, dass in emanzipatorischer Hinsicht der Bereich industrieller Arbeit fallen gelassen wurde. Damit waren kaum noch Anknüpfungspunkte für traditionellen Akteuren der Arbeitspolitik gegeben. Kurz-Scherf (2001) etwa kritisiert: „Die Intellektuellen der Bundesrepublik haben zum großen Teil mit ihrer These von Ende der Arbeitsgesellschaft beschlossen: Gewerkschaften sind irrelevant, sind die Dinosaurier der Industriegesellschaft, mit denen wir uns nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Insofern haben auch wichtige Wissenschaftler Gewerkschaft und Arbeit nicht mehr als zentrales gesellschaftliches Thema bearbeitet“ (a. a. O.: 8).

(3) Das Auslaufen der Debatte ist auch durch kaum vorhersehbare plötzliche Veränderungen der gesellschaftlichen Kontextbedingungen beschleunigt worden, die sowohl der quantitativen, als auch der qualitativen Kritik an der Erwerbsarbeitsgesellschaft die Berechtigungsgrundlage entzogen. So kam es erstens Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zu einem kurzweiligen ökonomischen Aufschwung mit rückgängigen Arbeitslosenquoten, der das Ende der Arbeitsgesellschaft empirisch zu widerlegen schien.³¹

Zweitens hatte der Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaftsformationen in Osteuropa einen noch nachhaltigeren Effekt: „Und dann kam der Zusammenbruch des Sozialismus und plötzlich steht dieses Entwicklungsmodell des westlichen Industriekapitalismus scheinbar ohne Alternative dar. (...) Das hat die Kritik, die es am Konsumismus und Produktivismus, an der Hektik, dem Stress, am Kapitalismus nicht nur als System sondern auch als Lebenshaltung im Westen gab, von der Tagesordnung abgesetzt. Entweder die D-Mark kommt zu uns oder wir kommen zur D-Mark – das hat die Kritik in Westdeutschland allen Wind aus den Segeln genommen. Und es

³¹ Nach der Zeit der Vollbeschäftigung zwischen Anfang der 1960er und Beginn der 1970er Jahre mit einer Arbeitslosenquote zwischen unter 1% und gut 2%, stiegen Mitte bis Ende der 1970er Jahre die Arbeitslosenquoten auf 4 bis 5%. Mit Beginn der 1980er Jahre stiegen sie über die 9%-Marke und waren dann Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre leicht rückläufig, was im Westen zu Beginn der 90er Jahre auch auf den kurzen vereinigungsbedingten Aufschwung zurückzuführen war. In den Jahren 1994 und 1995 begann mit Werten um 9% ein neuerlicher starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bekanntlich zu Arbeitslosenquoten im zweistelligen Bereich führte. Nach einer Konjunkturerholung um die Jahrtausendwende mit Werten von immer noch bei über 10%, erreichte die Arbeitslosenquote 2005 mit 13,0% ihren vorläufigen Höchststand. Vor dem Hintergrund einer verbesserten konjunkturellen Situation war sie dann bis 2007 rückläufig, um danach erneut anzusteigen (Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg).

hat vor allem diejenigen Bewegungen am Schlimmsten getroffen, die im real existierenden Sozialismus nie die bessere Alternative gesehen haben“ (Kurz-Scherf/Roitsch, 2001: 8). Nicht nur war die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 bedeutsam für das Ende der Grundeinkommensidee, da nach der Deutschen Wiedervereinigung Knappheitsfragen die politische Agenda dominierten, auch wurden traditionelle erwerbsarbeitsgesellschaftliche Normen zu Ungunsten postmaterialistischer Wertorientierungen verstärkt. So schreibt Lessenich: „Der massive, gesellschaftshistorisch einmalige Verlust an (industriellen) Arbeitsplätzen in Ostdeutschland bestärkte die arbeitsgesellschaftlichen Normen, Normalitätsannahmen und Identifikationsmuster gleichsam ex negativo – zuallererst natürlich im Osten selbst, letztlich aber in Deutschland insgesamt“ (Ders. 2009: 6).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass neben der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa als alternative Entwicklungsfiktion, gesellschaftsanalytische und diskursstrategische Defizite der Debatte der 1980er Jahre, die primär von einer „Alternativökonomie-Szene“ aus Neuen Sozialen Bewegungen und sozialwissenschaftlichen Milieu getragen wurde und kaum Anknüpfungspunkte für die „alten“ institutionalisierten sozialen Bewegungen bzw. Gewerkschaften bot, zu ihren Auslaufen beigetragen haben. Was innerhalb der „Alternativökonomie-Szene“ unzureichend diskutiert und unterschätzt wurde, ist die Notwendigkeit die „Chancen- und Problemdefinition der Menschen selbst“ (Vobruba 1998) in den Mittelpunkt zu rücken und damit auch die Bedeutung der „alten“ sozialen Frage. Koalitionen oder zumindest gemeinsame Diskussionen mit Gewerkschaften wären hier vermutlich hilfreich gewesen. Ohne Anknüpfungspunkte zur „alten“ bzw. „neuen“ sozialen Frage (vgl. Castel 2000a, 2001) haben sich in der Retrospektive wesentliche Teile der Neuen Sozialen Bewegungen zur „spätbürgerlich-wohlstandsgesellschaftlichen“ Partei der „GRÜNEN“ entwickelt (vgl. Lessenich 2009), die nach der Jahrtausendwende gemeinsam mit den traditionellen Parteien um Abgrenzung zur Partei der „Linken“ bemüht sind, die ihrerseits primär durch die „alte“ soziale Frage motiviert zu sein scheint.

2.2 Die Neuaufnahme der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den 1990er Jahren - Problemdefinitionen und Perspektiven

Die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft wurde Mitte der 1990er Jahre erneut aufgenommen. Sie wurde zum einem als sozialwissenschaftliche Diskussion geführt, die durch den US-amerikanischen Soziologen und Ökonomen Jeremy Rifkin (1995) angestoßen und dann auf internationaler Ebene vor allem durch den spanischen Soziologen Manuel Castells (1996, 1997, 1998) und den französischen Sozialphilosophen André Gorz (2000) befruchtet wurde.

Neben dieser internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion wurde in Deutschland die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft ab Mitte der 1990er Jahre bis zur Jahrtausendwende auch als politischer Diskurs geführt. Als solcher wurde er auf politischer Ebene durch Zukunftsstudien diverser Zukunftskommissionen (u. a. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, b; Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998; Enquete Kommission des Deutschen Bundestages 1999; Enquetekommission Zukunftsfähiges Berlin 1999) vorangetrieben, die dabei mehrheitlich den Nachhaltigkeitsbegriff programmatisch aufnahmen. Interessant und neu ist, dass erstmals über Parteigrenzen und politische Strömungen hinweg in einem Mainstream-Diskurs die These vertreten wurde, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt.

Dies blieb nicht ohne Einfluss auf die sozialwissenschaftliche Debatte in Deutschland: Bürgerarbeitsmodelle (Offe 1995; Kommission 1997b; Kühnlein 1997; Mutz 1998), Diskussionen über den Dritten Sektor (Elsen 1998, 2004; Kistler/Noll/Priller 1999; Zimmermann 2002) und Perspektiven eines erweiterten Arbeitsbegriffs (Biesecker 1998, 2004; Bierter/Winterfeld 1998; Bonß 1998, 2000; Spitzley 1998) erlebten einen Boom.

Bedeutsam ist zudem, dass in einigen Zukunftsstudien neben der Thematisierung von „Bürgerarbeit“ zugleich hinsichtlich des Bereichs der Erwerbsarbeit der Ausbau des Niedriglohnssektors und die Flexibilisierung des Arbeitsrechts empfohlen wurden (Giarini/Liedtke 1997; Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997b; Zukunftskommission der Friedrich Ebert Stiftung 1998). Politikempfehlungen, die

sich in ähnlicher Form später in der Agenda 2010 (Bundesregierung 2003) und im Hartz-Konzept (Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002) der Bundesregierung unter Gerhard Schröder wiederfanden und insofern das Terrain für den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel hin zu einer „aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ vorbereiteten.³²

Deutlich ist, dass die deutsche Reformdiskussion zur „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“, in etwa seit der Vorlage des Hartz-Konzeptes (Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002) und der Verkündung der Agenda 2010 in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 (Bundesregierung 2003) sowie der Umsetzung des Hartz-Konzeptes im Rahmen der einzelnen Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes (umgangssprachlich: Hartz I, Hartz II, Hartz III und Hartz IV) in den Jahren 2003 bis 2005, nicht mehr geführt wird.

Aus soziologischer Sicht zunächst unverständlich ist allerdings, warum der Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft mit den Hartz-Reformen ausgelaufen ist, schließlich könnte er doch - so lässt sich vermuten - angesichts der öffentlichen Kritik an den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen systemstabilisierend wirken? Zudem stellt sich die Frage, welche Funktion die im Diskurs postulierte These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt, erfüllte, da sie realpolitisch scheinbar folgenlos blieb?

³² Die zentralen Leit-Normen der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ bestanden laut dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 in der „Vermeidung des Eintritts und der Fortdauer von Arbeitslosigkeit“ sowie der „Verhinderung unterwertiger Beschäftigung“ (§§ 1 u. 2 AFG v. 25.6.1969, BGBI I S.582). Die Verantwortung liegt hier primär beim Staat. Beginnend mit dem Job-Aktiv-Gesetz vom 10.12.2001, mit dem die „besondere Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ für einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt verankert wurde, trat die so genannte „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ auf den Plan (vgl. Trube 2005). Primäres Ziel der Aktivierungsstrategie wurde die „Förderung der Eigenverantwortung zur Erhöhung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit“ (vgl. Bothfeld 2005). Mit der Umsetzung des Konzepts der Aktivierung durch die vier neuen Gesetze für moderne Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt (Hartz I-IV) in den Jahren 2003 bis 2005 wurde schließlich das „Prinzip des Förderns und Forderns“ für die Arbeitslosen formuliert, wobei der Grundsatz des Forderns mit Hartz IV weit mehr Gewicht erhielt. Insbesondere die verschärften Zumutbarkeitsregelungen für die Aufnahme von Beschäftigung, unter Androhung von Leistungskürzungen bei Ablehnung einer Vermittlung, wie auch die Prüfung von Arbeitswilligkeit durch die sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ als Gegenleistung für den Bezug sozialer Leistungen, machen deutlich, dass es eher um eine „aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ geht und beide Politikbereiche eben nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Mit der „Aktivierungspolitik“ wird generell in beiden Politikbereichen vermehrt den Individuen und weniger dem Kollektiv Verantwortung zugewiesen, sei es für die Arbeitssuche nach Eintritt von Arbeitslosigkeit oder für die vermehrt eingeforderte private Absicherung gegenüber Krankheit und Alter (vgl. Brandt 2005b). Dabei handelt es sich nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, denn „kennzeichnend für ‘activation policy’ überall in Europa ist, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine neue Verzahnung eingehen, in der Sozialpolitik funktional für mehr Beschäftigung zu sein hat“ (De Graaf/Kristova 2005: 7/Übersetzung Torsten Brandt).

Im folgenden Kapitel werden daher die Problemdefinitionen und Perspektiven des Diskurses zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre dargestellt und diskutiert. Dazu werden einleitend der Wandel, Debattenteilnehmer und Debattenstränge der gesellschaftspolitischen Reformdiskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Deutschland skizziert, um somit den Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu präzisieren. Danach werden die arbeitspolitischen Leitkriterien des neoliberalen Zukunftsdiskurses am Beispiel der Zukunftsstudie der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997) dargestellt und mit denen der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte kontrastiert. Abschließend werden in Abschnitt 2.3 die Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre einem diskursanalytischen Fazit unterzogen und mit denen der 1980er Jahre verglichen.

2.2.1 Wandel der gesellschaftspolitischen Reformdiskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Deutschland: von der Standortdebatte über Bürgerarbeitskonzepte zur Agenda 2010

Nach der langjährigen stetigen Wachstumsperiode der westdeutschen Wirtschaft in den 1980er Jahren waren zu Beginn der 1990er Jahre trotz zugenommener Sockelarbeitslosigkeit die Thesen vom Ende der Arbeit aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit gewichen. Mit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten von 1990 hatte sich in der Wirtschaft gar eine euphorische Stimmung Platz gemacht. Westdeutsche Unternehmen profitierten von der Wiedervereinigung und die Ostdeutschen hofften auf „blühende Landschaften im Osten“ (Helmut Kohl). Die Markt- und Wachstumsideologie des westlichen Gesellschaftssystems hatte mit dem Ende der bipolaren Weltordnung endgültig über den „real existierenden Sozialismus“ triumphiert.

In dieser Situation setzte nach rund zehn Jahren stetigen Wachstums die „Wirtschaftskrise von 1992/93“ ein und übermittelte der nun verunsicherten Öffentlichkeit zwei zentrale Botschaften (vgl. Kempe in Rifkin 1995: 224):

- (1) Es gibt keinen Ort der sozialen Sicherheit mehr. Die Krise ist nicht mehr eingrenzbar auf die Regionen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Ostdeutschland oder soziale Randschichten;
- (2) Die Krise ist nicht vom Osten über den Westen gekommen - sie ist keineswegs eine Folge der deutschen Einheit, sondern es handelt sich um eine tiefe Strukturkrise der westdeutschen Ökonomie im weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhang.

Daraufhin setzte eine öffentliche Debatte ein, die von der sogenannten „Standortdebatte“ dominiert wurde. Mit dieser wurde die der Krise von 1992/93 zugrunde liegende „globale Verwertungskrise“ auf die sog. „Kostenkrise“ reduziert, die eine Folge zu hoher Löhne und Sozialstandards sei. Arbeitslosigkeit sei nur durch wirtschaftliches Wachstum zu überwinden und wirtschaftliches Wachstum nur durch Senkung der Arbeits- und Sozialkosten zu erreichen. Entsprechend wurden nicht nur die sozialen Sicherungssysteme als zu teuer klassifiziert, auch wurde zunehmend weniger die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem definiert, sondern die einzelnen Arbeitslosen, die durch verschärften sozialen Druck zur Arbeit motiviert werden müssten (vgl. a. a. O.).

Das Argument zu hoher Arbeitskosten führte schließlich zu erheblichen Veränderungen in der Tarifpolitik. Aus Sicht des damaligen Tarifexperten des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Schlecht, verstärkten die Arbeitgeber bei anhaltendem Arbeitsplatzabbau den Druck auf die Tarifpolitik mit dem Ziel, die Tarifstandards abzusenken. Viele Unternehmen hätten in der Rezession die Chance für Personalabbau und massive Steigerung der Leistungsintensität gesehen. In vielen Tarifbereichen hätten die Unternehmer erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte von sich aus Tarifverträge gekündigt und massive Kostensenkungen gefordert. In der Folge sei es schließlich zu Arbeitskämpfen gekommen um Verschlechterungen zu begrenzen, wobei es zum Teil auch um die Fortexistenz ganzer Flächentarifverträge gegangen sei (vgl. Schlecht 2002: 226).

Jenseits gewerkschaftlicher Rhetorik sei hier darauf hinzuweisen, dass trotz dieser gewerkschaftlichen Krisenbeschreibung die Gewerkschaften bereits seit etwa Mitte der 1990er Jahre in Teilbereichen auch wieder relativ erfolgreich waren und offensiver auftraten. So wurde z. B. im Jahr 1995 in der Metallindustrie zumindest tarifvertraglich (und auch nur vorläufig) die 35-Stunde-Woche durchgesetzt (vgl. Stärkel/Wiedemuth 2007). Erleichtert wurde dieser Erfolg sicherlich durch den zur Bundestagswahl 1994 einsetzenden

konjunkturellen Aufschwung, der die ökonomische Krisenstimmung in Deutschland, trotz gestiegener und auch in den Folgejahren weiter ansteigender Arbeitslosenzahlen,³³ verdrängte. Die Bundestagswahl von 1994 selbst bestätigte dann auch die Politik der Regierung Kohl und endete mit dem vorerst letzten Wahlsieg der CDU.³⁴

Ungeachtet des einsetzenden konjunkturellen Aufschwungs war allerdings ab Mitte der 1990er Jahre in kritischer Auseinandersetzung mit der öffentlich geführten wachstums-, kosten-, - und konkurrenzorientierten Standortdebatte die gesellschaftspolitische Reformdiskussion wieder in Gang gekommen. Diese wuchs sich in weiten Teilen zu einer Neuauflage der Debatte zur „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ aus. Zwar wurde sie nicht in der breiten Öffentlichkeit geführt, sondern eher in der Politik, Wissenschaft und in Gewerkschaften, hatte aber weitreichende Konsequenzen für die grundlegende politische Neuausrichtung und Legitimierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nach der Jahrtausendwende.

Um die Reformdebatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu präzisieren, ist zunächst ein Rückgriff auf die Analyse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft von Joachim Hirsch (1999) hilfreich. Hirsch betont, dass sich die Reformdebatten der 1990er Jahre im Prinzip über zwei strategische Optionen unterschieden hätten: einerseits Konzepte, die auf die Erhaltung der traditionellen fordistischen Arbeitsgesellschaft hinauslaufen. Diese würden primär von Gewerkschaften und Sozialdemokraten vertreten. Lösungen in Hinblick auf Massenarbeitslosigkeit und Marginalisierung würden in Arbeitsumverteilungsmaßnahmen durch Arbeitszeitverkürzung und im Ausbau von Teilzeitarbeit gesehen.³⁵ Im Gegensatz dazu

³³ Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen stieg von 2,6 Mio. im Jahresdurchschnitt 1991 auf über 3,6 Mio. in 1995. Danach stieg sie innerhalb von nur 2 Jahren deutlich auf 4,4 Mio. im Jahr 1997 an. Im weiteren Verlauf stieg sie, lediglich unterbrochen von einer Erholungsphase um die Jahrtausendwende, bis zum Jahr 2005 auf ihrem bisherigen jahresdurchschnittlichen Höchstwert von rund 4,7 Mio. und fiel danach bis zum Jahr 2009 auf einen Wert von jahresdurchschnittlich rund 3,4 Mio. offiziell registrierten Arbeitslosen zurück (Datenquelle: Statistisches Bundesamt).

³⁴ Nach der 16-jährigen Ära der CDU unter Regierungschef Helmut Kohl (von 1982 bis 1998) stellte von 1998 bis 2005 die SPD unter Gerhard Schröder gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen das Regierungskabinett, das 2005 wiederum von der CDU unter Angela Merkel (zunächst als große Koalition mit der SPD, seit 2009 als schwarz-gelbe Koalition mit der FDP) abgelöst wurde.

³⁵ Einzuordnen wären hier etwas der Bericht „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit“ der Zukunftskommission der Friedrich Ebert-Stiftung (1998) oder die „Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ herausgegeben von der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (1998).

würden andererseits Konzepte stehen, die auf eine grundlegende Neuorganisation der Beschäftigungsverhältnisse und der sozialen Sicherung abzielten. Zentral sei in diesen Konzepten die Entkopplung von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherung über das „garantierte Grundeinkommen“. Hirsch behauptet weiter, dass es sich bei diesen Konzepten um zwei konträre Strategien handeln könnte, denn einerseits könnten diese Konzepte darauf gerichtet sein Arbeitszwang und Arbeitsdisziplin zu verringern und Raum für selbstbestimmte Tätigkeiten zu schaffen,³⁶ andererseits könnten diese Konzepte der Ausdehnung niedrig- und nicht bezahlter Dienstleistungs- und Subsistenzarbeit dienen.³⁷

Diese (idealtypische) Systematisierung der Debatten erscheint durchaus zutreffend, allerdings ist zu ergänzen, dass die Debatten nicht getrennt voneinander geführt worden sind, sondern sich durchaus auch aufeinander bezogen. Die primär von Gewerkschaften, Sozialdemokraten und diesen nahestehenden Wissenschaftlern geprägte Zukunftsdebatte verfolgte sicherlich als eine wesentliche Strategie Arbeitsumverteilungspolitik über Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen. Zumindest tarifvertraglich (und wengleich nur vorläufig) durchgesetzt wurde etwa 1995 in der Metallindustrie die 35-Stunde-Woche. Teilzeitarbeit blieb dagegen bis heute eher ein Stiefkind der Gewerkschaften, in denen die Orientierung an Vollzeitarbeit und am Familienernährermodell zumeist dominierend ist.³⁸ Zugleich war die gewerkschaftlich geprägte Zukunftsdebatte aber Ausdruck einer Abwehrstrategie zur Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo des Sozialstaates. Explizit wandte sie sich etwa mit der Streitschrift „Die Sackgassen der Zukunftskommission“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998) gegen eine grundlegende Neuorganisation der Arbeitswelt und des Wohlfahrtsstaates, wie sie in der so genannten

³⁶ Zuzuordnen wären hier etwa Rifkin (1995), Biesecker (1998, 2004), Bonß (1998, 2000), Gorz (2000).

³⁷ Zu denken ist hier etwa an Kommission (1996, 1997a, b); Giarini/Liedtke (1989) oder an die Agenda 2010 (Bundesregierung 2003).

³⁸ Auch wenn programmatisch etwa in der Streitschrift „Die Sackgassen der Zukunftskommission“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998), die primär von gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern verfasst wurde, am Bericht der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996, 1997a, b) kritisiert wurde, „daß der Arbeitsmarkt künftig noch mehr in ein Vollzeit- und Hochlohnsegment (überwiegend für Männer) und ein Teilzeit- und Niedriglohnsegment (überwiegend für Frauen) gespalten werden soll. ... Statt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich für einige könnte eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit – eventuell differenzierten – (Teil-) Lohnausgleich für alle sowohl unter beschäftigungs- als auch unter gleichstellungs- und familienpolitischen Gesichtspunkten die besseren Ergebnisse bringen“ (a. a. O.: 171). Auch hat später die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft mit ihrer auf ihrem Gründungskongress im Jahr 2002 beschlossenen Arbeitszeitinitiative versucht, gegenüber der traditionellen Arbeitszeitpolitik, andere Akzente zu setzen (vgl. Stärkel/Wiedemuth 2007).

Bayernstudie (Kommission 1997, 1998a, b) gefordert wurde. Hier stand sie allerdings einem ungleich wirkungsmächtigeren „konservativ-neoliberalen“ Zukunftsdiskurs gegenüber, der dem ökonomischen Standortwettbewerb intellektuell und diskursstrategisch unterfütterte.³⁹

Die seit Mitte der 1990er Jahre erschienenen Bürgerarbeitskonzepte (vgl. Offe 1995, Kommission 1997b, Mutz 1998) und Zukunftsstudien diverser politisch motivierter Zukunftskommissionen thematisierten Arbeitsfelder jenseits der Erwerbsarbeit in Hinblick auf Bürgerarbeit, ehrenamtliches Engagement, gemeinnützige Arbeit, Freiwilligenarbeit usw. und setzten zugleich Schwerpunkte im Bereich der Erwerbssphäre, die mit den Stichworten Arbeitspflicht, Ausbau eines Niedriglohnsektors, Kombilohnmodelle, Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Negative Einkommenssteuer usw. beschreibbar sind. Dieser „konservativ-neoliberale“ Zukunftsdiskurs ideologisierte politisch-wirkungsmächtig, indem er arbeitspolitische Ziele und Akteure definierte, andere ausblendete und Herrschaftsfragen außen vor ließ. So wurden bis Anfang des neuen Jahrtausends auch andere grundlegende Konzeptionen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft entwickelt, die Bezugspunkte zur gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte aufzeigen (siehe etwa Gorz 2000; Hildebrandt 1997, 1998; Spitzley 1998), allerdings kaum nennenswerte Aufmerksamkeitserfolge erzielen konnten.

Hoffnungen auf eine andere Politik wurden unmittelbar nach dem Ende der Ära Kohl und der Regierungsübernahme durch die neue rot-grüne Bundesregierung im Jahr 1998 geäußert. Stellvertretend sei hier auf Ralf Fücks verwiesen, seinerzeit Vorstand der B90/Die Grünen nahen Heinrich Böll Stiftung, der unmittelbar nach dem ersten Wahlsieg von SPD und Bündnis90/Die Grünen das Generalthema der Heinrich Böll-Tagung „Zukunft der Arbeit“ im November 1998 mit folgenden Worten umschrieb: „Noch kann man hoffen, daß von der Allianz des modernen Gewerkschafters Riester mit den Grünen die Türen für eine neue Arbeitspolitik geöffnet werden, die nicht mehr dem Phantom der „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ nachjagt, sondern die reale Vielfalt von Arbeitsformen und -zeiten als Chance begreift, die traditionellen Barrieren zwischen Familienarbeit, Ehrenamt, zweitem und drittem Arbeitsmarkt zu durchbrechen. Ein zeitgemäßes Bündnis für Arbeit muß neue Formen

³⁹ In diesem öffentlichkeitswirksamen Mainstream-Diskurs wird die „ökonomische Globalisierung“ quasie als politisch nicht gestaltbares Naturphänomen ideologisiert und keineswegs auch die „politische Globalisierung“ (etwa als „neoliberales Projekt“, vgl. Demirovic 1997) thematisiert.

gesellschaftlicher Arbeit einbeziehen, für ihre soziale Absicherung sorgen und den Wechsel zwischen Reproduktions- und Produktionsarbeit, Non-Profit-Tätigkeit und kommerzieller Arbeit erleichtern. Und sie darf der Umverteilung von Arbeit nicht ausweichen, die vor allem über eine bedürfnisorientierte, variable Politik der Arbeitszeitverkürzung erreicht werden kann“ (Ders. 1999: 1).

Auch die CSU bzw. CDU-Ministerpräsidenten von Bayern und Sachsen, Edmund Stoiber und Kurt Biedenkopf, behaupteten 1997 bei der Vorstellung des Berichts der gemeinsamen „Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (Kommission 1996, 1997 a, b) höchst einmütig und gleichsam *ex cathedra*, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr in der Erwerbsarbeit liegen könne (vgl. Bonß 2000: 327-328). Erstmals in der gesellschaftspolitischen Diskussion der Nachkriegszeit stellten damit nicht nur Teile der sog. „Linken“, sondern auch konservative Kreise, die These auf, die Zukunft der Arbeit, bezüglich der Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt.⁴⁰ Erst durch diesen Paradigmenwechsel und Rückgriff auf eine zentrale Leitthese der Alternativökonomie-Diskussion der 1980er Jahre - so meine These - wurde die Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft endgültig neu eröffnet.

Auffällig ist, dass der Diskurs zwar behauptete, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt, sich die Realpolitik faktisch aber weiterhin ausschließlich im Bereich der Erwerbsarbeit für mehr Beschäftigung engagierte: Das im Jahr 1999 ins Leben gerufenen „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ bezog auch unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Schröder im Gegensatz zur Hoffnung von Fuchs (siehe oben) nicht „neue Formen gesellschaftlicher Arbeit“ mit ein, sondern blieb ein Bündnis für

⁴⁰ Die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Kurz-Scherf stellte noch 2001 folgenden Arbeitsauftrag: „Auch in den Wissenschaften muß man nach den vielen gescheiterten Gewissheiten vergangener Zeiten, über neue Paradigmen nachdenken. Zum Beispiel ist die Frage des Arbeitsbegriffs noch nicht ansatzweise wirklich wissenschaftlich durchdrungen. Das ist ein enorm schwieriges Thema. Was hat die Wissenschaft aber gemacht? Weil sie das Thema intellektuell nicht gepackt hat, hat sie beschlossen: Ende der Arbeit. Statt sich darüber Gedanken zu machen, was an die Stelle tritt, wenn die alte Arbeit tatsächlich zu Ende geht ... Dieser Auseinandersetzung ist die Wissenschaft in Deutschland über Jahre weitgehend ausgewichen - jetzt sieht man, das geht nicht. Es ist nicht das Ende der Arbeit, sondern Arbeit ohne Ende angesagt“ (Ingrid Kurz-Scherf in Frankfurter Rundschau vom 29.09.2001).

Erwerbsarbeit, als ein Kartell von „big labour“ und „big capital“, das ihre Besitzstände zulasten Dritter verteidigt.⁴¹

Der Mainstream-Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre lief schließlich nach der Jahrtausendwende, mit Vorlage des „Hartz-Konzeptes“ im Jahr 2002 (Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002) und der Verkündung der „Agenda 2010“ in einer (historischen) Regierungserklärung durch Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 (Bundesregierung 2003), aus. Als Ziele der Agenda 2010 nannte Schröder unter anderem die Verbesserung der „Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung“ sowie den „Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung“ (Bundesregierung 2003). Die mit den Worten „Wir werden Leistungen des Staates kürzen“ (a. a. O.) angekündigten Maßnahmen führten zu heftigen Kontroversen.⁴² Seitdem dominieren und begrenzen thematisch bis heute die zwischen 2003 und 2005 durchgesetzten „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ (Hartz I bis Hartz IV) den arbeitspolitischen Diskurs.

Auch hinsichtlich der aufgekommenen Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der parteiübergreifend (mit Einschränkung der FDP) seit etwa 2012 programmatisch – wenngleich unter unterschiedlicher Ausgestaltung - prinzipiell befürwortet wird, ist auf die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Jörg Dostal zu verweisen. Für Dostal wäre der arbeitsmarktpolitische Paradigmenwechsel der Hartz-Reformen auch mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes kompatibel und keineswegs als Re-Regulierung der Deregulierungen des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Reformen - auch im Kontext der Schwächung der Gewerkschaften – zu interpretieren: “Introducing a statutory minimum wage would recognize that the old system of collective wage bargaining between employers and unions has become too weak to govern the labor market. This would constitute a significant

⁴¹ Die Dritten sind die von Tarifarbeit und Vollzeitbeschäftigung Ausgeschlossenen. So besagt etwa die Kritik von Hirsch (1999) an der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, dass diese darauf hinauslaufe, die Position der etablierten Lohnabhängigenkerne um den Preis weitergehender Spaltung und Marginalisierung zu verteidigen (vgl. a. a. O.: 6).

⁴² Wirtschaftspolitisch wurde öffentlichen Investitionen zwecks Arbeitsplatzsicherung oder -schaffung eine Absage erteilt. Neben der Lockerung des Kündigungsschutzes wurde in der Arbeitsmarktpolitik das Arbeitslosengeld zeitlich beschränkt bzw. gekürzt, die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und durch das Arbeitslosengeld II (ALG II) in Höhe des Sozialhilfesatzes ersetzt. Auch wurden die Regelungen zur Zumutbarkeit von Arbeit verschärft. Das DIW kam in einer Studie zum ALG II zu folgendem Ergebnis: „Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II bedeutet für mehr als die Hälfte der Betroffenen Einkommenseinbußen. Etwa ein Drittel wurde durch die Reform finanziell besser gestellt. [...] Die Armutsquote der Leistungsempfänger – vor der Reform gut die Hälfte – erhöhte sich auf zwei Drittel“ (DIW 2007: 1).

departure from the German model of the coordinated market economy, acknowledging that Germany has moved to a mixed model with a coordinated and uncoordinated employment sector. Thus, from the perspective of German policy-makers, the statutory minimum wage offers all the advantages of a political side-payment without questioning the underlying shift toward deregulatory labor market governance. It is exactly for this reason that the introduction of a statutory minimum wage can be expected in the near future—to calm down the opposition and to lock in the results of the past liberalizing decade in German labor market policy-making“ (Dostal 2012: 116).

Aufgrund des Missverhältnisses zwischen der These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt und der auf mehr Beschäftigung fixierten Politik der Schröder Regierung (von 1998 bis 2005) stellt sich die Frage, welche Funktion die im Diskurs zwar postulierte, aber realpolitisch scheinbar folgenlose These erfüllte?

Dieser Frage kann erst fundiert werden, wenn die im folgenden Kapitel am Beispiel der „Bayernstudie“ (Kommission 1996, 1997a, b) darzustellenden Problemdiagnosen und Perspektiven im konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs auch vor dem Hintergrund der neu aufgenommenen, internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaften (Kapitel 2.2.3), die gerade in Hinblick auf die ökonomische und politische Globalisierung geführt wird, analysiert wurden.

2.2.2 Der konservativ-neoliberale Zukunftsdiskurs: Perspektiven der Zukunftskommissionen am Beispiel der sogenannten „Bayernstudie“

„Globalisierung ist eine Tatsache.
Es nützt ja nichts, sich über das Wetter zu beschweren“
(Ex-BDI-Präsident Hans Olaf Henkel, 1998)⁴³

Im Folgenden wird der konservativ-neoliberale Zukunftsdiskurs, wie er sich inhaltlich in den Problemdiagnosen und Perspektiven diverser Zukunftsstudien (u. a. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, b; Enquete Kommission des Deutschen Bundestages 1999; Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999;

⁴³ Die Zeit, 2. April 1998, S. 37

Giarini/Liedtke 1997) vergegenständlicht, am Beispiel der sogenannten „Bayernstudie“ (Kommission 1996, 1997 a, b) skizziert. Damit soll verdeutlicht werden, welche Themensetzungen im ideologisierten Arbeitspolitikdiskurs dominieren, um in kritischer Auseinandersetzung Perspektiven für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Hierzu werden zunächst die Problemdefinitionen und Perspektiven der „Bayernstudie“ referiert. Nachdem anschließend verdeutlicht wurde, was sich hinter ihrer These, dass die „Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt“ verbirgt, werden die durch sie ausgelösten Folgestudien und deren wesentliche Zielrichtungen kurz skizziert.⁴⁴

Problemdefinitionen und Perspektiven der „Bayernstudie“

Problemdiagnosen und Perspektiven des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses in Deutschland können am prägnantesten am Beispiel der Zukunftsstudie: „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen“ (Kommission 1996, 1997a, b) skizziert werden. Auftraggeber der sogenannten „Bayernstudie“ waren die Freistaaten Bayern und Sachsen. Sie wurde von wissenschaftlichen Kommissionsmitgliedern (u. a. der Sozialwissenschaftler Prof. Meinhard Miegel⁴⁵ und der Soziologe Prof. Ulrich Beck) unter Mitwirkung von Staatsbediensteten der genannten Landesregierungen erstellt und im November 1997 von den Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Kurt Biedenkopf persönlich vorgestellt. Diese erklärten einmütig bei der Vorstellung des Berichts, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr in der Erwerbsarbeit liegen könne (vgl. Bonß 2000: 327). Die „Bayernstudie“ ist für den Diskurs über die Zukunft der Arbeit in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre außerordentlich relevant. Ein Großteil ihrer Perspektiven ist in die Agenda 2010 eingegangen und ist bis heute Gegenstand wiederkehrender politischer Auseinandersetzungen. Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1998, die mit dem Wahlsieg des Sozialdemokraten Gerhard Schröder und von Bündnis90/Die Grünen die endete, löste sie eine Flutwelle von

⁴⁴ Auf eine grundsätzliche Kritik des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses wird erst nach Darstellung der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaften eingegangen. Eine differenzierte Einzelkritik sämtlicher Zukunftsstudien erübrigt sich.

⁴⁵ Zusammen mit Kurt Biedenkopf gründete Miegel 1977 das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn (IWG BONN), das sich bis zu seiner Auflösung unter anderem durch Unternehmensspenden und Auftragsarbeiten, wie etwa für das Deutsche Institut für Altersvorsorge (das wiederum gehört der Deutschen Bank, der Fondsgesellschaft DWS und dem Deutschen Herold), finanzierte.

Zukunftsstudien diverser Zukunftskommissionen aus und stieß somit damit die öffentliche Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in Deutschland erst richtig an.

Die Problemdefinitionen des aus drei Teilen bestehenden Berichts der Kommission (1996, 1997a, b) werden im ersten und zweiten Teil formuliert:

Im ersten Teil „Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern“ wird zunächst festgestellt (vgl. Kommission 1996: 1ff.), dass fast alle frühindustrialisierten Länder seit den siebziger Jahren steigende Arbeitslosenanteile verzeichnen. Als Begründung wird auf ein sinkendes Arbeitsvolumen bei steigender Erwerbsbeteiligung⁴⁶ verwiesen. Dabei wird betont, dass in Westdeutschland die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen stärker zur Arbeitslosigkeit beigetragen hätte, als die sinkende Erwerbstätigkeit.⁴⁷ Das sinkende pro Kopf-Arbeitsvolumen⁴⁸ sei auf die Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Kapital und Wissen (Produktivitätsfortschritt) und auf die voranschreitende internationale Arbeitsteilung (Globalisierung) zurückzuführen. Für die Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sei zudem festzustellen, dass Normalarbeitsverhältnisse durch Nicht-Normalarbeitsverhältnisse ersetzt würden. Dieses habe mehrere Folgen:

- Aus der Ersetzung folge eine immer ungleichere Verteilung von Erwerbs- und aus ihnen abgeleiteten Transfereinkommen. Dauerhaft Vollzeitbeschäftigte würden an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen, während in den zunehmenden Nicht-Normalarbeitsverhältnissen geringe Arbeitseinkommen und kaum noch existenzsichernde Rentenansprüche erworben werden würden. Aufgrund der ungleichen Einkommensentwicklung seien die realen Nettoentgelte der abhängig Beschäftigten insgesamt seit 1980 in Westdeutschland kaum noch gestiegen.

⁴⁶ Zur Messung der Erwerbsbeteiligung bieten sich zwei Indikatoren an: die Erwerbsquote und die Erwerbstätigenquote. Die Erwerbsquote ist der Anteil aller Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. In ihr ist auch der Erwerbswunsch der nicht beschäftigten und arbeitslos gemeldeten Personen enthalten. Die Erwerbstätigenquote bezieht dagegen allein die Erwerbstätigen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

⁴⁷ Die Kommission formuliert: „Die Arbeitslosigkeit in Deutschland, der EU und den frühindustrialisierten Ländern ist die Folge des Auseinanderdriftens von Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit. Dabei trug in Westdeutschland steigende Erwerbsbeteiligung bislang stärker zur Arbeitslosigkeit bei als sinkende Erwerbstätigkeit“ (a.a.O: 12). Weiter: „Wäre in West- und Ostdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen gleich, gäbe es bei den Arbeitslosenanteilen keine Unterschiede mehr“ (a. a. O.: 2).

⁴⁸ „In Westdeutschland hat sich das Arbeitsvolumen, gemessen in effektiv geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf der Wohnbevölkerung, von 1975 bis 1995 um reichlich ein Zehntel vermindert“ (a. a. O.: 1).

- Folge der Zunahme von Nicht-Normalarbeitsverhältnissen sei auch die steigende Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, insbesondere von Frauen, die auf diese Weise Einkommensverluste auszugleichen versuchten und zugleich versuchen würden, ihrem geänderten Selbstverständnis als berufstätige Frauen zu entsprechen. Damit würden wenig Qualifizierte, gesundheitlich Beeinträchtigte und ausländische Erwerbspersonen vom Arbeitsmarkt verdrängt.⁴⁹

Nach dieser noch relativ differenzierten Beschreibung und Analyse der arbeitsmarktpolitischen Entwicklung werden in den Leitsätzen des zweiten Teils relativ unvermittelt „Ursachen steigender Arbeitslosigkeit“ in folgender Reihenfolge präsentiert (vgl. Kommission 1997a: 1ff.), die weniger als Ursachen, sondern als Problemlösungsansätze zu charakterisieren wären:

- 1) Zuwanderung und zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen;
- 2) unzulängliche berufliche, räumliche und zeitliche Mobilität sowie die geringe Neigung zu einfacher, körperlicher und zeitlich belastender Erwerbsarbeit;
- 3) die Beeinträchtigung von Existenzgründungen durch ein hohes Sicherheitsbedürfnis der Erwerbsbevölkerung;
- 4) die Verdrängung von Erwerbsarbeit durch Kapital und Wissen vor allem im hoch produktiven Bereich, womit sich die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten von Kapitaleignern ändere;
- 5) das geringe Angebot und die geringe Nachfrage nach Tätigkeiten im niedrig produktiven Bereich, da für die Arbeitnehmer die Löhne im Vergleich zu Sozialtransfers zu gering seien und für die Unternehmer die kaum an der Produktivität orientierten Arbeitskosten zu hoch seien;
- 6) der zeitweise schnellere Anstieg der Lohnstückkosten als der der Produktivität;
- 7) die Globalisierung der Wirtschaft, die einerseits das Wirtschaftswachstum fördern würde und andererseits die Beschäftigung im niedrig produktiven

⁴⁹ Die Kommission verweist darauf, dass für „schwächere“ Erwerbspersonen, die von den Frauen verdrängt wurden, anders als in den USA keine ausreichende Zahl von Auffangarbeitsplätzen zur Verfügung stehe, da Europa und vor allem Deutschland zögern würde, den Weg der „kleinen Dienste“ mitzugehen. Insofern zeichnet sich für die weitere Argumentation ab, dass Frauen nicht primäre Zielgruppe für den Ausbau des avisierten Niedriglohnssektors sind. Frauen wird (wenngleich nicht explizit) dagegen vor allem Bürgerarbeit zugewiesen werden.

Bereich in Deutschland beeinträchtigt, womit die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zunehmen könnte.

Auffällig ist, dass im ersten Teil des Berichts eher strukturelle Gründe für Arbeitslosigkeit genannt wurden und mit der „Ursachenzuschreibung“ des zweiten Teils strukturelle Gründe (vgl. Ziffern 4-7) erst aufgeführt werden, nachdem primär Flüchtlinge, Frauen, gesellschaftliche Einstellungen und individuelle Verhaltensweisen (vgl. Ziffern 1-3) als Ursachen für Arbeitslosigkeit behauptet wurden.

Die Perspektiven der „Bayernstudie“ werden schließlich im dritten Teil „Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage“ ausgeführt (vgl. Kommission 1997b: 1ff.). Als Ziel der Perspektivenformulierung wird programmatisch angegeben „trotz der abnehmenden Bedeutung von Erwerbsarbeit im Wertschöpfungsprozeß den materiellen und immateriellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten zu heben und die Beschäftigungslage zu verbessern“ (a. a. O.: 1).⁵⁰ Hierzu empfiehlt die Kommission eine

- (1) „Erneuerungsstrategie“,
- (2) eine „Anpassungsstrategie“ sowie
- (3) „ergänzende Maßnahmen“:

(1) Zur „Erneuerungsstrategie“ gehören die aus der traditionellen Standortdebatte bekannten neoliberalen Argumente (Kostensenkung, Verminderung von Steuern und Sozialbeiträgen, Gründungsoffensive). Programmatisch wird zunächst vorgegeben, unternehmerische Kräfte zu wecken und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten auszubauen, um somit die Bedeutungsinderung von Erwerbsarbeit in den wissens- und kapitalintensiven Bereichen der Wirtschaft zumindest teilweise auszugleichen. Konkretisiert wird dann, dass zur Weckung unternehmerischer Kräfte der Einzelne in einer „unternehmerischen Wissensgesellschaft“, deren wichtigster Produktionsfaktor Wissen sei, ein höheres Maß an Eigenverantwortung auch für seine Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge übernehmen solle. Dazu gehörten die Intensivierung des Wettbewerbs und vor allem die Verminderung

⁵⁰ Als Problem für den materiellen und immateriellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten wird also eine „abnehmende Bedeutung von Erwerbsarbeit im Wertschöpfungsprozess“ konstatiert. Abgezielt wird auf die zunehmende Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Kapital und Wissen. Hintergrund der zugenommenen Ungleichverteilung zwischen Einkommen und Vermögen ist aber auch ein politischer Umverteilungsprozess (vgl. Schlecht 2002), d. h. der Umverteilungsprozess wurde nicht nur durch technische Rationalisierung forciert. Daraus ergibt sich die Forschungsfrage, wie relevant die Ersetzung von Arbeit durch Kapital und wie relevant die politische Umverteilungspolitik für die Ungleichverteilung zwischen Einkommen und Vermögen ist?

öffentlicher Lasten. Staatliche Leistungen müssten stärker privatisiert, dereguliert und zum Teil eingeschränkt oder eingestellt werden. Um die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern, müsse die Bevölkerung auf öffentliche Leistungen und/oder individuellen Konsum verzichten. Außerdem müsse die Altersvorsorge stärker kapitalgedeckt sein. Bildungsziel seien unternehmerisch handelnde Menschen.

Insgesamt wird mit der Erneuerungsstrategie die soziale Sicherung aus der Verantwortung des Staates in die Verantwortung der Individuen übertragen. Das Menschenbild orientiert sich an Individuen, die über Bildungsanstrengungen befähigt werden, müssten unternehmerisch zu handeln. Der Mensch als soziales Wesen oder gar die Demokratisierung der Gesellschaft als Bildungsauftrag spielt hier keine Rolle mehr.

(2) Für die „Anpassungsstrategie“ wird programmatisch vorgegeben, sich „dem Preisverfall für Arbeit anzupassen, um so die „Beschäftigungslage zu verbessern und öffentliche Haushalte zu entlasten“. Dies sei zu erreichen, indem Arbeitseinkommen abgesenkt werden und einfache, personenbezogene Dienste durch die Verminderung von Sozialbeiträgen niedriger Arbeitseinkommen vermehrt werden. Zudem könnten Niedriglöhne durch öffentliche Transfers auf oder über das Sozialhilfeniveau gehoben werden.⁵¹ Auch sollte als Teil der Anpassungsstrategie das individuelle Angebot von Erwerbsarbeit vermindert werden - durch mehr Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung sowie die Verkürzung individueller Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Die Kommission formuliert dazu explizit: „Allerdings ist diese Vorgehensweise nur erfolgreich, wenn durch sie nicht die Arbeitskosten und/oder die Erwerbsbeteiligung steigen“ (Kommission 1997b: 3). Die kleinere Stückelung von Erwerbsarbeit solle freiwillig oder in einem breiten gesellschaftlichen Konsens erfolgen. Wichtig erscheint vor allem die Hervorhebung, dass mit der Reduktion des Pro Kopf-Arbeitsvolumens keineswegs die Arbeitskosten und/oder die Erwerbsbeteiligung steigen dürften. Mit der „Anpassungsstrategie“ geht es damit insgesamt nicht nur um den Ausbau des Niedriglohnsektors, sondern zugleich soll auch das pro Kopf-Arbeitsvolumen reduziert werden, ohne das Angebot an Arbeitskräften zu erhöhen. Anders als bei der klassischen (neoliberalen) Argumentation, nach der der Ausbau des Niedriglohnsektor sinnvoll ist, um

⁵¹ Es sei politisch zu entscheiden, ob und in welchem Umfang Niedriglöhne durch öffentliche Transfers auf oder über das Sozialhilfeniveau gehoben werden, denn dieses führe einerseits zu Belastungen, die die notwendigen Entlastungen vereiteln würden, andererseits würden ohne Transfers die soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Spannungen zunehmen.

mehr Personen in Erwerbsarbeit zu integrieren, ist mehr Beschäftigung im Erwerbssektor hier nicht das explizite Ziel. Die Vorgabe, dass die Erwerbsbeteiligung nicht steigen soll, verlangt schließlich in der weiteren Argumentation nach Lösungen für die überzähligen Erwerbsfähigen, womit dann Bürgerarbeit zum notwendigen Strategieelement wird.

Des Weiteren verweist die Kommission darauf, dass die Erneuerungs- und die Anpassungsstrategie zu ergänzen seien durch:

- 1) die stärkere Ausrichtung der Tarifverträge an betriebliche Anforderungen,⁵²
- 2) Arbeitszeitflexibilisierungen und die konsequente Umsetzung der Zumutbarkeitsanforderungen für Arbeitslose (um Arbeitslose zu beschäftigen),
- 3) die Regionalisierung politischer Zuständigkeit und Verantwortung, um die Ergebnisse unterschiedlicher Wirtschaftskraft nicht auszugleichen⁵³ sowie
- 4) die Umorganisation der sozialen Sicherungssysteme in der Form, dass sie eine existenz-, aber keine lebensstandardsichernde Versorgung gewährleisten.

Beide Strategien, so heißt es schließlich in der weiteren Argumentation, könnten durch die Erschließung nicht-marktgängiger, gemeinwohlorientierter Bürgerarbeit flankiert werden:

Bürgerarbeit, wie sie von Ulrich Beck in der „Bayernstudie“ definiert wird ist „freiwilliges soziales Engagement, das projektgebunden (und damit zeitlich begrenzt) in kooperativen, selbstorganisierten Arbeitsformen unter der Regie eines Gemeinwohl-Unternehmers, autorisiert, abgestimmt mit dem (kommunalen) Ausschuß für Bürgerarbeit ausgeschrieben, beraten und durchgeführt wird. Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber belohnt und zwar immateriell (durch Qualifikationen, Ehrungen, die Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten, "Favor Credits" etc.). Materiell erhalten diejenigen ein Bürgergeld, die hierauf existentiell angewiesen sind. Die Maßstäbe sind die gleichen wie bei der Gewährung von Sozialhilfe ... Jedoch, die Bezieher von Bürgergeld sind bei sonst gleichen Voraussetzungen keine Empfänger von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, da sie in Freiwilligen-Initiativen

⁵² An anderen Stellen führt die Kommission aus: „Im Rahmen der derzeitigen Flächentarifverträge ist dies nicht ausreichend möglich ... So sollen durch Individualvereinbarung bestimmte Personengruppen, namentliche Langzeitarbeitslose oder Berufsanfänger, auch untertariflich entlohnt werden können“ (Kommission, 1997b: 27). „Eine stärkere regionale Differenzierung bedeutet, daß in Kollektivvereinbarungen größere Rücksicht genommen wird auf wachstumsschwache Gebiete oder solche, die sich im Strukturwandel befinden. Wirtschaftlich starke Regionen haben keine Pilotfunktion mehr. ... Ähnliches gilt für eine stärkere sektorale Differenzierung“ (a. a. O.: 17).

⁵³ Eine klassische Funktion des Nationalstaates, nämlich für gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb seiner territorialen Grenzen zu sorgen (Wallerstein 1984), wird also für nicht mehr notwendig erachtet.

gemeinnützig tätig sind. Auch stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, wenn sie das nicht wünschen. Sie sind keine Arbeitslosen“ (Kommission 1997b: 148-149). Bezüglich der Zielperspektive von Bürgerarbeit wird festgehalten: „Bedeutsam ist aus Sicht der Kommission, daß durch eine breite Diskussion des Konzepts der Bürgerarbeit die derzeitige Fixierung der Gesellschaft auf Erwerbsarbeit relativiert und Optionen sichtbar gemacht werden (a. a. O.: 27).“ Darüber hinaus sollen einerseits die Folgen des Bedeutungsschwundes von Erwerbsarbeit und der mit ihr einhergehenden Krise des Sozialstaates gemildert werden und zum anderen der zunehmenden Individualisierung und möglichen Erosion der Demokratie entsprochen werden (ebenda).

Dieses Konzept der Bürgerarbeit⁵⁴ ist insofern kongruent zur „Anpassungsstrategie“, als dass die gemeinsame Zielperspektive „Beschäftigung um jeden Preis ohne Erhöhung des Erwerbsbeteiligung“ lautet. Bürgerarbeit zielt primär auf ehrenamtliches Engagement von Frauen, die damit tendenziell vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden sollen und die „Anpassungsstrategie“ des Aufbaus eines Niedriglohnssektors auf die Zielgruppe der angeblich durch qualifizierte Frauen verdrängten Verlierer des Arbeitsmarktes.⁵⁵ Das ausgerechnet die aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzten und Bürgerarbeit verrichteten Individuen dann einen Beitrag gegen die Erosion der Demokratie leisten sollen, erscheint zweifelhaft.

Hinter der Behauptung von Stoiber und Biedenkopf bei der öffentlichen Präsentation des Berichts der Kommission, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liege, verbirgt sich also zum einen das Motiv, Frauen durch ehrenamtliches Engagement und Festlegung auf Familienarbeit vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Zum anderen verweist die Behauptung auf die „Anpassungsstrategie“ der Kommission, mit der nicht versucht werden soll, das Arbeitsvolumen auszubauen, sondern sich seinem Rückgang anzupassen. In der Konsequenz in der Form, dass existenzsichernde Arbeitsplätze in nicht vor Armut schützende (working poor) „Beschäftigung“ verwandelt werden und damit insgesamt Erwerbsarbeit

⁵⁴ Weitere „Bürgerarbeits- bzw. Mischarbeitskonzepte“ mit divergierenden Zielrichtungen finden sich bei Gerd Mutz (1998), Irene Kühnlein (1997), Friedjof Bergmann (1997) und Claus Offe (1994). Das Konzept der Mischarbeit von Offe sieht z. B. eine Rotation zwischen Erwerbs- und Bürgerarbeit für Marginalisierte vor und ist mit einem Bürgerrecht auf Grundeinkommen und der Pflicht zur Bürgerarbeit verbunden.

⁵⁵ Eine ausführliche Kritik von Alexandra Wagner an diesem Konzept der Bürgerarbeit von Beck findet sich in „Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998), bei Bäcker/Klammer (1998) oder auch bei Dettling (1999).

zunehmend als Fokus der Teilhabe an materieller und immaterieller Wohlstandsproduktion sowie Teilnahme an gesellschaftlicher Entwicklung für alle Erwerbsfähigen entfällt, womit sich das Bild einer zunehmenden Gesellschaftsspaltung offenbart.⁵⁶

Folgestudien

Als Reaktion auf die „Bayernstudie“ erschien im Wahljahr 1998 ihre „Gegenstudie“ mit dem Titel: „Die Sackgassen der Zukunftskommission - Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998). Diese wurde von der SPD-Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Christine Bergmann (Berlin) herausgegeben und von einem Autorenteam erarbeitet, dessen Autoren primär eher SPD-nahen Forschungsinstituten angehören.⁵⁷

Die Streitschrift wendet sich mit einzelnen Expertisen dezidiert gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen der Zukunftskommission und eröffnete damit quasi ein Spannungsfeld konträrer Positionen im Diskurs über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft.

Dieses Spannungsfeld bleibt insgesamt auf den Bezugspunkt der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet, wenngleich aus unterschiedlichen Motiven: Während die „Bayernstudie“ den internationalen Kostenwettbewerb nicht scheut (abzulesen an der Perspektive „Aufbau eines Niedriglohnssektors“), möchte die „Gegenstudie“ diesen vermeiden: „Damit dieser Kostenwettbewerb auch künftig vermieden werden kann, müssen (möglichst im Konsens mit den Sozialpartnern) die effizienzsteigernden Potentiale gesellschaftlicher Gleichheit gefördert werden. Dies gelingt vor allem durch die Verstärkung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. ... Die Anhebung des Qualifikationsniveaus und eine verbesserte betriebliche Organisation tragen zur Steigerung der Produktivität und damit zur Sicherung des Lohnniveaus wesentlich bei“ (a. a. O.: 134). Wolfgang Bonß (2000) hat dagegen in seinem Aufsatz „Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?“ versucht, nicht nur im Rahmen der Erwerbsarbeitsgesellschaft oder

⁵⁶ Zu den hier prognostizierbaren gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsszenarien siehe insbesondere das „Trendszenario II: Erwerbsgesellschaft als Zwei-Drittel-/Ein-Fünftel-Gesellschaft“ und das „Alternativszenario I: Die desintegrierte Nicht-Erwerbsgesellschaft“ bei Wolfgang Bonß (2000).

⁵⁷ So u. a. das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der Arbeitskreis AFG-Reform beim Vorstand der IG-Metall.

ihrer seinerzeit proklamierten Nachfolgerin, der „Wissensgesellschaft“, Zukunftsszenarien zu denken, sondern zugleich auch mit dem Alternativszenario „Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit“ „außerhalb“ alter Denkroutinen einen Standort einzunehmen. Mit diesem methodischen Vorgehen wird sowohl die Notwendigkeit des globalisierten Teils der Wirtschaft erkannt und anerkannt, aber nicht mit den Ganzen der menschlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wirklichkeit verwechselt (vgl. auch Dettling, 1999: 14). Überblicksartig sei noch auf folgende Zukunftsstudien hingewiesen, die ebenso dem konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs zuzuordnen sind:

Im Jahr 1998 erschien von Patrick Liedtke und Orio Giarini (zu der Zeit Wirtschaftsberater der „Genfer Vereinigung der Versicherer“) der neue Bericht an den Club of Rome: „Wie wir arbeiten werden“. Angesichts der zugenommenen Arbeitslosigkeit lautete ihr Vorschlag: „Arbeit für alle“. Kernstück ihres Vorschlags der Neuorganisation von Arbeit ist das „Drei-Schichten-Modell der Arbeit“.⁵⁸ Dieses bedeutet faktisch, dass der Erhalt staatlicher Transferleistungen von Teilzeitarbeit in einer noch aufzubauenden und vom Staat angebotenen „ersten Schicht Teilzeitarbeit“ abhängig ist, also die Einführung einer Arbeitspflicht bedeutet und sämtliche bestehende Sozialversicherungssysteme überflüssig machen soll.⁵⁹

Zeitgerecht zum Wahljahr 1998 erschien auch der Bericht der Zukunftskommission der Friedrich Ebert-Stiftung „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Wege - ein Ziel“. Dieser stellte keinen großen

⁵⁸ Mit der ersten noch aufzubauenden Schicht von Teilzeitarbeit soll der Staat eine „Grundbeschäftigung“ von zwanzig Stunden pro Woche anbieten und dafür einen garantierten Mindestsatz bezahlen (orientiert am Modell der Negativen Einkommenssteuer). Die zweite Schicht der Arbeit entspräche der „normalen Arbeit“ in der Erwerbsökonomie und die dritte Schicht der Arbeit umfasse die gemeinhin als privat abgetane Arbeit wie Eigenvorsorge, häusliche Krankenpflege, private Weiterbildung und familiäre Kindererziehung. Diese hätte keinen Preis, sei aber Hauptvoraussetzung für das effiziente Funktionieren des „monetisierten Systems“. Die Autoren unterscheiden in „monetisierte Tätigkeiten“, die geldwert seien und entweder bezahlt oder nicht bezahlt werden müssten („monetisiert“ bzw. „nicht monetisiert“) und den „nicht monetisierten Tätigkeiten“, die, weil ohne Äquivalent, als wirtschaftlich wertlos erachtet werden (vgl. Liedtke/Giarini 1998: 231ff).

⁵⁹ Im Wortlaut: „Sämtliche Ressourcen, die zur Zeit für Arbeitslosen- und Sozialleistungen aufgewendet werden, bilden künftig die finanzielle Basis für die Bereitstellung der neuen Schicht. Es wird keine Bezahlung mehr für das Untätigbleiben geben, sondern Unterstützung für das Tätigbleiben. Man muß dabei akzeptieren, daß die Tätigkeiten der ersten Schicht in vielen Fällen nicht den individuellen Vorlieben entsprechen werden, aber wir sehen hier keine Alternative. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, sich eine Arbeit in der zweiten Schicht zu suchen, welche die Bereitstellung einer Stelle der ersten Schicht für den einzelnen überflüssig macht (a.a.O: 260).“

Gegenentwurf darf, sondern präsentierte vier zentrale Reformvorhaben.⁶⁰ Intention sei die langfristige Sicherung des „Modells Deutschland“, das der Modifikation bedürfe, damit die Balance im Zieldreieck „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit“ wiederhergestellt werden könne.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Zukunftsdiskurs in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre nicht ausschließlich von der „Bayernstudie“ und ihren Themensetzungen bestimmt wurde, sondern insbesondere auch durch die ein Jahr zuvor herausgegebene Nachhaltigkeitsstudie des BUND (1996) „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“. Auch diese löste zunächst eine ähnlich hohe Resonanz und Kritik wie die „Bayernstudie“ aus (vgl. Kapitel 3).

2.2.3 Problemdiagnosen und Perspektiven in den Zukunfts- und Alternativszenarien der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte

Die internationale sozialwissenschaftliche Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaften zeichnet gewissermaßen Alternativszenarien zum konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs. Deren konkreter ansetzende Ergebnisse zur Entwicklungsdynamik kapitalistisch formbestimmter Lohnarbeit im Kontext der politischen und ökonomischen Globalisierung stellen, mit ihren gegenwartsbezogenen gesellschaftspolitischen und gesellschaftstheoretischen Problemdiagnosen und Perspektivformulierungen, weiterführende Alternativszenarien zum konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs zur Diskussion.

⁶⁰ Die vier Reformvorhaben lauten:

- (1) „Verbesserung der Innovationsfähigkeit und Stärkung der Humanressourcen“ (Perspektive: Aufgrund der konstatierten mangelnden Anknüpfung von höherwertiger Technik und Spitzentechnik als „Blockadestau im Innovationssystem“ soll der Staat im Rahmen seiner Netzwerkbeziehungen „Lernprozesse anstoßen und begleiten“.),
- (2) „Verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte“ (Perspektive: Einführung von generellen Lohnsubventionen für Niedriglöhne, Ausbau des Dienstleistungssektors),
- (3) „Wandel der Familie und Beschäftigungskrise als Herausforderung an eine neue Politik sozialer Integration“ (Perspektiven sind die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit durch stärkere Differenzierung und mehr Flexibilität. Das Sozialversicherungssystem solle einerseits negative Arbeitsanreize vermeiden und andererseits durch die eigene Gestaltung ein Abgehen von einer „normalen Erwerbsbiographie“ ermöglichen),
- (4) „Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise“ (Perspektive ist die Internationalisierung der Umweltpolitik).

Diese sozialwissenschaftliche Debatte setzte 1995 mit dem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ von Jeremy Rifkin und seiner These vom ‚Ende der Arbeit und der Zukunft der Arbeit im Dritten Sektor‘ ein. Die Debatte wurde in der weiteren Diskussion vor allem durch André Gorz und dem in den USA lehrenden Soziologen Manuel Castells bereichert. Während Rifkins Diagnose durch das Gorzsche Werk „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ (2000/1997fr.) unterstützt wurde, wurde ihr von Manuel Castells mit „The Rise of the Network Society“ (1996), dem ersten Band der Trilogie „The Information Age“ (Castells 1996, 1997, 1998) vehement widersprochen.

Um eine einheitliche und methodisch überzeugende Reformulierung der sozialwissenschaftlichen Debatte zu gewährleisten, wird sich die folgende Darstellung der genannten Analysen von Jeremy Rifkin, Manuel Castells und André Gorz sowie weiterer Szenarien des deutschen Soziologen Wolfgang Bonß (Ders. 2000), an folgenden Fragen orientieren: Inwiefern wird vom „Ende“ oder von der „Krise“ der Arbeit ausgegangen? Was wird als Problem der „Arbeitsgesellschaft“ (Problemszenario) konstatiert und welche arbeitspolitischen Leitfragen und Perspektiven werden formuliert (Alternativzenario)? Zudem werden die Debattenbeiträge in Kurzkomentaren kritisch gewürdigt.

Des Weiteren wird in Kapitel 2.3, im Rahmen des diskursanalytischen Zwischenfazits zur Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in Abschnitt 2.3.3 noch einmal zusammenfassend skizziert werden, welche arbeitspolitischen Leitkriterien - auch über Rückgriff auf die Zwischenergebnisse des Kapitels 2.1 (Debatte der 1980er Jahre) – als gesellschaftspolitisch und/oder gesellschaftstheoretisch weiterführende Leitkriterien einer Bestandsaufnahme unterzogen werden sollten.

2.2.3.1 Jeremy Rifkin: Ende der Arbeit und Zukunft im Dritten Sektor - Teilhabe am Produktivitätszuwachs oder neoliberales Beschäftigungsprogramm?

Die Ausgangsthese des US-amerikanischen Soziologen, Ökonomen und Politikberaters Jeremy Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ (Ders. 1995) lautet, dass in fast allen Wirtschaftszweigen Maschinen an die Stelle menschlicher Arbeitskraft treten werden. Die neuen Computer- und Kommunikationstechnologien würden als „Dritte

industrielle Revolution“ die Weltwirtschaft revolutionieren. Der einzig neu entstehende Bereich, der „Wissensbereich“, würde nur einen Bruchteil der Arbeitskräfte aufnehmen können, die durch den rasanten Fortschritt der Informationstechnologien freigesetzt worden wären: „Das Informationszeitalter hat begonnen, und dank immer leistungsfähigerer Computerprogramme werden wir schon bald in einer Welt ohne Arbeit leben“ (a. a. O.: 11). Aus dem „Zusammenwirken von technologischer Revolution und Marktkräften“ folge die Spaltung der Weltbevölkerung in die zwei feindlichen Lager einer kosmopolitischen Elite von „Symbolanalytikern“ einerseits und einer wachsenden Schicht von Dauerarbeitslosen andererseits. Die Konsequenz sei eine Zunahme der Kriminalität weltweit.

Jenseits dieses Zukunftsszenarios betont Rifkin allerdings, dass die „Dritte industrielle Revolution“ auch einen guten Ausgang nehmen könne. Dies hänge weitgehend davon ab, wie die einzelnen Länder zukünftig mit der wachsenden Produktivität umgehen würden. Diesbezüglich schlägt Rifkin „einige praktische Maßnahmen“ vor, „mit deren Hilfe die negativen Folgen des technologischen Wandels möglichst gering gehalten werden könnten, ohne ihm seiner Vorteile zu berauben“ (a. a. O.: 13) und entwickelt im Anschluss eine Vision für ein „postmarktwirtschaftliche Zeitalter“, mit der er dafür appelliert, die Fixierung auf Markt und Staat zu lösen und global den „Dritten Sektor“ auszubauen, um gemeinnützige Projekte zu verwirklichen. Damit hätten Arbeitslose eine neue Beschäftigung und zugleich würde ein Betrag zum Umbau der „demokratischen Gemeinschaft“ geleistet.

Im Folgenden werden erstens Rifkins Begründungskontext der These vom „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“, zweitens sein (pessimistisches) Zukunftsszenario und drittens die Perspektiven seines Alternativszenarios dargestellt (vgl. Ders. 1995) und kommentiert.

2.2.3.1.1 Rifkins Begründung der These vom „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“

Rifkin behauptet zunächst das „Ende der Arbeitswelt“ und konkretisiert dieses vor allem als „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“. Als empirische Daten zieht er Schätzungen von Unternehmensberatern heran, die belegen sollen, dass der Produktivitätsfortschritt und

Umstrukturierungen zur Zunahme der Arbeitslosigkeit in den USA und in anderen Industrieländern beigetragen hätten.

Das „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“ begründet er mit dem „Zusammenwirken des technischen Fortschritts mit der Logik des Marktes“:

Als Problem machte er aus, dass die Wirtschaftspolitik aller Industrieländer auf dem ökonomischen Lehrsatz beruht hätte, dass neue Technologien die Produktivität steigern, die Kosten senken und das Angebot an billigen Waren vergrößern, womit in der Folge die Kaufkraft und die Märkte wachsen sowie neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die jetzigen Folgen dieser Logik seien Arbeitslosigkeit, Kaufkraftrückgang, Überproduktion und eine drohende Weltwirtschaftskrise. Schon 1867 hätte Karl Marx die These vertreten, dass die Unternehmer immer bestrebt seien, die Lohnkosten zu senken und die Produktionsmittel soweit als möglich in ihre Verfügungsgewalt zu bringen. Sie ersetzen daher wo immer möglich Menschen durch Maschinen und profitieren so nicht nur von steigender Produktivität und sinkenden Kosten, sondern auch noch von der Entstehung einer großen Reservearmee von Arbeitslosen, womit im Ergebnis die Löhne und damit allerdings auch Kaufkraft immer weiter gedrückt würden.⁶¹

Am Beispiel der Wirtschaftsgeschichte der USA des 20. Jahrhunderts versucht Rifkin sodann die Konsequenzen aus dem „Zusammenwirken von technischem Fortschritt und Marktlogik“ zu illustrieren:

In der Folge von Konsumerziehung und Kaufkraftverlust in den USA der 1920er Jahren wäre es zur ersten Weltwirtschaftskrise gekommen. Unterstützt durch die Veröffentlichung von Keynes Angebotstheorie (Keynes 1936)⁶² hätte sich die Wirtschaftspolitik von Grund auf verändert. So hätte sich in den 1930er Jahren der USA die Ansicht verbreitert, dass die technologische Revolution in den 1920er Jahren dazu geführt habe, dass Produktivität und Produktion schneller gewachsen seien als die Nachfrage. Daher hätten die US-

⁶¹ In seiner weiteren Argumentation fehlinterpretiert Rifkin Marx. Rifkin behauptet, laut Marx würde die wachsende Automatisierung schließlich alle Arbeiter überflüssig machen und zitiert als Beleg Marx wie folgt: „In den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen, durchläuft das Arbeitsmittel verschiedene Metamorphosen, deren letzte die Maschine ist...“ (Marx 1974: 584). „Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine“ (a. a. O.: 591f.). Diese Zitate verweisen keineswegs, wie Rifkin behauptet, auf eine totale Ersetzung menschlicher Arbeit durch Technik.

⁶² Keynes zählt zu den bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Seine zentrale Botschaft – bzw. die des Keynesianismus – lautet, dass das „marktwirtschaftliche System“ nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, weswegen der Staat bei Unterbeschäftigung zu finanz- und geldpolitischen Mitteln greifen solle, um die Nachfrage wieder an das Niveau heranzuführen, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

Gewerkschaften die 30 Stunden-Woche gefordert und von Unternehmern Unterstützung erhalten, da diese so die Kaufkraft erhöhen wollten. Schließlich hätte US-Präsident Roosevelt 1933 und 1935 mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen (dem sogenannten „New Deal“) eingegriffen, um der Wirtschaft Starthilfe zu geben und die Kaufkraft zu erhöhen. Mit dem gleichen Ziel seien die Verbrauchssteuern gesenkt und die Einkommens- und Vermögenssteuer erhöht worden. Das Ergebnis sei zwar nur ein Teilerfolg gewesen, die Wirtschaft hätte sich erst mit dem Zweiten Weltkrieg durch erhöhte Militärausgaben erholt, aber seitdem würde die Regierung in den USA in den Wirtschaftskreislauf eingreifen und versuchen, das Niveau von Beschäftigung und Einkommen hoch genug zu halten, um die Wirtschaft nicht ins Stocken geraten zu lassen. So sei in der Nachkriegswirtschaft die Nachfrage vor allem durch den massiven Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes gewährleistet worden. Trotzdem sei der Nachkriegsaufschwung ständig durch die technologische Arbeitslosigkeit bedroht worden, da die Automation in den 1950er und 1960er Jahren weiter vorangetrieben worden sei.⁶³ Nur durch die Verbreitung neue Produkte (insbesondere der Unterhaltungselektronik) hätte die Arbeitslosigkeit gering gehalten werden können. Zudem sei bis 1975 die Regierung zum größten Arbeitgeber, mit einem Anteil von 20 Prozent an der Gesamtbeschäftigtenzahl der USA, geworden.

Im 21. Jahrhundert - so Rifkin weiter - würde weder der „freie Markt“ noch der öffentliche Sektor in der Lage sein, die steigende technologische Arbeitslosigkeit aufzufangen und das Absinken der Kaufkraft zu verhindern. Erhöhte Staatsausgaben hätten sich in den letzten sechzig Jahren als das einzig wirksame Mittel erwiesen, um die Nachfrage zu erhöhen. Alle Präsidenten seit Kennedy hätten daher eine Politik des deficit spending betrieben, um Jobs zu schaffen, die Kaufkraft zu erhöhen und das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln. Der Preis dafür sei ein stets defizitärer Staatshaushalt. Mittlerweile seien allerdings in den USA, wie in vielen anderen Ländern, die Staatsschulden so hoch, dass es nur noch um einschneidende Sparmaßnahmen ginge: die Beschäftigung im öffentlichen Sektor würde reduziert und

⁶³ Interessant ist hier Rifkins Analyse der Auswirkungen der Automation seit 1944 anhand der Geschichte der Schwarzen in den USA. Der Automatisierungsprozess hätte die schwarze Bevölkerung in zwei getrennte Gruppen gespalten: in Millionen Ungelernter der deklassierten schwarzen Unterschicht, die von staatlicher Unterstützung lebten und in eine kleine Gruppe von schwarzen Akademikern der Mittelschicht, die von Staat angestellt seien, um die vielen Unterstützerprogramme für die neue entstandene Unterschicht zu verwalten. Rifkin bezeichnet dieses System als „Wohlfahrtskolonialismus“, in dem die Schwarzen ihre eigene Abhängigkeit verwalten.

Behörden mit Technologien und neuen Managementmethoden nach dem Vorbild der Privatwirtschaft umgebaut. Dies lasse den Regierungen wenig Spielraum, um den technologischen Umwälzungen zu begegnen, „und so klammern sich die Politiker weiter an der Vorstellung, dass technische Neuerungen, Produktivitätszuwächse und fallende Preise eine ausreichende Nachfrage und neue Arbeitsplätze mit sich bringen würden“ (a. a. O.: 43). Als Alternative munde auch die Angebotstheorie in einer Situation naiv an, in der der technische Fortschritt die Produktion dramatisch anwachsen lasse, zugleich Millionen von Arbeitnehmern an den Rand gedrängt und die Kaufkraft geschwächt würde.

Offensichtliche Auslassungen in Rifkins Nachzeichnung der Wirtschaftsgeschichte bestehen in der Ölkrise von 1975, dem Wegfall der Wechselkursbindung des Dollar, seine Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und in dem Globalisierungsschub nach dem Ende der Systemkonkurrenz. Rifkin fällt es insgesamt schwer jenseits einer USA-zentrierten Perspektive weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu analysieren, wie etwa Anfang der 1990er Jahre in der Debatte zur Weltmarktintegration (Hirsch 1993; Röttger 1993; Brand 1993; Jungfer 1993; Mámora/Messner 1993) und zuvor in der Zeichnung des „kapitalistischen Weltsystems“ bei Immanuel Wallenstein (1986) geschehen und ist damit auch nicht in der Lage, das Phänomen der „politischen Globalisierung“ (Demirovic 1997, Brandt 1998a) adäquat zu erfassen.

Nachdem Rifkin bis zu diesem Punkt das „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“ illustriert hat, skizziert er die Entwicklung zur „Dritte industrielle Revolution“. Unter dieser versteht er die Herankunft einer Informationsgesellschaft ohne Arbeit (vgl. a. a. O.: 47). Diese hätte ihren Anfang nach dem Zweiten Weltkrieg durch das allmähliche Vordringen der Computer in Produktionsabläufe genommen, allerdings seinen deren Auswirkungen erst Mitte der 1990er Jahre spürbar, nachdem traditionelle Organisationsstrukturen in den Wirtschaftsunternehmen modifiziert und an die in den 1980er Jahren eingeführten Informations- und Kommunikationstechnologien angepasst worden seien.

2.2.3.1.2 Rifkins Zukunftsszenario: Ende der Massenbeschäftigung

Das Zukunftsszenario von Jeremy Rifkin (1995) prognostiziert das weltweite „Ende der Massenbeschäftigung“ für die Zukünfte der Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung. Bezüglich der Zukunft der Arbeit in der Industrie geht Rifkins davon aus, dass in Billiglohnländern zukünftig nicht neue Arbeitsplätze geschaffen würden, sondern Menschen durch Technik ersetzt würden und die industrielle Produktion in den dominierenden Industrienationen durch den Einsatz neuer Technologien wieder konkurrenzfähig werde: Da der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten ständig sinke, verliere das niedrige Lohnniveau der Drittweltländer an Bedeutung für die Produktionskosten (vgl. a. a. O.: 152).

In seiner Zeichnung der Zukunft des Dienstleistungssektors stellt er sich entschieden gegen die Behauptung, dass die Zukunft der Arbeit im Dienstleistungssektor liege. Hier sind Rifkins Fehleinschätzungen überdeutlich und auch seine Technikfixierung nimmt entschieden Überhand, so behauptet er z. B., dass Schriftsteller und Schauspieler durch Computer ersetzt würden, also der Mensch völlig durch Technik ersetzt werden könnte. Auf seine Ausführungen zur Entwicklung der Dienstleistungsarbeit ist also nicht weiter einzugehen.

Seine Ausführungen zur Zukunft der Landwirtschaft aus globaler Perspektive erscheinen von vergleichsweise besonderer Relevanz, da er für deren Zukunft noch größere Produktivitätsfortschritte und weitreichendere Folgen prognostiziert, als in der Industrie oder im Dienstleistungssektor. Laut Rifkin führe das Ende der landwirtschaftlichen Arbeit (mit Pflanzen und Tieren) durch die voranschreitende Mechanisierung und Technisierung zu Überproduktion und Preisverfall, was mit gravierenden globalen Auswirkungen verbunden sei, da fast die Hälfte der Weltbevölkerung von der landwirtschaftlichen Arbeit lebe. Wie realistisch auch immer seine Ausführungen zur Landwirtschaft ohne Boden durch die „Gewebekultur-Produktion im Labor“ (vgl. a. a. O.: 93ff.) sein mögen, sein Verweis auf multinationale Konzerne, die auf dem Weg zur Biotechnologie mittels des Patentschutzes quasi staatlich abgesichert seit Anfang der 1990er Jahre das Leben zur Ware machen und in der Folge die Subsistenz- und Lebensgrundlagen in der Landwirtschaft weltweit enteignen und kommodifizieren sind von außerordentlicher Aktualität und politischer Relevanz: Wenn weltweit die Erwerbsmöglichkeiten in der Industrie und Dienstleistung weiter abnehmen sollten, ist das nackte Überleben des Großteils der Weltbevölkerung von den Möglichkeiten der Subsistenzwirtschaft abhängig - gerade diese drohen gegenwärtig unwiderruflich zerstört zu werden.

Bezüglich der mit seinen (negativen) Zukunftsszenarien verbundenen gesellschaftlichen Folgen diagnostiziert Rifkin eine weltweit wachsende Schicht von Dauerarbeitslosen (vgl. a. a. O.: 127ff):

In den USA entstünde einerseits nicht nur eine neue Reservearmee, da Stammebelegschaften aus Dauer- und Vollzeitbeschäftigten durch Teilzeit- oder Zeitbeschäftigte ergänzt würden, die bei gleicher Arbeit wesentlich weniger verdienen.⁶⁴ Auch zukünftig drohe eine wachsende Schicht von Dauerarbeitslosen zu entstehen, der schon gegenwärtig auf der Gewinnerseite die „neuen Monopolisten“ entgegen stünden. Diese würden sich zusammensetzen aus einer kleinen Gruppe von „Superreichen“ und aus einer neuen Schicht von „Symbolanalytikern“ oder „Wissensarbeitern“, die die High-Tech-Wirtschaft steuerten und vier Prozent der Bevölkerung umfassten. Insgesamt sei der Staat in den USA zunehmend nicht mehr in der Lage für einheitliche Reproduktionsniveaus zu sorgen. Dagegen seien Entwicklungsländer von der „Dritten industriellen Revolution“ stärker betroffen, da auch in diesen hypermoderne Produktionsanlagen aufgezogen und Millionen Menschen freigesetzt würden,⁶⁵ was angesichts der dortigen Bevölkerungszunahme vergleichsweise verheerender sei. Die Verlagerung von Produktionsanlagen in ärmere Länder können diesen keineswegs höhere Beschäftigung und größeren Wohlstand bringen (vgl. a. a. O.: 152). Die wachsende Arbeitslosigkeit würde zu einem weltweiten Anstieg der Kriminalität führen, ferner drohe ein neuer Klassenkonflikt.

2.2.3.1.3 Die Perspektiven des Alternativszenarios: Arbeitszeitreduzierung und Dritter Sektor

⁶⁴ Rifkin argumentierte hier nicht immer konsistent und scheint als Wirtschaftsjournalist empfänglich dafür zu sein, allzu leicht auf der Welle des Zeitgeistes zu reiten, was folgendes Zitat aus einem Interview des Jahres 2001 illustriert: „Aber die Vorteile für Produktivitätsfortschritte lassen sich nutzen, ohne dass die Arbeitnehmer einen noch größeren Teil der Zeche zahlen - mit den Zeitarbeitsfirmen. Sie übernehmen die Aufgabe des Arbeitgebers, qualifizieren ihre Mitarbeiter, gewährleisten ihre soziale Sicherheit und verleihen sie bei Bedarf weiter. ... Bei denen müssen die Gewerkschaften künftig ihre Tarifpartner suchen“ (Hasel/Höningsberger 2001: S.54).

⁶⁵ Beispiele seien das sich restrukturierende China oder die Maquiladores an Mexikos Grenze zu den USA (einfache Montagewerke, in denen Halbfertigprodukte zu Endprodukten montiert werden), die durch neue moderne Produktionsanlagen ergänzt würden.

Vor dem Kontext seiner Prognose über das „Ende der Massenbeschäftigung“ und seiner daraus abgeleiteten gesellschaftlichen Folgeprobleme formuliert Rifkin ein Alternativszenario, das zwei Leitfragen zum Ausgangspunkt hat:

- (1) „Jetzt, da unsere Arbeitskraft für die Industrie wie für den Dienstleistungssektor immer unwichtiger wird und ihr Marktwert rapide sinkt, müssen wir uns neue Wege ausdenken, wie man Einkommen und Kaufkraft sichern könnte“ (a. a. O.: 161).
- (2) Welche Alternativen bestehen zur Erwerbsarbeit, „um die Kraft und das Talent zukünftiger Generationen nicht brachliegen zu lassen?“ (ebenda).

Seine entsprechenden Leitthesen für die Industrieländer lauten: „Erstens müssen auch die Arbeitnehmer ihren Anteil am Produktivitätszuwachs, der durch die neuen arbeits- und zeitsparenden Technologien entsteht, bekommen. Die Arbeitszeit muß verkürzt werden und die Gehälter und Löhne müssen entsprechend erhöht werden, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Früchte des technischen Fortschritts zu erreichen. Zweitens werden der Personalabbau ... und die Einsparungen im öffentlichen Sektor es erfordern, daß wir unser Augenmerk stärker auf einen anderen Bereich richten: den sozialen oder Nonprofit-Bereich“ (a. a. O.: 161f.).

Rifkin zielt also mit seinem Alternativszenario auf die „Teilhabe am Produktivitätszuwachs durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen“ und auf den Aufbau eines „Dritten Sektors“. Im Einzelnen führt er diese Leitideen aus, indem er zunächst Vorschläge für Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen unterbreitet und dann die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages hinsichtlich des Aufbaus eines Dritten Sektor begründet sowie die Bedeutung eines Sozialeinkommens in einem Dritten Sektor diskutiert und schließlich seine Vision der Globalisierung des Drittens Sektors beschreibt.

Rifkins Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung

In der Verkürzung der Wochenarbeitszeit sieht er vor allem ein Mittel, um die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern und schlägt verschiedene Arbeitszeitreduzierungsmaßnahmen vor. Hierfür bezieht er sich zunächst auf den russischen Wirtschaftswissenschaftler Wassily Leontief (1986), der eine Ausweitung staatlicher Einkommenstransfers gefordert hat, indem zusätzliche Zahlungen an die erfolgen sollten, die freiwillig weniger als die normale

Stundenzahl arbeiten. Dieser Idee stellt er dem Argument von Arbeitgebern gegenüber, die zu Recht Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich negativ entgegen stünden, da dies Wettbewerbsnachteile bedeuten würde, es sei denn dieses würde durch multilaterale Verträge⁶⁶ abgesichert werden. Schließlich formuliert Rifkin einige „Kompromissvorschläge“:

- (1) Eine mögliche Lösung sei: „Unternehmer, Gewerkschafter und Politiker ... treten dafür ein, daß der Staat sämtliche Kosten [der Arbeitgeber; Hinweis T.B.] für die Arbeitslosenversicherung übernimmt und die Arbeitgeber im Gegenzug einer Arbeitszeitverkürzung zustimmen. Man rechnet damit, daß durch die Erhöhung der Beschäftigung [aufgrund der Arbeitszeitverkürzung; Hinweis T.B.] die Sozialhilfe und andere Unterstützungsleistungen deutlich sinken werden. Dieser Rückgang soll die zusätzlichen Belastungen des Staates durch die Übernahme des Arbeitgeberbeitrages zur Arbeitslosenversicherung ausgleichen“ (a. a. O.: 173).⁶⁷
- (2) Eine weiterer Vorschlag lautet: „Auch könnten den Unternehmen, wenn sie die Arbeitszeiten verkürzen und zusätzliche Mitarbeiter einstellen, je nach dem Umfang der Neueinstellungen und der Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme Steuererleichterungen gewährt werden. Der Verlust der Steuereinnahmen ... würde langfristig wieder wettgemacht durch die Besteuerung der zusätzlichen Einkommen“ (a. a. O.: 173).⁶⁸

⁶⁶ Rifkin verweist hier auf Mc Carthy und Mc Gaughey (1989), die die Entwicklung eines Zollsystems proklamierten, um weltweit einheitliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Auf der Basis eines Index, der die Arbeitszeit und Einkommenshöhe im exportierenden Land widerspiegelt, wären Zölle zu erheben (vgl. Diess. 1989: 156).

⁶⁷ Diese Lösung wäre vermutlich durchaus kurzzeitig beschäftigungsfördernd, aber – auch innerhalb der Rifkenschen Argumentation - keineswegs nachhaltig, denn bei weiterhin steigender Produktivität wäre der positive Beschäftigungseffekt durch die staatlich subventionierte Arbeitsumverteilung schnell verbraucht und die Arbeitgeber würden von dauerhaft abgesenkten Lohnnebenkosten, deren Subventionierung wiederum refinanziert werden müsste, profitieren.

⁶⁸ Unabhängig von den Gefahren durch Mitnahmeeffekte der Arbeitgeber und einer drohenden Subventionsspirale (Warum sollten nicht auch bei drohendem betrieblichen Beschäftigungsabbau Steuermittel eingesetzt werden?) scheint dieser Vorschlag der Subventionspraxis bei der Neuansiedlung von Unternehmen im Standortwettbewerb zu gleichen. Zudem erinnert er an die deutschen arbeitsmarktpolitischen Instrumente der „Einstellungszuschüsse“ und - mit Bezug zur Arbeitszeitverkürzung – an die „Altersteilzeitregelungen“. Insgesamt erscheint dieser Vorschlag als Mittel der Erwerbsarbeitsumverteilung durchaus nachdenkenswert zu sein, wobei zu klären wäre, ob bei breiter Anwendung (über besondere Personengruppen hinaus) Steuererleichterungen der Arbeitgeber tatsächlich durch Steuermehreinnahmen von Arbeitnehmern bei zusätzlicher Beschäftigung kompensiert werden könnten, bzw. wie die Finanzierungswirkungen verteilungspolitisch zu bewerten wären?

- (3) „Schließlich könnte der Staat den Unternehmen auch eine Umverteilung ihrer Profite auferlegen, um die Beschäftigten direkt am Produktivitätszuwachs zu beteiligen. Zugleich könnte er den Arbeitnehmern, die aufgrund verkürzter Arbeitszeiten weniger verdienen, Steuernachlässe gewähren“ (a. a. O.: 173).⁶⁹

Insgesamt fürchtet Rifkin also Wettbewerbsnachteile der Arbeitgeber bei Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen mit Lohnausgleich (durch die Arbeitgeber) und setzt daher – abgesehen von seinem nicht weiter ausgeführten Vorschlag der direkten Beteiligung der Beschäftigten an Produktivitätszuwächsen - auf Steuererleichterungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie auf die Absenkung von Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit reduzieren. Diese Vorschläge zur Arbeitszeitreduzierungen sind mit offenen Refinanzierungsfragen und damit letztlich ungelösten Verteilungsfragen verbunden, die vermutlich eher auf eine Subventionierung der Unternehmen durch die Allgemeinheit hinauslaufen würden, als dass die sie einen Beitrag für eine egalitäre Vermögensverteilung liefern würden. Andererseits könnten sie sehr wohl einen Impuls für Arbeitszeitverkürzungen und damit einen Beitrag gegen Arbeitslosigkeit liefern und sind somit ambivalent zu beurteilen. Die Kehrseite von Arbeitszeitverkürzungen, nämlich Lohneinbußen, sollen laut Rifkin lediglich über Steuererleichterungen für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit reduzieren, kompensiert werden. Diese Kompensation und Beschäftigungseffekte könnten aber nur minimal sein, da Lohneinbußen größer wären als mögliche Steuererleichterungen. Rifkins Hinweis, der Staat könne den Unternehmen auch eine direkte Umverteilung ihrer Profite auferlegen, wird von Rifkin nicht weiter ausgeführt. Vorschläge, wie langfristig Einkommen und Kaufkraft gesichert und Produktivitätszuwächsen der „Dritten industriellen Revolution“ gerechter verteilt werden könnten, werden nicht

⁶⁹ Eine direkte Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensprofiten ist sicherlich zugleich mit Chancen und Gefahren verbunden und im konkreten Einzelfall entsprechend abzuwägen. Völlig unklar bleibt bei Rifkin allerdings, wie diese Beteiligung genau aussehen könnte, geht es z. B. um Mitarbeiterbeteiligungssysteme oder um die Tariflohngestaltung? Eine deutlichere indirekte Beteiligung der Beschäftigten am Profit – über das Steuersystem - ist allein schon deswegen sinnvoll, als dass die Profite über die Verteilung an die Beschäftigten eher die Kaufkraft stärken würden. Insgesamt wird die Idee der direkten Beteiligung am Produktivitätszuwachs von Rifkin nur kurz als solche genannt und nicht weiter ausgeführt. Nachdenkenswert erscheint der Vorschlag, Arbeitnehmern die ihre Arbeitszeit reduzieren, Steuernachlässe zu gewähren. Der beschäftigungspolitische Effekt dürfte allerdings minimal sein, da Einkommenseinbußen bei Arbeitszeitreduzierungen kaum über (Lohn-)Steuererleichterungen aufgefangen werden können und damit nur begrenzte Anreize zur individuellen Arbeitszeitreduzierung liefern – es sei denn die Beschäftigten würden zusätzlich an Produktivitätszuwächsen beteiligt. Hierzu schweigt sich Rifkin aber aus.

genannt. Hier verweist Rifkin lediglich auf eine neue gesellschaftsübergreifende politische Bewegung, der es bedürfe um Produktivitätszuwächse umzuverteilen.

Auch gelungene Arbeitsumverteilungsmaßnahmen könnten nur einen begrenzten Beitrag gegen den von Rifkin prognostizierten Produktivitätsfortschritt und Arbeitsplatzabbau leisten. Insofern erscheint es fast zwangsläufig, dass sich Rifkin in seiner weiteren Argumentation auf den „Dritten Sektor“ konzentriert. Hier ist jenseits arbeitspolitischer Herrschaftsfragen Platz für Visionen, die neben emanzipatorischen Motiven (Demokratisierung „von unten“) auch Raum für konservativ-neoliberale Motive (Prävention sozialer Unruhen) bieten.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag über den Ausbau des Dritten Sektors

Rifkin plädiert dafür, dass der „Dritte Sektor“⁷⁰ zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages wird. Es sei eine ungelöste politische Frage, ob der Staat angesichts der zunehmenden Arbeitslosen weiterhin mehr Geld für Kriminalitätsbekämpfung ausbebe oder ob er mehr Geld in den Dritten Sektor investiere, um dort für Beschäftigung zu sorgen. Seine Leitthese und -Frage lautet: „Wenn die noch arbeitende Bevölkerung mehr freie Zeit zur Verfügung hat als früher und die Arbeitslosen gezwungenermaßen dem Müßiggang frönen, dann könnte man diese brachliegende Arbeitskraft ja genauso in sinnvoller Weise für gemeinnützige Aufgaben einsetzen. Vielleicht könnte daraus ein Bereich entstehen, der unabhängig von Markt und Staat funktioniert (a. a. O.: 180).“⁷¹

Wenn die Arbeitnehmer in Form von „kürzeren Arbeitszeiten bei fairer Entlohnung“ an den Produktivitätszuwächsen beteiligt würden, würde nicht nur ein Zugewinn an freier Zeit entstehen. Erst damit würden auch Werte und Zukunftsvorstellungen die mit der Marktwirtschaft verbunden seien an Einfluss verlieren, wenn statt dieser ein Weltbild an

⁷⁰ Den Begriff des "Dritten Sektors" (third sector) verwendet Rifkin weitgehend synonym mit dem deutschen Begriff der Gemeinwirtschaft, nämlich genossenschaftliche, nicht primär gewinnorientierte Wirtschaftsbetriebe. Diese (Gemeinwirtschaft) bemesse sich nicht anhand ökonomischer Resultate, sondern strebe eher soziale Ziele oder indirekte ökonomische Gewinne an (vgl. a. a. O.: 183). Rifkin meint mit dem „Dritten Sektor“ aber auch Tätigkeiten, die nicht zwingend in oder mittels einer (sozialen, ökonomischen) Organisationen ausgeführt werden, wie z. B. Nachbarschaftshilfe oder die Teilnahme an Selbsthilfegruppen (vgl. a. a. O.: 181).

⁷¹ Weder Staat noch Markt könnten das Grundbedürfnis nach einer echten Gemeinschaft erfüllen, während die Organisationen des Dritten Sektors nach Rifkin viele Funktionen erfüllen: sie seien Brutkästen für neue Ideen, bieten Foren auf denen soziale Missstände angeprangert werden, helfen Hilfsbedürftigen, unterhalten Museen und Büchereien, ermöglichen soziales und demokratisches Lernen usw.

Verbreitung gewinnen würde, „das vom Ethos der persönlichen Veränderung, der Wiederherstellung der Gemeinschaft und der Rücksichtnahme auf die Umwelt erfüllt wäre“, womit die „geistigen Grundlagen des postmarktwirtschaftlichen Zeitalters“ gelegt werden könnten (ebenda).

Es mutet wie ein Rückgriff auf die Wertewandeldiskussion und Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre an, wie Rifkin Hoffnungen auf einen Dritten Sektor, der in einem „postmarktwirtschaftlichen Zeitalter“ unabhängig von Staat und Markt existieren könnte, zu wecken versucht.⁷² Allerdings benennt Rifkin anders als zumeist die Debattenteilnehmer der 1980er Jahre konkrete Akteure eines anvisierten gesellschaftlichen Wandels: Hinsichtlich der Akteure eines neuen Gesellschaftsvertrages setzt er Mitte der 1990er Jahre auf den Korporatismus von Staat, Gewerkschaften und Unternehmen „um eine neue Partnerschaft aufzubauen“ (Rifkin, 1997: 611). Nach der Jahrtausendwende forderte er zudem eine zivilgesellschaftliche Perspektive für die Gewerkschaftsbewegung ein: „Was hindert die Gewerkschaften, sich ihrer Wurzeln zu vergewissern und Gemeinschaft neu - und mit neuen Verbündeten - mit Leben zu füllen? Wir brauchen ein Netz aus drittem Sektor, Zivilgesellschaft und machtvollen Gewerkschaften. ... Es muß der Gewerkschaft wieder gelingen, mit der Zivilgesellschaft zu verschmelzen“ (Rifkin in Hasel/Hönigsberger 2001: 56).

Sozialeinkommen nur gegen gemeinnützige Arbeit im Dritten Sektor

Rifkin (1995) konnte keine überzeugenden Alternativen zur Beteiligung der Menschen an den Produktivitätszuwächsen und zur Einkommenssicherung bei Arbeitszeitverkürzung leisten. Zunächst ähnlich wie in der Debatte der 1980er Jahre, die Diskussion um die Potentiale eines informellen Sektors hin zur Diskussion um ein hier bedingungsloses Grundeinkommen führte, liefert Rifkin (1995) vor dem Hintergrund der Mitte der 1990er Jahre im Mainstream allgegenwärtig geführten Standort- und Globalisierungsdebatte einen eher zeitgemäßen Vorschlag, nämlich „Geld für gemeinnützige Arbeit“:

⁷² Zu deren Kritik siehe Kapitel 2.1. Eine erneute Diskussion erübrigt sich hier.

Er ging davon aus, dass in jedem Fall die ökonomische Globalisierung und der Rückzug des Staates die Menschen dazu bringen werden, sich zu Selbsthilfeorganisationen zusammenzuschließen (vgl. a. a. O.: 189).⁷³ Um allerdings den Übergang zum „postmarktwirtschaftlichen Zeitalter“ zu bewerkstelligen, müssten „politische Bewegungen und Zusammenschlüsse“ darauf drängen, dass ein möglichst hoher Produktivitätszuwachs vom marktwirtschaftlichen Sektor in den Dritten Sektor übertragen wird, um so soziale Gemeinschaften und Infrastrukturen zu stärken. Um während des Übergangs lokale Infrastrukturen wieder aufzubauen, sollte der Staat:

- (1) Arbeitsplatzbesitzer dazu veranlassen, einen Teil ihrer vermehrten Freizeit der ehrenamtlichen Arbeit zu widmen und
- (2) durch geeignete Gesetze Langzeitarbeitslose mit sinnvoller Arbeit im Dritten Sektor versorgen (vgl. a. a. O.: 191).

Im Einzelnen schlug Rifkin Steuererleichterungen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Arbeitsplatzbesitzern vor (Steuerausfälle würden den Wegfall teurer Sozialprogramme und ganzer Sozialbehörden ausgleichen), während er für Langzeitarbeitslose den Erhalt eines staatlich garantierten Mindesteinkommens („Sozialeinkommen“) mit einer Arbeitspflicht im Dritten Sektor verkoppelte: „Da der Wirtschaftssektor ... immer weniger Menschen beschäftigen wird, können die freigesetzten Arbeitnehmer nur über den Weg eines wie auch immer gearteten staatlichen garantierten Mindesteinkommens zu ihrem Anteil an den Produktivitätszuwächsen kommen. Dieses Einkommen an eine gemeinnützige Arbeit zu koppeln, würde zu einer Weiterentwicklung der Gemeinwirtschaft beitragen und langfristig den Übergang zu einer gemeinschafts- und dienstleistungsorientierten Gesellschaft erleichtern“ (a. a. O.: 197f.).

Angesichts dieses Vorschlags erinnert seine später formulierte Forderung: „Wir brauchen eine Debatte darüber, wie ein Teil der riesigen Gewinne dieser großen neuen technologischen Revolution versteuert werden kann. Diese Steuern könnten in einen Pool kommen, aus dem Projekte im dritten Sektor finanziert werden...“ (Ders. 1997: 616f.) an frühkapitalistische Zustände vor dem Aufbau des Sozialstaates.

⁷³ Der Rückzug des Staates wurde von Rifkin primär auf begrenzte Finanzierungsressourcen im Zuge des „deficit spending“ zurückgeführt. Ausführungen dazu, dass sich die Staaten durch ihre Steuerpolitik selbst entstaatlicht haben macht er keine (siehe für Deutschland: Bofinger, 2008).

Auch solle sich der Staat laut Rifkin weniger in den Dienst der Marktwirtschaft, als vielmehr in den des Dritten Sektors stellen. Das heißt für Rifkin, dass der Staat den Dritten Sektor nach dem Vorbild der Wirtschaft strukturieren soll: „Damit die Gesellschaft nicht in Tausende örtlicher Gruppen ohne einheitliche Zielsetzung zerfällt, könnte der Staat dem sozialen Bereich durch geeignete Anreize eine Richtung vorgeben. ... Die Organisationen des Dritten Sektors sollten eine ähnliche Abstufung von Berufen, Qualifikationen und Einkommen einführen wie es sie in der Wirtschaft gibt“ (a.a.O: 192 f.).

Mit den vorgenommenen Konkretisierungen des Ausbaus eines Dritten Sektors über die „Einführung einer Arbeitspflicht für Arbeitslose“ und der „Strukturierung des Dritten Sektors durch den Staat nach dem Vorbild der Wirtschaft“ - womit nicht nur die von ihm formulierten Hoffnungen verschwimmen, der Dritte Sektor könne unabhängig von Staat und Wirtschaft existieren, sondern auch die dem Dritten Sektor zugeschriebenen emanzipatorischen Potentiale ad absurdum geführt werden - ist festzustellen, dass Rifkins Vorschläge zum Ausbau eines Dritten Sektors in der Konsequenz „konservativ-neoliberalen Zukunftsentwürfen“ zuzuordnen sind. Diese Ausrichtung ist umso bedauerlicher, als dass seine Zukunftsszenarien und Problemdiagnosen der Tendenz nach vergleichsweise plausibel und weiterführend waren.

Die Globalisierung des Dritten Sektors

In seiner Vision der „Globalisierung des Dritten Sektors“ (vgl. a. a. O.: 197ff.), die als weltweit verallgemeinerbarer Zukunftsentwurf formuliert ist, bleibt ebenso der Zusammenhang zwischen Staat, Markt und Dritter Sektor politikwissenschaftlich ungenügend untersucht:

Rifkin betont, dass der „Dritte Sektor“ in vielen Entwicklungsländern mit lokalen Problemen besser fertig werde, als der private oder öffentliche Sektor, was vor allem für Regionen gelte, in denen die Marktwirtschaft „noch“ keine große Rolle spiele (vgl. a.a.O: 204). Damit unterschlägt Rifkin die historischen und gegenwärtigen Rahmenbedingungen des „kapitalistischen Weltsystems“ (Wallerstein 1986), wie den sich globalisierenden bzw. den bereits globalisierten kapitalistischen Markt, die dazu geführt haben, dass ganze Staaten (z. B. in Afrika) entweder aus dem Weltwirtschaftssystem hinsichtlich der

Entwicklungsversprechungen der Moderne ausgeschlossen wurden oder aber von diesem vereinnahmt wurden. Ein Beispiel für letzteres sind Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus den Industrieländern, die im Auftrag staatlicher Regierungen bisher staatliche und jetzt privatisierte Sozialsysteme übernommen haben (z. B. das Gesundheitssystem in Bolivien), welche damit zum Bestandteil des globalen Marktes (hier für den der Nord-NGOs) geworden sind (vgl. Brandt 1998a). Insofern sind NGOs eben nicht wie bei Rifkin dem „Dritten Sektor“ oder dem Staat zuzuordnen, sondern dem globalen Markt.

Richtig erscheint, dass die Bedeutung der NGOs weltweit zunimmt, da das politische Vakuum gefüllt werden musste, welches der Rückzug des staatlichen Sektors in den lokalen Gemeinden hinterließ und dass das meiste Geld für die lokalen NGOs des Dritten Sektors von den NGOs der Industrieländer stammt (vgl. Rifkin 1995: 208f.), womit auch ihre explosionsartige Zunahme seit Ende der 1980er Jahre zu erklären ist (vgl. Brandt 1998a), allerdings schwimmt bei Rifkin beständig Realität (Dritter Sektor als Armutsökonomie) und Vision (Dritter Sektor als Stimme der Demokratie).⁷⁴ Aufgrund der Ausblendung weltwirtschaftlicher Bedingungen und zahlloser Widersprüchlichkeiten erscheinen die Ausführungen Rifkins zur Globalisierung des Dritten Sektors⁷⁵ nicht weiterführend.

2.2.3.1.4 Kommentar

Insgesamt zeigen sich in Rifkins Ausführungen zum Dritten Sektor theoretisch nicht unterfütterte Begriffsverwendungen und Inkonsistenzen. Positiv zu würdigen ist aber, dass es

⁷⁴ Ein prägnantes Beispiel findet sich in folgendem Zitat: „Meine Botschaft ist, daß die Gemeinschaft dem Markt und dem Staat voraus geht und daß Markt und Staat nachgeordnete Institutionen sind. Das ist wichtig. Denn je stärker der dritte Sektor ist, desto stärker sind auch der marktwirtschaftliche und der staatliche Sektor“ (Ders. 1997: 611). Widersprüchlich mutet an, dass in den Industrieländern der Staat den Dritten Sektor nach dem Vorbild der Wirtschaft strukturieren soll.

⁷⁵ Zu den Maßnahmen für den Ausbau des Dritten Sektors in den Entwicklungsländern zählt Rifkin „die Einführung von Schattenlöhnen für freiwilliges Arbeiten, die Einführung einer Mehrwertsteuer auf High-Tech-Produkte und -Dienstleistungen, welche allein zur Finanzierung eines Sozialeinkommens für gemeinnütziges Arbeiten verwendet werden müsste, und die Erhöhung der Steuerabzugsfähigkeit für Produktivitätsgewinne, die von den Unternehmen in den Dritten Sektor transferiert werden“ (a. a. O.: 217). Auf Veränderungsnotwendigkeiten bestehender Weltwirtschaftsstrukturen und internationaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse geht Rifkin nicht ein, obgleich er als Konsequenz aus seinen Zukunftsszenarien dem weiteren Festhalten am westlichen Entwicklungsmodell eine Absage erteilte: „Die Vorstellung, dass die Verlagerung von Produktionsanlagen in ärmere Länder diesen höhere Beschäftigung und größeren Wohlstand brächte ist obsolet geworden“ (a. a. O.: 152).

Rifkin gelungen ist, die wichtige internationale Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft anzustoßen sowie der Versuch, eine global verallgemeinerbare Entwicklungsvision zu skizzieren. Weiterführend sind seine Leitfrage nach Teilhabeoptionen an Produktivitätszuwächsen und womöglich seine konkreten Vorschläge zur Arbeitszeitreduzierung. Deutlich ist aber auch, dass seine Perspektivenformulierungen mit einem neoliberalen Zeitgeist in Einklang gebracht werden können, auch wenn sie programmatisch zunächst im aufgeklärten, visionären Gewand auftreten. Das Festhalten an der systemstabilisierenden Arbeitsideologie zeigt sich in seinen Vorschlägen zur Förderung eines Dritten Sektors über ein Sozialeinkommen für Arbeitslose, das nur gegen die Ableistung gemeinnütziger Arbeit im Dritten Sektor geleistet werden sollte. Damit bleibt Rifkin (1995), trotz seiner Leitfrage nach Teilhabe an Produktivitätszuwächsen, anschlussfähig an die Mainstreamdebatte des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses. Die Vision seines Dritten Sektors offenbart sich eher als neoliberales Beschäftigungsprogramm für Arbeitslose. Grundsätzlich hat sich Rifkins Prognose auch insofern empirisch überlebt, als dass heute trotz des deutlichen Rückgangs einfacher Fabrikarbeitsplätze in den Industrien der führenden Industrieländer keineswegs das Ende der „Massenbeschäftigung“ oder die Ersetzung menschlicher Dienstleistungsarbeit durch Maschinen sichtbar ist.

2.2.3.2 Manuel Castells: Flexibilisierung von Arbeit und Fragmentierung der Gesellschaft im informationellen Kapitalismus – eine institutionelle Herausforderung?

Rifkins These vom Ende der industriellen Massenbeschäftigung wurde 1996 von Manuel Castells, mit dem ersten Band „The Rise of the Network Society“ seiner umfangreichen Trilogie „The Information Age“ (Castells 1996, 1997, 1998), entschieden widersprochen: Nicht Massenarbeitslosigkeit, sondern ‚Flexibilisierung von Arbeit, Zeit und Raum‘ seien die Resultate der Emergenz einer neuen Gesellschaftsformation, nämlich des ‚informationellen Kapitalismus‘ in Gestalt einer globalisierten ‚Netzwerkgesellschaft‘.

Mit seiner Trilogie „The Information Age“, die der spanischstämmige US-amerikanische Soziologe Castells als Ergebnis seiner fünfzehnjährigen internationalen Forschung präsentiert, reflektiert Castells auf der Basis von umfassendem Datenmaterial verschiedene Aspekte der

kapitalistischen Gesellschaftsveränderung weltweit.⁷⁶ Der erste Band „The Rise of the Network Society“ (1996) zeichnet den Aufschwung der Informationstechnologien und deren Rolle bei der Restrukturierung des „internationalen Kapitalismus“ in den letzten drei Jahrzehnten nach. Im zweiten Band „The Power of Identity“ (1997) setzt sich Castells mit den sozialen Umwälzungen der Gesellschaft durch die Globalisierung und die Informationalisierung auseinander. Er untersucht zeitgemäße Formen der Identitätsbildung, die er in sozialen Bewegungen identifiziert und entdeckt neuartige Identitätsbildungen und Widerstandsmöglichkeiten. Der dritte Band „End of Millennium“ (1998) widmet sich den Auswirkungen der weltweiten Gesellschaftsveränderungen (Untergang der UdSSR, Aufstieg Südasiens, Geografie sozialer Exklusion, Kriminalitätszunahme usw.).⁷⁷

Das Kernargument seiner (umfangreichen) Trilogie lautet, dass drei „Kräfte“, zwei sich ergänzende und eine Widerstand leistende, die Welt neu definieren: Die „technologische Revolution“ und die „Restrukturierung des globalen Kapitalismus“ würden weltweit die Produktion verändern, mit Folgen für Arbeit, Privatsphäre und die Erfahrung von Zeit und Raum. Sie lieferten die „Informationsgesellschaft“ und das „Netz“. Dagegen stemme sich die „Suche nach Identität“, die sich von der Zivilgesellschaft gelöst habe und nun über gefährliche kommunale Bezugspunkte (Nationalismus, Ethnizität, Fundamentalismus und Territorialität) schwebe. Dabei finde eine „Exklusion der Exkludierten durch die Exkludierten“ statt und liefere Chancen und Gefahren (vgl. Stern 1999: 6).

Im folgenden Abschnitt werde ich Castells Argumentationen primär hinsichtlich seiner Replik auf die These von Ende der Arbeitsgesellschaft und hinsichtlich seiner Thesen zur Individualisierung von Arbeit und sozialen Polarisierung der Gesellschaften, wie sie im ersten Band seiner Trilogie formuliert wird (vgl. Castells 1996/dt. 2001a), rekonstruieren, kommentieren sowie Überlegungen anstellen, inwiefern Manuel Castells damit vor dem Kontext der bisherigen Erkenntnisse weiterführend sein könnte.

⁷⁶ Manuel Castells ist in Spanien geboren und heute Professor Emeritus für Soziologie und Stadt- und Regionalplanung an der University of California, Berkeley (USA). In deutscher Schrift ist von Manuel Castells erschienen: „Elemente einer Theorie der Netzwerkgesellschaft“ (Castells 2000), „Informationstechnologie und globaler Kapitalismus“ (Castells 2001) und „Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Castells 2005) sowie in englischer Sprache zuletzt: „Communication power“ (Castells 2009).

⁷⁷ Der erste Band ist 2001 aktualisiert und erheblich erweitert in der deutschen Übersetzung „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ erschienen. Der zweite Band folgte 2002 in der deutschen Fassung „Die Macht der Identität“ und der dritte Band mit dem Titel „Jahrtausendwende“ im Jahr 2003.

2.2.3.2.1 Castells Widerspruch gegen die These vom Ende der Massenbeschäftigung

Im ersten Teil der Trilogie „Das Informationszeitalter“ mit dem Titel „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ analysiert Castells (2001a) die „Restrukturierung des internationalen Kapitals“ seit den 1970er Jahren als politische Konstituierung einer „neuen globalen Wirtschaftsform“, die durch die informationstechnologische Revolution lediglich ausgelöst worden sei. Die Neustrukturierung von Unternehmen und neuen Informationstechnologien hätten aus sich heraus niemals zu einer vernetzten globalen Wirtschaft entwickeln können: „Dazu bedurfte es der Deregulierungs-, Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik bei Handel und Investitionen. Diese Politik wurde von Regierungen auf der ganzen Welt und von den internationalen Wirtschaftsinstitutionen beschlossen und durchgesetzt“ (a. a. O.: 156). Die gegenwärtige Entwicklung kennzeichnete er Mitte der 1990er Jahre als Übergangsphase hin zur „Netzwerkgesellschaft im Informationszeitalter“ und damit nicht als einen sich verausgabenden, sondern als einen sich neu formierenden Kapitalismus (vgl. a. a. O.: 31-172). Die Folgen für Unternehmen, die den Übergang zur „flexiblen Produktion“ und zu „Netzwerk-Unternehmen“ erlebten (vgl. a. a. O.: 173-228), hätten wiederum Konsequenzen für die „Transformation von Arbeit und Beschäftigung“ (vgl. a. a. O.: 229-374). Explizit wendet sich Castells hier gegen Rifkins These vom „Ende der Massenbeschäftigung aufgrund technologischer Innovationen“ (vgl. a. a. O.: 283-296).⁷⁸ Aus zwei Gründen sei das Ende der Massenbeschäftigung nicht ersichtlich:

- (1) Erstens würden gegenwärtig in der Industrie verloren gegangene Arbeitsplätze durch neue Arbeitsplätze mit überdurchschnittlichen Qualifikationsanforderungen ersetzt (vgl. a. a. O.: 283f.), und
- (2) zweitens sei die Technikentwicklung im Vergleich zu institutionellen Bestimmungsfaktoren von Beschäftigungsentwicklung zu vernachlässigen (vgl. a. a.

⁷⁸ Castells greift Rifkin (1995) und weitere Vertreter des Endes der industriellen Massenbeschäftigung (namentlich Aronowitz/Di Fazio 1994, King 1991) hart an. Diese hätten keine empirisch konsistenten Belege, würden „Alltags“-Argumente wiedergeben und es gelte: „Weil die meisten dieser Autoren der „politischen Linken“ nahe stehen, muss ihre Glaubwürdigkeit angezweifelt werden, bevor ihre unbegründeten Thesen die Arbeiterbewegung und die politische Linke in bester Tradition ideologischer Selbstzerstörung in eine neue Sackgasse führen“ (a. a. O.: 287).

O.: 285f.). Castells vermutet gar: „Die Ausbreitung der Informationstechnologie ... scheint unter den richtigen institutionellen und organisationalen Voraussetzungen langfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen“ (a. a. O.: 313).

Da Castells mit diesen beiden Thesen ganz zentral Jeremy Rifkin (1995) widerspricht, sind diese und ihre Begründungen genauer zu beleuchten:

(1) Castells argumentiert, nach dem Vorbild der Ersetzung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, durch Arbeitsplätze in der Industrie seit dem 19. Jahrhundert, würden gegenwärtig und weltweit in der Industrie verloren gegangene Arbeitsplätze in den industriellen Hochtechnologie-Branchen und im Dienstleistungssektor neu geschaffen (vgl. a. a. O.: 283f.). Die unterstellte Kontinuität versucht er mit den Erfahrungen der technologisch am weitesten fortgeschrittenen Länder, Japan und USA, zu belegen, in denen im internationalen Vergleich zwischen 1980 und 1990 die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze am größten gewesen sei (vgl. ebenda).

Im Einzelnen liefert er Daten, nach denen die Beschäftigung in den USA zwischen 1970 und 1992 (die primär nicht im privaten, sondern im öffentlichen Sektor neu entstanden sei) um 49%, in Japan um 25% und in der Europäischen Gemeinschaft nur um 9% gewachsen sei. Zudem hätte in den OECD-Ländern insbesondere der Anteil hoch-qualifizierter Arbeitsplätze zugenommen, so in den USA zwischen 1960 und 1998 von 24,6 auf 33 Prozent. Keineswegs unterstellt Castells hinsichtlich der in den 1990er Jahren in den USA neu entstandenen Arbeitsplätze einen positiven Zusammenhang von Qualifikations- und Entlohnungsniveau: „Es ist eine andere Frage welcher Art diese Jobs sind und wie sie bezahlt werden, obwohl ihr Qualifikationsprofil über dem der allgemeinen Beschäftigungsstruktur lag“ (a. a. O.: 292). Explizit weist er schließlich auf Reallohnseinbußen im Beschäftigungsaufbau der USA hin. Die USA hätten zwischen 1990 und 1997 die Anzahl der Arbeitsplätze erheblich erhöht, „freilich auf Kosten der Stagnation der durchschnittlichen Reallöhne bis 1996“ (a. a. O.: 295). An Castells Befund zugenommener und auch zukünftig weiter zunehmender Beschäftigung bzw. Niedriglohnbeschäftigung sind theoretische und methodische Einwände anzubringen. Castells ist vorzuhalten, dass er mit der Präsentation zahlreicher nationaler Studienergebnisse nicht statthafte Deduktionen vornimmt und Validitätsprobleme übergeht:

- Angesichts der zugenommenen ökonomischen Globalisierung seit Mitte der 1970er Jahre und des Endes des Ost-West-Konfliktes – also grundlegend veränderter globaler

ökonomischer Bedingungen - sind nationale Trendfortschreibungen von Beschäftigungsentwicklungen und mehr noch Übertragungen historischer Beschäftigungstrends reicher OECD-Länder, wie bei Castells von den USA auf alle Länder der Weltökonomie, nicht möglich. Auch ob sie es zuvor jemals waren, erscheint äußerst fragwürdig. Japan und die USA nehmen in der Weltökonomie eine herausgehobene Stellung ein. Deren Entwicklungen sind nicht im Sinne einer nachholenden Modernisierung global verallgemeinerbar. Das Castells so argumentiert, verwundert umso mehr, als dass er selbst die „neue Gestalt des finanzmarktgetriebenen globalen Kapitalismus“ als ökonomisches Nullsummenspiel kennzeichnet, in dem Verlierer für Gewinner zahlen (vgl. a. a. O.: 296, 530).⁷⁹

- Validitätsprobleme übergeht Castells dann, wenn er die Beschäftigungsentwicklung implizit mit der Entwicklung des Erwerbsarbeitsvolumens gleichsetzt. Die Zunahme der Beschäftigung wird in den OECD-Ländern seit der Nachkriegszeit von durchschnittlich kürzeren und seit den 1990er Jahre von angestiegener Teilzeitbeschäftigung begleitet (auch darauf weist Castells hin). Zudem stieg in allen OECD-Ländern in den 1990er Jahren Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zugleich an (Vobruba 1998). Es ist theoretisch möglich, dass die Zahl der Arbeitsplätze zunimmt und zugleich, durch ein rückläufiges durchschnittliches pro Kopf-Arbeitsvolumen und/oder zugenommene Arbeitslosigkeit, das Arbeitsvolumen einer Volkswirtschaft bzw. weltweit zurückgeht.

⁷⁹ Castells analysiert die Netzwerkgesellschaft als kapitalistische Gesellschaft, in der erstmals in der Geschichte die kapitalistische Produktionsweise die sozialen Beziehungen auf dem gesamten Planeten neu formt. Sie unterscheidet sich durch ihre Vorgänger durch zwei grundlegende Unterscheidungsmerkmale: „Sie ist global, und sie ist weitgehend um ein Netzwerk globaler Finanzströme strukturiert“ (Castells 2001a: 530). Neu sei, dass die Kapitalakkumulation zunehmend auf den globalen Finanzmärkten erfolge. Castells bezeichnet die „reale Wirtschaft“ als „unwirkliche Wirtschaft“, weil „im Zeitalter des vernetzten Kapitalismus die grundlegende Wirklichkeit, wo Geld gewonnen und verloren, investiert oder gespart wird, die Finanzsphäre ist. Alle anderen Tätigkeiten – außer denen des verschwindenden öffentlichen Sektors – sind in erster Linie die Basis, um die notwendigen Überschüsse zu erzeugen, die in die globalen Ströme investiert werden, oder aber sind das Resultat von Investitionen, die ihren Ursprung in den Finanznetzwerken haben“ (Castells 2001: 530). Wichtig erscheint nun, dass es sich hier um ein Nullsummenspiel ohne Win-Win-Situationen handelt: „In diesem elektronisch betriebenen globalen Spielcasino können einzelne Kapitale boomen oder zusammenbrechen, was über das Schicksal von Konzernen, privaten Ersparnissen, nationalen Währungen und regionalen Wirtschaftszusammenhängen entscheidet. Das Endergebnis ist gleich null: Die Verlierer zahlen für die Gewinner. Aber wer Gewinner und Verlierer sind, wechselt jährlich, monatlich, täglich, sekundlich und dringt hinunter in die Welt ... dessen, was manchmal als „reale Wirtschaft“ bezeichnet wird“ (ebenda).

Zumindest für die bisherige Entwicklung des Arbeitsvolumens und für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit besteht also weiterhin empirischer Klärungsbedarf. Wichtig ist diesbezüglich Castells Hinweis, dass Beschäftigungszunahmen trotz gesteigerter Qualifikationsanforderungen zumeist im Niedriglohnsegment anzutreffen sind und (in den USA) mit einer Reduktion der durchschnittlichen Reallöhne verbunden waren. Grundsätzlich – und hier ist Castells positiv zu würdigen – machen seine Datenrecherchen zur Beschäftigungsentwicklung in den OECD-Ländern allerdings mehr als deutlich, dass von einem absehbaren Ende der Arbeit oder einer Reduktion des Arbeitsvolumens um etwa 80%, wie es Rifkin behauptete, nicht die Rede sein kann.⁸⁰

(2) Castells zweite These lautete, dass Arbeitslosigkeit weniger durch Technikeinsatz erzeugt wird, sondern primär ein regionales oder institutionelles Problem verfehlter Wirtschaftspolitik sei: Arbeitslosigkeit „war in erster Linie nicht durch die Einführung neuer Technologien, sondern durch eine verfehlte makro-ökonomische Politik und eine institutionelle Umwelt verursacht, die von der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Privatsektor abschreckte, während die technologische Innovation und ihre Verbreitung insgesamt keine unmittelbare Auswirkung auf die Schaffung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen hatte“ (a. a. O.: 285f.).

Diese These versucht Castells zunächst, mit der relativ starken Beschäftigungszunahme von Frauen in den meisten OECD-Ländern und zugleich relativ unterschiedlichen Arbeitslosenquoten, zu belegen. Die OECD-Staaten hätten unterschiedliche institutionelle Antworten auf die erhöhte Beschäftigungsneigung von Frauen gefunden und seien entsprechend hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit unterschiedlich erfolgreich gewesen.

Zudem bezieht sich Castells auf die Argumentation von Handelstheoretikern, nach der es nur zu reduzierter Beschäftigung aufgrund neuer Informationstechnologien käme, wenn die Ausweitung der Nachfrage nicht die Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgleicht und es keine institutionelle Anpassung auf eine solche Fehlanpassung gibt, indem die Arbeitszeit reduziert wird, nicht aber die Zahl der Arbeitsplätze (vgl. a. a. O.: 288). Für Castells ist diesbezüglich die zweite Bedingung – Arbeitszeitreduzierung - besonders wichtig, da OECD-

⁸⁰ Castells ist sicherlich zuzustimmen, dass Rifkin bezüglich seiner These vom Ende der Massenbeschäftigung in empirischer Hinsicht auf ungenügender Datengrundlage argumentiert.

Befunde (OECD 1994) belegten, dass die Geschichte der Industrialisierung einen Anstieg von Beschäftigung, Produktivität, Nachfrage und Reallöhnen bei reduzierten Arbeitszeiten zeige und es eben keinen Grund gäbe, warum das gegenwärtig nicht auch so sein sollte.

Schließlich verweist Castells auf Literaturstudien des Internationalen Arbeitsamtes (Kaplinsky 1986; Bessant 1989), diverse nationale Studien über die jeweilige nationale Beschäftigungsentwicklung und auf Simulationsstudien (vgl. a. a. O.: 289-295), die Mitte bis Ende der 1980er Jahre entstanden sind und kommt nach deren Referat zu dem Fazit: „Insgesamt scheint es die allgemeine Tendenz zu sein, dass es keine systematische Strukturbeziehung zwischen der Verbreitung der Informationstechnologien und der Entwicklung des Beschäftigungsniveaus in der Gesamtwirtschaft gibt. Arbeitsplätze werden eliminiert, und neue Arbeitsplätze entstehen, aber das quantitative Verhältnis zwischen Verlusten und Gewinnen variiert zwischen Unternehmen, Branchen, Sektoren, Regionen und Ländern. Es ist abhängig von der Wettbewerbsfähigkeit, von Unternehmensstrategien, staatlicher Politik, institutionellen Umfeldern und der relativen Position in der globalen Wirtschaft. Das spezifische Ergebnis der Interaktionen zwischen Informationstechnologie und Beschäftigung ist weitgehend abhängig von makroökonomischen Faktoren, wirtschaftlichen Strategien und soziopolitischen Kontexten“ (a. a. O.: 296).

Grundsätzlich ist Castells nicht nur dahin gehend zuzustimmen, als dass Rifkins Prognose der fast völligen Ersetzung von Arbeit durch Technik empirisch nicht haltbar ist, sondern auch darin, dass auch „institutionelle Bedingungen“ Einfluss auf Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsentwicklung haben, so in den USA die institutionelle Schaffung von Rahmenbedingungen für Niedriglohnjobs, in den Niederlanden der im OECD-Vergleich frühe Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen (für Frauen) oder in Schweden die vergleichsweise hohen Beschäftigungsquoten von in Vollzeit arbeitenden Frauen ohne besonderen Zuwachs von Arbeitslosigkeit.

Allerdings Massenerbeitslosigkeit und Beschäftigungsentwicklung im Kontext kapitalistischer Gesellschaften allein von „institutionellen Bedingungen“ und gelungener Wirtschaftspolitik abhängig zu machen, ist ebenso nicht überzeugend.

Zum einen ist Arbeitslosigkeit in allen Ländern anzutreffen. Vollbeschäftigung existierte nur in historischen Ausnahmesituationen – so in der Nachkriegszeit und hier mehrheitlich auch nur für Männer - und nur in Ausnahmeländern, die sich nur begrenzt als verallgemeinerbares

Modell eignen, da sie - wie Schweden oder die Niederlande – vor allem von ihrer relativ privilegierten Weltmarktposition profitierten. Die Existenz von Arbeitslosigkeit ist notwendiger Bestandteil kapitalistisch verfasster Gesellschaften: grundlegend zur Disziplinierung der Erwerbstätigen und daneben aus der Sicht von Unternehmen funktional für die Aufrechterhaltung eines preiswerten und Lohndruck ausübenden Arbeitskräftepools, auf den in Konjunkturphasen zurückgegriffen werden kann. Demnach fällt in kapitalistischen Gesellschaften ein Teil der Lohnerwerbssuchenden im Sinne einer „industriellen Reservearmee“ (vgl. Marx, MEW 23: 664), notwendigerweise und unabhängig von institutionellen Bedingungen, dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt heraus. Das muss nicht ausschließen, dass zugleich ein großer Teil der Erwerbsfähigen über prekäre Beschäftigung in zumeist teilzeitbasierter Niedriglohnarbeit oder Zeitarbeit mit der Erwerbssphäre verbunden bleibt. Die soziale Ausgrenzung und Diffamierung, von aus der Lohnerwerbsarbeit dauerhaft Ausgegrenzten, ist funktional für die Disziplinierung prekär integrierter Lohnabhängiger. Deren prekäre Arbeitsbedingungen sind auf betrieblicher Ebene wiederum funktional für die Disziplinierung von privilegierten Stammbeschäftigten.⁸¹

Die von Castells angeführten OECD-Befunde (OECD 1994) stellen keinen Gegenbeweis für Rifkins Warnung vor zunehmender Massenarbeitslosigkeit dar, weil Beschäftigungstrends der Vergangenheit angesichts der rasanten globalen Veränderungen keine sicheren Rückschlüsse für die Zukunft zulassen.

Zudem betont Castells selbst, dass es – natürlich in Abhängigkeit von der „institutionellen Wirtschaftspolitik“ - auch dauerhaft Verlierer geben könnte: „... diejenigen Individuen und Gruppen, die nicht in der Lage sind, informationelle Fertigkeiten zu erwerben, könnten von der Arbeit ausgeschlossen oder als Arbeitskräfte abgewertet werden. Weil ferner die informationelle Ökonomie eine globale Ökonomie ist, könnte verbreitete Arbeitslosigkeit, die sich in bestimmten Bevölkerungssegmenten ... oder in bestimmten Regionen ... konzentriert, im OECD-Gebiet tatsächlich zu einer Bedrohung werden, wenn die globale Konkurrenz nicht eingedämmt wird und wenn die Regulationsweise der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit nicht transformiert wird“ (a. a. O.: 296).

⁸¹ Siehe dazu die Studie zum Funktionswandel von Leiharbeit in Deutschland von Holst/Nachtwey/Dörre (2009).

Castells ist zuzustimmen, wenn er zu der Einschätzung kommt, dass Technologie als solche keine Arbeitslosigkeit verursacht. Das hat allerdings Rifkin – wie Castells suggeriert – in dieser Schlichtheit auch gar nicht behauptet. Rifkin (1995) begründet das „Ende der industriellen Massenbeschäftigung“ nicht einfach mit dem „Ersatz von Lohnarbeit durch Technik“, sondern mit dem „Zusammenwirken des technischen Fortschritts mit der Logik des Marktes“. Dieses Zusammenwirken illustriert Rifkin mit der Wirtschaftsgeschichte der USA, zunehmenden Kaufkraftdefiziten und durch Schuldenaufbau abgenommene makroökonomische Eingriffspotenziale der Staaten. Rifkins zentrales Argument lautet: Eine keynsianische Wirtschaftspolitik ist nicht mehr in der Lage, die Ersetzung von Arbeit durch Technik aufzufangen. Die Konsequenz daraus sei das Ende der Massenbeschäftigung.

Castells scheut hier eine weitergehende Auseinandersetzung mit Rifkins theoretischer Begründung für das Ende der Massenbeschäftigung, mit der sich Rifkin in Anlehnung an Karl Marx auf ein zunehmendes Nachfrageproblem bezieht und explizit neoklassischen Argumentationen einer zunehmenden Nachfrage durch Technikinnovationen eine Absage erteilt. Wesentlich erscheint demnach, dass in einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie, also in einem geschlossenen System, die Beschäftigungsentwicklung nicht mit insgesamt steigenden Lohneinkommen verbunden ist und die weltweite Nachfrage zunehmend weniger mit der Produktivitätsentwicklung standhalten kann. Castells verweist hier als Gegenmittel auf Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen (a. a. O.: 288), die in der Geschichte der Industrialisierung mit Produktivitätssteigerungen und höheren Realeinkommen einhergegangen wären und hält dies auch für die Zukunft für möglich. Aus heutiger Sicht lässt sich aber feststellen, dass Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen spätestens seit Anfang der 1990er Jahre in der Regel nicht mit einem Lohnausgleich verbunden wurden.

Castells (strukturfunktionalistisches) Argument, dass das Beschäftigungsniveau in der Gesamtwirtschaft abhängig ist von „der Wettbewerbsfähigkeit, von Unternehmensstrategien, staatlicher Politik, institutionellen Umfeldern und der relativen Position in der globalen Wirtschaft“ droht jedenfalls in die Beliebigkeit abzudriften und „erklärt“ zu wenig. Castells Argument, institutionelle Bedingungen seien für Beschäftigungsentwicklung und das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit in einer globalisierten und kapitalistischen Ökonomie entscheidend, überzeugt nicht.

2.2.3.2.2 Individualisierung von Arbeit, soziale Polarisierung und drohende Fragmentierung der Gesellschaften

Castells wendet sich nicht nur gegen die These vom Ende der Massenbeschäftigung, sondern behauptet, dass Technikinnovationen - speziell Informationstechnologien - den „Charakter der Arbeit“ und die „Organisation der Produktion“ mit Folgen für die Gesellschaftsstrukturen verändern würden (vgl. a. a. O.: 297-319). Informationstechnologien hätten die Neustrukturierung von Unternehmen und Organisationen möglich gemacht, die durch den globalen Wettbewerb angeregt wurde. Das führe „zu einer grundlegenden Transformation der Arbeit: zur Individualisierung der Arbeit im Arbeitsprozess“ (a. a. O.: 298). Mit der neuen sozialen und wirtschaftlichen Organisation auf der Grundlage der Informationstechnologien, die auf die Dezentralisierung des Managements, auf die Individualisierung der Arbeit und auf die spezifische Anpassung der Märkte ziele, „wird die Arbeit segmentiert, und Gesellschaften werden fragmentiert“ (ebenda).

Kennzeichnend für die Transformation des Arbeits-Arrangements sei der Trend zur Flexibilisierung von Arbeit. Castells unterscheidet hier in Anlehnung an eine Untersuchung von Martin Carnoy (2000) vier Elemente, anhand derer sich die Transformation zu flexiblen Arbeitsformen aufzeigen lasse. Diese betreffen:

- (1) die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die sich nicht mehr auf das traditionelle Muster der 35-40 Stunden Woche begrenzen lasse,
- (2) die Jobstabilität, da flexible Arbeit aufgabenorientiert sei und kein Versprechen auf eine spätere Anstellung enthalte,
- (3) den wechselnden Standort der Arbeit und
- (4) die Flexibilisierung des Sozialkontrakts zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinsichtlich der Erosion definierte Rechte, standardisierter Vergütung, bezahlter Mehrarbeit usw.

Augenfällig sei in den OECD-Ländern der 1980er und 1990er Jahre nicht nur die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und Selbstständigkeit. Es scheine auch, als ob die Volkswirtschaften der verschiedenen Länder je nach institutionellen Rahmenbedingungen unterschiedliche Formen der Flexibilität in ihren Arbeitsarrangements probten. Insbesondere das „Niederländische Modell“ biete eine interessante Nahaufnahme, da während der 1990er

Jahre in den Niederlanden Arbeitsplätze geschaffen wurden, ohne dass es zu einem Verlust bei der sozialen Sicherung gekommen wäre.⁸² Damit sei gegenwärtig insbesondere die Gefahr der Ausbreitung von Massenarbeitslosigkeit inklusive ihrer Folgen zu verhindern.

Castells stellt für die gegenwärtige Transformation von Arbeit und Arbeitsorganisation insgesamt fest: „Das vorherrschende Modell der Arbeit in der neuen informationsbasierten Wirtschaft ist das einer *Kernbelegschaft*, die aus informationsbasierten Managern und denen besteht, die Reich als Symbolanalytiker bezeichnet, sowie einer *disponiblen Belegschaft*, die je nach Marktnachfrage und Arbeitskosten automatisiert und/oder geheuert/gefeuert/ausgelagert werden kann. Außerdem erlaubt die netzwerkförmige Unternehmensorganisation das *outsourcing* und Subunternehmertum als Formen der Externalisierung von Arbeit in flexibler Anpassung an die Marktbedingungen“ (a. a. O.: 312/Hervorhebungen in kursiv im Original).

Darüber hinaus hebt er hervor, „dass die gegenwärtigen Tendenzen in der Technologieentwicklung alle Formen der Flexibilität fördern, so dass das System, solange es keine spezifischen Abkommen über die Stabilisierung eines oder mehrerer Dimensionen der Arbeit gibt, auf eine verallgemeinerte Flexibilität mit zahlreichen Facetten zulaufen wird, die Arbeitskräfte und Arbeitsbedingungen, hochqualifizierte ebenso wie unqualifizierte Arbeitskräfte umfasst“ (ebenda). Diese Transformation habe im Ergebnis zu einer „Krise der Beziehung zwischen Arbeit und Gesellschaft“ (ebenda) geführt.

Castells grundsätzliche Einschätzung lautet zwar, dass die Ausbreitung der Informationstechnologien unter den „richtigen institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen“ langfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen scheint. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Folgen der Flexibilisierung von Arbeit hebt er allerdings hervor, dass der Prozess des Übergangs zu einer informationellen Gesellschaft und globalen Wirtschaft mit einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden ist (vgl. a. a. O.: 313-

⁸² „Das Schlüsselement in diesem Modell besteht darin, dass die in Teilzeit und Zeitarbeit beschäftigten noch immer vollständig durch die nationalen Sicherungssysteme für Gesundheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit und Alter abgedeckt werden. Und Frauen ... können auf eine subventionierte Kinderbetreuung rechnen. Dieses Modell einer ausgehandelten Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und Arbeitsbedingungen zusammen mit der Festlegung institutioneller und fiskalischer Verantwortlichkeit in den sozialen Sicherungssystemen scheint auch der positiven Erfahrung eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums mit niedriger Arbeitslosigkeit in Schweden und Norwegen zugrunde zu liegen“ (Castells 2001a: 306). Castells hebt außerdem auf verbesserte familiäre Beziehungen und Geschlechtergleichheit als Konsequenz dieses neuen Arbeitsarrangements ab.

319). Diese nehme in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Formen an: Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kinderarmut in Europa;⁸³ Reallohnverfall, zunehmende Ungleichheit und Arbeitsplatzunsicherheit in den Vereinigten Staaten;⁸⁴ Unterbeschäftigung und Segmentierung in Japan.

Fast nebenbei erwähnt Castells, dass diese Tendenzen Resultate der Neustrukturierung der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit seien. Diese sei ausgelöst worden, weil Unternehmen und Volkswirtschaften seit Anfang der 1980er Jahre im Bereich der Arbeitskosten aktiv geworden seien, indem sie entweder wie in Europa die Produktivität gesteigert hätten, ohne Beschäftigung zu schaffen,⁸⁵ oder wie in den USA die Kosten für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesenkt hätten. Er verweist hier auch kurz auf eine eher bedeutungslose Rolle der Gewerkschaften. Diese wären durch ihre Unfähigkeit geschwächt, neue Kategorien von Erwerbstätigen (Frauen, Jugendliche, Einwanderer) zu vertreten, in Bereichen neuartiger Arbeitsplätze (private Büros, Hochtechnologiesektor) zu agieren und innerhalb von Netzwerk-Unternehmen auf globaler Ebene zu operieren. Beispielsweise hätten es Gewerkschaften in Deutschland versäumt, Teilzeitbeschäftigte mit einzubeziehen (vgl. a. a. O. 317f.).

Castells warnt, angesichts dieses Trends könnte die informationelle Gesellschaft zu einer dualen Gesellschaft werden, in der Arbeitnehmer kaum noch in der Lage seien ihre Interessen zu vertreten: „Nie war die Arbeit für den Prozess der Wertschöpfung von zentralerer Bedeutung. Aber niemals waren auch die Arbeitskräfte – ohne Ansehen ihrer Qualifikation – gegenüber der Organisation so verwundbar, weil sie bloße Individuen geworden waren, die innerhalb eines flexiblen Netzwerkes vermietet wurden, ...“ (a. a. O.: 319).

2.2.3.2.3 Kommentar

⁸³ Die Kinderarmut sei zwischen 1980 und Mitte der 1990er Jahre in den USA um 30%, im Vereinten Königreich um 145%, in Frankreich um 31% und in Deutschland um 120% angestiegen (vgl. a. a. O.: 316).

⁸⁴ Die Wegrationalisierten seien primär die Mitte 40 bis Anfang 50-Jährigen mit relativ hohen Löhnen, die durch Jüngere mit geringeren Löhnen ersetzt würden. Diese Tendenz gelte unabhängig von der Qualifikation (vgl. a. a. O.: 316).

⁸⁵ Castells verweist hier auf Deutschland: Insbesondere Deutschland biete sich – stärker noch als die Niederlande – für Arbeitsumverteilungen an, da enorme Produktivitätsgewinne und starke Lohnsummenzuwächse zu verzeichnen gewesen wären. Gemessen daran sei vergleichsweise wenig Beschäftigung geschaffen worden.

Castells Analyse geht also insgesamt nicht von zunehmender Massenarbeitslosigkeit aus, sondern von einer, durch Konkurrenz ausgelöst und durch neue (Informations-) Technologien vorangetriebenen, Individualisierung von Arbeit, die im Ergebnis unternehmenspolitischer Entscheidungen und abnehmender Reaktionsfähigkeit von Gewerkschaften, Arbeit segmentiert, d. h. Belegschaften in Kern- und dispoible Belegschaften unterteilt, die gemeinsam der Flexibilisierung von Arbeit unterliegen und in der Folge Gesellschaften dualisiert und fragmentiert.

Die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ erscheint im ersten Band der Trilogie Castells primär als ein ungelöstes Problem der institutionellen Regulierung flexibler Arbeitsverhältnisse, da Castells primär die Perspektive der „Flexicurity“ – also die arbeits- und sozialpolitische Regulierung der Flexibilisierung von Arbeit – positiv hervorhebt.⁸⁶ Zwar fordert er, angesichts der seit den 1980er Jahren zugenommen sozialen Polarisierung, eine „bewusste Politik ... die sich eine neue Balance der Sozialstruktur zum Ziel setzt“ (a. a. O.: 297). Dazu müsse „die globale Konkurrenz eingedämmt und die Regulationsweise zwischen Kapital und Arbeit transformiert werden“ (a. a. O.: 296). Wie dies genau geschehen könnte und welche Akteure dieses durchsetzen sollten, bleibt zunächst unklar. Stattdessen wird von Castells lediglich der niederländische Flexicurity-Ansatz lobend erwähnt. Damit wird die grundlegende politische Perspektive der „Eindämmung globaler Konkurrenz und der Transformation der Regulationsweise zwischen Kapital und Arbeit“ zu einer abstrakten und primär institutionellen - quasi technisch-funktionalen - Herausforderung einer besseren Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Da im ersten Band seiner Trilogie gesellschaftliche Konflikte kaum vorkommen, scheint es, als verkenne Castells die politische Dimension von Gesellschaftsveränderung und von Globalisierung selbst. Letzteres mag darauf zurückzuführen sein, dass Castells Globalisierung eher als ein ökonomisches, über die Ausbreitung von Informationstechnologien ermöglichtes Phänomen, denn als politisches Phänomen betrachtet. Zwar schreibt Castells explizit, dass die

⁸⁶ Hier ist zu kritisieren, dass diese Perspektive zu einer Verlängerung des Ist-Zustandes führen würde. Castells vernachlässigt die Gefahr, dass die weltweite Nachfrage zunehmend problematisch wird, wenn trotz „flexicurity“ das Arbeitsvolumen aufgrund des Technikeinsatzes absinkt, Reallöhne wie Nachfragevolumina global abnehmen und damit eine institutionell abgesicherte Flexibilisierung ebenso in Armut führen würde wie Massenerwerbslosigkeit.

Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen „sich nicht aus der Strukturlogik des informationellen Paradigmas“ ergeben, sondern „Resultat der Neustrukturierung der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital“ (a. a. O.: 313) sind, demzufolge das "informationelle Paradigma" kein Selbstläufer ist, trotzdem wird das informationelle Paradigma im ersten Band seiner Trilogie tendenziell als das zentrale Moment von Gesellschaftsveränderung überhaupt dargestellt. Auch ohne eine weitergehende, handlungstheoretische Analyse der Handlungen und Strategien politischer Akteure wird von Castells zwar die voranschreitende soziale Polarisierung erkannt, die „ein wesentliches Leitmotiv der Darstellung“ Castells bildet (Sünker 2001: 97), dahinterstehende grundlegende politische Verteilungskonflikte und etwa der „Zerfall wohlfahrtsstaatlicher Programme“ (Stern 1999: 19) geraten aber aus dem Blick.

Notwendig wäre schon im ersten Band seiner Trilogie die deutlichere Identifizierung von politischen Akteuren und politischen Konflikten im Zuge seiner Darstellung der Restrukturierung des Kapitalverhältnisses auf globaler Ebene, an die sich Castells – auch hinsichtlich der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten - schließlich im zweiten und dritten Band seiner Trilogie versucht. Im ersten Band deutet Castells an, dass er, angesichts der sozialen Polarisierung und drohenden Fragmentierung, auch Hoffnungen in die sich entwickelnde Netzwerkgesellschaft setzt: „An der Oberfläche waren/sind die Gesellschaften daher dualisiert, oder sind dabei, es zu werden Damit schrumpft die Mitte mit einer Geschwindigkeit und mit einem Ausmaß, die von der Position eines jeden Landes in der internationalen Arbeitsteilung und von seinem politischen Klima abhängen. Aber tief unten in der entstehenden Gesellschaftsstruktur ist durch die informationelle Arbeit ein fundamentalerer Prozess ausgelöst worden: die Desaggregation der Arbeit öffnet das Tor für die Netzwerkgesellschaft“ (a. a. O.: 319). Im Schlusswort des ersten Bandes seiner Trilogie betont Castells schließlich, dass in der Netzwerkgesellschaft einerseits zwar eine Fragmentierung der Gesellschaft drohe, sich andererseits zugleich aber auch neue Chancen offenbaren würden (vgl. a. a. O.: 527-536).

Festzuhalten bleibt, dass trotz aller Kritik Castells Befund, der Individualisierung von Arbeit und drohenden Fragmentierung der Gesellschaft, ein großer analytischer Fortschritt in der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre ist. Denn Castells fokussiert sich nicht einfach auf eine Beschreibung der sozialen Polarisierung in Folge der Transformation von Arbeit und Beschäftigung, sondern stellt sie – und das ist seine alternative Hypothese –

„in den Bezugsrahmen einer noch grundlegenderen Transformation: der Individualisierung von Arbeit und der Fragmentierung der Gesellschaften“ (a. a. O.: 229).

Zudem ist positiv herauszustellen, dass bei Castells Ungleichheit im Lokalen wie Globalen als zentrales Problem von Gesellschaftstheorie und Gesellschaftspolitik analysiert wird: „Kapital ist im Kern global. Arbeit ist in der Regel lokal. Der Informationismus führt in seiner geschichtlichen Wirklichkeit gerade unter Einsatz der dezentralisierenden Macht der Netzwerke zu Konzentration und Globalisierung des Kapitals“ (a. a. O.: 533). Gerade mit dieser theoretischen Perspektive geht Castells weit über Rifkin (1995) hinaus.⁸⁷

2.2.3.3 André Gorz: Ende der fordistischen Arbeitsgesellschaft und Multiaktivität als Alternative?

Jeremy Rifkin (1995) und Manuel Castells (1996/dt. 2001a) teilen wenigstens zwei grundlegende Gemeinsamkeiten: Erstens ist „Arbeit“ für beide primär Erwerbsarbeit, also bezahlte Arbeit, und zweitens ist jeweils die Krise der Arbeitsgesellschaft – festgemacht entweder an einem zukünftig massiven Rückgang von Erwerbsarbeit oder an der Flexibilisierung von Arbeit – Ausgangspunkt für reaktive Politikempfehlungen (bei Rifkin der Ausbau eines Dritten Sektors, bei Castells die sozialstaatliche Absicherung flexibler Arbeitsverhältnisse). Überspitzt formuliert: Gäbe es keine Arbeitslosigkeit bzw. keine Flexibilisierung von Arbeit, so gäbe es auch keine nennenswerten gesellschaftlichen Probleme.

André Gorz ist vergleichsweise zivilisationskritischer und radikaler in seinen Politiküberlegungen. Mit seinem Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ (Ders. 2000), das im Jahr 1997 zuerst in französischer Sprache erschienen ist, wendet er sich gegen eine von der Krise her geleitete Politik. Provokativ fragt Gorz, ob man nicht Besseres tun könne, als den Kapitalismus zu retten und ob es Wege für den Exodus des Kapitalismus gibt, die sowohl in den armen als auch in den reichen Ländern gangbar sind? (vgl. a. a. O.: 16).

⁸⁷ Andererseits geht Castells der Problembeschreibung Rifkins eines wachsenden Nachfrageproblems aus dem Weg. Statt dessen liefert er umfangreiches Datenmaterial, das belegen soll, dass eben nicht - wie Rifkin behauptete - das Ende der Massenbeschäftigung absehbar sei.

Programmatisch fordert er dazu auf, den „Mut aufzubringen, den Exodus aus der ‚Arbeitsgesellschaft‘ zu wagen“ (a. a. O.: 9) und den Wechsel in eine „‚Multiaktivitätsgesellschaft‘, ‚einer Gesellschaft der wieder angeeigneten Zeit‘“ (a. a. O.: 92) zu vollziehen.

Im Vergleich zu den vorhergehenden Werken von André Gorz ist das Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ insbesondere deswegen interessant, weil Gorz hier explizit den Übergang vom „Fordismus“ zum „Postfordismus“ im Globalisierungskontext und seine Konsequenzen für die Art und Weise der Wohlstandsproduktion in den Blick nimmt.⁸⁸ Im Vergleich etwa zu seinem Werk „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989) kommt er zu gänzlich anderen arbeitspolitischen Forderungen.

Im Folgenden werden daher zunächst das von Gorz modifizierte Problemszenario und seine diesbezüglich alternativen Zukunftskonzeptionen skizziert sowie Gründe für seinen Perspektivenwechsel von der „Kritik der ökonomischen Vernunft“ zu „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ herausgearbeitet.

2.2.3.3.1 Das Problemszenario in „Arbeit zwischen Misere und Utopie“

Gorz (2000) tritt zunächst als Befürworter eines Arbeitsbegriffs auf, der mehr als nur Erwerbsarbeit umfasst. Explizit nimmt er auf Jeremy Rifkin (1995) Bezug: Was Rifkin „als ‚das Ende der Arbeit‘ bezeichnet, bedeutet das Ende dessen, was man für gewöhnlich ‚Arbeit‘ nennt. Dabei handelt es sich aber weder um Arbeit im anthropologischen noch im philosophischen Sinn. ... Nicht um ‚selbsttätige Gestaltung der stofflichen Umwelt‘ noch um ‚praktisch-sinnliche Tätigkeit‘, durch die das Subjekt sich in einen Gegenstand entäußert, der sein Werk ist. ... Die ‚Arbeit‘ die man hat oder nicht hat“ (a. a. O.: 10) fehle sehr häufig das, was sie Hegel zufolge ausmache: „Sie ist keine Entäußerung, durch die ein Subjekt sich verwirklicht“ (ebenda). Arbeit im Sinne von „poiesis“, von „schaffen“ finde nur noch äußerst

⁸⁸ Gorz (2000) lässt sich in den Theoriekontext der Post-/Fordismustheorie einordnen, die der französischen Regulationstheorie um Michel Aglietta (1976, 2000) entstammt und seit Mitte der 1980er Jahren die kritische Sozial- und Wirtschaftswissenschaft beeinflusste. Ein prominenter Vertreter ist insbesondere Joachim Hirsch, der mit seinen Büchern „Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus“ (Ders./Roth, Roland, 1985) und „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus“ (Ders., 1995) die Debatte in Deutschland maßgeblich beeinflusste.

selten als bezahlte und gesellschaftlich anerkannte Arbeit statt. Entsprechend fordert Gorz: „Wir müssen aus der ‚Arbeit‘ und der ‚Arbeitsgesellschaft‘ ausbrechen, um die Möglichkeit zu ‚wirklicher Arbeit‘ und die Freude an ihr wiederzufinden“ (ebenda).

Anders als Manuel Castells (1997) und ähnlich wie Jeremy Rifkin (1995) geht Gorz davon aus, dass die Industrialisierung nach westlichem Vorbild und das „fordistische Wachstum“ sich nicht in der gesamten Welt wiederholen werden. Immer deutlicher werde, dass Staaten wie China und Indien ihre steigenden Produktionskapazitäten bei tendenziell zurückbleibender Kaufkraft nicht selbst aufnehmen könnten. Statt einer fordistischen Umverteilung innerhalb eines nationalstaatlichen Territoriums würden Wachstumsgewinne in begrenzten räumlichen Zonen verbleiben, da der Kapitalismus „seinen eigenen, von der Nation losgelösten Raum hervorbringen könne“ (Gorz 2000: 37). So sei der ‚Traum von chinesischem Wirtschaftswunder‘ ein Trugschluss. Chinesische oder mexikanische Sonderwirtschaftszonen könnten keineswegs alle in sie drängenden Arbeitsmigranten aufnehmen. Hinzu käme das weltweite Bevölkerungswachstum, womit insgesamt eine weltweit weiter steigende Arbeitslosigkeit absehbar sei.

Für André Gorz ist allerdings weniger der unterstellte Rückgang des Arbeitsvolumens das Problem, sondern erstens, dass zugleich, im Übergang vom „Fordismus“ zum „Postfordismus“ und mit dem zunehmenden Mangel an Erwerbsarbeit, die Ideologie der Arbeit diskursiv verschärft werde: Nach dem Fordismus habe sich ein neues System der gesellschaftlichen Produktion etabliert, ein System, „das die ‚Arbeit‘ massenweise abschafft. Es zwingt alle, gegen alle um die immer weniger werdende ‚Arbeit‘ zu kämpfen, und stellt dadurch die schlimmsten Folgen von Herrschaft, Unterwerfung und Ausbeutung wieder her“ (a. a. O.: 9). Dem neuen, postfordistischen System sei nicht vorzuwerfen, dass es entfremdete Arbeit massenweise abschaffe, „sondern daß es eben diese ‚Arbeit‘, deren Normen, Würde und allgemeine Zugänglichkeit es abschafft, weiterhin als Pflicht eines jeden, als verbindliche Norm und unersätzbliche Grundlage unserer Rechte und Würde postuliert“ (ebenda).

Hier ist zu ergänzen, dass für Gorz als Motor des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus, im Zuge einer ökonomisch inspirierten und politisch umgesetzten Globalisierung (die zur Denationalisierung der Ökonomie geführt habe), die seit Beginn der 1970er Jahre im Zuge keynsianischer Umverteilungspolitik gegen Null gehende „Grenzproduktivität des Kapitals“ (verstanden als Gewinnsteigerung durch eine zusätzliche

Investition) verstanden wird. Seine These in diesem Zusammenhang lautet: „Angesichts der drohenden Vergesellschaftung oder Verstaatlichung lag es im Interesse des Kapitals, seine Symbiose mit dem Staat zu beenden, ...“ (a. a. O.: 22). Ende der 1970er seien schließlich Warenaustausch und Kapitalzirkulation weltweit auf Druck der großen Konzerne liberalisiert worden: „Der ‘Konkurrenzimperativ’ führte unweigerlich zur Globalisierung der Wirtschaft und zum Widerspruch zwischen Kapitalinteressen und den Interessen der Nationalstaaten. *Der politische Raum* (also der der Staaten) *und der ökonomische Raum* (der der kapitalistischen Konzerne) *konnten nicht deckungsgleich sein*“ (a. a. O.: 23; Hervorhebung in kursiv im Original). Die Globalisierung und Konkurrenzverschärfung dienten dann als Rechtfertigung für den eingesetzten Neoliberalismuskurs.

Zweitens ist für Gorz nicht nur die verschärfte Ideologie der Arbeit bei zurückgehender Lohnarbeit problematisch, sondern mehr noch – und das scheint bei Gorz (2000) im Vergleich zu seinen früheren Werken eine neue analytische Perspektive zu sein – , dass sich mit dem Wechsel von der ‘fordistischen Produktionsweise’ (Taylorismus) zur ‘postfordistischen Unternehmenskultur’ (Toyotismus) ein Wandel in der Lohnbeziehung mit weitreichenden sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen vollzogen habe:

Ausgangspunkt dieser Gorz’schen Überlegungen ist die Adaption des Toyota-Systems in der postfordistischen Unternehmenskultur. Im Toyota-System bilde das Mutterwerk als Endmontagewerk die Spitze einer Pyramide, die auf einer großen Zahl von Zulieferbetrieben basiere und sich u. a. dadurch auszeichne, dass je weiter man sich von der Spitze entfernt desto niedriger Arbeitslöhne und -bedingungen werden. Dessen Logik der Auslagerung eröffnet für Gorz „in ihrer Konsequenz die Perspektive der Abschaffung des Lohnsystems selbst. Die Flexibilisierung wird nach dieser Logik dadurch vollkommen, daß sie die Entlohnung der Arbeit zum Gegenstand freier Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und jedem ihrer individuellen Dienstleister macht. Vertraglich ausgehandelte Tariflöhne und gesetzlich festgelegte Mindestlöhne verlieren ihre Bedeutung ...“ (a. a. O.: 72). In der Folge würden nicht nur Arbeitsplätze verschwinden, sondern vor allem die (traditionelle, kontinuierliche und vollzeitbasierte) Lohnarbeit selbst, denn Arbeitsplätze würden durch befristete oder Teilzeitarbeitsverhältnisse ersetzt, Arbeitnehmer nur für ein Projekt oder für einen befristeten Auftrag angestellt und ein Unternehmen sei letztlich keine Arbeitsstätte

mehr, sondern ein Auftraggeber für Dienstleister. Im Ergebnis der postfordistischen Produktion werde schließlich prekäre und diskontinuierliche Erwerbsarbeit zur Regel (vgl. a. a. O.: 76ff.). Für Gorz bedeutet dies einen zivilisatorischen und sozialen Rückschritt, denn mit der Individualisierung der Bezahlung, der Umwandlung von Lohnarbeiter in „freie Mitarbeiter“ bzw. „unabhängige Dienstleister“ und dem Wegfall von Arbeitnehmerrechten verliere „das Lohnverhältnis die emanzipatorische Funktion, die sie im Vergleich zu der persönlichen Abhängigkeit der Leibeigenen oder der Dienstboten der vormodernen Gesellschaft auszeichnet“ (a. a. O.: 75). Hinzu komme, dass über den öffentlichen Diskurs verhindert werde, dass die Prekarisierung der Erwerbsverläufe als ein gesellschaftlich verursachtes Problem anerkannt wird. Damit werde der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit aus dem Betrieb entfernt und zum privaten Problem der ‚Arbeiter-Unternehmer‘ umdeklariert, also individualisiert.

Die gesellschaftspolitische Konsequenz sei nicht nur, dass die Macht der Unternehmen über die Arbeitsbedingungen zugenommen habe, sondern auch, dass zugleich die dominierende prekäre Erwerbsarbeit nicht mehr, wie Lohnarbeit im Fordismus, zur Kohäsion der (Arbeits-)Gesellschaft beitragen könne: „Niemals zuvor ist die Ideologie der Arbeit als Wert so dreist verkündet und betont worden, und niemals war die Herrschaft des Kapitals und des Unternehmens über Arbeitsbedingungen und Preis so unangefochten. Niemals wurde sich auf die ‚unersetzbare‘, ‚unerlässliche‘ Funktion der Arbeit als Quelle ‚sozialer Bindung‘, ‚sozialen Zusammenhalts‘, von ‚Integration‘, ‚Sozialisierung‘, ‚persönlicher Identität‘ und des Lebenssinns so zwanghaft berufen, wie seitdem sie keine dieser Funktionen mehr erfüllen kann ... Denn die sich ausbreitenden Formen der prekären, temporären, flexiblen, diskontinuierlichen Arbeit ... integrieren die Erwerbstätigen nicht mehr in ein Kollektiv, strukturieren die täglichen, wöchentlichen und jährlichen Zeitabläufe nicht mehr und können auch nicht mehr die Basis sein, auf der jede und jeder ihr Lebensprojekt aufbauen... Die Arbeitsgesellschaft‘ ist tot“... (a. a. O.: 81f.).

Hier ist zu ergänzen, dass Gorz (2000) keineswegs die fordistische Lohnarbeit verklärt. Er hebt hervor: Lohnarbeit „war nie Quelle ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts‘ oder sozialer Integration“ (a. a. o.: 79). Individuen seien als eng verkoppelte und funktional spezialisierte Bestandteile einer großen Maschinerie in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess bloß eingefügt worden. Für Gorz bestehen soziale Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt in der

Lohngesellschaft als solche nicht, sondern nur bezüglich ihrer Klassen und Klassenidentitäten: „Die Arbeitnehmer waren nicht in der Lohngesellschaft, sondern in ihrer Klasse, in ihre Gewerkschaft oder ihr Arbeitskollektiv integriert, und sie gewannen ihre ‚Identität‘, Würde und Kultur, ihren Zusammenhalt aus ihren Kämpfen, die zugleich der Veränderung ihrer Arbeit, ihres Lebens und der Gesellschaft galten“ (a. a. O.: 80).

Arbeitspolitisch relevant ist die These von Gorz, dass „die Unternehmen“ mit der postfordistischen Restrukturierung der Lohnarbeit den Klassenwiderstand und den Zusammenhalt der Arbeitnehmer gebrochen hätten: „Gegen genau diesen Zusammenhalt, diese Identität und die Klassenorganisation haben die sogenannten Unternehmen die absolute, unbesiegbare Waffe gefunden. Nämlich die alle betreffende Verunsicherung, Individualisierung, Diskontinuität und Auflösung der Arbeit, ihren massiven Abbau“ (ebenda).

Das zentrale Problem der „Arbeitsgesellschaft“ ist für Gorz (2000) also eine im Kontext von Globalisierung und postfordistischer Restrukturierung nicht mehr oder kaum noch existente Funktion, die Erwerbsarbeit als soziale Konstruktion „Lohnarbeit“ im Rahmen der fordistischen Wohlstandsproduktion noch erfüllte: In dieser trug sie zur sozialen Integration und gesellschaftlichen Kohäsion über Klassenbildung bei und hatte auf Basis des fordistischen Klassenkompromisses eine auch institutionell abgesicherte Schutzfunktion gegenüber einer einseitigen Aneignung der Arbeitskraft inne. Im Postfordismus sei nun, mit dem Ende der Lohnbeziehung und der Abschaffung von Lohnarbeit zugunsten prekärer, diskontinuierlicher Erwerbsarbeit, der Klassenkonflikt von der gesellschaftlichen Ebene in das total unterworfenen und schutzlose Individuum verlagert worden, womit sich die Arbeitsgesellschaft überlebt habe, da Lohnarbeit nicht mehr zur gesellschaftlichen Kohäsion (einer zuvor über Klassenbildung und Klassenkampf gespaltenen und zugleich zusammengefügten Lohngesellschaft) beitragen könne.

2.2.3.3.2 Das Alternativszenario: Multiaktivität, Grundeinkommen, Arbeitsumverteilung und alternative Vergemeinschaftung

Nach dieser Problementfaltung der Krise der Arbeitsgesellschaft formuliert Gorz, unter dem Topos 'Jenseits der Lohngesellschaft', die Vision einer „multiaktiven Kulturgesellschaft“, in der die Arbeit vom Lohnsystem entkoppelt und in multiaktiver Selbsttätigkeit aufgehoben wäre (vgl. a. a. O.: 102ff.). Angesichts einer gesellschaftlichen Produktion, die immer weniger Arbeit erfordere und es immer schwieriger mache, feste Einkommen über bezahlte Arbeit zu sichern, gelte es keineswegs mehr Arbeit zu schaffen, sondern gesellschaftlich notwendige Arbeit und gesellschaftlich produzierten Reichtum derart zu verteilen, dass das Bedürfnis auf ein ausreichendes und sicheres Einkommen nicht mehr mit einer dauerhaften und festen Stelle verbunden ist und das Bedürfnis „zu wirken, zu werken und von anderen anerkannt zu werden“, nicht mehr die Form einer bezahlten und fremdbestimmten Arbeit annehmen müsse. Gorz führt aus: „Im Lebensalltag können sich dann vielfache Aktivitäten gegenseitig ablösen und abwechseln, ohne daß deren Entlohnung und Rentabilität noch notwendige Bedingung oder gar ihr Ziel wären. Die sozialen Beziehungen, die Kooperationszusammenhänge, ja der Lebenssinn eines und einer jeden werden nur mehr durch diese nicht vom Kapital verwerteten und aufgewerteten Aktivitäten hervorgebracht. Die Arbeitszeit hört schließlich auf, die gesellschaftlich vorrangige Zeit zu sein“ (a. a. O.: 103). Die Gesellschaft müsse die gesellschaftliche Zeit und den gesellschaftlichen Raum so gestalten, dass es normal und von allen erwünscht sei, gleichzeitig oder abwechselnd verschiedenste Tätigkeiten auszuüben. Jeder sollte verschiedensten sozialen Gruppen (...) angehören, deren Ziel nicht Auslese, Ausscheidung und Hierarchisierung sei, sondern – nach dem Vorbild einer 'Kulturgesellschaft' - darin bestünde, "jedes einzelne Mitglied dazu zu ermutigen, sich fortlaufend im Wettstreit und im Zusammenspiel mit den anderen neu zu definieren und zu überbieten. Diese Streben nach Vortrefflichkeit ist das gemeinsame Ziel aller" (a. a. O.: 109). Dieses 'Jenseits der Lohngesellschaft' setze allerdings voraus, dass sich die Arbeit aus der Herrschaft des Kapitals befreit. Der Kern des Problems sei hier folgender: „Entweder integriert man die Arbeitszeit in die differenzierte Zeitlichkeit eines multidimensionalen Lebens in Übereinstimmung mit den herrschenden kulturellen Bestrebungen, oder man unterwirft die Lebenszeiten und -rhythmen dem Kapital. ... Der Kampf um die Zeitsouveränität ist der Kampf um die Macht selbst: um ihre gesellschaftliche Verteilung und um die Richtung, in der sich die Gesellschaft entwickelt“ (a. a. O.: 104f.). Um die Vision

einer „multiaktiven Kulturgesellschaft“ umzusetzen, wird also von Gorz auf Arbeitszeitpolitik als zentrales kapitalistisches Konfliktfeld abgehoben. Hier geht Gorz (wie in seinen früheren Werken) davon aus, dass sich mit der unterstellten Reduktion des Erwerbsarbeitsvolumens quasi automatisch neue arbeitszeitpolitische Freiräume ergeben: „Es geht um die Möglichkeit, der Macht des Kapitals, des Marktes und der Ökonomie Aktivitätsfelder zu entziehen, welche die von Arbeit befreite Zeit eröffnet“ (ebenda). Deutlich ist, dass die Gorz'sche Vision einer Multiaktivitätsgesellschaft einen Bruch mit einer kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft einfordert: „Im Klartext: die Lohnarbeit soll verschwinden und mit ihr der Kapitalismus“ (a. a. O.: 109).

Die Gorz'schen Politikvorschläge

Um Wege hin zu dieser „Multiaktivitätsgesellschaft“ zu ermöglichen, skizziert Gorz einen Komplex von Politiken, „die darauf abzielen,

- (1) allen ein ausreichendes Einkommen zu garantieren;
- (2) die Umverteilung der Arbeit mit individueller und kollektiver Zeitsouveränität zu verbinden; und
- (3) die Entfaltung neuer Formen von Gesellschaftlichkeit, neuer Kooperations- und Tauschverfahren zu fördern, die jenseits der Lohnarbeit sozialen Bindungen und sozialen Zusammenhalt schaffen“ (a. a. O.: 112f.).

(1) Bedingungsloses Grundeinkommen

Ein „allen garantiertes, ausreichendes soziales Grundeinkommen“ ist für Gorz die erste Voraussetzung für eine „Multiaktivitätsgesellschaft“. Dieses bedingungslose Grundeinkommen zielt darauf:

- a) von den Zwängen des Arbeitsmarktes zu entbinden,
- b) ein Recht auf „konkrete Arbeit“ zu ermöglichen, das über die jederzeitige Wahlmöglichkeit, entweder Erwerbsarbeit nachzugehen oder Gebrauchswerte herzustellen, die Möglichkeit bieten soll, auch über Selbsttätigkeit zur Bedarfsdeckung beizutragen und
- c) soll einen Beitrag zur Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit leisten.

Gorz will das bedingungslose Grundeinkommen nicht als eine Art Unterstützung oder gar Sozialhilfe verstanden haben, das die Einzelnen vom Wohlfahrtsstaat abhängig mache, sondern es sei konzipiert um Einzelnen und Gruppen verstärkt Möglichkeiten für Selbstverantwortung und für ein größeres Gestaltungsvermögen ihres Lebens und ihrer Lebensbedingungen zu geben. Diese Form des Grundeinkommens, die sich nicht auf reine Umverteilung beschränkt, sondern die Distribution mit der selbstbestimmten Produktion verbinde, würde eine Perspektive auf „die Rückläufigkeit der Lohnarbeit, des Arbeits- und Dienstleistungsmarktes“ zugunsten der „Entfaltung von nicht-monetären Tauschbeziehungen und von Selbstversorgung“ eröffnen. Unter der Annahme, dass ein Teil der Bedarfsdeckung über Selbstversorgung erfolgen kann, komme auch der Diskussion über die Mindesthöhe eines ausreichenden Grundeinkommens ein geringerer Stellenwert zu. Die Frage nach der Finanzierung eines sozialen Grundeinkommens umgeht Gorz mit dem Hinweis, dass diese nicht sinnvoll im Rahmen der gegenwärtigen Konstellation von Staat und Wirtschaft – also von Wohlstandsproduktion und -verteilung – beantwortet werden könnte und insistiert darauf, dass die aktuelle Entwicklung eine Veränderung des Verteilungsmodus erfordert.

Mit seiner Perspektive der Verbindung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit der Möglichkeit zur Subsistenzsicherung distanziert sich Gorz explizit nicht nur von Workfare-Programmen und Existenzgeld-Vorschlägen, sondern auch vom Beck'schen Bürgerarbeitsmodell (Beck 1991, 1999) und anderen Konzepten, die die in einer Marktwirtschaft nicht rentable, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit in einem von der Marktwirtschaft abgeschotteten Dritten Sektor ansiedeln wollten (vgl. Offe 1995, Rifkin 1995).⁸⁹ Statt dessen bezieht er sich positiv auf Michael Opielka, der Mitte der 1980er Jahre Konzepte zum Grundeinkommen entwickelt hat und hebt hervor, dass verkoppelt mit dem

⁸⁹ Workfare-Konzepte, die den Anspruch auf eine sehr niedrige Grundsicherung mit der Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit verknüpfen, würden die Arbeitslosen als Versager und Faulenzer stigmatisieren. Konzepte eines allgemeinen und bedingungslosen Existenzgeldes, die die Arbeitslosenunterstützung ersetzen und zugleich die Akzeptanz von Teilzeitarbeit oder flexiblen Arbeitszeiten und Entlohnung erhöhen wollen, bedeuteten eine Subvention zugunsten der Arbeitgeber, die eine gewaltige Beschleunigung der Deregulierung, Prekarisierung und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und der Ersetzung der Lohnbeziehung durch Handelsbeziehung zulasse. Auch die Konzeption der „Bürgerarbeit“ bzw. des „Bürgergeldes“ von Ulrich Beck sei problematisch, nicht nur, weil dieses u. a. von der Bewilligung von „kommunalen Bürgerausschüssen abhängig sei, von denen nicht erwartet werden könne, dass sie ohne Druck und Zensur auszuüben „Protestarbeit“ unterstützen. Grundlegender sei, dass sich Bürgerarbeit, die man aus finanzieller Not annehme, nicht von erzwungener Lohnarbeit unterscheide und damit Bürgergeld nicht von Lohn.

‘Recht auf eigene Produktivmittel’ das garantierte Grundeinkommen wegbereitend für die ‘Wiederaneignung der Arbeit’ sei.⁹⁰

Neu im Rahmen der Gorz’schen Argumentation ist nun, dass für Gorz gegenwärtig die Gelegenheit, das ‘Recht auf eigene Produktivmittel’ zu verwirklichen, günstig zu sein scheint. Dies begründet er damit, dass seit Ende der 1980er Jahre der technologische Wandel die Monopolisierung der Arbeits- und Produktionsmittel durch das Kapital gebrochen und Voraussetzungen zur Wiederaneignung der Arbeit geschaffen habe, da das Humankapital (in der ‘postfordistischen Wissensökonomie’) zur wichtigsten Produktivkraft geworden sei. Über das Humankapital als wichtigste Produktivkraft würden sich heute eben kein Alleinbesitz und kein Monopol mehr gewinnen lassen. Darüber hinaus behauptet Gorz: „dank der Verbreitung und Verbilligung von kommunikations- und computergesteuerten Fertigungssystemen“ eröffneten sich „potentiell unbegrenzte Selbstversorgungs- und Selbsttätigkeitsmöglichkeiten“ (a. a. O.: 118).⁹¹ Möglichkeiten zur Wiederaneignung der Arbeit seien über hochproduktive, lokale High-tech-Selbstversorgungseinrichtungen gegeben (vgl. Gorz 1998b).

Die These, dass Wissen mit der postfordistischen Produktion zur wesentlichen Produktivkraft geworden sein soll, ist für Gorz auch Ausgangspunkt die „Bedingungslosigkeit“ des Grundeinkommens zu begründen: In der Wissensökonomie lasse sich der Anteil der Arbeit Einzelner an einem Produkt kaum noch zuordnen. Arbeitszeit sei nicht länger messbar und damit lasse sich auch kein Mindestmaß der gesellschaftlich notwendigen und von jedem zu leistenden Arbeitszeit definieren, das als Bedingung für den Erhalt eines Grundeinkommens formulierbar wäre. Sein zentrales Argument für die „Bedingungslosigkeit“ ist, dass diese das einzige Konzept sei, „das einerseits die Freiwilligkeit aufrechtzuerhalten vermag und andererseits die Aktivitäten, die nur als Selbstzweck Wert haben, der Sozialisierung und

⁹⁰ Nach Opielka ist die Forderung eines garantierten Grundeinkommens sinnlos, wenn sie nicht derart mit anderen Forderungen verbunden ist, dass sie innerhalb des kapitalistischen Systems zwar realisierbar ist, aber über das ‘kapitalistisch-industrialistische System’ hinausweist. Opielkas Forderungen sind erstens, das Grundeinkommen „systematisch mit einer Konzeption von Arbeitsumverteilung“ zu verkoppeln, „ohne dafür das ‚Recht’ auf Arbeit mit der ‚Pflicht’ zu ihr zu verschränken“, und es zweitens „mit einem einlösbaren Recht auf eigene Produktivmittel“ zu verbinden (vgl. Opielka 1985, 1986; Opielka/Stalb 1986 und Abschnitt 2.1.2.3 dieser Arbeit).

⁹¹ Gorz verweist auf Frithjof Bergmann, der unter dem Topos „Neue Arbeit“ Konzepte vorgestellt hat, nach denen ggf. 70 % der Bedürfnisse (bei zwei Tagen wöchentlicher Arbeitszeit) über hochproduktive Selbstversorgung gedeckt werden könnten (vgl. etwa Bergmann 1997). An dem hier deutlich werdenden Technikoptimismus eines „high-tech-self-providing“ ist in erster Linie zu kritisieren, dass nicht stillschweigend unterstellt werden kann, dass Selbstversorgung als freiwillige und selbstbestimmte Möglichkeit realisiert werden würde, wenn sie zugleich als eine materielle Notwendigkeit wäre.

Ökonomisierung entzieht und sie zugleich allen zugänglich macht" (Gorz 2000: 129). Im Gegensatz dazu stünden Workfare-Konzepte vor dem Problem zu definieren, woraus die obligatorische Arbeit bestehen soll und wie zu verhindern sei, dass diese Lohnarbeit verdrängt.⁹²

(2) Umverteilung der Arbeit und Wiederaneignung der Zeit

Für Gorz ist das bedingungslose Grundeinkommen voraussetzungsvoll für sein zweites großes Thema, die „Umverteilung der Arbeit und Wiederaneignung der Zeit“. Er erkennt an, dass es der bisherigen Arbeitszeitpolitik gelungen ist, trotz abnehmenden jährlichen Gesamtarbeitsvolumens zur Umverteilung auf mehr Erwerbstätige beigetragen zu haben. Allerdings sei problematisch, dass die Arbeitnehmer auf deren Ausgestaltung keinen Einfluss gehabt hätten. Wesentlich ist für Gorz, dass für die immer größer werdende Gruppe der diskontinuierlich Arbeitenden traditionelle Begriffe der Arbeitszeitpolitik, wie „normale Arbeitszeit“ und „Arbeitszeitverkürzung“, keinen Sinn mehr machen würden.

Aus seiner Sicht könne eine Politik der Arbeitszeitverkürzung nur wirksam werden, wenn sie sich weiterentwickelt und dabei über die einzelbetrieblichen Ebene hinausgeht. Sie müsse zugleich ein abnehmendes Arbeitsvolumen auf eine wachsende Zahl von Erwerbstätigen verteilen, den Prozentsatz an festen Langzeitarbeitsplätzen erhöhen und vermehrt Möglichkeiten von Zeitsouveränität anbieten. Um das zu erreichen, gäbe es nur einen Weg: „Die Arbeit immer diskontinuierlicher zu gestalten, den Beschäftigten die Wahl zwischen zahlreichen Formen der Diskontinuität anzubieten und letztere so in eine neue Freiheit zu verwandeln. Es muß also *ein Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen und auf ein multiaktives Leben geben, in dem Berufsarbeit und unbezahlte Aktivitäten einander ablösen und ergänzen*" (a. a. O.: 136-137; Hervorhebung im Original).

Sehr positiv bezieht sich Gorz auf das empirische Beispiel der dänischen Arbeitszeitpolitik, mit der durch ein „bedingtes Grundeinkommen“ Arbeitsunterbrechungen gefördert würden: In

⁹² Gorz erinnert auch daran, dass er selbst die Forderung nach einem bedingungslos gesicherten Grundeinkommen lange abgelehnt und in "Wege ins Paradies" (Ders. 1983) gefordert habe, ein Allen gesichertes Grundeinkommen mit einer Arbeits-Pflicht zu verbinden. Dieses Modell bliebe aber in der Logik einer fordistisch-industrialistischen Arbeitsteilung gefangen. Es sei nicht mit den durch den Postfordismus und dem Übergang zu einer Wissensökonomie eröffneten Perspektiven vereinbar.

Dänemark sei es durch ein Gesetz aus dem Jahr 1993 jedem Lohnempfänger gestattet, einen Urlaub von einem Jahr zu nehmen, der je nach individueller Wahl über einen von ihm bestimmten Zeitraum gestaffelt und ausgedehnt werden könne. In der Freistellung müsse ein Arbeitsloser den frei gewordenen Arbeitsplatz übernehmen und der Beurlaubte selbst erhalte 70 % der ihm theoretisch zustehenden Arbeitslosenunterstützung, die normalerweise 80 % des Lohnes beträgt. Dieses Recht, das zunächst als individuelles Recht konzipiert wurde, sei von den Gewerkschaften genutzt worden, um die Arbeitszeit der gesamten Belegschaft einzelner Unternehmen (zumeist solcher im öffentlichen Dienst) zu verkürzen und zugleich die Anzahl der festen Arbeitsplätze zu erhöhen.⁹³

Basierend auf diesem Beispiel untermauert Gorz seine These, dass diskontinuierliche Arbeit nicht notwendig die Prekarität des Arbeitsplatzes mit sich bringen muss. Im Gegenteil könne über diskontinuierliche Arbeit die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert werden. Ansprüche auf einjährige Beurlaubung, Bildungsurlaub, Erziehungszeiten, Freistellung wegen Pflege oder Tätigkeiten im öffentlichen Interesse führten dazu die Berufsarbeit häufiger zu unterbrechen und würden damit einen Beitrag zur Arbeitsumverteilung leisten. Über solche Beispiele hinausgehend und auf prekäre, diskontinuierliche Beschäftigungen übertragen, lautet die arbeitszeitpolitische Forderung von Gorz: "Alle Arten von erlittener Diskontinuität der Erwerbsarbeit und von erlittener Flexibilität des Personalstands und der Arbeitszeit müssen in selbstgewählte und selbstbestimmte Möglichkeiten von Diskontinuität und Flexibilität umgewandelt werden" (a. a. O.: 139).

Gorz hebt bezüglich des dänischen Modells positiv hervor: "Anstatt die Erwerbsarbeit zu subventionieren, um damit Lohnkosten zu senken, subventioniert es die Nicht-Arbeit und steigert die Macht der Arbeitnehmer in Sachen Selbstorganisation und Selbstverwaltung ihrer Kooperationsweisen" (ebenda). Die Prinzipien des dänischen Systems würden im Kern den Ansatz einer anderen Gesellschaft und Ökonomie enthalten, denn dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Nicht-Arbeit werde die gleiche Wertigkeit eingeräumt, womit die Arbeitsideologie zugunsten der Arbeitsumverteilung geschwächt werde. Das Modell garantiere ein „bedingtes“ soziales Grundeinkommen während der Unterbrechung der Lohnarbeit, habe aber auch seine Grenzen: "Nicht kann es jedoch garantieren, daß alle den

⁹³ Siehe im Detail auch Kempe (1998: 47-50).

Bedingungen genüge tun können, die sie zu diesen sozialen Grundeinkommen berechtigen, es sei denn die Länge der Arbeitsphase, die zur Freistellung berechtigt, wird immer kürzer bemessen“ (a. a. O.: 140).

Letztlich bleibt das bedingte Grundeinkommen im Dänischen Modell also an Erwerbsarbeit und an dem Umfang der individuell geleisteten Arbeitszeit gekoppelt. Diesen für Gorz kritischen Aspekt verbindet Gorz mit der Hoffnung, dass aufgrund der Abnahme der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die Unterbrechungen der Lohnarbeit dazu tendieren, wichtiger als die Arbeitsphasen zu werden, wie auch die selbstbestimmten Aktivitäten und das soziale Einkommen wichtiger werden würden, als bezahlte Arbeit und das Erwerbseinkommen: "Die Bedingtheit des sozialen Grundeinkommens wird an Gewicht verlieren, es dürfte sich immer stärker an ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen annähern“ (a. a. O.: 141). Insgesamt sei das dänische Konzept eines kontinuierlichen Grundeinkommen bei diskontinuierlicher Arbeit, als "Politik des Übergangs" von Interesse.

(3) Alternative Formen lokaler Gesellschaftlichkeit und politische Implikationen

Der Einwand, ein garantiertes ausreichendes Grundeinkommen würde dazu führen, dass niemand mehr arbeiten wolle, verweist für Gorz unmittelbar auf die Notwendigkeit die Gesellschaft so zu organisieren, dass keine Anreize oder Zwänge notwendig sind, um die Menschen zur Arbeit zu motivieren. Die Gesellschaft könne aber nur verändert werden, wenn die Arbeit verändert wird und umgekehrt. Damit ist das zweite große Thema angesprochen, das für Gorz mit einem garantierten Grundeinkommen verbunden ist, nämlich eine „Politik der Stadterneuerung von unten“:

Gestützt auf eine Vielfalt von lokalen Vereinigungen geht es Gorz um „künstlerische, politische, wissenschaftliche, ökosophische, sportliche, handwerkliche und Beziehungsaktivitäten, Selbstversorgungs- und Reparaturarbeiten, ... Netzwerke zum Austausch von Dienst- und Hilfeleistungen“ (a. a. O.: 144). Diese Aktivitäten dürften nicht als unselbstständige Ergänzungen der kapitalistischen Marktwirtschaft und auch nicht als pflichtmäßige Gegenleistung für das sie ermöglichende Grundeinkommen angesehen werden. Da sie „weder des Kapitals bedürfen noch seiner Verwertung, noch gar der Kreditwürdigkeit der Bedürfnisse und Wünsche, auf deren Befriedigung sie abzielen“ (a. a. O.: 145), seien sie

dazu berufen, den durch die Abnahme des Arbeitsvolumens verfügbar gemachten gesellschaftlichen Raum der kapitalistischen Marktlogik zu entziehen, die Lohnarbeit größtenteils zu verdrängen, um jenseits davon assoziative und freie Bindungen zu schaffen. Die Aktivitäten seien sogar zur Hegemonie berufen. Um sie zu erlangen, müssten sie Räume des Widerstandes, alternativer Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlicher Alternativen werden.

Entscheidende Impulse könnten nun von einer Politik der Stadterneuerung durch die Gestaltung von gesellschaftlichem Raum, gesellschaftlicher Zeit und Einrichtungen kommen. In diesem Rahmen stehen bei Gorz auch die lokalen bzw. regionalen Kooperations- und Austauschringe, Formen von Arbeitsgeld und/oder Zeitgeld, die zum Tausch von Gegenständen oder Leistungen, aber nicht zur Hortung oder gar zur Spekulation dienen würden. Kooperationsringe dürften nicht als isolierte Maßnahme zugunsten von Arbeitslosen und Randgruppen betrachtet werden, da dann das lokale Geld als das der Armen wahrgenommen werden würde und ihre Leistungen als Trick um den Wohlfahrtsstaat abzubauen. Sie dürften auch nicht als Versuch verstanden werden, zur dörflichen Ökonomie zurückzukehren. Vielmehr würden Kooperationsringe erst im Kontext eines bedingungslosen Grundeinkommens und wenn Alle im makrosozialen Tauschsystem erwerbstätig sind, einen Sinn machen. Nur so sei ein Qualifikationstransfer möglich, der für die Qualität der lokalen Selbstversorgung mit Gütern und Dienstleistungen notwendig sei. Der gesellschaftliche Wert der Kooperationsringe liege nicht nur in den von ihnen geschaffenen Nutzwerten, sondern ebenso in der Einrichtung stabiler, dauerhafter und loyaler Gegenseitigkeitsbeziehungen, die vor Unsicherheit und Prekarität schützen würden sowie in 'herrschaftlich unregulierten Sozialbeziehungen', die als vergleichsweise frei und unentfremdet erlebt würden und in der Lage seien qualitative arbeitspolitische Forderungen zu aktivieren.

Damit ist die auch revolutionäre Bedeutung angesprochen, die Gorz den Tauschringen perspektivisch zuspricht. Da es nicht möglich sei, die lokale, mikrosoziale Sphäre der kooperativen Gemeinschaften von der Makrogesellschaft zu trennen, ergebe sich das Problem der politischen Vermittlung: „Wir müssen akzeptieren ..., daß die dörfliche Gemeinschaft ... nicht auf Weltmaßstab ausgedehnt werden kann. ... Und daß schließlich all das ... [Wohlstand, Spezialistentum, öffentliche Dienste] die gesellschaftliche Produktion eines akkumulierbaren ökonomischen Überschusses voraussetzt, also das Fortbestehen eines universalen

Zahlungsmittels, und ... kurz das, was man einen Staat nennt“ (a. a. O.: 158). Das System könne nicht in der Lebenswelt aufgehen, möglich aber sei, „daß die selbstorganisierten gesellschaftlichen Tauschhandlungen eine immer stärkere politische Dimension annehmen, um der Einfügung in ihre weitere Umwelt Rechnung zu tragen. Die mikrosozialen Einheiten können damit selbst zu Akteuren makrosozialer Entscheidungen werden, die sich ihrerseits komplementär zu den mikrosozialen Aktivitäten verhalten“ (a. a. O.: 159).

Gorz verfolgt also keine Subsistenzperspektive, die sich tendenziell nach Außen abschottet, sondern ihm geht es – im Rahmen seiner dualökonomischen Konzeption - um die politische Vermittlung von Lokalität und Globalität oder lokaler Selbstorganisation und deren Einbettung in die makrosoziale, staatliche und lohnenerwerbsökonomische Ebene.

2.2.3.3 Perspektivenwechsel: Von der „Kritik der ökonomischen Vernunft“ zu „Arbeit zwischen Misere und Utopie“

Mit „Arbeit zwischen Misere und Utopie“, zunächst im französischsprachigen Original im Jahr 1997 erschienen, lässt sich bei André Gorz in einem Zeitraum von fast zehn Jahren eine bemerkenswerte Radikalisierung und ein wesentlicher Perspektivenwechsel im Vergleich zu seinem im Jahr 1988 erschienenen Hauptwerk „Métamorphoses du travail (dt.: „Kritik der ökonomischen Vernunft“, 1989) feststellen:

Während Gorz 1989 Perspektiven in einer gewerkschaftlichen Arbeitszeitverkürzungspolitik mit Lohnausgleich erblickte (Arbeitszeitverkürzungen sollten mit einem „zweiten Gehalt“ - als garantiertes Sozialeinkommen, dass mit einer Arbeitspflicht zu verkoppeln sei - kombiniert werden), sah er in „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ keine Möglichkeit mehr für eine über Lohnarbeit organisierte Teilhabe aller an der Wohlstandsproduktion. Statt dessen setzte er, jenseits der Lohnarbeit und im Rahmen seiner postfordistischen Vision einer „Multiaktivitätsgesellschaft“, auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, das unterstützt von einem ‚Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen‘ zur Arbeitsumverteilung und ‚Wiederaneignung der Zeit‘ (abseits traditioneller Arbeitszeitverkürzungspolitik) beitragen soll und auf die Entfaltung von nicht-monetären Tauschbeziehungen und Selbstversorgungsstrukturen abzielt. Diese würden neben Nutzwerten mehr Zeitsouveränität

und Gesellschaftlichkeit ermöglichen und seien zur Hegemonie über die Lohnarbeit bestimmt, da lokale, kooperative Gemeinschaften zu Akteuren makrosozialer Entscheidungen werden könnten. Statt auf solchermaßen eher unklar bleibende, lokal-zivilgesellschaftliche Akteure, setzte Gorz 1989 eher auf Gewerkschaften als Akteure sozialen Wandels.

Wie ist dieser grundlegende Perspektivenwechsel erklärbar? Relevant für diesen Perspektivenwechsel ist vor allem eine bei Gorz veränderte Problemdiagnose im Kontext der Analyse einer postfordistischen Restrukturierung, die sich wie folgt darstellt:

1) Problemdiagnose in „Kritik der ökonomischen Vernunft“

In „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (Gorz 1989) ist für Gorz Lohnarbeit die wesentliche Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Als wesentliche Entwicklungstendenz für Wohlstand gelten die Veränderung der Lohnarbeit und die Art der Verteilung des über Lohnarbeit erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums. Diesbezüglich plädiert Gorz für eine Teilhabe aller an der lohnarbeitsbasierten Wohlstandsentwicklung, die allerdings vor dem Problem stünde, dass der Umfang des Lohnarbeitsvolumens durch technische Rationalisierungen beständig abnimmt und damit eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand erschwert wird.

Basierend auf dieser Problemdiagnose entwickelt er seine Programmatik, die sich primär an Gewerkschaften als Akteure richtet, nämlich eine Arbeitsumverteilungs- und Arbeitszeitverkürzungspolitik, die sich mit einer sozialstaatlichen Einkommenssicherungspolitik verbindet:

Seine Vorgabe für eine Arbeitszeitverkürzungspolitik „mit Lohnausgleich“ lautet zunächst: „die Verkürzung der Arbeitsdauer darf nicht die Verringerung der Kaufkraft nach sich ziehen“ (Gorz 1989: 284). Da es allerdings vor allem für Unternehmen mit hohem Lohnkostenanteil nicht möglich sei, für niedrigere Arbeitsleistungen konstante oder gar wachsende Löhne zu zahlen (dies wäre kein Problem für hoch automatisierte Unternehmen) schlägt er vor, dass verkürzte Arbeitszeiten zunächst mit reduzierten Löhnen korrespondieren sollen und der daraus resultierende Einkommensverlust durch eine Garantiekasse - den „zweiten Scheck“ – ausgeglichen wird. Dies würde einem garantierten Sozialeinkommen entsprechen, welches darauf zielt, die Verteilung der gesellschaftlich produzierten Reichtümer

zu gewährleisten.⁹⁴ Das garantierte Sozialeinkommen müsse zudem an eine ‚Pflicht zur Arbeit‘ und an ein ‚Recht auf Arbeit‘ in der ‚makro-sozialen Sphäre‘ gekoppelt werden: „das Recht auf Einkommen muß an eine Pflicht gekoppelt werden, zur Erbringung dieses Einkommens zu arbeiten. ... Für ein linkes Modell von Grundsicherung ... geht es darum sowohl das Einkommen als auch die ihm entsprechende Menge gesellschaftlicher Arbeit zu garantieren ... , es kommt drauf an, ein Einkommen zu garantieren, das nicht mit der Abnahme der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge sinkt. Nicht von der Arbeit als solcher, sondern nur von der Arbeitsmenge muß somit das Einkommen unabhängig werden“ (Gorz 1989: 294f.).

Explizit spricht sich Gorz – vornehmlich aus gewerkschaftsstrategischen und demokratischen Gründen - gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus: „Im Unterschied zu Formen eines garantierten Mindesteinkommen oder einer allgemeinen Grundsicherung bricht dieses Konzept nicht mit der Tradition des gewerkschaftlichen Kampfes für volle Bezahlung an Feiertagen, im Jahresurlaub, Mutterschafts- oder Elternurlaub, für die Zeit von Weiterbildungs- und Umschulungslehrgängen usw. Ich weiß schließlich, daß eine Strategie der stufenweisen Arbeitszeitverkürzung, die flankiert wird von einer Einkommensgarantie, unweigerlich die Reflexion ... und Selbstorganisation der Arbeiter ... beleben wird – daß sie also weit mehr Gesellschaftlichkeit und Demokratie hervorbringen wird als irgendeine sozial-etatistische Formel. Und hierin, in der Belebung gesellschaftlicher Kontrolle über die Ökonomie, liegt das wesentliche“ (Gorz 1989: 302; vgl. auch S.336f.).

2) Gorz veränderte Problemdiagnosen seit Mitte der 1990er Jahre

Veränderte Problemdiagnosen im Vergleich zu „Kritik der ökonomischen Vernunft“ werden bei Gorz seit Mitte der 1990er Jahre in dreierlei Hinsicht deutlich:

(1) Die Zunahme diskontinuierlicher, prekärer Dienstleistungsarbeit

Empirische Ausgangspunkte seiner im Jahr 1995 verfassten Artikel „Zur Zukunft der Industriegesellschaft“ (Gorz 1996) und „Jenseits der Erwerbsarbeit“ (Gorz 1998a), sind

⁹⁴ Zur Finanzierung denkt Gorz an eine indirekte (Konsum-)Steuer, die nach abgestuften Steuersätzen auf die Produkte und Dienstleistungen selbst erhoben wird, womit zunehmend politische Preise an die Stelle von Marktpreisen treten würden (vgl. a. a. O.: 286).

bereits erstens die Zunahme diskontinuierlicher und niedrig vergüteter Teilzeitstellen im Dienstleistungssektor, an denen sich Arbeitszeitperspektiven ausrichten sollten. Zweitens Umfragen, die belegen würden, dass mit der Zunahme diskontinuierlicher Beschäftigung nicht die Erwerbsarbeitszeit, sondern Freizeit zur vorrangigen sozialen Zeit wird. Letzteres verbindet er mit der Perspektive, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nur aufrechtzuerhalten sei, „wenn eine ähnliche Verlagerung auch auf der gesellschaftlichen Ebene als notwendig anerkannt wird“ (Gorz 1996: 149). Mit dieser Problemwahrnehmung und seiner Leitfrage, „wie die durch den technischen Fortschritt gewonnene Zeit auf gesellschaftlicher Ebene als Ressource genutzt werden kann“ (Gorz 1998a: 50),⁹⁵ wird eine Distanzierung von traditioneller gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik im Sinne einer reinen Arbeitszeitverkürzungspolitik, die sich auf Vollzeitbeschäftigte konzentriert, deutlich.

Programmatisch greift er in beiden Artikeln noch auf das bereits in der „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (Gorz 1989) vorgeschlagene Modell des „zweiten Gehalts“ zurück und wendet sich weiterhin explizit gegen ein universelles Grundeinkommen.⁹⁶ Allerdings bewertet er das „zweite Gehalt“ als ein jetzt nicht mehr ausreichendes Lösungsmodell um Einkommensverluste auszugleichen, denn die Kaufkraft und die Konsumquote könne künftig zurückgehen, da das Arbeitsvolumen ständig abnehme und neue Arbeitsplätze ausschließlich im Bereich der Dienstleistungen geschaffen würden, in denen keine Kapitalverwertung stattfinde. Dies gelte insbesondere für helfende und pflegende Dienstleistungen, denen kaum noch eine kaufkräftige Nachfrage gegenüberstehe, womit ihre Entwicklung als marktgängige Leistung beschränkt sei. Hier bringt Gorz die Selbstversorgungswirtschaft ins Spiel, denn in dem Maße, in dem Zeit verfügbar werde und die Kaufkraft abnehme, könne die Inanspruchnahme marktvermittelte Dienstleistungen zugunsten steigender Selbstversorgung ersetzt werden.

⁹⁵ Programmatisch schreibt er: „Die individuelle und kollektive Aneignung der Zeit ist die Aufgabe, die in einem postindustriellen sozialistischen Projekt die zentrale Bedeutung ergänzt und ersetzt, die in der Vergangenheit der kollektiven Aneignung der Produktions- und Austauschmittel, sowie der Abschaffung der Lohnarbeit zukam“ (Gorz 1998a: 51).

⁹⁶ Das ‚zweite Gehalt‘ würde „durch Tarifverhandlungen von Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und ... auch der Regierung bestimmt und entspricht einem erneuerbaren Gesellschaftsvertrag ...“ (Gorz 1996: 156). Dagegen sei ein universelles Grundeinkommen nicht verhandelbar, gebe keinen Anlass für Diskussionen. Der Arbeitsmarkt könne damit nach den „liberalen Regeln funktionieren, ohne das Recht auf Arbeit als politisches Recht auf Beteiligung am gesellschaftlichen Produktionsprozeß und auf den aus dieser Teilnahme abgeleiteten Erwerb von Macht in der Gesellschaft anzuerkennen“ (ebenda).

(2) Die Abschaffung des Lohnsystems

Ein endgültiger Perspektivenwandel vollzieht sich schließlich in „Arbeit als Misere und Utopie“ (Gorz 2000) über die Thematisierung des Funktionsverlustes von Lohnarbeit als organisierendes Zentrum der Wohlstandsproduktion und -verteilung in einem „postfordistischen System“. Anders als etwa Rifkin (1995) behauptet Gorz (2000) nicht das Ende der Erwerbsarbeit, sondern die sich abzeichnende Perspektive der Abschaffung des Lohnsystems selbst, da die Entlohnung zum Gegenstand freier Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und jedem ihrer individuellen Dienstleister – statt tariflich abgesicherter Lohnarbeitnehmer - werde.

Während bei Gorz in „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989) Lohnarbeit noch als Quelle gesellschaftlichen Reichtums und als das organisierende, arbeitspolitische Zentrum der Aneignung und Verteilung des über Lohnarbeit produzierten Reichtums galt (politisch abgesichert über den fordistischen Klassenkompromiss und institutionell abgesichert über an Lohnarbeit gekoppelte Ansprüche an Sozialversicherungen und an den Sozialstaat), kann, nach dem in „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ (Gorz 2000) analysierten Übergang zur postfordistischen Produktion, Lohnarbeit – inklusive die vormalige Perspektive einer Arbeitszeitverkürzungspolitik mit „zweitem Gehalt“ – nicht mehr für Wohlstand für alle sorgen. Lohnarbeit habe mit der Zunahme diskontinuierlicher, prekärer und unproduktiver Dienstleistungsarbeit und der Umwandlung in ‚freie Mitarbeit‘ bzw. ‚unabhängige Dienstleistungstätigkeit‘ ihren emanzipativen Charakter (im Vergleich zu vormodernen Gesellschaften) und ihre mit ihr verknüpften tariflichen und sozialstaatlichen Arbeitnehmerrechte verloren. Mit der postfordistischen Restrukturierung traditioneller Lohnarbeit sei der Klassenwiderstand gebrochen und die Kohäsion der fordistischen Arbeitsgesellschaft brüchig.

Da also bei Gorz (2000) Wohlstand für alle im Rahmen der fordistischen, lohnarbeitsbezogenen Wohlstandsproduktion und -verteilung im Kontext einer postfordistischen Produktion als nicht mehr möglich diagnostiziert wird, wird ein informeller Selbstversorgungssektor zum Einkommens- und Gesellschaftersatz aufgeladen. Zwangsläufig ist dann auch das Plädoyer für ein ‚bedingungsloses Grundeinkommen‘: Wenn Lohnarbeit nicht mehr als für alle ausreichend verfügbar und nicht mehr als organisierendes Zentrum der Aneignung und Verteilung von Wohlstandsproduktion analysiert wird, kann sie auch nicht

mehr als Bedingung für ein Sozialeinkommen formuliert werden, mit dem gesellschaftlich produzierter Reichtum jenseits von Grundsicherungspolitik umverteilt werden soll.

(3) Der Übergang zur Wissensökonomie

Schließlich lässt sich feststellen, dass innerhalb der Gorz'schen Argumentation der Funktionsverlust von Lohnarbeit, als organisierendes Zentrum der Wohlstandsproduktion und -verteilung, von der von ihm diagnostizierten Entwicklung der Arbeitsgesellschaft hin zu einer Wissensökonomie relativiert und überlagert wird (vgl. Gorz 1998b, 2000, 2004).

Insbesondere in seinen Artikel "Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit" (Gorz 1998b) skizziert er den Übergang der Lohnarbeitsgesellschaft zu einer Wissensökonomie, in der Wissen zur wichtigsten Produktivkraft, zur wichtigsten Form fixen Kapitals und damit zugleich zur wesentlichen Entwicklungstendenz für Wohlstand würde. Wichtig – wenngleich zweifelhaft – erscheinen seine Thesen, dass in der Wissensökonomie die 'alten Gesetze der Ökonomie' nicht mehr gelten würden: Man könne Wissen weitergeben, aber man besitze es weiter. Mit anderen Worten: Wissen eigne sich nicht als Privateigentum, da es keinen Warencharakter besitze, sondern vielmehr als Gemeingut. Waren und Dienstleistungen (z. B. Software) für die kaum jemand bezahle, würden letztlich keinen Käufer finden.

In der dann nicht zulässigen – da verallgemeinernden - Konsequenz bedeutet dies für Gorz: „Wenn die Schöpfung von Reichtum kaum noch Löhne ausschüttet, d. h. kaum noch Zahlungsmittel in Umlauf setzt, wie, auf Grund welcher Prinzipien lässt sich gesellschaftlich geschöpfter Reichtum verteilen? Hängt das Weiterbestehen einer Gesellschaft dann nicht von einem bedingungslosen, letztendlich arbeitsunabhängigen Recht auf eine Grundsicherung ab?“ (Gorz 1998b: 352).⁹⁷

Der Perspektivenwechsel hin zur 'Multiaktivitätsgesellschaft' ist insgesamt mit einer veränderten Gesellschaftsdiagnose zu begründen, deren wesentliche Befunde folgende sind:

⁹⁷ Hirsch kritisiert an der These, dass mit dem Übergang zur 'Wissensgesellschaft' die Wertproduktion nicht mehr so sehr von 'Arbeit' und 'Kapital' und immer mehr von Information und Wissen abhängt, dass "Wissen" und "Information" keine freischwebenden 'Produktionsfaktoren' sind, sondern in die Maschinerie oder in die lebendige Arbeitskraft inkorporiert bleiben. Dies schlägt sich in der tendenziellen Höherqualifizierung von Teilen der Lohnabhängigen und verstärkten Spaltungen zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften nieder. Desweiteren ist der Dienstleistungsbereich, innerhalb dessen 'Wissen' und 'Information' produziert und zirkuliert wird, integraler Bestandteil des materiellen Produktionsprozesses" (Ders. 1999: 5).

- a) die Zunahme diskontinuierlicher, prekärer und unproduktiver Dienstleistungsarbeit, die kaum existenzsichernd ist,
- b) die Erosion traditioneller (fordistischer) Lohnarbeit als organisierendes Zentrum der Wohlstandsverteilung und
- c) die Entwicklung einer 'Arbeitsökonomie' hin zur einer 'Wissensökonomie', in der zusätzlich verringerte Möglichkeiten zur Wohlstandsproduktion und -verteilung bestehen.

2.2.3.3.4 Kommentar

Grundsätzlich ist zunächst anzumerken, dass bei Gorz (2000) mit der Problemanalyse eher der marxistische Theoretiker durchschlägt und mit dann entfaltetem Zukunftsvision eher der gesellschaftliche Konflikte ausblendende Utopist. Während das Problemszenario bei Gorz (2000) an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen anknüpft (s.o.) und weiterführende Befunde und Fragestellungen enthält, sind bei der Perspektivenformulierung größere Zweifel angebracht.

Zunächst zum Problemszenario:

Von Gorz (2000) wird das „Problem der Arbeitsgesellschaft“ bzw. das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ darin gefasst, dass im Kontext von Globalisierung und postfordistischer Restrukturierung „Lohnarbeit“, mit ihrer Ersetzung durch prekäre und diskontinuierliche Erwerbsarbeit und schließlich dem perspektivischen Ende der Lohnbeziehung, nicht mehr zur sozialen Integration und gesellschaftlichen Kohäsion (über Klassenbildung) beitragen kann und auch nicht mehr in der Lage ist, eine Schutzfunktion gegenüber einer einseitigen Aneignung der Arbeitskraft auszuüben. Eine besondere Leistung von Gorz ist es, mit der Erosion der „fordistischen Lohnarbeit“ auf den Funktionsverlust von Lohnarbeit als organisierendes Zentrum von Wohlstandsverteilung (Lohnarbeit als arbeitspolitische Basis für Klassenwiderstand und den Zusammenhalt der Arbeitnehmer) hingewiesen zu haben. Derartige Einlassungen fehlen bei Rifkins These vom „Ende der Arbeit“ (Rifkin 1995) völlig. Castells (2001a) analysiert zwar erhellend die Flexibilisierung von Arbeit, verweist nicht nur auf daraus resultierende Probleme der Einkommenssicherung und sozialen Absicherung,

sondern auch auf die drohende Fragmentierung der Gesellschaft, scheint aber nicht aufmerksam für die von Gorz (2000) herausgearbeitete arbeitspolitische Bedeutung von Lohnarbeit als Widerstands- und Organisationsraum gegenüber einer einseitigen Ausbeutung der Arbeitskraft, die laut Gorz jetzt wieder möglich sei, da mit der postfordistischen Produktionsrestrukturierung der Klassenwiderstand entscheidend geschwächt wurde.

Zumindest fraglich erscheint demgegenüber die Gorz'sche Sichtweise, dass unproduktiver werdende soziale Dienstleistungsarbeiten (z. B. in der Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheitsbranche), als einziger Bereich in dem gegenwärtig Arbeitsplätze geschaffen werden, sich nicht dauerhaft als marktförmiger Bereich durchsetzen werden. Denkbar ist zumindest dessen verstärkte Subventionierung.

Ebenso ist der dritte Anknüpfungspunkt des Gorz'schen Perspektivenwechsels – die Implikationen einer sich herausbildenden Wissensökonomie – wenig überzeugend. Auch wenn man Gorz zugesteht, dass sich Wissen nicht als Privateigentum, dafür aber als Gemeingut eignet, muss dies nicht bedeuten, dass damit die Grundlagen für Wohlstandsproduktion und -verteilung per se entfallen.

Vergleichsweise fundierter sind der von Gorz (2000) verwendete Globalisierungsbegriff und dessen Einbettung in den Theoriekontext der Fordismus/Postfordismustheorie. Deutlicher als Manuel Castells (2001a), bei dem das 'informationelle Paradigma' Motor einer primär 'ökonomischen Globalisierung' zu sein scheint, verwendet Gorz (2000) einen politischen Globalisierungsbegriff und hat einen politischen Umverteilungsprozess im Blick: „Für ihre Hauptakteure stellt die Globalisierung jedoch keinen Zwang dar, den sie erleiden, sondern eine Reihe von Zwängen, die sie durchsetzen, um ihre Macht zu stärken. Diese weltweite Macht konzentriert sich in immer weniger Händen“ (a. a. O.: 30).⁹⁸

Nicht ausreichend begründet bzw. nicht ausreichend spezifiziert, ist zudem die These, dass mit der Zunahme diskontinuierlicher Arbeit Freizeit zur sozialen Zeit wird und damit Lohnarbeit an Wertigkeit verliert (vgl. Gorz 1998b: 51; 2000: 84 ff.). Ein sich individuell einstellender Wertewandel ist bei freiwilligen Auszeiten (z. B. wegen Kinderbetreuung oder sozialen Projektarbeiten) aus einem gesicherten Arbeitsverhältnis heraus durchaus vorstellbar, weniger allerdings bei erzwungenen Pausen von der Erwerbstätigkeit wegen Arbeitslosigkeit.

⁹⁸ Siehe in Gorz (2000) vor allem das Kapitel I. „Vom Sozialstaat zum Kapitalstaat“ (a. a. O.: 18-49).

Gegenüber dem Problemszenario sind die von Gorz (2000) vorgestellten Perspektiven mit größeren Fragezeichen zu versehen:

Zunächst muss sich die Vision der Multiaktivitätsgesellschaft die Frage gefallen lassen, ob ein gleichzeitiges oder auch abwechselndes multiaktives Tätigsein in der Erwerbsarbeit und in diversen nicht-erwerbswirtschaftlichen, sozialen Aktivitäten tatsächlich für jeden so attraktiv ist. Denkbar ist zumindest, dass für einen Teil der Bevölkerung auch ein primär in der Arbeitswelt stattfindendes Leben durchaus dauerhaft Befriedigung vermitteln kann. Unklar ist zudem, was der Eigenarbeits-Sektor, der hoch technisiert und damit auf jeden Fall auch hoch arbeitsteilig sein würde, mit Gorz' Begriff von 'Eigenarbeit', als Produktion lebensnotwendiger Gebrauchsgüter und Dienstleistungen, bei der Hersteller und Nutznießer identisch sind (vgl. Gorz 1989: 217), noch zu tun hat. Eine Blindstelle im Konzept multiaktiven Arbeitens ist ferner, dass von Gorz kaum Aussagen zur Umverteilung von Erwerbs- und weiblicher Reproduktionsarbeit getroffen werden.

Trotz dieser Kritik an seiner Vision der Multiaktivität als gesellschaftlicher Alternative, ist positiv zu würdigen, dass Gorz mit seiner Gesellschaftskritik und seinem Plädoyer in eine Multiaktivitätsgesellschaft überzutreten, eine grundlegende Veränderung der Arbeitsverhältnisse, Arbeitsformen und sozialen Beziehungen anvisiert. Doch wie in seinen frühen Werken (Gorz 1980, 1983: vgl. Kapitel 2.1.2.2) will Gorz den Kapitalismus abschaffen, obwohl sein Ökonomiekonzept auf der dualen Konzeption eines kapitalistischen und eines selbstbestimmten Eigenarbeits-Sektors basiert, die perspektivisch über ihre kapitalistische Formbestimmung hinauswachsen soll. Gegenüber diesem Leitgedanken wurden bereits grundlegende Einwände erhoben (vgl. Abschnitt 2.1.2.2 dieser Arbeit), so ist u. a. fraglich, „wie sich ein lokaler Eigenarbeits-Sektor angesichts der Dominanz der globalisierten kapitalistischen Produktion und ihrer Dynamik überhaupt relativ unabhängig und selbstbestimmt entwickeln lassen sollte“ (Hirsch 1999: 11). Unterbelichtet ist bei Gorz (2000) zudem, wie in Utopia bzw. in der (zunächst) fortbestehenden kapitalistischen Erwerbsarbeitsökonomie, Reichtum trotz prognostizierten Kaufkraftverlust entsteht, angeeignet und verteilt werden soll, und ob perspektivisch der Sozialstaat und tarifpolitische Errungenschaften gänzlich fallen gelassen werden sollen?

Hinsichtlich der arbeitszeitpolitischen Perspektiven ist zunächst grundsätzlich zu anmerken, dass Zeitgewinn nicht automatisch durch die Abnahme des Arbeitsvolumens entsteht (vgl. Kapitel 2.1.2.2 dieser Arbeit). Positiv zu würdigen ist, dass Gorz den arbeitszeitpolitischen Fokus auf diskontinuierlich Teilzeitarbeitende richtet. Seine These lautet, dass mit ihrer Zunahme die traditionelle Arbeitszeitverkürzungspolitik, die ihren Schwerpunkt auf die Verkürzung von Wochenarbeitszeiten Vollzeitbeschäftigter richtet, zunehmend weniger Sinn macht. Allerdings ist nun gerade bezüglich des vom Gorz positiv als Politik des Übergangs herausgestellten „Dänischen Modells der Freistellungen“ festzustellen, dass dieses lediglich für Vollzeitbeschäftigte sinnvoll sein kann, da Teilzeitbeschäftigte von dem (bedingten) Grundeinkommen allein kaum leben können. Fraglich erscheint zudem, ob Freistellungsphasen ausreichend sind, um auch nach Wiedereinstieg in (Vollzeit-)Arbeit dauerhaft einen Wertewandel und eine Umorientierung der Lebensführung in Richtung selbstbestimmter Selbstversorgungsaktivitäten auszulösen.

Hinsichtlich des Plädoyers von Gorz für ein bedingungsloses Grundeinkommen wird zu Recht gemeinhin eingewandt, dass die Ablehnung einer Arbeitspflicht negiert, dass es immer widrige Spielarten der Arbeit geben wird. Wenn Gorz (2000) fordert, „die Gesellschaft so zu organisieren, dass es keine Anreize braucht, um die Menschen zur Arbeit zu motivieren“ (a. a. O.: 128), wird diese Tatsache ausgeblendet.⁹⁹

Hinsichtlich der Akteure des Wandels hin zur Multiaktivitätsgesellschaft betont Gorz: „Die institutionellen Entscheidungsträger, die diese Politiken ins Werk setzen können, sind jedoch nicht die Akteure jener anderen Gesellschaft, die heraufkommen muß. Man darf von der Politik nur erwarten, daß sie die Freiräume schafft, in denen sich die alternativen Praktiken entwickeln können“ (a. a. O.: 111). Als bereits heutzutage vorfindbare empirische Beispiele dieser ‚alternativen Praktiken‘ verweist er auf Tauschringe, die zu Räumen des Widerstandes würden. Hier ist kritisch anzumerken, dass Gorz unwirkliche, idealisierte Menschen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. So schwebt ihm vor, „dass die Einzelnen sich von der Beherrschung durch die Arbeit emanzipieren, um sich in der Vielfalt ihrer mannigfaltigen Aktivitäten zu entfalten“ (a. a. O.: 158). Dabei hat er immer Einsichtige im Visier, die vernünftig reagieren. Zudem erscheint unklar, warum die ‚institutionellen

⁹⁹ Das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens wurde bereits einer grundlegenden Kritik unterzogen (vgl. Abschnitt 2.1.2. 3 dieser Arbeit).

Entscheidungsträger` freiwillig Freiräume für `alternative Praktiken` schaffen sollten. Claus Koch (1998) wirft deshalb mit einigem Recht Gorz eine "schlechte Utopie" vor, weil die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen solcher Veränderungen nicht berücksichtigt werden (vgl. a. a. O.: 87). Und auch Joachim Hirsch ist zuzustimmen, wenn er argumentiert, dass ein emanzipativer Umbau der Arbeitsgesellschaft, der sich nicht darauf beschränkt, die Arbeitsverhältnisse einfach nur kapitalförmig neu zu arrangieren, revolutionäre Prozesse und eine tiefgreifende Umwälzung der Lebensweisen, Konsumformen und sozialen Beziehungen voraussetzen: „Der befreiende Umbau der Arbeitsgesellschaft läßt sich also nicht nur durch technisch-organisatorische Planskizzen und Modelle erreichen, sondern wird im Rahmen politisch-sozialer Kämpfe und den daraus resultierenden Lernprozessen durchgesetzt werden müssen“ (Ders. 1999: 11).

Weiterführende Leitfragen

Insgesamt ergibt sich aus der kritischen Rekonstruktion von Gorz (2000) im Wesentlichen folgender arbeitspolitischer Rahmen weiterführender Leitfragen:

- (1) Wie kann angesichts zunehmender diskontinuierlicher Erwerbsarbeit die materielle Teilhabe an der Wohlstandsproduktion gewährleistet werden? Sind die Grundlagen des Sozialstaates, die mehr oder weniger auf der Verbindung von Erwerbsarbeit mit sozialer Sicherung basieren, infrage gestellt? Damit verbunden ist die gesellschaftstheoretische Frage, wie sich Wohlstandsproduktion im `Fordismus` und `Postfordismus` vollzieht.¹⁰⁰
- (2) Eine weiterführende Frage ist auch, ob Lohnarbeit in Kontext ihrer postfordistischen Restrukturierung tatsächlich seine Potenziale derart eingebüßt hat, dass sie nicht als organisierendes, arbeitspolitisches Zentrum von Wohlstandsverteilung taugt. Welche arbeitspolitischen Konsequenzen sind zu formulieren?
- (3) Ist die soziale Kohäsion nach der postfordistischen Restrukturierung von Lohnarbeit tatsächlich in Auflösung begriffen, und bieten sich Perspektiven eines erweiterten

¹⁰⁰ Hier sind zudem gesellschaftstheoretische Fragen aufgeworfen, ob die Begrifflichkeiten „Fordismus“ und „Postfordismus“ sowie ihr Theoriekontext geeignete Erklärungsmodelle für den gesellschaftlichen Wandel liefern und ggf. wie theoretisch unterfüttert oder modifiziert werden müssten. Zur Kritik am Begriff `Postfordismus` siehe Girschner (2011).

Arbeitsbegriffs hinsichtlich der Probleme sozialer Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalts als Problemlösung an?

- (4) Wie ist eine Umverteilung von Arbeit mit individueller und kollektiver Zeitsouveränität zu verbinden? Wenn diskontinuierlich Teilzeitbeschäftigte in den Fokus von Arbeitszeitpolitik gestellt werden, ist dann Arbeitszeitpolitik mit Einkommenssicherungspolitik zu verknüpfen?

2.2.3.4 Wolfgang Bonß: Entwicklungsmöglichkeiten zwischen Stabilisierung und Transformation

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft werden in der Regel eindeutige Standpunkte zu der Frage eingenommen, ob entweder die Rede vom Ende der Arbeitsgesellschaft oder die von der Krise bzw. Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft gerechtfertigt ist. Jeweils werden zudem empirische Daten zur bisherigen Entwicklung von Erwerbsarbeit zur Fundierung herangezogen. Einen gänzlich anderen Ansatz verfolgt demgegenüber der deutsche Soziologe Wolfgang Bonß in seinem Artikel „Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?“ (Ders. 2000).¹⁰¹ Seine zentrale These besagt, dass grundlegende Entwicklungsoptionen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft weiterhin offen sind. Zunächst referiert Bonß Daten zur empirischen Entwicklung von Erwerbsarbeit, arbeitet dann zentrale Variablen eines Strukturwandels der Erwerbsgesellschaft heraus und entwickelt schließlich verschiedene Szenarien zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft.

2.2.3.4.1 Problemszenario: Dynamisierung der Erwerbsbiografien

Zur empirischen Entwicklung von Erwerbsarbeit stellt Bonß fest, dass sich nicht nur eine Relativierung des ‚männlichen Familiernährermodells‘ und des ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ erkennen lasse. Insbesondere aus Längsschnittanalysen werde

¹⁰¹ Siehe von Bonß auch die Artikel „Das Ende der Normalität. Abschied von der Erwerbsgesellschaft“ (1998) und „Zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit. Ein Beitrag zur Debatte um die Arbeitsgesellschaft“ (2002). Wolfgang Bonß ist Professor für allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr, München.

deutlich, dass in den 1980er Jahren schon bei einem Beobachtungszeitraum von nur fünf Jahren zwei Drittel der Erwerbsfähigen zwischen unbefristeter Vollzeitbeschäftigung und anderen Arbeitsformen oder zwischen Beschäftigung und Nichtbeschäftigung und Wiederbeschäftigung pendelten.¹⁰² Auch habe die empirische Erosion des Normalarbeitsverhältnisses auf der normativen Ebene zu dessen Aufwertung geführt. Insgesamt werde eine ‚Dynamisierung der Erwerbsbiografien‘ sichtbar, mit der einerseits die erwerbsbiografische Unsicherheit ansteige, dieser Anstieg andererseits aber nicht mit einer dauerhaften Ausgrenzung und Marginalisierung gleichgesetzt werden dürfe: „Zwar steigt die Zahl der Ausgegrenzten. Aber noch stärker wächst die Zahl derer, die über keine stabile Beschäftigung im Sinne eines ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ verfügen, die zeitweise armutsgefährdet sein können, aber langfristig arbeitsmarktorientiert bleiben...“ (Bonß 2000: 340).

Mit dem Befund, dass bisher trotz der Dynamisierung der Erwerbsbiografien eine langfristige Arbeitsmarktorientierung der Erwerbsfähigen Bestand hat, widerspricht Bonß also der These vom Ende der Arbeitsgesellschaft und relativiert die Wahrscheinlichkeit einer Vergemeinschaftung jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft, wie sie André Gorz (2000) mit seiner Vision einer Multiaktivitätsgesellschaft prognostizierte. Dieser Befund ist für Bonß allerdings nicht endgültig. Nicht auszuschließen seien ‚tiefergehende, zusätzliche Situationsveränderungen‘ und ‚arbeitsmarktferne Entwicklungen‘, die mit den Instrumenten der Arbeitsmarktanalyse (Quer- und Längsschnittdaten, Beschäftigungsprognosen) nicht ausreichend erfasst werden könnten. Bonß führt dazu die Prozesse der Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, Individualisierung und Politisierung als Hintergrundfolie gesellschaftsbezogener Modernisierungsanalysen aus. Diese würden gewissermaßen einen Strukturwandel der Rahmenbedingungen der Erwerbsgesellschaft auslösen und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft offen lassen.

2.2.3.4.2 Alternativszenarien jenseits und diesseits der Erwerbsarbeit

¹⁰² Bonß bezieht sich hier auf eigene empirische Vorarbeiten (vgl. Bonß/Plum 1990).

Entsprechend entwickelt Bonß verschiedene Szenarien zur Zukunft der Arbeit, „nämlich sowohl diesseits als auch jenseits der Erwerbsarbeit“ (a. a. O.: 363), die er als zwei unterschiedliche politische Optionen bzw. mögliche Reaktionen auf die von ihm skizzierten Umbrüche interpretiert. So könne auf die Krise der Erwerbsgesellschaft erstens mit einem grundsätzlichem Votum für eine ‚Erhaltung der Erwerbsgesellschaft‘ reagiert werden (dieses bezeichnet Bonß als ‚Trendszenario‘ und ‚Votum I‘). Mit diesem würde an der Idee der vollständigen Vergemeinschaft über Lohnarbeit festgehalten. Die Maxime wäre, mehr Lohnerwerbsarbeitsplätze zu schaffen. Andere Arbeitsformen als Erwerbsarbeit würden nur solange als förderungswürdig gelten, wie sie nicht in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit stehen. Im Trendszenario würde die Kopplung von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit weiterhin befürwortet werden, allerdings könnte hier die private Vorsorge ein mögliches funktionales Äquivalent darstellen.

Denkbar sei zweitens aber auch das entgegengesetzte Votum für eine ‚Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit‘ (dies bezeichnet Bonß im Weiteren als ‚Alternativszenario‘ und ‚Votum II‘). Dieses würde sich eher für Alternativen zur Lohnarbeit stark machen, also Eigenarbeit, öffentliche Arbeit oder Bürgerarbeit fördern und nach Möglichkeiten einer nicht-lohnarbeitszentrierten Sozialpolitik suchen. Im Alternativszenario würde für eine Lockerung des Zusammenhangs zwischen Normalarbeit und Sozialpolitik votiert werden. Hier sei an eine Kombination aus erwerbsarbeitsbasierter, wohlfahrtsstaatlicher Sicherung und Förderung von Eigenarbeit und öffentlich-gemeinnütziger Arbeit zu denken. Diese Kombination könnte von einem steuerfinanzierten Grundeinkommen begleitet werden, um die Selbstorganisation der individualisierten Bürger zu ermöglichen.

Hinsichtlich des Trend- und Alternativszenarios skizziert Bonß jeweils eine Positiv- und eine Negativ-Variante und differenziert somit vier mögliche Entwicklungspfade, die er im Einzelnen durch dekliniert:

(1) Positiv-Variante des Trendszenario

In der Positiv-Variante des Trendszenarios, dem einer ‚radikal individualisierten Erwerbsgesellschaft mit dominant marktgesteuerter sozialer Integration‘, seien deren Verfechter davon überzeugt, dass das Erwerbsarbeitspotential im Übergang zur Wissens- und

Dienstleistungsgesellschaft langfristig groß genug ist, um langfristig die gesellschaftliche Bindung an und die soziale Integration durch Erwerbsarbeit zu sichern. Für dieses Ziel würden sie auf die Verbilligung von Arbeit setzen (u. a. durch die Reduzierung der Lohnnebenkosten, Aufweichung von Flächentarifverträgen und Individualisierung der Lohnstruktur), die Erhöhung der Potentiale der Erwerbsarbeit im Umweltsektor und bei den Dienstleistungen anvisieren und versuchen das Beschäftigungspotential besser zu verteilen (u. a. durch die Förderung von Teilzeitarbeit und Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit). Die anvisierte Radikalisierung der Erwerbsgesellschaft wäre letztlich nur bei einer nachhaltigen Flexibilisierung und Individualisierung der Erwerbsarbeit vorstellbar, deren Durchsetzung für traditionelle Solidaritätskonzeptionen ebenso wenig Platz ließe, wie für Betriebsräte und Gewerkschaften: "Denn die auf sich selbst gestellten Individuen haben keine gemeinsamen, kollektivierenden Arbeitserfahrungen mehr und kämpfen prinzipiell alle gegeneinander" (a. a. O.: 381). Bonß befürchtet zudem, dass es zu einem Abbau der gesetzlichen Sozialversicherungen und des Sozialstaates zugunsten privater Vorsorge kommen würde.

(2) Negativ-Variante des Trendszenarios

Bonß ist hinsichtlich des Beschäftigungspotentials im Dienstleistungsbereich sehr skeptisch. Wahrscheinlicher ist für ihn daher das Negativszenario, einer 'desintegrierten, krisenhaften Zwei-Drittel/Ein-Fünftel-Erwerbsgesellschaft mit neuen sozialen Ungleichheiten'. Seine Prämissen lauten hier, dass die Fixierung auf Erwerbsarbeit und Markvergesellschaftung politisch weiterhin aufrechterhalten wird. Im Unterschied zum Positivszenario würden die angenommenen Absorptions- und Integrationsleistungen (neue Arbeitsplätze, ausreichendes Einkommen für soziale Sicherung) allerdings nicht erbracht werden. Damit sei eine Gesellschaftsspaltung, die am ehesten auf eine Dreiteilung der Gesellschaft zulaufen würde, absehbar. Allerdings sei die Grenze zwischen Gewinnern und Verlierern keineswegs so starr, wie oft unterstellt.¹⁰³ Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Auf- und Abwärtsmobilität würden Einkommensdifferenzen und Verarmungsprozesse zunehmen, die sich insbesondere

¹⁰³ Längsschnittuntersuchungen würde belegen, dass das Risiko arbeitslos und vielleicht zum Sozialhilfefall zu werden, heute weit mehr Personen treffe als vor zwanzig Jahren. Umgekehrt sinke die Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut.

bei der sozialen Sicherung bemerkbar machen würden. Bezogen auf die Flexibilisierungs- und Rationalisierungsanforderungen sei von einer Spaltung des Arbeitsmarktes in die drei Segmente der 'Rationalisierungsgewinnler', 'Rationalisierungsdulder' (Berufsbiografien mit Arbeitslosigkeitsphasen und wechselnden Beschäftigungsformen) und 3. 'Rationalisierungsverlierer' (dauerhaft Ausgegrenzte) auszugehen.

(3) Die Negativ-Variante des Alternativszenarios

Bonß schließt nicht aus, dass es langfristig in der Negativ-Variante des Alternativszenarios zu einem unfreiwilligen Übergang zu einer 'desintegrierten Nicht-Erwerbsgesellschaft' kommen kann. Ein unfreiwilliger Übergang sei zwar unwahrscheinlich, da Erwerbsgesellschaften kaum blind in die Zukunft hineinstolpern würden, aber er könnte dann eintreten, wenn die Gruppe der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen zur Mehrheit wird und die Orientierung an der Idee einer marktwirtschaftlichen Integration mehrheitlich gebrochen wird, denn: "soziale Integration durch den Markt setzt voraus, daß zumindest die Chance bestehen muß, sich mittels Erwerbsarbeit zu reproduzieren" (a. a. O.: 394).

(4) Die Positiv-Variante des Alternativszenarios

In der Positiv-Variante des Alternativszenarios 'Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit' ginge es um eine politisch gesteuerte, allmähliche (Selbst-)Aufhebung der Erwerbsgesellschaft, nicht um eine Abschaffung der Erwerbsarbeit, sondern um ihre Relativierung. Erwerbsarbeit wäre nur eine unter mehreren Arbeitsformen. Soziales Ansehen, berufliche Förderung und soziale Sicherung wären nicht mehr an die Erwerbsarbeit gekoppelt. Der erwerbsgesellschaftlichen Vergesellschaftung würde eine politische Vergesellschaftung gegenübergestellt. Neben den formellen Sektor der Erwerbsarbeit würde zunehmend ein informeller Sektor treten. Um in diesem Szenario eine Spaltung der Gesellschaft in Angehörige des formellen und informellen Sektors zu vermeiden, wäre es unumgänglich, die Erwerbsarbeit anders zu verteilen. Bonß denkt u. a. an eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 27 Stunden die Woche, weist aber auch auf negative Konsequenzen für Einkommen, Konsummöglichkeiten und soziale Absicherung hin. Seine Argument lautet hier:

"Angesichts des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums und des sinkenden Anteils der Erwerbsarbeit an diesem Reichtum stellt sich die Einkommens- und Verteilungsfrage neu" (a. a. O.: S.403). Konkret denkt er an ein (steuerfinanziertes) Grundeinkommen in Form einer 'Grundrente' und an die Schaffung von Einkommen aus Kapitalbeteiligungen.¹⁰⁴ Neben der Abkopplung der Einkommen von der Erwerbsarbeit und der stärkeren Beteiligung an Kapitaleinkünften sei es allerdings langfristig wichtiger, mit veränderten Wohlstandsparametern zu rechnen. Sei Wohlstand bisher an Güterwohlstand, Mobilität und Erwerbseinkommen gemessen worden, würden jenseits der Erwerbsgesellschaft Zeitwohlstand, soziale Verbindlichkeit und Eigenarbeit als Wohlstandsparameter wichtiger.¹⁰⁵ Nicht die ökonomische Verfügbarkeit sondern die politische Gestaltbarkeit werde zum zentralen Bezugspunkt der Wohlstandsdefinition. In der Logik des Alternativszenarios – so Bonß – bestünde die primäre Aufgabe staatlicher Sozialpolitik vor allem darin, den Individuen die Infrastruktur zur Selbstorganisation zur Verfügung zu stellen. Dies solle über ein Grundeinkommen und die Möglichkeit geschehen, ergänzend weiterhin Sicherheitsansprüche durch die Erwerbsarbeit zu erwerben (vgl. a. a. O.: 405).

2.2.3.4.3 Kommentar

Insgesamt widerspricht der Beitrag von Bonß (2000) der Analyse von Gorz (2000), dass die Arbeitsgesellschaft zu Ende geht, da sie nicht mehr in der Lage ist, in ausreichendem Umfang zur sozialen Integration und zur gesellschaftlichen Kohäsion beizutragen. Das Gegenargument von Bonß lautet, das bisher begleitet von einer Dynamisierung von Erwerbsbiografien langfristige Arbeitsmarktorientierungen bei der Mehrheit der Erwerbsfähigen Bestand haben. Zwar ist für Bonß das negative Trendszenario einer 'desintegrierten, krisenhaften Zwei-Drittel/Ein-Fünftel-Erwerbsgesellschaft' das wahrscheinlichste Zukunftsszenario, grundsätzlich sei die Zukunft der Arbeitsgesellschaft aber offen. Er selbst plädiert deutlich für ein gesellschaftliches Votum für das von ihm skizzierte positive Alternativszenario.

¹⁰⁴ Bonß nennt den Investivlohn als Möglichkeit das Ungleichgewicht zwischen kapital- und erwerbsarbeitsbezogenen Einkommen ansatzweise zu kompensieren.

¹⁰⁵ Hier nimmt Bonß Bezug auf alternative Wohlstands begriffe im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte (vgl. BUND/Misereor 1996).

Zunächst ist positiv zu würdigen, dass der Artikel und der Szenarioansatz von Bonß von aktueller Bedeutung sind. Schließlich öffnet seine These, dass die Zukunft der Arbeitsgesellschaft offen ist, da sie sowohl von sich verändernden gesellschaftlichen Randbedingungen als auch von gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen abhängig ist, den Blick für grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsoptionen, inklusive deren Chancen und Risiken.

Retrospektiv lässt sich anmerken, dass seine Einschätzung, dass das 'negative Trendszenario' das wahrscheinlichste Zukunftsszenario ist, zumindest bisher als grundsätzlich zutreffend erscheint. Allerdings werden weiterführende Fragen nach den konkreten sozialstrukturellen Auswirkungen sozio-ökonomischer Umbrüche aufgeworfen:

- Zeichnen sich tatsächlich eine Gesellschaftspaltung (in eine 'Zweidrittel- oder Ein-Fünftel-Erwerbsgesellschaft') und zunehmende Segregation des Arbeitsmarktes (in 'Rationalisierungsgewinner', '-dulder', '-verlier') ab,
- oder sind die Grenzen zwischen Gewinnern und Verlierern relativ flexibel und eine gestiegene Auf- und Abwärtsmobilität gegeben?
- In welchem Umfang werden Erwerbsfähige bzw. einzelne Gruppen (z. B. Jüngere, Ältere, Frauen, MigrantInnen, Menschen aus den neuen Bundesländern) dauerhaft ausgeschlossen?
- Gerät dadurch die marktwirtschaftliche Integration derart in Gefahr, dass der Übergang zu einer 'desintegrierten Nicht-Erwerbsgesellschaft' erfolgen kann?

Angreifbar ist die These von Bonß, dass sich die Verteilungsfrage heute neu stellt, da lebendige Arbeit einen sinkenden Anteil an der gesellschaftlichen Reichtumsgenerierung besitzt. Manuel Castells (2001a) etwa konstatierte, dass lebendige Arbeit für die Reichtumsproduktion in einer 'informationellen Gesellschaft' sogar noch wichtiger geworden ist, wenngleich die Möglichkeiten der Arbeitnehmer, davon zu profitieren, geringer geworden sind: „Nie war die Arbeit für den Prozess der Wertschöpfung von zentralerer Bedeutung. Aber niemals waren auch die Arbeitskräfte – ohne Ansehen ihrer Qualifikation – gegenüber der Organisation so verwundbar, weil sie bloße Individuen geworden waren, die innerhalb eines flexiblen Netzwerkes vermietet wurden, ...“ (Castells, 2001a: 319). Auch Gorz (2000) machte deutlich, dass im Zuge der postfordistischen Restrukturierung aus Sicht der Arbeitnehmer eher abnehmende Möglichkeiten der Aneignung gesellschaftlichen Wohlstands,

als etwa die Bedeutungszunahme anderer Reichtumsquellen (als lebendige Arbeit) zum Problem geworden sind. Hier schließen sich Fragen an, in welchem Umfang heute Wohlstand über lebendige Arbeit (‘Mehrwert’) und über andere Einkommensquellen (u. a. Kapitalbeteiligungen) produziert wird, inwiefern sich die Aneignungsmöglichkeiten an der Wohlstandsproduktion verändert haben und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.¹⁰⁶

Auch das Argument von Bonß, in dem von ihm präferierten positiven Alternativszenario (‘Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit’) sei es primäre Aufgabe von staatlicher Sozialpolitik, über ein Grundeinkommen die Infrastruktur zu Selbstversorgung zur Verfügung zu stellen, und in diesem Konzept würden vor allem veränderte Wohlstandsparameter (Zeitwohlstand, soziale Verbindlichkeit und Eigenarbeit statt Güterwohlstand und Einkommen) „nicht unbedingt auf eine Verarmung hinauslaufen“ (a. a. O.: 404), provoziert skeptische Nachfragen. So lässt sich u. a. fragen, ob diese ‘veränderten Wohlstandsparameter’ unter Preisgabe der bisherigen Aufgaben von staatlicher Sozialpolitik sich erstens tatsächlich erfüllen (z. B. Zeitwohlstand), und zweitens ob diese Wohlstandsparameter nicht eher als Armutsparameter empfunden werden würden.

Der zentrale Schwachpunkt in der Analyse von Bonß ist sicherlich eine bei Bonß kaum erkennbare Akteurs- und Herrschaftsperspektive. Noch weniger als etwa bei der Vision einer Multioptionsgesellschaft (Gorz 2000) wird nach Akteuren eines gesellschaftlichen Wandels gefragt. Bonß hält es scheinbar für möglich, dass allein durch ein gesellschaftliches Votum – unabhängig von gesellschaftlichen Kämpfen - ein anderes Gesellschaftszenario quasi gewählt werden könnte.

¹⁰⁶ Eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen wie sie Bonß vorschlägt, wurde in dieser Arbeit bereits skeptisch beurteilt (vgl. Abschnitt 2.1.2.3). Die ergänzende Schaffung von Einkommen aus Kapitalbeteiligungen – wie sie Bonß als hilfreich hinsichtlich des von ihm postulierten ‘positiven Alternativszenarios’ bewertet, erscheint maximal als Teillösung für einzelne vergleichsweise privilegierte Erwerbstätige

2.3 Diskursanalytisches Zwischenfazit zur Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Sowohl die Debatten der 1980er Jahre, als auch die der 1990er Jahre wurden von einem epochalen und globalen politisch-ökonomischen Umbruchprozess ausgelöst und beeinflusst.¹⁰⁷ Die Debatteninhalte reflektieren Antwortversuche, der mit unterschiedlicher Macht ausgestatteten Diskursteilnehmer, auf diesen Umbruchprozess. Sie sind als Diskursstrategien zu interpretieren, die darauf zielen, wirkungsmächtig zu werden, indem sie durch Themensetzungen die legitimatorische Basis für politische Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse liefern. Dabei ist es Aufgabe von Diskursstrategien, die Problemwahrnehmung und die mit ihr verbundenen Handlungsanleitungen rhetorisch so abzusichern, dass es beim Subjekt erst gar nicht zu einem Abwägen kommt, ob ‚die Sache‘ näherer Aufmerksamkeit und einen eigenen Ressourceneinsatz Wert ist (vgl. Schetsche 2008: 129 ff.). Für eine Diskursanalyse ist daher nicht nur zentral, wer, warum, welche Thesen auf die Agenda bringt, sondern auch, was zugleich ausgeblendet wird (‘blinde Flecken’) und welche gesellschaftlichen Folgen dieses hat.

Um die ‘blinden Flecken’ der Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu erkennen, wurden erstens die Leitkriterien und Akteure des ‘neoliberalen Zukunftsdiskurses’ der 1990er Jahre mit der internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Krise der Arbeitsgesellschaft kontrastiert und zweitens - auch um zeitgeschichtliche Fokussierungen zu relativieren - die Diskussion der 1990er Jahre der der 1980er Jahre gegenübergestellt. In diesem diskursanalytischen Zwischenfazit können somit die rekonstruierten Debatten auf folgende zuvor aufgeworfenen Fragen fokussiert werden:

1. Warum wurde die Ende der 1980er Jahre ausgelaufene Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Mitte der 1990er Jahre als politischer Mainstream-Diskurs erneut aufgenommen, und warum ist der Diskurs schließlich um die Jahrtausendwende mit den ‘Hartz-Reformen’ ausgelaufen?

¹⁰⁷ Wie gezeigt bei Rifkin (1995) der Übergang zum „Informationszeitalter“, bei Castells (1996) der zum „informationellen Kapitalismus“ oder bei Gorz (2000) der Übergang zum „Postfordismus“.

2. Damit verbindet sich die Frage, welche Funktion die im neoliberalen Zukunftsdiskurs postulierte These – die besagte, dass die Zukunft der Erwerbsarbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt – erfüllte, wenn sie doch scheinbar politisch folgenlos blieb? Anders herum: Was wurde gerade nicht, mit welchen Folgen thematisiert?
3. Wenn man der Diskussion zur Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft, angesichts der gegenwärtig betriebpolitisch verengten Arbeitspolitikdebatte, aus der heraus gesellschaftsübergreifende Zukunftsfragen kaum noch gestellt werden, eine hohe Relevanz zusprechen möchte, wie müsste sie dann heute anders geführt werden? Welche Lehren sind aus dem Auslaufen der Debatte der 1980er Jahre zu ziehen, und welche Leitfragen und/oder Perspektiven lassen sich, aus der Diskursanalyse des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses und aus der Rekonstruktion und Kritik der neueren, internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte, formulieren?

Im folgenden Abschnitt 2.3.1 werden die Debatte der 1980er Jahre kurz mit der der 1990er Jahre verglichen und in Abschnitt 2.3.2 wird die Genese, das Ende und die Funktionalität des neoliberalen Zukunftsdiskurses im Kontext des politisch-ökonomischen Umbruchs des Kapitalismus herausgearbeitet. Danach werden in Abschnitt 2.3.3 Lehren und weiterführende Fragen der Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft konkretisiert.

2.3.1 Die Diskussionen der 1980er und 1990er Jahre im Vergleich

Aus der Gegenüberstellung der Diskussion der 1980er Jahre mit der der 1990er Jahre wird zunächst deutlich, dass die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre als Alternativökonomiedebatte weitestgehend innerhalb einer sozialwissenschaftlich informierten Szene verblieb, während die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre im Rahmen einer internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte geführt wurde, die in Deutschland von einem politischen Mainstream-Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft überlagert wurde. Letzterer wurde von politisch motivierten Zukunftskommissionen initiiert und knüpfte, vor allem in der Version der sogenannten 'Bayernstudie' (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996), an neoliberale Argumentationen an (vgl. Kapitel 2.2.1 und 2.2.2).

Wird der Vergleich ausschließlich auf die in den Sozialwissenschaften geführten Debatten der 1980er und 1990er Jahre bezogen, so zeigt sich, dass die Alternativökonomiedebatte der 1980er Jahre zumindest teilweise thematisch auch mit einer gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte verbunden war (hier insbesondere hinsichtlich arbeitszeitpolitischer Fragen) und als Bedingung für eine alternative Gesellschaftsentwicklung auch die Notwendigkeit einer kulturellen Revolution hervorgehoben wurde. Die Verwurzelung in der damaligen Alternativszene führte dazu, an den Lebenswelten und Perspektiven ihrer Mitglieder anzuknüpfen, auch wenn zugleich die Handlungsbedingungen und Perspektiven der Menschen außerhalb der Alternativszene aus dem Blick gerieten und damit mögliche Gemeinsamkeiten. Im Vergleich dazu haben die Perspektiven der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte der 1990er Jahre, etwa von Jeremy Rifkin (1995) hinsichtlich einer Zukunft der Arbeit im Dritten Sektor oder von André Gorz (2000) hinsichtlich seiner Vision einer Multiaktivitätsgesellschaft, eher den Charakter von Modellentwicklungen und Planspielen ´am grünen Tisch`, da sie kaum mit Hilfe der Problemwahrnehmungen, Wünsche und Chancenperzeptionen von Menschen in ihren vielfältigen Lebenssituationen formuliert wurden und auch kaum noch Bezüge zu aktuellen gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Programmatiken suchen.¹⁰⁸

Andererseits ist die seit Mitte der 1990er Jahre geführte internationale sozialwissenschaftliche Diskussion inhaltlich in ihren gesellschaftsstrukturellen Problemdiagnosen weiter als die der 1980er Jahre, auch wenn die entwickelten Perspektiven wiederum mit vielen Fragezeichen zu versehen sind. Als Mitte der 1980er Jahre in Deutschland mit „Das Ende der Arbeitsteilung“ (Kern/Schuhmann 1984) die erste Studie erschien, die auf ein neues Rationalisierungsmodell in der Produktion hinwies und das Ende der fordistischen Produktion signalisierte, konnten die gesamtgesellschaftlichen und arbeitspolitischen Folgen sowie der Globalisierungskontext noch nicht umfassend erkannt werden. Dies gelang erst in der sozialwissenschaftlichen Diskussion der 1990er Jahre. Manuel Castells (2001a) widersprach hier Jeremy Rifkins (1995) These vom Ende der industriellen Massenbeschäftigung und verwies stattdessen auf die Individualisierung von Arbeit, soziale Polarisierung und drohende

¹⁰⁸ So hat sich André Gorz 1989 mit seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ primär an gewerkschaftlich orientierte Leser gewandt und explizit arbeitszeitpolitische Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Programmatik formuliert. Dagegen ist in seinem Buch „Arbeit als Misere und Utopie“ (Ders. 2000) von Gewerkschaften kaum noch die Rede.

Fragmentierung der Gesellschaften im Übergang vom 'industriellen' zum 'informationellen Kapitalismus'. Eine besondere Leistung von Gorz (2000) ist es, im Kontext von Globalisierung und 'postfordistischer Restrukturierung' vor einer Erosion 'fordistischer Lohnarbeit' und vor einem Funktionsverlust von Lohnarbeit, als organisierendes Zentrum von Wohlstandsverteilung und sozialer Kohäsion, gewarnt zu haben.

2.3.2 Genese, Ende und Funktionalität des konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses im Kontext eines 'postfordistischen' Restrukturierungsprozesses

Die in der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte problematisierten gesellschaftsstrukturellen Veränderungen sind hilfreich, um Thesen zu generieren, warum die Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft Mitte der 1990er Jahre als politischer Mainstream-Diskurs neu aufgenommen wurde, welche Funktion ihre These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt, erfüllte und warum sie um die Jahrtausendwende auslief:¹⁰⁹

Meine These lautet, dass der Mainstream-Diskurs der 1990er Jahre im Kontext eines 'postfordistischen Restrukturierungsprozesses' zu sehen ist und gewissermaßen Suchrichtungen einer neoliberal orientierten, politischen und intellektuellen Elite reflektiert, angesichts eines in den 1970er Jahren sichtbar gewordenen allgemeinen Falls der Profitrate, Ökonomie, Gesellschaft und Kapitalakkumulation so zu verändern, dass entweder lebendige Arbeit billiger wird und/oder unbezahlte Subsistenztätigkeiten ausgedehnt werden, ohne zugleich auf Arbeit als Disziplinierungsmittel zur Herrschaftsabsicherung verzichten zu müssen.

Untermauern lässt sich diese These mit einem Exkurs zu Joachim Hirsch (1999), der gegen die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft eingewandt hat, dass unter kapitalistischen Produktionsbedingungen Arbeit als Quelle von Mehrwert überhaupt nicht ausgehen kann. Zum Kapitalismus gehörten die permanente Umwälzung der Produktions- und

¹⁰⁹ Das Auslaufen der Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre ist bereits mit gesellschaftsanalytischen Defiziten, diskursstrategischen Fehlentwicklungen und Veränderungen der gesellschaftlichen Kontextbedingungen begründet worden (siehe Abschnitt 2.1.3).

Arbeitsbedingungen und die zyklische Produktion einer industriellen Reservearmee. Was tatsächlich zu Ende gegangen sei, „ist eine spezifische historische Gestalt des Kapitalismus, nämlich der Fordismus“ (a. a. O.: 2).¹¹⁰ Dieser sei in den 1970er Jahren an immanente Schranken gestoßen, da sich der fordistische Klassenkompromiss zunehmend institutionalisiert hätte und so zu einer Schranke der Kapitalverwertung geworden sei. Zugleich hätten sich die in der tayloristischen Arbeitsorganisation liegenden Produktivitätsspielräume erschöpft. Die kapitalistische Lösung für den Fall der Profitate habe in einer grundlegenden Umstrukturierung der Arbeits- und Klassenverhältnisse in globalen Maßstab bestanden, die in einer *neoliberalen Globalisierungsoffensive* über die Flexibilisierung und Deregulierung der internationalen Waren-, Finanz-, Kapital- und Arbeitsmärkte verwirklicht worden sei. Mit der Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses, der Abkehr von der Politik der Vollbeschäftigung und einer umfassenden sozialen Sicherung sowie „der Ausdifferenzierung und Spaltung der Lohnabhängigen und der Möglichkeit, ihre nationalen Segmente verstärkt gegeneinander auszuspielen, erreichte das Kapital nicht nur eine strukturelle Veränderung der Einkommensrelationen zu seinen Gunsten, sondern schuf auch die Voraussetzungen für einen umfassenden Rationalisierungsschub und damit auch von dieser Seite her für eine nachhaltige Erhöhung seines Profits“ (a. a. O.: 3).

Hirsch hebt hervor, dass das Problem dieses ‚postfordistischen Restrukturierungsprozesses‘ bleibe, dass für die Produktion materieller Güter weniger lebendige Arbeit benötigt wird, die auf den Produktions- und Reproduktionsprozess bezogenen Dienstleistungen aber zunehmen. Wesentlich ist hier seine These, dass zwar der Fordismus darauf beruht habe, die Produktions- und Reproduktionsarbeit möglichst weitgehend in die Waren- und Lohnarbeitsform zu

¹¹⁰ Diesen charakterisiert Hirsch wie folgt: Der ‚Fordismus‘ „war geprägt von der Durchsetzung der tayloristischen Massenproduktion und des Massenkonsums, was mit einer durchgreifenden Beseitigung traditioneller Formen der Subsistenzproduktion ... einherging. ... Der fordistische Reproduktionszusammenhang war ... durch einen hohen Grad von Staatsinterventionismus, die Konzentration auf die Entwicklung der Binnenmärkte, eine stark ausgebaute tarifvertragliche und gesetzliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherung im nationalstaatlichen Rahmen geprägt. Getragen wurde er von einem Klassenkompromiß, der auf die Stabilisierung und Expansion der nationalen Ökonomien und ein darauf gestütztes Wirtschaftswachstum gerichtet war. Ökonomisch-politisch beinhaltete diese Wachstumskoalition ein spezifisches wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis von ‚Kapital‘ und ‚Arbeit‘“ (ebenda). Der ‚fordistische Klassenkompromiss‘ selbst hätte sich auf starke Gewerkschaften und staatliche Vermittlung gestützt und sich in spezifischen Institutionen, wie korporativ-sozialpartnerschaftliche Regulationsinstanzen, reformistische Volksparteien und sozialstaatliche Sicherungssysteme, materialisiert (vgl. ebenda).

bringen und diese zugleich zu regulieren und zu standardisieren, womit die Kosten der Arbeitskraftreproduktion in den Kapitalkreislauf direkt einbezogen und insofern 'internalisiert' gewesen seien, es jetzt aber darum zu gehen scheine, „viele Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit wieder zu peripherisieren und gleichzeitig reproduktionsnotwendige Dienstleistungen in schlecht oder überhaupt nicht bezahlte Arbeitsverhältnisse abzudrängen“ (ebenda).

Retrospektiv ist dazu festzustellen, dass tatsächlich mit dem Ausbau des Niedriglohnssektors – in Deutschland insbesondere mit der Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Jahr 2003 - vor allem Dienstleistungsarbeiten in schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse transformiert und ausgebaut wurden. Inwiefern unbezahlte Tätigkeiten zugenommen haben wäre empirisch - soweit methodisch möglich - zu prüfen. Deutlich ist aber, dass die im Mainstream-Diskurs Mitte der 1990er Jahre vorgenommene Aufwertung von Hausarbeit, freiwilliger sozialer Arbeit und Bürgerarbeit eine Antwort darstellt, wie reproduktionsnotwendige Dienstleistungen und deren Kosten aus dem Erwerbssektor herausgenommen werden könnten.

Mit dem neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurs ging es allerdings nicht nur darum, durch die ideelle Anerkennung von nicht entlohnter Arbeit, Frauen von der Erwerbsarbeit fernzuhalten (vgl. Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998). Er ist zugleich angesichts der Möglichkeit, dass die Arbeitsideologie der 'Leistungsgesellschaft' destabilisiert werden könnte, wenn auf Dauer von der Erwerbsarbeit Ausgeschlossene beginnen, ein machtpolitisch relevantes Protestpotential auszubilden, als soziale Befriedungsstrategie zu interpretieren. Die im konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs vorgeschlagenen Mischarbeits- und Bürgerarbeitsmodelle, die sich an Ausgegrenzte wenden und diese zeitweilig beschäftigen wollen, hätten eine Lösungsmöglichkeit sein können, damit Letztere sich nicht von der 'Leistungsgesellschaft' abwenden.

Kennzeichnend für die 'Bayernstudie' (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a) war, dass neben dem Ausbau unbezahlter Arbeit auch der Ausbau eines Niedriglohnssektors vorgeschlagen wurde. Insofern sind beide von Hirsch genannten Lösungsoptionen des postfordistischen Restrukturierungsprozesses im Mainstream-Diskurs sichtbar. Während den Strategieempfehlungen zur Förderung unbezahlter Arbeit von der Politik nicht gefolgt wurde, gelang trotzdem, allein durch den

Ausbau des Niedriglohnsektors im Dienstleistungsbereich, der im Wesentlichen auf von Frauen ausgeübter prekärer Teilzeitarbeit insbesondere im Bereich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse basiert (vgl. Brandt 2005b, 2006), die Neukonfiguration der Arbeitsgesellschaft. Mit dieser ist dann auch die These des Mainstream-Diskurses, dass die Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit liegt, überflüssig geworden.

Zudem wurde mit dem sich europaweit durchsetzenden arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel hin zur 'activation policy', für den kennzeichnend ist, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine neue Verzahnung eingehen, in der Sozialpolitik primär funktional für mehr Beschäftigung zu sein hat, der Ausbau des Niedriglohnsektors mit der Erneuerung der Arbeitsideologie verbunden (vgl. Brandt 2005b; De Graaf/Kristova 2005). Diese Rekonfiguration und Erneuerung waren in Deutschland im 'Hartz-Konzept' (vgl. Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002 sowie Bundesregierung 2003) und im legitimierenden Slogan des 'Forderns und Förderns' angelegt.¹¹¹

Die staatliche Förderung des Niedriglohnsektors an Stelle von unbezahlter Bürgerarbeit war also die faktische Lösung des Problems des postfordistischen Restrukturierungsprozesses, dass für die Produktion zwar weniger Arbeit benötigt wird, die auf den Produktions- und Reproduktionsprozess bezogenen Dienstleistungen aber anwachsen. Mit der nur prekären und kostengünstigen Einbindung der 'Überzähligen' in den Arbeitsmarkt konnten zugleich die Arbeitsideologie modifiziert und die Kosten für zunehmend reproduktionsnotwendige Dienstleistungen niedrig gehalten und im Ergebnis dem allgemeinen Fall der Profitrate erfolgreich begegnet werden.

¹¹¹ Auch hinsichtlich der aufgekommenen Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der parteiübergreifend (mit Einschränkung der FDP) seit etwa 2012 programmatisch – wenngleich unter unterschiedlicher Ausgestaltung - prinzipiell befürwortet wird, ist auf die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Jörg Dostal zu verweisen. Für Dostal wäre der arbeitsmarktpolitische Paradigmenwechsel der Hartz-Reformen auch mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes kompatibel und keineswegs als Re-Regulierung der Deregulierungen des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Reformen - auch im Kontext der Schwächung der Gewerkschaften – zu interpretieren: "Introducing a statutory minimum wage would recognize that the old system of collective wage bargaining between employers and unions has become too weak to govern the labor market. This would constitute a significant departure from the German model of the coordinated market economy, acknowledging that Germany has moved to a mixed model with a coordinated and uncoordinated employment sector. Thus, from the perspective of German policy-makers, the statutory minimum wage offers all the advantages of a political side-payment without questioning the underlying shift toward deregulatory labor market governance. It is exactly for this reason that the introduction of a statutory minimum wage can be expected in the near future—to calm down the opposition and to lock in the results of the past liberalizing decade in German labor market policy-making" (Dostal 2012: 116).

Die 'doppelte Krise der Lohnarbeit', die in der Kritik zum Tragen kam, dass Lohnarbeit quantitativ und qualitativ unzureichend ist, wurde als potentiell gesellschaftlichen Widerstand mobilisierendes Problem überwunden, indem Nichterwerbsarbeit und Niedriglohnarbeit der Allgemeinheit mit der Behauptung eines politisch kaum steuerbaren, quasi naturhaften, ökonomischen Globalisierungsprozesses, der eine reaktive Anpassung erfordere, als alternativlose Perspektiven für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft vermittelt wurden. Zugleich wurde der Boden für eine neoliberale Politik vorbereitet, die in Deutschland seit der Jahrtausendwende mit Verkündung der 'Agenda 21' (Bundesregierung 2003) zu verstärkten Umverteilungseffekten des gesellschaftlichen Wohlstands und einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates führte: Neben der arbeitsmarktpolitisch gestützten Ausweitung von Niedriglohnarbeit hat eine veränderte Steuerpolitik (vgl. Truger 2004), die Entlastung der Arbeitgeber bei den Lohnnebenkosten, der Einstieg in private Absicherungsformen (insbesondere in den Bereichen der Alters- und Krankheitsvorsorge), die Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen (vgl. Brandt/Schulten/Sterkel/Wiedemuth 2008) und der Rückgang der Sozialstaatsquote nach der Jahrtausendwende zur neoliberalen Umverteilung beigetragen und die Substanz und Steuerungsfähigkeit des Staates selbst reduziert. So konstatiert Peter Bofinger, seinerzeit Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends markiert in Deutschland einen - auch im internationalen wie historischen Vergleich - ungewöhnlichen Verlust des Staates an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen“ (Ders. 2008: 411).

Speziell der Funktionsverlust von Lohnarbeit als organisierendes Zentrum von Wohlstandsverteilung und sozialer Kohäsion spiegelt sich nicht nur in dem Funktionsverlust des Wohlfahrtsstaates wider, zur sozialen Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder beizutragen, sondern auch in der Schwächung und Schwäche der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene die Beschäftigten in den zunehmenden 'atypischen Beschäftigungsverhältnissen' zu organisieren, deren Interessen auf betrieblicher und politischer Ebene zu vertreten, ein Bewusstsein für gemeinsame sozialstrukturelle Lagen und sozialen Zusammenhalt zu generieren und gesamtgesellschaftliche Programmatiken zu entwickeln.

Zu den 'blinden Flecken' des neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurses zählen also der durch die Politik unterstützte (und primär auf supranationaler Ebene über die Flexibilisierung

und Deregulierung der Waren-, Finanz- und Arbeitsmärkte durchgesetzte) postfordistische Restrukturierungsprozess von Arbeit, der neoliberale Umverteilungsprozess gesellschaftlichen Reichtums und das Paradoxon einer verschärften bzw. modifizierten Arbeitsideologie. Dieses Paradoxon besteht darin, dass obwohl Arbeit allein zunehmend weniger als wesentliche Quelle für den sozialen Zusammenhalt und die Verteilung und Teilhabe ´aller` Gesellschaftsmitglieder an der Wohlstandsproduktion taugt, mehr Arbeit bereitgestellt werden soll und alle arbeiten müssen, sei es im Niedriglohnbereich, in Normalarbeitsverhältnissen oder als ´Bürgerarbeiter`. Fragen nach dem Sinn von Arbeit und Fragen, wie Wohlstand und Arbeit anders verteilt, Erwerbsarbeit und sozialer Zusammenhalt qualitativ verbessert werden könnte, werden kaum noch öffentlichkeitswirksam gestellt.

2.3.3 Lehren und weiterführende Fragestellungen der Diskussionen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Auch wenn die Alternativökonomiedebatte der 1980er Jahre durch ihre Nähe zu den ´neuen sozialen Bewegungen` an den Lebensbedürfnissen der Alternativszene anknüpfte, hier Wechselwirkungen erzeugte und die Notwendigkeit einer kulturellen Revolution hervorhob, ein großes Manko blieb, dass insgesamt Akteursfragen und Herrschaftsverhältnisse sowie die Chancenperzeption der Menschen jenseits der Alternativökonomieszene in den Perspektivenformulierungen nicht ausreichend berücksichtigt wurden (vgl. Vobruba 1998). Zwar gab es thematische Überschneidungen mit der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte (etwa bei Gorz 1989), diese allein schienen aber nicht ausreichend gewesen zu sein, um etwa Gewerkschaften als Bündnispartner gesellschaftlichen Wandels anzuerkennen und dauerhaft einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu entwickeln. Das Ergebnis war eine Zweiteilung der arbeitspolitischen Debatte, in eine einerseits alternativökonomische Diskussion (jenseits der Erwerbsgesellschaft) und eine andererseits eher an der ´Humansierung des Arbeitslebens`¹¹² und an Erwerbsarbeitszeitverkürzung interessierten gewerkschaftlichen Diskussion. Auch die seit Mitte der 1990er Jahre wieder aufgenommene internationale sozialwissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft problematisiert hinsichtlich ihrer Perspektivenformulierungen kaum politische Umsetzungsstrategien, potentielle Akteurskonstellationen und Interessenkonflikte. Zudem handelt es sich, mehr noch als die Diskussion der 1980er Jahre, um eine primär wissenschaftliche Debatte, ohne nennenswerte Ausstrahlung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Die politische Lehre daraus lautet, dass eine reformulierte Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft nicht losgelöst von den Chancenperzeptionen der Menschen geführt werden sollte und potentielle politische Akteure sozialen Wandels, unter Offenlegung ihrer Eingebundenheit in Herrschaftsverhältnisse und daraus resultierende Interessenkonflikte, in

¹¹² Der Begriff Humansierung des Arbeitslebens (HdA) fand 1974 mit dem staatlichen „Forschungsprogramm zur Humansierung des Arbeitslebens“ und der Debatte um die Qualität des Arbeitslebens offiziell Eingang in die politische Terminologie. Im Mittelpunkt stand dabei die Auseinandersetzung mit der tayloristisch-fordistischen Organisation von Arbeit (vgl. Sauer 2011).

eine erneuerte Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft mit eingebunden werden sollten. Damit verbunden ist zweitens die Lehre, in der Entwicklung arbeitspolitischer Perspektiven zwingend Akteurs- und Herrschaftsfragen zu berücksichtigen.

Zentral für eine reformulierte Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft ist zudem, Leitfragen und Perspektiven ausgehend von den `blinden Flecken` des neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurses zu formulieren. Die Thematisierung dieser blinden Flecken ist hilfreich, um eine herrschaftskritische und zugleich innovative Perspektive einzunehmen und das zu problematisieren, was im Mainstreamdiskurs ausgeblendet wird. Ein diesbezügliches Zwischenergebnis der Diskursanalyse lautet, dass zu den zentralen `blinden Flecken` der durch die Politik durchgesetzte postfordistische Restrukturierungsprozess von Arbeit, der neoliberale Umverteilungsprozess gesellschaftlichen Reichtums und das Paradoxon einer verschärften und modifizierten Arbeitsideologie zu zählen sind.

Die Rekonstruktion der neueren, internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion zeigt nun, dass in dieser zum Teil die blinden Flecken des neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurses thematisiert werden.

So basiert etwa die verbindende Leitfrage von Jeremy Rifkin (1985), Andre Gorz (2000) und Wolfgang Bonß (2000), nämlich die, wie Wohlstand anders ermöglicht und verteilt werden könnte, auf dem gemeinsamen Befund, dass gegenwärtig die Früchte des technischen Produktivitätswachstums ebenso stark zunehmen, wie die Möglichkeiten abnehmen, über Erwerbsarbeit an diesen zu partizipieren. Zudem werden Fragen nach dem Sinn von Arbeit aufgeworfen, womit zugleich die herrschende Arbeitsideologie in Frage gestellt wird.

Differenzen gibt es vor allem in der konkreten Problemursachendefinition. Während etwa für Rifkin (1995) primär die Abnahme des Erwerbsarbeitsvolumens das wesentliche Problem darstellt, ist es für Gorz (2000) eher die, im Kontext eines postfordistischen Restrukturierungsprozesses sich vollziehende, Transformation von fordistischer Lohnarbeit in postfordistische Werkvertragsarbeit und der daraus resultierende Funktionsverlust von Arbeit als organisierendes Zentrum von Wohlstandsverteilung und gesellschaftlicher Kohäsion. Für andere Diskussionsteilnehmer sind weniger ein Formwandel von Arbeit und seine gesellschaftlichen Konsequenzen das Problem. Als wesentliche Ursache zunehmender sozialer Ungleichheit in der Partizipation an materiellen Wohlstandsgewinnen wird auch die Kürzung staatlicher Transferzahlungen im Zuge neoliberaler Politik (vgl. Stern 1999) und

eine veränderte Steuer- und Finanzpolitik (Bofinger 2008; Truger 2004) gefasst. Insgesamt scheint also nach wie vor Klärungsbedarf in der Frage zu bestehen, worin ganz konkret die Krise der Arbeitsgesellschaft besteht und wie sie verursacht wurde.

Dazu die bisherigen Befunde dieser Arbeit rekapitulierend, ist zunächst hervorzuheben, dass der These vom 'Ende der Arbeitsgesellschaft' zu Recht eine Absage erteilt wurde, da in einer kapitalistischen Gesellschaft Arbeit als Quelle von Mehrwert gar nicht ausgehen kann (vgl. Hirsch 1999). Aus empirischer Sicht zutreffend ist dagegen die Rede vom 'Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft'. Was sich allerdings unter dieser Oberfläche konzeptuell darzustellen scheint, ist die Neustrukturierung der Arbeitsgesellschaft nach dem Ende des 'Fordismus' im Gewand einer kapitalistischen und postfordistischen Arbeitsgesellschaft. In dieser zeigt sich die 'Krise der Arbeitsgesellschaft' als 'Krise der Wohlstandsproduktion für alle' und als 'Krise der gesellschaftlichen Kohäsion wie der sozialen Integration' im Kontext einer weiterhin lohnarbeitsfixierten Gesellschaft. So wurde im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Diskussion dem Fordismus - in Abgrenzung zum Postfordismus - die Eigenschaft zugeschrieben, dass Lohnarbeit als wesentliche Quelle gesellschaftlichen Wohlstands für große Teile der Bevölkerung noch weitestgehend funktional war. Das gleiche galt für die Bedeutung von Lohnarbeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft.¹¹³ Diese Eigenschaften werden dem diesbezüglich defizitären Postfordismus nicht mehr zugestanden. Der Perspektivenwechsel bei Gorz (1989 versus 2000) ist hier beispielhaft. In „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (Gorz 1989) galten als wesentliche Entwicklungstendenzen für Wohlstand die Veränderung der Lohnarbeit und die Art der Verteilung des über Lohnarbeit erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums. Entsprechend plädierte Gorz (1989) für eine Teilhabe aller an der lohnarbeitsbasierten Wohlstandsentwicklung und brachte entsprechende Vorschläge, etwa zur Arbeitsumverteilung, in die politische Debatte ein. Zehn Jahre später, im Kontext einer sichtbarer gewordenen Globalisierung und (postfordistischen) Restrukturierung, sah Gorz dann in „Misere und Utopie“ (2000) keinen Ausweg aus dem

¹¹³ Als kennzeichnend für die fordistische Wohlstandsproduktion wurde von Hirsch ein hoher Grad von Staatsinterventionismus, die Konzentration auf die Entwicklung der Binnenmärkte und eine stark ausgebaute tarifvertragliche und gesetzliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherung im nationalstaatlichen Rahmen gezählt. Prägend sei zudem die Bedeutung des fordistischen Klassenkompromisses gewesen, der auf die Stabilisierung und Expansion der nationalen Ökonomie und ein darauf gestütztes Wirtschaftswachstum gerichtet war und dessen Wachstumskoalition ein spezifisches wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis von 'Kapital' und 'Arbeit' beinhaltete (vgl. Hirsch 1999: 2).

Problem, wie Wohlstand für alle und der Zusammenhalt der (Arbeits-) Gesellschaft innerhalb einer lohnarbeitsbasierten Wohlstandsproduktion noch zu ermöglichen wäre, und hat daher Perspektiven vor allem jenseits einer lohnarbeitsbasierten Gesellschaft in einer 'Multiaktivitätsgesellschaft' gesucht.

Beide Suchrichtungen finden sich auch in der internationalen sozialwissenschaftliche Debatte. Während zum Beispiel Jeremy Rifkin (1996) das Ende der Industriearbeit und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in einem 'Dritten Sektor' konstatierte, hat Manuel Castells dieser Perspektive Rifkins im ersten Teil seiner Trilogie „Das Informationszeitalter“ (Ders. 2001a) explizit widersprochen, eine veränderte Wohlstandsproduktion im Übergang von einem 'industriellen' zu einem 'informationelle' Kapitalismus konstatiert und Perspektiven eher in der sozialstaatlichen Absicherung flexibler Arbeitsverhältnisse angedeutet.¹¹⁴

Einen eher pragmatischen Vorschlag, den Dualismus, einer entweder einseitig lohnarbeitsfixierten Vergemeinschaftung oder einer primär außerhalb einer lohnarbeitsbasierten Gesellschaft stattfindenden Vergemeinschaft, zu überwinden, hat Wolfgang Bonß (1998, 2000, 2002) formuliert. Für Bonß ist die Zukunft der Arbeitsgesellschaft trotz empirischer Gegenwartsbefunde über die Entwicklung der Arbeit offen und von der Entwicklung 'externer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen' und von 'gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen' über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft abhängig.

Insgesamt ergibt sich aus der Diskursanalyse des neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurses und aus der kritischen Rekonstruktion, der seit den 1990er Jahren neu aufgenommenen internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, folgendes Forschungsprogramm weiterführender Leitfragen:¹¹⁵

¹¹⁴ Im zweiten und dritten Band seiner Trilogie „Das Informationszeitalter“ (1996, 1997, 1998) postuliert Castells allerdings - gegenüber einer von im ersten Band noch als weiterführend angedeuteten Flexicurity-Perspektive - einen grundlegenden 'Bruch mit der institutionellen Logik'. Im abschließenden Kapitel 6 werden (in Abschnitt 6.5.3) die politischen Perspektiven Castells, so wie sie in Band 2 und 3 seiner Trilogie deutlich wurden, noch einmal aufgegriffen.

¹¹⁵ Mit dieser Auflistung wird nicht der Anspruch formuliert, die nachfolgenden Forschungsfragen im Rahmen dieser Arbeit zu beantworten. Vielmehr wird ein erstes diskursanalytisches Zwischenfazit gezogen, welche Fragestellungen für eine Revitalisierung der Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft bedeutsam sein könnten.

- 1) Wie stellt sich zunächst die quantitative und qualitative Entwicklung des Arbeitsvolumens empirisch dar? Deuten empirische Daten auf das Ende der Normalarbeit oder auf die Dynamisierung von Erwerbsbiografien (vgl. Bonß 2000; Castells 2001a)? In welchem Umfang hat eine Transformation ´fordistischer Lohnarbeit` in ´postfordistische Arbeitsverhältnisse` stattgefunden (vgl. Gorz 2000)?¹¹⁶
- 2) Erkenntnisleitend ist dann die Frage, wie im ´Fordismus` die Wohlstandsproduktion und -verteilung verlief, wie sich die soziale Kohäsion der Gesellschaft darstellte und wie zukünftig das Verhältnis Arbeit-Wohlstand-Gesellschaft aussehen wird:¹¹⁷
 - Was sind die Merkmale einer veränderten Wohlstandsentstehung, im ´Fordismus` und ´Postfordismus` (vgl. Gorz 1989, 2000; Hirsch 1999) bzw. im Übergang vom ´industriellen` zum ´informationellen` Kapitalismus (vgl. Castells 2001a)?¹¹⁸
 - Hat Lohnarbeit in Kontext ihrer postfordistischen Restrukturierung (in ´postfordistische`, ´atypische` Arbeitsverhältnisse) tatsächlich seine Potenziale derart eingebüßt hat, dass sie nicht (mehr) als organisierendes, arbeitspolitisches Zentrum von Wohlstandsverteilung taugt (vgl. Gorz 2000)? Welche Bedeutung für eine mutmaßlich veränderte (neoliberale) Wohlstandsverteilung hat die rekonfigurierte staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik?

¹¹⁶ In der empirischen Sozialstrukturforschung wird u. a. argumentiert, dass die Rede von der Krise der Arbeitsgesellschaft überzogen ist, die Erosion von Normalarbeit überzeichnet wird und nicht als Beleg für die Krisendiagnose herhalten könne. Vielmehr ließe sich auch argumentieren, dass die Rede von der Krise sowohl für Gewerkschaften als auch für Arbeitgeber nützlich ist und jeweils von beiden Akteuren auch deswegen geführt wird, weil beide davon profitieren: Gewerkschaften würden angesichts der Krise als nützlich betrachtet, und Arbeitgeber können angesichts der behaupteten Krise Arbeitnehmer zu Konzessionen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen drängen (siehe dazu Erlinghagen 2011).

¹¹⁷ Hier sind auch gesellschaftstheoretische Fragen aufgeworfen, ob die Begrifflichkeiten ´Fordismus` und ´Postfordismus` sowie ihr Theoriekontext geeignete Erklärungsmodelle für den gesellschaftlichen Wandel liefern und ggf. wie theoretisch unterfüttert werden müssten (vgl. dazu Girschner 2011).

¹¹⁸ Angreifbar ist die These von Bonß (2000), dass sich die Verteilungsfrage heute neu stellt, da lebendige Arbeit einen sinkenden Anteil an der gesellschaftlichen Reichtumsgenerierung besitze. Manuel Castells etwa konstatierte, dass lebendige Arbeit für die Reichtumsproduktion in einer ´informationellen Gesellschaft` sogar noch wichtiger geworden ist, wenngleich die Möglichkeiten der Arbeitnehmer, davon zu profitieren geringer geworden sind (vgl. Ders. 2001a: 319). Auch Gorz (2000) machte deutlich, dass im Zuge der postfordistischen Restrukturierung aus Sicht der Arbeitnehmer eher abnehmende Möglichkeiten der Aneignung gesellschaftlichen Wohlstands, als etwa die Bedeutungszunahme anderer Reichtumsquellen (als lebendige Arbeit), zum Problem geworden sind.

- 3) Welche sozialstrukturellen Auswirkungen zeitigen die sich vollziehenden sozio-ökonomischen Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und gesamtgesellschaftlich?
- Vollzieht sich tatsächlich eine umfangreiche Segregation des Arbeitsmarktes (in 'Rationalisierungsgewinner', '-dulder', '-verlier') oder sind die Grenzen zwischen Gewinnern und Verlierern auf dem Arbeitsmarkt relativ flexibel und eine gestiegene Auf- und Abwärtsmobilität gegeben (vgl. Bonß 2000)? In welchem Umfang werden Erwerbsfähige bzw. einzelne Gruppen (z. B. Jüngere, Ältere, Frauen, Migrantinnen, Menschen aus den neuen Bundesländern) dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen? Oder handelt es sich eher (oder zugleich) um eine umfassende Individualisierung von Arbeit (Castells 2001a) bzw. um eine Entgrenzung von Arbeit (vgl. Sauer 2009b) mit fundamentalen Auswirkungen nicht nur auf betrieblicher Ebene, sondern auch für das Verhältnis von Arbeits- und Lebenswelt?
 - Zeichnet sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tatsächlich eine soziale Polarisierung in Form einer Gesellschaftspaltung (etwa in eine 'Zweidrittel- oder Ein-Fünftel-Erwerbsgesellschaft') ab (vgl. Bonß 2000) oder gar eine Fragmentierung der Gesellschaft (vgl. Castells 2001a)?
- 4) Welche Konsequenzen haben die sozialstrukturellen Umbrüche und die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse für die Handlungsmöglichkeiten von Arbeitspolitik aus Sicht der Arbeitnehmer und Gewerkschaften?
- 5) Wie kann schließlich zukünftig Wohlstand für alle und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, wie die Integration der Einzelnen, ermöglicht werden?
- Sind die Grundlagen des Bismarckschen Sozialstaates, die auf der engen Kopplung von Erwerbsarbeit mit sozialer Sicherung basieren, in Frage gestellt?¹¹⁹
 - Wenn diskontinuierlich Teilzeitbeschäftigte in den Fokus von Arbeitszeit- und Sozialpolitik gestellt werden, wie ist dann Wohlfahrtspolitik mit Arbeitszeitpolitik zu verbinden (vgl. Gorz 2000; Rifkin 1995)?

¹¹⁹ Eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen wie sie Bonß vorschlägt, wurde in dieser Arbeit bereits skeptisch beurteilt (vgl. Abschnitt 2.1.2.3).

- Hat sich Wohlfahrtspolitik auf die Ermöglichung von Wohlstandsparametern jenseits einer lohnarbeitsfixierten Wohlfahrtsgesellschaft auszurichten? Etwa statt Güterwohlstand, Mobilität und Erwerbseinkommen auf Zeitwohlstand, soziale Integration und Eigenarbeit? Was bedeutet es, wenn nicht die ökonomische Verfügbarkeit sondern die politische Gestaltbarkeit zum zentralen Bezugspunkt der Wohlstandsdefinition wird (vgl. Bonß 2000)?
 - Bieten sich Perspektiven eines erweiterten Arbeitsbegriffs hinsichtlich der Probleme sozialer Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalts als Problemlösung an (vgl. Bonß 2000; Dettling 1999; Gorz 2000; Rifkin 1995)?
 - Geht es perspektivisch um die sozialstaatliche Absicherung flexibler Arbeitsverhältnisse (Castells 2001a; Castel 2001) und/oder besteht die primäre Aufgabe staatlicher Sozialpolitik vor allem darin, den Individuen Infrastruktur zur Selbstorganisation zur Verfügung zu stellen (Gorz 2000; Bonß 2000; Rifkin 1995)?
 - Welche Bedeutung hat die Umverteilung von Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit, und wie ist diese mit individueller Zeitsouveränität zu verbinden (Gorz 2000; Rifkin 1995)?
- 6) Welche politischen Akteure könnten unter welchen Voraussetzungen, grundlegende Umorientierungen einleiten? Welche Rolle käme z. B. den Gewerkschaften zu?

3. Der Nachhaltigkeitsdiskurs: Konzeptionierung von 'Nachhaltigkeit', arbeitspolitische Leitkriterien und Diskursstrategien

Der Nachhaltigkeitsbegriff feierte Anfang der 1990er Jahre zunächst auf supranationaler Ebene enorme Aufmerksamkeitserfolge und wurde nach seiner Transformation auf die nationale Ebene in Deutschland als neues Modernisierungsparadigma aufgegriffen und zumindest rhetorisch akzeptiert. Allerdings büßte der Nachhaltigkeitsbegriff dann sukzessive an Ausstrahlungskraft ein.¹²⁰

Ausgehend von der Arbeitsthese, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs innovatives Potenzial enthält, das für eine reformulierte Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft nutzbar ist und der Verbetrieblichung von Arbeitspolitik entgegen wirken kann, werden im Folgenden die Begriffsgeschichte von 'Sustainable Development', divergierende Nachhaltigkeitskonzeptionen, Leitbilder nachhaltiger Entwicklung sowie Herausforderungen und Perspektiven in der Diskussion über nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften rekonstruiert (Abschnitt 3.1 -3.4). Von Interesse sind (in Abschnitt 3.5) aber auch eine Analyse des Diskursverlaufes selbst, Diskursstrategien und Deutungskämpfe um den Inhalt des Nachhaltigkeitsbegriffs und die an ihnen beteiligten Akteure. Es werden sowohl das innovative und kritische Potenzial des Nachhaltigkeitsbegriffs (soweit gegeben) geprüft, als auch die 'blinden Flecken' des Nachhaltigkeitsdiskurses analysiert. Im Vordergrund steht hier

¹²⁰ Der Jurist, Philosoph und Soziologe Felix Ekardt hebt in der Neufassung seiner Habilitationsschrift von 2003 mit dem Titel „Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge“ (2011) hervor, dass die Nachhaltigkeitsdebatte ein komplexes Problemfeld bezeichnet, in welchem politikpraktisch und sozialwissenschaftlich bzw. durch die verschiedenen geisteswissenschaftliche Disziplinen verschiedene Arbeitsfelder und Fragenkreise behandelt werden, die aber meist nicht klar geschieden würden. Laut Ekardt geht es mit der Nachhaltigkeit um folgende Probleme und Ebenen des Nachhaltigkeitsdiskurses (vgl. a. a. O.: 38-40):

- um Probleme der Definition von Nachhaltigkeit („Definitionsebene“);
- um deskriptive Bestandsanalysen, wie nachhaltig Gesellschaften sind; dies sei vor allem der Tätigkeitsbereich der naturwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung („Bestandsebene“);
- um die deskriptive Frage, welche Faktoren für die Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit wesentlich sind („Transformationsbedingungs- oder Ursachenebene“);
- um die normative Frage, warum Nachhaltigkeit erstrebenswert sei „und was daraus folgend ihr genauer Inhalt ist“ (a. a. O: 39) („Gebotenheitsebene“);
- die Frage, „wie viel Nachhaltigkeit normativ in Abwägung mit anderen kollidierenden Belangen“ geboten ist und welche Institutionen dies zu klären haben („Abwägungsebene“);
- um die „Governance- oder Steuerungsinstrumente“, einschließlich Aussagen über Lernprozesse und Bottom-Up-Maßnahmen, die Nachhaltigkeitsziele umsetzen können.

die Frage, warum der Nachhaltigkeitsdiskurs als umfassender gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs nicht in der Lage war, den zeitgleich ebenso ausgelaufenen Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft dauerhaft mit ‚kritischem Überschusspotenzial‘ zu beleben? Welche Lehren sind für eine reformulierte Debatte aus dem Befund zu ziehen, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs entgegen geäußerten Hoffnungen (vgl. Linne 2003) keinen nennenswerten Beitrag gegen die Verbetrieblichung von Arbeitspolitik leisten konnte? Ohne eine Beantwortung dieser Fragen, erscheint eine Reformulierung von Perspektiven einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung nicht weiterführend.¹²¹

3.1 Zur Begriffsgeschichte von ‚Sustainable Development‘: Normative Elemente, Horizonterweiterungen und Verengungen

Seit die 1983 gegründete Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1987 den sogenannten Brundtlandreport mit dem Titel „Our Common Future“ vorgelegt hat, und verstärkt seit der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 wird die Notwendigkeit von ‚Sustainable Development‘ als weltweit neues Politikparadigma, zumindest programmatisch, weithin anerkannt. Nicht zuletzt die EU-Kommission hat 2001 im Rahmen der „EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung“ den Nachhaltigkeitsbegriff positiv aufgegriffen und 2006 eine überarbeitete „EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2005–2010“ verabschiedet (European Commission 2008).

Als Leitbild zielt der Begriff auf die Überwindung der sich krisenhaft zuspitzenden Widersprüche des globalen Kapitalismus und verspricht als umfassende Kompromissformel die Aussöhnung von Nord und Süd, von Ökonomie und Ökologie, von Gegenwart und Zukunft (vgl. Görg 1996: 179).

Über seinen Begriffsinhalt besteht allerdings eine derartige Uneinigkeit, dass es kaum verwundert, dass ‚Sustainable Development‘ auch als ‚konsensstiftende Leerformel‘ und ‚Containerbegriff‘ charakterisiert wurde (siehe etwa Eblinghaus/Stickler 1996). Diese

¹²¹ Basierend auf diesem Vorgehen sollen in den dann nachfolgenden Kapiteln das ‚kritische Überschusspotenzial‘ des Nachhaltigkeitsdiskurses und innovative arbeitspolitische Leitkriterien, gemeinsam mit den bereits gekennzeichneten weiterführenden Leitkriterien und Lehren des Diskurses zur ‚Zukunft der Arbeitsgesellschaft‘ für eine Reformulierung der Arbeitspolitikdebatte genutzt werden.

Bewertung resultiert auch daraus, dass die sprachliche Verwendung des Adjektivs 'nachhaltig', als deutsche Übersetzung von 'sustainable', ohne vorausgehende Begriffsbestimmung modern wurde und tendenziell zur rhetorischen Leerformel degenerierte. Da aber der Begriffsverwendung von 'Sustainable Development' in der Wissenschaft zumeist eine explizite Begriffsbestimmung vorausgeht und darüber hinaus konkurrierende Begriffskonzeptionen bestehen, muss der solchermaßen umkämpfte Begriff keineswegs notwendiger Weise pauschal als 'konsensstiftende Leerformel' abgelehnt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Begriffsverwendungen von 'Sustainable Development', die sich auf der sprachlichen Ebene in Variationen wie 'dauerhafte Entwicklung', 'nachhaltige Entwicklung', 'sozial- und ökologieverträgliche Entwicklung', 'Nachhaltigkeit', 'Verallgemeinerbarkeit', 'Zukunftsfähigkeit', 'Zukunftsoffenheit' (jeweils mit und ohne die Prozessbeschreibung 'Entwicklung') ausdrücken, ist allerdings in Bezug auf die jeweilige Rezeption Vorsicht geboten.¹²²

Begriffsgeschichtlich ist zunächst anzumerken, dass der Begriff und das Leitbild 'Sustainable Development' originäres Ergebnis der internationalen Debatte sind und im Wesentlichen auf die Umweltdebatte des Nordens und die verteilungspolitische Debatte des Südens der 1970er und frühen 1980er Jahre zurückgehen. Diskussionsanstoßend waren für den Norden der Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1972) und „Global 2000 - Der Bericht an den Präsidenten“ (Council on Environmental Quality 1980). In diesen Berichten wurde die absolute Knappheit ökologischer Ressourcen thematisiert. Für den Süden waren der „Bariloche-Report“ (Herrera/Skolnik 1976) und der Bericht der Brandt-Kommission „Das Überleben sichern“ (Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen 1980) wichtige Dokumente. Von daher erscheint die Einschätzung (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 35) plausibel, dass die Ergebnisse des Brundtland-Berichtes bzw. 'Sustainable Development' im 'Norden' als umweltpolitisches Programm und im 'Süden' als Entwicklungs- und Verteilungsdebatte wahrgenommen wurden. Die radikale Entwicklungskritik lehnt diesbezüglich den Begriff 'Sustainable Development' grundsätzlich ab.¹²³ Für sie besteht die Ursache der globalen Umweltzerstörung primär in der 'Entwicklung'

¹²² Im Folgenden werde ich den Begriff „Nachhaltigkeit“ synonym mit dem Begriff „Sustainable Development“ verwenden. Die eigene Begriffsverwendung wird im Weiteren explizit skizziert werden.

¹²³ Zur Kritik am „Entwicklungsdenken“ siehe insbesondere Ernesto Gustavo (1992): FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik (1992).

selbst, die sie ablehnt. ‚Sustainable Development‘ wird hier als Ausdehnung der Entwicklungsideologie interpretiert.

Der Begriff ‚Sustainable Development‘ wurde laut Johannes Weigel (vgl. Ders. 1997: 25) erstmals 1980 durch die International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) mittels ihrer „World Conservation Strategy“, die durch den World Wildlife Fund (WWF) und das United Nations Environment Programm (UNEP) entwickelt wurde, in das Rennen der entwicklungspolitischen Konzeptionen gebracht. Zum Durchbruch im internationalen Diskurs verhalf ihm dann der Brundtland-Report "Our Common Future" (1987), dessen englischsprachige Definition, nämlich „development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs" (a. a. O. : 13), Grundlage für die internationale Rezeption des Begriffs und seiner deutschen Übersetzung wurde.

In der Neufassung seiner Habilitationsschrift (von 2003) „Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge - am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel“ macht Felix Ekardt¹²⁴ (Ders. 2011), bezugnehmend auf die Definition des Brundtlandberichts, die für ihn grundlegende Intention des Brundtland-Berichts, deutlich: „Dass global betrachtet die einen mit ihrem vordergründigen Wohlstand ihre Lebensgrundlagen zerstören, während viele andere gleichzeitig verhungern, sollte mit der Brundtland-Kommission der UN miteinander in Verbindung gebracht und gemeinsam in einer gigantischen globalen Anstrengung angegangen werden. Es ging und geht um die Erreichung dauerhaft und global praktizierbarer Lebens- und Wirtschaftsformen“ (Ders. 2011: 40). Insofern verknüpft Ekardt folgerichtig die Definition des Brundtlandberichts mit dieser Intention und verknüpft seine Interpretation des Nachhaltigkeitsbegriffs und mit einem erweiterten, d. h. einem intertemporalen und global-grenzüberschreitenden Gerechtigkeitsbegriff: „Es geht mit der Nachhaltigkeit also um die Erweiterung der Gerechtigkeitsidee, also der Frage nach der richtigen Gesellschaft ... , in raumzeitlicher Hinsicht, also hin zur intertemporalen und der global-grenzüberschreitenden Gerechtigkeit“ (Ekardt 2011: 40).

¹²⁴ Felix Ekardt ist Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock und leitet die Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik. Zu seiner Schrift „Theorie der Nachhaltigkeit“ siehe auch die Einzelbesprechung von Gisela Kubon-Gilke in SLR 64/2012, S.105-108.

Wie dem auch sei, 'Sustainable Development' wurde schließlich in der deutschsprachigen Ausgabe des Brundlandt-Reports mit 'dauerhafter Entwicklung' übersetzt und wie folgt definiert: "Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (Hauf 1987: 44).

Trotz dieser häufig zitierten Definition setzte sich im deutschsprachigen Raum zunächst der Begriff der 'nachhaltigen Entwicklung' durch. Die deutsche Übersetzung in 'nachhaltige Entwicklung' bezieht sich auf einen aus der Forstwirtschaft stammenden Begriff, der langfristig stabile Erträge des Wirtschaftens beinhaltet. Autoren, die diese ökonomisch verengte Grundausrichtung dieser nicht adäquaten Begriffskontextualisierung vermeiden wollten, schlugen alternative Termini wie z. B. den der 'Zukunftsfähigkeit' (BUND/Misereor 1996) vor, um damit deutlich zu machen, dass 'Sustainable Development' weit über Umweltpolitik hinausgeht und alle Aspekte menschlichen Zusammenlebens umfasst.¹²⁵

Christoph Görg hat darauf hingewiesen, dass die Probleme einer genauen Begriffsbestimmung, die sich bei der Übersetzung ins Deutsche ergeben, bei der die Adjektive 'nachhaltig', 'zukunftsfähig' oder 'umwelt- und sozialverträglich' immer neue Verbindungen eingehen, daraus resultieren, dass im Begriff der 'nachhaltigen Entwicklung' Zustands- (Sustainable) und Prozessbeschreibungen (Development) miteinander verknüpft sind und damit besondere Probleme für wissenschaftliche Operationalisierungen aufgeworfen werden (vgl. 1996: 179f.).

Diesbezüglich ist hinsichtlich der aktuellen deutschen Begriffsverwendung von 'Sustainable Development' festzustellen, dass sich bis heute zunehmend die Zustandsbeschreibung 'Nachhaltigkeit' durchgesetzt hat und der Ausdruck 'Nachhaltige Entwicklung' nur noch selten Verwendung findet, etwa dann, wenn 'Nachhaltigkeit' explizit als gesellschaftlicher Suchprozess konzeptioniert wird.¹²⁶ Die Prozessbezeichnung (Development) von 'Sustainable Development' ging also auf der sprachlichen Ebene zunehmend verloren.

¹²⁵ Eine häufig gebrauchte Spielart ist: "Nachhaltigkeit ist eine Form der Entwicklung, die Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen" (Arbeit und Ökologie, 2000: 36); der Begriff Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit bedeutet im Kern "die Funktionsfähigkeit eines Systems aufrecht zu erhalten" (a. a. O.: 35).

¹²⁶ Siehe das nachfolgende Kapitel.

Dies spiegelt sich auf der inhaltlichen Ebene wieder, da in Deutschland in den späten 1990er Jahren der entwicklungspolitische Kontext von 'Sustainable Development' in dem Maße an Bedeutung verlor, indem sich sein Begriffsinhalt in der Wissenschaft erweiterte und dabei neue Schwerpunktsetzungen – sichtbar z. B. im Dreieckskonzept von Nachhaltigkeit aus wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Sicherheit und ökologischer Verträglichkeit - erfuhr. Diese waren tendenziell funktional (und mussten aus Sicht der Auftragsforscher auch funktional sein), um als Bausteine eines für deutsche Modernisierungsstrategien zu operationalisierenden Leitbildes 'Nachhaltigkeit' bzw. dann auch 'Zukunftsfähigkeit' (BUND/Misereor 1996) - und weniger unter normativen Gerechtigkeitsbezügen weltweiter Verallgemeinerbarkeit - Verwendung zu finden.

Hervorzuheben ist, dass Nachhaltigkeit ein relativ unkonkretes normatives Konzept oder Leitbild darstellt. So bezeichnet das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Nachhaltigkeit zugleich als „normatives Konzept“, „wie die Menschen leben sollen und was ein gutes Leben“ ist, und als ein „regulatives Konzept“, „eine verhaltensregelnde Idee, die sich prinzipiell an alle Menschen richtet“ (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 71). Entscheidend ist nun, dass Nachhaltigkeit als ein (umkämpftes) Leitbild nicht endgültig definiert werden kann, sondern immer nur in einem Diskurs vorläufig und hypothetisch konkretisiert wird.¹²⁷ Da der Nachhaltigkeitsbegriff des Brundtlandt-Reports, interpretiert als regulatives und normatives Konzept, nicht operationalisierbar ist, wurde Nachhaltigkeit bis heute in Abhängigkeit von unterschiedlichsten Wertvorstellungen und Präferenzen durch diverse normative und qualitative Kriterien, quantitative Indikatoren (Messung über Bestands- oder Flußgrößen) und illustrative Szenarien (siehe etwa die drei Szenarien in der Studie „Arbeit und Ökologie“ 2000) konkretisiert.¹²⁸

Folgende normativen Elemente von Nachhaltigkeit wurden nach Erscheinen des Brundtlandt-Reports aus ihm entfaltet (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 36):

¹²⁷ Für weitere Interpretationen von 'Sustainable Development' vgl. Harborth (1991), Bruckmeier (1994), Fischer (1997) und Sachs (1997).

¹²⁸ Hier ist anzumerken, dass der Brundtlandt-Report 'Sustainable Development' in erster Linie als eine global kommunizierbare Konsensformel verstanden hat und kaum ihre theoretische Fundierung und Operationalisierung beabsichtigte.

- 1) 'Intergenerationale Verteilungsgerechtigkeit': Damit ist das Ziel angesprochen, künftigen Generationen keine Hypotheken zu hinterlassen, also keine ökonomischen, ökologischen oder sozialen Belastungen zu akkumulieren, die für nachfolgende Generationen Restriktionen ihrer Entscheidungsfreiheit über den Lebens- und Wirtschaftsstil der Zukunft bedeuten;¹²⁹
- 2) 'Intragenerationale Verteilungsgerechtigkeit zwischen arm und reich, Nord und Süd' (auch: 'internationale Verteilungsgerechtigkeit'): Diese bezieht sich auf die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens als notwendiges Element der 'Zukunftsfähigkeit'. So benennt die Brundtlandt-Kommission konkrete soziale Problemfelder wie Langzeitarbeitslosigkeit, Massenarmut und fordert darüber hinaus einen langfristig wirksamen Schutz der sozialen Kohärenz einer Gesellschaft;
- 3) Aus dem intragenerationalen Gerechtigkeitsziel wurde neben der Forderung nach 'sozialer Gerechtigkeit' ebenso die nach 'ökologischer' und 'ökonomischer Gerechtigkeit' 'hier und heute' abgeleitet.

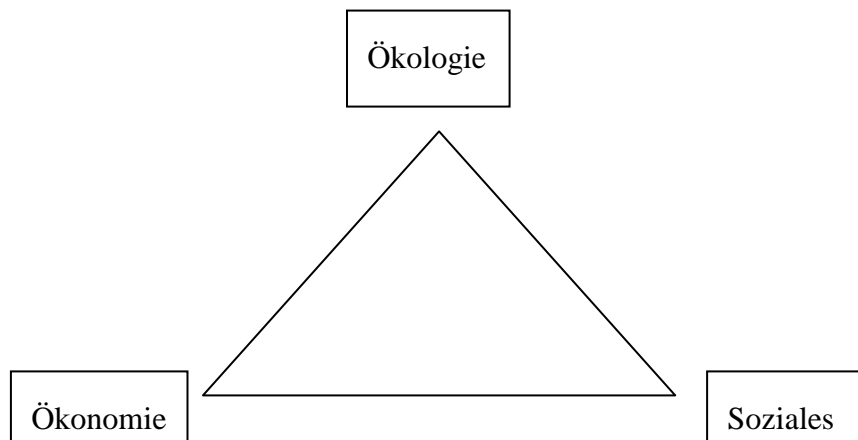
Die normativen Elemente des Nachhaltigkeitsbegriffs im Brundlandt-Report verwiesen primär auf eine intergenerative, intergenerationale und internationale Verteilungsgerechtigkeit, die bereits auf eine soziale, ökonomisch und ökologische Dimension bezogen wurde. Damit erhielten Ökologie- und Entwicklungspolitik ein gemeinsames Leitbild. Das erstmals formulierte Postulat weltweit gleicher Ansprüche an Umweltressourcen - welches eine enorme 'Sprengkraft' enthält, verlangt es doch eine radikale Änderung der weltweiten Ressourcennutzung und Arbeitsteilung - wurde mit dem Ziel eines global menschenwürdigen Lebens verbunden.

Zumindest für die weitere Rezeption des Nachhaltigkeitsbegriffs in Deutschland gilt, dass die normative Betonung internationaler Gerechtigkeit zunehmend zurück ging. Denn seit Mitte der 1990er Jahre (insbesondere mit der Diskussion der Nachhaltigkeitsstudie von BUND/Misereor 1996, mit der sich die Transformation des Nachhaltigkeitsparadigmas von der supranationalen auf die nationale Ebene hinsichtlich des nachhaltigen Umbaus der deutschen Gesellschaft konkretisierte) wurde die normative Betonung internationaler Gerechtigkeit überlagert vom Nachhaltigkeitskonzept der Gleichwertigkeit von ökologischen,

¹²⁹ Die Verwendung des Begriffes der 'intergenerationalen Verteilungsgerechtigkeit' ging später in die Verwendung des Begriffes der 'Zukunftsoffenheit' über.

sozialen und wirtschaftspolitischen Zielen. Im weiteren Diskursverlauf erfolgte allerdings eine zunehmende Priorisierung einer der drei Nachhaltigkeitsdimensionen und schließlich eine Verwässerung des Nachhaltigkeitsbegriffs.¹³⁰

¹³⁰ Zu den diskursiven Umdeutungen des Nachhaltigkeitsbegriffs siehe ausführlicher Abschnitt 3.5.2.1.

Abbildung 1: Das Drei-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Friedrich-Ebert-Stiftung 1998, S.152

Die drei Dimensionen ökologischer, ökonomischer und sozialer Zukunftsfähigkeit hat sich schließlich die Enquetekommission des deutschen Bundestages (Deutscher Bundestag 1998) in ihrem Endbericht „Schutz des Menschen und der Umwelt“ explizit als 'Drei-Perspektiven-Modell' der Nachhaltigkeit zu Eigen gemacht. Danach sei die menschliche Zivilisation von der Nutzung natürlicher Systeme und deren Regenerationskapazitäten ebenso abhängig, wie von den Regenerations- und Selbstreproduktionskräften der ökonomischen und sozialen Systeme. Darauf Bezug nehmend wurde etwa im Projektabschlussbericht der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (2000) als Aufgabe der menschlichen Zivilisation konkretisiert: „Sie ist darauf angewiesen, ihre Interaktion mit den Umgebungssystemen so auszurichten, daß eben diese Fähigkeit zur Selbstreproduktion aller Teilsysteme jederzeit erhalten bleibt und nicht potentielle Konflikte zu strukturellen Antagonismen werden" (a. a. O.: 44).¹³¹

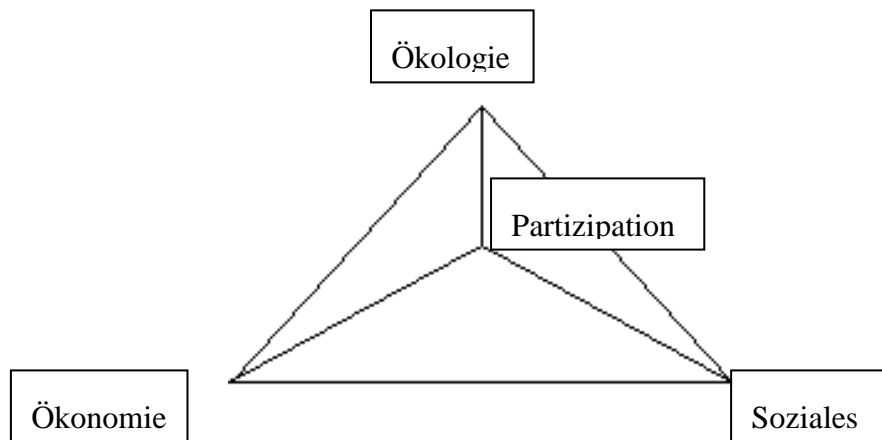
Das Drei-Perspektiven-Modell der gleichwertigen Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsdimension entspricht insgesamt dem Stand der aktuellen, internationalen Mainstream-Interpretation des Nachhaltigkeitsparadigmas, in der

¹³¹ Entsprechend wurde in dieser Nachhaltigkeitsstudie versucht, bezogen auf jede Nachhaltigkeitsdimension, spezielle Nachhaltigkeitskriterien und Strategien nicht nur zu entwickeln, sondern auch ihre Wechselwirkungen zu untersuchen.

Nachhaltigkeit wissenschaftsbasiert vorgegeben wird und nicht etwa als offener gesellschaftlicher Suchprozess konzipiert ist.

Ein interessanter Vorschlag zur Weiterentwicklung des Drei-Perspektiven-Modells der Nachhaltigkeit findet sich bei Spangenberg et al. (1998). Vorgeschlagen wird, den drei Nachhaltigkeitsdimensionen eine vierte, nämlich eine institutionelle Nachhaltigkeitsdimension hinzuzufügen. Diese verweist laut Spangenberg einerseits auf die Verfügbarkeit geeigneter Instanzen zur Durchsetzung und Absicherung von Nachhaltigkeitsstrategien und umfasst andererseits Transparenz und Partizipation als wesentliche Dimension von Nachhaltigkeit.¹³²

¹³² Ein Tetraeder der Nachhaltigkeit durch die Aufnahme der Aspekte politischer Partizipation und Entscheidungsfindung als vierte, institutionelle Säule der Nachhaltigkeit findet sich auch bei Kopfmüller et al. (2001). Dass dieser Vorschlag im Mainstream-Diskurs um Nachhaltigkeit nicht weiter aufgegriffen wurde, deckt sich damit, dass in den bisherigen Nachhaltigkeitsstudien die Frage, mit welchen Akteuren und gegen welche politischen Widerstände Nachhaltigkeitsziele politisch umzusetzen sind, vernachlässigt wurde. Die Nachhaltigkeitsbestimmung selbst verläuft in den Nachhaltigkeitsstudien als „wissenschaftsbasierte“ Zielvorgabe und weniger als beteiligungsorientierter gesellschaftlicher Suchprozeß, der im Sinne eines „Vier-Perspektiven-Modells“ der Nachhaltigkeit in der Lage sein müßte, selbstreflexiv über seine politisch-institutionellen Begrenzungen hinauszugehen, diese zu erweitern und mit den Nachhaltigkeitskriterien der drei anderen Dimensionen zu verbinden. Zum Beispiel versprechen sich Teile der Ökologiebewegung Vorteile von der Einrichtung von lokalen Agenda 21-Büros, weil sich in diesen Akteure mit ökologischen, sozialen und ökonomischen Interessen zusammenfinden, deren unterschiedliche Interessen hier, im Vorfeld eines politisch-öffentlichen und sich tendenziell womöglich eher polarisierenden Konfliktes, konsensual entschärft werden könnten und dadurch ökologische Zielsetzungen auf kommunaler Ebene eher durchzusetzen seien. Die lokalen Agenda 21-Büros können allerdings lediglich Politikempfehlungen abgeben, da sie nicht demokratisch legitimiert sind. Grundsätzlich gilt für sie die gleiche Kritik wie für Mediationsverfahren, die zur Durchsetzung von umstrittenen Planungsvorhaben wie z. B. Flughafenerweiterungen einberufen wurden: Potentieller politischer Widerstand wird öffentlichkeitsfern kanalisiert, indem politische Gegner zur Mitarbeit in politisch wenig entscheidenden Gremien eingeladen werden und damit als Mitglieder eines Bewegungsmilieus entfallen.

Abbildung 2: Das Vier-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit

Quelle: Eigene Darstellung

Auch in der gewerkschaftlichen Debatte wird Nachhaltigkeit nicht nur über die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsdimension, sondern auch über eine institutionelle Nachhaltigkeitsdimension, nämlich `Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten` definiert. Aus Sicht der IG-Metall betont Martin Allespach (im Jahr 2009 Vorstandsmitglied und Bereichsleiter für Grundsatzfragen, der IG Metall): „Nachhaltig ist die industrielle Entwicklung zunächst dann, wenn sie unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten ökonomisch effizient ist; wenn sie sozial tragfähig ist...wenn sie ökologisch verträglich gestaltet ist ... Diese Punkte müssen aus Sicht der IG Metall um ein weiteres konstitutives Nachhaltigkeitskriterium ergänzt werden: Unerlässlich ist eine umfassende demokratisch-gesellschaftliche Beteiligung durch institutionalisierte Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sowie ihrer Gewerkschaften bei wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen. Weil es nicht darum geht, ein `Optimalzustand` auf dem Gesetzesweg zu verordnen und selbigen zu konservieren, sondern im Rahmen einer sozial regulierten Marktwirtschaft ständig neue Herausforderungen bewältigt werden müssen. Funktionale sowie auf breiter Legitimationsbasis aufsetzende Lösungen sind aber nur dann möglich, wenn den `stakeholdern` weit reichende Mitwirkungsrechte eingeräumt werden“ (Allespach, 2009).

Explizit ist hier zusammenfassend auf die grundsätzliche Kritik am 'Drei-Perspektivenmodell der Nachhaltigkeit' von Felix Ekardt hinzuweisen, die analog auch für das 'Vier-Perspektivenmodell der Nachhaltigkeit' Bestand hat (vgl. Ekardt 2011: 40-47, 654 sowie Ders. 2005: 27-33). Ekardts grundsätzliche – und hier geteilte - Einwände lauten, dass mit einer schlichten Interpretation von Nachhaltigkeit als lediglich „ausgewogene Verfolgung der drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales“ die Generationen- und Globalperspektive nicht mehr betont wird,¹³³ definitorische und gesellschaftsanalytische Probleme der Trennung virulent werden, die von zu bearbeiten Konflikten ablenken können¹³⁴ und zudem falsche Vereinbarkeitshoffnungen von Ökologie und (auch qualitativem) Wirtschaftswachstum¹³⁵ suggeriert werden.

Aus der Begriffsgeschichte werden insgesamt folgende Kernbestandteile als - zum Teil widersprüchliche - Horizonterweiterungen des Nachhaltigkeitsbegriffs deutlich (vgl. Hildebrandt 1999: 5):

- langfristige Zukunftsorientierung;
- internationale, intragenerationale und intergenerative Gerechtigkeit;
- gesellschaftliche Entwicklungspfade zwischen ökologischen Leitplanken;
- Strategien in Wechselwirkung zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem;
- Definitions-, Operationalisierung- und Umsetzungsprozesse unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

¹³³ „Denn mit dem Reden von den 'drei Säulen' verkörpert Nachhaltigkeit plötzlich nur noch die recht unspektakuläre Botschaft, dass politische Entscheidungen weiterhin primär heutige verschiedene Belange möglichst in Einklang bringen sollen ... Wäre dem so, hätte man sich das Wort Nachhaltigkeit indes sparen können. ... Schon sprachlich setzt 'Nachhaltigkeit' immer den Langzeitbezug voraus, also das den Menschen eine dauerhafte Existenz auf diesem Planeten eröffnet werden soll. Nicht zur Nachhaltigkeit gehören ergo umwelt-, sozial- oder wirtschaftspolitische Ziele ohne den typischen generationenübergreifenden und globalen Bezug...“ (Ekardt 2011: 41; Hervorhebung in kursiv im Original).

¹³⁴ „Eine Ressourcennutzung ... lässt sich sowohl als 'ökologisch' als auch als 'ökonomisch' lesen. Und wäre z. B. bessere Luftqualität nur ein ökologisches Ziel, weshalb nicht ein soziales oder ökologisches?“ (a. a. O.: 42). Zudem – dies erscheint als ein sehr gewichtiges Argument - *lenke die Trennung von den inhaltlich zu bearbeitenden Konflikten ab*, wie dem zwischen Nachhaltigkeit (i.S. globaler und intertemporaler Gerechtigkeit) und Wirtschaftswachstumsinteressen der heute Lebenden.

¹³⁵ Die These von der Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie könne im Sinne der Annahme verstanden werden, der Lebensgrundlagenschutz sei nicht ohne Wirtschaftswachstum möglich. Wesentliche Nachhaltigkeitsthemen, wie etwa Klimawandel, seien aber vielmehr eine Frage „billiger Lebensstile“, die zur Forderungen nach Wirtschaftswachstum eher in einem Spannungsverhältnis stünden (vgl. ebenda). Zur Diskussion um Grenzen des Wachstums siehe Ekardt (2011), S. 30-37.

Eckart Hildebrandt (a. a. O.) weist unter forschungsmethodischen Gesichtspunkten darauf hin, dass durch diese mehrdimensionalen Horizonterweiterungen das Konzept der Nachhaltigkeit eine immense Komplexität erhalten habe, die von Politik und Wissenschaft verlange, historisch aufgebaute Ausdifferenzierungen in Politikfelder und Wissenschaftsdisziplinen zu überwinden und durch Kooperationen gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Da aber die historische gewachsenen Ausdifferenzierungen in Politikfeldern und Wissenschaftsdisziplinen eine Vereinfachung und Effektivierung von Bereichspolitiken ermöglicht habe, stünden der Interdisziplinarität derart massive Gegenkräfte gegenüber, dass das mittlerweile gesellschaftlich akzeptierte triadische Prinzip der „Gleichwertigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem“ in der Realität immer wieder in der Schwerpunktsetzung eines dieser drei Teilpolitiken zerfallen würde.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Problematik ist denn auch, dass sich die Mitte der 1990er Jahre bis zur Jahrtausendwende erschienenen Nachhaltigkeitsstudien nicht durch das triadische Prinzip der Gleichwertigkeit, sondern durch eine Priorisierung, der entweder ökologischen Dimension (z. B. BUND/Misereor 1996), der sozialen Dimension (z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung 1998) oder der ökonomischen Dimension (z. B. Giarini/Liedtke 1997) auszeichnen. Retrospektiv lässt sich in der Gesamtschau der Publikationen zum Nachhaltigkeitsthema feststellen, dass Nachhaltigkeit, seit dem Erscheinen der Nachhaltigkeitsstudien in den 1990er Jahren bis heute, vorwiegend mit ökologischer Nachhaltigkeit bzw. Ressourceneffizienz konnotiert wird (siehe etwa: Borgwardt 2010; Hennicke/Bodach 2010).

Wesentlich ist auch, dass nach dem Boom dieser Nachhaltigkeitsstudien für Deutschland keine weiteren bedeutsamen Nachhaltigkeitsstudien mit umfassendem und gesamtgesellschaftlichem Umgestaltungsanspruch erschienen sind. Der Nachhaltigkeitsdiskurs als Zukunftsdiskurs mit umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch lief also – ähnlich wie der konservativ-neoliberale Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Kapitel 2) – zur Jahrtausendwende aus. Ein erfolgloser Versuch der Reaktivierung wurde im Jahr 2008 mit der Nachfolgestudie der Studie des Wuppertal Instituts für Klima Umwelt und Energie „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ (BUND/Misereor 1996) unternommen. Die Nachfolgestudie, die bis dato nicht im Geringsten den Aufmerksamkeitserfolg ihrer

Vorgängerstudie zeitigte, wurde unter Federführung des Wuppertal Instituts erarbeitet und mit dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (BUND et al. 2008b) herausgegeben. In dieser wird interessanter Weise, mit dem Hinweis auf eine „konzeptionelle Nachlässigkeit“ des Nachhaltigkeitsbegriffs, die Gleichwertigkeit von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit aufgehoben: Die Rede vom Dreieck der Nachhaltigkeit erfordere wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und ökologische Verträglichkeit als gleichberechtigte Ziele zu betrachten, doch „diese Gleichstellung verkennt die Absolutheit sowohl ökologischer Grenzen als auch der Menschenrechte. ... Die Wirtschaftsdynamik innerhalb von ökologischen und menschenrechtlichen Leitplanken zu halten, ist als Kernprogramm der Nachhaltigkeit zu begreifen“ (BUND et al. 2008b: 17).

Eigene Begriffsverwendung

Da sich die Mainstream-Konzeption von Nachhaltigkeit auf das Drei-Perspektiven-Modell bezieht, werde ich, um begriffliche Unklarheiten zu vermeiden und vor allem, da im Rahmen einer Diskursanalyse zum Nachhaltigkeitsdiskurs die Mainstream-Interpretation von Nachhaltigkeit der zentrale Ausgangspunkt ist, keine eigenständige Konzeptionierung von Nachhaltigkeit anstreben. Im Folgenden werde ich daher den Begriff „Nachhaltigkeit“ im erweiterten Sinn einer integrierten sozialen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsoffenheit verwenden.

Für eine ‚emanzipatorische‘ Nachhaltigkeitsbestimmung wären meines Erachtens zwei Minimalanforderungen zu postulieren:

1. Nachhaltigkeitskriterien müssen globale Verallgemeinerbarkeit beanspruchen können, da sie anderenfalls ihren Bezug zum normativen Element der globalen und intertemporalen Gerechtigkeit verlieren würden: „Nachhaltigkeit bezeichnet definitorisch die politische/ ethische/ rechtliche Forderung nach mehr intertemporaler und globaler Gerechtigkeit, also die Forderung nach dauerhaft und global durchhaltbaren Lebens- und Wirtschaftsweisen“ (Eckardt 2011: 654). Sich an global und intertemporal verallgemeinerbaren Nachhaltigkeitskriterien orientierende Nachhaltigkeitsstrategien sind dann national-, regional- oder projektspezifisch zu entwickeln.

2. Nachhaltigkeit müsste als offener gesellschaftlicher Suchprozess konzeptioniert werden, in dem sich Nachhaltigkeit als „Einheit von Weg und Ziel“ (Busch-Lüty 1996) vergegenständlicht. Eine rein wissenschaftsbasierte Zielvorgabe steht diesem Nachhaltigkeitskonzept entgegen. Ein offener gesellschaftlicher Suchprozess kann dabei nur unter gleichberechtigter Beteiligung vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen an der Definition, Operationalisierung und Umsetzung erfolgen. Anderenfalls ist die Nachhaltigkeitsbestimmung für Menschen jenseits von Politik und Wissenschaft ein tendenziell fremdgesetzter programmatischer Entwurf, der kaum zu vermitteln ist. Nachhaltigkeit verweist in dieser Perspektive auf eine für sie notwendige fortwährende und institutionell abzusichernde Demokratisierung der Gesellschaft. Gerade herrschaftskritische Überlegungen zum Nachhaltigkeitsbegriff liegen allerdings jenseits des Mainstream-Diskurses um Nachhaltigkeit.¹³⁶

Jenseits der Zustimmungen zum (Container-)Begriff der „Sustainable Development“ hören die Gemeinsamkeiten auf, wenn es um konkrete Nachhaltigkeitsstrategien geht. Im Folgenden werden daher Nachhaltigkeitskonzepte vorgestellt, die den konzeptionellen Hintergrund dafür liefern, wie in Nachhaltigkeitsstudien Nachhaltigkeit konzipiert wird.

3.2 Nachhaltigkeitskonzepte

Nachhaltigkeitskonzepte unterscheiden sich einerseits über die ihnen zugrunde liegende Prämissen das gesellschaftliche Naturverhältnis betreffend (Annahmen über die Substituierbarkeit von Natur, Gesellschaft und Ökonomie) und den daraus entfalteten, konkretisierten Leitbildern nachhaltiger Entwicklung (z. B. 'ökologische Modernisierung' versus 'ökologischer Strukturwandel') sowie andererseits über die Frage nach der Art und

¹³⁶ So das Vier-Perspektiven-Modell der Nachhaltigkeit, welches als vierte Dimension die institutionelle Nachhaltigkeitsdimension enthält, allerdings in der Ausformung von Spangenberg (1998) mit der Begriffsbestimmung "Instanzen zur Durchsetzung von Nachhaltigkeit einerseits und Partizipation und Transparenz andererseits" Assoziationen zu den aus demokratietheoretischer Sicht autoritätsfixierten Überlegungen zur Schaffung eines „Ökologischen Rates“ (vgl. BUND/Miserer 1996) provoziert. Eine positive Ausnahme stellt die Dissertation von Sebastian Brandl „Deutsches Modell oder globalisiertes Arrangement? Transformation industrieller Beziehungen und soziale Nachhaltigkeit“ (Ders. 2006) dar.

Weise der gesellschaftspolitischen und forschungsmethodischen Entstehung von Nachhaltigkeitszielen und –strategien.

3.2.1 Nachhaltigkeitsbestimmung als wissenschaftsbasierte Zielvorgabe oder als gesellschaftlicher Suchprozess

In Hinblick auf die Frage, wer Nachhaltigkeitsziele definiert, lassen sich im Wesentlichen zwei konträre Nachhaltigkeitskonzeptionen unterscheiden: Nachhaltigkeit wird entweder als gesellschaftlicher Suchprozess konzipiert, in dessen Verlauf sich Nachhaltigkeitsziele erst ergeben, oder Nachhaltigkeitskonzepte sind nicht prozess- sondern ergebnisbezogen, d. h. sie favorisieren wissenschaftsbasierte Zielvorgaben.

Die Interpretation von Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Suchprozess enthält die Option zu einer Forschungsmethodologie, die versucht, unter Beteiligung von Betroffenen konkreter (internationaler, nationaler, lokaler) Nachhaltigkeitsprojekte Nachhaltigkeitsziele und Strategien kooperativ zu entwickeln, während eine Nachhaltigkeitsbestimmung, die auf wissenschaftlichen Vorgaben basiert, eine solche Beteiligung tendenziell nicht vorsieht.

3.2.1.1 Ergebnisbezogene Nachhaltigkeitskonzeptionen in der physischen und systemtheoretischen Argumentation

In der ‚Nachhaltigkeitsforschung‘ wird Nachhaltigkeit zumeist über wissenschaftliche Zielvorgaben definiert. Diesbezüglich sind eine ‚physische Argumentation‘ und eine ‚systemtheoretische Argumentation‘ unterscheidbar (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 42ff.):

Die ‚physische Argumentation‘ bezieht sich auf die Quantifizierung von Grenzen der Naturbelastung, über deren Einhaltung das Nachhaltigkeitsziel bestimmt ist. Grenzen der Naturbelastung werden entweder über aggregierte Maße quantifiziert, auf Basis von Flächeneinheiten (z. B. der ‚ökologische Fußabdruck‘, vgl. Rees/Wackernagel 1995) und Gesamtstoffströmen (z. B. der ‚ökologische Rucksack‘, vgl. Schmidt-Bleek 1994) oder

werden über mehrdimensionale Maße, wie das Umweltraum-Konzept (vgl. Spangenberg et al. 1999), bestimmt.¹³⁷

Nachhaltigkeit wird hier eindimensional als 'ökologische Nachhaltigkeit' interpretiert.

Die 'systemtheoretische Argumentation' verweist demgegenüber auf das 'Drei-Perspektiven-Modell' der Nachhaltigkeit (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 42ff.): Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft werden als eigenständige und miteinander gekoppelte Subsysteme betrachtet. Nur durch die gleichzeitige Erhaltung der Funktionsdynamiken aller drei Einzelsysteme ist die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems gewährleistet. Forschungsmethodisch wird daher zunächst Nachhaltigkeit für jedes Subsystem über entweder ökologische, ökonomische oder soziale Nachhaltigkeitskriterien definiert und über ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsziele konkretisiert. Bei der Definition von Nachhaltigkeitsstrategien handele es sich daran anschließend um eine 'multifaktorielle Optimierungsaufgabe'. Statt einer eindeutigen Lösung, ergibt sich "notwendig ein Spektrum von Lösungsansätzen, die alle für sich behaupten können, dem Nachhaltigkeitsanspruch genüge zu tun, die sich aber in der Akzentuierung der Teilaspekte und Lösungen unterscheiden. Die Auswahl zwischen den verschiedenen Optionen ist dann wieder eine Aufgabe des politischen Diskurses, in den aber die dimensionensspezifischen 'Leitplanken' als Beschränkung der Auswahl eingehen" (Arbeit und Ökologie 2000: 43-44).¹³⁸

Nachhaltigkeitskriterien und Ziele werden also auch hier von der Wissenschaft vorgegeben, allerdings wird die dann notwendige Strategiewahl als „Aufgabe des politischen Diskurses“ (a. a. O.: 44) definiert.

An den ergebnisorientierten Nachhaltigkeitskonzeptionen kritisiert z. B. Christiane Busch-Lüty (1996: 144), dass die Komplexität und der chaotische Charakter der Ökologie für das Unvermögen und die Inadäquanz hochaggregierter Leitgrößen und Megapläne sowie zentraler Berechnungs-, Steuerungs- und Kontrollweisen für nachhaltiges Wirtschaften sprechen würden. Hier ist ihr zwar zuzustimmen und darauf hinzuweisen, dass dieses nicht nur für den chaotischen Charakter der Ökologie, sondern auch für die menschliche Evolution selbst gilt.

¹³⁷ Autoren, die sich um die Entwicklung quantifizierbarer Grenzen der Naturbelastung bemühen, leiten aus ihren Forschungsergebnissen z. B. die Forderung nach einer Reduzierung des durchschnittlichen Umweltverbrauchs um einen Faktor vier bis zehn ab (vgl. Weizsäcker et al. 1995, 2010).

¹³⁸ In dieser Lesart des Projektabschlussberichtes von Arbeit und Ökologie (2000) ist auch die Nachhaltigkeitsstudie Arbeit und Ökologie (2000) selbst, an der der Verfasser dieser Arbeit (Torsten Brandt) mitgewirkt hat, zu interpretieren.

Ergebnisorientierte Nachhaltigkeitskonzeptionen und Studien sind deswegen aber nicht per se abzulehnen, verweisen sie doch auf gesellschaftspolitische Entwicklungskorridore innerhalb z. B. ökologischer Leitplanken, die immerhin wissenschaftliche Annäherungen an Grenzen der Naturbelastung darstellen und hier hilfreich sind. Kritischer ist allerdings die rein wissenschaftliche Definition von sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitskriterien zu werten, da diese eher normativ bestimmbar als wissenschaftlich ableitbar sind und daher eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstellen.

3.2.1.2 Prozessbezogene Nachhaltigkeitskonzeption: Nachhaltigkeit als offener gesellschaftlicher Suchprozess

Eine weitere Konzeption von Nachhaltigkeit beschreibt Nachhaltigkeit als Prozess, in dessen Folge Nachhaltigkeitsziele erarbeitet werden. So stehen für die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (1998) nicht "klare, möglichst sogar quantitativ hinterlegte Vorgaben im Vordergrund, sondern das Anstoßen eines sich selbst tragenden Prozesses" (a. a. O. 71). Es geht ihr "um die Einrichtung eines kontinuierlichen, gesellschaftlichen Such- und Lernprozesses" (a. a. O.: 73), in dem Nachhaltigkeit als „regulative Idee“ fungiert und ergebnisoffen für die Integrationen der drei Dimensionen sorgt.

Nachhaltigkeit als ‚regulative Idee‘ besagt im Grunde nur, dass es sich um ein offenes Leitbild handelt, für das es nur jeweils vorläufige und hypothetische Konkretisierungen geben kann, die die ökologischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigen müssen, um eben nicht in eine diskursive Beliebigkeit zu verfallen. Gegenüber einer (normativen) konkretisierten Zieldefinition steht eindeutig der Prozesscharakter im Vordergrund. Der normative Aspekt wird auf die Definition wissenschaftlich abgesicherter und teils quantifizierbarer ‚Leitplanken‘ beschränkt, die den Korridor vorgeben, in dem ein gesellschaftlicher Such-, Forschungs- und Lernprozess in Richtung Nachhaltigkeit stattfinden soll (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 585).

Auch Christiane Busch-Lüty (1996) fokussiert nachhaltige Entwicklung als gesellschaftlichen Suchprozess im Sinne des „Offenhaltens möglichst vieler Zukünfte“. Ihr prozessbezogener

Nachhaltigkeitsbegriff zielt auf die „Einheit von Zielorientierung und Prozeß als Wesen nachhaltiger Entwicklung“ und lässt sich wie folgt skizzieren (vgl. a. a. O.: 141-160):

- Das Nachhaltigkeits-Prinzip ist für Christiane Busch-Lüty ein Wirtschaftsprinzip im Umgang mit lebender Natur schlechthin, das die Einheit von Produktion und Reproduktion sowie die ko-evolutionäre Entwicklung von Human- und Naturpotentialen beinhaltet. Es postuliert insofern als physisches Prinzip die Zeitmaß-Verträglichkeit anthropogener Einwirkungen mit den natürlichen Funktions- und Evolutionsprozessen und das Offenhalten möglichst vieler Zukünfte.
- Busch-Lüty orientiert sich am „Drei-Perspektiven-Modell“ der Nachhaltigkeit, insofern sie Nachhaltigkeit als ein integratives Lebensprinzip bezeichnet: "Ökologische, ökonomische und sozio-kulturelle“ Dimension der Nachhaltigkeit bedingen sich ... wechselseitig und bilden insofern nur integrativ die konstituierenden Elemente dieses ganzheitlichen Lebensprinzips, das damit querliegt zu den Denk-, Ordnungs- und Organisations-Kategorien sowohl der Wissenschaften (Fachdisziplinen) als auch des politisch-administrativen Systems (Ressorts)" (a. a. O.: 143).
- Aus der Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit als „Einheit von Ziel und Prozeß“ würden sich forschungsmethodische- und praktische Konsequenzen ergeben: "Die prinzipielle Nichtbestimmbarkeit von Nachhaltigkeit abgelöst von der vernetztkomplexen Lebenswirklichkeit erfordert die größtmögliche Lebensnähe der jeweiligen Such- und Entscheidungsprozesse sowie deren Zukunftsoffenheit; Nachhaltigkeit ist also nur als gesellschaftlich-diskursives Leitbild bestimmbar" (a. a. O.: 144). Da die Annäherung an dieses nur durch Konsensbildung unter den Betroffenen realisiert werden könne, sei die Verständigung über Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung Ziel und Selbstorganisationsprozess zugleich. Nachhaltige Entwicklung könne nur stattfinden als umfassender gesellschaftlicher Verständigungs-, Lern- und Gestaltungsprozess, der zur Herausbildung einer „politischen Kultur der Nachhaltigkeit“ (ebenda) führen müsse.

Im Gegensatz zu den dominierenden ergebnisorientierten Nachhaltigkeitskonzeptionen, in denen Nachhaltigkeitsziele von Wissenschaftlern definiert und vorgegeben werden, um erst dann in einen öffentlichen Diskurs einzugehen, wird in der (gegenteiligen) Konzeption von

Nachhaltigkeit als 'Einheit von Ziel und Prozess' eher von einem gesamtgesellschaftlichen Selbstorganisationsprozess ausgegangen, in dem die Nachhaltigkeitsbestimmung konsensual durch Betroffene erfolgt.

Die Konzeptionierung von Nachhaltigkeit als Prozess eröffnete dem Nachhaltigkeitsdiskurs insgesamt eine ihm neue Perspektive, da sie auf die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftspolitischen Beteiligung der Menschen an sozio-ökonomischen Entwicklungsprozessen unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit verweist.

Weitergehende Konkretisierungen über das 'wie' der Partizipation stehen allerdings noch aus. Bestehende Ansätze zur Art und Weise der Entscheidungsfindung stehen sich teils konträr gegenüber: Während Busch-Lüty beispielhaft das „Kooperationskonzept der Innovationsbündnisse“ nennt, stellen Klemmer et al. (1998), die ebenso einen prozeduralen Nachhaltigkeitsbegriffs verwenden, fest, dass die Einigung auf gemeinsame Werte und deren Inhalte in modernen Gesellschaften kaum möglich sei und favorisieren daher als Lösung "die Ausweitung und Stärkung wettbewerblicher Prozesse sowohl auf der privaten Ebene in den verschiedenen Bereichen des Lebens als auch in Form eines institutionellen Wettbewerbs zwischen politischen Programmen und Systemen" (a. a. O.: 59). Entsprechend formulieren die Autoren, in neoliberaler Tradition, als Voraussetzungen zukünftiger Entwicklung, Maßnahmen zur Stärkung individueller Interessen und Handlungsspielräume sowie "erhöhte Anforderungen an die Eigenverantwortung und Flexibilität ... im Bereich Arbeitsmarktpolitik und der sozialen Sicherung" (a. a. O.: 60). In dieser Interpretation des prozeduralen Nachhaltigkeitsbegriffs fungiert also Wettbewerb als Modus der Entscheidungsfindung und nicht etwa die 'Konsensbildung unter Betroffenen'.

3.2.2 Annahmen über die Substituierbarkeit von Natur, Gesellschaft und Ökonomie: Weak oder Strong Sustainability?

Neben der eher sozialwissenschaftlichen Unterscheidung in ergebnisbezogene und prozeßbezogene Nachhaltigkeitskonzepte wird in der wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdebatte im Wesentlichen zwischen 'Weak Sustainability' und 'Strong

Sustainability` unterschieden. Teilweise wird zusätzlich auf die `Resonable Sustainability` verwiesen, die einen Mittelplatz zwischen `weak` und `strong` einnimmt.

Diesen Nachhaltigkeitskonzeptionen ist die Methodik gemeinsam, Natur, Soziales und Ökonomie über Kapitalstöcke zu beschreiben, die allerdings in unterschiedlichem Ausmaß als gegeneinander substituierbar angesehen werden. Diese divergierenden Grundannahmen über das gesellschaftliche Naturverhältnis sind unmittelbar relevant für die aus ihnen abgeleiteten Leitbilder nachhaltiger Entwicklung (z. B. `Ökologische Modernisierung` versus `Strukturelle Ökologisierung`).

3.2.2.1 Substitutionsgebote: Weak Sustainability

Das Konzept der `Weak Sustainability` wurde von Pearce und Turner (1991) entwickelt. Sie gehen davon aus, dass verschiedene Arten von Kapital, neben Sozial- und Humankapital insbesondere Natur- und Sachkapital, vollständig quantifizierbar, monetarisierbar und vor allem gegeneinander substituierbar sind. Das Kriterium der `Sustainability` gilt in diesen Konzept als erfüllt, wenn die Summe aller Kapitalarten konstant ist und zwar unabhängig von ihrer Anzahl.

Aus der Grundannahme, dass Natur ersetzbar und technisch reproduzierbar ist, folgt für die Zielorientierung dieser Nachhaltigkeitskonzepte, dass die ökologische Krise technisch kompensierbar ist und sich Nutzungsgrenzen durch Kapital und Technik verschieben lassen (vgl. Lucas/Winterfeld 1998: 30-31). Das hier deutlich werdende gesellschaftliche Naturverhältnis entspricht tendenziell dem Leitbild der `Ökologischen Modernisierung`.

Die der `Weak Sustainability` zugrunde liegenden Annahmen vollständiger Quantifizier- und Monetarisierbarkeit aller Kapitalstöcke ist vor allem für die Umweltökonomien relevant, die externe ökologischen Kosten des Wirtschaftens über Preise sichtbar machen und perspektivisch in die Preise integrieren wollen und zwar im Glauben darauf, dass der Marktmechanismus zu einer eindeutigen, ökonomisch optimalen Umweltentlastung führt.

Die These der vollständigen Quantifizier- und Monetarisierbarkeit aller Kapitalstöcke ist unter methodischen Gesichtspunkten zu kritisieren. So weisen Klemmer et al. (1998) darauf hin, dass angesichts der Komplexität ökologischer Prozesse eine Folgeabschätzung

ökologischer Kosten des Wirtschaftens nur eingeschränkt möglich ist und damit eine vollständige Internalisierung ökologischer Kosten utopisch sei. Eine vollständige Quantifizierung der Kapitalstöcke mangelt außerdem an dem grundsätzlichen (Validitäts-) Problem der Abgrenzung verschiedener Kapitalstöcke (z. B.: ist fruchtbarer Boden Sach- oder Naturkapital? Oder: wie ist Sozial- und Humankapital abzugrenzen?) (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 38). Noch problematischer ist, dass die Monetarisierung von Naturkapital im Gegensatz zu ihrer Quantifizierung grundsätzlich nicht möglich zu sein scheint, da für Naturkapitalien keine über den Markt definierten Marktpreise existierten. Die Quantifizierung und damit auch Monetarisierung aller Kapitalstöcke ist also nur eingeschränkt und unter Validitätsverlust möglich.

Schwerwiegender als diese Methodenprobleme ist allerdings die konzeptionelle Kritik an der Grundannahme der vollständigen Substituierbarkeit aller Kapitalstöcke. Diese ist für Ehrlich et al. (1999) nicht zutreffend, da die Ökologie (die sich im Vergleich mit der Ökonomie eher mit absoluten und weniger mit relativen Knappheiten beschäftigt) einige 'essentielle', d. h. nicht substituierbare Ressourcen identifiziert habe, wie z. B. Süßwasser, deren Knappheit in Wachstumsgrenzen resultieren könne. Des Weiteren ist darauf zu verweisen, dass wesentliche ökologische Kriterien für den Naturverbrauch wie 'Belastungsgrenzen' oder die 'Tragfähigkeit' von Ökosystemen unberücksichtigt bleiben (vgl. Arbeit und Ökologie: 39).

Von der vollständigen Substituierbarkeit von Natur- und Sachkapital kann also nicht ausgegangen werden, denn wenn z. B. die Tragfähigkeit eines Ökosystems überschritten ist, kann kein finanzieller oder (z. B. gen-) technologischer Ausgleich diese wieder ersetzen.

3.2.2.2 Substitutionsverbote: Strong Sustainability

Das Gegenkonzept zu dem der 'Weak Sustainability' ist das von Herman Daly (1991, 1996) vorgeschlagene Konzept der 'Strong Sustainability'. Dieses proklamiert wenig oder gar keine Substitution zwischen den Kapitalarten: "Wenn man künstliches und natürliches Kapital ohne Weiteres gegenseitig substituieren könnte, ließe sich das natürliche Kapital vollständig ersetzen. Aber die beiden sind zueinander komplementär – das heißt die Knappheit des Einen setzt der Substitution gewisse Grenzen. Was nützen Fischerboote, wenn es keine Fische mehr

gibt?" (Daly 1991: 40; eigene Übersetzung des Verfassers). Ausgehend von dieser Prämisse fordert Daly, als Vertreter der Ökologischen Ökonomie, dass

- jede Kapitalart für sich erhalten bleibt (also Substitutionsverbote),
- der „physische Gesamtdurchsatz der Ökonomie“ verringert wird (Dematerialisierung) und
- betont im Gegensatz zu dem marktliberalem Gegenkonzept die Notwendigkeit von Institutionen, die der Verteilungsgerechtigkeit dienen, da der Markt diese nicht sicherstelle.

Aus der Grundannahme einer jenseits von menschlich-technischen Eingriffen liegenden Eigenproduktivität und Regenerationsfähigkeit der Natur folgt für die Zielorientierung dieser Nachhaltigkeitskonzepte, dass Natur als Eigenes erhalten, gepflegt und gestaltet werden muss (vgl. Lucas/Winterfeld 1998: 30-31). Das so gekennzeichnete gesellschaftliche Naturverhältnis verläuft damit konträr zu dem der 'Weak Sustainability' und entspricht tendenziell dem Leitbild der 'Strukturellen Ökologisierung'.

An dem Konzept der 'Strong Sustainability' wurde kritisiert, dass ein vollständiger Verzicht auf Naturnutzung nicht möglich ist und es daher primär darum gehe, angemessene Schutzniveaus gesellschaftlichen Naturverbrauchs zu definieren (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 39ff.). Ausgehend von dieser Kritik liefert Ismael Serageldin (1996) ein weiteres Konzept. Mit seinem Ansatz geht er von einer partiellen Substituierbarkeit, der von ihm unterschiedenen Kapitalarten (Sachkapital, Humankapital, Naturkapital und Sozialkapital), aus und nennt seine Nachhaltigkeitskonzeption, da sie einen Mittelplatz zwischen 'strong' und 'weak' einnehme, 'Reasonable Sustainability'. Konkret gibt Serageldin den Anspruch auf, Naturkapital als homogene Größe zu betrachten. Stattdessen schließt er „essentielle Bestandteile des Naturkapitals“ aus der Substituierbarkeitsprämisse aus, d. h. diese sollten entsprechend von der Nutzung ausgeschlossen werden.

Insgesamt lassen sich also die Konzepte der 'Weak' und 'Strong Sustainability' bezüglich ihres gesellschaftlichen Naturverhältnisses in ein Spannungsfeld zwischen einer eher anthropozentrischen Position, wobei der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen ('Weak Sustainability'), und einer eher biozentrischen Position, die jedem Lebewesen gleiche Rechte auf Lebensentfaltung und der Natur einen Eigenwert zumißt ('Strong Sustainability'), verorten.

3.3 Leitbilder nachhaltiger Entwicklung: 'Ökologische Modernisierung' und 'Strukturelle Ökologisierung'

Die divergierenden Nachhaltigkeitskonzeptionen führen zu je unterscheidbaren Paradigmen oder Leitbildern 'nachhaltiger Entwicklung'. Als solche stellen die 'Ökologische Modernisierung' und die 'Strukturelle Ökologisierung' medienpolitisch-kommunizierbare Zielbestimmungen von Nachhaltigkeit und ihrer jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien dar. Diese Leitbilder sind für ihre Vertreter unmittelbar handlungsleitend und werden im Folgenden skizziert.

3.3.1 Das Leitbild der 'Effizienzrevolution' bzw. 'Ökologischen Modernisierung'

Das Leitbild der 'Ökologischen Modernisierung' oder 'Effizienzrevolution' sieht vor, dass das herrschende Wachstumsmodell mit Hilfe des technischen Fortschritts und einer effizienten Nutzung von Energie und Ressourcen ökologisch akzeptabel gemacht wird. Nachhaltige Entwicklung ist hier mit nachhaltigem Wachstum ('sustainable growth') vereinbar (vgl. Teichert 1995; Missbach 1997).

Diesem Paradigma ist zum Beispiel der Brundtlandbericht (Hauf 1987) zuzuordnen. In diesem werden zwar dramatische Eingriffe in die ökologischen Systeme (z. B. Artensterben, Klimaveränderungen) diagnostiziert, gleichwohl wird am Wirtschaftswachstum zur Bewältigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme in den Entwicklungsländern festgehalten. Um ökologische Folgeprobleme abzumildern, wird auf eine globale Effizienzrevolution als Kernbestandteil nachhaltiger Entwicklung verwiesen (siehe Hauf 1987: 92ff.).

Insbesondere der Begriff der 'Effizienzrevolution' ist von der Umweltökonomie positiv weiterentwickelt worden. So prägte etwa Stephan Schmidheiny (1993) den Begriff der 'Öko-Effizienz' als Leitbild für eine Naturverbrauch sparende Produktionsweise von Gütern und Dienstleistungen durch Unternehmen. Anknüpfend am Begriff der 'Öko-Effizienz' entwickelte das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie Mitte der 1990er Jahre das

sogenannte „MIPS-Konzept“ (Schmidt-Bleek 1995), das angibt, die Öko-Effizienz als ‚Materialintensität pro Serviceeinheit‘ (einer Dienstleistung oder eines Produktes) messbar zu machen. Dadurch sei es möglich, die ‚Ressourcenproduktivität‘ eingesetzter Stoffströme in Infrastrukturen, Produkten und Dienstleistungen auf Grundlage ihres lebenszyklusweiten Materialinputs zu vergleichen und Ressourceneinsparungspotentiale bezogen auf jeweilige Produktionsschritte erkennbar zu machen. Diese Verfahren werden und wurden bezüglich der sogenannten ‚Dematerialisierungsstrategie‘ entwickelt. Ihre prononciertesten Vertreter, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Friedrich Schmidt-Bleek, teilen die Vorstellung, dass die von den Industrieländern beanspruchte Stoffmenge, um den Faktor Zehn (Schmidt-Bleek 1994) bzw. Faktor Vier (Weizsäcker 1995) oder aktueller um den Faktor Fünf (Weizsäcker 2000) verringert, sprich ‚dematerialisiert‘, werden müsste, damit ökologische Belastungsgrenzen nicht überschritten werden. Vorausgesetzt wird dabei, dass der Zugang zu natürlichen Ressourcen weltweit pro Kopf gleich ist.

Da dieses nicht der Fall ist, ist hier kurz darauf hinzuweisen, dass das normative Nachhaltigkeitspostulat weltweit gleicher Pro-Kopf-Ansprüche an Umweltressourcen eine enorme gesellschaftspolitische Sprengkraft beinhaltet würde, wenn es öffentlichkeitswirksam postuliert und in den Vordergrund gestellt werden würde.

Um erkennbare Lenkungseffekte im Sinne einer ‚Effizienzrevolution‘ auszulösen, setzen die Vertreter der Dematerialisierungsstrategie im Wesentlichen auf Umweltsteuern. Diese werden teils positiv mit der (neoliberalen) Denkfigur ‚Arbeit muss billiger und Umweltverbrauch teurer werden‘ verbunden. Ein prominentes Beispiel ist hier die Wuppertal Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die im Kapitel (6.1.2) „Verbilligung der Arbeit – Verteuerung des Naturverbrauchs“ explizit folgende These aufstellt: „Wer neue bezahlte Arbeitsmöglichkeiten schaffen will, muss Arbeit billiger und Energie und andere Ressourcen teurer machen, indem über eine ökologische Steuerreform erhobene Einnahmen aus Energiebesteuerung und die anderer Stoffverbräuche u. a. gesetzliche Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt werden können“ (BUND/Misereor 1996: 134).

Im Zentrum des Leitbildes einer ‚Ökologischen Modernisierung‘ steht insgesamt die Betonung eines ressourceneffizienteren Wirtschaftswachstum, welches die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bekämpfung von Armut ermöglichen soll.

Kritisch ist darauf hinzuweisen, dass aus ökologischer Sicht die Dematerialisierungsstrategie ohne Begrenzung der gesamten (volks- bzw. weltwirtschaftlichen) 'Stoffstromdurchflussmenge' hinfällig ist, da noch so öko-effiziente Produktions- und Konsumformen nichts nutzen, wenn der Naturverbrauch insgesamt durch Wirtschaftswachstum zunimmt.¹³⁹

Abgesehen von diesem ökologischen Argument ist das Leitbild der 'ökologischen Modernisierung' oder 'Effizienzrevolution' mit Andreas Missbach (1997) ganz grundsätzlich zu kritisieren, wenn man es in einen Zusammenhang mit dem neoliberalen Globalisierungsprozess stellt: „Durch den Schlüsselbegriff der Effizienz steht die Mainstream-Interpretation von nachhaltiger Entwicklung in keinerlei Widerspruch zur Verfolgung von Strategien der Wettbewerbssteigerung innerhalb eines globalisierten Kapitalismus. Elemente des neoliberalen Demontage-Projektes sind durchaus kompatibel mit dieser Interpretation“ (a. a. O.: 34). Armut über Wachstum zu bekämpfen hieße dann - so Missbach - primär Freihandel. Dem ist hier zuzustimmen, denn auch im Abschlussdokument des Rio-Gipfels, der 'Agenda 21', wird eine liberalisierte Welthandelsordnung präferiert: „Die Liberalisierung des Handels soll auf globaler Ebene und unter Einschluß aller Wirtschaftssektoren erfolgen und so einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten“ (Strohbach 1997: 45). Auf ökologische und soziale Folgen eines unregulierten Welthandelssystems geht die 'Agenda 21' nicht ein.

Die 'ergebnisbezogene Nachhaltigkeitsbestimmung' verbleibt insgesamt mit ihrem Primat der Ökologie innerhalb der 'physischen Argumentation', welche sich mit diesem Leitbild (der 'Ökologischen Modernisierung') faktisch in ein Primat der Ökonomie verwandelt, da es anschlussfähig mit dem globalen Neoliberalisierungsprozess bleibt. Soziale Nachhaltigkeitsaspekte bleiben unberücksichtigt.

¹³⁹ Auch für Felix Ekarde stehen ökologische Reduktionsziele im Spannungsverhältnis zur heute alles dominierenden Wachstumsidee, wie auch zu 'qualitativem Wachstum' (2011: 30-37, 655). In einem Beitrag für die SZ vom 17.06.2011 schlägt er an Stelle von Ge- und Verboten eine Gesamt-Deckelung des Energie- und Landverbrauchs vor, die nur über den Preis für fossile Brennstoffe und Landnutzung gelingen könne: „Das ginge über eine schrittweise steigende Abgabe oder über einen stark verbesserten Emissionshandel. ... Allerdings sind Energieressourcen und auch das Klima globale Angelegenheiten. Eigentlich ist daher eine globale Abgabe nötig. Oder man geht in Europa mit einer Abgabe voran und ergänzt sie durch Ökozölle. Ökozölle besteuern Importware beispielsweise aus China oder den USA. Das Ausweichen des Energiepflanzenanbaus oder der Autoherstellung in Länder ohne Abgabe wird damit unattraktiv und ergo vermieden“ (a. a. O.).

Das Leitbild der 'Effizienzrevolution' ist allerdings dann positiv zu bewerten, wenn es nicht als globales Leitbild 'nachhaltiger Entwicklung', sondern als eine Erweiterung des rein umweltpolitischen Paradigmas des 'additiven, nachsorgenden Umweltschutzes' interpretiert wird. Das umweltpolitische Paradigma bezog sich zuerst auf „die defensive Marktabsicherung durch die Verringerung von Emissionen und Störfällen, dann auf die Verminderung von ökologisch bedingten Kosten und schließlich die Ausdifferenzierung und Effektivierung von Produkten unter ökologischen Gesichtspunkten“ (Hildebrandt 1999: 5).

3.3.2 Das Leitbild der 'Strukturellen Ökologisierung' und sein Wohlstandsbegriff

Im Paradigma der 'Strukturellen Ökologisierung' werden ökologische, ökonomische und soziale Aspekte als gleichberechtigte Komponenten eines erweiterten gesellschaftlichen Wohlstandsbegriffs angesehen. Im Vordergrund stehen nicht nur Effizienzkriterien, sondern auch Verteilungsaspekte. Zudem enthält der Wohlstandsbegriff neben Umwelt- und Gerechtigkeits- auch Partizipationselemente (vgl. Teichert 1995: 96f.). Das diesem Paradigma inhärente Nachhaltigkeitskonzept basiert auf einer eher prozessbezogenen, integrativen Nachhaltigkeitsbestimmung. Ein Beispiel für die Verwendung des Leitbildes der 'Strukturellen Ökologisierung' ist die Nachhaltigkeitsstudie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996), die sowohl Effizienz- als auch Suffizienzziele postuliert und sie mit einem erweiterten Wohlstandsbegriff verknüpft.

Im Paradigma der 'Strukturellen Ökologisierung' werden technokratische Lösungen nicht abgelehnt, sondern gelten als zu bejahende Übergangslösungen. So fordert Weizsäcker (1992), dass die 'Effizienzrevolution' von einer 'Suffizienzrevolution' begleitet werden müsse. Neben der 'Effizienzrevolution' seien Verhaltensänderungen der Menschen notwendig, auch wenn diese nur sehr langfristig zu erreichen seien. Abgezielt wird hier auf veränderte Konsumformen, wie z. B. auf einen eher kollektiven statt privaten Konsum von Produkten. Walter Stahel (1991) etwa postuliert, dass „Güter künftig nicht mehr käuflich erworben, sondern als Dienstleistung verfügbar gemacht werden“ (a. a. O.: 89). Das würde zum Beispiel für Automobilproduzenten bedeuten, dass sie nicht Autos zum Verkauf anbieten würden, sondern den 'Nutzen' Mobilität. Wenn „Güter künftig nicht mehr käuflich erworben

werden, sondern als Dienstleistung verfügbar sind“ (ebenda), dann würde das für die Erweiterung des gesellschaftlichen Wohlstandsmodells implizieren, dass Wohlstandssteigerungen nicht bzw. nicht nur, über höhere Einkommen zu erreichen sind, sondern über die Art und Weise der gesellschaftlichen Organisation der Verfügbarkeit von Dienstleistungen.¹⁴⁰

Deutlich ist, dass im Paradigma der ‘Strukturellen Ökologisierung’ ein ‘neuer Wohlstandsbegriff’ postuliert wird, der stärker auf ökologische und soziale Verträglichkeit ausgerichtet ist. Allerdings bleibt dieser Wohlstandsbegriff teils unscharf. Zum Beispiel bestimmt Ernst Ulrich von Weizsäcker (1990) Wohlstand über folgende Qualitäten: „eine gesunde innere und äußere Natur, der Wert einer intakten Landschaft, die psychische Gesundheit, weniger entfremdete Arbeitsformen, Bedürfnisbefriedigung durch Eigenarbeit und ein anderes Verhältnis in der Triade von Natur, Technik und Gesellschaft“ (a. a. O.: 255). Deutlicher ist das postulierte veränderte Wohlstandsmodell vor allem in Hinblick auf die Perspektiven, die das Kriterium Arbeit unter dem Leitbild der ‘Ökologischen Modernisierung’ im Vergleich zu dem Leitbild der ‘Strukturellen Ökologisierung’ einnimmt. So konstatiert Volker Teichert (1995), dass unter dem Leitbild der ‘Ökologischen Modernisierung’ Arbeit perspektivisch ausschließlich mit

- der Förderung von Erwerbsarbeit durch die Einführung einer Ökosteuerreform (Erwerbsarbeit soll billiger und Naturverbrauch teurer werden) und
- dem Ausbau von Erwerbsarbeitsplätzen im Umweltschutz verknüpft wird.

Dagegen werde unter dem Leitbild einer ‘Strukturellen Ökologisierung’ Arbeit perspektivisch

- mit der Reduzierung von Erwerbsarbeit,
- Verlagerung in die informelle Eigenarbeit und deren gesellschaftliche Aufwertung sowie
- der Einführung einer negativen Einkommensteuer verknüpft (vgl. a. a. O.: 100).

Im Gegensatz zur Position der ‘Ökologischen Modernisierung’, die ökologische Risiken als handhabbar einschätzt und auf materielle Wohlfandeffekte des Wachstums beharrt, hebt die

¹⁴⁰ Mit der Strategie der Suffizienzrevolution ist auch das Konzept der ‘Ressourcenproduktivität’ verbunden. Für Strategien einer höheren ‘Ressourcenproduktivität’ unterscheiden Willy Bierter und Peter Brödner (1998) in:

- Strategien einer längeren Nutzung (z. B. Langzeitprodukte, Wiederverwendung, Reparatur),
- Strategien einer intensiveren Nutzung (z. B. Verkauf der Nutzung statt der Produkte über Miet- und Leasingverträge, Verkauf von Gemeinschaftsnutzung),
- Strategien der Abfallvermeidung (Materialrecycling).

Gegenposition des Leitbildes der 'Strukturellen Ökologisierung' also die Grenzen des Wachstums und der Effizienzsteigerung hervor und betont einen anderen Weg zum Wohlstand: „Ein an Erwerbsarbeit gebundener Wohlstand wird abgelöst durch einen ressourcenschonenden, viel stärker selbstversorgenden Wohlstand, der die überwiegend von Frauen geleistete informelle Arbeit aufwertet und in viel stärkeren Maße auf Eigenarbeit in sozialen Netzen beruht“ (Hildebrandt 1998: 18).

Insgesamt - so meine Kritik - verbleibt das Paradigma der 'Strukturellen Ökologisierung' und ihr 'erweiterter Wohlstandsbegriff' noch zu sehr auf der Ebene eines sehr vagen, unkonkreten Leitbildes, das sozialromantisch und apolitisch anmutet, da nicht aufgezeigt wird, wie und mit welchen Akteuren es politisch gegen Widerstände im Kontext realer sozioökonomischer Entwicklungstendenzen (wie die fortlaufende Kommodifizierung von Arbeit und Ressourcen) umgesetzt werden könnte. Während das Leitbild der 'Ökologischen Modernisierung' unmittelbar anschlussfähig an das traditionelle Wachstumsparadigma ist und daher auch keinen Bruch mit herrschenden Diskursen und womöglich Akteuren verlangt, ist auch im Leitbild der 'Strukturellen Ökologisierung' ein radikaler Bruch mit herrschenden Diskursen nicht erkennbar. So beziehen sich die Suffizienz- und die Effizienzrevolution im Wesentlichen auf die Dematerialisierungsstrategie, die ebenso Bestandteil des Paradigmas der 'Ökologischen Modernisierung' ist (wenn auch hier ohne Bezug auf den Suffizienzbegriff). Diese rein ökologische Argumentation würde völlig dominieren, wenn nicht die Diskussion um Qualitäten eines erweiterten Wohlstandsbegriffs auf die soziale Dimension der Nachhaltigkeit abheben würde. Allerdings werden nicht nur politische und ökonomische Widerstände gegen ein erweitertes Wohlstandsmodell nicht systematisch untersucht. Insbesondere wird inhaltlich schlicht unterstellt, dass informelle Arbeit nicht nur ökologische Vorteile bietet, sondern quasi automatisch zufriedenstellender ist und soziale Vorteile bietet. Daher ist die Gefahr zu formulieren, dass die Diskussion um einen erweiterten Wohlstandsbegriff instrumentalisiert werden kann bzw. funktional ist, um geringere Einkommen über die rhetorische Aufwertung 'vergessener Wohlstandsqualitäten' (Weizsäcker 1992) zu legitimieren.

Gleichwohl stellt das Paradigma der 'Strukturellen Ökologisierung' ein komplexeres Leitbild für eine nachhaltige Entwicklung und Gesellschaft dar, als das Paradigma der 'Ökologischen

Modernisierung`. Vor allem öffnet die Diskussion um Qualitäten eines erweiterten Wohlstandsbegriffs den Blick für eine ganz grundsätzliche Reflexion unserer Lebensweise und für die Frage, was ein gutes Leben ausmacht?

3.4 Herausforderungen und Perspektiven in der Diskussion über ‘nachhaltiges Arbeiten’

Der Begriffsinhalt ‘nachhaltiger Arbeit’ ist kein feststehender. Unter ‘nachhaltiger Arbeit’ kann Verschiedenes verstanden werden: Grundsätzlich lassen sich Konzeptionen ‘nachhaltiger Arbeit’ und Konzeptionen ‘nachhaltiger Arbeitsgesellschaften’ durch eine Priorisierung der entweder ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeitsdimension kennzeichnen.¹⁴¹ Der Fokus auf die ‘ökologische Nachhaltigkeit’ verlangt zumeist eine Anpassung des Sozialen an das ‘ökologisch Gebotene’. Demgegenüber bezieht sich die ‘soziale Nachhaltigkeit’ auf die Zukunftsfähigkeit sozialer Einheiten, vorrangig mit Blick auf die soziale Kohäsion in sozialen Systemen, wie auch auf den schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource (vgl. Senghaas-Knobloch 2008: 39).

Zudem differieren Überlegungen und Konzeptionen nachhaltiger Arbeit danach, ob tendenziell Erwerbsarbeit und die ‘formelle Ökonomie’ oder Nichterwerbsarbeit und die ‘informelle Ökonomie’ als Hintergrundfolien zur Konzeptionierung nachhaltiger Arbeit im Fokus stehen. Oftmals wird aber auch explizit - insbesondere aus feministischer Perspektive und im Konzept der Mischarbeit - die „Ganze Arbeit“ (vgl. u. a. Biesecker 2000; Lucas/Winterfeld 1998; Notz 2003; HBS 2000; Brandl/Hildebrandt 2001) in den Blick genommen.

Generell geht es in der Diskussion über ‘nachhaltiges Arbeiten’ um die ökologischen, sozialen und oftmals zeitlichen Konsequenzen und Perspektiven verschiedener Konstruktionen von Arbeit in je unterschiedlichen ökonomischen und (arbeits-)gesellschaftlichen Kontexten. Dabei wurden - zumindest bis zum Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses als gesamtgesellschaftliche Zukunftsdebatte - unterschiedliche Arbeits- und Ökonomiekonzepte mit je eigenen Wohlstandskonzeptionen einer nachhaltigen Entwicklung verknüpft.

Erst nach dem Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses um die Jahrtausendwende spielen erweiterte Arbeits- und Wohlstandskonzepte in der Diskussion um nachhaltiges Arbeiten

¹⁴¹ Zur Entwicklung der Diskussion des Zusammenhangs von Arbeit und Nachhaltigkeit von „Rio 1992“ bis „Rio+20“ im Juni 2012 siehe Littig (2012).

kaum noch eine Rolle. Seither geht es zumeist mit dem Bezug auf eine ´sozial nachhaltige Gestaltung menschlicher (Erwerbs-)Arbeit` um Fragen der Sozialintegration und Arbeitsqualität in flexiblen Arbeitsstrukturen und flexiblen Arbeitszeitregulierungen sowie um arbeitsbezogene Gesundheitspolitik (siehe etwa den Tagungsband von Becke 2008 und Lehndorff 2003, 2006). Der Nachhaltigkeitsbegriff erscheint hier oftmals eher als rhetorisch angehängte Leerformel, da er nicht mehr mit dem Nachhaltigkeitsparadigma einer gesamtgesellschaftlichen Zukunftsdiskussion verbunden ist und eher auf die betriebliche Ebene als auf Konzeptionen nachhaltiger Arbeits- (oder auch ´Tätigkeits-`) Gesellschaften, bezogen wird.

Im Folgenden werden daher ausgewählte Konzeptionen nachhaltiger Arbeit und ihre arbeitspolitischen Leitkriterien bis zum Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses als gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs vorgestellt und kommentiert. Im Einzelnen geht es zunächst um die Konzeption von Arbeit im Kontext der Dematerialisierungsstrategie von Friedrich Schmidt-Bleek (1994, 1995, 1997, 1998) und um das Eigenarbeitsmodell und den Wohlstandsbegriff von Gerhard Scherhorn (1997, 1998, Reisch/Scherhorn 1999). Beide Konzepte finden sich auch in den darzustellenden arbeitspolitischen Leitkriterien der prominenten Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) wieder. Von Interesse sind auch feministische Perspektiven zum Thema nachhaltiges Arbeiten. Aus feministischer Perspektive wurden die genannten Konzepte - insbesondere die Perspektive der Eigenarbeit - sowohl grundlegend abgelehnt (Becker 1998), als auch Bezugspunkte eigenständiger, feministischer Ansätze zum Thema nachhaltiges Arbeiten (Biesecker 1999, 2004, 2008). Diese feministischen Perspektiven sowie Schwerpunktsetzungen auf soziale Nachhaltigkeitskriterien nachhaltiger Arbeit waren wiederum Ausgangspunkte für das ´Konzept der Mischarbeit` in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000; Brandl/Hildebrandt 2001, 2002; Hildebrandt 2003).

3.4.1 Arbeit als Parasitismus im Kontext der Dematerialisierungsstrategie

Überlegungen zu nachhaltigen Wirtschaftsformen werden aus ökologischer Perspektive zumeist auf die Dematerialisierungsstrategie - im Rahmen des Leitbildes der ökologischen

Modernisierung - bezogen. Das prominente Konzept der Dematerialisierung wurde in den 1990er Jahren durch den Umweltforscher Friedrich Schmidt-Bleek (1994; 1995; 1997; 1998)¹⁴² konkretisiert und gilt quasi als Blaupause des Mainstreams ökologischer Umbaustراتيجien. Mit diesem Konzept wird kein vom kapitalistischen Wirtschaftsmodell strukturell abweichendes Bild einer 'nachhaltigen Wirtschaftsform' gezeichnet. Menschliche Arbeit wird weniger aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit diskutiert, vielmehr werden primär aus der Herausforderung der Dematerialisierung Konsequenzen für die Anforderungen an Erwerbsarbeit und für die Quantität von Erwerbsarbeit in einer dematerialisierten Ökonomie abgeleitet.

Ein für Arbeitssoziologen ungewöhnlicher Blick auf Arbeit wird in der Herleitung der Dematerialisierungs-Strategie deutlich. In dem hier zentralen Werk „Öko-intelligente Produkte, Dienstleistungen und Arbeit“ von Willy Bierter, Walter Stahel und Friedrich Schmidt-Bleek (1996) wird Arbeit grundlegend als 'produktiv und destruktiv zugleich' betrachtet. Explizit werden folgende Thesen in den Ausführungen zu 'zukunftsfähiger Arbeit' aufgestellt:

(1) Alles Leben arbeitet, der Organismus nimmt Ordnung und Energie auf, er zersetzt beides, sortiert, ordnet und scheidet Abfälle aus, „die lebenden Systeme sind in Arbeit, sie sind Arbeit“ (a. a. O.: 75).

Dieser weite Arbeitsbegriff beinhaltet die „Transformation von Unordnung in Ordnung“ (ebenda). Der Mensch als Arbeitswesen spielt für diesen Arbeitsbegriff folglich keine Rolle.

(2) Produktion ist nur als Zerstörung anderer Ordnungen denkbar. Die Arbeit schafft eine Ordnung, aber auf Kosten einer anderen Ordnung: „Das Schillern der Arbeit zwischen Produktiven und Destruktiven ist nicht etwa ein Fehler der kapitalistischen Wirtschaftsweise ... sondern ein Sachverhalt ... , der in der paradoxen Funktionsweise aller lebenden Systeme verankert ist, nämlich sich selbst und andere nur auf Kosten von Zerstörung produzieren zu können“ (a. a. O.: 76).

Die 'Janusköpfigkeit der Arbeit' wird hier unabhängig von der jeweiligen 'Gesellschaftsformation' analysiert.

¹⁴² Der deutsche Chemiker und Umweltforscher Friedrich Schmidt-Bleek baute zusammen mit Ernst Ullrich von Weizsäcker Anfang der 1990er Jahre das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie auf. Er führte die Begrifflichkeiten der 'Ressourcenproduktivität' und 'Dematerialisierung' in die umweltpolitische Debatte ein und machte den Begriff des 'Ökologischen Rucksacks' populär.

(3) Die destruktive negative Seite wird auf die Zerstörung der ökologischen Ordnung bezogen: Durch die Produktion von Abfall würden die Menschen „nicht enden wollende Parasitenkaskaden“ (ebenda) aufbauen. Da jede Industriekultur eine Parasitenkultur sei, müssten allerdings „negative und positive Formen des Parasitismus“ unterschieden werden, d. h. „ob der Parasit seinen Wirt rücksichtslos auffrißt oder ob er ihn auf seine Art am Leben zu erhalten versucht“ (a. a. O.: 77). Es komme darauf an – so schließen die Autoren - ein symbiotisches Parasiten-Wirt-Verhältnis zu erreichen. Dies „verlangt vor allem, daß wir die enormen Energie- und Materialflüsse durch unsere Gesellschaft drastisch minimieren müssen“ (ebenda). Das Primat der Ökologie wird in der sozialtheoretischen Herleitung der Dematerialisierungsstrategie deutlich: Die Perspektive liegt in der Dematerialisierung und der daraus abzuleitenden Arbeit und Wirtschaftsweise.

In Hinblick auf eine erhöhte Ressourcenproduktivität (als Operationalisierung ökologischer Nachhaltigkeit) werden drei Dematerialisierungsstrategien unterschieden:

- Erstens die ´Strategie der Verwendung integrierter Umweltschutztechnologien`, der eine herausragende Rolle zugeschrieben wird (vgl. a. a. O.: 22ff.).
- Zweitens die ´Strategie des Materialrecyclings`, der eine vergleichsweise begrenzte Wirksamkeit zugesprochen wird, da sich maximal die Hälfte der in Produkten eingesetzten Materialien für das Recycling eigne und die Kreislaufführung selbst mit erheblichen Ressourcenaufwendungen verbunden sei. Als Vorteil bezeichnen die Autoren, dass „keine strukturelle Änderung der Wirtschaft“ verlangt wird (a. a. O.: 40f.).
- Im Vordergrund steht drittens die ´Strategie der Dauerhaftigkeit`. Diese setzt sich wiederum aus der ´Strategie der Verlängerung der Nutzungsdauer` und der Strategie der ´Erhöhung der Nutzungsintensität` zusammen. Die Erstgenannte zielt darauf Produkte als Langzeitprodukte herzustellen und instandzuhalten. Die ergänzende Strategie der Erhöhung der Nutzungsintensität bezieht sich auf die gemeinsame Nutzung, das Vermieten und Leasen von Produkten und auf die verbesserte Nutzung von Infrastrukturen (vgl. a. a. O.: 32f.).

Schließlich werden zu den Auswirkungen der Dematerialisierungsstrategien auf die Arbeitswelt in Bezug auf Qualifikationsbedarfe und die Quantität von Arbeitsplätzen folgende Thesen formuliert (vgl. a. a. O.: 62ff.):

- Die Strategien der Dauerhaftigkeit und des Materialrecyclings erfordern die Substitution von zentralen Fertigungsstätten durch dezentrale, facharbeitsintensive Werkstätten und die Substitution von Ressourcen durch Facharbeit.
- Konsequenzen für die Qualität von Erwerbsarbeit ergeben sich aus der Verlagerung von der Produktion zur Dienstleistung (Systempflege und Instandhaltungen) und dem anderen Charakter der Tätigkeiten.
- Aus der Verlagerung von der Produktion zur Dienstleistung resultieren erhöhte Qualifikationsanforderungen auf regionaler Ebene. Dies gilt sowohl für die Fertigungsunternehmen (Systementwicklung, Entwicklung anspruchsvoller Produkte) wie auch für dezentrale, handwerkliche Dienstleistungen.¹⁴³
- Hinsichtlich der Konsequenzen für die Quantität von Arbeit sind zusätzliche Erwerbsarbeitsplätze zu erwarten, da Dienstleistungen zur Nutzungsdauerverlängerung mehr Arbeitsplätze schaffen, als für die entsprechende Fertigung von Neugütern notwendig sind.¹⁴⁴

Bei den Überlegungen der Autoren zu den Auswirkungen der Dematerialisierungsstrategien auf Arbeit bleiben Perspektiven zur Förderung einer informellen Ökonomie außen vor und der Arbeitsbegriff auf bezahlte Erwerbsarbeit begrenzt. Eine Übernahme der nutzungsdauerbezogenen Tätigkeiten durch die Nutzer selbst (etwa durch Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe) ist in diesem Konzept nicht vorgesehen. Ein solches Konzept findet sich zum Beispiel in der Vision einer „Reparaturgesellschaft“, wie sie von einer Autorengruppe aus den österreichischen Gewerkschaften (Blau/Weiss/Wenisch 1997) gezeichnet wurde, die (unter Bezugnahme auf Bierter/Stahel/Schmidt-Bleek 1996) die Strategie der Dauerhaftigkeit aufgegriffen haben. Diese plädieren für „Reparatur und Regionalisierung statt Konsumrausch

¹⁴³ Hier ist anzumerken, dass Arbeitstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Materialrecycling auch durch niedrig entlohnte Hilfsarbeiten und unbezahlte, primär weibliche Versorgungsarbeit durchgeführt werden, von einem generellen Qualifizierungsschub also nicht per se auszugehen ist.

¹⁴⁴ Diese These ist sicherlich leicht angreifbar. So ist für die Arbeitsmarktentwicklung einer exportorientierten Wirtschaft die Produktion von Neugütern für den Weltmarkt relevanter als die Ausweitung produktionsbezogener Servicedienstleistungen, da diese auf dem vergleichsweise kleineren Binnenmarkt erbracht werden.

und Globalisierung“ (a. a. O.: 14) und illustrierten ihre Vision durch in Wien anzutreffende Fallbeispiele.¹⁴⁵

Insgesamt verbleiben die von Willy Bierter, Walter Stahel und Friedrich Schmidt Bleek (1996) in Abhängigkeit von den genannten Dematerialisierungsstrategien vermuteten Veränderungen im Kontext ökologischer Umbaustrategien. Nachhaltigkeit wird auf ökologische Nachhaltigkeit reduziert. Veränderte Anforderungen an Arbeitsqualifikationen werden thematisiert, nicht aber Thesen zur Veränderung von Arbeitsbedingungen aufgestellt. Der Arbeitsbegriff bleibt auf Erwerbsarbeit fokussiert, der Reproduktionssektor spielt keine Rolle. Auch wird - abgesehen von der Vorgabe geringeren Naturverbrauchs - kein alternativer Wohlstandsbegriff formuliert. Da keine strukturelle Änderung der Wirtschaftsweise verlangt wird und auch nicht erwünscht zu sein scheint, erscheint die Umsetzung der Dematerialisierungsstrategie ´von oben` befördert durch Umweltsteuern unproblematisch, und entsprechend werden auch keineswegs Akteure oder Konflikte der Umsetzung hervorgehoben. Ohne Bezug zu einer kritischen Gesellschaftstheorie wird ahistorisch und ohne Herrschaftsbegriff argumentiert.

3.4.2 Eigenarbeit und anderer Wohlstand in einer dualen Ökonomie

Der Ansatz der ´Eigenarbeit` in einer dualen Ökonomie und die Thematisierung eines neuen Wohlstandsbegriffs im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte wurden Ende der 1990er Jahre insbesondere durch den Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Scherhorn prominent vertreten. Unter dem Begriff der Eigenarbeit versteht Scherhorn „Bedarfsdeckung, die man selbständig und selbstbestimmt besorgt“ (1997: 42). Die Bedarfsdeckung habe einen Einkommenseffekt und sei mit einer anderen Qualität der Arbeit verbunden: „Es ist das selbstbestimmte, nicht

¹⁴⁵ Die Fallbeschreibungen betonen immaterielle Arbeitsqualitäten von Reparaturarbeit, erinnern allerdings eher an die Romantisierung untergehender Handwerksberufe, als an prosperierende, moderne Beschäftigungsfelder. Es dominieren Ein-Personen Firmen, geführt von ausgeprägten Individualisten mit hoher Vielseitigkeit, die trotz überdurchschnittlicher Arbeitszeiten kaum die Armutsgrenze überschreiten.

entfremdete und meist auch sozial verpflichtete Tun, das das Wesen der Eigenarbeit ausmacht“ (a. a. O.).¹⁴⁶

Der Ansatz der Eigenarbeit von Scherhorn¹⁴⁷ hat - ebenso wie die Dematerialisierungsstrategie - ihren Ausgangspunkt in der Destruktivität der Erwerbsarbeit, bezieht sie allerdings auf die Lebenswelt der Beschäftigten nach der Argumentation: Unbefriedigende Erwerbsarbeit führt zu kompensatorischen Konsum. Scherhorns wesentliche Zielrichtung ist weniger die Veränderung industrieller Produkte und Dienstleistungen, sondern die Entwicklung einer zweiten Arbeit (Eigenarbeit) in einer dualen Ökonomie, die kompensatorischen Konsum überflüssig machen soll (vgl. Scherhorn 1997, 1998). Zudem übt er Kritik am dominierenden materiellen Wohlstandsbegriff, den er um immaterielle Wohlstandselemente, darunter auch Zeitwohlstand, erweitern möchte (vgl. Scherhorn 1995; Reisch/Scherhorn 1999; Scherhorn 2002, 2009).

Vor allem in den drei Artikeln „Das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags“ (Scherhorn 1997), „Von der Kompensation zur Kompetenz. Über die notwendige Revision der überkommenen Vorstellungen von Arbeit“ (Scherhorn 1998) sowie „Ich wär so gern ein Zeitmillionär. Güterwohlstand und Zeitwohlstand“ (Reisch/Scherhorn 1999) hat Scherhorn seine zentralen Perspektiven formuliert, mit denen er die Vorstellungen zur Zukunft der Arbeit im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte beeinflussen wollte und die er auch in jüngerer Zeit weiterhin vertritt (siehe etwa Scherhorn 2009). Diese werden daher im Folgenden kurz skizziert:

Die Grundlage des gegenwärtigen Wohlstands sieht Scherhorn im ‚fordistischen Gesellschaftsvertrag‘, d. h. - so wie Scherhorn definiert - „der ungeschriebenen Übereinkunft, steigender Lebensstandard und dauernde Beschäftigung seien der Lohn für die Bereitschaft, entfremdete Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen“ (Ders. 1997: 41). Aus dem „fordistischen Gesellschaftsvertrag“ folge erstens, dass die Motivation der Mehrheit der Beschäftigten zur Erwerbsarbeit in der Erzielung von Einkommen zwecks

¹⁴⁶ Gerhard Scherhorn war von 1974 bis 1979 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und von 1975 bis 1998 Professor für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik an der Universität Hohenheim. Von 1996 bis 2005 forschte er am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie als Leiter der Forschungsgruppen ‚Neue Wohlstandsmodelle‘ und ‚Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren‘.

¹⁴⁷ Zum Begriff der Eigenarbeit im Vorfeld der Nachhaltigkeitsdebatte siehe insbesondere Weizsäcker/Weizsäcker (1979) und Illich (1982). Zur Kritik des Begriffs der Eigenarbeit siehe auch die Ausführungen unter 2.1.2.1 in dieser Arbeit.

Finanzierung eines immer aufwendigeren Freizeitlebens und eben nicht in der persönlichen Bedeutung der Arbeit selbst besteht. Zweitens trage der beständig ansteigende Massenkonsum zur Zerstörung der Lebensgrundlagen bei. Zugunsten der Güterproduktion seien die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen auf Beschäftigung und Konsum verkürzt und fokussiert worden. Damit sei die menschliche Natur selbst zerstört worden, die sich mit zwei Grundbedürfnissen charakterisieren lasse, nämlich 'Kompetenz', als menschliche Eigenschaft „unserer Umwelt selbstbestimmt zu erkunden, uns in ihr kreativ und problemadäquat zu bewähren“ (Scherhorn 1998: 28) und 'Mitsein', als Angewiesenheit auf den Umgang mit anderen Menschen und das Gefühl .. gebraucht und beachtet zu werden“ (ebenda). Für die unmittelbare Leistung im Beruf und Konsum würden diese elementaren Bedürfnisse nicht anerkannt: „Denn sie zielen auf immaterielle Güter, die wir selbst hervorbringen, und auf Gemeinschaftsgüter, an denen wir gemeinsam arbeiten; beide sind nicht handelbar. Also werden sie in der Erziehung, in der Arbeit und im Alltag vernachlässigt und verlernt“ (ebenda).¹⁴⁸

Grundlegend ist für Scherhorn, dass der fordistische Gesellschaftsvertrag nur über eine Verzerrung der Relationen zwischen den Produktionsfaktoren funktioniert, denn Natur sei im Verhältnis zu Arbeit zu billig. Der technische Fortschritt vollziehe sich zulasten der Natur und der Arbeit, die durch Kapital im Zuge der Globalisierung ersetzt werde.

Scherhorn behauptet dann, dass der 'fordistische Gesellschaftsvertrag' zunehmend durch steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Naturzerstörung, die Ungleichverteilung der Früchte des Wachstums und durch sinkenden Nettowohlstand infrage gestellt werde. Verantwortlich dafür sei, dass sich die Relation zwischen Kapital und Arbeit verschoben habe, denn von „den Finanzmärkten geht eine permanente Erhöhung der Gewinnansprüche aus. Staatlicherseits werden der Kapitalexpansion keine Grenzen gezogen und wird ihr keine Richtung gewiesen. So hat sie die Tendenz, die Arbeit zu verdrängen und das Arbeitseinkommen zu reduzieren“ (Ders. 1998: 28). In der Folge würden die fordistischen „Kompensationsversprechen ... nicht mehr eingehalten“ (ebenda). Es habe auch keinen Sinn, auf Wirtschaftswachstum zu setzen,

¹⁴⁸ Immaterielle Güter sind für Scherhorn selbst hergestellte Güter, die die Gestalt von selbstbestimmten Aktivitäten, von menschlichen Beziehungen und von aktivem Erleben hätten (vgl. Ders. 1998). Den Begriff der Gemeinschaftsgüter wiederum definiert er wie folgt: „Gemeinschaftsgüter sind Luft, Wasser, Rohstoffe, natürliche Mitwelt, aber auch Solidarität und Kooperation zwischen den Menschen, z. B. in Arbeitsgruppen, in Nachbarschaften, Vereinen und Parteien“ (Scherhorn 1997: 42).

denn die „Nachfrage steigt nicht so schnell wie die Arbeitsproduktivität, also werden auch weiterhin Arbeitsplätze abgebaut und verlagert, damit die wachsenden Zinsansprüche befriedigt werden können. Und zum anderen wird ein rasches Wirtschaftswachstum wohl immer naturschädigend bleiben; auch wenn der technische Fortschritt eines Tages naturschonend sein sollte, so würde das durch hohe Wachstumsraten wieder zunichte gemacht“ (ebenda).¹⁴⁹

Letztlich wendet sich Scherhorn hiermit gegen die Argumentation der Dematerialisierungsstrategie. Für Scherhorn haben Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung die gleiche Ursache, nämlich die „merkantilistische Förderung der Kapitalexpansion“ (ebenda).

Perspektivisch votiert er schließlich für die Begründung eines ´neuen Gesellschaftsvertrages`, der eine Veränderung der Rahmenbedingungen durch eine ´ökologische Steuerreform` und ´Reduktion der Vollzeitarbeit durch Produktion im informellen Sektor` erfordere (vgl. Ders. 1997). Deutlich ist, dass Arbeitszeitverkürzung bei Scherhorn als ein zentrales Zukunftselement fungiert und nicht etwa darauf zielt Arbeitslosigkeit zu verringern oder mehr ´freie` Zeit zu schaffen, sondern darauf Raum für Eigenarbeit zu ermöglichen. Konkret votiert er für eine „intrapersonelle Arbeitsteilung“ zwischen dem formellen Sektor, den er über Berufsarbeit kennzeichnet und dem informellen Sektor, den er über den Begriff der Eigenarbeit kennzeichnet. Der Arbeitsbegriff könne „nicht länger auf die formelle Produktion von Waren und Dienstleistungen beschränkt bleiben. Er muß die informelle Hervorbringung von materiellen, immateriellen und Gemeinschaftsgütern einschließen“ (Ders. 1998: 29).

¹⁴⁹ Ebenso stehen für Felix Ekardt ökologische Reduktionsziele im Spannungsverhältnis zur heute alles dominierenden Wachstumsidee, wie auch zu ´qualitativem Wachstum` (vgl. Ders. 2011: 30-37). Etwas jovial anmutend stellt er folgende These auf: Die Anerkennung absoluter ökologischer Belastungsgrenzen „erscheint letztlich nicht unbedingt als problematisch, da die Folgefragen etwa bei den Sozialsystemen beherrschbar erscheinen und schon bisher Wachstum nur sehr bedingt etwas z. B. über menschliches Glück aussagt“ (Ders. 2011: 655). In seinen wenigen arbeitspolitischen Überlegungen lässt er dann eine Nähe für neoliberale Politikkonzepte erkennen und schlägt ein Grundeinkommen als Ersatz für bestehende Sozialleistungen und ergänzt durch private Vorsorge vor, welches in der Höhe noch ausreichend sein müsste, um einen Arbeitsanreiz sicherstellen zu können (vgl. a. a. O.: 587f.).

Erweiterter Wohlstandsbegriff

Scherhorn verbindet hier seinen erweiterten Arbeitsbegriff mit einem alternativen Wohlstandsbegriff, der sowohl auf materiellen Güterwohlstand als auch auf immaterielle Güter, Gemeinschaftsgüter sowie Umweltaspekte und Zeitwohlstand abhebt (1995, 1998, 2009; Reisch/Scherhorn 1999). Immaterielle Güter seien z. B. Güter wie „Sättigung, Behausung und Geborgenheit, Zuwendung und Harmonie, Beobachtung und Geltung, Fürsorge und Selbsterweiterung“ (Reisch/Scherhorn 1999: 52). Für Zeitwohlstand sei charakteristisch, dass er sich nur subjektiv als „optimal empfundene Zeitdauer pro Zeitverwendung“ (a. a. O.: 54) definieren lasse. Natürlich entstehen mit einem solchen Wohlstandskonzept besondere Probleme für die Wohlstandsmessung. Wohlstand kann nicht mehr schlicht über die Höhe des Bruttoinlandsproduktes gemessen werden.¹⁵⁰ Relevanter für das Wohlstandskonzept von Scherhorn ist allerdings, dass die genannten Wohlstandselemente keineswegs gleichrangig seien. Wesentlich ist für ihn: „Die materiellen Güter beziehen ihren Sinn ... aus den immateriellen und Gemeinschaftsgütern, mit denen sie um unsere Zeit und Mittel konkurrieren“ (ebenda).

Entsprechend verwendet er auch den Begriff des `Zeitwohlstands` als Gegenbegriff zu dem des `Güterwohlstands` (vgl. Reisch/Scherhorn 1999): Das Verhältnis von Güterwohlstand und Zeitwohlstand sei dadurch bestimmt, dass ab einem bestimmten Niveau des Güterwohlstandes mit weiter zunehmender Güterausstattung im Allgemeinen der Zeitwohlstand zunehmend gefährdet wird. Der Sinn der materiellen Güter liege aber darin mit ihrer Hilfe immaterielle

¹⁵⁰ Das in den 1930er Jahren entwickelte Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst traditionell (in Geldwert) nur die Warenproduktion und Dienstleistungen, die auf dem Markt angeboten werden. Der Wert etwa von Hausarbeit oder Kindererziehung fließt nicht ein, und Umweltkosten werden nicht oder falsch berücksichtigt. Mittlerweile gibt es mehrere Ansätze einer korrigierten Berechnung von Wohlstand, in die neben der Wirtschaftsleistung auch die Entwicklung des `Naturkapitals` und des `sozialen Kapitals` einbezogen werden. Indikatoren wie etwa der 1989 eingeführte `Index of Sustainable Economic Welfare` (ISEW) berücksichtigen z. B. neben Umweltkosten auch die Verteilung der Einkommen und die unbezahlte Hausarbeit (vgl. Daly/Cobb 1989). Der vom ISEW zum `Genuin Progress Indicator` (GPI) weiterentwickelte Indikator wird von verschiedenen Staaten in die Wohlstandsmessung einbezogen, ist aber weiterhin umstritten. Aus der Perspektive neoklassischer Wirtschaftswissenschaftler bleibt der BIP ein idealer Indikator für wirtschaftliche Entwicklung. Ob etwa die Notwendigkeit, abgefülltes Wasser teuer zu kaufen, zu einem Anstieg des BIP führt, ist für sie irrelevant. Das Thema der Wohlstandsmessung ist weiterhin aktuell, wie z. B. ein Strategiepapier der EU-Kommission aus dem Jahr 2009 mit Titel "Das BIP und mehr: die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel" zeigt. In diesem werden fünf „Maßnahmen zur besseren Messung des Fortschritts“ vorgeschlagen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009).

Güter hervorzubringen, die über eigene Tätigkeiten erworben würden, die aber Zeit erforderten. Zeitknappheit würde nun dadurch entstehen, dass der Güterwohlstand die Wünsche der Menschen dominiere. Das Streben nach mehr Güterwohlstand hindere die Menschen, das zu genießen, was sie schon haben und eliminiere zugleich die Zeit für Muße, subsistenzorientierte Tätigkeiten, die Familie und das Gemeinwesen. Würden die Menschen weniger Wert auf eine weitere Steigerung ihres Einkommens und ihrer Güterausstattung legen, wären sie auch zu Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich bereit.

Hier bringt Scherhorn die Arbeitszeitverkürzungspolitik mit Lohnausgleich ins Spiel, die für ihn problematisch ist. Charakteristisch für die gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzungspolitik - etwa in den 1990er Jahren - war, dass ein Teil des Produktivitätsanstiegs als Lohnerhöhung und ein anderer Teil als kürzere Arbeitszeit weitergegeben wurde. Problematisch sei daran, dass dies der Logik des wirtschaftlichen Wachstums entsprechen würde, denn damit „die zusätzlichen Güter gekauft werden konnten, war mehr berufsfreie Zeit nötig, d. h. die in der Produktion gewonnenen Zeit wurde durch den Kauf und Konsum der Güter wieder absorbiert. Sie diene der Steigerung des Güterwohlstands“ (a. a. O.: 54). Auf die negativen Konsequenzen des steigenden Güterwohlstandes verweist er dann nicht nur aus Umweltgründen, sondern mit Blick auf das Wohlstandsparadoxon. Dieses besage, dass auf gehobenem Niveau des Güterwohlstands ein zusätzlicher Einsatz an Marktgütern keinen positiven Beitrag zur Netto-Wohlfahrt leistet, sondern aufgrund der hohen sozialen Folgekosten einen negativen Effekt haben kann. Es scheine allerdings, dass „die Mehrheit der Konsumenten der Rollenerwartung der kommerzialisierten Erlebnisgesellschaft gehorcht und ungebrochen ihrer Pflicht zum Konsum nachkommt – auch dann, wenn sie als gehetzte Zeitsparer durchaus die ökonomisch effiziente Nutzung der Zeit als ambivalent erleben“ (ebenda).

Seine Perspektive lautet demgegenüber: „Wünschenswert wäre, immer mehr Konsumenten sähen in der Erhöhung des persönlichen Zeitwohlstands die adäquate Reaktion auf das Wohlstandsparadoxon und trügen damit zur Schonung der natürlichen Mitwelt bei“ (a. a. O.: 55). Diese Perspektive verbindet er mit seiner forschungsleitenden Fragestellung danach, ob Tätigkeiten der informellen Arbeit zum Zeitwohlstand so viel beitragen können, dass ein

Rückgang der beruflichen Arbeitszeit und der Erwerbseinkommen dadurch ausgeglichen wird.¹⁵¹

Auch in seinem späteren Beitrag „Demokratisierung des Wohlstands“ (Scherhorn 2009) hebt er darauf ab, dass mit einem Wohlstandsbegriff, der „nichts anderes bedeutet als die Steigerung der Gütermenge“, lediglich weitere Umweltschäden und vermehrte Zeitknappheit hervorgebracht werden. Zudem scheint er zwischenzeitlich einen Wertewandel ausgemacht zu haben, denn er behauptet, dass heute die materielle Bedeutung von Wohlstand obsolet wird „und die Bereitschaft wächst, sich am empfundenen Wohlstand zu orientieren, ... die Verfügbarkeit zunehmender Güter wird zwar immer noch als angenehm empfunden, kann aber die mit ihr eingehende Zeitnot ... nicht mehr wettmachen“ (a. a. O.: 71-72).

Hinsichtlich der Akteure und Kräfte eines von ihm erhofften Wandels verwies Scherhorn 1998 auf Gegenkräfte, die die kapitalorientierte Wachstumsstrategie wecken würden. Diese würden aus dem Widerstand gegen Naturzerstörung und Verarmung erwachsen, aus dem "Fraueneinfluß", aus der technologischen Revolution (diese erfordere kreative und verantwortliche Mitarbeit, die nur bei intrinsischer Motivation zu haben sei) und „vielleicht aus der allmählichen Selbsterkenntnis der Regierenden, daß es politisch nicht mehr zweckmäßig ist, dem Kapital unbegrenzte Expansion zu erlauben...“ (Ders. 1998: 28-29).

Im Vergleich zum Dematerialisierungsansatz, positiv zu würdigen ist zunächst, dass in Scherhorns Ansatz nachhaltiger Arbeit neben der ökologischen auch die soziale Nachhaltigkeitsdimension erkennbar ist: Wesentliche Perspektive Scherhorns ist die Ausbildung eines zweiten Arbeitsbereichs der Eigenarbeit in dem eine höhere Qualität von Arbeit und verloren gegangene Wohlstandsqualitäten (immaterielle und Gemeinschaftsgüter, Zeitwohlstand) möglich sein sollen, zugleich im Gleichklang mit mehr befriedigender Eigen-Arbeitszeit und reduzierter unbefriedigender Erwerbsarbeitszeit kompensatorischer Konsum zugunsten der Umwelt minimiert wird.

¹⁵¹ Folgende Prämissen lägen dieser Fragestellung zugrunde (vgl. ebenda): 1) Die Zeit der Vollbeschäftigung in Form von Vollzeitarbeit ist vorbei, woraus für die Mehrheit der Erwerbstätigen weniger Einkommen und mehr Zeit resultieren. 2) Mehr Zeit und weniger Erwerbseinkommen kommt nicht in erster Linie den Freizeitbeschäftigungen zugute, sondern vor allem jenen Tätigkeiten die das Geldbudget entlasten könnten, „sei es weil sie etwas herstellen, was dann nicht mehr gekauft werden muß, sei es weil sie schon in sich befriedigend sind“ (a. a. O.: 55). 3) Der Einkommensrückgang ist in den Industrieländern zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen notwendig, weil der konsumorientierte Wirtschaftsstil der Industrieländer nicht zum Vorbild für die ganze Welt werden darf.

Dabei ist deutlich, dass Scherhorns Ansatz, im Gegensatz zum Dematerialisierungsansatz, nicht ohne Weiteres mit dem bestehenden - auf Wachstum und nicht auf Konsumverzicht basierenden - Wirtschaftssystem verbunden werden kann. Diesbezüglich verweist Scherhorn auf Gegenkräfte einer kapitalorientierten Wachstumsstrategie, die einen Wandel befördern würden, bleibt aber an dieser Stelle stehen und geht nicht in eine politische Analyse über. Insofern kann ihm hier 'politische Kurzsichtigkeit' unterstellt werden.

Weiterführend erscheint insbesondere die Verwendung eines erweiterten Wohlstandsbegriffs. Der Wohlstands begriff ist nicht auf materielle Ressourcen begrenzt und das postulierte Wohlstandsmodell ist auch nicht allein auf weniger Umweltverbrauch fokussiert, sondern verweist auch auf die informelle Produktion immaterieller Güter und auf Gemeinschaftsgüter sowie auf Zeitwohlstand.

Offen muss allerdings bleiben, wie es im Rahmen seines Ansatzes zu einem Mehr an Zeitwohlstand kommen könnte. Arbeitszeitpolitik wird nicht als gesellschaftlicher Konflikt beleuchtet, vielmehr scheint Zeitwohlstand bei Scherhorn eine Frage individueller Einstellungen oder eines zu wünschenden Wertewandels zu sein.

Zudem differenziert Scherhorn nicht nach unterschiedlichen Problemlagen der Menschen, z. B. nach Einkommens- und Erwerbssituation oder Haushaltskontext. Ob etwa für flexibel und niedrig entlohnte (zumeist weibliche) Teilzeitbeschäftigte allein ein Wertewandel und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu mehr empfundenen Wohlstand führt, darf bezweifelt werden.

Scherhorns Arbeitsbegriff im Rahmen einer dualökonomischen Konzeption von einerseits 'Berufsarbeit im formellen Sektor' und andererseits 'Eigenarbeit im informellen Sektor'¹⁵² verweist auf die Vielgestaltigkeit, die Arbeit annehmen kann, und letztlich auch – und das ist hier positiv zu würdigen - auf den Sinn und die Potenziale von Arbeit (vgl. Dahrendorf 1985; Gorz 2000). Diese projiziert er allerdings allein in 'Eigenarbeit'. Der Bereich der Erwerbsarbeit wird in emanzipatorischer Hinsicht schlicht fallen gelassen und scheint nicht reformwürdig zu sein. Auch das politisch-ökonomische Verhältnis zwischen formeller (Berufs-) Arbeit und informeller (Eigen-) Arbeit wird nicht ausgeführt. Statt dessen erscheint sein Begriff der 'Eigenarbeit' tendenziell als Komplementärbegriff zu dem der 'Lohnarbeit',

¹⁵² Zu den Begriffen 'informeller Sektor', 'formeller Sektor' und zum Versuch einer Verhältnisbestimmung dieser beiden Sektoren siehe vor allem Teichert (2000).

obwohl Eigenarbeit nur einen (kleinen) Bereich der Nicht-Erwerbsarbeit neben der größtenteils von Frauen verrichteten Versorgungsarbeit darstellt. Damit wird der grundlegend Zusammenhang von 'Lohnarbeit' und 'Reproduktionsarbeit' bzw. 'Schattenarbeit' (Illich 1982) unterbelichtet (Brandt 1998c, 2000).¹⁵³ Die sozial nicht nachhaltige Diskriminierung der Frauen im Kontext der Versorgungsarbeit wird schlicht ausgeblendet und Versorgungsarbeit kann somit auch nicht Gegenstand einer nachhaltigen Gestaltung werden.

3.4.3 Feministische Perspektiven zum Thema nachhaltiges Arbeiten

Im Fokus der feministischen Arbeitsforschung steht die Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit und deren Überwindung durch die Neubewertung und geschlechtergerechte Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten.¹⁵⁴ Postuliert wird ein neues Leitbild des Arbeitens und Wirtschaftens, das nicht einseitig erwerbsarbeitsbezogen ist und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben auch als Thema für Männer begreift. Es zielt ab auf eine neue Normalität der Teilzeitarbeit als Normalarbeit für Männer und Frauen (vgl. Littek/Spitzer 2011: 3).

Ökologische Fragen der Organisation von Arbeit werden in der feministischen Arbeitsforschung – ähnlich wie in der arbeits- und industriesoziologischen Debatte - eher selten thematisiert. Sehr wohl werden aber die primär von Männern geprägte Nachhaltigkeitsdebatte und die Debatte zu nachhaltigen Arbeiten aus feministischer Perspektive kritisiert und zum Ausgangspunkt eigener Perspektivformulierungen. Hierbei liegt der Schwerpunkt primär auf der 'sozialen Nachhaltigkeit von Arbeit', also auf dem schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource, wie auch auf der sozialen Kohäsion, wobei Geschlechtergerechtigkeit eine wesentliche Fragestellung ist. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird in dieser feministischen Debatte oftmals auch als 'Zukunftsfähigkeit' (Biesecker 2000) oder 'Zukunftsoffenheit' (Spitzner 1999) interpretiert. Charakteristisch für die feministische Perspektive auf nachhaltiges Arbeiten ist vor allem die

¹⁵³ Zur Kritik am Begriff der Eigenarbeit siehe auch Abschnitt 2.1.2.1 in dieser Arbeit.

¹⁵⁴ So schreibt z. B. Sabine Wolf, Ökonomin mit dem Arbeitsgebiet 'feministische Ökonomie': „Eine Bedingung dafür, daß das Geschlechterverhältnis weder in lebensweltlicher noch in theoretischer Hinsicht auf soziale Ungleichheit beruht, ist die gleichberechtigte Teilung der Arbeit im Haushalt und eine Gleichstellung von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt“ (Wolf 1998: 206-207).

Verwendung eines elaborierten Arbeitsbegriffs, der über die Begriffe der Erwerbs- und Eigenarbeit hinausweist.

Im Folgenden werden exemplarisch Leitkriterien nachhaltiger Arbeit aus feministischer Perspektive skizziert. Diese spannen einen Bogen von einer teils auch affirmativen Übernahme und Erweiterung wesentlicher Leitmotive der von Männern geprägten Debatte nachhaltigen Arbeitens (so bei Adelheid Biesecker 1999, 2004, 2008) hin zu ablehnenden und konträren Positionen gegenüber der Perspektive der Eigenarbeit (so bei Ruth Becker 1998). Zugleich werden neue und teilweise immer noch unbeantwortete Fragen zur Zukunft nachhaltiger Arbeit aufgeworfen.

3.4.3.1 Gestaltung des 'Ganzen der Arbeit'

Bei Gerhard Scherhorn liegt die Perspektive nachhaltigen Arbeitens in der Eigenarbeit, die als Komplementärbegriff zu dem der Lohnarbeit im Rahmen einer dualökonomischen Konzeption fungiert. Die Ökonomin Adelheid Biesecker¹⁵⁵ hat dem gegenüber in ihrer Studie bzw. Utopieskizze „Kooperative Vielfalt und das 'Ganze der Arbeit'“ (Biesecker 2000)¹⁵⁶ Thesen formuliert, die für die Gestaltung nachhaltigen Arbeitens eine radikale Erweiterung des heute gängigen Arbeits- und Ökonomiebegriffs sowie die Gestaltung der verschiedenen Bestandteile des 'Ganzen der Arbeit' und deren 'kooperativer Struktur' im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrages und Einkommenskonzeptes verlangen.

Die Gründe für die Nicht-Nachhaltigkeit der heutigen Arbeitsweise und die Hauptursache für Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung liegen für Biesecker in dem verbreiteten Verständnis von Ökonomie als Marktökonomie und der Annahme, diese sei unabhängig von der sozialen Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt. Biesecker stellt fest: "Die natürliche Mitwelt dient der Marktökonomie ... und ihrer auf Erwerbsarbeit reduzierten Arbeit als Quelle für

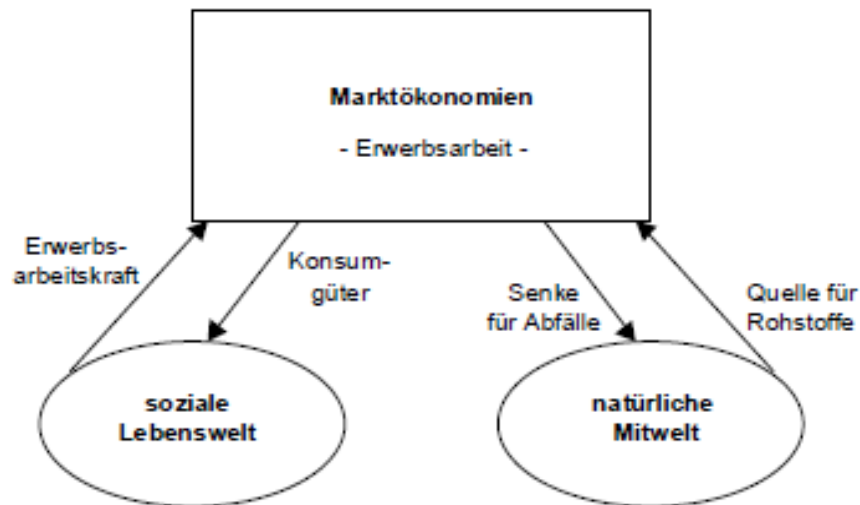
¹⁵⁵ Adelheid Biesecker war bis 2004 Professorin für Ökonomische Theorie an der Universität Bremen. Sie ist Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (vgl. <http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/>) sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

¹⁵⁶ Die Studie ist im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Verbund-Forschungsprojektes „Arbeit und Ökologie“ (vgl. Arbeit und Ökologie 2000, HBS 2000) für das Wissenschaftszentrum Berlin erstellt worden.

Rohstoffe und als Senke für Abfälle, die soziale Lebenswelt als Quelle von Erwerbsarbeitskraft. ... und als Senke für die Konsumgüter... “ (a. a. O.: 2).¹⁵⁷

¹⁵⁷ Hier ist kritisch anzumerken, dass die natürliche Mitwelt, also Natur, nicht nur für Erwerbsarbeit, sondern für Arbeit insgesamt – also auch Eigenarbeit und andere Arbeitsformen der Versorgungsökonomie - als potentielle Quelle für Rohstoffe und als Senke für Abfälle dient.

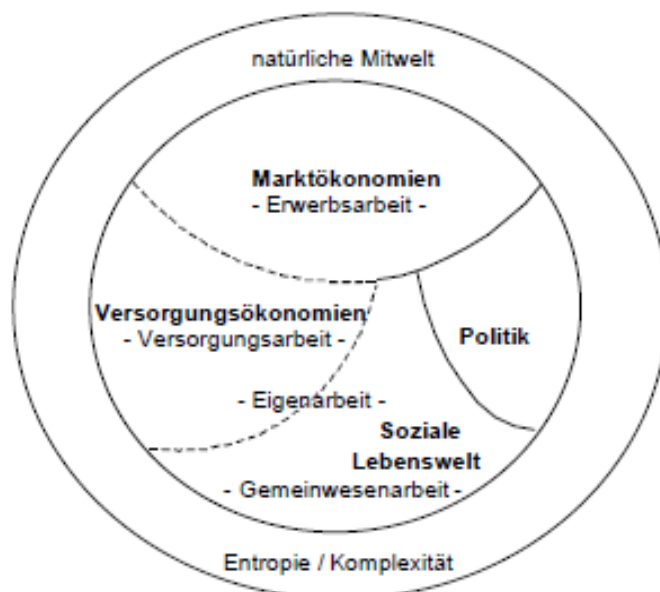
Abbildung 3: Die autonome Marktökonomie



Quelle: Biesecker 2000, S. 2

Die Alternative ist für sie ein erweitertes Ökonomie-Verständnis. Hierzu greift Biesecker auf das von ihr und anderen entwickelte Konzept 'Vorsorgendes Wirtschaften' (vgl. auch Busch-Lütj 1994; Biesecker/Joachimsen/Knobloch 1997; Biesecker 1998, 2010; Hofmeister 1999) zurück, dessen Ausgangspunkt die Versorgungsökonomie darstellt.

Abbildung 4: Die eingebettete Ökonomie



Quelle: Biesecker 2000, S.4

In diesem Konzept sei die Ökonomie Einheit von Versorgungsökonomie und Marktökonomie sowie eingebettet in die soziale Lebenswelt und natürliche Mitwelt. In der Versorgungsökonomie (u. a. Hausarbeit, Gartenarbeit, Kinderversorgung, Nachbarschaft) spiele sich „das Entscheidende, das Regenerative ab - die Marktökonomie ist Mittel, diese lebenswichtigen Prozesse zu stützen“ (Biesecker 2000: 5). Anders als in der Marktökonomie mit ihren Handlungsprinzipien „Eigennutz, Konkurrenz, Wachstum und Kurzfristigkeit“ (a. a. O.: 3) seien die Handlungsprinzipien der Versorgungsökonomie ‚Vorsorgen‘, ‚Kooperieren‘ und das Wohlfahrtskriterium des ‚Orientieren am für das gute Leben Notwendige‘. Das ‚Ganze der Wirtschaft‘ zu gestalten hieße diese haushälterischen Grundprinzipien in allen Bereichen des Wirtschaftens zu entwickeln, ohne dass unternehmerische Prinzipien überflüssig seien.

Mit der Erweiterung des Ökonomieverständnisses würden verschiedene Formen der Arbeit sichtbar, nämlich Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Gemeinwesenarbeit oder BürgerInnenarbeit und Eigenarbeit. Die Entwicklung und Wertschätzung der Tätigkeitsbereiche jenseits von Erwerbsarbeit und die Weiterentwicklung der Erwerbsarbeit hin zu ‚guter Erwerbsarbeit‘ sowie die Förderung des ‚Ganzen der Arbeit‘ im Rahmen von ‚Arbeitsstrukturpolitik‘ – so Bieseckers explizite These - bereite den Boden für zukunftsfähiges (also nachhaltiges) Arbeiten mit Vollbeschäftigung:

- Aus ihrer Sicht sollte „jede und jeder mehrere Formen des Arbeitens leisten können“ (a. a. O.: 11). Grundlage sei eine Umverteilung der Erwerbsarbeit, die z. B. über eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden pro Woche angeschoben werden sollte. Die aus der Arbeitszeitreduzierung resultierende freie Zeit würde insbesondere von Männern nicht automatisch für Versorgungsarbeit verwendet werden, weswegen auch über eine gesellschaftliche Verpflichtung auf die verschiedenen Formen der Arbeit nachgedacht werden müsse.¹⁵⁸
- Das durch die Arbeitszeitreduktion verringerte Erwerbseinkommen sollte durch ein Grundeinkommen (z. B. in Form einer negativen Einkommenssteuer) abgedeckt

¹⁵⁸ Konkrete Vorschläge führt Biesecker nicht aus.

werden¹⁵⁹ und über Eigenversorgung und kooperative Formen des Konsums (z. B. Car-Sharing) ergänzt werden.

- Neue umweltfreundliche Erwerbsarbeitsbereiche (z. B. Recycling-Arbeiten, Reparaturarbeiten zur Verlängerung des Lebenszyklus von Konsumgütern) sollten gefördert werden. Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit sollten über ein Grundeinkommen und den Erwerb von Rentenansprüchen aufgewertet und über die Bereitstellung sozialer Infrastruktureinrichtungen ausgestaltet werden. Bei der Eigenarbeit, die auch zur Reduktion des Warenkonsums beitrage, gehe es um die räumliche und finanzielle Unterstützung von Eigeninitiative.
- Die Förderung des 'Ganzen der Arbeit' im Rahmen der 'Arbeitsstrukturpolitik' ziele auf die Herstellung von 'kooperativen Verbindungen' zwischen den unterschiedenen Arbeitsformen. Auf intrasektoraler Ebene sei hier z. B. an Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften zu denken. Auf interpersonalen Ebene sei die Neugestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie auf intrapersonaler Ebene die Eröffnung von Optionen für die gleichberechtigte Teilnahme an verschiedenen Arbeitsformen (z. B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Sabbatjahre) von Bedeutung.

Biesecker setzt zur Realisierung ihres Arbeits- und Einkommenskonzeptes und für die Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses auf die Herausbildung eines neuen Gesellschaftsvertrages, der schrittweise durch viele „kleine neue Gesellschaftsverträge“ (z. B. in Tarif- und Eheverträgen, Betriebsvereinbarungen) realisiert werden könnte. Wichtig sei hier das Gerechtigkeitskonzept der sozialen Marktwirtschaft, nämlich 'Verteilungsgerechtigkeit', um 'Beteiligungsgerechtigkeit' zu ergänzen. Der Staat bleibe dabei bedeutender Akteur, könne aber vieles an die Selbsttätigkeit der Bürger abgeben, da die zukunftsfähige Gestaltung die Entwicklung von Regeln und Strukturen einer 'Mitgestaltungsgesellschaft' bedeute.

Insbesondere im Handlungsprinzip 'Orientierung am für das gute Leben Notwendige' wird ein alternativer Wohlstandsbegriff deutlich. So führt sie in ihrem Artikel „Vorsorgendes

¹⁵⁹ Die Finanzierung eines Grundeinkommens könne erreicht werden, indem Personen, die mehr als 25 Stunden pro Woche arbeiten wollen, für zusätzliche Stunden progressiv besteuert werden. Denkbare Hauptquellen der Finanzierung seien aber Vermögens-, Kapitaltransaktions- und Umweltsteuern. Über Steuern auf den Naturverbrauch müsse nachgedacht werden, um die relativen Preise zwischen den Produktionsfaktoren Natur und Arbeitskraft zu verändern.

Wirtschaften – Zukunftsfähigkeit jenseits der Krisenökonomie“ (Biesecker 2010) aus: „Was dieses gute Leben ist, muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu festgestellt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden. Gesellschaftliche Wohlfahrt ist so nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden. Dagegen wird heute auf das Sozialprodukt, die Summe aller für den Markt hergestellten und in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen, gestarrt – dessen Wachstum gilt als Ausdruck von Wohlfahrt. Zöge man dagegen von diesem Wachstum dessen soziale und ökologische Kosten ab (z. B. Kinderarmut, Verschärfung der Ungleichheit, Verkehrsunfälle, ökologische Schäden), so würde deutlich werden: Unsere Wirtschaft wächst schon lange nicht mehr, der durch die Wachstumsrate des Sozialprodukts ausgedrückte Wohlstand ist ein Schein-Wohlstand!“ (a. a. O.: 4).

Insgesamt sind die Thesen von Biesecker hilfreich, um über Erwerbs- und Eigenarbeit hinaus den Blick auf die primär von Frauen getragene Versorgungsökonomie und die verschiedenen Formen von Arbeit in ihrer Gesamtheit zu richten. Zentral ist bei Biesecker der Gedanke, dass zukunftsfähiges bzw. nachhaltiges Arbeiten dann gegeben ist, wenn es (über ‚Arbeitsstrukturpolitik‘) prinzipiell jedem und jeder ermöglicht wird, mehrere Formen des Arbeitens leisten zu können (vgl. Biesecker 2000: 11).¹⁶⁰

Problematisch ist nicht nur, dass in ihrem Entwurf von ‚Arbeitsstrukturpolitik‘ gesellschaftliche Akteure und Interessenkonflikte außen vor bleiben. Ganz grundsätzlich ist an dem zugrunde liegenden Konzept ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ zu kritisieren, dass es ein harmonisches Nebeneinander von Markt- und Versorgungsökonomie bzw. sogar die Übertragung von (idealisierten) Handlungsprinzipien der Versorgungsökonomie auf die Marktökonomie, quasi moralisch einfordert, statt deren asymmetrisches Machtverhältnis zu erkennen. Das Konzept ‚Vorsorgendes Wirtschaften‘ wird von seinen Vertreterinnen gar als explizit ‚normatives Konzept‘ charakterisiert. So schreibt Sabine Hofmeister (1999), dass das Konzept bewusst parteilich und normativ sei und dass es das Hauptanliegen sei, explizit auf die Bedeutung von Ethik und Moral für das Wirtschaften, zumal für ein nachhaltiges

¹⁶⁰ Ähnlich spricht Eckard Hildebrandt von der Perspektive der „Optionalität von Mischarbeit“ (vgl. HBS 2000). Dagegen votiert Gerhard Scherhorn lediglich für eine „intrapersonelle Arbeitsteilung“ zwischen dem formellen Sektor, den er über Berufsarbeit kennzeichnet und dem informellen Sektor, den er über den Begriff der Eigenarbeit kennzeichnet (vgl. Ders. 1998: 29).

Wirtschaften, hinzuweisen (vgl. a. a. O.: 91). Die Wirksamkeit moralischer Forderungen für eine Veränderung der herrschenden Ökonomie ist allerdings zweifelhaft.

Eine teils unreflektierte Übernahme von Elementen der männlich geprägten Nachhaltigkeitsdebatte zeigt sich z. B. hinsichtlich ihres Plädoyers für die negative Einkommenssteuer, die insbesondere in der noch darzustellenden Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) vorgeschlagen wurde und in der von ihr aufgegriffenen und aus der Dematerialisierungsstrategie bekannten Argumentation „Arbeit muss billiger und Naturverbrauch teurer werden“ (vgl. Biesecker 2000: 17). Auch suggeriert Biesecker, ähnlich wie Scherhorn, dass Arbeitstätigkeiten der Versorgungsökonomie ökologischer sind als Erwerbsarbeit. So plädiert sie explizit in ihrem Artikel „Kürzer arbeiten – besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie“ (Biesecker 2008) aus ökologischen Gründen in Bezug auf Erwerbsarbeit für Arbeitszeitverkürzung: Die Erwerbsarbeitszeitverkürzung sei „wichtig, um allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich an allen verschiedenen Arbeiten zu beteiligen. Diese Option allen zu eröffnen, ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit [gemeint ist insbesondere Geschlechtergerechtigkeit; Anmerkung des Verfassers], sondern eine ökologische Notwendigkeit für eine Gesellschaft, die sich auf den Weg zur Nachhaltigkeit macht“ (a. a. O.: 64).¹⁶¹

3.4.3.2 Eigenarbeit als patriarchale Falle für Frauen

Die Ökonomin Ruth Becker¹⁶² formuliert eine gänzlich konträre Perspektive zu Gerhard Scherhorn und Adelheid Biesecker. In ihrem Beitrag „Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchale Falle für Frauen?“ (1998) wendet sie sich nicht nur explizit gegen die Eigenarbeitsperspektive des Nachhaltigkeitsdiskurses und gegen die mit ihr verbundenen Umsetzungsvorschläge, wie die Einführung einer negativen Einkommenssteuer.

¹⁶¹ Vergleiche auch ihre ähnliche Argumentation in ihrem Tagungsbeitrag „Arbeit und Ökologie – Thesen“ (2004).

¹⁶² Ruth Becker war bis zu ihrer Pensionierung in 2009 Professorin für „Frauenforschung in der Raumplanung und Wohnungswesen“ an der Universität Dortmund sowie Leiterin der Koordinationsstelle Netzwerk Frauenforschung NRW.

Beckers These ist, dass eine Verstärkung der Eigenarbeit und eine Reduktion der Erwerbsarbeit Geschlechterhierarchien verstärken und nicht abbauen wird. Da Eigenarbeit auch nicht als die ökologischere Arbeit angesehen werden könne, sei es aus feministischer Perspektive sinnvoller, perspektivisch die Professionalisierung von sozialen und persönlichen Dienstleistungen – also deren Monetarisierung und Verberuflichung – anzustreben:

In dem genannten Artikel verweist sie zunächst auf dualwirtschaftliche Überlegungen von André Gorz (1991) und Michael Opielka (1985) und kritisiert deren Auffassung, dass nur durch Nichtbezahlung „Hilfe, Unterstützung, Pflege- und Hausarbeit zur ‚guten‘ Arbeit...“ (a. O.: 259) wird und daher die Verberuflichung und Monetarisierung von sozialen und persönlichen Dienstleistungen auf jeden Fall abzulehnen ist.¹⁶³ Diese These bedeute eine Romantisierung von Hausarbeit. Zudem, so Becker, werde Hausarbeit in dualwirtschaftlichen Konzeptionen ausgeblendet, indem nicht von ‚Haus- Betreuungs-, Pflege- und Putzarbeiten‘ sondern perspektivisch von ‚Eigenarbeit‘ gesprochen werde.

Explizit wendet sich Becker sodann gegen die in der Nachhaltigkeitsdebatte transportierte These, dass Eigenarbeit per se ökologisch und Erwerbsarbeit per se unökologisch ist (vgl. etwa Scherhorn 1997, 1998; Biesecker 2000). Diese These überprüft sie im Detail anhand der in der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) genannten Beispiele, die sich laut dieser Studie primär für Eigenarbeit eignen würden, nämlich ‚Selbstversorgung durch Landbau‘, ‚Selbsthilfe am Bau‘ und ‚Nachbarschaftsmedizin‘. Sie kommt zu dem Fazit: „Die These von der ökologischen Schädlichkeit der professionellen Erwerbsarbeit und der ökologischen Nützlichkeit der Eigenarbeit beruht auf einem pauschalisierten Fehltrug, bei dem Erwerbsarbeit grundsätzlich mit industrieller, hochtechnisierter Arbeit gleichgesetzt und der Eigenarbeit in romantischer Verklärung ein ökologischer Bonus verliehen wird. Nachweislich ist jedoch professionelle Arbeit nicht per se ökologisch schädlich und Eigenarbeit auch nicht per se ökologisch verträglich“ (Becker 1998: 269).

¹⁶³ Speziell Gorz (1991) habe unrealistischer Weise unterstellt, dass sich mit der Arbeitszeitverkürzung die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung auflösen und die Beteiligung der Männer an der unbezahlten Hausarbeit zunehmen würde. Protagonisten des ‚Sozialdienstes‘, wie Michael Opielka, seien hier zu Recht skeptischer gewesen, hätten daher für einen obligatorischen unbezahlten Sozialdienst über die gesamte Lebenszeit hinweg plädiert, der zur „Ent-Monetarisierung und Ent-Marktung“ und zur „Sensibilisierung für soziale Aufgaben“ beitragen sollte (vgl. Opielka 1985: 307).

Auch jenseits dieses ökologischen Argumentes wendet sich Ruth Becker gegen Eigenarbeit, so gegen Vorschläge aus der Nachhaltigkeitsdebatte, die insbesondere Pfllegetätigkeiten durch Eigenarbeit durchgeführt haben wollen (so etwa Weizsäcker 1990 in seinem Buch „Erdpolitik“). Am Beispiel der Pflege älterer Menschen insistiert sie darauf, dass Eigenarbeit im sozialen Bereich keineswegs mit einer höheren sozialen Qualität verbunden ist, als im professionellen Bereich und zumeist auch gar nicht gewünscht werde. Dagegen sei die Professionalisierung von Pflege und Kinderbetreuung mit einer höheren sozialen Qualität verbunden und finanzierbar. Auch argumentiert sie, dass die in der Nachhaltigkeitsdebatte genährte Hoffnung, durch die Förderung der Eigenarbeit würden Geschlechterhierarchien quasi von selbst aufgelöst, eine Illusion sei. Sie begründet dies mit Erfahrungen mit Tauschringen, die besagen, dass Männer im Durchschnitt für ihre Arbeit mehr als zweimal so viel Entlohnung wie Frauen verlangen.

Ruth Becker wendet sich zudem gegen Vorschläge, Eigenarbeit über ein garantiertes Mindesteinkommen abzusichern. Insbesondere hinsichtlich der negativen Einkommenssteuer, die in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) vorgeschlagen wurde, befürchtet sie sozial negative Verteilungseffekte und nicht realisierbare Kosten, die dann entstünden, wenn das Mindesteinkommensniveau über dem Niveau der Grundsicherung liegen sollte und mehr noch, wenn es, wie aus feministischer Sicht angeraten, unabhängig von der Lebensform ausgestaltet würde.

Speziell den Autoren der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wirft sie vor, dass es diesen gar nicht „um solche Blümenträume“ ginge und dass ihr Konzept darüber hinaus in sich nicht schlüssig ist: Sie setzten auf die „Bereitschaft von Mindesteinkommens-Beziehern, zur Aufbesserung ihrer kargen Mittel einen untertariflich bezahlten Job im ... aufgrund des Mindesteinkommens entstehenden 'Niedriglohnsektor' zu akzeptieren“ (Becker 1998: 272). Gerade den Niedriglohnempfängern bliebe dann allerdings, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, keine Zeit mehr für Eigenarbeit.

Auch in ihrem Fazit wendet sie sich scharf gegen Vertreter der Eigenarbeit im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses. Sie resümiert: Insgesamt entpuppt sich Eigenarbeit als „der Versuch, einen Teil der Bevölkerung durch (weitgehenden) Entzug von Einkommen und durch Verweisung auf ein gerade existenzsicherndes Mindesteinkommen von der Nachfrage nach umweltschädlichen Produkten und Leistungen abzuhalten und so zu einem sparsamen

Ressourcenverbrauch und einem umweltverträglichen Verhalten zu zwingen – ohne diese Absicht freilich offen zu legen“ (Biesecker 1998: 283). Sie fragt, ob es nicht sozialer und einer nachhaltigen Entwicklung förderlicher wäre, direkt bei der umweltschädlichen Produktion im formellen Sektor anzusetzen, umweltschädliche Produkte zu verteuern und gleichzeitig darüber nachzudenken, wie Einkommensdisparitäten verringert werden könnten, damit die Vertuierung alle gleichmäßig trifft. Das Konzept der Eigenarbeit sei nun gerade für eine Überwindung der Einkommensdisparitäten der falsche Weg, da er zu einer Verschärfung der Einkommensdisparitäten führe, die Frauen besonders betreffen. Aus feministischer Sicht sinnvoller sei es, auf den Ausbau ökologisch verträglicher Erwerbsarbeit zu setzen.¹⁶⁴

Ob den zahlreichen Autoren der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ in ihrer Gesamtzahl tatsächlich eine bewusste und nicht offengelegte Absicht unterstellt werden muss, einen Teil der Bevölkerung durch die Zuweisung von Niedrigeinkommen von umweltschädlichem Konsum abzuhalten, ist sicherlich fraglich. Allerdings lautet ein grundsätzlicher und oft vorgetragener Kritikpunkt an dieser Studie, dass im Zweifel ökologische Anforderungen vor sozialen Gerechtigkeitsimplikationen im Vordergrund stehen. Dies kann auch einer eher elitären Perspektive der Verfasser geschuldet sein, deren Sicht auf soziale Probleme tendenziell unterentwickelt ist. Insgesamt wendet sich Ruth Becker allerdings aus durchaus plausiblen sozialen, ökologischen und feministischen Gründen gegen die Eigenarbeitsperspektive des Nachhaltigkeitsdiskurses.

Zugleich positioniert sie sich, mit ihrer Perspektive der Professionalisierung und Vermarktlichung von bisher unbezahlten sozialen und persönlichen Dienstleistungen, die eine Zunahme der weiblichen Erwerbsbeteiligung verlangt, gegen Thesen eines erweiterten Arbeitsbegriffs, die – wie z. B. Adelheid Biesecker (2000) – unterschiedliche, unbezahlte Arbeitsformen, aufgrund unterstellter besonderer sozialer und ökologischer Potentiale, also solche sichern, institutionell aufwerten (z. B. über die negative Einkommenssteuer, neue Arbeitszeitmodelle oder Anrechnungsmöglichkeiten in den Sozialversicherungen) und

¹⁶⁴ Ruth Becker spricht sich nicht kategorisch gegen Eigenarbeit aus. Sie betont abschließend, dass die Schaffung von infrastrukturellen Voraussetzungen für freiwillige Eigenarbeit wichtig sei (z. B. Gemeinschaftseinrichtungen) und sich ihre Argumentation ausschließlich gegen die in der Nachhaltigkeitsdebatte entwickelten wirtschaftspolitisch-ökologischen Konzepte zur Stärkung der Eigenarbeit wende. Außer Frage stehe auch, dass Erwerbsarbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung umverteilt werden solle.

gleichberechtigt mit bezahlter Arbeit in den Fokus rücken wollen. Mit dieser Perspektive nimmt Ruth Becker (1998) eher eine Minderheitenposition innerhalb der feministischen Diskussion um nachhaltiges Arbeiten ein.

3.4.3.3 Grundkonsens und offene Fragen einer nachhaltigen Arbeits(zeit)politik aus Gendersicht

Der Grundtenor innerhalb der feministischen Diskussion um nachhaltiges Arbeiten lautet, auf Basis eines erweiterten Begriffs der Arbeit, bezahlte und unbezahlte Arbeitsformen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsimplikationen gleichrangig in den Blick zu nehmen. So hebt zum Beispiel Gisela Notz¹⁶⁵ in ihrem Überblicksartikel „Nachhaltiges Wirtschaften und die Bedeutung für ein zukunftsfähiges Geschlechterverhältnis“ (2003) hervor, dass nachhaltiges Wirtschaften aus der Genderperspektive betrachtet einen erweiterten Begriff von Wirtschaften erfordert, „der Erwerbs-, Gemeinwesen-, Versorgungs-, Subsistenz- und Haushaltsökonomie einschließt und gleichgewichtig betrachtet“ (a. a. O.: 424) und auch einen erweiterten Arbeitsbegriff bedingt. Ähnlich ziehen Rainer Lucas und Uta von Winterfeld in ihrem gemeinsamen Beitrag „Die ‘Ganze Arbeit’ als Ziel - Nachhaltigkeit als Herausforderung für eine andere Arbeit“ (1998) das Fazit, dass zur nachhaltigen Arbeit vor allem gehöre, „die industriegesellschaftliche Trennung von Produktion und Reproduktion zu überwinden und sich der ‘Ganzen Arbeit’ auf einem anderem Niveau wieder anzunähern (a. a. O.: 34).¹⁶⁶

Das zentrale Argument für einen erweiterten Arbeitsbegriff aus nachhaltiger Perspektive scheint zu sein, dass – wie Gisela Notz formuliert - durch den dominanten einseitig auf Lohnarbeit bezogenen Arbeitsbegriff unbezahlte Arbeit in den Bereich des Privaten verwiesen und damit auch aus den Bemühungen um nachhaltiges Wirtschaften herausgehalten wird. Ein Blick auf die Arbeit als Ganzes zeigt, dass sowohl im Produktionsbereich, als auch im Reproduktionsbereich gesellschaftlich notwendige, nützliche und nachhaltige Tätigkeiten

¹⁶⁵ Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

¹⁶⁶ Als weitere Beispiele für die feministische Diskussion um nachhaltiges Arbeiten siehe z. B. die Beiträge in dem Sammelband „Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?“ von Willy Bierter und Uta von Winterfeld (1998).

verrichtet werden können. In beiden Bereichen gibt es aber auch Arbeitsformen, die diesen Kriterien nicht standhalten (vgl. Notz 2003: 427).

Unabhängig von der (Mehrheits-)Position innerhalb der feministischen Diskussion um nachhaltiges Arbeiten (die mit der Perspektive eines erweiterten Arbeitsbegriffs die Vorstellung verbindet, das Primat der Erwerbsökonomie begrenzen zu können) und unabhängig von der gegenläufigen (Minderheits-)Position, die auf die Kommodifizierung unbezahlter Arbeit bzw. auf die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen setzt, bleibt ein wesentlicher Grundkonsens der Feministinnen bestehen, den Gisela Notz wie folgt formuliert: „Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die meisten Strukturbedingungen, die immer noch von einem ‚Haupternährer‘ und einer ‚Zuverdienerin‘ ausgehen, widersprechen dem Prinzip der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit, weil Frauen und Männer sich nicht ebenbürtig begegnen können. Die Forderungen von Feministinnen richten sich auf eine nachhaltige Neubewertung *und* Neuverteilung *aller* gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten auf Männer *und* Frauen *und* der damit verbundenen Verantwortung“ (Notz 2003: 430/Hervorhebungen im Original).

Jenseits dieses Grundkonsenses hören allerdings die Gemeinsamkeiten auf, wenn es um konkrete Politikperspektiven geht. So ist es ein Charakteristikum der feministischen Arbeitsforschung, dass Forderungen nach einer Umverteilung von Arbeit in erster Linie programmatisch und kaum konkret ausformuliert werden (vgl. Littek/Spitzer 2011: 3).

Hinzu kommt, dass im Rahmen der feministischen Diskussion um nachhaltiges Arbeiten widersprüchliche Thesen über die Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen auf die Geschlechterhierarchie und die Beteiligung von Männern an Versorgungsarbeit postuliert werden.¹⁶⁷ Offen ist die Frage, unter welchen Bedingungen Arbeitszeitverkürzungen zur Aufhebung oder Verstärkung der Geschlechterhierarchie bzw. der geschlechtsspezifisch geprägten Struktur der Versorgungsarbeitsteilung führen?

¹⁶⁷ Während etwa für Adelheid Biesecker (2000) eine generelle Arbeitszeitverkürzung ein zentrale Voraussetzung dafür ist, dass „jede und jeder mehrere Formen des Arbeitens leisten kann“ (a. a. O.: 11) und damit auch ein Beitrag zur Arbeitsumverteilung zwischen Frauen und Männern geleistet wird, warnt Ruth Becker (1998), dass Erwerbsarbeitszeitverkürzungen im Gleichklang mit der Förderung von Eigenarbeit Geschlechterhierarchien verstärken. Ebenso verweist z. B. Meike Spitzner auf empirische Erfahrungen mit der mittlerweile wieder zurückgenommenen Vier-Tage-Woche bei dem Automobilhersteller Volkswagen in Wolfsburg, die besagen, dass durch diese die Struktur der Versorgungsarbeitsteilung nicht verändert bzw. bei Schichtarbeitsfamilien gar verstärkt wurde (vgl. Spitzner 1998b: 88).

Eine nachhaltige Arbeits(zeit)politik aus Gendersicht müsste die Frage beantworten, welche konkreten Herausforderungen - auch angesichts der *'Krise der Reproduktionsarbeitszeit'* (Spitzner 1999) - für eine nachhaltige Arbeitszeitpolitik bestehen, die sich die Aufhebung von Geschlechterhierarchien zum Ziel setzt und zugleich bezahlte Erwerbsarbeitszeiten und unbezahlte Reproduktionsarbeitszeiten in den Blick nimmt? Die reine Postulierung einer nachhaltigen Zeitkultur und von Zeitwohlstand als Werthaltung (Scherhorn 1995) negiert jedenfalls Geschlechterhierarchien in der Zeitverwendung und kann daher keineswegs eine überzeugende Perspektive für nachhaltiges Arbeiten aufzeigen (vgl. Spitzner 1998).

Grundsätzlich ist zu klären, welche Leitbilder nachhaltiger Arbeit aus Genderperspektive tragen, etwa das erwerbsarbeitszentrierte Leitbild einer neuen *'Normalität der Teilzeitarbeit als Normalarbeit für Männer und Frauen'* oder das Leitbild der Erweiterung des Arbeitsbegriffs im Sinne der Ermöglichung verschiedener Arbeitsformen für beide Geschlechter.

Hinsichtlich der Bedeutung der feministischen Perspektiven wurde zur Jahrtausendwende festgestellt, dass der Themenkomplex *'Gender und nachhaltige Entwicklung'* in der politischen Diskussion nur einen geringen Stellenwert erhalten hat (vgl. Rodenberg 2000: 42). Diese Einschätzung ist aus heutiger Sicht immer noch zutreffend, muss aber differenziert werden, denn erkennbar ist auch, dass die feministische Kritik an der prominentesten deutschen Nachhaltigkeitsstudie *'Zukunftsfähiges Deutschland'* (BUND/Misereor 1996) dazu geführt hat, dass ihre Kritikpunkte in den mit weniger Aufmerksamkeitserfolg bedachten Nachfolgestudien *'Arbeit und Ökologie'* (HBS 2000) und *'Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Ökonomie'* (BUND/EED 2008a, b) inhaltlich aufgegriffen wurden.

3.4.4 Nachhaltige Arbeit in der Nachhaltigkeitsstudie *'Zukunftsfähiges Deutschland'*

Als Grundlagenwerk für die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland gilt die Studie *'Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung'* (BUND/Misereor 1996). Der Anspruch der sogenannten *'Wuppertal-Studie'* war es, die abstrakten Forderungen einer global nachhaltigen Entwicklung des Rio-Gipfels von 1992 für Deutschland zu konkretisieren. Sie wurde im Auftrag des Bund für Umweltschutz und

Naturschutz Deutschland und der katholischen Entwicklungsorganisation Misereor durch WissenschaftlerInnen des Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie¹⁶⁸ erarbeitet. Die Studie erreichte in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Debatte einen immensen nationalen und internationalen Aufmerksamkeitserfolg und löste sowohl grundlegend positive als auch negative Kritiken aus.¹⁶⁹

Im Rahmen einer umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland plädiert die Wuppertal-Studie, ausgehend von ökologischen Prioritäten, für eine strukturelle Ökologisierung des Wirtschaftssystems, einen tief greifenden Bewusstseins- und Verhaltenswandel der Einzelnen sowie neben der Förderung von Eigenarbeit, für den Aufbau eines neuen Niedriglohnsektors, begleitet von einem radikalen Umbau des Systems der sozialen Sicherung. Für die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen- und politischen Systems sieht sie dagegen keine grundlegenden Änderungsnotwendigkeiten. Zudem werden Vorschläge unterbreitet, wie im Rahmen einer global nachhaltigen Entwicklung der „Ausgleich zwischen Norden und Süden“ realisiert werden sollte.

Angesichts der herausragenden Bedeutung der Wuppertal-Studie im Nachhaltigkeitsdiskurs werden im Folgenden ihre wesentlichen Argumentationsschritte und Thesen kurz skizziert, um darauf aufbauend ihre arbeitspolitischen Leitkriterien und wesentlichen Kritikpunkte darzustellen.

3.4.4.1 Zentrale Thesen und arbeitspolitische Leitkriterien der Wuppertal-Studie

Basierend auf dem ‚Konzept des Umweltraums‘ werden in der Wuppertal-Studie zunächst konkrete naturwissenschaftlich abgeleitete umweltpolitische Ziele für Ressourcenentnahmen (Energie-, Flächen- und Materialverbrauch) und Emissionen konkretisiert und mit dem –

¹⁶⁸ Das Wuppertal Institut hat sich laut Selbstdarstellung national wie international als eine führende Institution der Nachhaltigkeitsforschung etabliert. Es wurde 1991 gegründet und organisatorisch und finanziell an das Land NRW angebunden. Es nähert sich mit seiner Finanz- und Organisationsstruktur, insbesondere durch den wachsenden Drittmittelanteil, der die Grundfinanzierung aus Landesmitteln deutlich übersteigt, immer mehr dem Profil eines am Markt orientierten Forschungsunternehmens (vgl. Wuppertal Institut 2006: 88ff).

¹⁶⁹ Die Publikation der Studie wurde im Rahmen einer aufwendigen und durchdachten Marketingstrategie organisiert. So wurde sie als Kurz- und Vorabfassung (BUND/Misereor 1995) - die in mehrere Sprachen übersetzt wurde - bereits im Oktober 1995 herausgegeben und von einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen begleitet.

potenziell systemsprengenden - ethischen Anspruch bzw. Postulat, auf ´weltweit gleiche Pro-Kopf-Nutzungsrechte für Umweltgüter` begründet. Mit verschiedenen gesellschaftlichen Leitbildern nachhaltiger Entwicklung soll dann Akteuren in unterschiedlichen sozialen Feldern veranschaulicht werden (gemeint sind u. a. Unternehmen, Erwerbstätige, Verbraucher, Gesetzgeber), was erforderlich wäre, um die Reduktionsziele zu realisieren:

- Plädiert wird vor allem für eine ´Ökologisierung der Marktwirtschaft`, dessen Kernelement eine ökologische Steuerreform ist. Diese soll zugleich den Naturverbrauch besteuern und Arbeit von „hohen Lohnnebenkosten, die auch als eine von mehreren Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit betrachtet“ (BUND/Misereor 1998: 186) werden müssten, entlasten.¹⁷⁰
- Im Rahmen des Leitbildes ´Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen` geht es dann vor allem um die Dematerialisierungs- bzw. Effizienzstrategie im Kontext einer ökologischen Produktpolitik (siehe auch Abschnitt 3.4.1 in dieser Arbeit).
- Die Effizienzstrategie wird schließlich mit einer Suffizienzstrategie verbunden, denn mit den Leitbildern ´Rechtes Maß für Raum und Zeit` und ´Gut leben statt viel haben` wird sodann für ein alternatives Wohlstandsmodell und einen tief greifenden Werte- und Verhaltenswandel plädiert, der u. a. eine ´Entschleunigung der Gesellschaft`, eine Orientierung an ´Zeitwohlstand statt Güterwohlstand` und die ´Eleganz der Einfachheit` proklamiert.¹⁷¹

In den abschließenden Kapiteln der Studie sollen erwartete Einwände gegen die Leitbilder vorweggenommen werden (vgl. BUND/Misereor 1995: 32).¹⁷² Dazu werden die Leitbilder und Politikvorschläge in vier eigenen Kapiteln zur ´Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung`, zum ´Zusammenhang von Wachstumsbeschränkung und Wettbewerbsfähigkeit`,

¹⁷⁰ Konkret wird zunächst nur hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen, eine Beitragsabsenkung mit einem über Umweltsteuern finanzierten Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit auszugleichen (vgl. a. a. O.: 186f.).

¹⁷¹ Weitere Leitbilder werden für die Bereichspolitiken ´Infrastruktur`, ´Landwirtschaft`, ´Stadt` und ´internationale Gerechtigkeit` formuliert.

¹⁷² In der Vorabfassung werden vier Argumente aufgeführt, die gegen die Umsetzung des vorgelegten Nachhaltigkeitsentwurfes sprechen würden, nämlich: „Er sei nicht durchsetzbar, weil durch die Schrumpfung des Gütervolumens Arbeitsplätze wegfielen und so letztlich die sozialen Sicherungssysteme gefährdet würden; weil die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik dadurch erheblich beeinträchtigt werde; weil in unserer Form der Demokratie kein Politiker und keine Politikerin dem Wahlvolk Einschränkungen abverlangen könne, da dies mit der Abwahl bestraft werde; weil gerade die Länder des Südens ein starkes Interesse an weiter wachsenden Volkswirtschaften der Industriestaaten haben müssten, um ihre Rohstoffe und Produkte auf diesen Märkten absetzen zu können“ (BUND/Misereor 1995: 32).

zu ´politischen Reformen` und zum ´Ausgleich zwischen Norden und Süden` konkretisiert und kontextualisiert:

- Im Vordergrund stehen vor allem Fragen von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsbeschränkung: Ökologisch orientierte Unternehmen werden als wesentliches Element internationaler Konkurrenzfähigkeit betrachtet. Das Credo lautet: „Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nicht gegeneinander ausspielen“ (a. a. O.: 364). Gleichwohl gehen die Autoren davon aus, dass eine Orientierung der Wirtschaft an der Dematerialisierungsstrategie und an Regionalkreisläufen zu einem Rückgang der Weltmarkteinbindung führen wird. Die Hoffnung auf qualitatives Wachstum durch Entkopplung des Umweltverbrauchs von Sozialprodukt wird nicht geteilt, bezüglich der Ressourcenverbräuche und Emissionen gehe es auch „nicht um Nullwachstum, sondern um Schrumpfung“ (BUND/Misereor 1995: 33). Dennoch halten die Autoren (vorläufig) daran fest, dass sich eine notwendige Wachstumsbeschränkung als durchaus vereinbar mit der marktwirtschaftlichen Ordnung erweisen könne.¹⁷³
- Hinsichtlich notwendiger politischer Reformen hält die Studie auf nationaler Ebene nur kleinere politische Reformen für notwendig, nämlich mehr Bürgerbeteiligung bei Umweltvorhaben und eine parlamentarische Ergänzung durch die vermehrte Bestellung von Sachverständigenräten oder auch die Einrichtung eines ´Ökologischen Rates`. Ansonsten lobt die Studie die „Allianz aus Umweltschützern und Gewinnerindustrien des ökologischen Strukturwandels“ (BUND/Misereor 1996: 384) und fordert eine Erweiterung dieser Allianz um „Verbraucherinteressen und die Interessen bestimmter Teile der Arbeitnehmerschaft“ (ebenda). Auf die Rolle von Gewerkschaften geht sie an keiner Stelle direkt ein.
- Vergleichsweise radikal – da quasi gegen die Doktrin des Freihandels verstoßend - scheinen demgegenüber die Vorschläge zu sein, die einen „Ausgleich zwischen Norden und Süden“ im Rahmen einer „global nachhaltigen Entwicklung“ ermöglichen

¹⁷³ Zweifel an der Vereinbarkeit von Wachstumsbeschränkung und marktwirtschaftlichen System überführen sie in folgende Forderung: „Erst wenn sich in der Zukunft herausstellt, daß eine Verbrauchsreduktion von Energie und Stoffen mit der Systemdynamik der Marktwirtschaft nicht vereinbar ist, müssen andere Wege des Wirtschaftens überlegt werden. Nur in diesem Fall wäre die Gesellschaft vor die Wahl gestellt, entweder das marktwirtschaftliche System grundlegend zu ändern oder auf die ökologische Anpassung in Richtung Zukunftsfähigkeit zu verzichten“ (a. a. O.: 373).

sollen. Die zentrale Forderung lautet, den „armen Ländern des Südens“ den Aufbau von lokalen Märkten und subsistenzwirtschaftlicher Eigenversorgung zu ermöglichen. Dazu sei es notwendig, dass diese ihre „Abhängigkeit von den gegenwärtigen natur- und sozialschädlichen Export-Produktionen abbauen können“ (BUND/Misereor 1995: 33). Ein Verzicht auf alle Agrarexporte der EU in die armen Länder des Südens, ein Schuldenerlass und Ausgleichszahlungen (im Rahmen von internationalen Umwelt-Verträgen und eines ´internationalen Fonds für eine nachhaltige Entwicklung`) werden vorgeschlagen.¹⁷⁴

In einem eigenen arbeitspolitischen Kapitel ´Soziale Fairneß` geht es schließlich um die hier besonders interessierenden Leitkriterien zur Zukunft nachhaltiger Arbeit und sozialer Sicherung (vgl. BUND/Misereor 1996: 351-363):

Ausgangspunkt der Autoren ist die Prämisse, dass das „bisherige Vollbeschäftigungsarrangement“ Geschichte ist und das „gesamte Erwerbsarbeitsvolumen“ weiterhin abnehmen wird. Zwar könnten mittelfristig durch die ökologische Steuerreform neue Arbeitsplätze geschaffen werden, langfristig allerdings gehen die Autoren quasi von einer ´Vollbeschäftigung neuen Typs` aus, denn Vollbeschäftigung werde „nur mit einer gegenüber heute deutlich geringeren Gesamtarbeitszeit und auch geringeren Löhnen zu haben sein“ (a. a. O.: 354).

Hinsichtlich der Bedeutung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit in einer derartigen Vollbeschäftigungsgesellschaft der Zukunft heben die Autoren hervor, dass Arbeit zwar nicht einfach in Erwerbsarbeit aufgehe, da es zur Existenzsicherung auch der Reproduktionsarbeit (zu dieser zählen die Autoren: Versorgung und Qualifikation der Kinder, Hausarbeit, informelle Tätigkeiten, Eigenarbeit, Selbsthilfe) bedürfe, Erwerbsarbeit aber dennoch weiterhin die zentrale Arbeitstätigkeit und Fokus der sozialen Orientierung bleiben werde.

Basierend auf diesen Prämissen formulieren die Autoren, aus Gründen der „sozialen Fairneß“ und als ihre zentrale arbeitspolitische Herausforderung, das „wohl wichtigste sozialpolitische

¹⁷⁴ Ausgleichszahlungen hätten einen doppelten Zweck: die „Kompensation des Südens für bisher nicht in Anspruch genommene Nutzungsrechte und Ermöglichung einer naturschonenden Entwicklung“ (BUND/Misereor 1996: 397).

Postulat“, nämlich „daß jede Frau und jeder Mann *mindestens Zugang zu einem bezahlten Teilzeit-Arbeitsplatz hat*“ (a. a. O.: 355; Hervorhebung in kursiv im Original).

Um zukünftig jedem und jeder einen Teilzeitarbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können, sei eine noch flexiblere Ausgestaltung der Erwerbsarbeitszeiten die wichtigste Voraussetzung. Die Zunahmen der Teilzeitbeschäftigungen, flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitsformen würden sich ohnehin fortsetzen, da eine Interessenallianz zwischen Arbeitgebern an einer besseren Auslastung der betrieblichen Kapazitäten und den Arbeitnehmern an einer Ausweitung individueller Zeioptionen bestünde.

Viel tief greifender ist allerdings das Bestreben der Autoren, zur Realisierung der Teilzeitgarantie, einen neuen Niedriglohnsektor aufzubauen. Zur Realisierung schlagen die Autoren die Einführung einer negativen Einkommenssteuer (also die Kombination von Sozialleistungen mit Arbeitseinkommen und die Gewährleistung eines Subsistenz Einkommens für Erwerbslose) vor. Unter der Überschrift `Umbau der sozialen Sicherung` wird explizit gefordert, das vielgliedrige System der sozialen Sicherung durch eine einzige Art des Grundeinkommens (in Form einer negativen Einkommenssteuer) zu ersetzen, welches statt über Beiträge über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren sei (vgl. a. a. O.: S. 361ff.). Sie betonen, der wesentlicher Effekt der negativen Einkommenssteuer sei, dass eine Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich lohnenswert werde, weil der Mehrverdienst vom Sozialamt nicht mehr weggesteuert werden würde. Ein neuer „Niedrigarbeitskostensektor mit akzeptablen Einkommen“ könne entstehen, da viele Unternehmen „aufgrund niedrigerer Arbeitskosten nun Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor anbieten“ ... „Wer aus dem Hochlohnsektor herausfällt, kann im `zweiten Arbeitsmarkt` wieder eine sinnvolle Beschäftigung finden“ (a. a. O.: 356).

Schließlich formulieren die Autoren die These, dass die Zukunft der Arbeit auch in der unbezahlten Eigenarbeit und im Ausbau einer lokalen Selbstproduktionsphäre liegen müsse. Dies wird damit begründet, dass aufgrund des Erfordernisses eines zukünftig verringerten Ressourcenverbrauchs das Volumen an Erwerbsarbeit zusätzlich reduziert werden müsse (jenseits der Reduzierung aufgrund des „strukturellen Problems der Industriegesellschaft“) und daher eine Alternative zur bezahlten (Niedriglohn-)Arbeit notwendig sei. Die implizite Annahme ist hier, dass Eigenarbeit mit einem geringeren Ressourcenverbrauch verbunden ist.

Der Ausbau der Eigenarbeit solle durch die Bereitstellung von Werkstätten, Material und Fachwissen für Projekte, Kooperativen, kommunale Werkstätten usw. unterstützt werden.¹⁷⁵ Er würde zudem bedeuten, dass die dominierende Erwerbsarbeit von einer 'Lebensarbeitszeitpolitik' abgelöst wird, „bei der es nicht um Erwerbsarbeit *oder* Eigenarbeit, sondern um Erwerbsarbeit *und* Eigenarbeit für Männer und Frauen“ (a. a. O.: 357) im Lebenslauf ginge. Diese These wird (leider) nicht weiter ausgeführt. Lediglich wird darauf hingewiesen, dass eine 'Lebensarbeitszeitpolitik' nicht zwingend dazu führen müsse, dass die Wochenarbeitszeit kontinuierlich abnimmt, sie könne auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedeuten.

Des Weiteren müsse sich die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft grundlegend ändern. Dem Staat obliege zukünftig die Aufgabe, Finanzmittel so einzusetzen, dass das 'soziale Kapital' vermehrt wird. Selbsthilfeeinrichtungen und private Initiativen, die kollektive Dienstleistungen übernehmen, müssten mindestens steuerlich honoriert werden, da sie Möglichkeiten bieten würden, mehr „reale Solidarität“ im Gegensatz zur „institutionalisierten Solidarität des Sozialstaates“ zu leben und zudem die Krise des Sozialstaates abmildern könnten. Voraussetzung hierfür wäre mehr freie Zeit, mehr Zeitsouveränität, somit die Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeiten. Auch hier unterstellen die Autoren, dass Arbeitszeitflexibilisierung mehr Zeitsouveränität bedeutet.

3.4.4.2 Kritische Anmerkungen zu den arbeitspolitischen Leitkriterien

Insgesamt muss vor allem die Konkretisierung von Umweltzielen angesichts von ökologischen Grenzen des Umweltverbrauchs, deren Verkopplung mit dem Postulat auf weltweite gleiche Ansprüche an Naturverbrauch und die daraus abgeleitete Forderungen nach einem Umbau der Gesellschaft und einem anderen 'Nord-Süd-Verhältnis' als grundlegende

¹⁷⁵ Folgende Tätigkeitsfelder werden genannt: Anbau von Nahrungsmitteln, reparieren vieler Produkte, Herstellung von einfachen Gebrauchsgegenständen, Sanieren von Häusern, Nachbarschaftsmedizin und soziale Hilfe (vgl. a. a. O.: 357)

und innovative Leistung der Wuppertal-Studie positiv gewürdigt werden, die damit neue Maßstäbe für Zukunftsentwürfe gesetzt hat.¹⁷⁶

Auf der Sollseite stehen allerdings die arbeits- und sozialpolitischen Umsetzungsvorschläge der Wuppertal-Studie, die vom ökologischen Primat dominiert werden. Herausforderungen einer zukunftsfähigen Arbeit und sozialen Sicherung werden als abgeleitete Notwendigkeiten der Dematerialisierungsstrategie formuliert. Keineswegs geht es bei der Thematisierung von Arbeit um die 'soziale Nachhaltigkeit von Arbeit', Fragen der 'Qualität von Arbeit' werden nicht thematisiert und die Ebene der Realanalyse von Arbeit (oder gar von Arbeitspolitik auf betrieblicher Ebene) werden nicht erreicht.

Die in der Wuppertal-Studie vorgenommene Konzeption einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft erschöpft sich in der Gewährleistung eines Teilzeitarbeitsplatzes für jede und jeden, die über Arbeitszeitflexibilisierung und subventionierte Niedriglohnarbeit bei Aufgabe des beitragsfinanzierten Systems der sozialen Sicherung realisiert und über den Aufbau von Eigenarbeit ergänzt werden soll.

Der verwendete *Arbeitsbegriff* ist folglich nicht auf Erwerbsarbeit begrenzt, aber fokussiert. Der feministische Einwand lautet hier, dass zugunsten von Eigenarbeit der Bereich der Reproduktionsarbeit in Form von Versorgungsarbeit (und die geschlechtshierarchisch organisierte Arbeitsteilung) als Gegenstand der Bemühungen um ökologisch und sozial nachhaltiges Arbeiten, ausgeblendet wird (vgl. Biesecker 2000). Zudem werde Eigenarbeit schlicht unterstellt, sie hätte gegenüber Erwerbsarbeit ökologische Vorteile. Tatsächlich stelle sich nach genauer Prüfung aber heraus, dass Eigenarbeit gegenüber Erwerbsarbeit keineswegs per se ökologische oder soziale Vorteile aufweist (vgl. Becker 1998). Auch erscheint die Kritik von Becker zutreffend, dass die Eigenarbeitsperspektive der Wuppertal-Studie in sich nicht schlüssig ist, da Zeitsouveränität als Voraussetzung von mehr Teilzeit- und Eigenarbeit angeführt wird, Niedriglohnbeschäftigten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, allerdings keine Zeit mehr für Eigenarbeit bleibt.

¹⁷⁶ An der Art der Bestimmung ökologischer Grenzen wurde zwar wie folgt Kritik geäußert: „Die vermeintliche Objektivität der naturwissenschaftlich-quantitativ festgesetzten ökologischen Grenzen und der entsprechenden Umweltziele reduziert die Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Gruppen auf eine nachträgliche Akzeptanz der naturwissenschaftlich bestimmten Ziele“ (Schäfer 2000: 212). Diese Kritik erscheint allerdings undifferenziert, denn die naturwissenschaftliche Festlegung von ökologischen Grenzen ist davon zu unterscheiden, wie diese ökologischen Grenzen dann in einem zweiten Schritt (hinsichtlich der konkreten Ziele und Mittel gesellschaftlicher Veränderungen und der gesellschaftlichen Beteiligung) erreicht werden können.

Das *Wohlstandsmodell der Wuppertal-Studie* ähnelt in einzelnen Dimensionen dem im Rahmen des Ansatzes der Eigenarbeit von Scherhorn präsentierten alternativen Wohlstandsmodell: In beiden Modellen geht es um 'Zeitwohlstand statt Güterwohlstand', um die 'Entschleunigung der Gesellschaft', beide setzen - abstrakt-normativ – auf immateriellen Wohlstandsqualitäten bzw. mit dem Leitbild der Wuppertal-Studie 'Gut leben statt viel haben' auf die 'Eleganz der Einfachheit'. Während allerdings das Wohlstandsmodell der Wuppertal-Studie seinen Schwerpunkt in normativer Absicht mit Blick auf die Reduktion von Ressourcenverbräuchen auf die Rolle des Verbrauchers legt (siehe etwa die Ausführungen zu den „Grünen Konsumenten“, vgl. BUND/Misereor 1996, S.210 ff.), sind es beim Ansatz der Eigenarbeit von Scherhorn eine 'produktiv-schöpferische Tätigkeit' und besondere 'soziale Qualitäten', die als Wohlstandselemente mit Eigenarbeit verknüpft werden. In der Wuppertal-Studie wird dagegen negiert, dass Arbeit nicht nur als Quelle der materiellen Existenzsicherung taugt, sondern auch als - zumindest potenzielle - Quelle schöpferischer Tätigkeit und sozialer Bezogenheit Wohlstandsqualitäten aufweist.

Dazu passt, dass der Fokus der arbeitspolitischen Leitkriterien der Wuppertal-Studie auf der neoliberalen *Förderung von Niedriglohnarbeit* liegt. Mit den Mutmaßungen über positive beschäftigungspolitische Effekte einer negativen Einkommenssteuer werden arbeitsmarktpolitische Risiken der mit ihr verbundenen indirekten Subventionierung der Arbeitgeber ignoriert, die u. a. in der Gefahr der Absenkung des gesamtgesellschaftlichen Lohnniveaus und vor allem in drohenden Substitutionseffekten auf dem Arbeitsmarkt (wenn subventionierte Lohnarbeit reguläre Beschäftigung über Lohn- und Qualifikationsgruppen hinweg ersetzt) bestehen. Die Formulierung „wer aus dem Hochlohnsektor herausfällt“ suggeriert, es gäbe nur einen einzigen Hochlohnsektor in Deutschland, keine Lohnspreizung, Branchendifferenzen und insgesamt ein zu hohes Lohnniveau. Geradezu en passant und ohne im geringsten auf weitere sozialpolitische Implikationen einzugehen, wird aus rein beschäftigungspolitischen Mutmaßungen mit der Einführung der negativen Einkommenssteuer der Abbau des über Jahrzehnte gewachsenen, primär über Beiträge finanzierten, Systems der sozialen Sicherung eingefordert.¹⁷⁷ Ersatzweise wird dann dem Eigenarbeitssektor, für den aufgrund unterstellter ökologischer Vorteile im Vergleich zur

¹⁷⁷ Zur Kritik der Diskussion um eine teilweise Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung, wie der negativen Einkommenssteuer vgl. auch den Abschnitt 2.2.2.3 dieser Arbeit.

Lohnarbeit votiert wird, zusätzlich die Funktion zugewiesen, wegfallende Einkommen und den aus der Einführung der Negativsteuer folgenden Abbau des Sozialstaates, zu kompensieren. Die mit dem Leitbild 'Gut leben statt viel haben' postulierte 'Eleganz der Einfachheit' erscheint im Lichte der vorgeschlagenen Förderung von Niedriglohnarbeit als Romantisierung von Einkommensarmut. Niedriglohnarbeit ist zudem für die Einzelnen, neben dem sozialen Problem Armut, mit weniger Zeitsouveränität und oftmals mehr Konsum von billigen Wegwerfprodukten verbunden, führt also die Orientierung des Wohlstandsmodells der Wuppertal-Studie an 'Zeitwohlstand statt Güterwohlstand' ad absurdum.

Zur Frage, *wie die arbeitspolitischen Forderungen gesellschaftspolitisch umgesetzt* werden sollen, ist zunächst festzustellen, dass in der Wuppertal-Studie divergierende gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Kämpfe außen vor bleiben.

Ein Beispiel ist die angebliche Interessenallianz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an mehr Zeitflexibilisierung, die zu mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmer führen würde. Tatsächlich sind aber mit der Arbeitszeitflexibilisierung zumeist grundlegende Interessendivergenzen verbunden: Qualitative Untersuchungen im Bereich geringfügiger Beschäftigung im Einzelhandel besagen, dass von Arbeitgeberseite, ohne dass arbeitsorganisatorische Gründe im Vordergrund stünden, ganz bewusst primär kurze und flexible Arbeitszeiten angeboten werden, um über das Drohszenario einer jederzeit möglichen weiteren individuellen Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitsdisziplinierung im Betrieb sicherzustellen (vgl. Benkhoff/Hermet 2008). Erhebungen der Arbeitszeitwünsche von Frauen belegen, dass ihre durchschnittlichen Arbeitszeitwünsche deutlich über ihren tatsächlichen Arbeitszeiten liegen (vgl. Holst in DIW-Wochenbericht Nr. 25/2009). Dies sind keineswegs empirische Erkenntnisse, die per se ausschließen, dass Arbeitszeitflexibilisierungen nicht auch Vorteile für die Beschäftigten bringen können und von diesen teilweise auch gewünscht werden, sie zeigen aber unterschiedliche Interessenlagen auf. Arbeitszeitflexibilisierung führt jedenfalls nicht, wie in der Wuppertal-Studie mehrfach behauptet, zwangsläufig zu mehr Zeitsouveränität, sie bietet Chancen und Risiken und ist in der Regel von den Machtressourcen und Zielen der betrieblichen Akteure abhängig.

Auch aus dem Umfeld entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen lautet ein zentraler Kritikpunkt an der Wuppertal-Studie: „Soziale Auseinandersetzungen und divergierende Interessen, ... gehen nur ganz am Rande in die Studie ein. Die historischen

Erfahrungen der Ökologiebewegung, daß nämlich grundlegende Veränderungen an bestimmten Interessen scheitern, werden damit negiert. Man will offensichtlich niemanden weh tun“ (Armbrost/Brand 1996: 40). Das zudem von gleicher Seite beklagte ‘Demokratiedefizit’ bzw. die ‘Öko-Aristokratie’ oder auch ‘Expertokratie’ (Fischer 1997), der Wuppertal-Studie wird darin deutlich, dass angesichts des anvisierten umfassenden Wandels kaum politische Widerstände und Interessen thematisiert werden und kaum politische Reformen vorgeschlagen werden, es sei denn solche die mit der Forderung nach einem ‘Ökologischen Rat’ und mehr Sachverständigenkommissionen Einwänden vorbeugen wollen, die sich daran reiben, dass „in unserer Form der Demokratie kein Politiker und keine Politikerin dem Wahlvolk Einschränkungen abverlangen können, da dies mit Abwahl bestraft werde“ (BUND/Misereor 1995: 32). Der Umbauprozess soll also ‘von oben’ durchgesetzt werden. Und soziale Ungleichheit ist in den Leitbildern der Wuppertal-Studie nicht sichtbar: „Statt dessen wird allenthalben ein trügerisches ‘Wir’ produziert. Wir, die wir über unsere Verhältnisse leben, wir im Norden, die im Süden. Ein ‘Wir’, das zu gemeinsamen Handeln motivieren soll, wobei die Grundlagen ungeklärt bleiben. Zum Beispiel wäre eine Erwähnung derjenigen Bevölkerungsgruppen angemessen, die jetzt schon aus Not und nicht aus Aufgeklärtheit sparen ...“ (Peters 1996: 39).

Insgesamt verwundert es nicht, dass die radikale Orientierung der sozialen und arbeitspolitischen Gestaltungsoptionen der Wuppertal-Studie an ökologischen Prioritäten, die zudem mit einem neoliberalen Bias versehen ist, angesichts einer zugleich intensiv geführten politischen Debatte um Arbeitslosigkeit und die Krise des Sozialstaats, neben den negativen Stimmen aus dem entwicklungs- und umweltpolitischen Bewegungsmilieu, auch auf deutliche Kritik von zahlreichen traditionellen Organisationen der deutschen ‘Zivilgesellschaft’ stieß. In der Folge wurden durch zahlreiche institutionell herausgehobene Organisationen Nachfolgestudien in Auftrag gegeben, die positiv an das Paradigma der Nachhaltigkeit anknüpften, allerdings soziale und arbeitspolitische Fragestellungen in ihren Nachhaltigkeitsstudien in den Vordergrund stellten. Natürlich versuchten diese, im Deutungskampf um die arbeitspolitischen und sozialen Aspekte von Nachhaltigkeit, ihre je eigene Weltansicht von Nachhaltigkeit durchzubringen. Beispiele sind die Nachhaltigkeitsstudie der (SPD-nahen) Friedrich-Ebert-Stiftung „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer

Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele - ein Weg“ (1998) und der „Abschlussbericht. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“ der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998). Diese Nachhaltigkeitsstudien konnten allerdings nicht mehr den Aufmerksamkeitserfolg der Wuppertal-Studie zeitigen und auch inhaltlich keine innovativen Impulse in der Debatte über „nachhaltiges Arbeiten“ beisteuern, weswegen im Rahmen dieser Arbeit darauf verzichtet, diese vertieft darzustellen. Anders verhält es sich hingegen mit der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000), die zwar keinen mit der Wuppertal-Studie vergleichbaren öffentlichkeitswirksamen Erfolg erzielte, aber zumindest inhaltlich – insbesondere mit dem ‚Konzept der Mischarbeit‘ - die Diskussion über ‚nachhaltiges Arbeiten‘ konzeptionell weiterführte.¹⁷⁸

3.4.5 Das Konzept der Mischarbeit in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“

Die deutschen Gewerkschaften übernahmen bereits im Jahr 1996 den Nachhaltigkeitsbegriff in ihre gewerkschaftliche Programmatik und betonten im Grundsatzprogramm des DGB von 1996 die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Reformstrategie. Im Kontext der Positionierung zahlreicher institutionell herausgehobener Institutionen und Akteure im Nachhaltigkeits- und Zukunftsdiskurs wurde 1998 das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ von der Hans-Böckler-Stiftung, dem Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, initiiert, um eine eigene Nachhaltigkeitsstudie in die Zukunftsdebatte einzubringen. Deren Ergebnisse wurden im Jahr 2000 publiziert (Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000). Die explizite Zielvorgabe des Verbundprojektes „Arbeit und Ökologie“, das gemeinsam von WissenschaftlerInnen des Wissenschaftszentrum Berlin für

¹⁷⁸ Neben den Nachhaltigkeitsstudien, die sich explizit auf das Paradigma der Nachhaltigkeit beziehen, erschienen Ende der 1990er Jahre auch Zukunftsstudien, die nach Erscheinen der Wuppertal-Studie den Begriff der Nachhaltigkeit konzeptionell nicht aufgriffen, allerdings in den ideologischen Kampf des Diskurses zur Zukunft der Arbeit eingriffen. Dazu gehören vor allem „Wie wir arbeiten werden: der neue Bericht an den Club of Rome“ (Giarini/Liedtke 1997) und die sogenannte „Bayernstudie“ (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, b), die in dieser Arbeit bereits im Rahmen der Rekonstruktion des ‚konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses‘ dargestellt wurde (vgl. Abschnitt 2.2.2).

Sozialforschung (WZB), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Wuppertal Institut für Klima und Energie (WI) bearbeitet wurde,¹⁷⁹ bestand in einer Schwerpunktsetzung auf arbeitspolitische Fragestellungen. Eine Besonderheit ist zudem, dass die Organisation der Arbeit selbst und die Gestaltung der Arbeitswelt als Nachhaltigkeitsziel begriffen wurden (vgl. HBS 2000: 3).

Anders als in der Wuppertal-Studie (BUND/Misereor 1996) wurde in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ kein synthetisches Gesamtergebnis erzielt. Vielmehr sind die zentralen Thesen der Nachhaltigkeitsstudie auf je eigene der insgesamt drei institutsspezifisch entwickelten Nachhaltigkeitsszenarien bezogen, die in der Folge teils gemeinsame, teils aber auch kontroverse Perspektiven einnehmen.¹⁸⁰ Ihre differenzierte Darstellung erscheint in dieser Arbeit kaum sinnvoll und weiterführend. Von besonderem inhaltlichen Interesse ist dagegen das in der Nachhaltigkeitsstudie verwendete und im Verbundprojekt teils umstrittene ‚Konzept der Mischarbeit‘, welches die in dieser Arbeit bereits vorgestellten arbeitspolitischen Leitkriterien zum Thema nachhaltige Arbeit inhaltlich aufgreift und weiterzuführen versucht.

3.4.5.1 Das Konzept der Mischarbeit, Nachhaltigkeitsimplikationen und seine Bedeutung für eine Definition ‚nachhaltiger Lebensqualität‘

¹⁷⁹ Die Verbundkoordination lag beim WZB. Die Projektleitung für das WZB hatte Prof. Eckart Hildebrandt inne, für das DIW Prof. Jürgen Blazejczak und für das WI Dr. Joachim H. Spangenberg. Zum Projektteam des WI gehörte auch der Verfasser dieser Arbeit, dessen Querschnittsanalysen in das ökologisch-soziale Szenario des WI eingegangen sind, so die Querschnittsanalysen: „Zur Zukunft der Arbeit in einem ökologisch-sozialen Nachhaltigkeitsszenario“ (Brandt 1998b), „Zur Kategorisierung von Nicht-Erwerbsarbeit“ (1998c), „Zu den Nachhaltigkeitspotentialen von Nicht-Erwerbsarbeiten und Optionen ihrer Umgestaltung“ (2000). Siehe auch die Publikation von Brandt/Spangenberg (2003): „Zur Arbeit in einem zukunftsfähigen Deutschland“.

¹⁸⁰ Im umfangreichen Projektabschlussbericht heißt es dezidiert: „Aus der Entscheidung des Projektverbundes ‚Arbeit & Ökologie‘ für einen kooperativen Dialog [zwischen den Projektpartnern; Anmerkung T.B.] folgte notwendigerweise und weil willkürliche Vereinfachungen und Harmonisierungen ausgeschlossen wurden, daß ein synthetisches Gesamtergebnis nicht erzielt werden konnte“ (Arbeit und Ökologie 2000: 622). In der Kurzfassung der Studie „Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) heißt es, dass die „Schnittmengen“, der aus den unterschiedlichen Perspektiven entwickelten Vorschläge (des DIW, WZB, WI), sowohl ökonomischen, ökologischen als auch arbeitspolitisch-sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit entsprächen, damit „Strategieelemente mit besonders hohen Synergie-Potenzialen“ abbilden würden und als „politisch-praktische Anknüpfungspunkte einer sozial-ökologischen Reformstrategie“ Bestand hätten (vgl. HBS 2000: 39).

Das 'Konzept der Mischarbeit' wurde durch Eckart Hildebrandt und Sebastian Brandl (seinerzeit beide WZB)¹⁸¹ im Rahmen des Verbundprojektes „Arbeit und Ökologie“ entwickelt und nach Projektende weiter konkretisiert (Brandl/Hildebrandt 2001, 2002; Hildebrandt 2003). Mit diesem Konzept wurde versucht unter der Perspektive 'sozialer Nachhaltigkeit' und anknüpfend an arbeitspolitische wie industriesoziologische Befunde, die feministischen Perspektiven nachhaltiger Arbeit (insbesondere Biesecker 2000) konzeptionell für die Entwicklung eines eigenen Begriffs nachhaltiger Arbeit zu nutzen sowie entsprechende Politikstrategien abzuleiten.

Empirischer Ausgangspunkt des Konzeptes sind industriesoziologische Befunde zur Entwicklung von Lohnarbeit, nach denen die 'Flexibilisierung, Pluralisierung und Entgrenzung von Erwerbsarbeit', zur „Erosion von Normalarbeitsverhältnissen, Normalarbeitszeiten und Normalarbeitsbiografien“ (Arbeit und Ökologie 2000: 386) führt. Allerdings – so eine erste These – enthalte die „Pluralisierung, Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit prinzipiell Potentiale einer nachhaltigen Entwicklung von Arbeit“ (Hildebrandt 2003: 384), die durch entsprechende Gestaltungsmaßnahmen realisiert werden könnten. Erforderlich – so die zentrale Perspektive - sei eine Abkehr vom arbeitspolitischen Paradigma, das allein auf Erwerbsarbeit fokussiert ist und die Konzipierung eines „erweiterten Arbeitsbegriffs in nachhaltiger Perspektive“, die den konzeptionellen Zugang zu einer nachhaltigen Entwicklung eröffnen könne (vgl. a. a. O.: 385).

Den theoretischen Hintergrund des 'Konzeptes der Mischarbeit' bilden zum einen zahlreiche arbeitspolitische Querschnittsanalysen, die vom WZB im Rahmen des Verbundprojektes „Arbeit und Ökologie“ in fünf Themenfeldern koordiniert wurden¹⁸² und zum anderen

¹⁸¹ Prof. Eckart Hildebrandt war von 1977 bis 2008 Wissenschaftler am WZB (Leiter des Projektbereichs "Zukunft der Arbeit und Nachhaltigkeit") und ist seit 2009 Fellow am IÖW (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a.: Industrielle Beziehungen, Arbeit und Ökologie, Arbeitszeitpolitik. Prof. Sebastian Brandl war bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB, dann Leiter des Referats "Erwerbsarbeit im Wandel" in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und ist seit 2011 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Berufssoziologie sowie Sozialpolitik an der HdBA (Hochschule der Bundesagentur für Arbeit). Seine Forschungsgebiete sind u. a.: Arbeit und Soziale Nachhaltigkeit, Industrielle Beziehungen.

¹⁸² Die (als WZB-discussion paper erschienenen) Querschnittsanalysen in den fünf Themenfeldern reichen von Fragen der „Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Umweltschutz“, Folgen der „Erosion und Entgrenzung der Normalarbeit“, Fragen des „Gesundheitsschutzes“, „akteursspezifischen Anknüpfungspunkten für eine Interessenregulierung im Sinne nachhaltiger Entwicklung“ hin zur „Rolle informeller Arbeiten für die Versorgung und gesellschaftliche Reproduktion“. Für eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse siehe auch den Projektbericht „Arbeit und Ökologie“ (2000), S. 193-286.

sozialwissenschaftliche Konzepte um einen neuen, erweiterten Arbeitsbegriff (u. a. Beck 1998, Mutz 1997, Kocka/Offe 2000, Gorz 2000, Biesecker 2000). Deren gemeinsame Grundannahmen werden von Sebastian Brandl und Eckart Hildebrandt als „Konturen eines erweiterten Arbeitsbegriffs“ positiv aufgegriffen und bestünden in:

1. einer Blickerweiterung auf die „ganze Arbeit“, d. h. in der Einbeziehung bislang „informeller Arbeiten“;
2. der Postulierung eines „Ergänzungsverhältnisses aller Arbeiten“ und eines gleichzeitigen „Festhaltens an der Zentralität der Erwerbsarbeit“ für die alltägliche Lebensführung der Menschen;
3. der Betonung der zentralen Rolle der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen für die Entwicklung der Arbeitsmärkte;
4. der Betonung der Notwendigkeit einer mehr oder weniger erwerbsarbeitsunabhängigen Grundsicherung;
5. der Betonung eines fundamentalen Zusammenhangs zwischen einem erweiterten Arbeitsbegriff und der Sicherung bzw. Weiterentwicklung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit (vgl. Brandl/Hildebrandt 2001: 5).

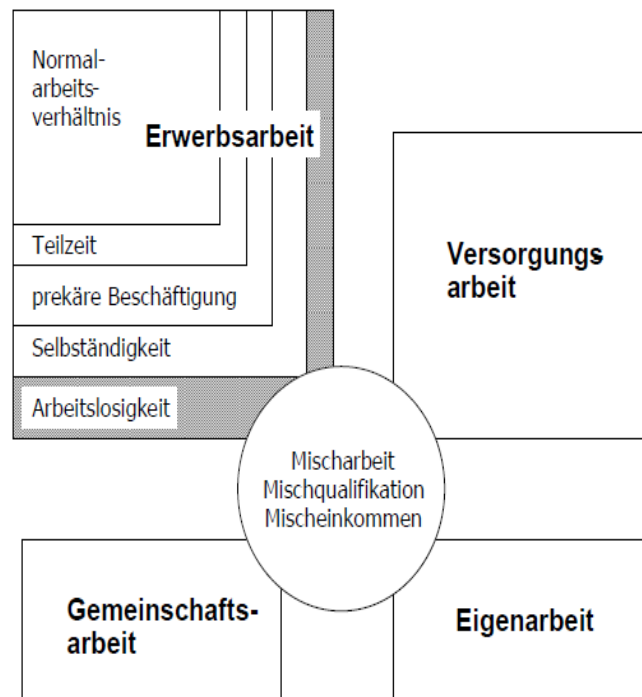
Der Ausgangspunkt für die Konkretisierung einer eigenständigen analytischen Konzeption der Mischarbeit ist für Hildebrandt die Anknüpfung an den Begriff „gesellschaftlicher Arbeit“ bei Kambartel (1994: 126), als „eine Tätigkeit für andere, welche am allgemeinen, durch die Form der Gesellschaft bestimmten Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern teilnimmt“. Damit erscheint es ihm möglich ‚Arbeit‘ von ‚Freizeitaktivitäten‘ abzugrenzen. Sodann gliedert Hildebrandt (vgl. Ders. 2003: 390) den Bereich der Arbeit, auf Basis arbeitspolitischer Querschnittsanalysen des Verbundprojektes (vgl. Biesecker 2000; Teichert 2000; Redler 1999), in „vier Arbeitssegmente“, denen er je eigene Gestaltungsprinzipien zuschreibt:

1. Erwerbsarbeit, mit dem Gestaltungsprinzip „ökonomische Effizienz und Einkommenserzielung“;
2. Versorgungsarbeit (Versorgung von Personen und Lebensgemeinschaften mit häuslichen Arbeiten, d. h. Ernährung, Pflege, Betreuung sowie Organisation und Instandhaltung des Haushalts), welche sich durch das Gestaltungsprinzip der „Fürsorge“ auszeichne;

3. Gemeinschaftsarbeit (Herstellung von „Gemeinschaftsgütern“ ohne Entgeltung in Rahmen von Ehrenamt, Bürgerbeteiligung, Selbsthilfe) mit dem Gestaltungsprinzip „Selbsthilfe und Solidarität“;
4. Eigenarbeit (arbeitsbezogene Aus- und Fortbildung und Selbstversorgung) mit dem Gestaltungsprinzip der „Subsistenz“.

Die Kombination dieser vier verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitssegmente ermögliche schließlich die Grundstruktur des ´analytischen Konzepts der Mischarbeit`:

Abbildung 5: Das Konzept der Mischarbeit



Quelle: HBS 2000, S. 31

Laut Zeitbudgeterhebungen¹⁸³ seien im Prinzip alle Erwerbspersonen täglich in unterschiedlichem Umfang mit allen vier Arbeitsformen beschäftigt. Mischarbeit sei zunächst in alltäglicher und in biografischer Perspektive auf das Individuum bezogen. Insofern definiert Hildebrandt Mischarbeit (als empirischen Tatbestand) als „die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Arbeiten der oder des Einzelnen, die Vielfalt der

¹⁸³ Brandl/Hildebrandt (2001) beziehen sich hier auf Garhammer 1999.

individuellen Kombinationen dieser Arbeiten und die Veränderung der Kombinationen in biographischer Perspektive“ (Hildebrandt 2003: 390). Darüber hinaus sei Mischarbeit aber auch als „gesellschaftliche Verteilungsrelation“ zu sehen: „Mischarbeit ist gekennzeichnet durch die Kombination der verschiedenen Tätigkeiten mit unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien und Anforderungen, aus denen sich Mischqualifikationen und auch Mischbelastungen ergeben. Schließlich entspricht die Mischung der Arbeiten einer Kombination verschiedener Einkommen (Mischeinkommen) und das heißt eine soziale Absicherung, die nicht allein auf Erwerbsarbeit beruht, sondern aus mehreren Quellen resultiert und deren Basis eine gesellschaftliche Grundsicherung sein könnte“ (a. a. O.: 390).¹⁸⁴

Im Rahmen dieses (analytischen) Konzepts der Mischarbeit gehen Brandl und Hildebrandt von einer fortbestehenden Dominanz der Erwerbsarbeit und ihrer Transformationsprozesse für die individuelle Lebensführung aus. Eine Besonderheit des analytischen Konzepts sei, dass es die alltägliche Lebensführung in den Fokus rückt und damit etwa das Konzept der „Übergangsmärkte“ (vgl. Schmid 2002), das auf den biografischen Wechsel zwischen einzelnen Arbeiten auf der Ebene der Arbeitsmarktpolitik abstellt, erweitert. Insgesamt würden fünf Merkmale Mischarbeit als ein eigenständiges analytisches Konzept charakterisieren und rechtfertigen (vgl. Hildebrandt 2003: 391f.):

- 1) die Annahme eines Ergänzungsverhältnisses zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten;
- 2) die „Offenheit für die Ausdifferenzierung von Arbeitsverhältnissen mit unterschiedlichen Formalisierungsgrad und die Vielfalt von individuellen Kombinationen und biografischen Pfaden“ (a. a. O.);
- 3) die (Analyse der) Aufrechterhaltung der Unterschiedlichkeit der Arbeitssegmente, „die auf ihren unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien (Geldeinkommen, Fürsorge, Solidarität, Selbsthilfe) beruht und sich in unterschiedlicher Anerkennung, rechtlicher Rahmung, Institutionalisierung und finanzieller Ausstattung ausprägt“ (a. a. O.);

¹⁸⁴ Hildebrandt belässt es bei der Andeutung, die Basis eines Mischeinkommens „könnte“ eine „Grundsicherung“ sein und führt diese nicht weiter aus. Er verweist lediglich auf den Begriff der „income mixes“, wie er von Peter Bleses und Georg Vobruba in ihrer Querschnittsanalyse verwendet wurde (vgl. Dies. 2000).

- 4) die Möglichkeit, die Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Arbeiten auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen sichtbar zu machen und damit auch entsprechende Potenziale der Umverteilung;
- 5) die Sichtbarmachung von Konflikten und Synergien zwischen den Arbeitssegmenten hinsichtlich „Zeitverwendung, Qualifikationen, Einkommen und sozialer Sicherheit, und ebenso durch die Sichtbarmachung der Anforderungen an Kombinationen und biografische Übergänge zwischen den Segmenten“ (a. a. O.).

Der Nachhaltigkeitsbezug des Konzepts des Mischarbeit

Sebastian Brandl und Eckart Hildebrandt gaben um die Jahrtausendwende keine Prognose über die zukünftige Entwicklung des Mischungsverhältnisses und ihrer Konsequenzen. Denkbar sei eine neue Spaltung gesellschaftlicher Ungleichverteilung und die Möglichkeit einer Umverteilung und Gleichverteilung von Arbeiten und Einkommen. Es hänge von den gesellschaftlichen Leitbildern und den real stattfindenden Politikprozessen ab, in welche Richtung die Entwicklungen verlaufen würden. Vor diesem Hintergrund betonen sie, dass das Konzept der Mischarbeit gerade unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit bedeutsam sei. Unter anderem weil:

- alle Arbeitsformen Eingriffe in ökologische Kreisläufe darstellen würden und das Konzept der Mischarbeit diese sichtbarer machen könne,
- die Aufwertung der „Versorgungsökonomie“ das Prinzip des „haushälterischen Wirtschaftens“ in der Gesamtwirtschaft stärken würde und
- die Aufwertung gemeinnütziger, ehrenamtlicher Arbeitsformen Nachhaltigkeitsprozesse unterstütze, da diese eine erhöhte gesellschaftliche Beteiligung und Moderationsarbeit erforderten (vgl. Arbeit und Ökologie: 198f.; Brandl/Hildebrandt 2001: 14).
- Insbesondere aber eigne sich das Konzept der Mischarbeit, mit seinem Fokus auf die Zusammenhänge der verschiedenen Arbeitsformen, ihrer Verteilung und Gewichtung, zur „Operationalisierung der sozialen Normen der Nachhaltigkeit“. Folgende Gestaltungsoptionen führt Hildebrandt an, die sich aus der Sichtbarmachung der

Potenziale der Nachhaltigkeit auf Basis des Konzepts der Mischarbeit ergeben würden (vgl. Ders. 2003: 391):

- die Erhöhung der „sozialen Gerechtigkeit“ durch Umverteilung der Erwerbsarbeit und der anderen Arbeitsformen;
- die Erhöhung der „sozialen Sicherheit des Einzelnen“ durch Integration in soziale Gemeinschaften und Gesundheitsoptimierung via Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Belastungswechsel;
- der Schutz „sozialer Gemeinschaften“ durch die Aufwertung von Gemeinschaftsarbeiten;
- die „Gestaltung der Erwerbsarbeit durch Hereinnahme zusätzlicher Gestaltungsprinzipien wie Fürsorge ... und ökologische Verträglichkeit“ a. a. O.).

In der Kurzfassung des Projektberichts wurde schließlich aus arbeitspolitischer Sicht „nachhaltige Arbeit“, die eine „nachhaltige Lebensführung“ ermöglicht, charakterisiert durch (vgl. HBS 2000: 33):

- eine Arbeitsgestaltung, die eine ‚langfristige Gesundheitserhaltung‘ gewährleistet;
- eine Entgeltgestaltung, welche mindestens ein ‚Grundeinkommen über die gesamte Lebenszeit und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft‘ sicherstellt;
- die ‚Ermöglichung von optionaler Mischarbeit‘ (aus der eine hohe Relevanz von Zeit- und Bildungspolitik für die Gestaltung von Zu- und Übergängen abzuleiten wäre);
- die ‚Ermöglichung individueller Gestaltungsbeiträge und sozialer Innovationen‘ in allen Arbeitsformen (insbesondere durch aktivierende Organisationen sowie institutionelle, rechtliche Voraussetzungen);
- Mitarbeit an ökologischen Verbesserungen.

Nachhaltige Lebensqualität: Zusammenhang eines erweiterten Arbeits- und Wohlstandsbegriffs

Anders als in der Wuppertal-Studie (BUND/Misereor 1996), in der nachhaltige Wohlstandsqualitäten losgelöst von der Sphäre der Arbeit konzipiert werden, wird vom WZB

ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Erosion von Normalarbeit und Lebensqualität herausgestellt (vgl. Arbeit und Ökologie: 199-200; 239-241):

Allein aufgrund des Wandels der Erwerbsarbeit müsse das Konzept der Lebensqualität (vgl. Noll 2000) mit seinen Dimensionen Beschäftigung, Einkommen, Qualifizierung, Beteiligung, Gesundheit redefiniert werden, um es auch an Kriterien wie „Zeitautonomie bzw. Zeitsouveränität, Verlässlichkeit und Planbarkeit, an dem Grad der Gestaltungsfreiräume in den Arbeitsformen, an der Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf und Gesundheitserhalt“ zu orientieren.

Vor allem, so die These der Autoren, sei es notwendig „den erweiterten Arbeitsbegriff in das Lebensqualitätskonzept (gleichberechtigter Zugang zu Erwerbsarbeit, individuelle Optionalität der Mischarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, arbeitspolitische Gestaltung informeller Arbeit) einzubeziehen“ (Arbeit und Ökologie 2000: 240). Kern einer Definition nachhaltiger Lebensqualität müsse ein neuer Begriff der Vollbeschäftigung sein, der nicht nur Teilhabe an Erwerbsarbeit, sondern auch Teilhabe an anderen Arbeitsformen einschlieÙe. Immaterielle Bedürfnisse nach gesellschaftlicher Teilhabe, Gestaltung, Integration, Lernprozessen und Sinnstiftung könnten in informeller Arbeit als wichtige Aspekte von Lebensqualität angetroffen werden. Und umgekehrt könne auch die Ableistung von Arbeiten im informellen Bereich, die auf die eigene Erwerbstätigkeit bezogen sind, gravierende Folgen für die eigene Lebensqualität haben (Zeit- und Koordinierungsstress, Qualifizierungsnotwendigkeiten etc.).¹⁸⁵

¹⁸⁵ Heinz-Herbert Noll geht demgegenüber in seinen Beitrag bzw. Working-Paper „Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und ‘neue’ Wohlfahrtskonzepte“ (Noll 2000) überhaupt nicht im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte auf einen erweiterten Arbeitsbegriff und mögliche Implikationen für das Konzept der Lebensqualität ein. Eher allgemein formuliert Noll die Notwendigkeit, das neuere Wohlfahrtskonzept „Sustainable Development“ insofern für eine Erweiterung des Konzeptes der Lebensqualität zu nutzen, als das ökologische Fragen und solche der (Generationen-) Gerechtigkeit stärker zu berücksichtigen seien: „Aus der Nachhaltigkeitsdiskussion ergibt sich unter anderem die Konsequenz, dass die Lebensqualität einer Gesellschaft zukünftig stärker unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit (nicht nur, aber besonders auch über Generationen hinweg), des effizienten Gebrauchs von Ressourcen sowie der ökologischen ‘Tragbarkeit’ von Wertorientierungen, Verhaltensmustern und Lebensstilen bewertet werden sollte“ (a. a. O.: 25).

3.4.5.2 Strategien und Akteure eines ökologisch-sozialen Strukturwandels aus arbeitspolitisch-sozialer Sicht

Aufbauend auf der Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit, auf Basis des Konzepts der Mischarbeit, wurden im Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“, aus arbeitspolitisch-sozialer Sicht durch das WZB, ‚Strategiebündel, Ziele und entsprechende Strategieelemente oder Maßnahmen eines ökologisch-sozialen Strukturwandels‘ stichwortartig skizziert. Von Interesse im Kontext des Konzepts der Mischarbeit sind im Folgenden insbesondere die Strategien, die sich auf 1) „*Soziale Arbeitszeitmuster*“, 2) die „*Absicherung optionaler Mischarbeit*“, 3) „*Geschlechterdemokratische Zugangschancen*“ und 4) die „*Stärkung gemeinschaftlicher Selbstversorgung*“ beziehen (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 555-559; HBS 2000: 42):¹⁸⁶

- (1) Das Strategiebündel „*Soziale Arbeitszeitmuster*“ zielt auf die „Vereinbarkeit zwischen den verschiedenen Arbeitsformen, Familie und Freizeit“ (HBS 2000: 42). Diese soll über eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit Beschäftigungsklausel, die rechtliche Gewährleistung individueller Zeitoptionen in den verschiedenen Arbeitsformen, die Begrenzung der betrieblichen Flexibilisierung von Arbeitszeiten durch gesellschaftliche Zeitvereinbarungen und die Begrenzung der Arbeitsintensivierung durch einen Beschäftigungsausgleich bei Arbeitszeitverkürzung und die Integration von Fortbildungs-, Beteiligungs- und Gesundheitsbausteinen in der Arbeitszeit unterstützt werden.
- (2) Das Strategiebündel der „*Absicherung optionaler Mischarbeit*“ zielt darauf jeden Einzelnen zu „befähigen, sich durch eigene Arbeit zu versorgen, unabhängiger vom Arbeitsmarkt zu werden und stärker individuellen Präferenzen und Lernprozessen zu folgen“ (ebenda). Zur Zielerreichung vorgeschlagen wurde die Erhöhung individueller Wahlmöglichkeiten und die Entwicklung einer unterstützenden Zeitpolitik, die

¹⁸⁶ Als weitere Strategiebündel wurden die „Umweltverträgliche Versorgung“ und die „Produkt- und Produktionsinnovation durch Beteiligung“ vorgeschlagen. Letzteres zielt auf eine höhere Gestaltungsfähigkeit in der Arbeit, die - z. B. über eine Erhöhung der ökologischen Grundqualifikationen aller Beschäftigten - mit einem ökologischen Verbesserungsprozess verbunden werden soll. Neben diesen Strategiebündeln des WZB aus arbeitspolitisch-sozialer Sicht entwickelte das DIW Strategiebündel aus ökonomischer Sicht und das WI aus ökologischer Sicht, die in dieser Arbeit bewusst nicht berücksichtigt wurden.

zeitliche und finanzielle Gewährleistung von arbeitsbezogener, präventiver Weiterbildung, die Bereitstellung von Übergangshilfen und der Aufbau von Übergangsmärkten, eine Aufwertung von Nichterwerbstätigkeiten (über die Sozialversicherungs- und Steuersysteme) sowie eine Anpassung des sozialen Sicherungssystems an veränderte Erwerbs-Biografien und ihre Öffnung für Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit.

- (3) Mit dem Strategiebündel „*Geschlechterdemokratische Zugangschancen*“ wird das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter verknüpft, die nur durch eine Umverteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ermöglicht werden könne. Strategieelemente seien die betriebliche Anerkennung von Versorgungstätigkeiten (u. a. Abbau von Diskriminierung bezüglich ‚Karriereknick‘, Freistellungsregelungen), die Regelung der Abstimmung flexibler Erwerbsarbeitszeiten mit Reproduktionsarbeitszeiten für beide Geschlechter in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen (familiengerechte Arbeitszeiten, Teilerziehungsurlaub), die Ausweitung des Angebots für Pflege und Betreuung sowie eine Entkopplung von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit.
- (4) Aus Versorgungsgründen und aus dem Interesse an einer bedürfnisnahen Gestaltung zielt schließlich das Strategiebündel „*Stärkung gemeinschaftlicher Selbstversorgung*“ auf die Aktivierung zur Selbsthilfe und auf eine größere Unabhängigkeit von Erwerbseinkommen und Transferzahlungen, die u. a. durch den Zugang zu entsprechenden Qualifikationen und durch die Verfügbarkeit einer unterstützenden Infrastruktur für Selbsthilfeinitiativen und öffentliche Eigenarbeit unterstützt werden soll.

Akteure eines ökologisch-sozialen Strukturwandels

Anhand der im Verbundprojekt herausgearbeiteten zentralen Handlungsfelder wird deutlich, welchen bedeutenden Stellenwert der Gestaltung der Arbeit auf dem Weg zur Nachhaltigkeit zugeschrieben wird. Insbesondere Gewerkschaften werden als unverzichtbare Akteure in allen Handlungsfeldern bezeichnet (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 617-619). Den Gewerkschaften biete sich umgekehrt selbst die Möglichkeit „ihre traditionellen Handlungsfelder mit längerfristigen Entwicklungsperspektiven und neuen Leitbildern zu koppeln und das Ergebnis in den stattfindenden Gesellschaftsdiskurs über ‚nachhaltige Zukunftsgestaltung‘ einzubringen“ (HBS 2000: 56). Zudem schaffe die Teilnahme der Gewerkschaften am Nachhaltigkeitsdiskurs auch die Nähe zu Gruppen, die in den Gewerkschaften nur schwach repräsentiert sind. Nicht zuletzt würde auch der kommunale Raum als gewerkschaftliches Aktivitätsfeld bedeutsamer. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass die erforderliche „sukzessive Öffnung für neue Mitgliedergruppen, ein erweitertes Arbeitsverständnis und die Reflexion des ganzen Lebens ein anspruchsvolles und (zeit-)aufwendiges Projekt [sind], das notwendigerweise eine Reihe von *organisationspolitischen Risiken* enthält“ (Arbeit und Ökologie 2000: 618).

Auf nicht gewerkschaftliche, potenzielle Akteure, denkbare Akteurskoalitionen und politische Rahmenbedingungen oder Gelegenheitsstrukturen eines ökologisch-sozialen Strukturwandel wird in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ nicht explizit eingegangen. Eher abstrakt werden Anforderungen an Politikfelder formuliert. Insgesamt werden ähnlich wie in der Wuppertal-Studie zwar Ziele und Strategien einer nachhaltigen Politik aufgeführt, Interessendivergenzen, Beharrungskräfte, Gewinner und Verlierer sowie gesellschaftliche Konflikte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit werden zwar häufiger betont, aber nicht explizit herausgearbeitet.

3.4.5.3 Kritische Anmerkungen

Im Vergleich zur Wuppertal-Studie (BUND/Misereor 1996) wird mehr als deutlich, dass es fundamental ist, ob Politikfelder unter dem Primat der ökologischen Nachhaltigkeit betrachtet

werden oder ob Nachhaltigkeitsstrategien über die Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit auf Basis eines erweiteren Arbeitsbegriffs entwickelt werden:

Positiv zu würdigen ist zunächst der 'analytische' Ansatz der Mischarbeit. So ist den Autoren des WZB schlicht zuzustimmen, wenn sie schreiben: „Festhalten lässt sich, dass erst ein erweiterter Arbeitsbegriff die skizzierten Entgrenzungsprozesse, die Komplementaritäten zwischen den Arbeitssphären und die sozialen wie ökologischen Probleme im informellen Sektor zugänglich und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gestaltbar macht“ (Arbeit und Ökologie 2000: 238).

Innovativ erscheint auch der Ansatz, den traditionellen Wohlstandsbegriff (bzw. das traditionelle Konzept der Lebensqualität) erweitern zu wollen, indem die behauptete Erosion von Normalarbeit und die aus der normativen Perspektive sozialer Nachhaltigkeit abgeleiteten Herausforderungen des Konzeptes der Mischarbeit als Bezugspunkte dienen. Der resultierende, erweiterte Wohlstandsbegriff nimmt - wie gezeigt - eine gänzlich andere Sichtweise ein, als der erweiterte Wohlstandsbegriff der Wuppertal-Studie.

Mit dem Konzept der Mischarbeit wird also sowohl ein analytisches, als auch als ein normatives und programmatisches Konzept präsentiert, wobei sich beide Ebenen in der Strategieformulierung vermischen. Programmatische Thesen wie: „Die Aufwertung der Versorgungsökonomie stärkt das Prinzip des häuslichen Wirtschaftens in der Gesamtwirtschaft“ (Brandl/Hildebrandt 2001: 14) provozieren allerdings auch Zweifel am zugrunde liegenden (analytischen) Ökonomiekonzept.¹⁸⁷

Die Formulierung von Nachhaltigkeitsstrategien, über das Primat sozialer Nachhaltigkeit auf Basis des Konzeptes der Mischarbeit, bietet zudem den Vorteil, zwangsläufig eine gesamtgesellschaftliche Perspektive einnehmen zu müssen, da das Mischarbeitskonzept Herausforderungen für eine Vielzahl von Handlungsfeldern formuliert und verzahnt. Damit wird die Gefahr reduziert die 'soziale Nachhaltigkeit von Arbeit' auf die betriebliche Ebene und den erwerbswirtschaftlichen Sektor zu reduzieren, womit das Potenzial des

¹⁸⁷ Die zitierte These ähnelt dualökonomischen Argumentationen, nach denen die Koexistenz eines kapitalistisch präformierten formellen Sektors und eines davon losgelösten informellen Sektors möglich ist.

Nachhaltigkeitsparadigmas, eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsdebatte zu ermöglichen, nicht ausgeschöpft würde.¹⁸⁸

Gerade im Vergleich zur Wuppertal-Studie wird aber auch deutlich, dass die Fokussierung auf soziale Nachhaltigkeitskriterien dazu geführt hat, dass von dem grundlegend innovativen Versuch der Wuppertal-Studie, nämlich auf der Basis ökologischer Grenzen des Naturverbrauchs sowie weltweit pro Kopf gleicher Ansprüche auf Naturverbrauch, Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, nicht mehr viel übrig geblieben ist. Zumindest ist es nicht gelungen, dass (auch in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ postulierte) Gleichgewicht ökologischer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeitsziele in der Formulierung von Zukunftsstrategien auszubalancieren. Im Ergebnis wurden vom WZB ökologische Fragen mit den arbeitspolitisch-sozialen Strategieelementen des ökologisch-sozialen Strukturwandels eher sporadisch und nachträglich verknüpft.

Unabhängig davon, ob man der Fokussierung auf soziale Nachhaltigkeit und/oder dem Konzept der Mischarbeit positiv, ablehnend oder auch ambivalent gegenübersteht, deutlich herauszustellen ist, dass der Perspektivenwechsel von der ökologischen Nachhaltigkeit der Wuppertal-Studie zur sozialen Nachhaltigkeit (im Konzept der Mischarbeit) im Grunde radikalere Konsequenzen verlangt, als ein allein an ökologischen Prioritäten ausgerichteter Gesellschaftsumbau nach Maßgabe der Wuppertal-Studie:

Die vom WZB skizzierten ‚Reformvorschläge‘ sind nicht so leicht mit dem bestehenden Gesellschaftsmodell und ihren Leitgedanken in Einklang zu bringen, wie die Vorschläge der Wuppertal-Studie, da sie einen arbeitspolitischen Paradigmenwechsel von Normalarbeit zu flexibler Mischarbeit implizieren würden, der sowohl den Begriff des ‚Arbeitnehmers‘, wie

¹⁸⁸ Diesem Vorwurf ist Autoren zu machen, die nach Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses zur Jahrtausendwende, den Nachhaltigkeitsbegriff losgelöst von der zuvor gesamtgesellschaftlich orientierten Zukunftsdebatte benutzen. So definiert etwa der Volkswirtschaftler Steffen Lehndorf (vom Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen) in seinem Beitrag „Soziale Nachhaltigkeit als Leitbild der Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit“ das Leitbild einer nachhaltigen Gestaltung von Arbeit wie folgt: Das Leitbild „zielt auf die Schaffung von Arbeitsbedingungen im Betrieb und Beschäftigungsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab, die der Erhaltung und Weiterentwicklung des individuellen Arbeitsvermögens und des gesellschaftlichen Beschäftigungspotenzials förderlich sind“ (2003: 105). Siehe auch den Tagungsband „Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen“ (Becke 2008). Die darin versammelten Beiträge fokussieren auf Problemfelder und arbeitsmarktpolitische Gestaltungsperspektiven von Erwerbsarbeit unter deregulierten und flexibilisierten Bedingungen.

das Konzept der 'Vollbeschäftigung' bzw. das Leitbild der 'Beschäftigung', qualitativ verändern würde.

Dies hätte weitreichende Konsequenzen für die Ziele und Gestaltung von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozialpolitik usw. und – dies ist insbesondere bedeutend für die erhoffte gesellschaftliche Akzeptanz des Konzepts der Mischarbeit - für die an den Politikprozessen in diesen Politikfeldern beteiligten politischen und sozialen Akteure. Denn aus der Charakterisierung nachhaltiger Arbeit (vgl. HBS 2000: 33) lassen sich für einzelne Akteure besondere Herausforderungen ableiten, die ihre grundlegenden Konzeptionen und Selbstverständnisse infrage stellen würden, so z. B.:

- für Gewerkschaften eine Einkommens- und Arbeitszeitpolitik, die über bloße Tarifpolitik und die Organisierung von Mitgliederinteressen hinausgeht;
- völlig neue Anforderung an eine staatliche Arbeitsmarktpolitik, die mit der Perspektive optionaler Mischarbeit grundlegend (mindestens in Richtung 'Übergangsmärkte', ganz zu schweigen von der Förderung von Gemeinschaftsarbeit) verändert würde;
- besondere Anforderungen an Bildungspolitik, die nicht mehr allein auf Erwerbsarbeit fokussiert wäre;
- für die verschiedenen Sozialversicherungssysteme und ihre Träger eine Abkehr vom Bezugsrahmen lebenslanger 'Normalarbeit' usw.

Letztlich müsste das Konzept der Mischarbeit sicherlich auch von *neuen, gegenwärtig nicht sichtbaren Akteuren und Bewegungsmilieus* unterstützt werden, die sich als Antreiber eines solchen Paradigmenwechsels erst konstituieren müssten. Mit dem Konzept der Mischarbeit würde jedenfalls die ökonomische Fokussierung auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit des erwerbswirtschaftlichen Sektors und Wachstum relativiert, was eine immense Gegenwehr - nicht nur neoliberal ausgerichteter Arbeitgeber- und Wirtschaftsorganisationen, sondern auch z. B. der Gewerkschaften - auslösen würde.

Ablehnende Positionen gegenüber dem Konzept der Mischarbeit waren und sind also vorprogrammiert und nicht verwunderlich. Die Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ fand kaum Eingang in gesellschaftliche Debatten und zeitigte insofern auch keine derart polarisierende Effekte wie die Wuppertal-Studie. Selbst innerhalb des Verbundprojektes lehnten insbesondere die beteiligten Ökonomen (so die des DIW) das Konzept der

Mischarbeit ab und hielten daran fest, den Erwerbsarbeitsmarkt zum absoluten Scheidekriterium zwischen gesellschaftlich anerkannter, produktiver und entlohnter Arbeit einerseits und privaten Betätigungen andererseits zu erklären (vgl. Brandl/Hildebrandt 2001: 14).

Gerade hinsichtlich der erhofften gewerkschaftlichen Akzeptanz ist problematisch, dass in der Nachhaltigkeitsstudie nicht ausreichend begründet wird, warum sich Gewerkschaften – denen ja eine zentrale Rolle auf dem Weg zu einer (sozial) nachhaltigen Entwicklung zugesprochen wird – für das Konzept der Mischarbeit stark machen sollten und welche auch organisationspolitischen Chancen dieses bieten könnte. Primär wurde darauf verwiesen, dass eine „erforderliche, sukzessive Öffnung für *neue Mitgliedergruppen*, ein *erweitertes Arbeitsverständnis* und die *Reflexion des ganzen Lebens* ein anspruchsvolles und (zeit-) aufwendiges Projekt [sind], das notwendigerweise eine Reihe von organisationspolitischen Risiken enthält“ (Arbeit und Ökologie 2000: 618: Hervorhebung durch T.B.).¹⁸⁹

Dieser Schwachpunkt erscheint retrospektiv von großer Bedeutung für die abgenommene Relevanz des Nachhaltigkeitsparadigmas innerhalb der Gewerkschaften. Diese beteiligten sich statt dessen, nach dem Regierungswechsel 1998 durch SPD und Bündnis90/Die Grünen, im Jahr 1999 an dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, eine nach den Wahlen 2002 nicht mehr aktive (tripartistische) Einrichtung, in der die rot-grüne Bundesregierung und Spitzenvertreter von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften Maßnahmen verabredeten, deren ausgewiesene Ziele es waren, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, Beschäftigung aufzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen (industriebasierten) Unternehmen zu verbessern. Die Beteiligung an dem Bündnis mit diesen Schwerpunktsetzungen, die keineswegs der Ausrichtung des Konzepts der Mischarbeit entsprechen, führte Hoffnungen aus dem ‚grün-nahen Politikmilieu‘, ein erweiterter

¹⁸⁹ Zum Zusammenhang zwischen der Transformation des Systems der industriellen Beziehungen und den Herausforderungen sozialer Nachhaltigkeit siehe insbesondere die späteren Arbeiten von Sebastian Brandl (2003, 2006).

Arbeitsbegriff könne als Grundlage für ein neues arbeitspolitisches Leitbild dienen, faktisch ad absurdum.¹⁹⁰

Grundsätzlich ist hier die These zu formulieren, dass das Konzept der Mischarbeit für die Gewerkschaften nicht nur organisationspolitische Risiken enthält, etwa männliche Stammebelegschaften in Industriebranchen nicht mehr zu erreichen und hier Mitgliederverluste zu riskieren, sondern auch Chancen, neue und bisher vernachlässigte Mitgliedergruppen zu mobilisieren. Insbesondere lässt sich vermuten, dass der Frauenanteil in den Gewerkschaften mit einem Paradigmenwechsel hin zum Leitbild der Mischarbeit strukturell hätte erhöht werden können. Vor dem Kontext der zugenommenen Erwerbsbeteiligung der Frauen erscheint es als strukturelle und ´organisationspolitische` Schwäche der Gewerkschaften, den Anteil der organisierten Frauen nicht erhöht zu haben, um so auch Mitgliederverluste zu begegnen.¹⁹¹ Gerade unter Frauen ist der Anteil an ´atypischen Beschäftigungen` und Teilzeittätigkeiten im (weniger weltmarktbezogenen) Dienstleistungssektor prägend. Daher und auch aufgrund der (immer noch) geschlechtsspezifischen Verantwortungszuweisung von Frauen für Reproduktionstätigkeiten sowie häufig unterbrochener Erwerbsbiografien, könnte das Leitbild der Mischarbeit für Frauen besonders attraktiv erscheinen.

Das Auslassen von Akteursfragen und das nicht ausreichende Aufzeigen von Risiken und Chancen für unterschiedliche Akteure und Personengruppen ist ein entscheidender

¹⁹⁰ Hoffnungen auf eine andere Politik wurden im politischen Raum unmittelbar nach dem Ende der Ära Kohl und der Regierungsübernahme durch die neue rot-grüne Bundesregierung im Jahr 1998 geäußert. Stellvertretend sei hier auf Ralf Fücks verwiesen, seinerzeit Vorstandsmitglied der B90/Die Grünen nahen Heinrich Böll Stiftung, der unmittelbar nach dem ersten Wahlsieg von SPD und Bündnis90/Die Grünen das Generalthema der Heinrich Böll-Tagung „Zukunft der Arbeit“ im November 1998 mit folgenden Worten umschrieb: „Noch kann man hoffen, daß von der Allianz des modernen Gewerkschafters Riester mit den Grünen die Türen für eine neue Arbeitspolitik geöffnet werden, die nicht mehr dem Phantom der „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ nachjagt, sondern die reale Vielfalt von Arbeitsformen und -zeiten als Chance begreift, die traditionellen Barrieren zwischen Familienarbeit, Ehrenamt, zweitem und drittem Arbeitsmarkt zu durchbrechen. Ein zeitgemäßes Bündnis für Arbeit muß neue Formen gesellschaftlicher Arbeit einbeziehen, für ihre soziale Absicherung sorgen und den Wechsel zwischen Reproduktions- und Produktionsarbeit, Non-Profit-Tätigkeit und kommerzieller Arbeit erleichtern. Und sie darf der Umverteilung von Arbeit nicht ausweichen, die vor allem über eine bedürfnisorientierte, variable Politik der Arbeitszeitverkürzung erreicht werden kann“ (Editorial zu Kommune 4/1999: 1).

¹⁹¹ Laut Angaben des DGB waren innerhalb seiner Dachorganisation im Jahr 1950 die Interessen von insgesamt 6,1 Mio. Gewerkschaftsmitgliedern organisiert. Die folgenden 40 Jahre waren von kontinuierlichen Mitgliedererwartungen geprägt: Bis zum Jahr 1990 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit 11,0 Mio. auf den bisher historisch höchsten Wert an. Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Mitgliederentwicklung negativ: Im Jahr 2000, dem Berichtsjahr des Projektes „Arbeit und Ökologie“, betrug die Mitgliederzahl des DGB nur noch 7,8 Mio. (bei einem Frauenanteil von 31,0%). Im Jahr 2011 hatte der DGB mit seinen acht Mitgliedsgewerkschaften nur noch 6,2 Mio. Mitglieder, bei einem weitestgehend unverändert niedrigem Frauenanteil von rd. 33% (eigene Berechnungen, Datenquelle: <http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen>).

Schwachpunkt der Studie und hätte vermutlich im positiven Fall ihre Akzeptanz und gesellschaftspolitische Relevanz erhöhen können.

Jenseits der öffentlichen politischen Diskurse wurde das Konzept der Mischarbeit im Kreis der 'Fachexperten' der Nachhaltigkeitsdiskussion durchaus positiv aufgenommen. So wurde das Konzept der Mischarbeit Grundlage der arbeitspolitischen Thesen der im Jahr 2008 erschienenen Nachfolgestudie der Wuppertal-Studie namens „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (BUND/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst 2008a/b), mit der ein wenig erfolgreicher Versuch unternommen wurde, die Nachhaltigkeitsdebatte als eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsdiskussion, wiederzubeleben.¹⁹²

Bezüglich der vom WZB aus dem Mischarbeitskonzept abgeleiteten Strategien fällt auf, dass *primär arbeitszeitpolitische Herausforderungen* skizziert werden und Strategieelemente in anderen Politikfeldern relativ unkonkret bleiben. Hierzu haben Sebastian Brandl und Eckard Hildebrandt selbst angemerkt, dass die Konzipierung von Mischarbeit als ein neues Leitbild eine Reihe weiterer Fragen der Realisierung aufwirft, nämlich wie Arbeit umverteilt und informelle Arbeit aufgewertet werden könnte, ob dabei die Gestaltungsprinzipien unterschiedlicher Arbeitssegmente an Trennschärfe verlieren (Ökonomisierung informeller Arbeit und/oder Vorsorgeprinzipien in Unternehmensstrategien), wie eine Grundsicherung bei Teilzeitarbeit ausgestaltet werden könnte, hinsichtlich der Optionalität der Mischarbeit Fragen der Ausgestaltung betrieblicher Arbeitszeitmodelle und entsprechender Infrastrukturen sowie Fragen der gestiegenen Arbeitsbelastung oder Entlastung bei Mischarbeit (sozialer Stress oder Entlastung durch Abwechslung) (vgl. Brandl/Hildebrandt 2001: 14f.).

¹⁹² Die Nachfolgestudie wird in dieser Arbeit nicht thematisiert, da sie erstens erst nach dem Auslaufen des Nachhaltigkeitsdiskurses entstanden ist und nicht merklich eine erneute Zukunftsdiskussion initiieren konnte. Hinzu kommt zweitens, dass inhaltlich die arbeitspolitischen Thesen der Nachfolgestudie von 2008 (vgl. a. a. O.: 427-454 das Kapitel „Arbeit fair teilen: auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft“) im Vergleich zur Vorgängerstudie und mehr noch im Vergleich zur Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ kaum neue Impulse zu geben vermögen. Als wesentliches arbeitspolitisches Leitbild wurde eine '30-Stunde-Woche als Vollzeitbeschäftigung neuen Typs' vorgeschlagen. Damit wurde nicht mehr wie in der Vorgängerstudie das Postulat eines 'Zugangs zu einem Teilzeitarbeitsplatz für Alle' vertreten. Die Autoren beziehen sich zwar positiv auf das Konzept der Mischarbeit von Brandl und Hildebrandt (vgl. S.444 ff., das Kapitel „Für eine Tätigkeitspolitik“), das Konzept der Mischarbeit wird aber nicht systematisch weiterentwickelt und ist auch nicht Ausgangspunkt für die vorgeschlagenen Strategieelemente. Diese ähneln - insbesondere hinsichtlich der vorgeschlagenen Einführung einer negativen Einkommenssteuer und einer „auskömmlichen Grundsicherung“ (von 420 Euro plus Wohnkosten) - deutlich den Vorschlägen der Vorgängerstudie von 1996.

Jenseits dieser eher ´sozialtechnischen` Fragen der Realisierung von Strategieelementen, die hier noch nicht einmal abschließend angedeutet werden können, erscheint insgesamt das Konzept der Mischarbeit zur Kennzeichnung von arbeitspolitischen Herausforderungen einer sozial nachhaltigen Arbeitspolitik durchaus hilfreich. Natürlich wären hierzu die Prämissen des Konzeptes einer Bestandsaufnahme zu hinterziehen. Vor allem aber müssten die dann zu konkretisierenden Herausforderungen in den jeweiligen Politikfeldern mit den jeweils relevanten politischen Akteuren, deren Interessen sowie potenziellen gesellschaftlichen Konflikten und möglichen Lösungsszenarien verknüpft werden.

3.5 Diskursanalytisches Zwischenfazit zum Nachhaltigkeitsdiskurs: blinde Flecken und emanzipatorisches Potential?

In diesem diskursanalytischen Zwischenfazit steht zunächst der Diskursverlauf des Nachhaltigkeitsdiskurses im Vordergrund. Erkenntnisleitend ist die Frage, warum der Nachhaltigkeitsdiskurs als gesamtgesellschaftlicher und multidimensionaler Zukunftsdiskurs nicht in der Lage war, den zeitgleich stattgefundenen Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu bereichern, somit entgegen geäußerter Hoffnungen aus dem gewerkschaftsnahen Wissenschaftsbereich (vgl. Linne 2003) keinen Beitrag gegen die betriebspolitische Fokussierung der Arbeitspolitikdebatte leisten konnte?

Hier bieten sich zunächst zwei Antwortmöglichkeiten an: Entweder der Nachhaltigkeitsbegriff besaß niemals gesellschaftskritisches Potenzial (siehe etwa Eblinghaus/Stickler 1996) oder - so die hier verfolgte These - er hat seit seiner Genese einen ambivalenten Charakter, d. h. er ist sowohl funktional für die Herrschaftssicherung und besitzt zugleich emanzipatorische Elemente.¹⁹³

Basierend auf diesen Fragestellungen wird im folgenden Abschnitt 3.5.1 der Diskursverlauf in inhaltlicher und institutioneller Hinsicht überblicksartig resümiert und kritisch hinterfragt. Dies schließt die am Diskursverlauf beteiligten Diskursteilnehmer und ihre jeweiligen Positionierungen zum Thema 'nachhaltige Entwicklung' mit ein. Zudem werden in Abschnitt 3.5.2 die diskursiven Umdeutungen des Mainstream-Nachhaltigkeitsdiskurses, wie auch seine thematisch 'blinden Flecken', herausgearbeitet. Abschließend werden in Abschnitt 3.5.3 politische Lehren aus dem Scheitern der Nachhaltigkeitsdebatte gezogen.¹⁹⁴

¹⁹³ Trifft diese These zu, stellt sich im Weiteren die Frage der Anschlussfähigkeit von (gewerkschaftlicher) Arbeitspolitikdebatte und arbeitspolitischen Thesen der Nachhaltigkeitsdebatte.

¹⁹⁴ In Kapitel 4 werden dann in einer Synthese diskursanalytische Befunde zum Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und zum Nachhaltigkeitsdiskurs zusammengebracht, um darauf aufbauend Thesen zur Genese und zum Auslaufen beider Zukunftsdiskurse (in ihrem Zusammenhang) formulieren zu können. Eine Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien - auch unter Ausnutzung weiterführender arbeitspolitischer Leitkriterien der Nachhaltigkeitsdebatten - wird in Kapitel 5 vorgenommen werden und die entsprechende Perspektivenformulierung in Kapitel 6.

3.5.1 Diskursverlauf: Genese, Transformation und Ende als multidimensionaler Zukunftsdiskurs – Akteure und Interessen

Die Nachhaltigkeitsdebatte lässt sich aus deutscher Perspektive im Wesentlichen in drei Phasen einteilen:

- (1) Die erste Phase betrifft die Genese des Nachhaltigkeitsdiskurses auf supranationaler Ebene, im Nachgang einer international geführten, umwelt- und entwicklungspolitischen Debatte der 1970er und 1980er Jahre. Wesentlich war der Brundtland-Report „Our Common Future“ (United Nations World Commission on Environment and Development 1987), der die programmatische Basis für den Durchbruch von ‚Sustainable Development‘, als neues internationales, umwelt- und entwicklungspolitisches Leitbild, lieferte. Die Akzeptanz als global anerkanntes Politikparadigma erfolgte mit dem ‚Rio-Erdgipfel‘ im Jahr 1992 und ist nicht unabhängig von der Durchsetzung einer neuen globalen Freihandelsdoktrin seit den 1990er Jahren zu sehen.
- (2) Die zweite Phase nach Rio 1992 bestand - gemäß des Auftrags des Aktionsplans von Rio für das 21. Jahrhundert, der „Agenda 21“ (BMU 1992) - neben der weiteren Etablierung einer internationalen Umweltdiplomatie - vor allem in der Transformation des Nachhaltigkeitsbegriffs und der Entwicklung von konkreten Nachhaltigkeitsstrategien auf der nationalen Ebene. So wurden in Deutschland nicht nur ‚lokale Agenda 21-Prozesse‘ angestoßen. Vor allem etablierte sich, beginnend mit der Wuppertal-Studie (BUND/Misereor 1996) und gefolgt von weiteren Nachhaltigkeitsstudien diverser Zukunftskommissionen, ein gesamtgesellschaftlicher und multidimensionaler Zukunftsdiskurs zu Fragen einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Dieser lief, ähnlich wie der Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre, etwa zur Jahrtausendwende mit der „Agenda 2010“ (Bundesregierung 2003) und den ‚Hartz-Reformen‘ aus.
- (3) Die dritte, seit etwa der Jahrtausendwende andauernde Phase der Verwendung des Begriffs der ‚Nachhaltigkeit‘ zeichnet sich durch eine fortgesetzte Kooptierung des Nachhaltigkeitsbegriffs in das politische System aus, in Form von Expertendialogen

auf nationaler, europäischer und supranationaler Ebene, ohne nennenswerte gesellschaftliche Ausstrahlungskraft und Beteiligung.

3.5.1.1 Phase 1: Genese von 'Sustainable Development' auf supranationaler Ebene im Kontext einer neuen globalen Freihandelsdoktrin

Der Erfolg der ersten Diskursphase lässt sich zunächst mit dem ambivalenten Charakter des Begriffs 'Sustainable Development' begründen, der eine breite Anschlussfähigkeit für unterschiedliche Akteure und Interessen im Globalisierungskontext ermöglichte.

Einerseits ging es um neu formulierte Gerechtigkeitsfragen, die von entwicklungs- und umweltpolitischen NGOs wie auch von Entwicklungsländern verfolgt wurden. So verwiesen die normativen Elemente des Nachhaltigkeitsbegriffs im Brundtland-Bericht (Hauf 1987/United Nations World Commission on Environment and Development 1987) primär auf eine intergenerative, intergenerationale und internationale Verteilungsgerechtigkeit, die bereits auf eine soziale, ökonomische und ökologische Dimension bezogen wurde. Die Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie wurde als grundsätzliche Möglichkeit herausgestellt. Eine Aussöhnung zwischen Nord und Süd, Gegenwart und Zukunft, Ökologie und Ökonomie schien möglich. Ökologie- und Entwicklungspolitik erhielten ein gemeinsames Leitbild. Das erstmals formulierte Postulat weltweit gleicher Ansprüche an Umweltressourcen - welches eine enorme 'Sprengkraft' enthält, verlangt es doch eine radikale Änderung der weltweiten Ressourcennutzung und Arbeitsteilung - wurde mit dem Ziel eines global menschenwürdigen Lebens verbunden.

Neu war auch, dass die internationalen NGOs auf dem Rio-Erdgipfel sichtbar in die Verhandlungen der Regierungsvertreter eingebunden waren. Es stellte sich für die Medien der Eindruck ein, dass auf supranationaler Ebene Demokratie neu eingeübt wurde. So wurde in der „Agenda 21“ (BMU 1992), dem von 172 Staaten unterzeichneten 40 Kapitel umfassenden Aktionsplan des Rio-Erdgipfels für das 21. Jahrhundert, die Stärkung der Rolle der nichtstaatlichen Organisationen (vgl. a. a. O., Kapitel 27) und in der „Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung“ die Beteiligung „aller betroffenen Bürger“ (Konferenz der

Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992: Grundsatz 12) in den Agenda-Umsetzungsprozess als Ziel nachhaltiger Entwicklung festgeschrieben.

Andererseits gab es aber auch eindeutige Präferenzen für liberale Wirtschaftskonzepte. So wird in der „Agenda 21“ (BMU 1992) ausführlichst und auch in der „Rio Erklärung über Umwelt und Entwicklung“ (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992: Grundsatz 12) eine liberalisierte Welthandelsordnung präferiert, ohne auf soziale Folgen eines unregulierten Welthandelssystems einzugehen.

Diese Liberalisierungsfestlegungen kamen insbesondere den Regierungsvertretern und den Interessen einer expandierenden, sich verstärkt globalisierenden Industrie entgegen. Zudem wurden sie programmatisch mit der Hoffnung auf eine Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie verbunden. So sollte laut UN-Brundtland-Report von 1987 die Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie über eine ‚globale Effizienzrevolution als Kernbestandteil nachhaltiger Entwicklung‘ erreicht werden, um zugleich Umwelt- wie Armutsprobleme zu lösen (vgl. auch Abschnitt 3.3.1).

Insbesondere das Leitbild der ‚Effizienzrevolution‘, das später die Grundlage für nationale Umbaupläne ökologischen Wirtschaftens wurde und nicht zuletzt Vorläufer der heutigen Diskussion um eine ‚green economy‘ ist, wurde in der gesellschaftskritischen Rezeption des Nachhaltigkeitsdiskurses deutlich kritisiert. So wies der US-Politikwissenschaftler Frank Fischer in seinem Artikel „Sustainable Development: Zwischen Expertenherrschaft und Demokratisierung“ (Ders. 1997) darauf hin, dass einerseits ‚sustainable growth‘, also die Idee eines nachhaltigen, neuen Wachstums - innerhalb der UNO kontrovers war, andererseits z. B. von der Weltbank als Strategie für programmatische Aktionen ausgearbeitet worden ist. Entscheidend sei, dass „‚sustainable development‘ als Versuch zwischen Umweltschützern und Industriellen eine Brücke zu bilden klar zum Vorteil der industriellen Interessen ausgeht, denn diskutiert man Umweltfragen innerhalb des Rahmens ökonomischen Wachstums, entfernt man sich von der Perspektive der ‚Grenzen des Wachstums‘“ (Ders. 1997: 46). Andreas Missbach stellte das Leitbild der globalen Effizienzrevolution kritisch in einen Zusammenhang mit dem ‚neoliberalen Deregulierungs- und Globalisierungsprozess‘: „Durch den Schlüsselbegriff der Effizienz steht die Mainstream-Interpretation von nachhaltiger Entwicklung in keinerlei Widerspruch zur Verfolgung von Strategien der Wettbewerbssteigerung innerhalb eines globalisierten Kapitalismus. Elemente des

neoliberalen Demontage-Projektes sind durchaus kompatibel mit dieser Interpretation“ (Ders. 1997: 34). Armut, über Wachstum zu bekämpfen, hieße – so Missbach - primär Freihandel.

In der Tat sind die, als historisch zu bezeichnenden umweltpolitischen Ergebnisse des Rio-Erdgipfels (wie die Klimarahmenkonvention, die Wüstenkonvention und die Biodiversitätskonvention) vor dem Hintergrund eines politisch dominanten, ökonomischen Globalisierungsprojektes zu interpretieren:

Bereits zwei Jahre nach Rio wurde, im Jahr 1994 in Marrakesch, der Beschluss zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) von 120 Staaten unterzeichnet, einer Organisation die sich die globale Handelsliberalisierung zum Ziel setzte. In der Folge haben sich realpolitisch, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, auf globaler Ebene der Neoliberalismus und seine Deregulierungsideologie als Handlungsparadigma durchgesetzt und nicht eine ´nachhaltigen Entwicklung`, etwa im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit, die auf absolute ökologische Grenzen des Wachstums verweist. Nicht Armuts- und Umweltprobleme, sondern die ´Öffnung der Märkte`, wurde zur Priorität der Realpolitik. Die Nachfolgekonferenzen des Rio-Erdgipfel, u. a. 1997 die Konferenz „Rio+5“ in New York, 2002 der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, Rio de Janeiro im Juni 2012, haben hier nicht gegensteuert und in Umweltfragen in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend enttäuscht. Mehr noch: In der Lesart des immer noch aktuellen und lesenwerten Beitrages von Alex Demirovic „Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft Institutionen und Veränderungen“ (Ders. 1997) war bereits der Nachhaltigkeitsdiskurs der ersten Phase, der sich primär auf supranationaler Ebene im Kontext international beachteter Konferenzgipfel und neu in Erscheinung getretener NGOs legitimierte, funktional zur Überwindung von Legitimationsdefiziten des sich als „neoliberales politisches Projekt“ neu formierenden globalen Kapitalismus.¹⁹⁵

Zu einer gänzlich anderen Einschätzung würde wohl der Rechtsphilosoph Felix Eckardt kommen.¹⁹⁶ In der Neufassung seiner Habilitationsschrift „Theorie der Nachhaltigkeit“ (Ders. 2011)¹⁹⁷ verweist Eckardt zwar hinsichtlich der Erreichung von Nachhaltigkeit weltweit, die

¹⁹⁵ Siehe hierzu auch Brandt (1998a): Nichtregierungsorganisationen als Akteure von Globalisierung - Nichtregierungsorganisationen und ihre Netzwerke als globale Akteure nachhaltiger Entwicklung innerhalb der Bildung eines neuen globalen Regulationsmusters. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wuppertal, S. 37 ff.

¹⁹⁶ Felix Eckardt ist Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock und leitet die Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik.

¹⁹⁷ Siehe zu der Neufassung die Einzelbesprechung von Gisela Kubon-Gilke (2012).

„definitiv die politische/ ethische/ rechtliche Forderung nach mehr intertemporaler und globaler Gerechtigkeit, also die Forderung nach dauerhaft und global durchhaltbaren Lebens- und Wirtschaftsweisen“ (a. a. O.: 654) bezeichne, auf die Notwendigkeit der Reform globaler Institutionen, hat allerdings zum globalen Freihandel eine ambivalente, wenn nicht affirmative Position. Seine Ausgangsposition ist zunächst: „Eine globale Nachhaltigkeitspolitik muss sich gegenüber einer globalen, entgrenzten Weltwirtschaft behaupten können“ (a. a. O.: 665). Zum globalen Freihandel stellt er dann zunächst fest, dass der „grenzüberschreitende Freihandel typische Defekte in sozialer und ökologischer Hinsicht“ aufweist, die „Produktivität eines ‚Wettbewerbs der Staaten‘ sowie eines durchgängig unbeschränkten Freihandels ... nicht mehr den neuesten Stand ökonomischer Forschung“ widerspiegelt und die bisherige Bilanz der WTO zwiespältig sei, deren „Rechtförmigkeit und Durchsetzungsfähigkeit die WTO als Nukleus einer globalen Politikebene (‘globale EU’) potenziell interessant“ mache. Schließlich schließt er die Argumentation: „Eine kategorische Ablehnung marktwirtschaftlicher Systeme vermag jedenfalls nicht zu überzeugen“ (ebenda). Nachdem Eckardt derart den Freihandel und seine globalen Institutionen, damit das Projekt der ‘ökonomischen Globalisierung’ (Demirovic 1997) politisch verharmlost hat, wendet er sich losgelöst von einer kapitalismuskritischen Analyse dem Stand globaler Institutionen zu und fordert aus ethischen Gründen deren Reform: „Der aktuelle Stand globaler Institutionen ist jedoch mit der Begründungsbasis einer universal, global und intertemporal orientierten Demokratie ethisch und menschenrechtlich nur bedingt kompatibel. Es braucht verstärkt globale Institutionen, die (a) durchgängig arbeiten, (b) Mehrheitsentscheidungen fällen können, (c) über wirksame Vollzugsmechanismen und (d) eine stärker formalisierte Partizipation verfügen – ebenso wie mittelfristig eine vorsichtige (e) gewaltenteilige Parlamentarisierung internationaler Entscheidungen im menschenrechtlichen Rahmen“ (ebenda).

Problematisch erscheint, dass Eckardt der Durchsetzungsfähigkeit globaler Institutionen als solcher, trotz demokratisch-ethischer Begründung, eine größere Bedeutung zuzumessen scheint, als die Frage, ob diese erhöhte Durchsetzungsfähigkeit nicht im Sinne einer dann

auch global noch durchsetzungstärkeren Freihandelspolitik, mit allen negativen Folgen, genützt werden könnte.¹⁹⁸

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs der ersten Phase auf supranationaler Ebene, mit seiner positiven Bezugnahme auf eine weltweite Freihandelspolitik und 'sustainable growth', mit dem sich neu formierenden globalen Kapitalismus von Beginn an anschlussfähig war, zugleich aber mit seinen normativen Forderungen nach sozialer und weltweiter Verteilungsgerechtigkeit (so das Postulat weltweit gleicher pro Kopf-Ansprüche an Umweltressourcen), demokratischer Beteiligung, Zukunftsfähigkeit und seinem Verweis auf ökologische Grenzen des Wachstums auch kritische Potentiale enthielt. Realpolitisch blieben die Forderungen allerdings – soweit ersichtlich – folgenlos.

3.5.1.2 Phase 2: Transformation auf die nationale Ebene, Bedeutungswandel und Auslaufen als gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs

In der zweiten Diskursphase, der Phase der Transformation des Nachhaltigkeitsbegriffs auf die nationale Ebene und der Entwicklung konkreter nationaler Nachhaltigkeitsstrategien, lässt sich im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs ein ausgeprägter Deutungskampf und Wandel des Nachhaltigkeitsparadigmas und der originär verbundenen Entwicklungsversprechungen ausmachen, der diskurspolitisch aufschlussreich und ernüchternd ist:

Während im Brundtlandbericht hinsichtlich der Dimensionen der Verteilungsgerechtigkeit auch die Gleichwertigkeit von ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen postuliert wurde, waren in der Wuppertal-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996), die den Zukunftsdiskurs in Deutschland initiierte und vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag der beiden nationalen NGOs 'Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland' und 'Misereor' erarbeitet wurde, ganz

¹⁹⁸ Ein aktuelles, warnendes Beispiel mit ähnlicher Problematik ist die umstrittene Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten im Rahmen von internationalen Investitionsschutzabkommen, die z. B. im Jahr 2014 mit den Freihandelsabkommen CETA (zwischen Kanada und der EU) festgeschrieben wurde und auch in den Verhandlungsleitlinien zu TTIP (zwischen der EU und den USA) angestrebt werden.

eindeutig ökologische Prioritäten das Maß aller Dinge (vgl. Abschnitt 3.4.4.).¹⁹⁹ Sowohl die 'Effizienzstrategie' als auch die sogenannte 'Suffizienzstrategie' wurden in Hinblick auf eine Reduktion des Naturverbrauchs positiv aufgegriffen und mit den Leitbildern eines anderen Wohlstandsmodells verknüpft (vgl. Abschnitte 3.3.1 wie 3.3.2).

Diese Verknüpfung beider Strategien in einer Nachhaltigkeitsstudie war insofern besonders, als seit Rio 1992 eine Diskussion darüber geführt wurde, ob ökologische Nachhaltigkeit eher durch Suffizienz *oder* eher durch Effizienz zu erreichen ist. Suffizienz wurde mit einer Philosophie der Genügsamkeit, des freiwilligen Konsumverzichts, mit einem immateriellen Wohlstandsbegriff, einer anderen Zeitkultur oder auch mit einer gesetzlich verordneten Kontingentierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung verknüpft. Diese (naive) Sichtweise war und ist kulturell und politisch nicht nur in der breiten Mehrheit der Bevölkerung und in den Gewerkschaften nicht anschlussfähig. Für Unternehmen, die Industrie und Parteien (gleich welcher Couleur) stellte und stellt eher die Strategie der technologischen Effizienzsteigerung den Erfolg versprechenden Weg dar. An der Effizienzstrategie wurde und wird allerdings zu Recht von Umwelt-Vertretern kritisiert, dass sie lediglich zu einer vorläufigen Verschiebung gegebener Grenzen des Wachstums, nicht aber zu einer Berücksichtigung der 'ökologischen Tragekapazität' führt.²⁰⁰

Die 'Wuppertal-Studie' von 1996 bot nun mit der *Kombination unterschiedlicher Leitbilder*, die entweder eher für die Suffizienz- oder für die Effizienzstrategie stehen, vielfältige positive Anknüpfungsmöglichkeiten und zugleich vielfältige kritische Punkte für unterschiedliche

¹⁹⁹ Auch Felix Eckart empfiehlt eine Fokussierung auf ökologische Reduktionsziele: „Beim Nachhaltigkeitsbestand [gemeint sind deskriptive Bestandsanalysen, wie nachhaltig Gesellschaften sind; Anmerkung T.B.] erweist sich die gängige politische Debattenfixierung auf Finanzkrisen, Wachstum, ..., Arbeitsplätze als konstante Ablenkung vom Nachhaltigkeitsthema als problematisch. Für die dauerhafte und globale Durchhaltbarkeit von Lebens- und Wirtschaftsweisen ist vielmehr der richtige Umgang mit den Problemfeldern Energie, Klima und Ressourcen“ entscheidend (Ders. 2011: 654-655).

²⁰⁰ Die Kritik an der Effizienzstrategie und das Votum pro Suffizienz lassen sich aktuell an der Kritik am Konzept der „Green Economy“, das eine Neufassung der Effizienzstrategie darstellt und im Jahr 2012 in Rio de Janeiro auf der Nachfolgekonferenz „Rio+20“ proklamiert wurde, festmachen: Barbara Unmüßig, im Jahr 2012 Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung betont (zwar), dass es ewiges Wachstum in einer begrenzten Welt auch mit den besten Technologien nicht geben könne, wichtige Institutionen wie die UNEP und die OECD sich scheuen würden, das herrschende Konzept des immerwährenden Wirtschaftswachstums in Frage zu stellen, weil diese Macht- und Verteilungsfragen aussparen würden, denn: „Solange es Wirtschaftswachstum gibt, lassen sich ungerechte Zustände in der Gesellschaft leichter überdecken, weil es immer mehr materielle Güter zu verteilen gibt“ (FR vom 14. Juni 2012, S.19). Sie betont dann: „Zweitens muss zur Effizienzrevolution die Suffizienz kommen. Das heißt: Wir brauchen einen Wohlstand mit Maß statt ungezügelter Maßlosigkeit.“ Mit dem Hinweis auf eine notwendige Suffizienzstrategie verfällt sie allerdings - wie die Wuppertal-Studie - in ein generalisierendes 'Wir' und verdeckt damit die ungleiche Wohlstandsverteilung, die eben genau Ergebnis der kritisierten Macht- und Herrschaftsverteilung ist.

Interessen und Akteure. Insgesamt war der Aufmerksamkeitserfolg sehr groß und die Resonanz ambivalent. Sie stieß sowohl auf Zustimmung als auch auf Kritik von etablierten politische Institutionen, Stiftungen, Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft und `bewegungsnahen Akteuren`.

Letztgenannte `bewegungsnahe Akteure` ließen sich zweiteilen in vor Ort agierende Akteure, die in `lokale Agenda-21 Prozesse` eingebunden und pro Nachhaltigkeit eingestellt waren, und in ablehnende Stimmen, z. B. vom `Bundeskongress umwelt- und entwicklungspolitischer Aktionsgruppen` (BUKO), die dazu tendierten die Nachhaltigkeitsdebatte aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit an neoliberale Wirtschaftskonzepte, ihrer unterbliebenen Herrschaftskritik und systemstabilisierenden Funktion (vgl. Ebringhausen/Stickler 1996) grundsätzlich abzulehnen bzw. primär Kritik an dem Ausblenden von Geschlechterfragen (vgl. Becker 1998, Peters 1996) übten.²⁰¹

Demgegenüber gaben die etablierten politischen Akteure eigene Nachhaltigkeitsstudien in Auftrag, um sich in den hegemonialen Diskurs um Nachhaltigkeit bzw. `Zukunftsfähigkeit` einzumischen. Im Ergebnis entstand für kurze Zeit ein breit angelegter gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs, der auf lokaler Ebene durch `lokalen Agenda-21 Prozesse` gestützt wurde. Allein bis zum Jahr 2002 wurde in über 2.600 Gemeinden ein Beschluss zu Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 gefasst (vgl. BMU 2002). Vorwiegend standen Umweltthemen und Projektarbeiten im Vordergrund der lokalen Umsetzung.²⁰² Nach einer Wachstumsphase bis etwa zum Jahr 2002 ist der Agenda-Prozess in Deutschland nach der Reduzierung öffentlicher Gelder ins Stocken geraten (vgl. BMU 2002). Hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz und ihres Einflusses auf den deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs der zweiten Phase erreichten diese Bottom-up-Ansätze eine wesentlich geringere Bedeutung als die mit den nationalen Nachhaltigkeitsstudien verfolgten Top-Down-Ansätze der etablierten politischen Akteure.

²⁰¹ Siehe z. B. auch die Beiträge des Readers „Nachhaltige Weltbilder“ (ASTA Uni Hannover 1997) oder die Beiträge des Sonderheftes (Nr.221) „Zur Kritik an der Wuppertaler-Umweltstudie“ der blätter des iz3w.

²⁰² In der „Agenda 21“ (BMU 1992) werden, neben den internationalen Institutionen und den Regierungen, alle Kommunen der Unterzeichnerländer aufgefordert, auch auf ihrer lokalen Ebene unter dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ ein an Nachhaltigkeit orientiertes Handlungsprogramm zu erstellen. Dieses sollte vor Ort durch die Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Privatwirtschaft erfolgen. Die lokalen Agenda 21 Prozesses wurde primär in Europa umgesetzt.

Bei diesen etablierten politischen Akteuren war insbesondere die radikale Orientierung der sozialen und arbeitspolitischen Gestaltungsoptionen der Wuppertal-Studie an ökologischen Prioritäten, die zudem mit einem neoliberalen Bias versehen sind (vgl. Abschnitt 3.4.4.2), angesichts einer zeitgleich intensiv geführten politischen Debatte um Arbeitslosigkeit und die Krise des Sozialstaates, Kritikpunkt und Anlass, ausgesuchte Experten mit der Erstellung eigener Nachhaltigkeitsstudien zu beauftragen. Beispiele sind die Nachhaltigkeitsstudie der (SPD-nahen) Friedrich-Ebert-Stiftung (2000) mit dem Titel „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit“, der „Abschlussbericht. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“ der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998) und die Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000). Hinzu kommen die in arbeitspolitischer Perspektive konträr argumentierenden Zukunftsstudien, die den Nachhaltigkeitsbegriff konzeptionell nicht aufnahmen und in dieser Arbeit bereits im Rahmen der Rekonstruktion des ‚konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurses‘ dargestellt wurden (vgl. Abschnitt 2.2.2), so die Zukunftsstudie von Giarini/Liedtke „Wie wir arbeiten werden. Bericht an den Club Rom“ (Dies. 1997) und die sogenannte ‚Bayernstudie‘ (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, b), wie auch ihre im Wahljahr 1998 herausgegebene ‚Gegenstudie‘ mit dem Titel: „Die Sackgassen der Zukunftskommission - Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998). Insofern lässt sich auch der Zukunftsdiskurs der etablierten Akteure Mitte bis Ende der 1990er Jahre zweiteilen.

Soziale und arbeitspolitische Aspekte, wie Fragen der sozialen Integration, sozialer Gerechtigkeit und die Thematisierung von Arbeitslosigkeit, von Beschäftigung und Beschäftigungsformen, wurden fortan in den genannten nationalen Nachhaltigkeitsstudien aufgewertet. Zudem wurde deutlicher die ‚Eigendynamik des Wirtschaftssystems‘ betont. Damit wurde die *Zentralität der Ökologie der Wuppertal-Studie* zunehmend relativiert. Speziell die auf die Zukunft der Arbeit bezogenen Vorschläge waren nicht mehr, wie noch in der ‚Wuppertal-Studie‘, auf rein ökologische Fragen von Arbeit fokussiert. Die wesentlichen Kontroversen betrafen nicht nur die Ausgestaltung und die Formen zukünftiger Beschäftigung oder die zukünftige Gestaltung sozialer Sicherungssysteme (z. B. Grundsicherung,

Eigenvorsorge, Mischsysteme), insbesondere ging es – ähnlich wie in den Diskursen in den 1980er und 1990er Jahren zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft - um einen *Bedeutungsgewinn von 'Nichterwerbsarbeit'*: „Auffallend ist, dass viele der Studien bzw. Einzelautoren mehr oder weniger von der Notwendigkeit der Erweiterung des konventionellen Arbeitsbegriffs, einer Anerkennung informeller Arbeitsformen, einer Umverteilung der Arbeiten zwischen den Geschlechtern sowie des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme ausgehen“ (Hildebrandt/Brandl 2001: 3).

Im Unterschied zur ersten Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses auf supranationaler Ebene ist hinsichtlich der zweiten Phase herauszustellen, dass auf nationaler Diskursebene die normative Betonung internationaler, intergenerativer und intragenerationaler Verteilungsgerechtigkeit der ersten Phase kaum noch sichtbar war und mit den genannten Folge-Nachhaltigkeitsstudien zur 'Wuppertal-Studie' postulativ überlagert wurden, vom Nachhaltigkeitskonzept der Gleichwertigkeit von ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Zielen im 'hier und heute'. *In der Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen wurde also mit dem 'Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit' der 'Ausgleich zwischen Nord und Süd', 'Verteilungsgerechtigkeit' und auch der 'Zukunftsbezug' also solcher relativiert.* Von den Diskursteilnehmern selbst wurde die Anerkennung der Gleichrangigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele als konstitutive Grundlage des Diskurses dargestellt: Hinsichtlich der 'Diskursqualität' sei kennzeichnend, dass Sustainable Development, trotz seiner Unschärfe und ungeachtet der Motivationen, sowie der Bandbreite der Teilnehmerinnen am Diskurs, als ein Konzept zu fassen sei, da sich gemeinsame Grundannahmen des Diskurses aufspüren lassen, nämlich die Akzeptanz der konzeptionellen Gleichrangigkeit der drei Nachhaltigkeitsdimensionen (vgl. Arbeit & Ökologie 2000: 621).

Eckart Hildebrandt, Verbundkoordinator der HBS-Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000), wies nun unter forschungsmethodischen Gesichtspunkten darauf hin, dass durch die mehrdimensionalen Horizonsverweiterungen das Konzept der Nachhaltigkeit eine immense Komplexität erhalten hätte, die von Politik und Wissenschaft verlange, historisch aufgebaute Ausdifferenzierungen in Politikfelder und Wissenschaftsdisziplinen zu überwinden und durch Kooperationen gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Da aber die historisch gewachsenen Ausdifferenzierungen in Politikfeldern und Wissenschaftsdisziplinen eine Vereinfachung und Effektivierung von Bereichspolitiken

ermöglicht habe, würden der Interdisziplinarität derart massive Gegenkräfte gegenüber stehen, dass das triadische Prinzip der ‚Gleichwertigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem‘ in der Realität immer wieder in der Schwerpunktsetzung eines dieser drei Teilpolitiken zerfalle (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 621).

Ein wesentliches Ergebnis dieser Problematik ist denn auch, dass sich die Mitte der 1990er Jahre bis zur Jahrtausendwende erschienenen Zukunftsstudien nicht durch das postulierte triadische Prinzip der Gleichwertigkeit, sondern durch eine Priorisierung, der entweder ökologischen Dimension (z. B. BUND/Misereor 1996), der sozialen Dimension (z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung 1998) oder der ökonomischen Dimension (z. B. Giarini/Liedtke 1997) auszeichneten. Hervorzuheben ist ferner, dass speziell das Erreichen ökonomischer Nachhaltigkeitsziele - operationalisiert in Variablen wie ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ - zunehmend als wesentliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung sozialer Standards bzw. sozialer Nachhaltigkeitsziele, bezeichnet wurde.

Im Ergebnis fand also in Phase zwei zunächst mit der nationalen Transformation des Nachhaltigkeitsdiskurses eine Abwendung von den Entwicklungsversprechungen internationaler, intergenerativer und intragenerativer Verteilungsgerechtigkeit hin zur Betonung der Gleichwertigkeit von ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen statt. Dann kam es sukzessive zu einer Transformation des Nachhaltigkeitsdiskurses in einen ökologisch erweiterten Diskurs zur ‚Zukunft der Arbeit‘, der ökonomische Voraussetzungen von Zukunftsfähigkeit betonte und zumeist eine Erweiterung des konventionellen Arbeitsbegriffs einforderte.²⁰³ *Derartig transformiert ging der Nachhaltigkeitsdiskurs in seiner Schlussphase in den zeitgleich stattfindenden und ebenso*

²⁰³ Deutlicher als in der Argumentation der ‚Wuppertal-Studie‘ formuliert Felix Ekardt (2011) Thesen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff in Verbindung mit neoliberalen Rezepten unter Maßgabe eines ökologisches Primates: Laut Ekardt könnte „eine konsequente Klima- und Ressourcenpolitik als Nebenwirkung den Übergang hin zu Postwachstumsgesellschaften anstoßen“ (a. a. O.: 587). Der Arbeitspolitik schreibt er dabei eine die „Ressourcen- und Klimamengensteuerung“ flankierende Rolle zu. Da klassische Vollbeschäftigung nicht mehr zurückzubringen sei, „sollte man außerdem über einen neuen Arbeitsbegriff nachdenken, der Erwerbsarbeit, gesellschaftliche Arbeit z. B. im sozialen und im Umweltbereich und unbezahlte Eigenarbeit als wichtig und befriedigend anerkennt und ihre Kombination in einem Lebensweg ermöglicht – beispielsweise durch die Absicherung über ein staatliches Grundeinkommen...“ (a. a. O.: 588). Dieses Grundeinkommen könne bestehende Sozialleistungen ersetzen und „wäre in der Höhe so auszurichten, dass der Empfänger leben kann, dass aber ein gewisser, wenngleich dann vielleicht weniger ideologisch überhöhter Arbeitsanreiz bestehen bleibt – weswegen der Satz vermutlich nicht extrem weit über der heutigen deutschen Arbeitslosenlangzeitförderung und Sozialhilfe (ALG II) liegen sollte; etwaige höhere Rentenwünsche hingegen müssten dann durch private Rentenversicherungen abgesichert werden“ (Ekardt 2011: 588).

auslaufenden Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Kapitel 2.2.1, 2.2.2 sowie Arbeit und Ökologie 2000: 3ff) auf. Auch in diesem wurde einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs das Wort geredet.

Spätestens mit der Transformation des multidimensionalen Nachhaltigkeitsdiskurses in den Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft nahm das öffentliche Interesse am Nachhaltigkeitsbegriff schleichend ab. Auch die arbeitspolitischen Ausführungen zur notwendigen Erweiterung des Arbeitsbegriffs als Fokus ´sozial nachhaltiger Arbeit` – selbst die HBS-eigenen Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ – schienen kaum anschlussfähig an gewerkschaftliche Debatten. Die Gewerkschaften, so schien es, konnten mit dem Begriff der ´sozialen Nachhaltigkeit` und dem ´Konzept der Mischarbeit` in ihrer betrieblichen Praxis kaum etwas anfangen, auch weil kein direkter Bezug zu organisationspolitischen Erfordernissen, der Organisierung der Stammbeschäftigten und ihrer Interessen, erkennbar war. Als nach dem Regierungswechsel 1998 die neue rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 1999 Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter zum ´Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit` einlud, dessen explizite Ziele es waren, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und Beschäftigung aufzubauen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu verbessern, beteiligten sich sogleich die Gewerkschaften, womit die Nachhaltigkeitsdebatte als gewerkschaftliche Programmdiskussion keine besondere Rolle mehr innehatte. Die folgende ´Agenda 2010` (Bundesregierung 2003) und das folgende ´Hartz-Konzept` (Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002) setzte schließlich arbeitsmarktpolitisch eindimensional auf die Aktivierungsstrategie und auf ´Arbeit um jeden Preis`. Die sogenannten ´Hartz-Reformen` und das ´Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit` hatte nichts mehr mit Scherhorns Wohlstandsbegriff oder dem Mischarbeitskonzept der Nachhaltigkeitsstudie ´Arbeit und Ökologie` zu tun, dafür aber mit den Andeutungen der Wuppertal-Studie zur notwendigen Förderung eines Niedriglohnssektors.

3.5.1.3 Phase 3: Nach dem Ende des gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurses - institutionalisierte Expertendialoge im Regierungsauftrag

Bundeskanzler Schröder berief nicht nur das 'Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit', sondern setzte im Jahr 2001 auch den 'Rat für Nachhaltige Entwicklung' ein. Der sogenannten 'Nachhaltigkeitsrat' hat seitdem die Aufgaben die Bundesregierung hinsichtlich nationaler Nachhaltigkeitsstrategien zu beraten (bzw. diese sogar zu erstellen) und den 'gesellschaftlichen Dialog zur Nachhaltigkeit' zu fördern. Auch die Folgeregierung unter Angela Merkel setzte 2010 den 'Nachhaltigkeitsrat' erneut ein, dessen Mitglieder sich aus einflussreichen Lobbygruppen zusammensetzen.²⁰⁴ Der 'gesellschaftliche Dialog zur Nachhaltigkeit' vollzieht sich primär auf Expertenebene zwecks Formulierung von CSR-Empfehlungen für Unternehmen (vgl. Burckhardt 2012).

Dieses Vorgehen ist exemplarisch für den politischen Umgang und die Präsentation des Nachhaltigkeitsthemas in der Öffentlichkeit ab etwa der Jahrtausendwende. Die dritte Phase der Nachhaltigkeitsdebatte besteht im wesentlichen in einer fortgesetzten Institutionalisierung und Kooptierung der Nachhaltigkeitsdebatte auf Experten- und Lobbyebene (dies sowohl auf nationaler als auch auf internationaler und supranationaler Ebene).

Seitdem ist der Nachhaltigkeitsbegriff bzw. sein emanzipatorisches Potential als zumindest latent umkämpfter Begriff, institutionell vereinnahmt. Nutznießer sind Nachhaltigkeitsexperten aus (Auftrags-)Wissenschaft und Unternehmen. Die Zahl der Debattenteilnehmer und die Heterogenität der Debattenteilnehmer hat sich deutlich verkürzt, begleitet vom Ende multidimensionaler, gesamtgesellschaftlicher Zukunfts- oder Nachhaltigkeitsstudien und begleitet von einem gesellschaftlichen Akzeptanzverlust des Nachhaltigkeitsbegriffs als Orientierung vermittelnde Gestaltungsidee.

Auch auf supranationaler Ebene hat das Nachhaltigkeitsparadigma deutlich an Bedeutung verloren. Abzulesen etwas an der geringen Beteiligung hochrangiger Politiker an der im Jahr 2012 stattgefundenen 'Rio + 20 Konferenz', die lieber an dem fast zeitlich stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel in Cancun (Mexiko) teilnahmen und sich inhaltlich primär um

²⁰⁴ Im Jahr 2012 etwa Vertreter von Banken (Deutsche Bank), Versicherungskonzernen (Allianz), der Kirche (EKD, ZdK), von Umweltverbänden (BUND, NABU, DNR), des Bauernverbandes DBV, ministerielle Vertreter aus dem BM, Unternehmensvertreter (Puma, Deutsche Unternehmer für Klimaschutz), Vertreter der Industrie- und Handelskammern und der Industriegewerkschaft IG BCE.

Wachstum in Zeiten unberechenbarer Finanzmärkte sorgten. Inhaltlich hat sich hier vor allem die Effizienzstrategie und das Imperativ der ökologischen Modernisierung, zuletzt vergegenständlicht im Begriff der 'Green Economy', durchgesetzt. Retrospektiv lässt sich in der Gesamtschau der Publikationen zum Nachhaltigkeitsthema feststellen, dass Nachhaltigkeit heute vorwiegend mit ökologischer Nachhaltigkeit bzw. Ressourceneffizienz oder der „Green Economy“ konotiert wird (siehe etwa: Borgwardt 2010; Hennicke/Bodach 2010).

3.5.2 Diskursstrategien: Bilanz der Entwicklungsversprechungen und blinde Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses

Der dargestellte Diskursverlauf der Nachhaltigkeitsdebatte zeigte bereits Umdeutungen des Nachhaltigkeitsbegriffes auf. Nachfolgend werden in einer Bilanz der Entwicklungsversprechungen des Nachhaltigkeitsparadigmas die diskursiven Umdeutungen konkretisiert und die blinden Flecken des Diskurses herausgestellt.

3.5.2.1 Bilanz der Entwicklungsversprechen: Institutionelle Vereinnahmung und diskursive Umdeutungen von 'sustainable development'

Was ist aus den Entwicklungsversprechungen von 'sustainable development' hinsichtlich: 1) Demokratisierung, 2) Vereinbarkeit von Ökologie und Wachstum und 3) Wohlstand für Alle (i. S. von internationaler, intergenerationaler und intergenerativer Verteilungsgerechtigkeit) geworden?

(1) Bezüglich des Entwicklungsversprechens auf eine *Demokratisierung von Politikprozessen* durch die Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, wie z. B. NGOs, wurde bereits bilanziert, dass dieses nicht eingehalten wurde. Vielmehr wurde das Nachhaltigkeitsthema sukzessive durch die Zuweisung bzw. *Transformation in relativ abgeschlossene Expertendiskurse isoliert, institutionell entschärft und vereinnahmt*. Bereits im Jahr 1997 bemängelte der US-Politikwissenschaftler Frank Fischer, dass Sustainable Development ein Geschäft von Experten geworden ist, was sich aus seiner Sicht ironischer

Weise mit dem Erfolg der Umweltbewegung des Nordens begründen lassen. Diese hätten sich notwendiger Weise professionalisieren müssen, um in Entscheidungsgremien Gehör zu finden, verloren aber zugleich sukzessive den Bezug zur Bewegung vor Ort, inklusive verbundener Beteiligungsansprüche. Auch für die Hochphase des Nachhaltigkeitsdiskurses in Deutschland (Mitte bis Ende der 1990er Jahre) ist charakteristisch, dass Nachhaltigkeitsfragen von politischen Stiftungen an Experten der Auftragsforschung delegiert wurden, die dann bestenfalls nachträglich - aber immerhin - Beteiligungs- oder Konsultationsphasen mit gesellschaftlichen Gruppen organisierten (so im Rahmen der HBS-Nachhaltigkeitsstudie 'Arbeit und Ökologie' oder der 'Wuppertal-Studie'). Dennoch, die Bilanz zu den Rio-Folgeverhandlungen lautete: „Die scheinbaren Anwälte der Erde entpuppen sich als Verkäufer“ (Heinrich-Böll-Stiftung 2002).

Warum dann überhaupt das Demokratisierungsversprechen? Insbesondere Alex Demirovic (1997) hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass international sichtbar agierende NGOs im Kontext der UN-Gipfeldiplomatie auch funktional sind, um Legitimations- und Demokratiedefizite internationaler Organisation, die mit der globalen Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsstrukturen befasst sind, zu kompensieren.²⁰⁵ Auch national lassen sich Regierungs- wie Unternehmenspolitiken legitimieren, wenn gesellschaftliche Beteiligung bzw. Nachhaltigkeitspolitiken suggeriert werden.

(2) Insbesondere die verfolgte Effizienzstrategie mit ihrer These eines 'qualitativen Wachstums' hat die Nähe zwischen Nachhaltigkeitsforschung, 'grünen' Unternehmen und Regierungspolitiken befördert. Konzepte wie die 'ökologische Tragfähigkeit' und 'ökologische Grenzen des Wachstums' wurden zunehmend relativiert. Insofern konnte das Entwicklungsversprechen einer *Versöhnung von Ökologie und Wachstum*, ungeachtet einer weiterhin zugenommenen Naturzerstörung und Kritik am Rio-Folgeprozess, aufrechterhalten werden.²⁰⁶

²⁰⁵ In den Rio-Agenda 21 Dokumenten ist neben der Verständigung der Regierungsvertreter auf sustainable development als Leitgedanke internationalen Politikhandels auch die gemeinsame Durchsetzung des Freihandels als gemeinsame Zielperspektive festgeschrieben.

²⁰⁶ Tatsächlich stellt die Verfolgung von Effizienzstrategien aus ökologischer Sicht eine Verbesserung des Status-Quo (i.S. einer ungehemmten Naturzerstörung im Gleichklang mit Wachstum) nur dann da, wenn Effizienzgewinne nicht durch eine Zunahme der Gütermenge aufgezehrt und ökologische Tragekapazitäten dennoch überschritten werden.

(3) Das gegebene Entwicklungsversprechen, eines mit dem Nachhaltigkeitsparadigma erreichbaren *‘Wohlstands für Alle’*, als internationale, intragenerative, internationale Verteilungsgerechtigkeit (mit Bezugnahme auf ökologische, soziale, ökonomische Ziele), die in der Lage ist, die Widersprüche des globalen Kapitalismus (zwischen Nord und Süd, Ökonomie und Ökologie, Gegenwart und Zukunft) aufzuheben, wurde auf der nationalen Ebene mit der Umdeutung des Nachhaltigkeitsbegriffs zudem *inhaltlich entschärft*:

- Das den deutschen gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs konstituierende *‘Drei-Perspektiven-Modell der Nachhaltigkeit’* wurde sukzessive in einen ökologisch erweiterten Diskurs zur Zukunft der Arbeit transformiert, der schließlich anschlussfähig an die nationale Standortdebatte wurde.
- Speziell die Dimension der internationalen Verteilungsgerechtigkeit wurde, wenn überhaupt, dann lediglich auf die ökologische Dimension bezogen, normativ hinsichtlich global gleicher Pro-Kopf-Ansprüche auf Naturverbrauch, wie z. B. zur Begründung von Klimafonds (vgl. BUND/Misereor 1996). Armutsbekämpfung weltweit wurde dagegen sekundär.
- Intergenerative Verteilungsgerechtigkeit als Forderung nachfolgenden Generationen keine Hypotheken oder Entwicklungsprobleme zu übertragen, wurde oftmals mit *‘Zukunftsoffenheit’* oder auch *‘Zukunftsfähigkeit’* synonym gesetzt und verlor in der je interessengeleiteten Definition dessen, was im *‘Hier und Jetzt’* zu passieren habe (damit auch seinen Zukunftsbezug). Dennoch verblieb sie als wesentlicher Fortschritt der Nachhaltigkeitsdebatte, weil seit Rio 1992 potentiell das Denken in langfristigen Zeiträumen und globale Verantwortung jederzeit in politischen Diskussionen als Maßstab zur Beurteilung politischen Handelns herangezogen werden kann.
- Intragenerative Verteilungsgerechtigkeit - ist ähnlich wie *‘soziale Nachhaltigkeit’* - ein kaum fassbares Nachhaltigkeitskriterium und recht beliebig interpretierbar. Statt um Verteilungsgerechtigkeit (oder *‘Wohlstand für alle’*) ging es im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs eher um die Diskussion eines immateriellen Wohlstandsbegriffs, der Verteilungsfragen ausspart. Die Forderungen nach Konsumverzicht aus Umweltgründen, einer anderen Zeitkultur im Gleichklang mit der Förderung von Eigenarbeit, um andere Wohlstandsqualitäten zu ermöglichen, erschienen nicht nur blind für die Lebenswirklichkeiten von Niedriglohnbezieherinnen und

zumeist weiblichen Teilzeitbeschäftigten, sie repräsentierten damit einen von Männern dominierten 'Elitediskurs'. In diesem können die genannten Forderungen auch als Elemente einer Verzichtsideologie interpretiert werden, die ungleiche Erwerbsbedingungen und Niedriglohnarbeit flankiert (siehe die Kritik an der 'Wuppertal-Studie', Abschnitt 3.4.4).

Auch die aus emanzipatorischer Perspektive formulierten Vorschläge, die anknüpfend an der Erosion von Normalarbeitsverhältnissen und orientiert an Kriterien sozialer Nachhaltigkeit, Konzepte eines anderen Wohlstands- und Arbeitsbegriffs einbrachten (so das 'Konzept der Mischarbeit' in der Studie 'Arbeit und Ökologie', vgl. Abschnitt 3.4.5), waren nicht in der Lage - wie erhofft - den Anschluss an Gewerkschaftsdebatten zu realisieren. Der Nutzen eines erweiterten Arbeitsbegriffs in nachhaltiger Perspektive erschien für die praktische Gewerkschaftsarbeit nicht nachvollziehbar. Nicht zuletzt hängen insbesondere Gewerkschaften der Wachstumsideologie an, haben sie doch in ihrer Historie den 'fordistischen Gesellschaftsvertrag', der Massenbeschäftigung und Massenkonsum vorsieht, stets unterstützt. Aber auch der Anschluss an und die Öffnung für sozialpolitische Debatten und neuere Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung (siehe etwa Noll 2000) sind ausgeblieben. Insgesamt lässt sich konstatieren: Der Nachhaltigkeitsbegriff hat seine Versprechungen auf eine Überwindung der sich krisenhaft zuspitzenden Widersprüche des globalen Kapitalismus nicht eingehalten.

3.5.2.2 Blinde Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses

Warum also wurden die Nachhaltigkeitsversprechen nicht eingelöst? Die 'blinden Flecken' des Nachhaltigkeitsdiskurses geben zunächst Aufschluss darüber, warum der Nachhaltigkeitsdiskurs bezüglich der Problementfaltung des Kapitalismus (Wohlstand für Alle, Ökologie, Demokratie) nicht durchgehalten werden konnte und warum es möglich war, die Inhalte des Nachhaltigkeitsbegriffs herrschaftskonform umzudeuten:

An erster Stelle ist die nicht vorhandene *Herrschafts- und Akteursanalyse* des Nachhaltigkeitsdiskurses zu nennen. Bereits zu Beginn des Nachhaltigkeitsdiskurses wurde von einer Minderheit das neue Nachhaltigkeitsparadigma pauschal abgelehnt und behauptet:

Der entscheidenden Bedeutung, warum das Konzept die ´realen Probleme` und Versprechungen nicht lösen kann, kommt der weitest gehenden Nichtthematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu (vgl. Eblinghausen/Sticker 1996: 115-117). Auch der Nachhaltigkeitsdebatte positiv gegenüber stehende Kritiker warnten frühzeitig, dass das teils naive Setzen auf einen Wertewandel (so etwa bei Scherhon) und Proklamieren von kulturellen Leitbildern, ohne Herrschaftsperspektive und Akteursbenennung, die Nachhaltigkeitsdebatte verschleißt (vgl. Spitzner 1998: 91). Selbst in aktuellen Rezeptionen der Nachhaltigkeitsdebatte wird dieser fundamentale Kritikpunkt teils übergangen, etwa in der Habilitationsschrift von Felix Eckardt „Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge - am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel“ (2011). Diese erscheint insofern problematisch, als dass in Eckardts rechts-philosophischen Überlegungen²⁰⁷ keine ausreichende Rückkopplung von Nachhaltigkeitsfragen mit Herrschafts- und Akteursfragen erkennbar ist. Ursachen der bisher gescheiterten Transformation zu mehr Nachhaltigkeit sieht Felix Eckardt primär in „Faktoren wie Konformität, Gefühl (Bequemlichkeit, fehlende Fernorientierung, Verdrängung), Eigennutzen, tradierte Werte, Pfadabhängigkeit“ u. a. bei Politikern, Unternehmern und Wählern/Konsumenten, die „Möglichkeiten und Grenzen der menschlichen Lernfähigkeit“ bilden würden (vgl. a. a. O.: S. 656).

Die leider *ausgebliebene politisch-ökonomische Kontextualisierung* der Nachhaltigkeitsdebatte besteht insbesondere darin, dass Nachhaltigkeitsstrategien ohne Bezugnahme auf die politische und ökonomische Globalisierung (vgl. Demirovic 1998) formuliert wurden. Die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus mit seinen Folgen, wie der Um- und Rückbau des Wohlfahrtsstaates, die Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen,²⁰⁸ die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Relativierung des fordistischen Klassenkompromisses wurde nicht thematisiert. Stattdessen wurden gar mit

²⁰⁷ In den §§ 2- 5 (S.81-281) formuliert er eine stark an den Menschenrechten orientierte Gerechtigkeitstheorie. Zudem leitet er eine neuformierte Diskursethik ab: „Für Eckardt ist eine universelle Gerechtigkeitstheorie Grundbedingung einer transdisziplinären Nachhaltigkeitstheorie“ (Kubon-Rilke 2012 : 106)

²⁰⁸ Zu diesen Themenkomplex in europäischer und arbeitspolitischer Perspektive siehe die Sammelbände „Europa im Ausverkauf - Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik“ (Brandt/Schulten/Sterkel/Wiedemuth 2008) und „Privatisation of Public Services – Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe“ (Hermann/Flecker 2012), jeweils mit Beiträgen des Verfassers dieser Arbeit.

den Neoliberalismus konforme arbeitspolitische Konzepte verfolgt (z. B. der Ausbau des Niedriglohnssektors in der 'Wuppertal-Studie', vgl. BUND/Miseror 1996).

Das Ausblenden von Herrschaftsverhältnissen bedingt wiederum das *Ausblenden sozialer Ungleichheit*, wie etwa mit den Leitbildern der 'Wuppertal-Studie' geschehen. Die Soziologin Ulla Peters kritisierte diesbezüglich: „Statt dessen wird allenthalben ein trügerisches 'Wir' produziert. Wir, die wir über unsere Verhältnisse leben, wir im Norden, die im Süden. Ein 'Wir', das zu gemeinsamen Handeln motivieren soll, wobei die Grundlagen ungeklärt bleiben“ (1996: 39).

Der entscheidende Punkt scheint zu sein, dass die Leitbilder eines nachhaltigen Wohlstandsmodells und -begriffs gerade deswegen nicht zu überzeugen vermochten, weil soziale Ungleichheit in ihren verschiedenen Dimensionen und auch die *Bedingung der Reproduktion sozialer Ungleichheit* (z. B. 'Bildungsungerechtigkeit') nicht Ausgangspunkt der Wohlstandsdiskussion sind: Wie ist es möglich, glaubhaft immaterielle Wohlstandsqualitäten zu preisen, wenn existierende soziale Problemlagen übergangen werden? Statt dessen wurde z. B. in der 'Wuppertal-Studie' versucht, Niedriglohnarbeit über die Postulierung der negativen Einkommenssteuer annehmbar zu machen und Eigenarbeit als Hoffnung machenden Option darzustellen. Nicht nur die nicht vorhandene Anschlussfähigkeit an gewerkschaftliche Fragestellungen ist offenkundig. Auch die feministische Kritik an den arbeitspolitischen Ausführungen Nachhaltigkeitsdiskussion verwies, so mit der Thematisierung der 'Krise der Reproduktionsarbeitszeit' (vgl. 1998, 1999, 1999a) und der Kritik an der Perspektive der Eigenarbeit (vgl. Becker 1998), auf die auch aus feministischer Perspektive blinde Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses: Die feministische Nachhaltigkeitsforschung rückt die völlig defizitären Verschränkungen der Erwerbsarbeitswelt und der Lebenswelt ... ins Blickfeld und verdeutlicht, dass eine Verlagerung der Verantwortung aus dem erwerbsökonomischen in den lebensweltlichen Bereich solange illegitim und ineffektiv ist, wie dieser Sphäre nur geringe Definitions- und Gestaltungsmacht zugestanden wird“ (Schäfer 2000: 213).

An die nicht erfolgte Herrschafts- und Akteursanalyse schließt sich ein weiterer blinder Fleck an, nämlich *Demokratiedefizite*:

Zwar wurde in der ersten Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses einer Demokratisierung von Politik das Wort geredet, in der 'Wuppertal-Studie' selbst ging es aber eher um die

„Einrichtung ökologischer Räte“ und um „mehr Sachverständigenkommissionen“, da „in unserer Form der Demokratie kein Politiker und keine Politikerin dem Wahlvolk Einschränkungen abverlangen können, da dies mit Abwahl bestraft werde“ (BUND/Misereor 1995: 32). Der Umbauprozess soll danach eher ´von oben` durchgesetzt werden. Konzeptionelle Vorschläge, das ´Drei-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit` zu einem ´Vier-Perspektiven-Modell` zu erweitern, um mit einer vierten Nachhaltigkeitsdimension auf Kriterien der ´institutionellen Nachhaltigkeit` wie etwa Partizipation und Mitbestimmung zu verweisen, die Aufschluss über die Art und Weise der politischen Implementierung und Definition von Nachhaltigkeitspolitiken geben könnten (vgl. Spangenberg et al. 1998), wurden im Nachhaltigkeitsdiskurs nicht aufgegriffen. Die selbstreferentielle Frage, wer Nachhaltigkeitspolitiken definiert, und die Frage, wer die Akteure eines nachhaltigen Wandels sein sollen und wie dieser gegen welche Interessen und Widerstände umgesetzt werden soll, wurde im Nachhaltigkeitsdiskurs nicht oder nur unzureichend gestellt.

3.5.3 Innovatives Potential und Lehren des Nachhaltigkeitsdiskurses?

Wenngleich im Diskursverlauf das innovative und emanzipatorische Potential des Nachhaltigkeitsbegriffs herrschaftskonform ´entschärft` wurde, ist es dennoch als möglicher Ausgangspunkt emanzipatorischer Gesellschaftsentwicklung reaktivierbar. Hilfreich für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung ist es zudem, politische Lehren aus dem Scheitern der Nachhaltigkeitsdebatte zu ziehen.

3.5.3.1 Innovatives oder emanzipatorisches Potential des Nachhaltigkeitsdiskurses?

Die Rekonstruktion der ersten und zweiten Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses auf supranationaler und nationaler Ebene ermöglichte den Aufweis des diskursiv überlagerten, emanzipatorischen und innovativen Potentials des Nachhaltigkeitsbegriffs. Danach besteht das emanzipatorische Potential des Nachhaltigkeitsparadigmas (zunächst) in den *normativen Forderungen* nachhaltiger Entwicklung nach einer *Demokratisierung von Politikprozessen*

und nach *Verteilungsgerechtigkeit in international, intergenerativer, intragenerativer Perspektive*, die sowohl auf eine ökologische, soziale und ökonomische Dimension zu beziehen sind. Felix Ekardt drückt letzteres wie folgt aus: „Nachhaltigkeit bezeichnet definitorisch die politische/ ethische/ rechtliche Forderung nach mehr intertemporaler und globaler Gerechtigkeit, also die Forderung nach dauerhaft und global durchhaltbaren Lebens- und Wirtschaftsweisen“ (2011: 654). Letztlich bleibt anzuerkennen, dass das Denken in globalen Zusammenhängen und langfristigen Zeiträumen seit Rio 1992 geblieben ist und jederzeit als Maßstab für politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen herangezogen werden kann. Gerade darin liegt das emanzipatorische Potential des Nachhaltigkeitsbegriffs, als ein grundlegend umkämpfter Begriff, der immer nur vorläufig - in Abhängigkeit von sich stetig verändernden Herrschaftsverhältnissen und mehr oder weniger (diskurs-) mächtigen Akteuren - im Diskurs mit Inhalten gefüllt werden kann. Insofern bleibt die Wahrscheinlichkeit, dass der Nachhaltigkeitsbegriff unter veränderten Diskurbedingungen in emanzipatorischer Weise reaktiviert werden kann. Gerade international agierende NGOs, die in der Lage sind, globale Probleme zu thematisieren, teils aber auch eine widersprüchliche Rolle einnehmen, haben einen dauerhaften Akzeptanz- und Bedeutungsgewinn erfahren, auch wenn damit keineswegs Demokratisierungsversprechungen eingelöst wurden.

In ökologischer Hinsicht bleiben *die Anerkennung ökologischer Grenzen des Wachstums und von 'ökologischen Tragekapazitäten' des Wirtschaftens* die zentralen Herausforderung, deren Konkretisierung durch die Naturwissenschaften immer nur vorläufig und annäherungsweise gelingen kann, womit wiederum Raum für politische Diskussionen eröffnet wird.²⁰⁹ Damit herausgefordert ist die Entwicklung von alternativen Wirtschaftskonzeptionen, die

²⁰⁹ Frank Fischer charakterisierte 'sustainable development' als technokratisches Umweltbewusstsein, denn grundlegend sei die Idee, „dass alles Wichtige, um sustainable development, gewußt werden kann: Energien, Materialien und Räume der Natur werden derart operationalisiert, dass sie sich selbst als Überwachungsstufe eignet. Durch die effiziente Anwendung eines solchen Ökowissens können Experten die tragenden Kapazitäten regionaler und lokaler Ökosysteme kalkulieren und planen“ (Ders. 1997: 36). So konzeptualisiert sei „sustainable development mehr als ein normatives Ziel, nämlich ebenso die Basis einer Planungsmethode für das Management einer industriellen Zukunft, deren Umsetzung nur noch von der Mobilisierung moralpolitischen Willens abhängig ist“ (ebenda). Ganz offensichtlich sei aber, „daß wissenschaftliches Wissen nicht genug ausgebildet ist, um die Grenzen der Natur zu bestimmen (alles andere ist wissenschaftliche Ideologie) und daher weiterhin für Interpretationen offen ist, die in politische Uneinigkeiten übersetzt werden, in der sich Interessengruppen mit Expertisen bekämpfen“ (a. a. O.: 37).

ökologische Grenzen des Wachstums respektieren.²¹⁰ Zudem führte die Verbindung ökologischer Tragekapazitäten mit dem normativen Anspruch internationaler Verteilungsgerechtigkeit zum *normativen Postulat weltweit gleicher pro Kopf-Ansprüche auf Naturverbrauch* (vgl. BUND/Misereor 1996), welche in internationalen Beziehungen eine enorme Sprengkraft entfalten kann.

Die Diskussion um einen alternativen *Wohlstandsbegriff* in nachhaltiger Perspektive stellt eine weitere Herausforderung der Nachhaltigkeitsdebatte dar. Allerdings in innovativer Weise nur dann, wenn materielle und immaterielle Wohlstandsqualitäten, wie Fragen nach dem, was 'Lebensqualität' ausmacht, nicht gegeneinander ausgespielt werden (z. B. nach dem Motto: statt Einkommen mehr Zeitwohlstand bzw. Zeitsouveränität).²¹¹ Und in emanzipatorischer Weise nur dann, wenn soziale Ungleichheit und die sie reproduzierenden Herrschaftsverhältnisse, wie auch die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen und verbundenen Ideologien des sich in der Form des Neoliberalismus neu formierten globalen Kapitalismus mitgedacht und als Ausgangspunkte der Mobilisierung gesellschaftlichen Wandels anvisiert werden.

Eng verbunden mit der Diskussion um einen nachhaltigen Wohlstandsbegriff und den mehr oder weniger erfolgreichen Versuchen der Definition 'sozialer Nachhaltigkeit'²¹² ist die Diskussion um 'nachhaltige Arbeit'. 'Nachhaltige Arbeit' wird zumeist sowohl auf Erwerbs- als auch auf Nichterwerbsarbeit bezogen. Interessant erscheint aber vor allem die Verbindung dieser Bereiche, die in der Nachhaltigkeitsdebatte thematisiert wird.²¹³ Arbeitspolitisch lassen sich gerade hier politisch brisante Fragen aufwerfen.²¹⁴

²¹⁰ Siehe etwa die Konzepte einer 'steady-state economy' bei Daly (1991, 1996, 2005) oder den Konferenzbericht „Enough is Enough - Ideas for a Sustainable Economy in a World of Finite Resources“ von O'Neill/Dietz/Jones (2010).

²¹¹ Zum Konzept der Lebensqualität der 1960er Jahre und seiner im Kontext neuerer Wohlfahrtskonzepte ('Sustainable Development', 'Human Development', 'Livability', 'Social Exclusion', 'Social Cohesion - Social Inclusion', 'Civil Society/Social Capital') notwendigen Revision siehe Noll (2000).

²¹² 'Soziale Nachhaltigkeit' bezieht sich zunächst generell auf die Zukunftsfähigkeit sozialer Einheiten, vorrangig mit Blick auf die soziale Kohäsion in sozialen Systemen, wie auch auf den schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource (vgl. Senghaas-Knobloch 2008: 39).

²¹³ Bezogen auf Erwerbsarbeit verweist 'nachhaltige Arbeit' unter der Maßgabe 'ökologischer Nachhaltigkeit' schlicht auf eine öko-effiziente Produktion (vgl. Bierter/Stahel/Schmidt-Bleek 1996; Abschnitt 3.4.1), bezogen auf die 'soziale Nachhaltigkeit' von Arbeit liefert sie Orientierungspunkte für eine 'nachhaltige Lebensführung' (vgl. HBS 2000; Abschnitt 3.4.5.1), die auch für die gewerkschaftliche Debatte um 'gute Arbeit' (Schröder/Urban 2009; 2014) anwendbar wären.

²¹⁴ Zur Reformulierung weiterführender arbeitspolitischer Leitfragen siehe im Folgenden Abschnitt 5.2.

3.5.3.2 Politische Lehren aus dem Scheitern der Nachhaltigkeitsdebatte

Die Nachhaltigkeitsdebatte ist gemessen an ihren Entwicklungsversprechungen sichtbar gescheitert, weil 'sustainable development' ein Geschäftsfeld für Nachhaltigkeitsexperten geworden ist und mit der *Überführung, Isolierung und Umdeutung des Nachhaltigkeitsthemas in institutionalisierten Expertendialogen politisch vereinnahmt wurde*, somit nicht mehr den Fokus einer öffentlichen, gesamtgesellschaftlichen Zukunftsdebatte bildet. Damit ist die Frage aufgeworfen, wie sich die Gefahr der politischen Vereinnahmung von Reformdebatten, die zumeist nicht ohne professionelle und wissenschaftliche Expertise auskommen, reduzieren lässt. Anders formuliert, wie lässt sich eine Rückbindung von Nachhaltigkeitspolitiken mit den von diesen Betroffenen organisieren?

Ein interessanter Vorschlag hierzu stammt von Frank Fischer. In seinem Artikel „Sustainable Development: Zwischen Expertenhegemonie und Demokratisierung“ (1997) unterbreitete er angesichts der Tatsache, dass „Analysen zur Lösung von Umweltproblemen nur dann einen Wert haben, wenn sie den politischen Konsens erzeugen können, der notwendig ist um sie zu implementieren“, die Idee der *'partizipatorischen Forschung'*, „um neue Wege einer Vermittlung von wissenschaftlichen Expertisen und demokratisch politischer Willensbildung zu beschreiten“ (1997: 49). Statt eine zentrale Rolle einzunehmen, könnten im Rahmen der *'partizipatorischen Forschung'* „partizipatorischen Experten als Helfer in einem Prozeß [wirken], in dem Gesellschaftsmitglieder ihre eigenen Angelegenheiten erkennen, ihre eigenen Interessen überprüfen und ihre eigenen Entscheidungen treffen. ... Die Idee der partizipatorischen Forschung schließt die Bildung des gesellschaftlichen Diskurses in die Phase der Umweltforschung selbst ein. Sie bedeutet die Beteiligten von Anfang an in die Diskussion miteinzubeziehen, inklusive der Problemformulierung“ (ebenda).²¹⁵

²¹⁵ Im Detail führt Fischer weiter aus: „Auf der gesellschaftlichen Ebene könnte dies bedeuten, daß Umweltuntersuchungskommissionen, wie die Konsenskonferenz, die in Dänemark etabliert ist, einzuführen sind. In diesem Bürgertribunal fällen Gruppen von Laien ihr Urteil. Zuerst einmal besuchen zufällig ausgewählte Bürgergruppen Hintergrundgespräche und verbringen dann einige Tage mit dem Hören unterschiedlicher Expertenpräsentationen zu technischen und sozialen Problemdarstellungen in einem öffentlichen Forum. Das Laienpanel berichtet dann einer nationalen Pressekonferenz. Auf der lokalen Stufe würde dies die Einführung neuerer Formen partizipatorischer und community-orientierter Forschung bedeuten, die zum Ziel hätte, den Menschen zu helfen, mit den lokalen Implikationen der Expertenergebnisse umzugehen. Eine solche Kooperation, in der Dritten Welt initiiert, ist die Antithese zum technokratischen Problemlösen“ (a. a. O.).

Dieser Vorschlag ist sicherlich gut gemeint. Kritisch lässt sich allerdings anmerken, dass auch eine ´partizipatorische Forschung` eines Auftraggebers bedarf. Bleibt der Auftrag aus, weil eine demokratische Beteiligung nicht erwünscht ist, stellt sich das Problem (s.o.) von neuem. Damit stellen sich letztlich erneut die im Nachhaltigkeitsdiskurs ausgeblendeten *Demokratie-, Herrschafts- und Akteursfragen*. Diese gilt es in gesellschaftlichen Reformdebatten, neben der Ausarbeitung inhaltlicher Vorschläge, in den *Fokus* zu rücken: Wer zum Beispiel sollen die Akteure eines erweiterten Wohlstands- oder Arbeitsbegriffs sein, die unter welchen Bedingungen und Szenarien Akteurskonstellationen mit welchen - oder gegen welche - Interessen bilden könnten? Wie können alternative Entwicklungen erreicht werden? Im Konsens oder im Konflikt, im Rahmen der Parteiendemokratie oder außerhalb, auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene? Worin bestehen die jeweiligen Machtressourcen? Insbesondere die mangelnde Anschlussfähigkeit der Diskussion über ´nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften` an sozialpolitische und gewerkschaftliche Debatten hat unter arbeitspolitischen Gesichtspunkten zum Scheitern des Nachhaltigkeitsparadigmas als erhoffter positiver Bezugspunkt einer verbetrieblichten Arbeitspolitik (vgl. Linne 2003) beigetragen. Für eine weiterführende Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien aus dem Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und dem Nachhaltigkeitsdiskurs ist also eine derartige Anschlussfähigkeit sicherzustellen. Die blinde Flecken und Potentiale der Nachhaltigkeitsdebatte sollten wichtige Bezugspunkte bilden.

4. Synthese diskursanalytischer Befunde zum Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und zum Nachhaltigkeitsdiskurs

In diesem Kapitel werden zunächst (in Abschnitt 4.1) die Schnittmenge der arbeitspolitischen Perspektivenformulierungen und gemeinsame `blinden Flecken` der beiden in den 1990er Jahren wesentlichen Zukunftsdiskurse (der Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der seinerzeit multidimensionale, gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsdiskurs) exemplarisch herausgearbeitet. Die Analyse der Schnittmenge der Perspektivformulierungen und die der `blinden Flecken` zielt auf eine Kontextualisierung der Diskurse, die (in Abschnitt 4.2) zu den grundlegenden Fragen überleitet, warum die beiden Zukunftsdiskurse überhaupt geführt wurden und warum sie beide bereits nach kurzer Zeit (zur Jahrtausendwende) wieder ausliefen. Für eine Reformulierung der Zukunftsdebatten ist zum anderen von Interesse, warum die beiden Zukunftsdiskurse thematisch nicht voneinander profitierten und - entgegen geäußerter Hoffnungen (vgl. Linne 2003) - die betriebspolitisch verengte Arbeitspolitikdebatte (vgl. Döhl et al. 2000; Wolf 2004a, b; Lehndorf 2006) nicht erweitern konnten?

4.1 Schnittmenge arbeitspolitischer Perspektiven und blinde Flecken

„Wenn innerhalb eines besonderen Diskurses Aussagen über ein Thema getroffen werden, ermöglicht es der Diskurs, das Thema in einer bestimmten Art und Weise zu konstruieren. Er begrenzt ebenfalls die anderen Weisen, wie über das Thema konstruiert werden kann“ (Hall 1994: 50).

4.1.1 Geteilte Perspektiven trotz unterschiedlicher Begründungskontexte und Motivlagen

Die Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er und 1990er Jahre²¹⁶ und der multidimensionale Nachhaltigkeitsdiskurs der 1990er Jahre vereinten eine Schnittmenge an

²¹⁶ Aus der Gegenüberstellung der Diskussion der 1980er Jahre mit der der 1990er Jahre (vgl. Abschnitt 2.1 und 2.2) wurde deutlich, dass die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre als Alternativökonomiedebatte weitestgehend innerhalb einer sozialwissenschaftlich informierten Szene verblieb, während die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1990er Jahre im Rahmen einer internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte geführt wurde, die in Deutschland von einem politischen (konservativ-neoliberalen) Mainstream-Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft überlagert wurde.

Perspektivformulierungen, die allerdings - neben unterschiedlichen Umsetzungsvorschlägen - auf teils differente Motivlagen und Begründungskontexte zurückbezogen werden kann. Die Schnittmenge bestand erstens in der Feststellung einer Krise der 'Wohlstandsproduktion' (gemeinhin geteilt wurde hier die Prämisse eines stetig rückläufigen Pro-Kopf-Arbeitsvolumens), zweitens in der These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegen könne, drittens in einer grundlegenden Infragestellung der bisherigen Systeme der sozialen Sicherung und viertens in einem Votum für die Verkürzung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeitszeiten:

1) Krise der Wohlstandsproduktion

Im Diskurs zur Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft der 1980er Jahre wurde eine quantitative und qualitative 'Krise der Arbeitsgesellschaft' behauptet, da Erwerbsarbeit quantitativ rückläufig und qualitativ mangelhaft sei. Die Neuaufnahme der Debatte Mitte der 1990er Jahre konstatierte im 'konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs' (initiiert durch die sogenannte 'Bayernstudie', vgl. Kommission 1996, 1997a, b) ebenso einen zukünftigen Rückgang des Arbeitsvolumens. In der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte der 1990er Jahre wurde zunächst ganz ähnlich und mit großem Aufmerksamkeitserfolg das 'weltweite Ende der Massenbeschäftigung' für die Zukünfte der Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung behauptet (vgl. Rifkin 1995). Mit geringerem öffentlichem Aufmerksamkeitserfolg und gewissermaßen außerhalb des Mainstream-Diskurses kontrovers dazu die 'Flexibilisierung von Arbeit, Zeit und Raum' im 'informationellen Kapitalismus' (vgl. Castells 1996/dt. 2001a) und schließlich das 'Ende der fordistischen Arbeitsgesellschaft' im Übergang zum 'Postfordismus' (vgl. Gorz 1997/2000 dt.).

Und auch im Nachhaltigkeitsdiskurs wurde mit dem Verweis auf 'ökologische Grenzen des Wachstums' eine krisenhafte Dynamik des sich globalisierenden westlichen Zivilisationsmodells festgestellt, das auf Massenproduktion und Massenkonsum setze, global aber nicht verallgemeinerbar sei und einen Kurswechsel hin zu einem 'nachhaltigen Wohlstandsmodell' verlange. Die These eines Rückgangs des Pro-Kopf-Erwerbsarbeitsvolumens und daraus folgender Wohlstandsverluste wurde geteilt und aus ökologischen Gründen begrüßt (vgl. BUND/Misereor 1996). Qualitative Veränderungen der

Erwerbsarbeit wurden im Mainstream-Diskurs um Nachhaltigkeit zunächst nicht analysiert, stattdessen wurde eher allgemein qualitativ unbefriedigende Erwerbsarbeit für kompensatorischen Konsum verantwortlich gemacht wurde (vgl. Scherhorn 1997).

Im Grunde wurde übergreifend im neoliberalen Zukunftsdiskurs und im Nachhaltigkeitsdiskurs ein Bruch der bisherigen Wohlstandsproduktion im Globalisierungskontext konstatiert, ohne allerdings tiefergehend politisch-ökonomische Ursachen zu thematisieren.

2) Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit

Die aus der (oberflächigen) Krisendiagnose der Wohlstandsproduktion abgeleitete, übergreifende Perspektive der beiden Mainstream-Zukunftsdiskurse bestand in der von Mitte bis Ende der 1990er Jahre - auch von Teilen der Politik - verfolgten These, dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt.²¹⁷

Die Perspektive also solche war nicht neu, da sie bereits in den 1980er Jahren - hier allerdings weniger mit Bezug auf 'die Globalisierung' - mit der Diskussion um eine Aufwertung des 'informellen Sektors' und 'dualökonomischen Überlegungen' verfolgt wurde. Auch wurde die These keineswegs von allen Debattenteilnehmern geteilt. Zu nennen sind hier insbesondere die Gewerkschaften und Einwände aus den Sozialwissenschaften, wie z. B. von Manuel Castells (vgl. Ders. 1996), der Rifkin (1995) entschieden widersprach.

Interessant ist vor allem, dass die These den gemeinsamen Fixpunkt für ganz unterschiedliche Motive und Akteure darstellte, die sich z. B. aus dem Kreis von Feministinnen, gesellschaftskritischer Wissenschaft, Umweltbewegung und konservativ, wie neoliberal orientierten Politikern und Wissenschaftlern speisten:

- a) Ausgehend von der Prämisse eines Rückgangs des Arbeitsvolumens wurde sowohl in der Diskussion um 'nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften', als auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, die

²¹⁷ So z. B. die zentrale Botschaft der damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Kurt Biedenkopf, bei der öffentlichen Vorstellung der 'Bayernstudie' (Kommission 1996, 1997a, b) im November 1997 (vgl. Bonß 2000: 327).

- ‘informelle Ökonomie’ als Einkommensersatz proklamiert (vgl. BUND/Misereor 1996; Biesecker 2000 bzw. Rifkin 1995; Gorz 2000; Bonß 2000).
- b) Zudem wurde jeweils mit der Förderung von ‘Nicht-Erwerbsarbeit’, ‘Eigenarbeit’ oder auch ‘Bürgerarbeit’, die Erfüllung alternativer Wohlstandselemente verbunden, wie etwa die Erfahrung von Gemeinsinn, Selbsterfüllung, Zeitwohlstand, Geschlechterdemokratie, die demokratische und ökologische Gestaltung des Gemeinwesens usw. (vgl. Scherhorn 1997, 1998; Biesecker 2000; bzw. Kommission 1997b; Mutz 2000; Rifkin 1995; Gorz 2000).
- c) Sowohl im ‘konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs’, als auch zunächst im Nachhaltigkeitsdiskurs wurde die Förderung von ‘Bürgerarbeit’ bzw. ‘Eigenarbeit’ auch als ergänzende Strategie eines anvisierten Ausbaus von Niedriglohnarbeit interpretiert. Im ersten Fall (vgl. Kommission 1997b) wurde der Ausbau von Niedriglohnarbeit mit einer notwendigen „Anpassungsstrategie“ an ein steigendes Arbeitsangebot (problematisch sei hier die angestiegene Erwerbsneigung von Frauen) bei reduzierter Arbeitsnachfrage unter der Vorgabe, dass Arbeitskosten aufgrund der internationalen Wettbewerbssituation nicht steigen dürften, begründet. Im zweiten Fall (vgl. BUND/Misereor 1996) sollte ein durch eine negative Einkommenssteuer subventionierter, neu aufzubauender „Niedrigkostensektor“ dafür Sorge tragen, dass Arbeitslose, die aus dem „Hochlohnsektor“ herausgefallen seien, im Niedrigkostensektor „wieder eine sinnvolle Beschäftigung finden“ (a. a. O.: 356).

3) Infragestellung bestehender Systeme der sozialen Sicherung

Die Frage, wie der ‘informelle Sektor’ gefördert werden sollte, wurde in der Alternativökonomie-Diskussion Anfang bis Mitte der 1980er Jahre (vgl. Abschnitt 2.1.2) mit der übergreifenden arbeitspolitischen Leitthese beantwortet, dass arbeitsmarktexterne Optionen erstens durch Einführung eines Grundeinkommens²¹⁸ und zweitens durch Kürzung und Umverteilung der Arbeitszeit ermöglicht werden sollten (vgl. Gorz 1980, 1983; Büchele/Wohlgenannt 1985; Opielka/Vobruba 1986; Opielka/Stalb 1986; Vobruba 1986,

²¹⁸ Die Diskussion endete mit dem Plädoyer für eine Kombinierbarkeit statt Endkopplung von Arbeit und Einkommen (vgl. Bust-Bartels 1985 sowie auch zur aktuellen Grundeinkommensdiskussion, seit etwa dem Jahr 2005, den Abschnitt 2.1.2.3).

Bust-Bartels 1985). In den beiden wesentlichen Zukunftsdiskursen Mitte der 1990er Jahre ging es zwar nicht um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, also um die Entkopplung von Arbeit und Einkommen (eine Ausnahme stellt Gorz 2000²¹⁹ dar), gleichwohl wurde aber übergreifend das bisherige System der sozialen Sicherung grundlegend in Frage gestellt. Dies auch hier mit unterschiedlichen Zielrichtungen:

- a) Im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses wurde mit der 'negativen Einkommenssteuer' ein Konzept der Kombinierbarkeit von Arbeit und Einkommen als Ersatz des bisherigen Systems der sozialen Sicherung vorgeschlagen (vgl. BUND/Misereor 1996²²⁰; Biesecker 2000).
- b) Im 'konservativ-neoliberalen Zukunftsdiskurs' wurde mit der 'Anpassungsstrategie' gefordert, dass staatliche Leistungen stärker privatisiert, dereguliert und zum Teil eingeschränkt oder eingestellt werden müssten (vgl. Kommission 1997b). Mit dem 'Konzept der Bürgerarbeit' ging es weniger radikal um die Einführung eines 'Bürgergeldes', das in der Variante von Ulrich Beck als Ergänzung zum bis dato gültigen System der sozialen Sicherung verstanden wurde.²²¹
- c) Der in Deutschland breit diskutierte US-Amerikaner Jeremy Rifkin präferierte für Langzeitarbeitslose ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen („Sozialeinkommen“), welches mit einer Arbeitspflicht bezüglich des 'Dritten Sektors' verkoppeln werden sollte (vgl. 1995: 197f.).

²¹⁹ Gorz (2000) erinnerte auch daran, dass er selbst die Forderung nach einem bedingungslos gesicherten Grundeinkommen lange abgelehnt und in "Wege ins Paradies" (1983) gefordert habe, ein Allen gesichertes Grundeinkommen mit einer Arbeits-Pflicht zu verbinden. Dieses Modell bliebe aber in der Logik einer fordistisch-industrialistischen Arbeitsteilung gefangen. Es sei nicht mit den durch den Postfordismus und dem Übergang zu einer Wissensökonomie eröffneten Perspektiven vereinbar (vgl. Abschnitt 2.2.3.3).

²²⁰ In der Nachhaltigkeitsstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) wird unter der Überschrift 'Umbau der sozialen Sicherung' explizit gefordert, das vielgliedrige System der sozialen Sicherung durch eine einzige Art des Grundeinkommens (in Form einer negativen Einkommenssteuer) zu ersetzen, welches statt über Beiträge über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren sei (vgl. a. a. O.: S. 361ff.).

²²¹ Konzeptionell ist das Bürgergeld in der Variante von Ulrich Beck (1998, 2000) als Ergänzung der damaligen Grundsicherungsleistungen angedacht: „Arbeitslosen muß erlaubt werden, sich für Bürgerarbeit zu entschließen und zu engagieren, ohne daß dies ihren Anspruch auf Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit gefährdet. Hier verbirgt sich (langfristig) die Notwendigkeit, das Arbeitsförderungsgesetz zu reformieren – im Sinne einer Öffnung für Bürgerarbeit; zugleich auch die Arbeitsämter zu öffnen, also aus ihrer ausschließlichen Festlegung auf Erwerbsarbeit herauszulösen und auf eine Förderung auch der Bürgerarbeit auszurichten“ (Ders. 2000: 435). In der 'Bayernstudie' ist zu den Voraussetzungen des Bezugs zu lesen: „Die Maßstäbe sind die gleichen wie bei der Gewährung von Sozialhilfe ... Jedoch, die Bezieher von Bürgergeld sind bei sonst gleichen Voraussetzungen keine Empfänger von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, da sie in Freiwilligen-Initiativen gemeinnützig tätig sind. Auch stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, wenn sie das nicht wünschen. Sie sind keine Arbeitslosen“ (Kommission 1997b: 149).

- d) In der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) wurde, anders als in der ‚Wuppertal-Studie‘ und ‚Bayernstudie‘, kein radikaler Bruch mit den bisherigen Systemen der sozialen Sicherung gefordert, allerdings ein deutlicher Paradigmenwechsel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die zukünftig die Optionalität von ‚Mischarbeit‘ sozial- und arbeitsmarktpolitisch stützen sollte (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 555ff.; HBS 2000: 42 bzw. Abschnitt 3.4.5.2).

Des Weiteren gab es Vorschläge, die weder auf die Förderung eines informellen Sektors noch auf einen Bruch mit den bisherigen Systemen der sozialen Sicherung abzielten, aber auf eine Neuorientierung als Anpassung der Sozialpolitik an flexibilisierte Arbeitsverhältnisse setzten:

- a) In der internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion verwies Manuel Castells im ersten Band seiner Trilogie „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ (1996, dt. 2001a), basierend auf einem internationalen Vergleich, positiv auf den niederländischen Ansatz der ‚Flexicurity‘ (i.S. einer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Absicherung der Flexibilisierung von Erwerbsarbeit).²²²
- b) Die Anerkennung der Erosion eines empirisch dominanten ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ und die Revision des Leitbildes des ‚männlichen Familienernährermodells‘ als notwendige sozialpolitische und normative Neuorientierungen findet sich auch in der feministischen Nachhaltigkeitsdebatte (vgl. Spitzner 1998, 1999; Biesecker 2000; Notz 2003 bzw. Abschnitt 3.4.3). In dieser wird nicht generell ‚nachhaltige Arbeit‘ mit einer Förderung ‚des‘ ‚informellen Sektors‘ assoziiert, sondern auf der Grundlage eines differenzierten Arbeitsbegriffs nicht nur die Verantwortungszuweisung von Frauen für ‚Reproduktionsarbeit‘, sondern auch das Zusammenwirken unterschiedlicher bezahlter und unbezahlter Arbeitsformen (aus

²²² „Das Schlüsselement in diesem [niederländischen; Einfügung T.B.] Modell besteht darin, dass die in Teilzeit und Zeitarbeit beschäftigten noch immer vollständig durch die nationalen Sicherungssysteme für Gesundheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit und Alter abgedeckt werden. Und Frauen ... können auf eine subventionierte Kinderbetreuung rechnen. Dieses Modell einer ausgehandelten Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und Arbeitsbedingungen zusammen mit der Festlegung institutioneller und fiskalischer Verantwortlichkeit in den sozialen Sicherungssystemen scheint auch der positiven Erfahrung eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums mit niedriger Arbeitslosigkeit in Schweden und Norwegen zugrunde zu liegen“ (Castells 2001a: 306). Castells hebt außerdem auf verbesserte familiäre Beziehungen und Geschlechtergleichheit als Konsequenz dieses neuen Arbeitsarrangements ab (vgl. auch Abschnitt 2.2.3.2).

feministischer und ökologischer Perspektive) in Hinblick auf die sozialpolitischen Begrenzungen des Zusammenspiels thematisiert (vgl. Abschnitt 3.4.3).²²³

4) Forderungen nach Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung

Der zweite Ansatzpunkt der Debatte der 1980er Jahre zur Förderung der 'informellen Ökonomie' wurde in einer flankierenden Arbeitszeitverkürzungs- und Arbeitsumverteilungspolitik gesehen. Dagegen ist in den beiden Zukunftsdiskursen Mitte der 1990er Jahre im Wesentlichen die Forderung nach einer Reduktion von Erwerbsarbeitszeiten der kleinste gemeinsame Nenner, die mit gänzlich unterschiedlichen Motiven verbunden wurde:

- a) In der 'Bayernstudie' (Kommission 1997b) wurden insbesondere gestiegene Erwerbswünsche von Frauen für ein zukünftig schrumpfendes Pro-Kopf-Arbeitsvolumen verantwortlich gemacht. Im Rahmen der 'Anpassungsstrategie' wurde explizit formuliert, dass das individuelle Angebot von Erwerbsarbeit vermindert und flexibilisiert werden müsse (durch mehr Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung sowie die Verkürzung der individuellen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit), ohne dass dabei die Arbeitskosten und/oder die Erwerbsbeteiligung steigen dürften (vgl. a. a. O.: 3.) Es ging insgesamt mit den Arbeitszeitreduzierungsmaßnahmen nicht um eine Umverteilung von Arbeitszeiten, sondern im Gegenteil darum, insbesondere Frauen vom regulären Arbeitsmarkt fern zu halten bzw. nur marginal einzubinden und ersatzweise Bürgerarbeit anzubieten (vgl. auch Abschnitt 2.2.2 sowie Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998).
- b) Jeremy Rifkin (1995) sah in der Subventionierung von Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen²²⁴ vor allem ein Mittel, um die Zunahme der

²²³ Gisela Notz formuliert den Grundkonsens der Feministinnen wie folgt: „Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die meisten Strukturbedingungen, die immer noch von einem 'Haupternährer' und einer 'Zuverdienerin' ausgehen, widersprechen dem Prinzip der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit, weil Frauen und Männer sich nicht ebenbürtig begegnen können“ (Notz 2003: 430).

²²⁴ Rifkin befürchtete Wettbewerbsnachteile der Arbeitgeber bei Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen mit Lohnausgleich und setzte daher – abgesehen von seinem nicht weiter ausgeführten Vorschlag der direkten Beteiligung der Beschäftigten an Produktivitätszuwächsen - auf Steuererleichterungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie auf die Absenkung von Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit reduzieren.

Arbeitslosigkeit zu verhindern. Hinsichtlich der Reichweite von Arbeitsumverteilungsmaßnahmen war er skeptisch, die für ihn kein Instrument zur Förderung des von ihm postulierten Ausbaus des 'Dritten Sektors' darstellen. Diesbezüglich setzt er vor Allem auf ein 'Sozialeinkommen' für Arbeitslose, das nur gegen die Ableistung gemeinnütziger Arbeit im Dritten Sektor geleistet werden sollte (vgl. 1995: 173ff.).

- c) In der Nachhaltigkeitsstudie 'Zukunftsfähiges Deutschland' (BUND/Misereor 1996) wird zum einen aus „Gründen der sozialen Fairneß“ gefordert, dass „jede Frau und jeder Mann mindestens Zugang zu einem bezahlten Teilzeit-Arbeitsplatz hat“ (a. a. O.: 355; Hervorhebung in kursiv im Original). Voraussetzung der Teilzeitgarantie sei eine „noch flexiblere Ausgestaltung der Erwerbsarbeitszeiten“ (ebenda). Zur Realisierung wird zudem auf einen neu aufzubauenden Niedriglohnsektor verwiesen. Aus Gründen eines verringerten Ressourcenverbrauchs seien Arbeitszeitreduzierungen (ohne Lohnausgleich) notwendig, die (ökologisch verträglicher) über „unbezahlte Eigenarbeit“ und den Ausbau einer „lokalen Selbstproduktionssphäre“ kompensiert werden müsse.²²⁵ Voraussetzung sei, dass die dominierende Erwerbsarbeit von einer „Lebensarbeitszeitpolitik“ abgelöst wird, „bei der es nicht um Erwerbsarbeit oder Eigenarbeit, sondern um Erwerbsarbeit und Eigenarbeit für Männer und Frauen“ im Lebenslauf ginge (a. a. O.: 357; Hervorhebung in kursiv im Original).

Jenseits des damaligen Mainstream-Zukunftsdiskurses gab es auch Stimmen, die mit Arbeitszeitpolitik primär einen egalitären Anspruch verbanden:

- a) Hinsichtlich der arbeitszeitpolitischen Diskussion, ob Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen mit oder ohne Lohnausgleich auszugestalten wären, plädierte Manuel Castells für ersteres, da Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen in der Geschichte der Industrialisierung stets mit Produktivitätssteigerungen und höheren Realeinkommen einhergegangen wären und dies auch für die Zukunft möglich sei (vgl. 2001a: 288).

²²⁵ Siehe auch die ähnliche Argumentation der 'Eigenarbeitsperspektive' von Gerhard Scherhorn (1997, 1998), die den Bereich der Erwerbsarbeit in emanzipatorischer Hinsicht fallen lässt und zudem – wie die 'Wuppertal-Studie' (BUND/Misereor 1996) die Diskriminierung der Frauen im Kontext der Versorgungsarbeit ausblendet (vgl. Abschnitt 3.4.3.2).

- b) Um die Vision einer „multiaktiven Kulturgesellschaft“ umzusetzen, wird von Gorz auf Arbeitszeitpolitik als „zentrales kapitalistisches Konfliktfeld“ abgehoben (vgl. Ders. 2000: 104f.): Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung müsse zugleich ein abnehmendes Arbeitsvolumen auf eine wachsende Zahl von Erwerbstätigen verteilen, den Prozentsatz an festen Langzeitarbeitsplätzen erhöhen und die Diskontinuität von Erwerbsarbeit in Zeitsouveränität, d. h. „in selbstgewählte und selbstbestimmte Möglichkeiten von Diskontinuität und Flexibilität“ (a. a. O.: 139) umwandeln.²²⁶
- c) Im Rahmen der feministischen Nachhaltigkeitsforschung, die systematisch unbezahlte Arbeitsformen differenzierte und konzeptualisierte, dominierte die Sichtweise von etwa Adelheid Biesecker (2000), nach der eine ‚generelle Arbeitszeitverkürzung‘ eine zentrale Voraussetzung ist, um (als Zielperspektive einer nachhaltigen Arbeitszeitpolitik) sowohl Männern als auch Frauen ‚verschiedene Formen des Arbeitens‘ zu ermöglichen. Damit würde ein Beitrag zur Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und für den Ausbau einer im Vergleich zur ‚Marktökonomie‘ ökologischeren ‚Versorgungsökonomie‘ geleistet.²²⁷
- d) Anknüpfend an die feministische Nachhaltigkeitsforschung und an industriesoziologische Befunde zur Flexibilisierung von (Erwerbs-)Arbeit, wurde in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) im Kontext des ‚Konzepts der Mischarbeit‘, das in horizontaler Perspektive auf die ‚Ermöglichung‘ der Gleichzeitigkeit verschiedener Tätigkeiten nebeneinander, aber hauptsächlich in vertikaler Perspektive auf die Abfolge verschiedener, diskontinuierlicher Tätigkeiten

²²⁶ Gorz greift die Flexibilisierung von Arbeit und Zeit also offensiv auf und fordert ein „Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen“. Notwendig sei: „Die Arbeit immer diskontinuierlicher zu gestalten, den Beschäftigten die Wahl zwischen zahlreichen Formen der Diskontinuität anzubieten und letztere so in eine neue Freiheit zu verwandeln. *Es muß also ein Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen und auf ein multiaktives Leben geben, in dem Berufsarbeit und unbezahlte Aktivitäten einander ablösen und ergänzen*“ (a. a. O.: 136-137; Hervorhebung im Original). Positiv Bezug nehmend auf die damalige dänische Arbeitszeitpolitik untermauert Gorz seine These, dass diskontinuierliche Arbeit nicht notwendig die Prekarität des Arbeitsplatzes mit sich bringen müsse, sondern über diskontinuierliche Arbeit auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert werden könne: Ansprüche auf einjährige Beurlaubung, Bildungsurlaub, Erziehungszeiten, Freistellung wegen Pflege oder Tätigkeiten im öffentlichen Interesse führten in Dänemark dazu, die Berufsarbeit häufiger zu unterbrechen und würden damit einen Beitrag zur Arbeitsumverteilung leisten.

²²⁷ Allerdings gab es auch kontroverse Positionen, die u. a. warnten, dass Erwerbsarbeitszeitverkürzungen im Gleichklang mit der Förderung von Eigenarbeit Geschlechterhierarchien verstärken würden und Eigenarbeit nicht per se ökologische Vorteile aufweise, insofern die Perspektive der Vermarktlichung bisher unbezahlter Arbeit sinnvoller sei (vgl. Becker 1998).

[-kombinationen] im Verlauf des Arbeitslebens abzielt, diverse Maßnahmen zur Umverteilung der Erwerbsarbeit und der anderen Arbeitsformen vorgeschlagen. Diese zielten auf die „Vereinbarkeit zwischen den verschiedenen Arbeitsformen, Familie und Freizeit“ (a. a. O.: 42). Neben Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Förderung von Zeitsouveränität, ging es um die Umverteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern und darüber hinaus um die Stärkung gemeinschaftlicher Selbsthilfe durch Nichterwerbsarbeit (vgl. Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000; Hildebrandt 2003).²²⁸

Festzuhalten ist, dass trotz teilweise unterschiedlicher Motivlagen eine relativ große Schnittmenge gemeinsamer Perspektiven der beiden Zukunftsdiskurse der 1990er Jahre festzustellen ist, die auf einer geteilten - wenngleich unterschiedlich begründeten - Krisenfeststellung fußt, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Annahme eines rückläufigen Arbeitsvolumens darstellt. In den Zukunftsstudien, die für das Agenda-Setting der beiden Zukunftsdiskurse verantwortlich waren (also insbesondere die ‚Bayernstudie‘ und die ‚Wuppertal-Studie‘), wurden konkrete Politikvorschläge unterbreitet, die als Gemeinsamkeiten u. a. den Aufbau eines Niedriglohnsektors und die parallele Förderung von unbezahlter ‚Bürger-‘ oder ‚Eigenarbeit‘, grundlegenden Reformbedarf bei den bis dato gültigen staatlichen Systemen der sozialen Sicherung, Erwerbsarbeitszeitverkürzungen (ohne Lohnausgleich durch die Arbeitgeber) und Arbeitszeitflexibilisierungen postulierten.

²²⁸ Im Projektabschlussbericht werden drei hier relevante Strategiebündel vorgeschlagen (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 556-559):

- ‚Soziale Arbeitszeitmuster‘ sollen über eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit Beschäftigungsklausel, die rechtliche Gewährleistung individueller Zeitoptionen in den verschiedenen Arbeitsformen, die Begrenzung der betrieblichen Flexibilisierung von Arbeitszeiten durch gesellschaftliche Zeitvereinbarungen und die Begrenzung der Arbeitsintensivierung durch einen Beschäftigungsausgleich bei Arbeitszeitverkürzung und die Integration von Fortbildungs-, Beteiligungs- und Gesundheitsbausteinen in der Arbeitszeit unterstützt werden;
- Mit dem Strategiebündel der ‚Absicherung optionaler Mischarbeit‘ geht es um die Bereitstellung von Übergangshilfen und der Aufbau von Übergangsmärkten, eine Aufwertung von Nichterwerbstätigkeiten (über die Sozialversicherungs- und Steuersysteme) sowie eine Anpassung des sozialen Sicherungssystems an veränderte Erwerbsbiografien und ihre Öffnung für Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit;
- Die Strategie der ‚Erhöhung geschlechterdemokratischer Zugangschancen‘ soll über die betriebliche Anerkennung von Versorgungstätigkeiten (u. a. Abbau von Diskriminierung bezüglich ‚Karriereknick‘, Freistellungsregelungen), Regelungen der Abstimmung flexibler Erwerbsarbeitszeiten mit Reproduktionsarbeitszeiten für beide Geschlechter in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen (familiengerechte Arbeitszeiten, Teilerziehungsurlaub) und die Ausweitung des Angebots für Pflege und Betreuung erfolgen.

4.1.2 Übergreifende `blinde Flecken` der Zukunftsdiskurse

Die dominanten Perspektiven eines Diskurses konstruieren den Diskursrahmen derart, dass alle auf sie folgenden Diskursbeiträge an sie anschließen und in der Folge im Rahmen des Diskurses keinerlei Fragen zu grundlegend alternativen Interpretationen der `Wirklichkeit` aufgeworfen werden. Die Themen, die mit dem Agenda-Setting ausgeblendet werden, sind aber als `blinde Flecken` des Diskurses für eine herrschaftskritische Analyse und Kontextualisierung von besonderem Interesse. Im Folgenden dient daher weitestgehend die bereits herausgearbeitete Schnittmenge der Perspektivenformulierungen als Ausgangspunkt des Ausweises der gemeinsamen blinden Flecken beider Diskurse:

(1) Hinsichtlich der unterschiedlich begründeten, aber gemeinsamen Feststellung einer `Krise der Wohlstandsproduktion`, bestand der kleinste gemeinsame Nenner beider Zukunftsdiskurse in der *Prämisse eines stetig rückläufigen Pro-Kopf-Arbeitsvolumens*. Diverse Forschungsbefunde stellen diese Prämisse in Frage:

Allein aus empirischer (und international vergleichender) Perspektive wurde der in den 1990er Jahren aufgestellten These vom `Ende der Arbeit` eine Absage erteilt (vgl. u. a. Castells 1997; Erlinghagen 2011). Und aus gesellschaftstheoretischer Perspektive lautete z. B. der Einwand von Joachim Hirsch (1999), dass unter kapitalistischen Produktionsbedingungen Arbeit als Quelle von Mehrwert überhaupt nicht ausgehen kann. Zum Kapitalismus gehöre die permanente Umwälzung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und die zyklische Produktion einer industriellen Reservearmee. Was tatsächlich zu Ende gegangen sei, „ist eine spezifische historische Gestalt des Kapitalismus, nämlich der Fordismus“ (a. a. O.: 2).

Auch die Einwände gegen das `Ende der Arbeitsgesellschaft` in der Debatte der 1980er Jahre (vgl. Abschnitt 2.1.1.5) verdeutlichten, dass die Rede vom `Ende der Arbeitsgesellschaft` nur zutreffend ist, wenn mit dieser die `Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit` gemeint ist,²²⁹ die wiederum eine historische Ausnahmesituation darstellte (vgl. Lutz 1984). In dieser Arbeit wurde zudem darauf hingewiesen, dass nicht einfach nur eine Epoche der

²²⁹ Da in der `Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit` Vollbeschäftigung primär bei männlichen Erwerbspersonen anzutreffen war, sprach Hermann (2008) zudem von einer „halbierten Vollbeschäftigungsgesellschaft“.

Vollbeschäftigung zu Ende gegangen ist, vielmehr war die Vollerwerbsgesellschaft von Anfang an Ideologie: Bereits mit der Herausbildung des Kapitalismus und des Proletariats wurden Menschen von Beschäftigung ausgeschlossen und haben sich keineswegs selbst ausgeschlossen.²³⁰

Die Prämisse der beiden Zukunftsdiskurse der 1990er Jahre (bezüglich eines stetig rückläufigen Arbeitsvolumens) überzeichnete folglich das `Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft` und ignorierte, dass unter kapitalistischen Bedingungen „Arbeit als Quelle von Mehrwert überhaupt nicht ausgehen kann“ (Hirsch 1999: 2). Daraus folgt wiederum, dass die *Debatte `blind` für den tatsächlich ablaufenden Transformationsprozess von `gesellschaftlicher Arbeit` unter kapitalistischen Bedingungen* - zudem noch im Kontext eines sich neu strukturierenden Kapitalismus - war. Der Soziologe Nicolai Egloff bilanzierte z. B.: „Die Entwicklungstendenzen gesellschaftlicher Arbeit ... zeigen keineswegs die Zunahme von aus der formalen Erwerbsrationalität ausgenommenen Tätigkeitsformen, sondern lassen sich im Gegenteil als Prozeß der Subsumtion von immer weiteren menschlichen Tätigkeitsbereichen unter die formalen Imperative der Kapitalverwertung beschreiben“ (1996: 105).²³¹

Teilt man zudem den Befund von Michel Foucault, dass etwa der `Neoliberalismus` mehr als nur ein bestimmtes politisch-ökonomisches System ist, da er auf die Vermarktlichung der Individuen selbst zielt (vgl. 2004a, b sowie Lemke 2011), dann ist über Egloff hinausgehend die These zu formulieren, dass *ein blinder Fleck* der beiden Zukunftsdiskurse, nicht nur in dem Ausblenden eines *erneuerten und umfassenderen kapitalistischen Verwertungszugriffs*

²³⁰ Dies zeigen insbesondere die Analysen des Historikers Fernand Braudel über die Spaltung der Gesellschaft im 16. Jahrhundert im Kontext der Entwicklung von Geldwirtschaft und beginnender Kapitalakkumulation: „Kurz, es gibt viele Arme, viele Elende – ein großes Proletariat, dem die Geschichtswissenschaft allmählich ... einen Platz einräumt. Ein Proletariat, das auf der gesamten Aktivität des Jahrhunderts lastet und dessen Gewicht im Laufe der Jahrhunderte immer drückender wird. Auf diesem Boden gedeiht ein hartnäckiges Brigantentum – eine echte soziale Revolution, die jedoch einen endlosen, unfruchtbaren Verlauf nimmt. Denn am Ende regelt das allgemeine Elend den Konflikt: Es wirft Arme und Mittellose gnadenlos auf den absoluten Nullpunkt zurück. ... Arme, die immer in Armut gelebt haben, Tunichtgute aus den Städten, wie sie durch Schelmenromane berühmt geworden sind, Straßenräuber, echte und falsche Bettler, die ganze gente del hampa und die hampones, die Landstreicher – all diese Leute haben mit der Arbeit gebrochen; allerdings erst nachdem die andere Seite, die der Arbeit und Beschäftigung, nichts mehr von ihnen wissen wollte“ (1994: 164).

²³¹ Insofern verwundert es auch nicht, dass in den Zukunftsdiskursen auch etwa die `Krise der Reproduktionsarbeit` (Spitzner 1998a) ausgeblendet wurde, die verdeutlicht, dass auch unbezahlte Reproduktionstätigkeiten von erneuerten Kapitalverwertungsstrategien beeinflusst werden.

auf 'Arbeits- und Lebenswirklichkeiten' besteht, sondern letztlich auch in dem 'Zugriff auf Konstituierungsprozesse der Individuen' selbst.

(2) Zweitens besteht ein weiterer blinder Fleck der beiden Mainstream-Zukunftsdiskurse der 1990er Jahre in dem Paradox der Arbeitsideologie, nämlich darin, dass alle arbeiten müssen, obwohl nicht ausreichend Arbeitsplätze für alle vorhanden sind: sei es im 'neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurs' als Bürger- und Niedriglohnarbeiter (vgl. Kommission 1996, 1997a, Giarini/Liedtke 1997) oder im Mainstream-Nachhaltigkeitsdiskurs im aufzubauenden Niedriglohnsektor, ergänzt um die Sphäre der Eigenarbeit (vgl. BUND/Misereor 1996). Fragen nach dem Sinn von Arbeit wurden hier nicht mehr gestellt (vgl. kritisch Gorz 2000: 9). Die geteilte Perspektive beider Mainstream-Zukunftsdiskurse - dass die Zukunft der Arbeit nicht mehr allein in der Erwerbsarbeit liegt - ermöglichte insofern eine *modifizierte und zugleich verschärfte Arbeitsideologie*, als im Gegensatz zum damaligen Status quo auch jenseits des 'ersten Arbeitsmarktes' gearbeitet werden sollte.

(3) Sowohl im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses, als auch im neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurs wurden mit der Prämisse eines stetig abnehmenden Pro-Kopf-Arbeitsvolumens für die konstatierte *Krise der Wohlstandsproduktion* (abgesehen von der ökologischen Argumentation) keine überzeugende *Ursachenanalyse* angeboten. Der gemeinsame blinde Fleck besteht hier in der ausgebliebenen politisch-ökonomischen Kontextualisierung der 'Globalisierung', insbesondere in Form der '*Durchsetzung eines globalen neoliberalen Projektes*' (vgl. Demirovic 1997):²³²

Im Nachhaltigkeitsdiskurs wurde die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus mit seinen sozialen Folgen nicht thematisiert. Dies obwohl nach dem initialen 'Rio-Erdgipfel' von 1992 (mit dem u. a. Entwicklungsversprechen auf internationale Verteilungsgerechtigkeit und Demokratisierung auch auf internationaler Ebene verbunden wurden) nur zwei Jahre später mit der Gründungskonferenz der WTO in Marrakesch, als faktisches neues Politikparadigma (nach der Auflösung der geopolitischen Ost-West-Teilung) die 'Freihandelsdoktrin' und neoliberale Politiken, an Stelle von 'Sustainable Development' als (scheinbar) konträres, globales Politikparadigma, schon sehr bald und deutlich nicht-nachhaltige Folgen zeitigten.

²³² Darauf wurde sehr wohl in der gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion der 1990er Jahre – aber eben nicht in den beiden Mainstream-Zukunftsdiskursen - verwiesen.

Auch arbeits- und sozialpolitische Folgen der sukzessiven Durchsetzung neoliberaler Politiken auf nationaler Ebene (durch die Deregulierung der Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkte, Privatisierungen und den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften) sowie industriesoziologische Befunde zur 'Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit', die eben keine 'sozial-nachhaltige Lebensführung' ermöglicht (vgl. Arbeit und Ökologie 2000), wurden zunächst ignoriert.

Ähnlich wurde in dieser Arbeit als diskursanalytisches Zwischenfazit zum Diskurs zur 'Zukunft der Arbeitsgesellschaft' festgestellt (vgl. Abschnitt 2.3.2), dass zu den blinden Flecken des neoliberal-konservativen Zukunftsdiskurses der durch die Politik unterstützte (und primär auf supranationaler Ebene über die Flexibilisierung und Deregulierung der Waren-, Finanz- und Arbeitsmärkte durchgesetzte) '*postfordistische Restrukturierungsprozess von Arbeit*' (der zu einem Funktionsverlust von Arbeit als organisierendes Zentrum der Wohlstandsverteilung und sozialer Kohäsion führte, vgl. Gorz 2000), der *neoliberale Umverteilungsprozess gesellschaftlichen Reichtums* und das *Paradox der Arbeitsideologie* zu zählen sind.

(4) Neben dem neoliberalen Restrukturierungsprozess ist '*soziale Ungleichheit*' als weiterer blinder Fleck beider Mainstream-Zukunftsdiskurse offensichtlich. Soziale Ungleichheit und die *Fragen, wie soziale Ungleichheit und eine ungleiche Wohlstandsverteilung gesellschaftlich reproduziert werden*, wurden weder in der 'Bayernstudie' noch in der 'Wuppertal-Studie' thematisiert. Fragen der Teilhabe an Produktivitätsfortschritten wurden trotz der in den Sozialwissenschaften zeitgleich ablaufenden Debatten nicht behandelt. Trotzdem wurden, als gemeinsame Schnittmenge der Perspektivenformulierungen beider Mainstream-Zukunftsdiskurse, bestehende Systeme der sozialen Sicherung und der 'keynesianische Wohlfahrtsstaat' pauschal - und quasi nebenbei - grundlegend in Frage gestellt.

Interessant ist in dieser Hinsicht insbesondere der Nachhaltigkeitsdiskurs. In seiner zweiten Phase wurden Entwicklungsversprechungen der ersten Phase auf 'Verteilungsgerechtigkeit' (in internationaler, intergenerativer und intragenerativer Perspektive) in eine soziale Ungleichheit ausblendende Debatte um einen 'nachhaltigen Wohlstandsbegriff' umgedeutet, die primär auf immaterielle Wohlstandsqualitäten abhob und materielle

Wohlstandsbedingungen mit der Kritik am ´fordistischen Massenkonsum` übergang (vgl. Abschnitt 3.5.1.2). Mit dieser rückwärtsgewandten Argumentation - nach dem Ende des Fordismus - wurde der sich (insbesondere international) vollziehende neoliberale Umverteilungsprozess gesellschaftlichen Reichtums verdeckt. Diesem ´Elitediskurs` mangelte es naturgemäß an Anschlussfähigkeiten an z. B. verteilungs- und bildungspolitische Fragestellungen.

(5) Auch die feministische Kritik an der Eigenarbeitsperspektive des Nachhaltigkeitsdiskurses machte deutlich, dass etwa die ´Krise der Reproduktionsarbeitszeit`, die vor allem Frauen negativ tangiert, missachtet wurde. Diese wurde einerseits ausgelöst durch die zugenommene flexible Teilzeitbeschäftigung von Frauen und andererseits erhöhte Anforderungen an Reproduktionsarbeit, aufgrund von Arbeitsintensivierungen in der Erwerbsarbeit (vgl. Spitzner 1998, 1999), wie auch durch Auslagerungsprozesse vormals bezahlter Dienstleistungen in unbezahlte Reproduktionstätigkeiten (vgl. Brandt 1998b). Mit dieser Leerstelle ließ sich im Nachhaltigkeitsdiskurs vortrefflich für einen Wertewandel hin zu einer neuen ´Zeitkultur` und für mehr ´Zeitwohlstand` (vgl. Scherhorn 1995) plädieren.

Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen – als gemeinsame Perspektivenformulierung beider Zukunftsdiskurse – zielten in der ´Wuppertal-Studie` primär auf vermeintliche ökologische Effekte im Gleichklang mit der Förderung der Eigenarbeitssphäre, ohne mögliche Effekte der Verstärkung von Geschlechterhierarchien zu thematisieren. In der ´Bayernstudie` zielten Arbeitszeitverkürzungen darauf, Frauen vom Arbeitsmarkt fern zu halten. *Herausforderungen einer gerechteren Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern* wurden in der gemeinsamen Perspektive von notwendigen Arbeitszeitverkürzungen ausgeblendet.

(6) Wenn schon gegenüber der Alternativökonomie-Diskussion der 1980er Jahre der Einwand erhoben wurde, dass diese zu wenig von der Chancenperzeption der Menschen ausging (vgl. Vobruba 1998), so gilt dieses um so mehr für die Mainstream-Zukunftsdiskurse der 1990er Jahre: *Gesellschaftliche Konflikte, divergente Interessen, Macht- und Herrschaftsfragen* und solche nach den *Akteuren sozialen Wandels* und ihrer *demokratischen Legitimation* wurden in *beiden Zukunftsdiskursen ausgespart*. Gesellschaftliche Grundsatzentscheidungen wurden schlicht als Aufgabe der Politik und *nicht als demokratischer Konsensfindungsprozess*

definiert (vgl. Abschnitt 2.3.3 sowie 3.5.2.2). Die Tatsache, dass von der Politik ausgewählte Experten mit der Erstellung der Zukunftsstudien beauftragt wurden, die im Rahmen der Auftragsforschung und in finanzieller Abhängigkeit von ihren Auftraggebern Zukunftsthemen bearbeiten, schließt naturgemäß selbstreferentielle Fragen nach der demokratischen Repräsentativität und Legitimation, der aus den Studien folgenden politischen Wirkungen, aus.

Besonders interessant ist hier der Nachhaltigkeitsdiskurs, in dem einerseits programmatisch eine Demokratisierung eingefordert wird, andererseits aber eine Überführung des Nachhaltigkeitsthemas in relativ isolierte, regierungsnahen Expertendialoge erkennbar ist (vgl. Abschnitt 3.5.2.1). Selbst auf der programmatischen Ebene finden sich widersprüchliche Aussagen. Zum Beispiel werden in der 'Wuppertal-Studie', die sich selbst auch darüber zu legitimieren versucht, dass ihre Ergebnisse unter Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und entsprechender Konsultationsprozesse entstanden sind, demokratisch zweifelhafte Begründungen hinsichtlich ihres Vorschlags der zusätzlichen Einrichtung von Sachverständigenkommissionen oder 'ökologischen Räten' gegeben. Diese seien notwendig, da „in unserer Form der Demokratie kein Politiker und keine Politikerin dem Wahlvolk Einschränkungen abverlangen können, da dies mit Abwahl bestraft würde“ (BUND/Misereor 1995: 32).

4.2 Thesen zur Genese, zum Auslaufen und zu ausgebliebenen Synergieeffekten der Zukunftsdiskurse

4.2.1 Genese und Auslaufen der Zukunftsdiskurse – erfolgreiche Antworten auf zeitweilig ungelöste Herausforderungen eines globalen, neoliberalen Projektes

Mit der Analyse der Schnittmenge arbeitspolitischer Leitperspektiven beider Zukunftsdiskurse und dem anschließenden Aufzeigen der 'blinden Flecken' ging es um eine

gemeinsame diskurskritische Kontextualisierung der Diskurse.²³³ Damit kann auf die hier diskursanalytisch fundamentalen Fragen überleitet werden, warum die beiden Mainstream-Zukunftsdiskurse überhaupt geführt und warum sie bereits nach kurzer Zeit zur Jahrtausendwende wieder beendet wurden?

Grundlegend ist zunächst, dass sowohl der Nachhaltigkeitsdiskurs, als auch der Diskurs zur Zukunft der Arbeit, von einem epochalen und globalen politisch-ökonomischen Umbruchprozess begleitet und beeinflusst wurde. Die Debatteninhalte reflektieren hier Antwort- und Einflussversuche der mit unterschiedlicher Macht ausgestatteten Diskursteilnehmer auf diesen Umbruchprozess. Dabei ist es Aufgabe von Diskursstrategien, die Problemwahrnehmung und die mit ihr verbundenen Handlungsanleitungen rhetorisch so abzusichern, dass es beim Subjekt erst gar nicht zu einem Abwägen kommt, ob ‚die Sache‘ näherer Aufmerksamkeit und einen eigenen Ressourceneinsatz Wert ist (vgl. Schetsche 2008: 129 ff.).

Eine wesentliche Gemeinsamkeit der beiden Mainstream-Zukunftsdiskurse bestand in der These, dass die Zukunft der Arbeit nicht allein in der Erwerbsarbeit liegt. Im diskursanalytischen Zwischenfazit zum Diskurs über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Abschnitt 2.3.2) wurde entsprechend die Frage aufgegriffen, welche Funktion die These erfüllte, wenn sie doch faktisch folgenlos blieb?

Dazu wurde die These formuliert, „dass der Mainstream-Diskurs der 1990er Jahre im Kontext eines ‚postfordistischen Restrukturierungsprozesses‘ zu sehen ist und gewissermaßen Suchrichtungen einer neoliberal orientierten, politischen und intellektuellen Elite reflektiert, angesichts eines in den 1970er Jahren sichtbar gewordenen allgemeinen Falls der Profitrate, Ökonomie, Gesellschaft und Kapitalakkumulation so zu verändern, dass entweder lebendige Arbeit billiger wird und/oder unbezahlte Subsistenztätigkeiten ausgedehnt werden, ohne zugleich auf Arbeit als Disziplinierungsmittel zur Herrschaftsabsicherung verzichten zu müssen“ (a. a. O.).

²³³ Mit dem Agenda-Setting der arbeitspolitischen Leitperspektiven (i. e. Feststellung einer Krise der Wohlstandsproduktion als stetige Abnahme des Arbeitsvolumens, Zukunft der Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitszeitflexibilisierungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme) wurden (als ‚blinde Flecken‘) u. a. folgende Kontexte ausgeblendet: die Durchsetzung eines globalen neoliberalen Projektes, soziale Ungleichheit, der Transformationsprozess gesellschaftlicher Arbeit, eine modifizierte Arbeitsideologie, Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und die ‚Krise der Reproduktionsarbeitszeit‘ sowie Macht- und Herrschafts- wie Demokratiefragen.

Zentral war hier der Rekurs auf Joachim Hirsch (1999), der betonte, dass das Problem des 'postfordistischen Restrukturierungsprozesses' bleibe, dass *für die Produktion materieller Güter zunehmend weniger lebendige Arbeit* benötigt wird, die auf den *Produktions- und Reproduktionsprozess bezogenen Dienstleistungen aber anwachsen*. Im Gegensatz zur Kommodifizierung von Produktions- und Reproduktionsarbeit im Fordismus würde es jetzt darum gehen, „viele Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit wieder zu peripherisieren und gleichzeitig reproduktionsnotwendige Dienstleistungen in schlecht oder überhaupt nicht bezahlte Arbeitsverhältnisse abzudrängen“ (a. a. O.: 3).

Festzustellen ist, dass mit dem gemeinsamen Plädoyer beider Mainstream-Zukunftsdiskurse für den Ausbau von Niedriglohnarbeit und die parallele Aufwertung von Nichterwerbsarbeiten Antworten gegeben wurden, wie die Kosten der für den Produktions- und Reproduktionsprozess zunehmend benötigte Dienstleistungen minimiert bzw. aus dem Erwerbssektor herausgenommen und wie zugleich die Arbeitsideologie modifiziert werden könnte. Die vorgeschlagenen Misch- und Bürgerarbeitsmodelle (vgl. etwa Bergmann 1997; Rifkin 1995; Kommission 1997b; Beck 1998, 2000; Mutz 2000), die auf Ausgegrenzte zielten und zeigten, wie diese zeitweilig beschäftigt werden könnten, boten hier eine Lösungsmöglichkeit (oder soziale Befriedungsstrategie) an, damit letztere sich nicht von der 'Leistungs- und 'Arbeits'-Gesellschaft' abwenden.

Für das *Auslaufen beider Zukunftsdiskurse* ist nun entscheidend, dass mit dem tatsächlich erfolgten Ausbau von Niedriglohnarbeit im Dienstleistungsbereich, im dem größtenteils Frauen beschäftigt werden (u. a. flankiert durch die Neuregelung geringfügiger Beschäftigung im Jahr 2003, vgl. Brandt 2005b, 2006) und dem arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel hin zur 'activation policy', der mit den Hartz-Reformen (vgl. Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002 sowie Bundesregierung 2003) die *Arbeitsideologie* mit dem Slogan des 'Fordern und Förderns' *verstärkte*, die *These der Mainstream-Diskurse*, dass die Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit liegt, faktisch *überflüssig geworden ist*: Mit der nur prekären, kostengünstigen und (durch Teilzeitarbeit) teilweisen Einbindung der 'Überzähligen' in den Arbeitsmarkt konnte zugleich die Arbeitsideologie modifiziert und die Kosten für zunehmende produktionsbezogene Dienstleistungen und reproduktionsnotwendige Tätigkeiten niedrig gehalten und im Ergebnis dem allgemeinen Fall der Profitrate entgegen gewirkt werden. Ergänzend wurde mit den Infragestellungen der Systeme der sozialen Sicherung in beiden Zukunftsdiskursen zugleich der ideologische Boden für eine neoliberale Politik vorbereitet, die in Deutschland seit der Jahrtausendwende zu

verstärkten Umverteilungseffekten des gesellschaftlichen Wohlstands und einem Rückbau des Wohlfahrstaates führte. Insofern waren die neoliberalen Implikationen beider Diskurse erfolgreich und im Weiteren in Form einer Verkopplung mit der Perspektive der Förderung von Nichterwerbsarbeit (vorläufig) überflüssig geworden.

Dieses Erklärungsmodell für die Genese und das Auslaufen des Diskurses zur Zukunft der Arbeit bietet allerdings *noch keine Antwort auf die Frage nach der notwendigen Genese des Nachhaltigkeitsdiskurses*. Eine Besonderheit des Nachhaltigkeitsdiskurses ist seine Genese auf ausgerechnet *supranationaler Ebene*. Dies verweist deutlich auf den politischen Globalisierungskontext eines sich „restrukturierenden globalen Kapitalismus“ (Demirovic 1997):

Der im Kontext des Endes der geopolitischen ‘Ost-West-Weltordnung’ und der sich neu strukturierenden Weltwirtschaft stehende, auf supranationaler Ebene entstandene Nachhaltigkeitsdiskurs der ersten Phase war funktional, um mit seinen Entwicklungsversprechungen auf Demokratisierung, internationale Verteilungsgerechtigkeit und Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie weltweit die neue Weltwirtschaftsordnung zu legitimieren, die faktisch einer neoliberalen Freihandelsdoktrin folgte.²³⁴ Als der sich global durchsetzende Neoliberalismus und diese ihn unterstützenden, neu geschaffenen, internationale Organisationen (wie insbesondere die im Jahr 1994 gegründete WTO), schließlich als alternativlos erschienen und zudem die internationale Gipfeldiplomatie zum Rio-Nachfolgeprozess und die international agierende NGO’s, deren Beteiligung kurzweilig als Demokratisierungsbeleg diente, enttäuschten, verlor das Nachhaltigkeitsparadigma als globales Leitbild (mit der Funktion die neue Weltwirtschaft zu legitimieren) an Bedeutung.

Insbesondere Alex Demirovic (1997) hat hier auf die ambivalente Funktion international agierender NGOs als supranationale Akteure von ‘Sustainable Development’ aufmerksam gemacht. Diese wären einerseits ‘Sand im Getriebe’ der neuen Weltordnung, andererseits würden sie föderalisierend wirken, weil sie bürokratisch-zentralistische, hierarchische Entscheidungsprozesse durch horizontale Netzbildung neu gliedern, womit jedoch Protest in eine Vielzahl von Aushandlungs- und Implementierungsprozesse desartikuliert würde. Gerade diese neue Form der Gewaltenteilung würde nun einer Dynamik des ‘demokratischen Bruchs’ entgegen wirken, der voraussetze, dass sich verschiedenen soziale

Protestpraktiken und Identitäten in einer Weise artikulieren, dass sie sich in einem Antagonismus verdichten, der demokratische Bewegung und Instanzen der Herrschaft einander gegenüber stellt (vgl. a. a. O: 256).

Als sich der Nachhaltigkeitsdiskurs im Laufe seiner zweiten, nationalen Transformationsphase zunehmend in einen neoliberal dominierten Zukunftsdiskurs der Arbeit verwandelt hatte, ist er auf nationaler Ebene als gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs aus den gleichen Gründen wie der konservativ-neoliberale Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft ausgelaufen.

Insgesamt sind beide Diskurse beendet worden, weil sich ihre arbeitspolitischen Perspektiven der Förderung von Niedriglohn- und Nichterwerbsarbeit, des Abbaus staatlicher Leistungen und der Verkürzung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten mit der 'Agenda 21-Politik' und den 'Hartz-Reformen' (u. a.: Deregulierung der Arbeitsmärkte, Ausbau zeitlich flexibler Niedriglohnarbeit, verstärkte Arbeitsideologie, steuerpolitische Umverteilungen, Abbau öffentlicher Leistungen, Privatisierung sozialer Sicherung usw.) realpolitisch erübrigt hatten. Zudem erschien die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus alternativlos. Legitimationsdefizite eines sich neu konstituierenden globalen Kapitalismus und seiner ihn unterstützenden neuen internationalen Organisationen spielten mit dem ideologischen Sieg des Neoliberalismus keine Rolle mehr, wie auch NGO's als supranationale Akteure von 'Sustainable Development' mit der Erfolglosigkeit der Gipfeldiplomatie und ihrer teilweise sichtbar werdenden Korruptierbarkeit an Bedeutung verloren. Im Ergebnis waren beide (auf nationaler Ebene schließlich zusammen gelaufenen) Zukunftsdiskurse aus diskursanalytischer Perspektive (d. h. aus Perspektive der neoliberalen Elite) *trotz ihres Auslaufens äußerst erfolgreich*, da sie den ideologischen Boden für durch die Politik anvisierte realpolitische Veränderungen lieferten, mit deren Realisierungen die Diskurse (als multidimensionale gesamtgesellschaftliche Zukunftsdiskurse) überflüssig wurden.

Anders formuliert: Hinter der Genese beider Zukunftsdiskurse verbirgt sich die Suche einer neoliberalen Elite nach Lösungen eines seit den 1970er Jahren deutlich gewordenen Bruchs der Kapitalakkumulation (im 'Fordismus' der westlichen Industrieländer), der zu einer neoliberalen, 'postfordistischen' Restrukturierung von Gesellschaften und

²³⁴ So wurde bereits im Abschlussdokument des Rio-Erdgipfels von 1992, der „Rio Erklärung über Umwelt und Entwicklung“, eine liberalisierte Welthandelsordnung präferiert, ohne auf soziale Folgen eines unregulierten

Arbeitsbedingungen im Weltmaßstab führte, welche zugleich einer ´sozialen Befriedungsstrategie` bedurfte, insbesondere auf nationaler Ebene der Aufrechterhaltung der Arbeitsideologie und auf supranationaler Ebene der zeitweiligen Überwindung von Legitimationsdefiziten einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der sie flankierenden neuen internationalen Organisationen.

4.2.2 Erklärungsansätze für ausgebliebene Synergieeffekte eines window of opportunity

Angesichts des Befundes, dass die Nachhaltigkeitsdebatte auch innovatives wie diskurskritisches Überschusspotential besitzt (vgl. Abschnitt 3.5.3), warum konnten die beiden Zukunftsdiskurse thematisch nicht voneinander profitieren bzw. warum konnte - entgegen geäußerter Hoffnungen (vgl. Linne 2003) - der Nachhaltigkeitsdiskurs die betriebspolitisch verengte Arbeitspolitikdebatte nicht erweitern?

Der Befund, dass sich der Nachhaltigkeitsdiskurs der zweiten Phase (der Transformation auf die nationale, deutsche Ebene) durch diskursive Umdeutungen seines innovativen Potentials (vgl. Abschnitt 3.5.2.1) sukzessive in einen neoliberal dominierten Diskurs zur Zukunft der Arbeit verwandelt hat (der aus genannten Gründen auslief), ist zugleich eine wesentliche Erklärung, warum der Nachhaltigkeitsdiskurs den Arbeitspolitikdiskurs nicht befruchten konnte. Insbesondere die damaligen Zukunftsstudien determinierten den Nachhaltigkeitsdiskurs und verwandelten ihn in einen Diskurs um die Zukunft der Arbeit, der an neoliberale Argumentationen anschlussfähig wurde. Bereits im Jahr 2000 wies Eckart Hildebrandt darauf hin, dass aufgrund *mangelnder Diskursqualität* nicht immer abgrenzbar gewesen sei, ob die Zukunftsstudien (insbesondere ´BUND/Misereor 1996, Kommission 1996, 1997a, Giarinie/Liedtke 1997, Friedrich-Ebert-Stiftung 1998) dem Diskurs um die Zukunft der Arbeit oder dem Nachhaltigkeitsdiskurs zuzuordnen gewesen seien (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 3 ff.). Diskursqualität machte er daran fest, dass „ein Mainstream entsteht, in dem Spezialgesichtspunkte immer wieder auf eine gemeinsame Bezugsgröße zurückgeführt werden oder sich vor ihr legitimieren müssen“ (a. a. O: 7).

Retrospektiv ist nun festzustellen, dass speziell das Postulat der gleichwertigen Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Zielperspektiven im *geteilten*

Welthandelssystems einzugehen (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992: Grundsatz 12).

‘Drei-Perspektiven-Modell der Nachhaltigkeit’ als gemeinsame Bezugsgröße (der zweiten Phase), die entscheidend für Diskursqualität war, in den Zukunftsstudien nicht durchgehalten wurde. Zum Ende der zweiten Phase nahmen soziale und dann insbesondere ökonomische Zielperspektiven überhand (vgl. Abschnitt 3.5.1.2). Mit dem Verlust des ‘Nachhaltigkeitsdiskurses’ an Diskursqualität verlor er also seine konstitutive, Form gebende Gestalt und lief aus bzw. transformierte sich in einen Diskurs um die Zukunft der Arbeit.

Die Hoffnungen, mit Hilfe der Nachhaltigkeitsdebatte eine Erweiterung der betriebspolitisch verengten Arbeitspolitikdebatte zu ermöglichen (vgl. Linne 2003), erfüllten sich nicht, weil – wie die Identifikation der ‘blinden Flecken’ des Nachhaltigkeitsdiskurses (z. B. hinsichtlich ‘sozialer Ungleichheit’) zeigte - thematische Anschlussfähigkeiten an arbeitspolitische Debatten nicht ausreichend gegeben waren. Hinsichtlich seiner Postulierung eines alternativen Wohlstandsmodells kam die Nachhaltigkeitsdebatte eher einer elitären Debatte gleich. Dies betrifft z. B. das Aussparen von Arbeitsbedingungen, sozialpolitischen und feministischen Fragestellungen.

Diskursive Umdeutungen des emanzipatorischen Potentials (wie z. B. ‘Verteilungsgerechtigkeit’ in ‘immaterielle Wohlstandsqualitäten’, die teils auf Forderungen nach Genügsamkeit und letztlich Einkommensverzicht hinaus liefen) wurden insbesondere durch die Institutionalisierung und Überführung der Nachhaltigkeitsdebatte in Regierungsdialoge verstärkt. Expertendialoge zum Thema Nachhaltigkeit sind heute auch in sogenannten Unternehmensdialogen zu (angeblich) ‘nachhaltigen Geschäftspolitiken’ anzutreffen. Die Nachhaltigkeitsforschung ist, wie teilweise auch die Tätigkeit von NGOs, zu einem Geschäftsfeld geworden. Dies bedeutet: Nachhaltigkeitsexperten agieren heute in ganz anderen Arenen als etwa Gewerkschaften, Sozial- und Frauenverbände, die an diesen Dialogen kaum beteiligt sind.

Speziell die HBS-Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) sollte in der Hochphase des multidimensionalen Nachhaltigkeitsdiskurses (Mitte bis Ende der 1990er Jahre) explizit gegensteuern und soziale wie gewerkschaftliche Fragestellungen zentral aufnehmen. Allerdings konnte sie die mit ihrer Förderung verbundenen Erwartungen nicht im erhofften Umfang erfüllen: Die gewerkschaftliche Akzeptanz war eher niedrig, weil für die Gewerkschaften und ihre Praxis nicht erkennbar war, warum sie sich z. B. für das ‘Konzept

der Mischarbeit` (das immerhin auf industriesoziologischen Befunden aufbaute) begeistern sollten.²³⁵

Ein grundsätzliches Problem gesamtgesellschaftlicher und multidimensionaler Zukunftsdebatten besteht folglich in der (möglichst gleichberechtigten) Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Akteure bzw. zumindest in der Identifizierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessenlagen.²³⁶

An diesem Problem sind bereits die Debatten zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft in den 1980er Jahren gescheitert. Die in dieser Arbeit aufgeworfene Frage, warum die Alternativökonomiediskussion der 1980er Jahre und gewerkschaftliche Zukunftsdiskurse in weitgehend getrennten Debatten verliefen, wurde u. a. mit Prozessen der `Entgesellschaftlichung der Gesellschaft` beantwortet (Hirsch 1993). Laut Joachim Hirsch (1993) würde sich im Zuge der Globalisierung des Kapitals die Regulations- und Interventionskompetenz der Nationalstaaten abschwächen und im Gleichklang mit der `Individualisierung` der bisherige homogene nationalstaatliche Zusammenhang zunehmend auflösen. Damit würde die Fiktion eines einheitlichen Staatsvolks in sich gegeneinander abgrenzende Gruppen zerfallen. Es zeichne sich das Bild einer sich `entgesellschaftlichenden Gesellschaft` ab, die in sich autonom verstehende Subkulturen, besitzstandwahrende Interessenklüngel, gewaltsame Ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abschottende Gruppen und Gemeinschaften zerfällt (vgl. a. a. O.: 39).

Dieser Argumentationszusammenhang könnte eine Erklärung andeuten, warum sich in den 1990er Jahren Arbeitspolitik und Nachhaltigkeitsdebatte, so wie Umweltakteure und Gewerkschaften, nicht ausreichend aufeinander bezogen und gewisser Maßen in getrennten Welten agierten.

Zudem ist hier ein Problem aufgeworfen, von dem auch eine sich selbst als gesellschaftskritisch verstehende Sozialwissenschaft in ihrer eigenen Problemsicht betroffen ist: Der Alternativökonomiediskussion der 1980er Jahre wurde der Vorwurf gemacht, sich nicht ausreichend auf die Problem- und Chancenwahrnehmung von Menschen in

²³⁵ Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ab dem Jahr 1999 (unter Federführung von Gerhard Schröder) führte letztlich Hoffnungen aus dem `grün-nahen Politikmilieu`, ein erweiterter Arbeitsbegriff könne als Grundlage für ein neues arbeitspolitisches Leitbild dienen, ad absurdum.

²³⁶ Für eine hier unterstützend wirken wollende Wissenschaft stellt sich darüber hinaus, hinsichtlich der Bewältigung multidimensionaler Fragestellungen, auch das Problem der interdisziplinären Forschungszusammenarbeit, das z. B. im Rahmen der Nachhaltigkeitsstudie `Arbeit und Ökologie` zu besonderen Herausforderungen führte (vgl. Arbeit und Ökologie 2000 und eigene Erfahrungen des Verfassers [T.B] im Laufe seiner Beteiligung an diesem Forschungsprojekt).

unterschiedlichen sozialen Situationen bezogen zu haben (vgl. Vobruba 2000). Dieser Vorwurf ist teilweise ebenso gegenüber der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte der 1990er Jahre zu erheben. Die Perspektiven etwa von Jeremy Rifkin hinsichtlich einer Zukunft der Arbeit im Dritten Sektor (Ders. 1995) oder von André Gorz hinsichtlich seiner Vision einer Multiaktivitätsgesellschaft (Ders. 2000) haben durchaus den Charakter von Modellentwicklungen und Planspielen 'am grünen Tisch', die kaum mit Hilfe der Problemwahrnehmungen, Wünsche und Chancenperzeptionen von Menschen in ihren vielfältigen Lebenssituationen formuliert wurden und auch kaum noch Bezüge zu aktuellen gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Programmatiken suchen.²³⁷ Mit allzu visionären Schwerpunktsetzungen, ohne Rückbezug auf Akteurs- und Realisierungsfragen, konnten die Sozialwissenschaften den schlussendlich an neoliberale Argumentationen anschließenden Zukunftsdiskursen der 1990er Jahre nichts Gleichwertiges entgegensetzen.

²³⁷ Dagegen hatte sich André Gorz im Jahr 1989 mit seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ noch primär an gewerkschaftlich orientierte Leser gewandt und explizit arbeitszeitpolitische Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Programmatik formuliert. In seinem Buch „Arbeit als Misere und Utopie“ (Ders. 2000) ist von Gewerkschaften oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und verbundenen Strategien kaum noch die Rede.

5. Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

„Von ungefähr muß einen Blinden,
Ein Lahmer auf der Straße finden,
Und jener hofft schon freudenvoll,
Daß ihn der andre leiten soll.
Dir, spricht der Lahme, beizustehen?
Ich armer Mann kann selbst nicht gehen;

Doch scheints, daß du zu einer Last
Noch sehr gesunde Schultern hast.
Entschließe dich, mich fortzutragen:
So will ich dir die Stege sagen:
So wird dein starker Fuß mein Bein,
Mein helles Auge deines sein.
Der Lahme hängt, mit seinen Krücken,
Sich auf des Blinden breiten Rücken.
Vereint wirkt also dieses Paar,
Was einzeln keinem möglich war.“

(Gellert 1746)

Christian Fürchtegott Gellert beschreibt in seinem Gedicht „Der Blinde und der Lahme“ ein Szenario, das der Aufgabenstellung dieses Kapitels ähnelt. Schließlich ist die Interessenvertretung der Beschäftigten geschwächt und Inhalte traditioneller Politikkonzepte greifen nicht mehr. Die Arbeitspolitik hat sich sukzessive auf die soziale Kontrolle betrieblicher Prozesse beschränkt (vgl. Döhl et al. 2000; Wolf 2004a, b; Lehndorff 2006). Aus einer defensiven Position ist die Entwicklung von Zukunftskonzeptionen nicht einfacher geworden. Und auch die Nachhaltigkeitsdebatte der Gegenwart bietet - jenseits der Hoffnungen auf ´green jobs` und ´qualitatives Wachstum` - keine Ansatzpunkte, die geeignet wären, die gegenwärtige Art der Wohlstandsdefinition, -produktion und -verteilung grundsätzlich in Frage zu stellen, zugleich die Arbeitspolitik zu öffnen und die Debatte zur Zukunft der ´Arbeitsgesellschaft` (als Debatte um die ´Zukunft nachhaltiger Arbeitspolitik und nachhaltiger Wohlstandspolitik`) zu reaktivieren.

Aber, der „Blinde und der Lahme“ machen Mut, die Schwächen der Debatten mit einer Kombination ihrer jeweiligen Stärken zu kompensieren. Um allerdings nicht die Schwächen,

die zum Auslaufen der Debatten geführt haben, in einer Reformulierung implizit mit aufzunehmen, müssen gerade die `blinden Flecken` der Debatten die Ausgangspunkte für die Reformulierung arbeitspolitischer Leitkriterien bilden.

Eine Lehre aus dem Auslaufen der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft lautet, dass es für eine Reaktivierung notwendig ist, möglichst weitestgehend die Chancenperzeptionen der Menschen bzw. der arbeitspolitischen Akteure in den Blick zu nehmen. Insofern sollten auch die aktuellen Bedingungen und Perspektiven der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte wichtige Bezugspunkte bilden.

Die aktuelle gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte, die arbeitspolitisch blinden Flecken der Mainstream-Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit (vgl. Kapitel 4) und das innovative Potential der Nachhaltigkeitsdebatte (vgl. Abschnitt 3.5.3) bzw. die im Folgenden noch herauszustellenden inhaltlichen Ergänzungen der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten bilden im Folgenden, vor dem Hintergrund der weiterhin offenen Fragen bzw. Befunde des Diskurses zur Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Abschnitt 2.3), die Ausgangspunkte für die anvisierte Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen. Im Vordergrund steht die Frage, wie unter aktuellen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen eine Debatte zur Zukunft einer `nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik` geführt werden müsste, die zugleich in der Lage ist, die betriebspolitische Verengung von Arbeitspolitik zu weiten.

5.1 Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte: `Gute Arbeit` als innovatives Konzept?

Ausgehend von den gegenwärtigen Begrenzungen einer seit den Reformauseinandersetzungen der späten 1980er Jahre sukzessive verbetrieblichten Arbeitspolitik soll die Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen beider Zukunftsdebatten zur Öffnung für Fragen und Politikfelder jenseits des Betriebes beitragen.²³⁸ Denn das zentrale Problem einer (in

²³⁸ Hinsichtlich der gewerkschaftlichen Reformauseinandersetzungen in den 1980er Jahren (vgl. Abschnitt 2.1) ist insbesondere auf die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche hinzuweisen.

theoretischer und praktischer Hinsicht) verbetrieblichten Arbeitspolitik ist, dass diese ausschließlich auf betrieblicher Ebene re-regulieren will und gesellschaftspolitischen Veränderungen, die Einfluss auf die betriebliche Ebene haben, hinterher läuft.

Natürlich gibt es auch gewerkschaftliche Perspektiven und Initiativen, die über die einzelbetriebliche Ebene hinausreichen, zudem teils gewerkschaftliche Paradigmenwechsel beinhalten. Kennzeichnend ist, dass diese allesamt aus einer defensiven Position entwickelt wurden. Dazu zählen im traditionellen gewerkschaftlichen Kernfeld der Einkommenspolitik die im Jahr 2007 angelaufene Mindestlohnkampagne des DGB (ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn wurde lange Zeit auch als Bedrohung der ‚Tarifautonomie‘ und nicht als Unterstützung der Tarifpolitik angesichts einer reduzierten Tarifbindung wahrgenommen) und tarifpolitische Perspektiven, wie die Vorschläge zur Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (vgl. Bispinck/Schulten 2009, 2012), die zur Restabilisierung von Tarifvertragsstrukturen beitragen sollen. Aber auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind Gewerkschaften, vertreten durch den DGB, nach wie vor ein gesellschaftspolitisch wichtiger Akteur. Aktuelle Schwerpunkte liegen hier vor allem in der Rentenpolitik bzw. in wirtschaftspolitischen Vorschlägen im Zusammenhang mit der EU.²³⁹

Aus historischer Perspektive lässt sich aber insgesamt ein im Laufe der letzten drei Jahrzehnte *verringertes Gestaltungsanspruch von Arbeitspolitik* aufzeigen, insbesondere dann, wenn etwa an die Mitte der 1980er Jahre von Arbeitsforschern des WZB proklamierte Aufhebung der Trennung von Arbeits- und Sozialpolitik als Perspektive von Arbeitspolitik erinnert wird (vgl. Naschold 1985: 9ff.).²⁴⁰ Auch Arbeitszeitpolitik ist heute primär eine betriebliche Fragestellung und keine von den Gewerkschaften offensiv thematisierte gesellschaftspolitische Herausforderung, etwa hinsichtlich einer Politik der Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung für alle Beschäftigten (vgl. Seifert 2004).²⁴¹

Die Verbetrieblichung und der reduzierte Gestaltungsanspruch gewerkschaftlicher

²³⁹ Siehe etwa den im Dezember 2012 publizierten ‚DGB-Marshallplan für Europa‘ des DGB-Bundesvorstandes.

²⁴⁰ Zur Entwicklung des Forschungsfeldes „Arbeitspolitik“ siehe Jürgens (2007) und Schmidt (2007). Zu gegenwärtigen Fragestellungen der Arbeitspolitik nach dem Ende des Fordismus siehe insbesondere Wolf (2004a, b) und Dörre (2009). Zu kritischen Einwänden an Nascholds Konzeption siehe Frerichs (1995).

²⁴¹ Modelle zur Umverteilung von Erwerbsarbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung werden gegenwärtig in der politischen Debatte von Parteien vor allem hinsichtlich besonderer lebensbiografischer Problemlagen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege oder Erziehungszeiten diskutiert. Siehe zum Beispiel das „Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vom 06.12.2011“ (vgl. BGBl 2011) der CDU/CSU/FDP-Regierung oder Vorschläge der SPD zur Ermöglichung einer staatlich geförderten 30-Stunden-Woche für junge Väter und Mütter (vgl. FR vom 28.12.2012).

Arbeitspolitik ist auch der Situation geschuldet, dass Gewerkschaften nach dem Ende des Fordismus und der Relativierung des fordistischen Klassenkompromisses sowie verstärkt durch die Deregulierungswirkungen der 'Agenda 2010' und 'Hartz-Reformen' der Jahre 2003 bis 2005, wie auch im Fortgang der im Jahr 2000 verkündeten 'Lissabon-Strategie', an gesellschaftspolitischen Einfluss verloren haben (vgl. Reusch 2009; Wolf 2004a).

Im Mittelpunkt der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte steht vor allem das *Leitbild und Konzept 'Gute Arbeit'*:

Dieses wird etwa seit dem Jahr 2003 innerhalb der Gewerkschaften postuliert und wurde ursprünglich durch die IG-Metall vorangetrieben.²⁴² Das Konzept stellt die gewerkschaftliche Weiterentwicklung der HdA-Initiativen der 1970er Jahre dar. Letztere wurden allerdings im Gegensatz zur gegenwärtigen 'Gute-Arbeit-Strategie' deutlicher auch durch den Staat gesellschaftspolitisch und finanziell unterstützt (vgl. Sauer 2009c).²⁴³ Trotzdem sind, nach dem Ende des „arbeitspolitisch verlorenen Jahrzehnts“ der 1990er Jahre (Schumann 2008), die 'Gute Arbeit'-Kampagnen mit gewerkschaftlichen Hoffnungen auf eine Revitalisierung der Arbeitspolitik und Stärkung der Gewerkschaften verbunden: „Im gewerkschaftlichen Selbstverständnis ist Gute Arbeit eine gegen den neoliberalen mainstream gerichtete Initiative“ (Pickshaus et al. 2009: 20).²⁴⁴

Nach einer Debatte innerhalb der IG-Metall fokussierte sich die Gute-Arbeit-Initiative konzeptionell auf drei Themen- und Handlungsschwerpunkte (vgl. Pickshaus/Urban 2009):

- 1) Probleme der Entgrenzung von Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen im Gefolge neuer Leistungs- und Personalkonzepte, die durch neue Kontrollkonzepte der kontrollierten Autonomie Effizienzreserven erschließen;
- 2) alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung in der betrieblichen Arbeitspolitik und
- 3) prekäre Beschäftigung als Gesundheitsrisiko.

²⁴² Für einen Überblick siehe insbesondere das Jahrbuch 2009 „Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften“, herausgegeben von Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban (2009; 2014) sowie das „Handbuch Gute Arbeit. Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis“ (IG-Metall Projekt Gute Arbeit 2007).

²⁴³ Als Ergebnisse der staatlichen Unterstützung nennt Dieter Sauer die Gründung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, das novellierte Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und das Aktions- und Forschungsprogramm zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ von 1974 (2009c).

²⁴⁴ Zu den einzelgewerkschaftlichen Interpretationen des Konzeptes siehe für die IG-Metall Pickshaus/Urban (2009), für ver.di Schröder/Schulz (2009) und für die IG BCE Fahimi (2009).

Hier ist zu ergänzen, dass in perspektivischen Überlegungen der Gewerkschaften zunehmend auch das Ziel einer *‘Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus’* eine besondere Rolle zugewiesen wurde, allerdings ohne dass dieses bisher auch programmatisch in Gewerkschaftsdebatten konkretisiert worden wäre (vgl. Pickshaus 2010; Pickshaus/Urban 2009).

Das Konzept *‘Gute Arbeit’* erscheint als beteiligungsorientierter Ansatz durchaus innovativ: Zunächst wird das, was im Rahmen des Konzeptes *‘gute Arbeit’* sein soll, nicht einfach von den Gewerkschaften vorgegeben. Vielmehr wird mit Verweis auf das, was Beschäftigte im Rahmen der von der *‘Initiative Neue Qualität der Arbeit’* (INQA) initiierten Studie „Was ist gute Arbeit?“²⁴⁵ auf diese Frage geantwortet haben, als gute Arbeit definiert: „Gut ist eine Arbeit demnach vor allem dann, wenn sie ein leistungsgerechtes, festes Einkommen ermöglicht und sichere Perspektiven vermittelt. Arbeit soll außerdem einen Sinn haben und Freude und Bestätigung bringen. Sie soll möglichst wenige körperliche und psychische Belastungen enthalten und die Gesundheit nicht schädigen. Und sie soll so organisiert sein, dass die Beschäftigten sich als Menschen behandelt fühlen können“ (Pickshaus et al. 2009: 20). Zudem können erstmals mit Hilfe des speziell entwickelten *‘DGB-Index Gute Arbeit’* bundesweit und repräsentativ Veränderungen von Arbeitsbedingungen über regelmäßige Beschäftigtenbefragungen gemessen und politisiert werden. Des Weiteren sind betriebsspezifische Auswertungen als Ansatzpunkte für betriebliche Strategien zur Gesundheitsförderung im Betrieb möglich (vgl. Scholz/Stuth 2009).

Aus Arbeitnehmersicht bedeutet die *‘Gute Arbeit’*-Kampagne, mit der *‘qualitative’* Arbeitsbedingungen mit dem Begriff *‘Gute Arbeit’* innerhalb der gewerkschaftlichen Programmatik - aber auch praktisch auf einzelbetrieblicher Ebene - thematisiert werden, einen Fortschritt gegenüber der Arbeitspolitik in den 1990er Jahren. Der Begriff „Gute Arbeit“ scheint sich als Leitbegriff zumindest programmatisch durchgesetzt zu haben, so wird er etwa auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung (2013) aufgegriffen. Die Arbeitspolitik in den

²⁴⁵ INQA wurde 2001 vom Bundesarbeitsministerium als gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Sozialversicherungsträgern, Gewerkschaften, Stiftungen und Arbeitgebern ins Leben berufen und stand laut Pickshaus/Urban von Beginn an im Spannungsfeld einer einerseits verbesserten Präventionspolitik gegenüber arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken und andererseits der Orientierung an Wettbewerbskompatibilität (vgl. 2009: 108).

1990er Jahren war eher dadurch gekennzeichnet, dass die Deutungshoheit ein Stück weit dem betrieblichen Management überlassen wurde, in der Hoffnung die Einführung neuer IuK-Technologien und daran anknüpfende neue Arbeitskonzepte seien für die Beschäftigten insgesamt mit neuen Gestaltungsfreiräumen verbunden und insofern positiv.²⁴⁶ Mittlerweile ist hier eine Ernüchterung eingetreten. So schreibt der IG-Metall Spitzenfunktionär Klaus Pickshaus: „Entgrenzungen von Leistungsanforderungen und Arbeitszeiten, Verletzungen von Beschäftigteninteressen im Rahmen indirekter Personalsteuerungskonzepte sowie Segmentierung und machtpolitische Schwächung der Belegschaften gehen vielfach mit neuen Produktionskonzepten einher“ (2010: 385). Nach den Erfahrungen der „Krise des Finanzmarktkapitalismus“ der Jahre 2008 und 2009 wird die Einschätzung geteilt, dass „in und nach der Krise ... kosteninduzierte Restrukturierungen in den Unternehmen die Arbeitsprozesse umwälzen und den Druck auf die Arbeitsstandards immens erhöhen werden“ (Pickshaus 2010: 385). Insofern ist die ‚Gute Arbeit-Strategie‘ zu aller erst eine defensiv ausgerichtete und im Wortsinn ‚notwendige‘ „Widerstandsperspektive“ (Pickshaus/Urban 2009: 98).

Allerdings, so ein zentraler Kritikpunkt des Philosophen und Politikwissenschaftlers Frieder Otto Wolf (2004b) am Konzept ‚Gute Arbeit‘, bleibt dieses thematisch - als zentrales, die Einzelgewerkschaften übergreifendes, arbeitspolitisches Konzept - noch zu sehr auf den Betrieb und betriebliche Arbeitsbedingungen bezogen. Die Debatte über ‚Gute Arbeit‘ spreche „zwar umfassend die gesellschaftliche Politik der Arbeit an“ (a. a. O.: 250), konzentriere sich dann aber auf die Problematik der Qualität der Arbeit als tarifliche und betriebliche Gestaltungsaufgabe (mit den drei Themenschwerpunkten ‚Entgrenzung von Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen‘, ‚altersgerechte Arbeitsgestaltung‘, ‚prekäre Beschäftigung als Gesundheitsrisiko‘), anstatt die „flexibel-marktgetriebene Produktionsweise“ in ihren gesellschaftspolitischen Auswirkungen anzugehen. In der Folge bleibe „eine offene Flanke für eine Fortsetzung der gesellschaftspolitischen Offensive im

²⁴⁶ Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften Mitte der 1990er Jahre in Teilbereichen auch relativ erfolgreich waren und offensiv auftraten. So wurde z. B. im Jahr 1995 in der Metallindustrie zumindest tarifvertraglich (allerdings nur vorläufig) die 35-Stunde-Woche durchgesetzt, eine Forderung, die erstmals in den 1980er erhoben wurde (vgl. Stärkel/Wiedemuth 2007). Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auf die damals positiven ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Klaus Dörre verwies darauf, dass es in den 1990er Jahren schien „als würden Verteilungskämpfe von den ‚Problemen der dicken Bäuche‘ überlagert“, bis sich zur Jahrtausendwende „Knappheit und Mangel als Konfliktherde“ zurückgemeldet hätten (2009: 183). Zur gesellschaftspolitischen Reformdiskussion in den 1990er Jahren siehe auch Abschnitt 2.2.1.

Namen der 'Deregulierung', 'entrepreneurship', 'costcutting' und 'öffentlicher Sparsamkeit'“ (a. a. O.: 251).

Insofern erscheint mit den genannten Themen- und Handlungsschwerpunkten von 'Guter Arbeit' eine Öffnung der Arbeitspolitik über den einzelbetrieblichen Fokus hinaus zweifelhaft.

Dies um so mehr, wenn etwa der DGB unter 'Guter Arbeit' vor allem Vollzeitarbeit versteht: „Zentraler Bezugspunkt für Gute Arbeit ist aus Sicht des DGB ein unbefristetes, sozialversicherungspflichtiges Vollzeitverhältnis mit Kündigungsschutz“ (DGB-Stellungnahme 2007, zitiert nach Reusch 2009: 172f.). Hier wird zum einen ignoriert, dass Teilzeitarbeit von ihrem Arbeitsumfang her von einem Teil der weiblichen Beschäftigten durchaus gewünscht wird (auch wenn der andere Teil der Teilzeitbeschäftigten eher länger arbeiten will), zum anderen, dass sich ein großer Teil der Vollzeitbeschäftigten eine Reduktion der Arbeitszeit wünscht (vgl. Holst 2009).²⁴⁷ Und auch in der Gewerkschaftsliteratur zu 'Guter Arbeit' werden zwar 'atypische Arbeitsformen' als relevante Problematik und Regulierungsnotwendigkeiten anerkannt, dabei scheint aber Teilzeitarbeit zu Gunsten von insbesondere (vollzeitiger) Leiharbeit unterbelichtet. Dies obwohl rein quantitativ Leiharbeitsbeschäftigte im Vergleich zu den Teilzeitbeschäftigten relativ unbedeutend sind: Im Jahr 2011 kamen auf 22,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 5,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte. Darunter waren 0,9 Millionen Leiharbeitnehmer. Hinzu kommen 7,4 Millionen geringfügig (Teilzeit-) Beschäftigte.²⁴⁸ Angesichts dieser Datenlage müsste doch gerade Teilzeitarbeit in ihren verschiedensten Facetten - wesentlich stärker thematisiert werden.

Auch das Problemfeld der 'atypischen' und zumeist dann auch 'prekären' Beschäftigung, das laut Themenschwerpunktdefinition der IG-Metall als Gesundheitsrisiko thematisiert wird, scheint *Defizite der betrieblichen Interessenvertretung atypisch Beschäftigter* nicht ausreichend zu behandeln. So macht Klaus Dörre als einen Problemkontext der arbeitspolitischen Defensive aus: „Ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Grund für die

²⁴⁷ Siehe im Anhang die Tabelle: „Tatsächliche, vereinbarte und gewünschte Wochenarbeitszeiten nach Erwerbsform und Geschlecht“.

²⁴⁸ Siehe im *Anhang* die Grafiken „Sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung 1993 – 2011 in Mio. und in % (Indexdarstellung)“ und „Abhängig Beschäftigte in atypischen Erwerbsformen 2000 bis 2011“. Zu Entwicklungen und Strukturmerkmalen der atypisch Beschäftigten in Deutschland“ siehe Keller et al. (2012).

anhaltende arbeitspolitische Defensive ist, dass Teile der Gewerkschaftsmitglieder, vor allem aber der Betriebs- und Personalräte sich noch immer an den Denk- und Klassifikationssystemen der Ära 'marginalisierter' Armut orientieren. Ihnen scheint es sinnvoll, zunächst vor allem die Stammbeslegschaften zu schützen. Die prekär Beschäftigten hingegen gelten vielen betrieblichen Interessenvertretern noch immer als 'Randgruppe'“ (Dörre 2009: 185).

An dieser Stelle ist allerdings zu ergänzen, dass sich dahinter ein handfestes organisationspolitisches Interessendilemma und auch ein Regulierungsproblem verbergen kann, das am Beispiel von Personalkostensenkungsstrategien, die dauerhaft auf die Verlagerung von Arbeitsprozessen auf Subunternehmen der Leih- und Werkvertragsarbeit auf dem Firmengelände zielen, veranschaulicht werden kann. Einerseits kann es Betriebsräten dann darum gehen, die Beschäftigung und Tariflohnsteigerungen der zumeist gewerkschaftlich organisierten Stammbeslegschaften zu sichern und dafür bereit zu sein, um die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit über Arbeitskosten nicht zu gefährden und in Grenzen niedrigere Entlohnungsniveaus bei Fremdarbeitern im eigenen Betrieb (oder auch Austöchterungen) zu 'akzeptieren'. Andererseits haben sie aber zugleich ein Interesse an Equal-Pay, wenn nicht nur aus moralischen Gründen dann auch aus strategischen Gründen, denn eine niedrigere Entlohnung von Fremdbeschäftigten im Betrieb wirkt fortwährend auch als Druck- und Disziplinierungsmittel der Arbeitgeberseite, Lohnzurückhaltung zu üben, weil sonst Stammbeschäftigte durch Vergaben an Subunternehmer ersetzt werden könnten. Regulierungsdefizite resultieren u. a. daraus, dass in Deutschland in Gefolge von Mindestlohnregelungen zur Leiharbeit durch die sogenannten 'Christlichen Gewerkschaften' Equal-Pay-Vorgaben der EU ausgehebelt wurden, ferner hinsichtlich der Werkvertragsarbeit

Kontrolldefizite und Abgrenzungsprobleme bei der Feststellung illegaler Werkvertragsarbeit bestehen (zumeist illegale Arbeitnehmerüberlassung oder Scheinselbstständigkeit).²⁴⁹

Insgesamt scheint 'Gute Arbeit' als wesentliche Strategie und Perspektive der aktuellen Arbeitspolitik tendenziell nicht nur der Interessenvertretung prekär Beschäftigter, dem Bereich der Teilzeitarbeit und den Interessen der primär weiblichen Teilzeitbeschäftigten zu wenig Aufmerksamkeit zu widmen, sondern auch der 'politics of production' (vgl. Burawoy 1984) und damit auch der Sphäre der sozialpolitisch regulierten 'Reproduktionsarbeit' in seinen Wechselwirkungen mit Erwerbsarbeit.

Schließlich betrifft die Flexibilisierung von Erwerbsarbeit auch die Wechselwirkungen von Arbeit, Reproduktion und Leben, damit auch die Arbeitsteilung im Haushalts- und Familienkontext. Solange Gewerkschaften nicht etwa die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern sowie zusätzliche Belastungen dieser Verteilung durch die Flexibilisierung von Erwerbsarbeit in den Blick nehmen, sind sie indirekt funktional hinsichtlich der Stabilisierung des (modernisierten) Familienernährermodells. Die von Frieder Naschold Mitte der 1980er Jahre problematisierte Trennung von Arbeits- und Sozialpolitik ist auch insofern problematisch, als dass Gewerkschaften in ihren aktuellen arbeitspolitischen Strategien zwar die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit erkannt haben, trotzdem aber programmatisch weitestgehend an lebenslanger, *vollzeitiger 'Normalarbeit' als Grundlage von Arbeitspolitik und Sozialpolitik* festhalten. Damit werden arbeitspolitische Probleme und solche der sozialen Sicherung von Prekär- und Teilzeitbeschäftigten vernachlässigt, deren Berufsbiografien durch häufige Arbeitgeberwechsel und erwerbswirtschaftliche Brüche (durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Qualifizierung) gekennzeichnet sind und insofern eine besondere, den

²⁴⁹ Ferner existieren im Betriebsverfassungsgesetz keine Mitbestimmungsrechte, lediglich eingeschränkte Informationsrechte hinsichtlich des Personaleinsatzes durch Fremdfirmen, z. B. bei größeren Unternehmen über den Umweg des Wirtschaftsausschusses bezüglich der Kalkulation von Sachmitteln für Werkverträge. Dennoch kann und wird teilweise in der Praxis, insbesondere dann wenn es um die Substitution von Stammbeschäftigten durch Fremdarbeiter geht, auch mit Unterstützung von regionalen Gewerkschaften erfolgreich politischer und medialer Druck außerhalb des Unternehmens aufgebaut, der zu tariflichen Regelungen oder Betriebsvereinbarungen führen kann. Zielgruppen der überbetrieblichen Politisierung sind die Kunden und die Politik, wobei existierende CSR-Leitbilder in Frage gestellt werden und Unternehmen mit Kaufzurückhaltung, Begrenzung von Wirtschaftsförderungsmitteln (Quotenregelungen für Leiharbeit) und Verlust öffentlicher Aufträge (bundesländerspezifische Tariftreueregelungen, inkl. Einhaltung sozialer Kriterien) konfrontiert werden können.

betrieblichen und auch arbeitspolitischen Rahmen übergreifende Herausforderung darstellen.²⁵⁰

Im Ergebnis scheint das Leitbild 'Gute Arbeit' nicht ausreichend geeignet, um als umfassendes Leitbild gegenüber einer Entgrenzung von Arbeit *und* Leben arbeitspolitische Orientierungskraft zu vermitteln. Zugleich hat das Konzept 'Gute Arbeit' da seine Stärken, wo es als „Widerstandskonzept“ (Pickshaus/Urban 2000) auf betrieblicher Ebene mit den Beschäftigten gegen neue Verwertungsstrategien agiert.

5.2 Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen: Synergiepotentiale und blinde Flecken der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten als Ausgangspunkte

Für eine Reformulierung arbeitspolitischer Perspektiven ist die Formulierung der 'richtigen' Leitfragen entscheidend. Ausgangspunkte für ihre systematische Herleitung sind die (diskursanalytisch) ermittelten 'blinden Flecken' der beiden *Mainstream-Zukunftsdiskurse*, Defizite und Stärken der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte sowie inhaltliche Ergänzungen der (sozialwissenschaftlichen) Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Nachhaltigkeitsdiskussion bzw. der Diskussion um 'nachhaltige Arbeit'.

Das diskursanalytische Fazit zu den *Mainstream-Zukunftsdiskursen* zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit der 1990er Jahre brachte den Befund, dass mit dem Agenda-Setting der gemeinsamen arbeitspolitischen Perspektiven²⁵¹ zugleich folgende Diskurskontexte ausgeblendet wurden (vgl. Abschnitt 4.1.2):

- die Reproduktion von sozialer Ungleichheit im Kontext von Wohlstandsproduktion und -verteilung,

²⁵⁰ Zur Kritik am arbeitspolitischen Leitbild der Normalarbeit am Beispiel des aktuellen DGB-Grundsatzprogramms (1996) siehe Arbeit und Ökologie (2000, S.14-16, 519ff).

²⁵¹ Gemeinsame arbeitspolitische Perspektiven der beiden Zukunftsdiskurse bestanden u. a.:

- in der Feststellung einer Krise der Wohlstandsproduktion, die mit einer stetigen Abnahme des Arbeitsvolumens begründet wurde,
- in der These, dass die Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit liegt,
- in den Forderungen nach einem ergänzenden Aufbau eines Niedriglohnssektors,
- notwendigen Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitszeitflexibilisierungen sowie
- in den Forderungen nach einem erforderlichen Rück- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme (vgl. Abschnitt 4.1.1).

- die Durchsetzung eines ´globalen neoliberalen Projektes`,
- mithin der Transformationsprozess gesellschaftlicher Arbeit,
- eine modifizierte Arbeitsideologie,
- die Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und Wahrnehmungen einer ´Krise der Reproduktionsarbeitszeit` sowie
- grundlegende Macht-, Herrschafts- und Demokratiefragen.

Demgegenüber hat die gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte, insbesondere die ´Gute Arbeit-Kampagne`, da ihre Stärken, wo sie auf ´Entgrenzungen von Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen` auf betrieblicher Ebene verweist und mit Bezug auf Machtverhältnisse und Problembewertungen der Beschäftigten hier zunächst ´strategische Widerstandslinien` (gemeinsam mit den Beschäftigten) aufbauen will. Auch die „flexibelmarktgetriebene Produktionsweise“ benennt sie als Problemkontext, ohne allerdings diese in ihren gesellschaftspolitischen Auswirkungen anzugehen (vgl. Wolf 2004a: 251). Perspektivisch setzt sie auf eine „Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus“, ohne ein elaboriertes strategisches Konzept anbieten zu können (vgl. Pickshaus/Urban 2009). Zugleich offenbart die gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte nicht nur Defizite einer nicht ausreichenden Problematisierung der Interessenvertretung prekär Beschäftigter und von Teilzeitarbeit in ihren arbeits-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Facetten: Der Fokus auf die betriebliche Ebene und auf Vollzeitarbeit führt dazu, dass Wechselwirkungen der Sphären von Erwerbsarbeit, sozialpolitisch regulierter Reproduktionsarbeit und Leben (insbesondere im Haushaltskontext und in lebensbiografischer Perspektive) nicht ausreichend politisiert werden.²⁵² Im Ergebnis vermag ´Gute Arbeit` angesichts der Flexibilisierung von Arbeit und Leben, als Orientierung vermittelndes, umfassendes Leitbild für die Zukunft der Arbeit nicht zu überzeugen.

Ausgehend von den blinden Flecken der Mainstream-Zukunftsdiskurse und den Defiziten der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte sind für eine Reformulierung ´nachhaltiger

²⁵² Letzteres lässt sich u. a. auf die strikte Trennung von Arbeitspolitik und Sozialpolitik zurückführen. In der Folge wird etwa die Kritik an Normalarbeit (i.S. von kontinuierlicher, lebenslanger Vollzeitbeschäftigung) als gewerkschaftliches Leitbild und Grundlage von Arbeits- und Sozialpolitik in der Arbeitspolitikdebatte nicht ausreichend aufgegriffen. Mehr noch wird das Leitbild vollzeitiger ´Normalarbeit` oftmals (so vom DGB) mit dem Leitbild ´Gute Arbeit` synonym gesetzt.

Arbeitspolitik` zum einen das innovative Potential der Nachhaltigkeitsdebatte und zum anderen wechselseitige Ergänzungen mit der internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft von Bedeutung. Das, unter der Oberfläche des Mainstream-Nachhaltigkeitsdiskurses diskursiv verdeckte, *gesellschaftskritische Potential der Nachhaltigkeitsdiskussion* könnte zunächst innovative und alternative *Leitbilder einer 'nachhaltigen Wohlstandsproduktion und -verteilung'* und *'nachhaltiger Arbeit'* zur Diskussion stellen (vgl. Abschnitt 3.5.3):

Hinsichtlich des *gesellschaftskritischen* Potentials sind die originär normativen Forderungen nachhaltiger Entwicklung zu nennen, nämlich die nach einer Demokratisierung von Politikprozessen und nach Verteilungsgerechtigkeit in internationaler, intergenerativer, intragenerativer Perspektive, die sowohl auf eine ökologische, soziale und ökonomische Dimension bezogen wurde.²⁵³ In ökologischer Hinsicht bleibt die Anerkennung ökologischer Grenzen des Wachstums und von *'ökologischen Tragekapazitäten'* des Wirtschaftens zentral. Die Verbindung mit dem normativen Anspruch internationaler Verteilungsgerechtigkeit führt zudem zum normativen Postulat weltweit gleicher pro Kopf-Ansprüche auf Naturverbrauch (vgl. BUND/Misereor 1996).

Damit herausgefordert ist die Entwicklung von alternativen Wirtschaftskonzeptionen (nachhaltiger Wohlstandsproduktion und -verteilung),²⁵⁴ die in der Nachhaltigkeitsdiskussion mit einem alternativen oder nachhaltigen Wohlstandsbegriff verkoppelt wird, allerdings in innovativer Weise nur dann, wenn materielle und immaterielle Wohlstandsqualitäten, wie Fragen nach dem was *'Lebensqualität'* ausmacht,²⁵⁵ nicht gegeneinander ausgespielt werden und insofern der Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit erhalten bleibt.

²⁵³ Felix Eckardt drückt letzteres wie folgt aus: „Nachhaltigkeit bezeichnet definitorisch die politische/ ethische/ rechtliche Forderung nach mehr intertemporaler und globaler Gerechtigkeit, also die Forderung nach dauerhaft und global durchhaltbaren Lebens- und Wirtschaftsweisen“ (2011: 654).

²⁵⁴ Siehe etwa die Konzepte einer *'steady-state economy'* bei Daly (1991, 1996, 2005) oder den Konferenzbericht „Enough is Enough - Ideas for a Sustainable Economy in a World of Finite Resources“ von O'Neill/Dietz/Jones (2010).

²⁵⁵ Zum Konzept der Lebensqualität der 1960er Jahre und seiner im Kontext neuerer Wohlfahrtskonzepte (wie *'Sustainable Development'*, *'Human Development'*, *'Livability'*, *'Social Exclusion'*, *'Social Cohesion - Social Inclusion'*, *'Civil Society'*/*'Social Capital'*) notwendigen Revision siehe Noll (2000).

Verbunden mit der Diskussion um einen erweiterten Wohlstandsbegriff und Versuchen der Definition 'sozialer Nachhaltigkeit'²⁵⁶ ist wiederum die Diskussion über Leitbilder 'nachhaltige Arbeit' (vgl. Abschnitt 3.4). Diese wird mit Blick auf ökologische und/oder soziale Nachhaltigkeit sowohl primär auf Erwerbsarbeit als auch primär auf Nichterwerbsarbeit bezogen. Interessant erscheint aber vor allem die Verbindung dieser Bereiche. Zum Beispiel wurde nicht nur die Schnittstelle zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit im Kontext der 'Krise der Reproduktionsarbeit' und industriesoziologischer Befunde zur 'Entgrenzung von Arbeit' unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Blick genommen, sondern auch konzeptuell wie perspektivisch unterfüttert, um alternative Leitbilder zur Zukunft der Arbeit vorzuschlagen (z. B. das Leitbild der Mischarbeit, vgl. Abschnitt 3.4.5.1 dieser Arbeit).

Anknüpfend an die offenen Fragen der ausgelaufenen Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Abschnitt 2.3.3) bieten sich schließlich für eine Reformulierung im Wesentlichen folgende inhaltlichen *Ergänzungen* oder *Synergiepotentiale zwischen der Nachhaltigkeitsdiskussion, der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte und der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeit* an:

- 1) Die Nachhaltigkeitsdebatte wirft Fragen nach einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und nach einem alternativen Wohlstandsbegriff (u. a. immaterielle Wohlstandsqualitäten, Verteilungsgerechtigkeit, Demokratisierung) auf, ignoriert aber grundlegend Herrschaftsverhältnisse und Bedingungen der Wohlstandsproduktion und -verteilung, sowohl im Rahmen der fordistischen Wohlfahrtsproduktion, als auch im ('postfordistischen') Kontext neoliberaler Umstrukturierungen. Gerade hier hat die sozialwissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft ihre Stärken, wo sie gesellschafts- und arbeitspolitische Problemdimensionen der Wohlstandsproduktion, wie etwa Bedingungen der Reproduktion sozialer Ungleichheit und neoliberale Restrukturierungen von Arbeit und Sozialstrukturen mit ihren Konsequenzen, analysiert. Damit könnte sie nutzbar sein, für Konkretisierungen der

²⁵⁶ 'Soziale Nachhaltigkeit' bezieht sich zunächst generell auf die Zukunftsfähigkeit sozialer Einheiten, vorrangig mit Blick auf die soziale Kohäsion in sozialen Systemen, wie auch auf den schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource (vgl. Senghaas-Knobloch 2008: 39).

Herausforderungen eines nachhaltigen Wohlstandsbegriffs bzw. einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und Arbeitspolitik unter (neoliberalen) Globalisierungsbedingungen.

- 2) Die Nachhaltigkeitsdebatte ignoriert weitestgehend Bedingungen und Veränderungen der Erwerbsarbeit. Hier wiederum hat die sozialwissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft einen Schwerpunkt in der Analyse der Flexibilisierung von Arbeit (und Leben) unter kapitalistischen wie neoliberalen Bedingungen, inklusive der Auswirkungen auf Arbeitspolitik selbst. Andererseits finden sich zumeist Leerstellen an der konzeptuellen Schnittstelle zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Hier wiederum finden sich Vorschläge in der Debatte um Leitbilder nachhaltiger Arbeit, die zum Beispiel an einem erweiterten Arbeits- und Ökonomiebegriff, an der Krise der Reproduktionsarbeitszeit und an diskontinuierlicher Teilzeitarbeit anknüpfen. Genderpolitisch, aber auch arbeits- und sozialpolitisch brisant sind z. B. Fragen nach den arbeitszeitpolitischen Leitbildern nachhaltiger Arbeit (etwa das Leitbild einer 'Normalität der Teilzeitarbeit als Normalarbeit für Männer und Frauen' oder das Leitbild der 'Erweiterung des Arbeitsbegriffs im Sinne der Ermöglichung verschiedener Arbeitsformen für beide Geschlechter'). Konzeptuell stellt sich die Frage, welche Leitbilder zur Zukunft der Arbeit, im Kontext der Flexibilisierung von Arbeit, eine Antwort auf Herausforderungen einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und Arbeitspolitik darstellen könnten, und ob bzw. inwiefern eine Erweiterung des Arbeits- und Ökonomiebegriffs weiterführend wäre.
- 3) In der Nachhaltigkeitsdebatte bestehen deutliche Defizite bezüglich kaum thematisierter Anschlussmöglichkeiten an arbeitspolitische Debatten und Strategien. Dabei liefern die in Hinblick auf 'soziale Nachhaltigkeit' entwickelten, mehrdimensionalen Leitbilder 'nachhaltiger Arbeit' Orientierungspunkte für eine 'nachhaltige Lebensführung' (vgl. etwa HBS 2000: 33; Abschnitt 3.4.5.1 dieser Arbeit), die auch die gewerkschaftliche - aber auf die betriebliche Ebene fokussierte - Debatte um 'Gute Arbeit' (vgl. Schröder/Urban 2009; 2014) bereichern könnten. Perspektivisch könnte es von Interesse sein, das Leitbild 'Gute Arbeit' (mit der Schwerpunktsetzung auf der betrieblichen Ebene) mit einem zu konkretisierenden

Leitbild 'nachhaltiger Arbeit' (mit der Schwerpunktsetzung auf der gesellschaftspolitischen Ebene) zu verkoppeln (quasi als 'Doppelstrategie'), gewerkschaftspolitische Implikationen zu thematisieren und gegebenenfalls gewerkschaftsstrategische und gesellschaftspolitische Folgerungen abzuleiten. Gerade Arbeitszeitfragen sind als 'systemsprengende Elemente' geeignet. Mögliche Implikationen aus gewerkschaftspolitischer Sicht würden auch organisationspolitische Orientierungen betreffen, so der teils kritisierte Fokus auf die Interessen vollzeitig Stammbeschäftigter unter Vernachlässigung weiblicher Teilzeitbeschäftigter. Aber auch aktuelle gewerkschaftsstrategische Fragen der „Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus“ (Pickhaus/Urban 2009) könnten, über die Ebenen der formalen und realen 'betrieblichen Mitbestimmung' hinaus (vgl. Demirovic 2007, 2008) mit Blick auf eine Erweiterung des Arbeits- und (!) Ökonomiebegriffs auf Konzepte einer 'pluralen Ökonomie' (vgl. Biesecker 2000; Hildebrandt 2003; Lippe 2012), 'solidarischen Ökonomie' (vgl. DGB-Bundesvorstand 2012) oder 'Gemeinwesenökonomie' (vgl. Elsen 1998, 2004; Schaarschuch 2004; Trube 2002) übertragen werden. Dies auch hinsichtlich der Erkenntnis, dass ökonomische Macht, z. B. über gemeinschaftlichen Besitz von Produktionsmittel, auch zu Gestaltungsmacht führt.²⁵⁷ Vor allem in der Thematisierung einer 'nachhaltigen' Gestaltung des Zusammenhangs unterschiedlicher Formen und Sphären von Arbeit,²⁵⁸ durchaus auch hinsichtlich einer lebenslaufbezogenen nachhaltigen Lebensführung, scheinen also neue Bezugspunkte für eine verbetrieblichte Arbeitspolitik prüfenswert und folgenreich. Normative Grundlage könnte aus gewerkschaftspolitischer und nachhaltiger Perspektive das sein, was Cornelia Drautz als 'Schlüsselbegriff eines nachhaltigen Arbeitsbegriffs' hervorhebt, nämlich 'Autonomie': „Mit Autonomie bezeichnet man den Zustand der Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und

²⁵⁷ Nicht zuletzt in der Alternativökonomie- und Grundeinkommensdebatte der 1980er Jahre stand für einige Vertreter die Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der Produktionsmittel im Vordergrund sowie die „wachsende Unabhängigkeit gegenüber der kapitalistischen Ökonomie“: „Ausbeutungsüberwindend wird die Strategie eines garantierten Grundeinkommens letztlich aber erst, wenn sie in eine Strategie eingebettet ist, die auf die Wiederherstellung der allgemeinen Subsistenzfähigkeit durch Aneignung der Produktivmittel hinzielt. Befreiung der Arbeit und nicht Befreiung von Arbeit scheint uns die ökologisch fruchtbare Perspektive zu sein. Das garantierte Grundeinkommen ist nicht die Forderung nach einem Status quo materiellen Abgesichertseins der ‚kleinen Leute‘, sondern Teilstrategie einer demokratischen Veränderung von Gesellschaft überhaupt“ (Opielka/Stalb 1986: 79).

²⁵⁸ Biesecker (2000) hat hier den Begriff der 'Arbeitsstrukturpolitik' gewählt.

Selbstständigkeit. Die Selbstverwaltung oder Entscheidungsfreiheit des Individuums steht dabei im Vordergrund“ (Drautz 2011: 43).

Im Ergebnis lassen sich folgende, zentrale Leitfragen einer reformulierten, nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik herausstellen, die für eine Öffnung und Neuausrichtung der Arbeitspolitikdebatte hilfreich sein könnten:

- 1) Wie verlief im Kontext der ´fordistischen` Wohlstandsproduktion die Wohlstandsproduktion und -verteilung, wie die Reproduktion sozialer Ungleichheit, und was sind schließlich unter postfordistischen und neoliberalen Globalisierungsbedingungen die Konsequenzen für Wohlstand, Sozialstruktur, Arbeit, Arbeitszeit, Sozialität, Demokratie und Handlungsbedingungen von Arbeitspolitik selbst?
- 2) Wie sollte unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten die Wohlstandsproduktion verlaufen? Welche Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs lassen sich unter neoliberalen Globalisierungsbedingungen als Bezugspunkte einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik konkretisieren?
- 3) Inwiefern könnte, angesichts der Verbetrieblichung von Arbeitspolitik, ein erweiterter Arbeitsbegriff Antworten auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und der postfordistischen Transformation von Arbeit liefern, welche Leitbilder nachhaltiger Arbeit und arbeitszeitpolitischen Leitbilder erscheinen, mit welchen arbeits- und arbeitszeitpolitischen Strategien und sozialpolitischen Implikationen als Perspektiven für eine nachhaltige Arbeitspolitik weiterführend?
- 4) Welche gewerkschaftsstrategischen Implikationen wären mit (entsprechend) modifizierten Leitbildern zur Zukunft der Arbeit zu verbinden? Und grundsätzlicher gefragt: Unter welchen Bedingungen, Akteursszenarien und mit welchen grundlegenden Reorientierungen wäre, unter neoliberalen Globalisierungsbedingungen, ein Wandel hin zu einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik denkbar und voranzutreiben?

6. Perspektiven und Akteursszenarien einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

Aufbauend auf einer Rekapitulierung der bisher wesentlichen diskursanalytischen Argumentation und fokussiert auf die zuvor reformulierten arbeitspolitischen Leitfragen, werden im Folgenden Problemdimensionen, Perspektiven und Akteursszenarien einer 'nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik' zur Diskussion gestellt.

6.1 Rekapitulierung der bisherigen Argumentation

In den 1990er Jahren waren die Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und eine multidimensionale, gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsdebatte die zwei wesentlichen Zukunftsdebatten. Beide wurden nicht nur auf wissenschaftlicher Ebene, sondern auch über politische Akteure, als politische Debatten, über diverse Zukunftskommissionen unterschiedlicher politischer Stiftungen und Verbände befördert und vorangetrieben. In der Folge bildeten sich politische Mainstream-Zukunftsdiskurse heraus, die mit ihrem Agenda-Setting (vordefinierter Zukunftsfragen) zugleich, als sogenannten 'blinde Flecken', gesellschaftspolitisch problematische Diskurskontexte und alternative Perspektiven ausblendeten.²⁵⁹

²⁵⁹ Prägend für diese Mainstream-Zukunftsdiskurse waren zum einen der in dieser Arbeit am Beispiel der sogenannten 'Bayernstudie' (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, 1997a, b) rekonstruierte 'neoliberal-konservative Diskurs zur Zukunft der Arbeit' (vgl. auch die 1998 herausgegebene, kontrovers zur 'Bayernstudie' angelegte Streitschrift der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen „Die Sackgassen der Zukunftskommission“) und zum anderen ein gesamtgesellschaftlicher Nachhaltigkeitsdiskurs, der auf nationaler Ebene durch die sogenannte 'Wuppertal-Studie' (BUND/Misereor 1995/1996) angestoßen wurde, in deren Folge weitere Nachhaltigkeitsstudien erschienen und sich um Deutungshoheit bemühten (vgl. etwa Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998; Friedrich-Ebert-Stiftung 2000; Arbeit und Ökologie 2000/HBS 2000). Diese beiden von politischen Akteuren beförderten Mainstream-Zukunftsdiskurse verdeckten mit ihren Politikempfehlungen weitestgehend die ebenso in dieser Arbeit rekonstruierte sozialwissenschaftliche Debatte zur Zukunft der Arbeit, obwohl sie durch deren Ausgangsthese beeinflusst wurden (so insbesondere hinsichtlich der Annahme eines stetig rückläufigen Arbeitsvolumens und der These, dass die Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit liegt).

Diese Zukunftsdiskurse sind zur Jahrtausendwende ausgelaufen. Seitdem werden gesamtgesellschaftliche Zukunftsdebatten kaum noch geführt, obwohl Krisenszenarien allgegenwärtig sind und nach Orientierung verlangen. Zudem lässt sich eine Verbetrieblichung der Arbeitspolitikdebatte feststellen: Fragen zur Entwicklung und Perspektiven von Arbeit werden zunehmend losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Perspektiven auf die betriebliche Ebene reduziert.

Das *Anliegen dieser Arbeit* ist es nun, einen Beitrag zur Reaktivierung der Zukunftsdebatten zu liefern und zugleich der Verbetrieblichung der Arbeitspolitikdebatte entgegen zu wirken.

Die *erkenntnisleitende Idee* lautete, dass die bis zur Jahrtausendwende als multidimensionale, gesamtgesellschaftliche Zukunftsdebatte geführte und noch relativ junge Nachhaltigkeitsdebatte innovatives Potential enthalten könnte, dass gemeinsam mit Befunden der internationalen, sozialwissenschaftlichen Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft nutzbar ist, um thematisch die Arbeitspolitik- und Zukunftsdebatten wiederzubeleben.

Um allerdings nicht bereits beendete Debatten unreflektiert zu reproduzieren (und insofern einen eigenständigen Beitrag liefern zu können), war es in *methodischer Hinsicht* ratsam, nicht nur deren Perspektiven zu rekonstruieren. Vielmehr sollten im Rahmen einer Diskursanalyse auch die Gründe, die zum Auslaufen der *Mainstream-Zukunftsdiskurse* geführt haben, ermittelt werden und insbesondere die 'blinden Flecken' der *Mainstream-Zukunftsdiskurse* herausgearbeitet und als *Ausgangspunkte einer Reformulierung* fokussiert werden.

Auch sollten Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte, thematische Ergänzungen der Nachhaltigkeitsdebatte und der sozialwissenschaftlichen Debatte zu Zukunft der Arbeitsgesellschaft verbunden werden, um solchermaßen systematisch, in Hinblick auf eine Erweiterung der aktuellen, betriebspolitisch verengten arbeitspolitischen Debatte, Herausforderungen und Perspektiven einer 'nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik' diskutieren zu können.²⁶⁰

²⁶⁰ Um zeitgeschichtliche Verengungen der Mitte der 1990er Jahre mit Jeremy Rifkin (1995) ausgelösten Neuaufnahme der sozialwissenschaftlichen Debatte zur 'Zukunft der Arbeitsgesellschaft' zu reduzieren, wurde ebenso ein Vergleich mit der sozialwissenschaftlichen Debatte Anfang der 1980er Jahre über das 'Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit' vorgenommen. Beständig wiederkehrende Grundsatzdebatten, wie etwa die zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, dualökonomische wie arbeitszeitpolitische Fragestellungen, wurden bereits hier ausgiebig – allerdings ohne Globalisierungsbezug – diskutiert.

Diese Aufgabenstellung wurde entsprechend über folgende Fragen konkretisiert:

- (1) Was sind die gemeinsamen 'blinden Flecken' der Perspektivenformulierungen der in den 1990er Jahren auf politischer Ebene geführten Diskurse zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit?
- (2) Warum wurden diese Diskurse überhaupt geführt und von Seiten der Politik befördert (welche Funktion erfüllten sie), warum wurden sie so schnell wieder beendet, wie stellt sich also der gesellschaftspolitische Diskurskontext dar?
- (3) Enthält der Nachhaltigkeitsdiskurs überhaupt innovatives oder gesellschaftskritisches Potential, das für eine Reformulierung der Arbeitspolitikdebatte nutzbar sein könnte?
- (4) Warum haben sich der Nachhaltigkeits- und der Arbeitspolitikdiskurs (entgegen geäußerter Hoffnungen, vgl. Linne 2003) nicht ergänzt und zu einer Öffnung der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte beigetragen?
- (5) Worin bestehen die Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte?
- (6) Welche inhaltlichen Ergänzungen zwischen der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte, der Nachhaltigkeitsdebatte und der sozialwissenschaftlichen Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft lassen sich formulieren?
- (7) Wie müsste die Arbeitspolitikdebatte geführt werden bzw. welche weiterführenden Leitfragen lassen sich reformulieren, ausgehend von den blinden Flecken der Mainstream-Zukunftsdiskurse, dem innovativen Potential der Nachhaltigkeitsdebatte, sozialwissenschaftlichen Befunden der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Restriktionen wie Perspektiven der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte?

Zu diesen Fragestellungen wurden in dieser Arbeit folgende Befunde und Ergebnisthesen ermittelt.²⁶¹

²⁶¹ Auf eine Darstellung der Ergebnisse der Rekonstruktion der sozialwissenschaftlichen Debatten zur Zukunft der Arbeit sowie auf eine erneute eigene kritische Würdigung einzelner Debattenbeiträge, so etwa der von Jeremy Rifkin, Manuel Castells und André Gorz, wird hier verzichtet (vgl. dazu die Kommentare in Kapitel 2). Da wo sinnvoll wird in der noch folgenden Perspektivendiskussion auf einzelne Argumente Bezug genommen.

Ad (1): Schnittmenge blinder Flecken des Agenda-Setting

- Die beiden 'Mainstream-Zukunftsdiskurse' zur Nachhaltigkeit und zur Zukunft der Arbeit der 1990er Jahre zeichnen sich durch ein Agenda Setting gemeinsamer arbeitspolitischen Leitthesen aus (i. e. Feststellung einer Krise der Wohlstandsproduktion als stetige Abnahme des Arbeitsvolumens, Zukunft der Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit, Forderungen nach einem Ausbau von Niedriglohnarbeit, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitszeitflexibilisierungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme), mit denen zugleich als 'blinde Flecken' insbesondere folgende Problemkontexte ausgeblendet wurden: Soziale Ungleichheit, Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern und die 'Krise der Reproduktionsarbeitszeit', die Durchsetzung eines globalen neoliberalen Projektes, der Transformationsprozess gesellschaftlicher Arbeit, eine modifizierte Arbeitsideologie sowie Macht-, Herrschafts- und Demokratiefragen (vgl. Abschnitt 4.1).

Ad (2): Genese, Kontext, Funktionalität und Gründe für das Auslaufen

- Die Mainstream-Zukunftsdiskurse der 1990er Jahre sind im Kontext eines epochalen und globalen politisch-ökonomischen Umbruchprozesses zu sehen und reflektieren Suchrichtungen einer neoliberal orientierten, politischen und intellektuellen Elite, angesichts eines in den 1970er Jahren sichtbar gewordenen 'allgemeinen Falls der Profitrate', Ökonomie, Gesellschaft und Kapitalakkumulation so zu verändern, dass u. a. lebendige Arbeit billiger wird und/oder unbezahlte Subsistenztätigkeiten ausgedehnt werden, ohne zugleich auf Arbeit als Disziplinierungsmittel zur Herrschaftsabsicherung verzichten zu müssen.²⁶² Mit dem gemeinsamen Plädoyer beider Mainstream-Zukunftsdiskurse für den Ausbau von Niedriglohnarbeit und die Aufwertung von Nichterwerbsarbeiten wurden Lösungen vorgeschlagen, wie die Kosten der für den

²⁶² Zentral war hier der Rekurs auf Joachim Hirsch (1999), der betonte, dass das Problem des 'postfordistischen Restrukturierungsprozesses' bleibe, dass für die Produktion materieller Güter zunehmend weniger lebendige Arbeit benötigt wird, die auf den Produktions- und Reproduktionsprozess bezogenen Dienstleistungen aber anwachsen. Im Gegensatz zur Kommodifizierung von Produktions- und Reproduktionsarbeit im Fordismus würde es jetzt darum gehen, „viele Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit wieder zu peripherisieren und gleichzeitig reproduktionsnotwendige Dienstleistungen in schlecht oder überhaupt nicht bezahlte Arbeitsverhältnisse abzudrängen“ (a. a. O.: 3).

Produktions- und Reproduktionsprozess zunehmend benötigten Dienstleistungen minimiert und wie zugleich die Arbeitsideologie modifiziert werden könnten (vgl. Abschnitt 4.2.1).

- Mit dem dann tatsächlich erfolgten Ausbau von Niedriglohnarbeit und flexibilisierten Arbeitsbedingungen im Kontext des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Paradigmenwechsels hin zur 'activation policy' im Zuge der „Agenda 2010“ (Bundesregierung 2003) und der sogenannten 'Hartz-Reformen' (vgl. Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002) wurden schließlich dergestalt Antworten auf Probleme der Kapitalakkumulation gefunden, dass die zentrale (arbeitspolitische) Kernthese der beiden Mainstream-Diskurse (über die Zukunft der Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit) faktisch überflüssig wurde. Auch die Prämisse eines stetig rückläufigen Arbeitsvolumens hatte sich empirisch und politisch mit dem Beschäftigungszuwachs im Niedriglohnsektor überlebt: Mit dem Ausbau flexibler, zumeist prekärer, arbeitskostengünstiger und hauptsächlich Frauen zugewiesener Teilzeitarbeit im Dienstleistungsbereich gelang die nur teilweise zu ermöglichende Einbindung der 'Überzähligen' (d. h. vor allem der Frauen) in den Arbeitsmarkt. Zugleich wurden die Arbeitsideologie modifiziert, Arbeitskosten für zunehmende produktionsbezogene Dienstleistungen niedrig gehalten und (mit dem 'modernisierten Familienernährermodell' teilzeitbeschäftigter Frauen und vollzeitbeschäftigter Männer) kleinst mögliche Zeitfenster für reproduktionsnotwendige Tätigkeiten offen gelassen (vgl. Abschnitt 4.2.1).²⁶³
- Die Genese des Nachhaltigkeitsdiskurses auf supranationaler Ebene verweist deutlich auf den politischen Globalisierungskontext eines sich „restrukturierenden globalen Kapitalismus“ (Demirovic 1997). Der auf supranationaler Ebene entstandene Diskurs über 'sustainable development' der ersten Phase war funktional, um mit seinen Entwicklungsversprechungen auf Demokratisierung, internationale Verteilungsgerechtigkeit und Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie weltweit, eine

²⁶³ Zudem wurden Forderungen in beiden Mainstream-Zukunftsdiskursen nach einem Rück- und Umbau des Sozialstaates verwirklicht.

neue Weltwirtschaftsordnung zu legitimieren, die faktisch einer neoliberalen Freihandelsdoktrin folgte (vgl. Abschnitt 3.5.1.1).²⁶⁴

- Im Laufe seiner zweiten, nationalen Transformationsphase (vgl. Abschnitt 3.5.1.2) verlor der Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland zunehmend an ‚Diskursqualität‘ und verwandelte sich weitestgehend in einen neoliberal dominierten Diskurs zur Zukunft der Arbeit, der als gesamtgesellschaftlicher Zukunftsdiskurs aus den gleichen Gründen auslief, wie der konservativ-neoliberale Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft (vgl. Abschnitt 4.2.1).
- Im Ergebnis der diskursanalytischen Betrachtung (d. h. aus der Perspektive einer neoliberalen Elite) waren beide auf nationaler Ebene schließlich zusammen gelaufenen Zukunftsdiskurse, trotz ihres Auslaufens, äußerst erfolgreich und zugleich hinsichtlich ihrer originären arbeitspolitischen Kernthesen überflüssig geworden.²⁶⁵

Ad (3): Innovatives, gesellschaftskritisches Potenzial der Nachhaltigkeitsdebatte

- Als diskursiv umkämpfter und ambivalenter Begriff enthält der insofern immer nur vorläufig definierbare Nachhaltigkeitsbegriff - trotz aller aufgezeigter Funktionalitäten des Nachhaltigkeitsdiskurses - durchaus auch gesellschaftskritisches Potenzial. Dieses wurde bis zu seiner gegenwärtigen institutionellen Vereinnahmung und Kooptierung durch Regierungs- und Unternehmenspolitiken in Expertendialogen, vor allem im Zuge seiner zweiten Transformationsphase (als multidimensionaler, nationaler Zukunftsdiskurs) diskursiv überlagert, umgedeutet und herrschaftskonform ‚entschärft‘ (vgl. Abschnitte 3.2, 3.5.2.1).

²⁶⁴ Bereits im Abschlussdokument des Rio-Erdgipfels von 1992, der „Rio Erklärung über Umwelt und Entwicklung“, wurde eine liberalisierte Welthandelsordnung präferiert (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992: Grundsatz 12). Als der sich global durchsetzende Neoliberalismus und diese ihn unterstützenden, neu geschaffenen, internationalen Organisationen (wie insbesondere die zwei Jahre nach Rio im Jahr 1994 gegründete WTO) sich schließlich durchgesetzt hatten und als alternativlos erschienen, zudem die internationale Gipfeldiplomatie zum Rio-Nachfolgeprozess und die international agierende NGOs, deren Beteiligungen kurzweilig als Demokratisierungsbeleg diente, enttäuschten, verlor das Nachhaltigkeitsparadigma als globales politisches Leitbild an Bedeutung.

²⁶⁵ Natürlich gab es innerhalb der Zukunftsdiskurse Deutungskonflikte, abweichende Interpretationen und diskurskritische Überschusspotentiale, zum Beispiel zum Nachhaltigkeitsbegriff. In dieser diskursanalytischen Betrachtung ging es aber zunächst um eine Fundierung der Funktionalitäten ihrer dominanten Leitkriterien.

- Letztlich ist allerdings anzuerkennen, dass das Denken in globalen Zusammenhängen und langfristigen Zeiträumen seit Rio 1992 geblieben ist. Das mit der Rekonstruktion ermittelte, diskursiv überlagerte innovative und kritische Potential der Nachhaltigkeitsdebatte stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (vgl. Abschnitt 3.5.3.1):
- a) Wegweisend sind die originären, in der supranationalen Phase des Nachhaltigkeitsdiskurses erkennbaren und gegenüber der kapitalistischen Verwertungslogik sperrigen, normativen Kriterien (oder Entwicklungsversprechungen) nachhaltiger Entwicklung nach einer Demokratisierung von Politikprozessen sowie nach Verteilungsgerechtigkeit in internationaler, intergenerativer und intragenerativer Perspektive.²⁶⁶ Diese normativen Zielsetzungen wurden auf nationaler Ebene mit dem 'Drei-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit' (der gleichberechtigten Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeitsziele) als konstitutives Element der zweiten Diskursphase zunehmend relativiert und entwertet.²⁶⁷
 - b) In ökologischer Hinsicht bleiben die Anerkennung 'ökologischer Grenzen des Wachstums' und von 'ökologischen Tragekapazitäten' des Wirtschaftens die zentralen

²⁶⁶ Felix Eckardt bezieht sich auf diese originären Bedeutungsinhalte, wenn er Nachhaltigkeit wie folgt definiert und damit (zu Recht) implizit das Drei-Perspektiven-Modell der Nachhaltigkeit relativiert: „Nachhaltigkeit bezeichnet definitorisch die politische/ ethische/ rechtliche Forderung nach mehr intertemporaler und globaler Gerechtigkeit, also die Forderung nach dauerhaft und global durchhaltbaren Lebens- und Wirtschaftsweisen“ (Eckardt 2011: 654).

²⁶⁷ Zum 'Drei-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit' und zur Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs des Verfassers (T.B.) in dieser Arbeit siehe auch Abschnitt 3.1. Die Entwicklungsversprechungen der ersten, supranationalen Phase wurden mit der Entfaltung des Drei-Perspektiven Modells der Nachhaltigkeit wie folgt 'entschärft' bzw. umgedeutet (vgl. Abschnitt 3.5.2.1):

- Das Entwicklungsversprechen auf eine *Demokratisierung von Politikprozessen* durch die Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zeitigte sich in einer sukzessiven Zuweisung bzw. Transformation in relativ abgeschlossene, zunehmend bewegungsferne und institutionell vereinnahmte Expertendiskurse (vgl. etwa die frühzeitige und noch immer aktuelle Analyse von Fischer 1997 und Heinrich-Böll-Stiftung 2002).
- Die Dimension der '*internationalen Verteilungsgerechtigkeit*' wurde, wenn überhaupt, dann lediglich auf die ökologische Dimension bezogen, wohingegen weltweite Armutsprobleme zunehmend ausgespart wurden.
- '*Intergenerative Verteilungsgerechtigkeit*', als Forderung nachfolgenden Generationen keine Hypotheken oder Entwicklungsprobleme zu übertragen, wurde oftmals mit 'Zukunftsoffenheit' oder auch 'Zukunftsfähigkeit' synonym gesetzt und verlor in der je Interessen geleiteten Definition dessen, was im 'hier und jetzt' zu passieren habe (damit auch seinen Zukunftsbezug).
- Statt um '*intragenerative Verteilungsgerechtigkeit*', im Sinne von 'Wohlstand für Alle', ging es eher um die Diskussion eines anderen, *immateriellen Wohlstandsbegriffs*, der Verteilungsfragen aussparte (siehe die Kritik an der 'Wuppertal-Studie', Abschnitt 3.4.4).

Herausforderungen alternativer Wirtschaftskonzeptionen.²⁶⁸ Hier ist auch zu berücksichtigen, dass die Verbindung ökologischer Tragekapazitäten mit dem normativen Anspruch internationaler Verteilungsgerechtigkeit zum normativen Postulat 'weltweit gleicher pro Kopf-Ansprüche auf Naturverbrauch' führt (vgl. BUND/Misereor 1996).

- c) Die Diskussion um einen alternativen oder nachhaltigen Wohlstandsbegriff stellt eine weitere Herausforderung für Zukunftsdebatten dar. Allerdings in innovativer Weise nur dann, wenn materielle und immaterielle Wohlstandsqualitäten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Und in emanzipatorischer Weise nur dann, wenn soziale Ungleichheit und die sie reproduzierenden Herrschaftsverhältnisse mitgedacht werden.
- d) In der Debatte um 'nachhaltige Arbeit' (vgl. Abschnitt 3.4) wird diese sowohl auf Erwerbs- als auch auf Nichterwerbsarbeit bezogen.²⁶⁹ Beide Perspektiven, insbesondere aber auch die Thematisierung einer 'nachhaltigen Gestaltung des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit', durchaus auch hinsichtlich Arbeitszeiten und einer lebenslaufbezogenen nachhaltigen Lebensführung, bieten neue Orientierungspunkte für eine verbetrieblichte Arbeitspolitik. Perspektiven eines erweiterten Wohlstandsbegriffs sind hier zu berücksichtigen.

Ad (4): Gründe für ausgebliebene Synergieeffekte zwischen der Nachhaltigkeits- und Arbeitspolitikdebatte

- Der Befund, dass sich der Nachhaltigkeitsdiskurs der zweiten Phase sukzessive in einen neoliberal dominierten Diskurs zur Zukunft der Arbeit verwandelt hat, ist zugleich eine

²⁶⁸ Tatsächlich stellt die Verfolgung von Effizienzstrategien in Hinblick auf 'qualitatives Wachstum' in einer 'green economy' aus ökologischer Sicht eine Verbesserung des Status-Quo nur dann da, wenn Effizienzgewinne nicht durch eine Zunahme der Gütermenge aufgezehrt und ökologische Tragekapazitäten dennoch überschritten werden.

²⁶⁹ Bezogen auf Erwerbsarbeit wird mit 'nachhaltiger Arbeit' unter der Maßgabe 'ökologischer Nachhaltigkeit' zumeist auf eine öko-effiziente Produktion verwiesen (vgl. Bierter/Stahel/Schmidt-Bleek 1996; Abschnitt 3.4.1). 'Soziale Nachhaltigkeit', als eine zentrale Dimension nachhaltiger Wohlstandsentwicklung, wird von Senghaas-Knobloch auf die Zukunftsfähigkeit sozialer Einheiten, vorrangig mit Blick auf die soziale Kohäsion in sozialen Systemen, wie auch auf den schonenden Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft als Ressource bezogen (vgl. Ders. 2008: 39). Bezogen auf Nichterwerbsarbeit will die Thematisierung der 'sozialen Nachhaltigkeit' von Arbeit auch Orientierungspunkte für eine 'nachhaltige Lebensführung' liefern (vgl. etwa HBS 2000: 33; Abschnitt 3.4.5.1).

wesentliche Erklärung, warum die Nachhaltigkeitsdebatte die Arbeitspolitikdebatte entgegen geäußerter Hoffnungen (vgl. Linne 2003) nicht bereichern konnte (vgl. Abschnitt 4.2.2).

- Thematische Anschlussfähigkeiten waren nicht ausreichend gegeben. Dies betrifft z. B. das Aussparen von Arbeitsbedingungen einerseits und umgekehrt die alleinige Thematisierung von Nachhaltigkeit hinsichtlich des Setzens auf neue Umwelttechnologien aufgrund erhoffter Beschäftigungsgewinne. Auch die internationale sozialwissenschaftliche Debatte der 1990er Jahre ließ kaum noch explizite Bezüge zu etwa gewerkschaftsnahen Programmatiken erkennen.²⁷⁰
- Nachhaltigkeitsexperten agieren in gänzlich unterschiedlichen Arenen als etwa Gewerkschaften, Sozial- und Frauenverbände, die an Expertendialogen zum Thema Nachhaltigkeit kaum beteiligt sind. Ein grundsätzliches, sozialstrukturelles und politisches Problem gesamtgesellschaftlicher und multidimensionaler Zukunftsdebatten besteht darin, unterschiedliche soziale Interessen und Lebenswirklichkeiten zusammen zu bringen und aufzuzeigen.²⁷¹

Ad (5): Perspektiven und Restriktionen der aktuellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte

- Die gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte, insbesondere die aktuelle 'Gute Arbeit-Kampagne' (vgl. Abschnitt 5.1), hat da ihre Stärken, wo sie 'Entgrenzungen von Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen' auf betrieblicher Ebene benennt und mit Bezug

²⁷⁰ Dagegen hatte sich André Gorz im Jahr 1989 mit seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ noch primär an gewerkschaftlich orientierte Leser gewandt und explizit arbeitszeitpolitische Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Programmatik formuliert. In seinem Buch „Arbeit als Misere und Utopie“ (Ders. 2000) ist von Gewerkschaften oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und verbundenen Strategien kaum noch die Rede.

²⁷¹ Laut Joachim Hirsch (1993) würde sich im Zuge der Globalisierung des Kapitals der bisherige homogene nationalstaatliche Zusammenhang zunehmend auflösen und sich das Bild einer sich 'entgesellschaftlichen Gesellschaft' abzeichnen, die in sich autonom verstehende Subkulturen, besitzstandwahrende Interessenklüngel, gewaltsame Ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abschottende Gruppen und Gemeinschaften zerfällt (vgl. a. a. O.: 39). Unabhängig davon, ob Zukunftsdebatten (die unterschiedliche soziale Interessen und Lebenswirklichkeiten zusammen bringen wollen) heute tatsächlich anspruchsvoller zu bewältigen sind als zuvor, ergibt sich für eine hier unterstützend wirkende Wissenschaft, spiegelbildlich hinsichtlich der Bewältigung multidimensionaler Fragestellungen, zunächst allein schon die forschungspraktische Herausforderung einer interdisziplinären Forschungszusammenarbeit.

auf Problembewertungen der Beschäftigten hier zunächst ´strategische Widerstandslinien` aufbauen will. Perspektivisch setzt sie auf eine „Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus“, ohne ein elaboriertes strategisches Konzept anbieten zu können (vgl. Pickshaus/Urban 2009).

- Restriktionen bestehen zudem nicht nur in einer nicht ausreichenden Problematisierung der Interessenvertretung prekär Beschäftigter (vgl. Dörre 2009), sondern (traditionell) insbesondere auch hinsichtlich Teilzeitarbeit, mit ihren organisationspolitischen und in lebensbiografischer Perspektive arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Implikationen. Der Fokus auf die betriebliche Ebene und auf Vollzeitarbeit führt dazu, dass Wechselwirkungen der Sphären von Erwerbsarbeit, sozialpolitisch regulierter Reproduktionsarbeit und Leben nicht ausreichend politisiert werden.²⁷² Im Ergebnis vermag die gewerkschaftliche Arbeitspolitikdebatte, wie die aktuelle ´Gute Arbeit`-Kampagne, angesichts der Flexibilisierung von Arbeit und Leben sowie der Verbetrieblichung von Arbeitspolitik selbst,²⁷³ als Orientierung vermittelndes, umfassendes Leitbild für die Zukunft der Arbeit nicht zu überzeugen.

Ad (6): Hypothesen zu thematischen Ergänzungen zwischen der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatte (vgl. Abschnitt 5.2)

- In der Nachhaltigkeitsdebatte werden Fragen nach einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und nach einem alternativen Wohlstandsbegriff aufgeworfen, aber Bedingungen im Kontext neoliberaler Umstrukturierungen ausgespart. Die sozialwissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft hat da ihre Stärken, wo sie die Reproduktion sozialer Ungleichheit und neoliberale Restrukturierungen von Arbeit und Sozialstrukturen mit ihren Konsequenzen analysiert. Sie könnte nutzbar sein für Konkretisierungen der Herausforderungen eines nachhaltigen

²⁷² Die strikte Trennung von Arbeitspolitik und Sozialpolitik wird nicht aufgehoben. In der Folge wird etwa die Kritik an Normalarbeit (i.S. von kontinuierlicher, lebenslanger Vollzeitbeschäftigung) als gewerkschaftliches Leitbild und Grundlage von Arbeits- und Sozialpolitik in der Arbeitspolitikdebatte nicht ausreichend aufgegriffen.

²⁷³ Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden zunehmend weniger durch kollektive arbeitspolitische Aushandlungsprozesse bestimmt, sondern individualisiert als Angelegenheit bilateraler Aushandlung zwischen ´Arbeitgeber` und ´Arbeitnehmer` bzw. ´Kapital` und ´Arbeit`.

Wohlstandsbegriffs bzw. einer ´nachhaltigen Wohlstandproduktion und Arbeitspolitik` unter (neoliberalen) Globalisierungsbedingungen.

- Die sozialwissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft hat einen Schwerpunkt in der Analyse der Flexibilisierung von Arbeit und Leben. Andererseits finden sich zumeist Leerstellen an der konzeptuellen Schnittstelle zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Hier wiederum finden sich Vorschläge in der Debatte um nachhaltige Arbeit.²⁷⁴ Genderpolitisch, aber auch arbeits- und sozialpolitisch brisant sind z. B. Fragen nach den arbeitszeitpolitischen Leitbildern nachhaltiger Arbeit, zudem Perspektiven, die im Kontext der Flexibilisierung von Arbeit eine Erweiterung des Arbeits- und Ökonomiebegriffs als Antwort auf Herausforderungen einer nachhaltigen Wohlstandproduktion und Arbeitspolitik interpretieren.
- Perspektivisch könnte es von Interesse sein, das Leitbild ´Gute Arbeit` der aktuellen gewerkschaftspolitischen Arbeitspolitikdebatte, losgelöst von betrieblichen Fokussierungen, mit einem zu konkretisierenden Leitbild ´nachhaltiger Arbeit` zu verkoppeln, gewerkschaftspolitische und gewerkschaftsstrategische Implikationen zu diskutieren und mit gesellschaftspolitischen Umorientierungen zu verbinden. Gerade Arbeitszeitfragen sind als ´systemsprenkende Elemente` geeignet (vgl. Negt 1984). Aber auch aktuelle gewerkschaftsstrategische Fragen der „Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus“ (Pickhaus/Urban 2009) könnten, über die Ebenen der formalen und realen ´betrieblichen Mitbestimmung` hinaus (vgl. Demirovic 2007, 2008), mit Blick auf eine Erweiterung des Arbeits- und Ökonomiebegriffs auf Konzepte einer ´pluralen Ökonomie` (vgl. Biesecker 2000, Hildebrandt 2003; Lippe 2012) bezogen werden.

Ad (7): Reformulierung arbeitspolitischer Leitfragen

- Folgende Leitfragen wurden, basierend auf der diskurskritischen Schneidung der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten, für eine Diskussion und Konkretisierung von

²⁷⁴ Vor allem in der Thematisierung einer nachhaltigen Gestaltung des Zusammenhangs unterschiedlicher Formen und Sphären von Arbeit, durchaus auch hinsichtlich einer lebenslaufbezogenen Lebensführung, scheinen neue Bezugspunkte für eine verbetrieblichte Arbeitspolitik prüfenswert und folgenreich.

Perspektiven und Akteursszenarien einer 'nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik' reformuliert (vgl. Abschnitt 5.2):

- 1) Wie verlief im Kontext der fordistischen Wohlstandsproduktion die Wohlstandsproduktion und -verteilung, wie die Reproduktion sozialer Ungleichheit, und was sind schließlich unter postfordistischen und neoliberalen Globalisierungsbedingungen die Konsequenzen für Wohlstand, Sozialstruktur, Arbeit, Arbeitszeit, Sozialität, Demokratie und Handlungsbedingungen von Arbeitspolitik selbst?
- 2) Wie sollte unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten die Wohlstandsproduktion verlaufen? Welche Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs lassen sich unter neoliberalen Globalisierungsbedingungen als wesentliche Bezugspunkte einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik konkretisieren?
- 3) Inwiefern könnte, angesichts der Verbetrieblichung von Arbeitspolitik, ein erweiterter Arbeitsbegriff Antworten auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und der postfordistischen Transformation von Arbeit liefern, welche Leitbilder nachhaltiger Arbeit und arbeitszeitpolitischen Leitbilder erscheinen, mit welchen arbeits- und arbeitszeitpolitischen Strategien und sozialpolitischen Implikationen, als Perspektiven für eine nachhaltige Arbeitspolitik weiterführend?
- 4) Welche gewerkschaftsstrategischen Implikationen wären mit (entsprechend) modifizierten Leitbildern zur Zukunft der Arbeit zu verbinden? Und grundsätzlicher gefragt: Unter welchen Bedingungen, Akteursszenarien und mit welchen grundlegenden Reorientierungen wäre, unter neoliberalen Globalisierungsbedingungen, ein Wandel hin zu einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik denkbar und voranzutreiben?

Auf Basis dieser Leitfragen werden im Folgenden Problemdimensionen der fordistischen und postfordistischen Wohlstandsproduktion resümiert (vgl. Leitfrage 1), Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs als Bezugspunkte einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik herausgestellt (vgl. Leitfrage 2), schließlich vor diesem Hintergrund Leitbilder und Strategien nachhaltiger Arbeit für eine nachhaltige Arbeitspolitik diskutiert und

konkretisiert (vgl. Leitfrage 3) sowie abschließend politische Implikationen und Akteursszenarien zur Diskussion gestellt (vgl. Leitfrage 4).

6.2 Problemdimensionen postfordistischer Wohlstandsproduktion im neoliberalen Globalisierungskontext

Das Resümee der Debatte zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft lautet zum einen, dass anders als von etwa Jeremy Rifkin (1995) behauptet, sich keineswegs das Ende der (Erwerbs-)Arbeit abzeichnet.²⁷⁵ Demgegenüber wird mit mannigfaltigen Kriseninterpretationen eine krisenhafte Entwicklung der Wohlstandsproduktion konstatiert (vgl. allein für die 1990er Jahre Hirsch 1990; Castells 1996; Bonß 2000; Gorz 2000). Dabei wird insbesondere im Gefolge der Regulationstheorie (vgl. Aglietta 1976) von der Herausbildung einer neuen Form und Phase des Kapitalismus seit etwa Mitte der 1970er Jahre ausgegangen. Zudem wird in den Gesellschaftswissenschaften gemeinhin geteilt, dass sich seit etwa Anfang der 1990er Jahre,

²⁷⁵ Zur empirischen Entwicklung des Arbeitsvolumens in Deutschland siehe im Anhang u. a. die folgenden Grafiken, die mit folgenden statistischen Befunden verbunden sind:

- (1) Die durchschnittliche tatsächlich geleistete *Wochenarbeitszeit* der erwerbstätigen Männer reduzierte sich von 1960 mit 47,5 Wochenstunden (alte Bundesländer) bis 2011 auf 36,3 Wochenstunden (Deutschland). Im gleichen Zeitraum nahm die Wochenarbeitszeit bei den Frauen noch deutlicher ab, nämlich von 42,9 auf 26,7 Wochenstunden (vgl. Grafik III im Anhang);
- (2) Dabei blieben (in den alten Bundesländern) die *Erwerbstätigenquoten* der Männer auf konstantem Niveau (rund 82% vom 1991 bis 2012), während die der Frauen deutlich anstiegen: von 60 % im Jahr 1991 auf 71 % im Jahr 2012 (vgl. Grafik IV).
- (3) Während zwischen 1960 und 2011 die Zahl der Erwerbstätigen mit der angestiegenen Erwerbstätigenquote der Frauen deutlich zunahm, ging insgesamt die hier vor allem interessierende *Zahl der je Erwerbstätigen geleisteten Jahresarbeitsstunden* von 2.163 im Jahr 1960 (Westdeutschland) auf 1.388 im Jahr 2013 (Deutschland) kontinuierlich zurück. Das entspricht einem Rückgang von rund 35 %. Weniger deutlich reduzierte sich das *Arbeitsvolumen* insgesamt (also die Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen): In Westdeutschland ging das Arbeitsvolumen zwischen 1960 und 1990 zunächst von 56 Millionen auf 47 Millionen Arbeitsstunden zurück (um 16 %). Nach der Wiedervereinigung reduzierte sich das Arbeitsvolumen zunächst bis etwa 2005 und war dann ansteigend (vgl. Tabelle II);
- (4) Die Zahl der (registrierten) *Arbeitslosen* stieg in Westdeutschland insbesondere zwischen 1980 und 1983 deutlich an, nämlich von 0,9 Millionen auf 2,3 Millionen (die Arbeitslosenquote stieg zugleich von 3,8 % auf 9,5 %). Nach einer anschließenden Reduktion der Arbeitslosenquote war seit der Wiedervereinigung ein erneut deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2005 erreichte die Arbeitslosenquote mit 13 % (Gesamtdeutschland) ihren historischen Höchststand und ging dann bis zum Jahr 2013 auf 7,7 % zurück (vgl. Grafik V). Seit 2005 und den 'Hartz-Reformen' hat allerdings der *Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II an allen Arbeitslosen* deutlich zugenommen: von 57 % in 2005 auf 67 % im Jahr 2013 (vgl. Grafik VI). Im Gefolge der Hartz-Reformen ist es also zu einem Bedeutungsverlust der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung und einem Bedeutungsgewinn der steuerfinanzierten Grundsicherungsleistungen gekommen, die vor allem für die Langzeitarbeitslosen und gestiegene Zahl der Niedriglohnempfänger mit Aufstockungsbedarf greifen. Die Zunahme der Beschäftigung ging zudem mit einer gestiegenen Zahl der *atypisch Beschäftigten* einher (vgl. Grafik II).

im Kontext einer sich weltweit durchsetzenden neoliberalen Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik und der Neustrukturierung von Unternehmen unter Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in ´globalen Netzwerken von Kapital, Management und Information` (Castells 2001a) eine neue Dynamik im Globalisierungskontext entfaltet hat (siehe Abschnitt 6.2.2.).

Was aber sind, unter den aktuellen Bedingungen der Reproduktion sozialer Ungleichheit, die *wesentlichen* sozialen und gesellschaftspolitischen *Problemdimensionen der Wohlstandsproduktion?*

Nach einem kurzen Resümee, zur ´fordistischen` Wohlstandsproduktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit, wird im Folgenden fokussiert, welche Dynamiken und Veränderungen im ´postfordistischen`, neoliberalen Globalisierungskontext, u. a. hinsichtlich Sozialstrukturen, Arbeit, Arbeitszeiten, Sozialität, Naturverbrauch, Demokratie und Handlungsbedingungen von Arbeitspolitik, eingetreten sind (Leitfrage 1). Allein auf Basis dieser Befunde lassen sich Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik kontextualisieren.

6.2.1 Wohlstandsproduktion und (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit im Fordismus

Zunächst ist hervorzuheben, dass trotz der Rede von einer postfordistischen Gesellschaftsformation wesentliche Merkmale der Wohlstandsproduktion des ´Fordismus`, der sich in der Lesart von Joachim Hirsch nach Ende des zweiten Weltkrieges als ´spezifische historische Gestalt des Kapitalismus` etablierte und bis etwa Mitte der 1970er Jahre währte, mehrheitlich bis in die Gegenwart nachwirken. Diese Merkmale waren die Durchsetzung der tayloristischen Massenproduktion und des Massenkonsums, eine keynesianische Wirtschaftspolitik, eine stark ausgebaute tarifvertragliche und gesetzliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherung sowie der fordistische Klassenkompromiss, der auf die Stabilisierung und Expansion der nationalen Ökonomien und ein darauf gestütztes Wirtschaftswachstum gerichtet war und auf einem wechselseitigen Abhängigkeitsverständnis von ´Kapital` und ´Arbeit` samt korporativ-sozialpartnerschaftlicher Regulationsinstanzen aufruhte (vgl. Hirsch/Roth 1986; Hirsch 1995; 2009). Als herausragendes Merkmal und

„entscheidende Leistung der fordistischen Gesellschaftsformation“ ist die „enge Verzahnung von Produktion und die systematische Einbeziehung der Reproduktion der Arbeitskraft in den Verwertungsprozeß“ (Schaarschuch 1990: 60) hervorzuheben: „der Durchkapitalisierung der Gesellschaft entspricht die *Durchkapitalisierung der Reproduktion der Arbeitskraft*“ (ebenda/Hervorhebung im Original).²⁷⁶

Insbesondere André Gorz hat im Kontext der ‚fordistischen Wohlstandsproduktion‘, in seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989), Lohnarbeit als wesentliche Quelle gesellschaftlichen Wohlstands analysiert. Lohnarbeit gilt hier als das organisierende, arbeitspolitische Zentrum der Aneignung und Verteilung des über Lohnarbeit produzierten Reichtums (politisch abgesichert über den fordistischen Klassenkompromiss und institutionell abgesichert über an Lohnarbeit gekoppelte Ansprüche an Sozialversicherungen und an den Sozialstaat) sowie als Grundlage für die soziale, klassenbezogene Inklusion im Rahmen der (Klassen-) Gesellschaft.²⁷⁷

²⁷⁶ Der Begriff des ‚Fordismus‘ im Kontext der Regulationstheorie Michel Agliettas (1976) hat sich in den kritisch verstehenden Sozialwissenschaften seit etwa Mitte der 1980er, insbesondere mit dem Buch „Das neue Gesicht des Kapitalismus“ (Hirsch/Roth 1986), zur Kennzeichnung einer historisch abgrenzbaren Gesellschaftsformation weitestgehend durchgesetzt. Dabei wurde von einem krisenhaften Übergang abgrenzbarer Gesellschaftsformationen vom ‚Fordismus‘ zum ‚Postfordismus‘ als Transformationsprozess ausgegangen: „Postfordistische Prozesse werden von fordistischen, diese wiederum von Krisen überlagert und vice versa. Insgesamt ... handelt es sich nicht um einen Übergangsprozeß, dem ein plötzlicher Bruch zugrunde liegt, sondern um einen langsamen Wandlungsprozeß hin zu einem neuen historischen Block“ (Schaarschuch 1990: 59). Insbesondere im Kontext der Weltwirtschaftskrise von 2009 werden allerdings Zweifel nicht nur an der zeitlichen Bestimmung, sondern an der Phasenmodellierung der Regulationstheorie selbst formuliert (vgl. Girschner 2011). Der gegenwärtige sozialwissenschaftliche Minimalkonsens scheint zu sein, dass wir in einer postfordistischen Phase leben, in der konstitutive Charakteristika einer neuen (historisch gesättigten) Form des Kapitalismus noch nicht ausreichend genug erkennbar sind. Darauf deuten nicht zuletzt konkurrierende Bezeichnungen und Theoriebildungen einer gegenwärtig neuen oder sich weiterhin neu bildenden Gesellschaftsformation hin, wie etwa die Begriffe des „Postfordismus“ (Hirsch/Roth 1986), des „informationellen Kapitalismus“ (Castells 1996, 1997, 1998), des „Empire“ (Hardt/Negri 2002) oder des „neoliberalen Finanzkapitalismus“ (Hirsch 2009). Sinnvoller als die Rede vom ‚Postfordismus‘ ist daher die Rede von einer ‚postfordistischen Übergangsphase‘, für die insbesondere neoliberale Politiken der Neustrukturierung des Verhältnisses von Arbeit, Kapital, Gesellschaft und Staat im Globalisierungskontext kennzeichnend sind und in der zugleich wesentliche *Merkmale des Fordismus* (wenngleich nicht alle, wie etwa eine keynsianische Wirtschaftspolitik) *nachwirken oder weiterhin Bestand haben*.

²⁷⁷ Hier ist zu ergänzen, dass Gorz keineswegs die fordistische Lohnarbeit verklärt. In seinem Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ hebt er hervor: Lohnarbeit „war nie Quelle ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts‘ oder sozialer Integration“ (2000: 79). Individuen seien als eng verkoppelte und funktional spezialisierte Bestandteile einer großen Maschinerie in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess bloß eingefügt worden. Für Gorz bestehen soziale Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Lohngesellschaft als solche also nicht, sondern nur bezüglich ihrer Klassen und Klassenidentitäten: „Die Arbeitnehmer waren nicht in der Lohngesellschaft, sondern in ihrer Klasse, in ihre Gewerkschaft oder ihr Arbeitskollektiv integriert, und sie gewannen ihre ‚Identität‘, Würde und Kultur, ihren Zusammenhalt aus ihren Kämpfen, die zugleich der Veränderung ihrer Arbeit, ihres Lebens und der Gesellschaft galten“ (a. a. O.: 80).

Bis heute gilt, dass „Erwerbsarbeit zentraler Orientierungspunkt für die soziale und ökonomische Entwicklung sowie für die individuellen Lebensentwürfe ist. Andere Lebensbereiche und Tätigkeiten sind der Erwerbsarbeit untergeordnet“ (Littig/Spitzer 2011: 25). Formen unbezahlter Arbeit, wie etwa Versorgungsarbeit oder Gemeinwesenarbeit, werden nicht wie Erwerbsarbeit (als Arbeit) bewertet und diskriminiert. Insofern hat der von Hannah Ahrendt in ihrem Werk „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ (1960) geprägte Terminus ‚Arbeitsgesellschaft‘ trotz aller Phasenmodellbildungen des Kapitalismus nach wie vor seine Berechtigung.²⁷⁸

Charakteristisch für die ‚fordistische Wohlstandsproduktion‘ ist allerdings speziell ‚Normalarbeit‘ und die Normalarbeitsbiografie, im Sinne lebenslanger, kontinuierlicher abgesicherter Vollzeitlohnarbeit für Männer, als zentrales normatives Leitbild der Individuen und als Grundlage der Ausgestaltung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Maßgeblich für die (westdeutsche) Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit ist, dass es sich eine „halbierte Vollbeschäftigungsgesellschaft“ (Hermann 2008) handelte, da Vollzeitarbeit primär Männern vorbehalten wurde. Im Gefolge des bismarckschen Sozialversicherungssystems wurde das sogenannte ‚Ernährermodell‘ (‘Male breadwinner model’), als haushaltsbezogene Kombination männlicher Vollzeiterwerbstätiger und weiblicher Vollzeit-Familienarbeitende, d. h. eine Arbeitsteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Basis der Geschlechterdifferenz, institutionell abgesichert, welches bis heute als ‚modernisiertes Familienernährermodell‘ (männlicher Vollzeiterwerbstätiger und weibliche Teilzeiterwerbstätige wie Familienarbeitende) sozialpolitisch gestützt wird (vgl. Lewis/Ostner 2004).

²⁷⁸ Das gegenwärtige Verständnis von ‚Arbeit‘ als ‚bezahlte Arbeit‘ hat sich historisch gewaltförmig entwickelt (zur Zerstörung der Subsistenzwirtschaft siehe Polanyi 1978 sowie für eine historisch gesättigte Ideologiekritik überblicksartig Sünker 2010) und musste zunächst konstruiert (quasi erfunden) und kulturell abgesichert werden. So hat nicht nur Ahrendt darauf hingewiesen, dass sich dieser Arbeitsbegriff bereits vor dem ‚Fordismus‘ entwickelt hat: „Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln“ (Dies. 1981: 11f.). Auch etwa André Gorz hat in seiner Auseinandersetzung um das Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ von Jeremy Rifkin (1995) hervorgehoben, dass es sich bei Rifkins Begriff von Arbeit „nur um die spezifische, für den Industriekapitalismus typische ‚Arbeit‘“ handelt und kritisiert, dass ihr das fehle „was sie, Hegel zufolge, gerade ausmacht: Sie ist keine *Entäußerung*, durch die ein Subjekt sich verwirklicht, indem es sich in der objektiven Materialität dessen vergegenständlicht, was es schöpft oder herstellt. ... Arbeit im Sinne von *poieses*, von ‚schaffen‘, findet nicht mehr (oder nur noch äußerst selten) als bezahlte und gesellschaftlich anerkannte Arbeit statt“ (Gorz 2000: 10f.; Hervorhebungen im Original).

Lars Kohlmorgen fasst zusammen: „Die fordistische Kompromissstruktur bewirkte auch für Frauen eine Beteiligung am ökonomischen Wachstum, steigende Erwerbsbeteiligung, höhere Löhne und eine soziale Absicherung, so dass nicht nur von einer Klassen-, sondern auch von einem fordistischen Geschlechterkompromiss gesprochen werden kann. Doch in diesem Kompromiss blieben männliche Dominanzen bestehen“ (2004: 157).

Die Vollbeschäftigungsgesellschaft der Nachkriegszeit als „kurzer Traum immerwährender Prosperität“ war nicht einfach nur eine historische Ausnahmesituation der Aneignung und Umverteilung gesellschaftlich produzierten Reichtums (vgl. Lutz 1984).²⁷⁹ Da die soziale Kohäsion der Gesellschaft auf dem fordistischen Klassen- und Geschlechterkompromiss basierte und zugleich auf Basis der Klassen- und Geschlechterzugehörigkeit strukturell soziale Ungleichheit Bestand hatte, entblößt sich auch das Versprechen der fordistischen und kapitalistischen Vollbeschäftigungsgesellschaft auf gleichberechtigte soziale Teilhabe im Sinne von ‚Wohlstand für Alle‘ als Ideologie.

Den Befund sozialer Ungleichheit hat Ulrich Beck Mitte der 1980er Jahre mit dem Begriff des ‚Fahrstuhleffekts‘ zu relativierten versucht. Beck behauptete, dass sich zwar Einkommensdifferenzen nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland kaum verändert

²⁷⁹ Bereits mit der Herausbildung des Kapitalismus und des Proletariats wurden Menschen von Beschäftigung ausgeschlossen und haben sich keineswegs selbst ausgeschlossen. Dies zeigen insbesondere die Analysen des Historikers Fernand Braudel über die Spaltung der Gesellschaft im 16. Jahrhundert im Kontext der Entwicklung von Geldwirtschaft und beginnender Kapitalakkumulation: „Kurz, es gibt viele Arme, viele Elende – ein großes Proletariat, dem die Geschichtswissenschaft allmählich ... einen Platz einräumt. Ein Proletariat, das auf der gesamten Aktivität des Jahrhunderts lastet und dessen Gewicht im Laufe der Jahrhunderte immer drückender wird. Auf diesem Boden gedeiht ein hartnäckiges Brigantentum – eine echte soziale Revolution, die jedoch einen endlosen, unfruchtbaren Verlauf nimmt. Denn am Ende regelt das allgemeine Elend den Konflikt: Es wirft Arme und Mittellose gnadenlos auf den absoluten Nullpunkt zurück. ... Arme, die immer in Armut gelebt haben, Tunichtgute aus denn Städten, wie sie durch Schelmenromane berühmt geworden sind, Straßenräuber, echte und falsche Bettler, die ganze gente del hampa und die hampones, die Landstreicher – all diese Leute haben mit der Arbeit gebrochen; allerdings erst nachdem die andere Seite, die der Arbeit und Beschäftigung, nichts mehr von ihnen wissen wollte“ (Ders. 1994: 164). Marx hat darauf verwiesen, dass in kapitalistischen Gesellschaften ein Teil der Lohnerwerbssuchenden im Sinne einer „industriellen Reservearmee“ (vgl. Marx, MEW 23: 664) notwendigerweise und unabhängig von institutionellen Bedingungen, dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt heraus fällt, demnach die Existenz von Arbeitslosigkeit notwendiger Bestandteil kapitalistisch verfasster Gesellschaften ist, da damit zum einen Lohndruck auf die Lohnerwerbstätigen ausgeübt wird und zum anderen auf die Überzähligen in Konjunkturphasen zurückgegriffen werden kann. Zunehmend dysfunktional werden allerdings, mit gestiegenen Qualifikationsanforderungen, niedrigere berufliche Qualifikationen der Ausgegrenzten (zur Debatte um einen angeblichen Fachkräftemangel siehe insbesondere Brenke 2010). Bei Martin Kronauer (2006) findet sich die These, dass die Überflüssigen nicht nur Resultat unternehmerischer Rationalisierung und deren Rahmenbedingungen sind, sondern ihre Existenz wirke zugleich auf die Beschäftigten und Gesellschaft insgesamt zurück, „allerdings nicht mehr als industrielle Reservearmee im traditionellen Sinn, sondern in erster Linie als ‚Kostenfaktor‘ für den Sozialstaat und damit indirektes Druckmittel zur weiteren Prekarisierung von Beschäftigung“ (2006: 74).

haben, die Erhöhung des materiellen Wohlstands, der Freizeit und Bildungschancen jedoch allen Bevölkerungsgruppen zu Gute kam. Das gesamte gesellschaftliche Gefüge sei schlicht einige Etagen 'höher gefahren'. Die individuelle Lebensführung würde damit immer seltener durch fehlende Ressourcen beschränkt und gesellschaftliche Ungleichheiten dadurch entschärft: „Es gibt - bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten - ein *kollektives Mehr* an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“ (1986: 122; Hervorhebungen im Original).²⁸⁰

Rainer Geißler (1996) hat gezeigt, dass die Rede vom Fahrstuhleffekt, die mehr Chancengerechtigkeit suggeriert, unzutreffend ist. Zum Beispiel hätte die Bildungsexpansion zu einer gleichzeitigen Auf- und Abwertung von Bildungsabschlüssen geführt. Diese würden für den Einstieg in eine Berufslaufbahn immer wichtiger und zugleich entwertet, da immer mehr Menschen über diese verfügen würden. Am Arbeitsmarkt seien gute Bildungsabschlüsse immer mehr eine Einstiegsvoraussetzung und garantierten zugleich keineswegs Erfolg. Trotz eines generellen Bildungszuwachses (i. S. formaler Abschlüsse) würden Bevölkerungsgruppen mit im Vergleich zu anderen niedrigeren Abschlüssen vom gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen (vgl. 1996: 257f.).

Die Erhöhung der Produktion im Kontext der fordistischen Wohlstandsproduktion hat zudem eine immaterielle Kehrseite, nämlich einen Mangel an Gesellschaftlichkeit, demokratischer Teilnahme und gelebter Solidarität. So war für Gorz der fordistische Wohlfahrtsstaat eher „*Gesellschaftersatz*“: „In der Abwesenheit einer Gesellschaft, die zur Selbststeuerung fähig ist, hat er während der fünfundzwanzig Jahre des fordistischen Kompromisses das ökonomische Wachstum und das Funktionieren des Staates gesteuert, die kollektive Abstimmung des (zur 'Sozialpartnerschaft' umgetauften) Klassenkompromisses institutionalisiert und die Entfaltung der ökonomischen Rationalität über die Schranken, die er ihr (gleichzeitig) auferlegte, sozial tolerierbar und materiell tragfähig gemacht. Er war jedoch niemals *Produzent von Gesellschaft* und konnte dies auch gar nicht sein. Die steuerliche

²⁸⁰ Beck behauptet weiter: „Gleichzeitig [mit dem Fahrstuhl-Effekt; Anmerkung T.B.] wird ein Prozeß der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt“ (ebenda). Diese These wird hier nicht vertreten, denn tatsächlich scheint es sich, selbst bei den Differenzierungen seit den 1970er Jahren, statt um eine Auflösung von Klassenmilieus durch 'Individualisierung' eher um eine „horizontale Differenzierung oder Pluralisierung der Klassengesellschaft“ (Vester 2011: 85) zu handeln (siehe ausführlicher Abschnitt 6.2.2.3).

Umverteilung der ‚Früchte des Wachstums‘, die sozialen Vorsorgesysteme gesetzlicher Versicherungspflicht, des Gesundheitsschutzes (usw.) traten recht oder schlecht an die Stelle der aufgelösten sozialen Bindungen, aber sie schufen keine neue gesellschaftliche Solidarität: Die so indirekt und unsichtbar wie möglich vorgenommene Umverteilung ... war Sache des Staates, ohne dass irgendein Band *erlebter Solidarität* zwischen den Individuen, Schichten oder Klassen geknüpft wurde. Die Bürger waren nicht die handelnden Subjekte des Sozial-Etatismus; sie waren als Anspruchsberechtigte, Beitragspflichtige und Steuerzahler seine Verwaltungsobjekte“ (Gorz 1989: 261f.; Hervorhebungen im Original).

Einerseits wird dieser Argumentation entgegen gehalten, dass zwischenmenschliche Solidaritätspotentiale, jenseits der Ebene der vermittelten Solidarität über den Sozialstaat nicht zum Tragen kommen, wenn den Betroffenen die materiellen und sozialen Bedingungen fehlen, und dass ein gesicherter Lebensunterhalt ohne Ansehen der Person und ein ungehinderter Zugang zur gesundheitlichen und sozialen Versorgung nur durch große Systeme organisierbar ist, mithin dass die Klage, der ausgebaute Sozialstaat würde Solidaritätspotentiale zuschütten, auf eine Verwechslung von Ursache und Wirkung beruht, da historisch betrachtet die Bereitstellung von sozialstaatlichen Leistungen erforderlich ist, um die durch wirtschaftliche Umbrüche aufgeworfenen sozialen Probleme und Defizite zu bewältigen (vgl. Bäcker et al. 2000: 37f.). Andererseits ist aber an Stelle von Pro- und Contra-Argumenten zu schlussfolgern, dass die indirekte, vermittelte Solidarität des Sozialstaates, angesichts des erfolgten neoliberalen Rückbaus des Sozialstaates, mit einer nur geringen Halbwertszeit verbunden war, dies vermutlich auch, weil *indirekte Solidarität zu ihrer langfristigen Absicherung gelebte Solidaritätserfahrungen und Solidaritätsräume bedarf*, die im fordistischen Wohlfahrtsstaat nicht ausreichend ermöglicht und gefördert wurden (zu denken ist hier etwa an Selbsthilfenetzwerke, Genossenschaften usw.). So geben die Verteidiger des Sozialstaates zu bedenken: „Solidarität wird nicht persönlich erlebt, der Solidarausgleich gerät zum abstrakten Prinzip. Zugespitzt formuliert könnte man sagen, dass gerade der Erfolg der Sozial- und Gesellschaftspolitik in den vergangenen Jahrzehnten die Voraussetzungen einer bruchlosen Fortführung des Sozialstaatsmodells gefährdet“ (Bäcker et al. : 2000: 39).

Persönliche Solidaritätserfahrungen hat es im fordistischen Wohlfahrtsstaat im Rahmen der Klassengesellschaft zwischen Mitgliedern des selben Milieus sicherlich gegeben, aber kaum

(ausreichend) zwischen den Individuen über Klassen-, Schicht- und Milieugrenzen hinweg. Ganz im Gegenteil scheinen persönliche Solidaritätserfahrungen zwischen Individuen des selben sozialen Milieus und des ähnlichen 'Habitus' (Bourdieu) soziale Ungleichheiten zu reproduzieren und potenziell letztlich auch zu verstärken. Damit angesprochen sind die für die *Entwicklung von Perspektiven zentralen* in der Diskussion zur Zukunft der Arbeit und mehr noch in der Nachhaltigkeitsdiskussion aber vernachlässigten *Reproduktionsbedingungen sozialer Ungleichheit*:

Die Reproduktion sozialer Ungleichheit ist zum einen über gesellschaftliche Strukturen, etwa der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungspolitik usw. vermittelt, vollzieht sich zum anderen aber auch im Handeln der Individuen.

Als Beispiel für erstgenanntes ist auf die Wirkungsweise des Sozialstaates selbst zu verweisen. So wird das 'Sozialstaatsprinzip' „als Verpflichtung des Staates interpretiert, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“ (Bäcker et al. 2000: 37). Der Sozialstaat selbst ist allerdings das „Ergebnis einer langen Kette von sozialen Auseinandersetzungen, politischen Konflikten und Kompromissen“ (a. a. O.: 36). Insofern soll er zwar für den sozialen Ausgleich sorgen, re-produziert dabei aber auch historisch bedingt soziale Ungleichheiten. Offensichtlich ist etwa die Aufrechterhaltung von Geschlechterdifferenzen über die Orientierung am 'Ernährermodell'. Auch die Einführung des Sozialversicherungsprinzips ist nicht nur als sozialer Fortschritt, sondern *auch* als wesentliches Moment hegemonialer Politik in den politischen Auseinandersetzungen zu verstehen: Die Einführung zielte auf die Einbindung der Arbeiterbewegung in das herrschende System, womit für die Betroffenen die Differenz zwischen Versicherung und Armenpflege entscheidend und eine Spaltung in Lohnabhängige und Arme verfestigt wird (vgl. Sünder 2010).

Jenseits hegemonialer Einbindungsstrategien gesellschaftlichen Protestpotentials und verbundener Spaltungen, sind aber insbesondere die subtilen (Re-) Produktionsmechanismen gesellschaftlicher Strukturen *im Handeln der Individuen* von Interesse, die sich insbesondere Pierre Bourdieu zum Thema gemacht. Auf Basis seiner 'Theorie des sozialen Raumes' (1979, 1983, 1985) hat er den Versuch unternommen, klassentheoretisch den Mechanismus der Elitenreproduktion zu untersuchen. Bourdieu zeigt, dass Führungspositionen auch nach dem

‘Ende des bürgerlichen Eigentümerkapitalismus` weitestgehend innerhalb einer bestimmten Schicht ‘vererbt` werden:

Zur Erklärung der Reproduktionsstrukturen von Herrschaft in modernen Gesellschaften schlägt er eine Erweiterung des von Marx auf die Sphäre der Ökonomie beschränkten Kapitalbegriffs vor und differenziert in drei untereinander konvertierbare Kapitalarten, nämlich in das ökonomische, soziale und kulturelle Kapital (letzteres mit den drei Unterformen des institutionalisierten, inkorporierten und objektivierten kulturellen Kapitals): „Das *ökonomische Kapital* ist unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts; das *kulturelle Kapital* ist unter bestimmten Voraussetzungen in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von schulischen Titeln; das *soziale Kapital*, das Kapital an sozialen Verpflichtungen oder ‘Beziehungen`, ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in ökonomisches Kapital konvertierbar“ (Bourdieu 2005: 52; Hervorhebungen im Original).

Basierend auf dieser Differenzierung konvertierbarer Kapitalarten analysiert Bourdieu, in der Lesart von Nicolai Egloff (2000: 175ff.), die moderne Gesellschaft als einen ‘sozialen Raum`, der sich aus ‘sozialen Feldern` zusammensetzt, auf denen jeweils eine Sorte von Kapital zur Erlangung gesellschaftlicher Macht eingesetzt wird. Die Stellung des Einzelnen könne demnach idealtypisch als Punkt in einem dreidimensionalen sozialen Raum verortet werden. Das Gesamtvolumen an Kapital, wie auch die je unterschiedliche Zusammensetzung der Kapitalsorten ergäben die sozialen Unterschiede und seien die Grundlage für den ‘*Habitus*`, der sich in einem der sozialen Position angemessenen Lebensstil widerspiegeln und nicht nur *Basis für die Strukturierung der Gesellschaft* in Großgruppen mit ähnlichen Lebensstilen, nämlich ‘*Klassen*`, sei: *Lebensstile würden direkt zur Reproduktion der Lebenschancen* beitragen, da die für moderne Gesellschaften zentrale *Fähigkeit der Aneignung kultureller Ressourcen* entscheidend durch den *Habitus des Elternhauses* und des engeren sozialen Umfeldes geprägt werde.²⁸¹

²⁸¹ Bourdieu füllt den Begriff des ‘Habitus` wie folgt: „Als Verbindungsglied zwischen der Position oder Stellung innerhalb des sozialen Raumes und spezifischen Praktiken, Vorlieben usw. fungiert das, was ich ‘Habitus` nenne, das ist eine allgemeine Grundhaltung, eine Disposition gegenüber der Welt, die zu systematischen Stellungnahmen führt. Es gibt mit anderen Worten tatsächlich ... einen Zusammenhang zwischen höchst disparaten Dingen: wie einer spricht, tanzt, lacht, liest, was er mag, welche Bekannte und Freunde er hat usw. – all das ist eng miteinander verknüpft“ (Bourdieu 2005: 31f.).

Nicolai Egloff bringt den für die Reproduktion sozialer Ungleichheit zentralen Erkenntnisgewinn Bourdieus wie folgt auf den Punkt: „Da die Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaft heute nicht mehr ausschließlich über den direkten Weg der Vererbung von Besitz und sozialen Positionen stattfinden kann, bietet sich der herrschenden Klasse mit der zunehmenden Bedeutung des kulturellen Kapitals eine neue Strategie des Machterhalts an. Die Konvertibilität von ökonomischem, aber auch von sozialem Kapital in Wissen, Qualifikationen und einen spezifischen Geschmack verbunden mit dem Sinn für die ‚feinen Unterschiede‘ (sens de la distinction), sichert auch in der Lohnarbeitsgesellschaft die Reproduktion der gesellschaftlichen Eliten entsprechend ihrer sozialen Herkunft“ (Ders. 2000: 177).

Die Theorie des sozialen Raumes macht also deutlich, dass die soziale Position und ihre Reproduktion nicht mehr nur von der ökonomischen Stellung bedingt ist. Das soziale Kapital übt nach Bourdieu einen Multiplikatoreneffekt auf das verfügbare ökonomische und kulturelle Kapital aus, wirkt also in Verbindung mit deren Ungleichverteilung und verstärkt somit die (Re-) Produktion sozialer Ungleichheiten. Unter den Kapitalsorten sei insbesondere die Übertragung von Kulturkapital mit der familiären Sozialisation „zweifelloso die am besten verschleierte Form erblicher Übertragung“, deshalb „gewinnt sie in dem System der Reproduktionsstrategien von Kapital um so mehr an Gewicht, je mehr die direkten und sichtbaren Formen der Übertragung sozial missbilligt und kontrolliert werden“ (Bourdieu 2005: 58).

Damit angesprochen ist die *verdeckte Reproduktion sozialer Ungleichheit über das Bildungssystem*. Hier gilt laut Bourdieu, dass „der schulische Ertrag schulischen Handelns vom kulturellen Kapital abhängt, das die Familie zuvor investiert hat, und dass der ökonomische und soziale Ertrag des schulischen Titels von dem ebenfalls ererbten sozialen Kapital abhängt, das zu seiner Unterstützung zum Einsatz gebracht werden kann“ (Bourdieu 2005: 55). Während dies auch so interpretiert werden könnte, dass schulisches Handeln als solches sich zunächst unabhängig vom sozialen Status der Schüler vollzieht und nur der schulische Ertrag extern bedingt ist, hebt Heinz Sünker hervor, dass durch verstärkende Selektionsprozesse im Bildungssystem „bis heute immer noch in einem überwiegenden Maße

von einer Reproduktionsfunktion des Bildungssystems für den gesellschaftlichen Status Quo auszugehen ist“ (2001: 48).

Insgesamt ist für die fordistische Wohlstandsproduktion deutlich geworden, dass für weite Teile der Bevölkerung in den (westeuropäischen) Industrieländern auf einem historisch einmaligen Niveau ´materielle Teilhabe` im Kapitalismus erreicht wurde. Dieses allerdings im Kontext der Reproduktion sozialer Ungleichheit (wie Bourdieu gezeigt hat auch subtil im Handeln der Individuen) eines fordistischen Klassenkompromisses, von Geschlechterdiskriminierung sowie zu Lasten von Möglichkeiten der ´gesellschaftlichen Teilnahme`, also demokratischer Selbststeuerungsfähigkeit und Gesellschaftlichkeit, als gelebter (statt vermittelter) Solidarität. Nicht zuletzt wird Wohlstand hier auf Kosten fortgesetzter Naturzerstörung, im Kontext entfremdeter Arbeit, tayloristischer Massenproduktion und kompensatorischen Massenkonsums, mit Blick auf stetiges materielles Wachstum und dem Bruttosozialprodukt als Inbegriff der Wohlstandsdefinitionen produziert. Die Generierung von Wirtschaftswachstum und diese Wohlstandszuspitzung, auch unter Verdrängung ökologischer Problematiken, ist dabei funktional für den strukturellen Wachstumszwang, der kapitalistischen Ökonomien inhärent ist und zyklische Wachstumsprozesse zeitigt: „Kapitalistische Dynamik ist nichts anderes als der fortwährende Versuch vor allem großer Unternehmen und der Staaten, Schranken der Akkumulation und damit auch Möglichkeitsgrenzen des Wachstums zumindest zeitweilig zu überwinden und räumlich zu verschieben, wobei jede dieser Grenzen immer wieder von einer anderen abgelöst werden kann“ (Dörre 2013: 149).

6.2.2 Dynamiken und Problemdimensionen postfordistischer Wohlstandsproduktion im neoliberalen Globalisierungskontext

Die fordistische Wohlstandsproduktion, mit ihren Stärken und Defiziten, wirkt in veränderter Form bis in die Gegenwart nach. Seit Mitte der 1970er Jahre und verstärkt in den 1990er Jahren wird sie durch einen neoliberalen Rollback beeinflusst, der darauf zielt, bestehende Schranken der Kapitalakkumulation zu überwinden. Dies führte zu neuen arbeits-, sozial- und

gesellschaftspolitischen Problemlagen einer nunmehr 'postfordistischen Wohlstandsproduktion', welche die aufgezeigten der fordistischen Wohlstandsproduktion ergänzen und modifizieren.

6.2.2.1 Globalisierung als politisches Netzwerk-Projekt, neoliberaler Paradigmenwechsel wohlfahrtsstaatlicher Politik und Verteilungseffekte

Schranken der Kapitalakkumulation bestanden in den 1970er Jahren in der keynesianischen Umverteilungspolitik innerhalb nationalstaatlicher Grenzen, die auf dem zunehmend institutionalisierten, fordistischen Klassenkompromiss aufruhte und in sich erschöpfenden Produktivitätsspielräumen der tayloristischen Arbeitsorganisation. Um „Möglichkeitsgrenzen des Wachstums“ (Dörre 2013) zu überwinden, wurden seit Ende der 1970er Jahre Warenaustausch und Kapitalzirkulation weltweit auf Druck der großen Konzerne liberalisiert. Der ökonomische Globalisierungsschub und resultierende Konkurrenzverschärfungen dienten dann als Rechtfertigung für den eingesetzten Neoliberalismuskurs, in dessen Folge Arbeits- und Klassenverhältnisse in globalem Maßstab grundlegend umstrukturiert wurden, d. h. Arbeitsmärkte wurden flexibilisiert und dereguliert, in Deutschland das System der 'Sozialpartnerschaft' relativiert und eine Abwendung von den staatlichen Zielen einer umfassenden sozialen Sicherung sukzessive umgesetzt. Damit wurden strukturellen Veränderungen der Einkommensrelationen zu Gunsten der Kapitaleseite und Voraussetzungen für einen umfassenden Rationalisierungsschub der Verwertungsmöglichkeiten von bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit - der in der postfordistischen Transformation von Arbeit mündete - geschaffen (vgl. Hirsch/Roth 1996; Hirsch 1999, Gorz 2000; Kern/Schuhmann 1984).

1) Globalisierung als politisches Netzwerk-Projekt

In Folge dieser Veränderungen wird von der Herausbildung einer neuen postfordistischen Kapitalismusform gesprochen, die eben nur im Globalisierungskontext zu verstehen sei. Was verbirgt sich aber hinter dem im Diskurs häufig undifferenziert genutzten

Globalisierungsbegriff? Wolfgang Bonß (2000: 342-348) differenziert drei unterschiedliche Prozesse der Globalisierung, nämlich den der 'ökonomischen Globalisierung' (i. S. der Entgrenzung von Kapitalinvestitionen), den der 'industriellen Globalisierung' (i. S. einer forcierten internationalen Arbeitsteilung auf neuem technischem Niveau mit resultierenden Standortkonkurrenzen)²⁸² und den der 'politischen Globalisierung' (i. S. des Bedeutungszuwachses transnationaler Politiknetzwerke und der Transformation von Nationalstaatlichkeit).

Diese Differenzierungen und insbesondere die Dimension der politischen Globalisierung sind sinnvoll, um *politische Akteure im Globalisierungswandel und den Gestaltwandel von Politik zu verorten*, um letztlich angepasste alternative Politikstrategien entwickeln zu können.

Zwei Thesen können hier nur kurz skizziert werden. Erstens ist Globalisierung als *politisches Projekt* zu verstehen. Zweitens vollzieht sich Politik in zunehmend demokratisch weniger kontrollierbaren *politischen Netzwerken*: Die erste These ist insofern bedeutsam, als dass häufig argumentiert wird, der 'Finanzmarktkapitalismus' oder die 'ökonomische Globalisierung' laufe den Institutionen des souveränen Nationalstaates davon (vgl. auch Demirovic 1997: 234-247). Demgegenüber ist die Globalisierung „ein politisches Projekt, das ein spezifisches Bündnis von Unternehmen und internationalen und nationalen Machtzentren strategisch verfolgt. Um die nationalen und internationalen Verwertungsbedingungen zu verbessern, werden restriktive Bedingungen wie Zölle, Tarife, Devisenkontrollen, Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und technische Standards beseitigt und verhindert, daß neue entstehen“ (Demirovic 1997: 240).²⁸³ Auch Manuel Castells (2001a) analysiert im ersten Teil seiner

²⁸² Die neue internationale Arbeitsteilung zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass nicht mehr die 'Dritte Welt' ausschließlich Ressource für Rohstoffe ist, sondern dass sich - nach Auflösung der Trichotomie von 'Erster-, 'Zweiter-, 'Dritter Welt', nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Weltordnung und dem Niedergang der globalen Ordnungsmacht Sowjetunion in den 1990er Jahren - die "newest international division of labour" (Castells 1996: 106) herausgebildet hat, nämlich die Teilung zwischen zumeist industriellproduktionsorientierten Routinetätigkeiten und den in hohem Maße wissensbasierten 'symbolanalytischen Tätigkeiten', die kennzeichnend seien für eine 'informational economy' (vgl. Castells 1996/2001a). Mit der industriellen Globalisierung tauchen also alte Ungleichheiten in neuem arbeitsteiligem Gewand auf. Entscheidend sind aber vor allem die Auswirkungen der neuen Standortkonkurrenzen. Diese bieten die Möglichkeiten, gewerkschaftlich organisierte und lokalpolitisch unterstützte Produktionsstandorte gegeneinander auszuspielen. Im Ergebnis historisch neu sind dann die sich global zeitigenden Phänomene der 'doppelten Polarisierung', d. h. neue globale Segmentierungen und Räume von Niedrig- und Hochlohnproduktion auch innerhalb der vormals durch eher homogene Produktionsstrukturen sich auszeichnenden westlichen Industrieländer (vgl. Röttger 1993).

²⁸³ Auch die europäische Integration ist nach Demirovic ein Teil der Strategie der Globalisierung und zielt auf die „Schaffung eines großen Binnenmarktes ..., auf billige Löhne und freie Arbeitsmärkte mit niedrigen Sozialstandards“ (ebenda).

Trilogie „Das Informationszeitalter“ mit dem Titel „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ die „Restrukturierung des internationalen Kapitals“ seit den 1970er Jahren als politische Konstituierung einer „neuen globalen Wirtschaftsform“, die durch die informationstechnologische Revolution lediglich ausgelöst worden sei.²⁸⁴ Grundlegend ist für Castells zudem, dass die neue Wirtschaftsform in globalen Netzwerken von Kapital, Management und Information organisiert ist. Die „Netzwerkgesellschaft“ unterscheidet sich als „informationeller Kapitalismus“ durch zwei Merkmale von anderen Sorten des Kapitalismus, wie ihrem kapitalistischen Vorgänger, dem „industriellen Kapitalismus“: „Sie ist global, und sie ist weitgehend um ein *Netzwerk globaler Finanzströme* strukturiert. Das Kapital funktioniert global als Einheit in Echtzeit; und es wird primär in der Sphäre der Zirkulation realisiert, investiert und akkumuliert, d. h. als Finanzkapital“ (a. a. O.: 530).²⁸⁵ Eine ähnliche Problemskizze findet sich bei György Széll (2002), der zugleich *Demokratiedefizite* herausstellt: „National markets, even those of the USA and Japan have become too small to take advantage of all possibilities of accumulation. Diverse new forms of capital multiplication – as e.g. the hedge funds ... - have spread over the last three decades. ... The relationship between global commerce and capital movements has therefore changed from 1:2 to 1:25 in thirty years. And there is no democratic control whatsoever on this concentration of capital and with it power without frontiers“ (a. a. O.: 596f.).

Insgesamt scheint es sich bei den in den 1970er Jahren begonnenen Prozessen der politischen, ökonomischen und industriellen Globalisierung, die sich in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nochmals beschleunigten, um aufeinander aufbauende Prozesse zu handeln: Die politische Globalisierung, angetrieben durch die kapitalistische Dynamik der Überwindung von Schranken der Kapitalakkumulation, ging als Türöffner der

²⁸⁴ Castells schreibt, dass die Neustrukturierung von Unternehmen und neuen Informationstechnologien aus sich heraus sich niemals zu einer vernetzten globalen Wirtschaft hätte entwickeln können: „Dazu bedurfte es der Deregulierungs-, Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik bei Handel und Investitionen. Diese Politik wurde von Regierungen auf der ganzen Welt und von den internationalen Wirtschaftsinstitutionen beschlossen und durchgesetzt“ (a. a. O.: 156).

²⁸⁵ Er ergänzt, es sei „wirklich Kapitalismus in seiner reinen Ausdrucksform als endloses Streben nach Geld mittels Geld durch die Produktion von Waren mittels Waren“, doch das Geld sei nahezu unabhängig von der Produktion geworden, „weil es in die Netzwerke höherer Ordnung entschlüpft ist“ (a. a. O.: 532).

ökonomischen und diese der industriellen Globalisierung voraus.²⁸⁶ Insbesondere der Begriff des ‚*Finanzmarktkapitalismus*‘ suggeriert hier eine Ohnmacht ‚der‘ Politik, die allerdings selbst insofern für diesen Zustand verantwortlich ist, als dass tatsächlich in Gestalt kaum sichtbarer politischer Netzwerke Freihandelspolitiken verfolgt werden, die schließlich unter internationaler Regierungsbeteiligung über supranationale Abkommen und Organisationen (WTO, IWF, Weltbank, EU-Kommission usw.) institutionalisiert werden.²⁸⁷ Im Kern handelt es sich um einen *Prozess der Entdemokratisierung*, nicht nur weil suggeriert wird, Nationalstaaten hätten angesichts der Macht der Finanzmärkte kaum Einfluss, sondern auch weil die dahinter stehenden politischen Akteursnetzwerke und Interessen verschleiert werden, somit schwerlich identifizierbar und demokratisch kontrollierbar sind.²⁸⁸

2) Neoliberaler Paradigmenwechsel wohlfahrstaatlicher Politik in Deutschland

Die Globalisierung als neoliberales Projekt wurde im nationalstaatlichen Raum zum einen über die verschiedenen Bereichspolitiken der Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungspolitik usw. umgesetzt und in den begleitenden Diskursen über die ‚Standortdebatte‘ (vgl. Abschnitt 2.2.1), aber eben auch über den (neoliberalen) Mainstream-Diskurs zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft und Nachhaltigkeit der 1990er Jahre, ideologisch vorbereitet (vgl. Abschnitt 4.1.1). Wegweisend für den Neoliberalismuskurs in Deutschland war bekanntlich die von Gerhard Schröder am 14. März 2003 vorgetragene Regierungserklärung der neu gewählten ‚rot-grünen‘ Bundesregierung, nämlich die ‚Agenda 2010‘ (Bundesregierung 2003) und das zuvor erstellte ‚Hartz-Konzept‘ (Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002), mit den zwischen 2003 und 2005 durchgesetzten

²⁸⁶ Zunächst werden über die Politik als ‚politisches Netzwerkprojekt‘ neue Spielregeln für einen liberalisierten Kapital- und Warenmarkt geschaffen, danach wird Kapital, für das zuvor keine lukrativen Anlagemöglichkeiten bestanden, global investiert und in der Folge eine neue industrielle Arbeitsteilung und Standortkonkurrenz real, die allerdings zugleich je nach politischer (Netzwerk-)Macht der jeweiligen Staaten bzw. transnationalen Wirtschaftsräume (EU) bzw. Wirtschafts(-zoll)kooperationen (NAFTA, ASEAN, MERCOSUR) mit selektivem Protektionismus verbunden werden.

²⁸⁷ Zur Gründung der WTO im Jahr 1994, kurz nach dem Rio-Erdgipfels von 1992 und zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin siehe auch Abschnitt 3.5.1.1.

²⁸⁸ Für den Nobelpreisträger für Ökonomie Joseph Stiglitz, ehemals Chefökonom der Weltbank, sind die Akteure klar erkennbar. Er benennt z. B. die ‚International Swaps and Derivatives Association‘ (ISDA), als Zusammenschluss der weltgrößten Banken und Spekulationshäuser, welcher gegenwärtig z. B. die Finanzpolitik der EZB beeinflussen würde (2012).

„Gesetzen zur Reform des Arbeitsmarktes“ (sog. ‚Hartz I bis Hartz IV‘-Gesetzgebung), die einen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel hin zur ‚activation policy‘ bedeuteten (vgl. Abschnitt 2.2.1). Für diesen sich europaweit durchgesetzten Paradigmenwechsel ist kennzeichnend, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine neue Verzahnung eingehen, in der Sozialpolitik primär funktional für ‚mehr Beschäftigung‘ zu sein hat (vgl. Brandt 2005; De Graaf/Kristova 2005; Klammer/Leiber 2008).²⁸⁹

Retrospektiv lässt sich zehn Jahre nach der Agenda 2010 resümieren, dass sich hinter dem von Agenda-Vertretern behaupteten ‚Jobwunder‘ der Agenda-Politik ein relativ unverändertes Arbeitsvolumen verbirgt, welches allerdings auf mehr Beschäftigte verteilt wurde, wobei zugleich der Anteil der Vollzeitbeschäftigung zu Gunsten eines gestiegenen Anteils an prekärer- und teilzeitbasierter Beschäftigung abnahm.²⁹⁰ Die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes wurden hier insbesondere über gesetzliche Neuregelungen zur Zeitarbeit, zum Kündigungsschutz und zur geringfügigen Beschäftigung erwirkt (vgl. Brandt 2006).

Einen (verstärkten) *tarifpolitischen Deregulierungseffekt* mit Konsequenzen für Lohnentwicklung und Arbeitsbedingungen hatte zudem, dass in der ‚Agenda 2010‘ den Gewerkschaften mit neuen gesetzlichen Regelungen gedroht wurde, wenn sie sich nicht auf ‚betriebliche Bündnisse‘ einigen.²⁹¹ Mit dem dann ein Jahr nach der ‚Agenda 2010‘ erfolgten Abschluss des sogenannten „Pforzheimer Abkommens“, durch Arbeitgeber und die IG Metall im Jahr 2004, durften Betriebe in diesem Regelungsbereich zur Beschäftigungssicherung von Mindeststandards der Flächentarifverträge abweichen (vgl. Lesch 2008; Huber 2005).

²⁸⁹ Inhaltlich wurden mit ‚Hartz IV‘ als Kernstück der Hartz-Gesetzgebung die Arbeitslosen- und Sozialhilfe (zur neuen Grundsicherungsleistung ‚Arbeitslosengeld II‘) zusammengelegt (zu den Verteilungswirkungen der Zusammenlegung siehe die DIW Studie von Göbel/Richter 2007). Zudem wurden u. a. Arbeitslosengeldzahlungen für Ältere zeitlich begrenzt, neue Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeführt (u. a. Rückbau der Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsmaßnahmen zu Gunsten der sogenannten ‚Ein-Euro-Jobs‘) und im Ergebnis mit neuen Zumutbarkeits- und Sanktionsregelungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II mit einer Erneuerung der Arbeitsideologie verbunden. Die Grundthese der Agenda lautet schließlich, dass nicht fehlende Arbeitsplätze das Problem sind, sondern die arbeitsunwilligen Arbeitslosen. Daraus entwickelte sich die über die Arbeitsmarktpolitik hinausreichende Perspektivenverschiebung, nach der soziale Risiken eher individuell als gesellschaftlich bedingt seien.

²⁹⁰ Zur Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von sozialversicherungspflichtiger Vollzeit- und Teilzeitarbeit sowie zu geringfügiger Beschäftigung, befristeter Beschäftigung, Zeitarbeit wie auch zu geschlechtsspezifischen Erwerbstätigen- und Erwerbsquoten siehe im Anhang die Grafiken I, II und IV. Zur Entwicklung des Arbeitsvolumens siehe im Anhang Tabelle II.

²⁹¹ Ex-Bundeskanzler Schröder wörtlich: „Ich erwarte also, dass sich die Tarifparteien entlang dessen, was es bereits gibt - aber in weit größerem Umfang -, auf betriebliche Bündnisse einigen, wie das in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben“ (Bundesregierung 2003).

Aufgrund der Bedeutung (bzw. Signalkraft) dieser Branche zeitigte die bereits Anfang der 1990er Jahre (zunächst in Ostdeutschland) begonnene *Erosion der Flächentarifverträge*, die sich im Kontext von Austritten einzelner Arbeitgeber aus Tarifgemeinschaften der Arbeitgeber und einer verschlechterten Verhandlungsmacht der Gewerkschaften vollzog, eine neue Dynamik für auch andere Branchen, die die erodierende Tarifbindung verstärkte (vgl. Bispinck/Schulten 2008, 2012).²⁹²

Der Ausbau atypischer, zumeist auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse führte im Gleichklang mit Veränderungen der industriellen Beziehungen zur *Förderung des Niedriglohnssektors*: Von 1995 bis 2012 stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten in Deutschland von 18,8 % auf 24,3 % (vgl. Kalina/Weinkopf 2014).²⁹³

Hinzu kommen verschärfte Bedingungen des Anspruchserwerbs gegenüber staatlichen Sozialleistungen (z. B. neue Sanktionsregelungen bei Bezug von Grundsicherungsleistungen) bzw. gesetzlichen Versicherungsleistungen (z. B. die `Rente mit 67`), Leistungsverschlechterungen sollen durch private Vorsorge, die zunehmend staatlich gefördert wurde (z. B. `Riester-` und `Rürup-Rente`, Wahltarife und private Zuzahlungen in der GKV, Förderung der PKV) ausgeglichen werden.

Die soziale Teilhabe an der Wohlstandsproduktion wurde zudem durch den *Rückbau und die Vermarktlichung der öffentlichen Daseinsvorsorge* im Zuge von Liberalisierungen und Privatisierungen konterkariert, die insbesondere durch die EU-Kommission seit Mitte der 1990er Jahre mit Konsequenzen für Bürger, Beschäftigte und industrielle Beziehungen (hervorzuheben ist hier die Fragmentierung und Dezentralisierung von Tarifpolitik) forciert wurden (vgl. Brandt/Schulten 2012; Brandt/Schulten/Sterkel/Wiedemuth 2008).

Steuerpolitisch zeigt sich hinsichtlich der Eckwerte im Einkommenssteuertarif, dass *höhere Einkommen steuerlich entlastet wurden*: Der Spitzensteuersatz betrug im Jahr 1999 noch 53 %, wurde dann sukzessive abgesenkt und beträgt seit 2005 (bis einschließlich 2014) nunmehr

²⁹² Zwischen 1998 und 2012 ging die Tarifbindung der Beschäftigten in den alten Bundesländern von 76 % auf 60% zurück, bzw. in den neuen Bundesländern von 63 % auf 48 % (vgl. IAB 2013 sowie im Anhang Grafik IX „Tarifbindung in den alten und neuen Bundesländern 1996 bis 2012“).

²⁹³ Siehe auch im Anhang Grafik VII „Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland 1995 – 2012“.

42 % für zu versteuernde Jahreseinkommensbestandteile die im Jahr 2013 über rund 53.000 Euro liegen.²⁹⁴

3) Materielle Wohlstands- und Verteilungseffekte

Im Ergebnis der optimierten Kapitalverwertungsmöglichkeiten und der Verteilungswirkungen des neoliberalen Politikwechsels erfolgt, neben einer enormen Zunahme von Kapitaleinkommen, erstens eine (anteilsbezogene) Reduktion des kollektiv und über Solidarprinzipien verteilten (materiellen) Wohlstands, zweitens eine Bedeutungszunahme privater, individueller Einkommen für die soziale Teilhabe und die zunehmend individualisierte *soziale Sicherung, die drittens durch die ungleicher werdende Einkommensverteilung sozial problematisch wird:*

Kennzeichnend für die (materielle) Wohlstandsentwicklung ist zunächst, dass der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen (Bruttolohnquote) abgenommen hat und Gewinne und andere Kapitaleinkommen deutlich zugenommen haben. Die strukturbereinigte Bruttolohnquote ging von rund 74 % im Jahr 1995 auf nur noch rund 64 % im Jahr 2012 zurück (vgl. Schäfer 2012: 590).²⁹⁵ Laut viertem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind die privaten Nettovermögen von rund 4,5 Billionen Euro im Jahr 1991 auf gut zehn Billionen Euro im Jahr 2011 angestiegen (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013: 54).

Speziell hinsichtlich der Verteilung des individuellen Nettovermögens zeigt eine Auswertung des DIW auf Basis des SOEP (Frick/Grabka 2009) eine gestiegene Vermögensungleichheit: Das reichste Dezil der Bevölkerung verfügte im Jahr 2002 über 57,9 % der individuellen Nettovermögen und fünf Jahre später im Jahr 2007 über 61,1 % (die reichsten fünf Prozent

²⁹⁴ Bis zu dieser Grenze gilt eine linear progressive Belastung, d. h. mit Grenzsteuersätzen werden ausschließlich jeweils höhere Einkommensbeträge auch stärker belastet. Ab dieser Grenze des Spitzensteuersatzes steigt der Steuersatz mit steigendem Einkommen nicht mehr, abgesehen von der 2007 eingeführten „Reichensteuer“ von 45 % für Einkommensbestandteile die über 250.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen liegen. Zwar ist hinsichtlich der Entlastung niedriger Einkommen der (steuerfreie) Grundfreibetrag sukzessive erhöht worden (von 6.322 Euro in 1998 auf 8.130 Euro in 2013), dieser gleicht aber zu einem großen Teil lediglich den Inflationseffekt aus und sichert insofern primär lediglich die steuerliche Freistellung des Existenzminimums ab (siehe auch im Anhang Grafik VIII „Eckwerte im Einkommenssteuertarif 1998 bis 2014“).

²⁹⁵ Siehe auch im Anhang Grafik X „Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote 1995 – 2012“.

der Bevölkerung über 46 % und das oberste Prozent über rund 23 %). Dagegen sind in allen anderen Dezilen die Anteilswerte gefallen: „Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von unter neun Prozent und damit rund 1,5 Prozentpunkte weniger als 2002“ (a. a. O.: 59).²⁹⁶ Speziell zur Einkommensentwicklung und -verteilung verweist eine weitere (SOEP-) Auswertung des DIW (Göbel/Gorning/Häußermann 2010), die in drei Einkommensgruppen differenziert, auf eine Periode relativer Einkommenspolarisierung im Zeitraum von 1993 bis 1999, in der zumindest noch alle Einkommensgruppen an leichten Zuwächsen beim Realeinkommen partizipiert hätten und eine folgende Periode auch absoluter Polarisierung von Einkommen im Zeitraum von 2000 bis 2009, in der sich nicht nur die Distanzen zwischen den Gruppen vergrößert hätten, sondern die obere Gruppe Zuwächse beim Realeinkommen und die untere Gruppe dagegen auch absolute Verluste zu verzeichnen gehabt hätte. In diesem Verlauf sei es zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der unteren Einkommensgruppen gekommen, wobei insbesondere die gesellschaftliche Mitte verloren habe, „deren Gewicht in der langen Periode seit dem Zweiten Weltkrieg enorm gestiegen ist“ (a. a. O.: 7f.).

Die zugenommene Ungleichverteilung des (materiellen) Wohlstands ist nicht nur problematisch, weil die ‚gesellschaftliche Mitte‘ verliert, sondern auch, weil eine Abkopplung von Wirtschafts- und Armutsentwicklung sichtbar ist: „Ging im Jahre 2006 ein signifikantes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 4 Prozent noch mit einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote von immerhin 0,7 Prozentpunkten einher [auf insgesamt 14,0 %, Anmerkung T.B.] und schlug sich der Wirtschaftsaufschwung um 5,1 Prozent im Jahr 2010 immerhin noch in einer Abnahme der Armutsgefährdungsquote von 0,1 Prozentpunkten nieder, so kann 2011 überhaupt kein positiver Zusammenhang mehr zwischen Wirtschafts- und Armutsentwicklung festgestellt werden (...). Ganz im Gegenteil: Zwar wuchs das Bruttoinlandsprodukt erfreulicherweise um 3,9 Prozent. Die Armut stieg jedoch ebenfalls um 4,1 Prozent [auf eine Armutsquote von 15,1 %, Anmerkung T.B.]“ (Der Paritätische Gesamtverband 2012: 3).²⁹⁷

²⁹⁶ Siehe auch im Anhang Grafik XI „Individuelles Nettovermögen 2002 und 2007“.

²⁹⁷ Zur Entwicklung der Armutsquoten seit 1985 siehe auch im Anhang Tabelle IV „Armut und Niedrigeinkommen 1985 bis 2011“.

6.2.2.2 Problemdimensionen postfordistischer Transformation von Arbeit: Subjektivierung, Entsicherung, Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeiten, Krise der Reproduktionsarbeit und die Entgrenzung von Arbeit und Leben

Die materielle Wohlstandsverteilung und soziale Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung werden also virulent. Wie verhält es sich demgegenüber mit immateriellen Wohlstandsqualitäten, die über Erwerbsarbeit vermittelt werden? Maßgeblich für den neoliberalen Umbruch waren nicht nur das Handeln supranationaler Politiknetzwerke und staatlicher Politiken, sondern auch Strategien und Zielsetzungen von Unternehmen auf Unternehmensebene, die – unterstützt vom wohlfahrtsstaatlichen Paradigmenwechsel zur ‘activation policy’ - zur postfordistischen Transformation von Arbeit und Erosion fordistischer ‘Normalarbeit’ führten, mit weitreichenden Konsequenzen für immaterielle Wohlstandsqualitäten, soziale Inklusion wie Klassenformation und zunächst im Gewand der Erweiterung tayloristischer Arbeitsorganisation in Erscheinung traten.

1) Neue Produktionskonzepte und Subjektivierung von Arbeit

Die erste industriesoziologische Studie, die auf ein neues (postfordistisches) Rationalisierungsmodell hinwies, war „Das Ende der Arbeitsteilung“ von Kern/Schumann (1984). Neue, die tayloristische Massenfertigung ergänzende, Produktionskonzepte (z. B. Gruppen- und Projektarbeit) wurden von den Autoren mit dem Credo verbunden, dass ein restringierender Zugriff auf Arbeitskraft wichtige Produktionspotentiale verschenkt und im ganzheitlichem Aufgabenzuschnitt auch Chancen liegen. Diese Chancen könnten aber nur dann genutzt werden, wenn es zu einer ‘Verallgemeinerung der mit den neuen Produktionskonzepten notwendigen Produktionsintelligenz’ und zu einer ‘Politisierung dieses systematischen Bedürfnisses’ komme: Konkret warnten sie vor der Gefahr einer beschränkten Modernisierung allein unter der Perspektive der Arbeitskraftnutzung „durch Bündelung der Qualifikationseffekte (möglichst wenige Arbeitskräfte werden beteiligt); durch enge betriebsspezifische Qualifizierung (der Anteil übertragbarer Qualifikationen wird möglichst klein gehalten); durch extreme Funktionsausweitungen (höhere Qualifikationen müssen als

Anlaß zur Arbeitsintensivierung erhalten)“ (Kern/Schumann 1985: 32). Stattdessen müsse `eine Politik der Modernisierung` insbesondere in den industriellen Kernsektoren gemeinsam mit Betriebsräten, Beschäftigtengruppen und aufgeschlossenen Personen des Managements vorangetrieben werden, die sich erstens auf betrieblicher Ebene wie folgt auszeichnen müsste:

- „expansives Ausschöpfen der im Zusammenhang mit den neuen Technologien erweiterten Gesamtmasse qualifizierter Funktionen für komplexe Arbeitsplatzdefinitionen für möglichst viele Arbeitskräfte;
- Nutzung der neuen Technologien zur Beseitigung von Primitivfunktionen, soweit dies ohne Arbeitsplatzvernichtung möglich ist;
- Ausrichtung der Bildungsprozesse an einem umfassenden Qualifikationsbegriff (keine Beschränkung auf prozeßspezifische Fähigkeiten, Orientierung an souveräner Berufsarbeit; vielfältige, berufliche wie private Anwendbarkeit der Kenntnisse und Fähigkeiten);
- keine einseitige Festlegung der Leistungsanforderungen; Verpflichtung auf den Leistungskompromiß“ (ebenda).

Es ginge dabei nicht nur um Requalifizierung, um Anreicherung der Industriearbeit und um die Persönlichkeitsentfaltung der Beschäftigten, sondern arbeitspolitisch auch um die Kompetenzverteilung innerhalb des Industriesektors als Machtfrage, mit auch gesamtgesellschaftlicher Perspektive: „Hat man im industriellen Sektor das Sagen, so hält man eine gesamtgesellschaftliche Schlüsselposition inne“ (a. a. O.: 35). Notwendig sei dafür zweitens, dass die Belegschaften der industriellen Kernsektoren auch über ihre direkten betrieblichen Interessen hinaus, im Rahmen einer Solidarisierung für andere zum Mitmachen gewonnen werden: „Es bedarf einer Politik der Sozialisierung der Anpassungslasten, durch die im Übergang unvermeidliche Härten auf viele Schultern verteilt und Not verhindert werden; es bedarf der Politik der Arbeitszeitverkürzung, durch die allen Erwerbstätigen der Zugang zur Arbeitssphäre gesichert und das Recht auf Arbeit für jeden festgeschrieben wird; und es bedarf schließlich einer Politik der offensiven Arbeitsgestaltung und Qualifizierung, die die Produktionsintelligenz verallgemeinert und Industriearbeit als souveränes Arbeitshandeln ausformt. Zwischen diesen drei Politiken kann es u.E. keine Rangfolge geben“ (ebenda).

Tatsächlich erhielt Anfang der 1990er im Zuge der ‚systemischen Rationalisierung‘²⁹⁸ die Heterogenität von Produktionsformen (z. B. Fließfertigung neben Gruppenarbeit, Einzweckmaschinen neben flexibler Automatisierung) strukturellen Charakter (vgl. Sauer 1993). Dabei ist es, wie von Kern/Schumann befürchtet, eher zu einer beschränkten, widerläufigen Modernisierung und nicht zu einer umfassenden Verallgemeinerung der Produktionsintelligenz und Politisierung gekommen.

So hat Manuel Castells (2001a) hervorgehoben, dass das neue postfordistische Rationalisierungsmodell ohne neue Technikentwicklungen – speziell Informationstechnologien – nicht möglich gewesen wäre sowie den „Charakter der Arbeit“ und die „Organisation der Produktion“ auch mit Folgen für die Gesellschaftsstrukturen verändert habe (vgl. a. a. O.: 297-319): Die Transformation von Arbeit und Arbeitsorganisation würden zu einem dazu führen, dass sich auf Unternehmensebene eine *Kernbelegschaft und eine disponible Belegschaft* differenzieren. Zudem erlaube „die netzförmige Unternehmensorganisation das *outsourcing* und Subunternehmertum als Formen der Externalisierung von Arbeit in flexibler Anpassung an die Marktbedingungen“ (a. a. O.: 312/Hervorhebungen in kursiv im Original).²⁹⁹

Dabei wurde das *Transformationsproblem der Arbeit* (vgl. Braverman 1980) gelöst, indem das Management die Anpassung an Marktanforderungen auch an die Beschäftigten delegiert, wobei zugleich der Markt in das Unternehmen hereingeholt wird: „Es werden neue Unternehmenseinheiten geschaffen (Units, Segmente, Profit- oder Costcenter), die wie ‚Unternehmen im Unternehmen‘ agieren und sich auf internen und externen Märkten bewähren müssen. Damit einhergehend werden auch die unmittelbaren Beziehungen der Beschäftigten untereinander marktförmig ... Auf Steuerung wird dennoch nicht verzichtet,

²⁹⁸ Die „systemische Rationalisierung“ beinhaltet eine doppelte Reorganisation: 1. Mittels Auslagerung von Teilprozessen wird die Fertigungstiefe verringert, wobei eigenverantwortliche produktorientierte Einheiten in der verbliebenen Produktion geschaffen werden; 2. Gleichzeitig entstehen zentralisierte Steuerungs- und Kontrollsysteme, die die gesamte Produktionskette umfassen (vgl. Sauer 1993).

²⁹⁹ Gorz (2000) verweist insbesondere auf die Adaption des ‚Toyota Systems‘ in der postfordistischen Unternehmenskultur: Das Mutterwerk als Endmontagewerk bilde die Spitze einer Pyramide, die auf einer großen Zahl von Zulieferbetrieben basiere und sich u. a. dadurch auszeichne, dass je weiter man sich von der Spitze entfernt desto niedriger Arbeitslöhne- und Bedingungen werden. Dessen Logik der Auslagerung eröffnet für Gorz „in ihrer Konsequenz die Perspektive der Abschaffung des Lohnsystems selbst. Die Flexibilisierung wird nach dieser Logik dadurch vollkommen, daß sie die Entlohnung der Arbeit zum Gegenstand freier Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und jedem ihrer individuellen Dienstleister macht. Vertraglich ausgehandelte Tariflöhne und gesetzlich festgelegte Mindestlöhne verlieren ihre Bedeutung.“ (a. a. O.: 72).

aber es handelt sich um einen Modus der indirekten Steuerung in Form von Kennziffern und Benchmarks“ (Sauer 2004: 3-4). Diese indirekte Steuerung über Zielvorgaben ist nicht rein technisch, sondern wird zudem von den Beschäftigten selbst internalisiert. So beschreibt in der Arbeitssoziologie der Begriff der *‘Subjektivierung der Arbeit’* (vgl. Bröckling 2007; Voß 2007a; Moldaschl/Voß 2002; Schönberger/Springer 2003) die Entwicklung hin zu einem verstärkten Zugriff auf vorher weitgehend ungenutzte Fähigkeiten der Arbeitssubjekte, wie Selbststeuerung, Kommunikation, Empathie und Flexibilität.³⁰⁰

Statt externe, direkte Kontrollformen der tayloristischen Überwachung und Standardisierung überwiegen also indirekte Steuerungsformen und interne Kontrolle in postfordistischen Arbeitsformen, mit individuell ambivalenten Konsequenzen für die jeweiligen Arbeitsbedingungen: „Mehr Freiheit und höhere Autonomie führen ... gleichzeitig zu mehr Arbeitsbelastungen, mehr Arbeitsleid und weniger Lebenszeit“ (Sauer 2009: 139). Hinzu kommen die arbeitspolitisch und aus Gewerkschaftssicht organisationspolitisch bedeutsamen Entwicklungen, da sich die im Fordismus noch relativ homogenen Belegschaften zunehmend fragmentieren, individualisieren, teils marktformige Beziehungen zwischen den Beschäftigten befördert werden und schließlich die kollektive Schutzfunktion einer organisierten Arbeitnehmerschaft und kollektive Lohnverhandlungen relativiert werden.

2) *Flexibilisierung und Entsicherung von Normalarbeit*

Neben dem Begriff der *‘Subjektivierung von Arbeit’* wird in der Arbeitssoziologie mit dem Begriff der *‘Entgrenzung von Arbeit’* (vgl. u. a. Hildebrandt 2007; Kratzer 2003; Minnsen

³⁰⁰ In diesem Zusammenhang wurde auch vom Leitbild eines neuen Sozialcharakters gesprochen, des selbstverantwortlichen und selbstinitiativen „Arbeitskraftunternehmers“, der durch drei zentrale Merkmale charakterisiert sei: Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbststrationalisierung (vgl. Voß 2007a). Dabei wurde von Voß auf für die Betroffenen ambivalente Auswirkungen abgehoben: „Auf der einen Seite entstehen daraus die angedeuteten erweiterten Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung und Steuerung der eigenen Tätigkeit und damit auch zur erweiterten Selbstentfaltung – was in den meisten Bereichen weithin positiv aufgenommen wird. Auf der andern Seite ergeben sich völlig neuartige Risiken, auf die viele Arbeitskräfte bisher kaum eingestellt sind: Sie unterliegen jetzt einem erheblichen Zwang zur aktiven Selbstorganisation ihrer Tätigkeit und der Notwendigkeit entsprechende Kompetenzen zu entwickeln und in die Tätigkeit einbringen zu müssen. Arbeitskräfte erleben in ganz neuer Quantität und vor allem Qualität eine Überlastung oder Überforderung, die hier nicht mehr aus körperlicher oder qualifikatorischer Überbeanspruchung entsteht, sondern aus der schier grenzenlosen Anforderung an eine kontinuierliche aktive Selbstregulierung“ (Voß 2007: 104).

1999; Voß 2007b) je nach Erkenntnisinteresse auf betriebliche Reorganisations- und Rationalisierungsstrategien, die Entgrenzung von betrieblichen Leistungsanforderungen, auf die 'Erosion der (fordistischen) Normalarbeit' und auf die Entgrenzung von Arbeit-, Lebens- und Reproduktionssphäre im Zuge der 'Flexibilisierung von Arbeit' verwiesen. Der Trend zur Flexibilisierung von Arbeit betrifft (aus der Perspektive betrieblicher Reorganisationsstrategien) zunächst vier Elemente: die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die erodierende Jobstabilität, den wechselnden Standort der Arbeit und die Flexibilisierung des Sozialkontrakts zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinsichtlich definierter Rechte, Vergütung, Mehrarbeit usw. (vgl. Castells 2001a). Hinzu kommt die im Kontext von 'activation policy' vorangetriebene Förderung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die die auf betrieblicher Ebene beförderte Flexibilisierung von (Normal-)Arbeit begleitet. Im Ergebnis kommt es für die Beschäftigten zur „Entsicherung“ (Sauer 2009) und zum Bruch der historisch durchgesetzten, traditionellen betrieblichen und sozialstaatlichen Regulierung von Marktrisiken beim Verkauf der Ware Arbeitskraft.

Hinsichtlich der Beschäftigungsformen hat das traditionelle Vollzeit-Normalarbeitsverhältnis als solches empirisch zwar weiterhin Bestand (insbesondere für Stammbeschäftigte), weswegen insofern nicht von einer 'Erosion des Normalarbeitsverhältnisses' gesprochen werden kann. Vielmehr wird dieses mit der zugenommenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und der gesetzlichen Förderung atypischer Beschäftigungsverhältnisse zunächst in quantitativer Hinsicht vor allem durch sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, atypische und zum Teil prekäre Beschäftigungsverhältnisse lediglich ergänzt (Substitutionseffekte sind hier plausibel, wenngleich methodisch nicht quantifizierbar).³⁰¹

Die Zunahme atypischer Beschäftigungen befördert allerdings eine 'Prekarisierung von Normalarbeit': Da atypische Beschäftigungsverhältnisse zumeist qualitativ mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden sind, können sie auf betrieblicher Ebene (über ihre 'Disziplinierungsfunktion') negativ auf die qualitativen Arbeitsstandards der 'Normalbeschäftigten' zurückwirken, mit dann auch gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen (u. a. subjektives Unsicherheitsempfindungen trotz teils objektiv stabiler

³⁰¹ Zur empirischen Datenlage siehe im Anhang Grafiken I, II und IV.

Beschäftigungssituation).³⁰² Insofern ist „Prekäre Normalarbeit - kein Widerspruch“ (Jürgens 2011: 380). Pierre Bourdieu etwa hebt hervor: „Es ist deutlich geworden, daß Prekarität heutzutage allgegenwärtig ist. ... Die objektive Unsicherheit bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, welche heutzutage mitten in einer hochentwickelten Volkswirtschaft sämtliche Arbeitnehmer, einschließlich derjenigen unter ihnen in Mitleidenschaft zieht, die gar nicht oder noch nicht direkt von ihr betroffen sind“ (1998: 96f.).

Gøsta Esping-Andersen (2002) hat hinsichtlich der Entwicklung zukünftiger Wohlfahrtsmodelle die Bedeutung einer „life course perspective“ (Ders. 2002: 5) betont. Hier zeigt sich, dass die Flexibilisierung und Entsicherung von Normalarbeit Einfluss auf die *‘Normalarbeitsbiografie’* hat: Bereits Mitte der 1980er Jahre konstatierte Martin Kohli (1985) Tendenzen der De-Institutionalisierung und De-Standardisierung des Lebensverlaufs. Aktuelle Längsschnittanalysen – die sich gleichwohl nur auf ältere Geburtskohorten beziehen können - verweisen diesbezüglich auf unterschiedliche, teilweise gegenläufige Entwicklungen der Verteilung und Dauer von Biographieepisoden von Frauen und Männern (vgl. Klammer/Tillmann 2001; Klammer 2007) sowie auf die Zunahme lückenhafter Erwerbsbiografien, die das „Modell der Normalarbeitsbiografie“ allerdings nicht grundsätzlich verdrängen würden (vgl. Trischler/Kistler 2010).³⁰³ Insofern scheint auch der Befund von Wolfgang Bonß (2000) immer noch aktuell zu sein. Dieser verwies auf eigene Längsschnittanalysen (Bonß/Plum 1990), aus denen u. a. deutlich werde, dass bereits in den 1980er Jahren schon bei einem Beobachtungszeitraum von nur fünf Jahren zwei Drittel der

³⁰² Zu den betrieblichen Effekten am Beispiel der Leiharbeit siehe insbesondere die Branchenstudie von Holst/Nachtwey/Dörre (2009) oder ähnlich am Beispiel der geringfügigen Beschäftigung die Einzelhandelsstudie von Benkhoff/Hermet (2008). Sowie grundlegend zu gesamtgesellschaftlichen Effekten der Prekarisierung Dörre (2006), zuvor Sennett (1998) oder auch über SOEP-Daten empirisch fundiert und auf die Auswirkungen der *‘Hartz-Reformen’* bezogen Erlinghagen (2010).

³⁰³ Umfassende Längsschnittanalysen von Ute Klammer und Katja Tillmann (2001), u. a. auf Basis von Datenauswertungen des AVID '96 (die Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland 1996“ des VDR verbindet repräsentative Befragungsdaten und Informationen aus GRV-Versichertenkonten) zur Verbreitung und Dauer unterschiedlicher Biografieepisoden speziell der Geburtskohorten 1936 bis 1955 zeigen vielfältige, teilweise gegenläufige Entwicklungen: bei Männern in Ost- und Westdeutschland eine Zunahme kürzerer Erwerbsbiografien, bei Frauen aus Ostdeutschland eine Polarisierung in kurze und lange Erwerbsbiografien und bei westdeutschen Frauen eine Zunahme langer Erwerbsbiografien (vgl. a. a. O.: 309ff.; Klammer 2007). Diese Befunde werden von aktuellen SOEP-Auswertungen (vgl. Trischler/Kistler 2010) zum Wandel von Erwerbsbiografien gestützt, die ebenso bei jüngeren Kohorten eine Verbreitung von Arbeitslosigkeitsphasen feststellen und zu dem Ergebnis kommen, dass zwar lückenhafte und unterbrochene Erwerbsbiografien entstehen, die durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse und verschiedene Formen der Beschäftigungslosigkeit geprägt sind, das „Modell der Normalerwerbsbiographie aber nicht grundsätzlich verdrängt wird“ (a. a. O.: 1).

Erwerbsfähigen zwischen unbefristeter Vollzeitbeschäftigung und anderen Arbeitsformen oder zwischen Beschäftigung und Nichtbeschäftigung und Wiederbeschäftigung pendelten. Insgesamt, so Bonß, werde eine *'Dynamisierung der Erwerbsbiografien'* sichtbar, mit der einerseits die erwerbsbiografische Unsicherheit ansteige, dieser Anstieg andererseits aber nicht mit einer dauerhaften Ausgrenzung und Marginalisierung gleichgesetzt werden dürfe: „Zwar steigt die Zahl der Ausgegrenzten. Aber noch stärker wächst die Zahl derer, die über keine stabile Beschäftigung im Sinne eines *'Normalarbeitsverhältnisses'* verfügen, die zeitweise armutsgefährdet sein können, aber langfristig arbeitsmarktorientiert bleiben“ (Bonß 2000: 340).

Lebensbiografisch ist schließlich die Rede davon, dass es tendenziell vor allem für jüngere Geburtskohorten zu einer (teils unfreiwilligen) Destandardisierung bzw. *Feminisierung der Normalarbeitsbiografie* kommt, weil sich immer häufiger auch für männliche Beschäftigte, Phasen der Berufstätigkeit mit Phasen der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Weiterbildung, Phasen von Kindererziehungszeiten, Sabbaticals usw. abwechseln (vgl. Arbeit und Ökologie 2000). Mit der Dynamisierung und Verkürzung der Normalarbeitsbiographie von Männern, der Zunahme der (Teilzeit-)Erwerbstätigenquote von Frauen und der Zunahme prekärer Beschäftigung von Frauen und Männern, kommt es somit im Haushaltskontext zu einer *Erosion und Modernisierung des 'männlichen Familienernährermodells'* (vgl. Brehmer/Klenner/Klammer 2010; Lewis/Oster 2004; Ostner 1998, 1995 sowie Abschnitt 2.1.1.5).

Von diesen empirischen Entwicklungen unbenommen ist in der Regel weiterhin vollzeitige, lebenslange Normalarbeit das *zentrale normative Leitbild*, der vor allem männlichen *Beschäftigten*, aber auch eines Teils der weiblichen Beschäftigten. Auch da sich Karrierewege und die Sozialpolitik an Normalarbeitsverhältnissen und am traditionellen Familienernährermodell orientieren, wird die traditionelle Normalarbeit mangels beruflicher und ökonomischer Alternativen proportional zu ihrem Entschwinden als Sollgröße hochgehalten. Ein Teil der Frauen orientiert sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeitpräferenzen, z. B. in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eher an halbezeitiger Arbeit, die allerdings - im Gegensatz zu geringfügiger Beschäftigung mit geringeren Arbeitsvolumina - ebenso nicht ausreichend angeboten wird (s.u.). Dabei sind Einkommens- und Karrieremöglichkeiten und solche des *'individuellen'* Erwerbs von Ansprüchen gegenüber

Leistungen der sozialen Sicherung (z. B. in der GRV) für teilzeitbeschäftigte Frauen weiterhin mangelhaft bzw. werden es für Männer mit Erwerbslücken, Teilzeit- oder Niedriglohnphasen.

3) *Flexibilisierung, Polarisierung von Arbeitszeiten, Intensivierung von Zeitbewirtschaftung und die Krise der Reproduktionsarbeit*

Hinsichtlich der Entwicklung von Erwerbsarbeitszeiten wurde über betriebliche Personaleinsatzstrategien der 'internen und externen Flexibilisierung' (vgl. Seifert 2006a) eine *Flexibilisierung von Erwerbsarbeitszeiten* erreicht. Laut Mikrozensus stieg der Anteil der Erwerbstätigen, die von regelmäßiger oder gelegentlicher Wochenend-, Schicht- und/oder Nachtarbeit betroffen sind, in 10 Jahren von rund 42 % im Jahr 1991 auf rund 59 % im Jahr 2012.³⁰⁴ Die Flexibilisierung von Erwerbsarbeitszeiten beförderte wiederum eine verstärkte *Polarisierung von Erwerbsarbeitszeiten* entlang von Geschlechter- und Qualifikationsdifferenzen: „Eine wachsende Gruppe arbeitet immer länger, vor allem Männer und Qualifizierte, eine ebenfalls wachsende immer kürzer, vor allem Frauen und gering Qualifizierte“ (Sauer 2009: 138).

Diese These ist allerdings bezüglich der gering Qualifizierten zu differenzieren, da für gering Qualifizierte Niedriglohnarbeit charakteristisch ist und laut SOEP-Befunden des DIW etwa die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten Vollzeitbeschäftigte sind, die wiederum „angesichts der spärlichen Stundenlöhne lange Arbeitszeiten in Kauf [nehmen], um überhaupt auf einigermaßen auskömmliche Entgelte zu kommen. Die Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten im Schnitt fast 45 Stunden, ein Viertel sogar 50 Wochenstunden und mehr. Arbeitszeiten wie bei den Niedriglöhnern gibt es ansonsten nur am oberen Ende der Einkommensskala, also bei den Gutverdienern in Vollzeit“ (Brenke 2012: 3).

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Entwicklung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten zeigt sich in der Langfristperspektive eine Polarisierung der Arbeitszeiten, die von einem deutlichen Rückgang der Wochenarbeitszeiten begleitet wird, der bei Frauen ausgeprägter ist: Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten reduzierte sich

³⁰⁴ Siehe detailliert im Anhang Tabelle III „Erwerbstätige mit flexiblen Arbeitszeiten 1991 und 2012“.

zwischen 1960 und 2011 bei Männern von 47,5 auf 36,3 Wochenstunden, bei den Frauen von 42,9 auf 26,7 Wochenstunden, womit sich die geschlechtsspezifische Differenz mehr als verdoppelt hat (von 4,6 auf 9,6 Wochenstunden).³⁰⁵ Hinter der Polarisierung der Wochenarbeitszeiten verbirgt sich eine zugenommene Heterogenität der Arbeitszeitvolumina von Frauen sowie ein Anstieg der Beschäftigungsquote der Frauen. Jedoch stagniert - laut Mikrozensus Sonderauswertung des IAQ für die Jahre 2001 bis 2006 - auf Vollzeitstellen umgerechnet dieser Anteil seit Beginn des Jahrzehnts, weil die Arbeitszeit pro Person durch den Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse abgenommen hat. Im EU-Vergleich zeige sich, dass die Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland die zweitkürzesten in Europa, bei den Teilzeitbeschäftigten sogar die kürzesten sind. Insbesondere Frauen mit Kindern und verheiratete Frauen würden im Jahr 2006 deutlich weniger Stunden pro Woche als 2001 arbeiten (vgl. Kümmerling/Jansen/Lehndorff 2008).

Die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeiten korrespondiert insgesamt keineswegs mit den *Arbeitszeitwünschen*, wie sich in einer Differenzierung von Wochenarbeitsstunden nach Geschlecht und Erwerbsform zeigt. Danach wollen (im Jahr 2012) vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen ihre Arbeitszeiten im Durchschnitt reduzieren und teilzeitbeschäftigte Männer sowie die große Zahl der vor allem weiblichen geringfügig Beschäftigten ihre Arbeitszeiten deutlich aufstocken (vgl. Wanger/Weber 2014).³⁰⁶ Trotz der zumeist nur prekären Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, wird die erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung teilweise als Schritt in Richtung der Beseitigung sozialer Ungleichheiten interpretiert, obwohl gleichzeitig Ungleichheiten tradiert werden (vgl. Littig/Spitzer 2011: 21ff.). So ist Teilzeitarbeit, vor allem geringfügige Beschäftigung,

³⁰⁵ Siehe auch im Anhang Grafik III „Entwicklung der Wochenarbeitszeiten nach Geschlecht 1960 – 2011“. Zur Entwicklung der Erwerbstätigenzahl, des Arbeitsvolumens insgesamt und je Erwerbstätigen siehe im Anhang Tabelle II.

³⁰⁶ Im Jahr 2012 wünschten sich vollzeitbeschäftigte Männer im Durchschnitt eine Reduktion ihrer tatsächlichen Wochenarbeitszeit (von 44,2 Wochenstunden) um 5,0 Stunden. Vollzeitbeschäftigte Frauen wünschten im Durchschnitt eine Reduktion um 5,8 Stunden auf 36,3 Wochenstunden. Während bei den sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Frauen tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten mit rund 26 Wochenstunden in etwa übereinstimmen, wünschten sich geringfügig beschäftigte Frauen (mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 11,6 Stunden) eine Erhöhung auf 17,5 Wochenstunden (vgl. a. a. O. sowie im Anhang Tabelle I „Tatsächliche, vereinbarte und gewünschte Wochenarbeitszeiten nach Erwerbsform und Geschlecht im Jahr 2012“). Zu gewünschten Arbeitszeiten von Müttern siehe z. B. Seifert (2006b) oder das 'WSI Gender Daten Portal'.

statistisch relativ häufig mit Niedriglohnarbeit und beruflichen Sackgassen verbunden (vgl. RWI 2012; Kalina/Weinkopf 2012).

Zur geschlechtsspezifischen Polarisierung von Erwerbsarbeitszeit kommt die traditionelle *Ungleichverteilung von bezahlten und unbezahlten Arbeitszeiten*. Die Zunahme der Teilzeitarbeit von Frauen ermöglicht hier weiterhin die geschlechtshierarchische Zuweisung von Reproduktionsarbeit und intensiven Phasen der Versorgungsarbeit (u. a. Kindererziehungs- und Pflegezeiten) an Frauen, die allerdings hinsichtlich ihrer Durchführung problematisch wird. So wird die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Polarisierung der Arbeitsvolumen pro Kopf im Zuge der Durchsetzung der postfordistischen Arbeitsorganisation als neue Stufe der Vermarktlichung interpretiert (vgl. Sauer 2009), die nicht einfach nur zu *Erwerbsarbeitszeitverdichtungen* und mehr Stress in der Erwerbsarbeit führt, vielmehr stellt sie eine *Verschärfung 'instrumenteller Zeitbewirtschaftung'* (Spitzner 1998)³⁰⁷ dar, die mit weitreichenden Konsequenzen für Tätigkeiten der Reproduktions- und Versorgungsarbeit verbunden ist und auf das Reproduktionsvermögen der Erwerbsarbeit zurückwirkt.

Insbesondere in der Debatte um 'nachhaltige Arbeit' werden aus „feministisch-ökologischer Perspektive“, anknüpfend an die Diagnose einer „*Krise der Reproduktionsarbeit*“, Herausforderungen einer „öko-sozialen Zeitpolitik“ bzw. eines „öko-sozialen Strukturwandels“ diskutiert (vgl. Spitzner 1998, 1999a, 1999b)³⁰⁸. Demnach besteht die „öko-soziale Nachhaltigkeits-Problematik“ erstens in einem Widerspruch zwischen Verantwortlichkeit für Versorgungsarbeit und Geschlechtergerechtigkeit und zweitens darin, dass 'Versorgungsarbeit'³⁰⁹ als soziale Grundlage für das Wirtschaften und Handeln in seiner Substanz bedroht ist (vgl. Spitzner 1999a). Die verstärkte Rationalisierung der Zeitausbeutung

³⁰⁷ Meike Spitzner (1998) verwendet den Begriff der 'instrumentellen Zeitbewirtschaftung' mit Verweis auf Rationalisierungseffekte innerhalb der Erwerbsarbeit, die darauf beruhen, „daß Tätigkeiten und Arbeiten auch nach ihren Zeitqualitäten aufgesplittet und anteilig internalisiert und externalisiert werden“ (a. a. O.: 85). Tätigkeiten, die sich nicht beschleunigen lassen, würden in die Versorgungs-, Eigen- und Gemeinökonomie externalisiert und solche die sich beschleunigen lassen, würden in der Erwerbsökonomie konzentriert werden: „Hinsichtlich Zeitqualitäten findet somit eine geschwindigkeitsbezogene *Polarisierung zwischen Erwerbsökonomie und allen Schattenökonomien* statt“ (ebenda; Hervorhebung im Original).

³⁰⁸ Vgl. auch aus originär industriesoziologischer Perspektive Kratzer/Sauer (2007).

³⁰⁹ Spitzner definiert 'Versorgungsarbeit' weitestgehend synonym mit 'Reproduktionsarbeit', als „den Teil gesellschaftlich wichtiger Arbeit, der mit der aktiven, tätigen, alltäglichen, auf längere Dauer orientierten, (beziehungs-) kontextualisierten, fürsorglichen Versorgung von Menschen in physischer, psychischer und geistiger Hinsicht verbunden ist“ (1998: 151).

in beiden Arbeitssphären oder ‚Beschleunigung‘ erhöhe die Reproduktionserfordernisse und mindere zugleich das Reproduktionsvermögen, da auch „soziale Zeiten“ (wie etwa Beziehungsarbeit innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit) unter Beschleunigungsdruck geraten, in deren Folge Möglichkeiten und regenerative Qualitäten sozialer Zeiten abnehmen (vgl. Spitzner 1998). Hinzu kommt, dass die zugenommene Erwerbsbeteiligung der Frauen quantitativ den potentiellen Umfang der Versorgungsarbeitszeiten reduziert. In Folge der sich zeitigenden „Krise der Reproduktionsarbeit“ würden Reproduktions- und Versorgungsaufgaben (z. B. Hausaufgabenbetreuung, Pflege von Angehörigen) schlechter wahrgenommen oder je nach Einkommensmöglichkeiten kommodifiziert, womit - so lässt sich folgern - soziale Ungleichheiten (familienbiografisch) verstärkt werden. Geschlechterungerechtigkeit würde verstärkt, da insbesondere „gebundene Zeit“ als Charakteristikum von Versorgungsarbeit (z. B. Essens- und Schlafenszeiten von Kindern, Pflegebedürftigen oder institutionelle Öffnungszeiten von Schulen, Arztpraxen usw.) im Zuge von Arbeitszeitflexibilisierungen zum „Negativ-Kriterium einer zeitökonomischen Konkurrenzgesellschaft“ (a. a. O.: 88) werde. Laut Untersuchungen zu Schichtarbeiterfamilien (siehe Jürgens et al. 1998) würden zudem Mehrarbeit und unverlässliche Arbeitszeiterweiterungen zu einer Re-Traditionalisierung bereits egalitärer Partnerschaften führen. Im Rahmen dieser Diskussion wird ferner hervorgehoben, dass die Beschleunigung des Lebens entdemokratisierend sei, da mit ihr „die Grundlagen für ein autonomes, bewußt gestaltetes und mitgestaltendes, an der gesellschaftlichen Entwicklung partizipierendes Leben“ (Knaup 1992: 175) entzogen würden.

4) Entgrenzung von Arbeit und Leben

Während im Fordismus die (scheinbare) Trennung von Arbeits- und Lebenswelt noch deutlich erlebt wurde, wird im Zuge der postfordistischen Transformation von Arbeit die subjektiv empfundene Trennung brüchig. Die über betriebliche Reorganisationsstrategien vorangetriebene Subjektivierung betrieblicher Arbeit, die Flexibilisierung von Erwerbsarbeit sowie die Flexibilisierung, Polarisierung und intensivierte Nutzung von bezahlten und unbezahlten Arbeitszeiten, deren Entwicklungen hin zur Krise der Reproduktionsarbeit mit

Folgen für die Erwerbsarbeit, Geschlechtergerechtigkeit und Reproduktion sozialer Ungleichheit im familiären Generationenkontext, finden schließlich ihren Ausdruck in der 'Entgrenzung von Arbeit und Leben', die ein *aktives Selbstmanagement* einfordert:

„Flexible Arbeitszeiten und der Zwang zur Gestaltung der eigenen Arbeitstätigkeit, zum selbstgesteuerten Qualifikationserwerb u. a. m. (Subjektivierung) lassen die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Leben erodieren, zugleich steigt der Erholungsbedarf an. Flexible Arbeitszeiten fordern insbesondere ein aktives Zeitmanagement und eine *effizienzorientierte Gestaltung der Lebensführung* der Beschäftigten ein. ... Der zeitliche und mentale Freiraum für sozial-ökologische Verhaltensweisen ... verringert sich damit tendenziell. Auch fehlen hierfür vielfach so genannte Gelegenheitsstrukturen. Betroffen ist nicht nur der Alltag. Diskontinuierliche und flexible Beschäftigungsformen machen langfristige Entscheidungen, für einen bestimmten Beruf ebenso wie bspw. für Kinder, riskanter und sie fordern die aktive Gestaltung der eigenen (Erwerbs-)Biografie ein“ (Brandl/Hildebrandt 2001: 8; Hervorhebung T.B.).

Mit der Entgrenzung von Arbeit und Leben werden schließlich Vereinbarkeitsfragen von Familie und Beruf aufgeworfen: „Was früher normativ festgelegt war, muss jetzt individuell bewertet, ausgehandelt und entschieden werden – im beruflichen wie privaten Leben. Damit verlagern sich Konflikte aus dem Betrieb in Familien oder Partnerschaften und umgekehrt“ (Sauer 2009: 139).

Wie diese Konfliktverlagerungen in der Praxis tatsächlich gelöst werden, also etwa als einseitige Anpassung an Anforderungen, als Aushandlungsprozess bzw. gar als politischer Akt gegen Widerstände, erscheint grundsätzlich offen. Anzunehmen ist, dass die Verlagerung betrieblicher Anforderungen in den privaten Bereich nur dann politisch werden und (z. B. auf die betriebliche Ebene) zurückwirken kann, wenn erstens die Anforderungen der Arbeitswelt nicht ausschließlich individualisiert und privatisiert, sondern als Bedingungen und notwendige Ausgangspunkte „politisch-zivilgesellschaftlichen Handelns“ (Ahrendt 1957) reflektiert werden, und zweitens entweder auf betriebliche Ebene auch individuelle und/oder kollektive Verhandlungsmacht organisierbar ist bzw. auf gesellschaftlicher Ebene Anforderungen politisiert und reguliert werden können. Damit aufgeworfen sind Fragen nach den sozialen und gesellschaftspolitischen Handlungsbedingungen.

6.2.2.3 Inklusion, Exklusion im Postfordismus und Konsequenzen für die Grundlagen von Demokratie und Arbeitspolitik

Jenseits der analysierten Konsequenzen des neoliberalen Paradigmenwechsels wohlfahrtstaatlicher Politik für die ‚soziale Teilhabe‘ an der materiellen Wohlstandsentwicklung und jenseits der aufgezeigten individuellen Effekte postfordistischer Transformation von Arbeit hinsichtlich immaterieller Wohlstandsqualitäten (u. a. bezüglich Beschäftigungs- und Planungssicherheit, Zeitsouveränität, Reproduktionsmöglichkeiten, Geschlechtergerechtigkeit, beruflichen Selbstverwirklichungschancen, Vereinbarkeitsarrangements) stellen sich Fragen nach den Konsequenzen für Sozialintegration bzw. Inklusion und Exklusion³¹⁰, gesellschaftlichem Zusammenhalt und verbundenen Möglichkeiten ‚gesellschaftlicher Teilhabe‘, auch hinsichtlich demokratischer Partizipation und Bedingungen von Arbeitspolitik.

Diese Fragen erscheinen in öffentlichen Debatten oftmals unterbelichtet, sind aber von hoher gesellschafts- und arbeitspolitischer Relevanz, da sie auf die sozialen Voraussetzungen sowie demokratischen Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen verweisen, die sich prinzipiell in Richtung einer ‚herrschafts- und kapitalismuskonformen Gesellschaft‘ oder in Richtung einer zur ‚demokratischen Selbststeuerung fähigen Gesellschaft‘ bewegen können.

Eine in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zentrale und umstrittene These zu den Konsequenzen des postfordistischen Umbruchs stammt von André Gorz (2000). Dieser hat das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ darin gefasst, dass „Lohnarbeit“ im Kontext von Globalisierung und postfordistischer Restrukturierung mit ihrer Ersetzung durch prekäre und diskontinuierliche Erwerbsarbeit und dem perspektivischen Ende der „Lohnbeziehung“, nicht mehr zur Integration und sozialen Kohäsion (einer zuvor über Klassenbildung und Klassenkampf gespaltenen und zugleich zusammengefügt Lohngesellschaft) beitragen könne, der Klassenwiderstand gebrochen sei und insofern auch nicht mehr eine Schutzfunktion gegenüber einer einseitigen Aneignung der Arbeitskraft ausüben könne (a. a.

³¹⁰ Die Unterscheidung zwischen ‚Inklusion‘ und ‚Integration‘ verweist laut Martin Kronauer auf die tätige Seite der ‚Exklusion‘: „Der deutlichste Unterschied zwischen dem Begriff der „Integration“ und dem der „Inklusion“ ... besteht darin, dass Integration von einer vorgegebenen Gesellschaft ausgeht, in die integriert werden kann und soll, Inklusion aber erfordert, dass gesellschaftliche Verhältnisse, die exkludieren, überwunden werden müssen“ (2010: 56).

O.). Hat Erwerbsarbeit nach dieser radikalen Zuspitzung tatsächlich seine Potenziale derart eingebüßt, dass sie nicht mehr als Modus von Integration, sozialer Kohäsion und als organisierendes, arbeitspolitisches Zentrum von Wohlstandsverteilung taugt?

1) *'Zonen der Erwerbsgesellschaft' und die 'Destabilisierung des Stablen' bei Robert Castel*

Der französische Soziologe Robert Castel, ein Weggefährte von Pierre Bourdieu, ging wie Gorz von einer Schwächung kollektiver Regelungen der Erwerbsgesellschaft und von einer Re-Individualisierung der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Sicherung aus, die allerdings nicht zum „Ende der Arbeitsgesellschaft“, sondern zu einer „Aushöhlung und Destabilisierung der Erwerbsgesellschaft“ geführt habe, da es „weiterhin der Status der Arbeit ist, von dem das gesellschaftliche Schicksal der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger abhängt“ (2001: 22). Laut seinem zentralen Werk „Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit“ (2000; französische Originalausgabe 1995) bestünde das Problem der Zunahme von Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit „nicht ausschließlich in der Bildung einer 'prekären Peripherie', sondern auch in der 'Destabilisierung der Stablen'“ (2000: 357), nämlich in einem *Prekarisierungsprozess von früher stabilen Beschäftigungszonen*, insbesondere eines Teils der Mittelklasse, der nunmehr vom Absturz bedroht sei und dessen frühere Aufwärtsmobilität blockiert werde.

Basierend auf dieser Erkenntnis formulierte er die für den Exklusionsbegriff wichtige These, dass es nicht ausreicht, „die soziale Frage an ihren Rändern anzugehen und bei der Anprangerung der 'Exklusion' stehenzubleiben“ (ebenda).³¹¹ Zudem schlug er ein auch in der Prekarisierungsliteratur (siehe etwa Bartelheimer 2011; Dörre/Castel 2009; Jürgens 2011, Kronauer 2010) aufgegriffenes 'Zonenmodell' vor, das entlang zweier Achsen, nämlich denen der Beschäftigungssicherheit (bzw. „Integration durch Arbeit“) und „Dichte der Integration in den Beziehungsnetzwerken der Familie und der Gemeinschaft“, unterschiedliche (Integrations-)Zonen der Erwerbsgesellschaft unterscheidet: „die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion oder vielmehr

³¹¹ Zur Kritik von Robert Castel am Exklusionsbegriff siehe auch seinen Artikel „Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs“ (2000b).

der Entkopplung“ (a. a. O.: 360f.).³¹² Auf dieser Analyse aufbauend formuliert Robert Castel perspektivisch, im Gegensatz zur Utopie einer Multiaktivitätsgesellschaft bei André Gorz (2000), dass der „Kern der sozialen Frage“ heute darin bestünde, den Status der Arbeit neu mit sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Anerkennung zu verknüpfen, da auch der Sozialstaat noch „nicht tot und nicht einmal todkrank“ sei (2001: 22).³¹³

2) Modifikationen durch Martin Kronauer: Exklusion als 'Gleichzeitig von Drinnen und Draußen' in der ökonomischen, politisch-institutionellen, kulturellen und sozialen Dimension

In Deutschland hat insbesondere der Soziologe Martin Kronauer (vgl. 2002, 2006, 2007, 2010) sowohl die Kritik von Robert Castel am Exklusionsbegriff als auch das Zonenmodell weiterzuführen versucht. Im Kern zielt seine Analyse darauf, das Begriffspaar 'Exklusion/Inklusion' vom „Dualismus von Innen und Außen“ zu befreien. Seine zentrale These lautet, dass das Klassen- und Schichtungsbild sozialer Ungleichheit von einer „Polarisierung zwischen 'Innen' und 'Außen'“ überlagert aber nicht abgelöst wird, die ihrerseits abgestufte Positionen der Einbindung zulässt (vgl. 2006: 70). Seine hier wesentlichen und zugleich weiterführenden Argumentationsschritte lassen sich wie folgt skizzieren:

Konzeptuell ergänzt Kronauer zunächst die zwei Achsen der Integration im Zonenmodell von Robert Castel um eine dritte Achse, indem er aus historischer Perspektive auf die Bedeutung

³¹² Auf die bundesdeutsche Gegenwart übertragen, entsprechen - laut Peter Bartelheimer (2011) - in der „Zone der Integration“ stabile Beschäftigungsverhältnisse dem Erwerb sozialer Sicherungsansprüche und einer stabilen Eingliederung in soziale Beziehungen. Gegensätzlich dazu zeichne sich die „Zone der Exklusion“ durch das Fehlen produktiver Tätigkeit und soziale Isolation aus. Die instabile „Zwischenzone der Verwundbarkeit“ bestünde in der prekären Integration durch Arbeit und weniger dichten Beziehungsnetzwerken. In der „Zone der Fürsorge“ verhinderten unsichere Erwerbsbeteiligungen den Aufbau von Sozialversicherungsansprüchen. In der „Zone der Prekarität“ seien nicht nur unsichere Beschäftigungen vorherrschend, sondern auch geschwächte Familien- und Sozialbeziehungen.

³¹³ Zehn Jahre später erscheint Robert Castel, in seinem letzten Werk „Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheit und die Zukunft des Individuums“ (Castel 2011), ernüchert: Mit dem Rückbau staatlicher Umverteilung habe sich aus dem „modernen Individuum“, das sich noch in Verteilungs- und Aufstiegs-kämpfen entfaltet hätte, das „hypermoderne Individuum“ entwickelt, welches einerseits als „bloßes Individuum“ unterhalb gesellschaftlicher Wahrnehmungsschwellen falle, sein Elend werde verwaltet, nicht bekämpft, andererseits hätte sich das „Individuum im Übermaß“ konstituiert, das verlernt hat, soziales Wesen zu sein. Entsprechend sei auch die Klassenfrage gescheitert: zuerst die Sozialgesetzgebung, dann habe die Verwandlung von proletarischen zu Angestelltenmilieus die Antagonismen zwischen den Klassen in Konkurrenz um Aufstiegschancen transformiert.

„sozialer Rechte“ als eigenständige „Vermittlungsinstanz von Teilhabe und Zugehörigkeit“ verweist (vgl. 2010: 28ff): Soziale Rechte hätten nach dem Zweiten Weltkrieg - neben den Vermittlungsinstanzen „Erwerbsbeteiligung“ und „familiäre und freundschaftliche Nahbeziehungen“ - „Inklusion“ in den Sozialstaaten Europas ermöglicht. Sie seien als eine notwendige Ergänzung persönlicher und politischer Rechte in das Verständnis von Demokratien eingegangen, welches besagt, dass ohne ein Mindestmaß materieller Sicherheiten und notwendiger Ressourcen persönliche und politische Rechte nicht sichergestellt werden können. Soziale Rechte sollen insofern allen, quasi als ‚Bürgerrecht‘, „gleichen Zugang zu den Institutionen vermitteln, die Lebenschancen entscheidend beeinflussen – den Institutionen der Bildung, des Gesundheitswesens, der sozialen Sicherung. ... Sozialen Rechten kommt somit eine grundlegende Bedeutung zu als Vermittler von gesellschaftlicher Partizipation“ (a. a. O.: 29; Hervorhebung im Original). Soziale Rechte würden allerdings die *Achillesferse der sozialen Inklusion* darstellen, da sie marktabhängig seien. Tatsächlich würden gegenwärtig Erwerbsarbeit stärker als der Bürgerstatus gewichtet, soziale Rechte in der Erwerbsarbeit ausgehöhlt und der sozialstaatliche Schutz abgesenkt (vgl. Kronauer 2010: 34ff.).

Mit Letzterem begründet Kronauer sodann, dass ‚Exklusion‘ (als Gegenbegriff von ‚Inklusion‘) eine „neue historische Qualität“ angenommen habe: Weniger denn je könne Exklusion „als Ausgrenzung *aus* der Gesellschaft“ begriffen werden, sondern „als Ausgrenzung *in* der Gesellschaft“ (a. a. O.: 41; Hervorhebung im Original). In der Vorstellung einer Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft, eines Entweder-Oder, würden sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ausgrenzen, verschwinden, als auch die jeweiligen Lebensumstände.³¹⁴ Bereits der deutsche Philosoph und Soziologe Georg Simmel habe dagegen hinsichtlich des Fürsorgeempfängers vor 100 Jahren festgestellt: „Dinnen und Draußen bilden keinen logischen Gegensatz, sondern ein soziales Verhältnis, das durch Gleichzeitigkeit gekennzeichnet ist – Drinnen *und* Draußen (Kronauer 2006: 72; Hervorhebung im Original). Entsprechend lautet eine wesentliche These Kronauers: „Das Exklusionsproblem lässt sich als ein gesellschaftliches Spannungsverhältnis begreifen, in dem sich die Gleichzeitigkeit von “Dinnen” und “Draußen” in verschiedenen Dimensionen

³¹⁴ Eine dichotome Betrachtungsweise hätte heutzutage am ehesten noch eine gewisse Plausibilität hinsichtlich illegalisierter Migranten, stelle aber einen sehr speziellen Fall von Exklusion dar (vgl. Ders. 2010: 42).

manifestiert“ (a. a. O.: 73). Erhellend veranschaulicht er diese These für vier Dimensionen anhand folgender Beispiele (vgl. a. a. O.: 73ff.):

(1) Bezüglich der ökonomischen Dimension des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems zeige sich eine enge Verknüpfung der Castelschen Zonen der Integration und Exklusion: Privilegien wie eine hohe Beschäftigungssicherheit würden um den Preis von Langzeitarbeitslosigkeit erkaufte oder eine niedrige Langzeitarbeitslosigkeit um den Preis hoher Beschäftigungsunsicherheit. Auch die Existenz der `Überflüssigen` wirke auf die Beschäftigten und die Gesellschaft insgesamt zurück, primär „als Kostenfaktor für den Sozialstaat und damit indirektes Druckmittel zur weiteren Prekarisierung von Beschäftigung“ (a. a. O.: 74).³¹⁵

(2) Exklusion hinsichtlich der politisch-institutionellen Dimension (Sozialstaat und politische Rechte) bedeute „eine wachsende Kluft zwischen formal zuerkannten Rechten und ihrer sozialen Substanz, d. h. ihrer Fähigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“ (ebenda). Exklusion schlage sich in der inneren Aushöhlung und nicht in der formalen Rücknahme von Rechten nieder, womit „soziale Rechte“ die Teilhabe immer weniger für alle sicherstellen könnten. So blieben z. B. Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe hinter den gesellschaftlich anerkannten Konsummustern zurück. Arbeitsamt und Sozialamt „geraten immer mehr zu Einrichtungen der sozialen Kontrolle, des Einschließens und Ausschließens zugleich“ (ebenda). Politische Teilhaberechte würden von Machtressourcen, sich Gehör zu verschaffen, abhängig. Damit würde heute die Demokratie von innen heraus unterhöhlt.³¹⁶

(3) Hinsichtlich der kulturellen Dimension (Orientierungen und Werte) sei bedeutsam, dass sich historisch über klassenmäßig begrenzte Milieus hinweg Erwartungen und soziale Ziele angeglichen haben. Eine angestiegene „Diskrepanz zwischen den eigenen Zielen sowie den Erwartungen, die andere an einen richten, einerseits und den Möglichkeiten, die Ziele zu verwirklichen ... andererseits“, konstituiere erst die „Erfahrung der Exklusion“ (Kronauer

³¹⁵ Zur Prekarisierung als Herrschafts- und Integrationsmodus siehe insbesondere Klaus Dörre (2006).

³¹⁶ Siehe dazu insbesondere den britischen Soziologen Colin Crouch (2008, 2013).

2006: 75). Nicht realisierte geteilte Orientierungen seien gegenwärtig für die Erfahrung von Exklusion charakteristischer als eine „Kultur der Armut“ bei den Überzähligen.³¹⁷

(4) Das Unvermögen, materiell mitzuhalten, und die Erfahrung und Antizipation von Stigmatisierung führe in der Dimension sozialer Kontakte schließlich zur Vereinzelung oder zur Begrenzung sozialer Kontakte auf Personen in ähnlicher Lage und könne auch zu ‚sozialen Revolten‘ führen.³¹⁸

Kronauer veranschaulicht die gegenwärtige Exklusionsdynamik schließlich in Bezug auf die drei von ihm zuvor unterschiedenen Inklusionsdimensionen, unter *Modifikation des Modells der drei Zonen von Robert Castel* (vgl. 2007, 2010). Danach zeichnet sich die ‚Zone der Exklusion‘ nicht nur durch Marginalisierung im Erwerbsleben bis hin zum Ausschluss von Erwerbsarbeit und den Verlust unterstützender sozialer Netze aus, sondern auch darin, dass „Rechte ihren inkludierende Substanz verlieren“ (Kronauer 2010: 46), wenn diese an diskriminierende Bedingungen geknüpft sind oder tarifliche Schutzrechte erodieren. In der ‚Zone der Integration‘ verortet Kronauer die Mehrheit der abhängig Beschäftigten. Diese würden über ein hohes Niveau an Beschäftigungssicherheit (nicht Arbeitsplatzsicherheit), sozialer Sicherung und stabilisierenden sozialen Nahbeziehungen verfügen, seien aber mit zunehmenden Unsicherheiten und Arbeitsbelastungen konfrontiert.³¹⁹ Insbesondere Bildungserfolge könnten in den Mittelklassen über die Generationen hinweg keinen Stuserhalt garantieren. In der (Zwischen-) ‚Zone der Verwundbarkeit‘ herrsche Beschäftigungsunsicherheit vor (Arbeitslosigkeit und befristete Beschäftigungen vor allem bei jüngeren Geburtskohorten), soziale Beziehungen gerieten unter Stress und soziale Rechte am Arbeitsplatz seien eingeschränkt, mit negativen Konsequenzen hinsichtlich des Erwerbs von Sozialversicherungsansprüchen. Plausibel erscheint auch Kronauers Vorschlag, das Drei-Zonen-Modell von Castel um eine vierte Zone zu erweitern, nämlich als polares Gegenstück zur „Zone der Exklusion“ die „Zone der Exklusivität“ - deren Zugehörigen würden über hohe

³¹⁷ Mit anderen Worten: Neu und kennzeichnend für Exklusionserfahrungen ist gegenwärtig, dass diese überall in der Gesellschaft anzutreffen sind, so werden in allen Zonen formal höhere Bildungsabschlüsse der jüngeren Geburtskohorten im Vergleich zur jeweiligen Elterngeneration, mit entsprechenden Aufstiegsenerwartungen verbunden die sich aber nicht für Alle im erhofften Umfang realisieren lassen.

³¹⁸ Andererseits räumt Kronauer Exklusionserfahrungen an anderer Stelle eine besondere Bedeutung als Motiv sozialer Revolten der ‚Überzähligen‘ ein: „Weil ihnen die Behandlung als gleichberechtigte Bürger vorenthalten wird, obwohl sie einen französischen Paß haben und in der Schule republikanisch erzogen wurden, revoltieren die Jugendlichen in den französischen Vorstädten“ (2000: 45).

³¹⁹ Zur empirischen Validierung der langfristigen Entwicklung subjektiv empfundener Beschäftigungsunsicherheit siehe auch die WZB-Studie von Marcel Erlinghagen (2010).

außertarifliche Einkommen und „gute Beziehungen“ zu ihresgleichen verfügen, seien auf gesetzliche Sicherungssysteme nicht angewiesen und hätten von den „Schockwellen des Wandels“ (Castells 2000) profitiert.

Insgesamt liefert Kronauers Analyse eine gelungene Modifizierung des Zonenmodells von Robert Castel, welche auch das traditionelle Bild einer in Klassen oder Schichten vertikal gegliederten Gesellschaftsstruktur erweitert, ohne gänzlich von diesem Abschied zu nehmen. So hebt Kronauer hervor, dass die sozialen Ungleichheiten, die durch die „Zonen der Zugehörigkeit und Teilhabe konstituiert werden“, zwar nicht mit den sozialen Ungleichheiten der Klassen- und Schichtungsstruktur übereinstimmen, da z. B. angelernte Arbeiter als Angehörige von privilegierten Stammebelegschaften sich in der ‚Zone der Integration‘ und befristet beschäftigte Akademiker in der ‚Zone der Verwundbarkeit‘ bewegen. Allerdings könnten sich Letztere auf ihr kulturelles Kapital stützen. Ausgrenzungsrisiken bleiben also sozialstrukturell ungleich verteilt: „Die Ungleichheitsachse abgestufter Zugehörigkeit und Teilhabe überlagert zwar die sozialstrukturelle Ungleichheit, setzt sie aber nicht außer Kraft“ (Kronauer 2010: 55).³²⁰ Kronauers Analyse begreift zudem ‚Exklusion‘ nicht nur als ‚statischen Zustand‘, sondern macht sie auch als ‚sozialen und biografischen Prozess‘ sichtbar.³²¹ Damit können zugleich Exklusionsereignisse in den unterschiedlichen Inklusionsdimensionen und individuelle wie gesellschaftspolitische Möglichkeiten des Gegensteuerns analysiert werden: „Auf der individuellen, biografischen Ebene kann Ausgrenzung ... aufgehalten oder auch revidiert werden. Wenn aber am Arbeitsmarkt, in den Arbeitsverhältnissen, in den Systemen der sozialen Sicherung, der Vermittlung von Bildung und Gesundheit Möglichkeiten der Ausgrenzung und ihrer Verkettungen institutionalisiert

³²⁰ Zur empirischen Validierung der weitgehenden Stabilität von Klassenzugehörigkeiten im Lebensverlauf mittel SOEP-Daten siehe die DIW-Studie von Groh-Samberg/Hertel (2011) und die WZB-Studie von Pollack (2010).

³²¹ Exklusion könne sich dann zu einem anhaltenden Zustand verfestigen und zu einer eigenständigen sozialen Lage führen (so bei Langzeitarbeitslosen), wenn Exklusionsereignisse in einzelnen Dimensionen auf andere Dimensionen übergreifen und kumulieren (z. B. Arbeitslosigkeit und private Folgen, familiäre Krise und berufliche Folgen, Schulabbruch und berufliche Folgen usw.). Würden gar zahlreiche Menschen von den ähnlichen ausgrenzenden Bedingungen erfasst, dann „zeichnet sich in der Sozialstruktur eine gesellschaftliche Spaltung ab, die auf der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion von Ausgrenzungslagen beruht – wie auch immer man die dann entstehende soziale Schicht oder Klasse bezeichnen mag“ (Kronauer 2010: 51). Denkbar sei aber aus biografischer Perspektive ebenso, dass exkludierende biografische Ereignisse in einzelnen Inklusionsdimensionen durch andere kompensiert werden (z. B. Alleinerziehenden-Status durch ausgleichende soziale Kontakte, sozialstaatliche oder berufliche Bedingungen).

sind, überfordert dies das individuelle Gegensteuern. Es muss dann flankiert werden durch eine Politik der Inklusion, die die ausgrenzenden Institutionen selbst infrage stellt“ (a. a. O.: 56).

3) *‘Stabilisierung der Instabilität` durch Prekarisierung (Klaus Dörre) und/oder ‘Konfliktverlagerung von der betrieblichen zur gesellschaftlichen Ebene` (Michael Vester, André Gorz)?*

Kronauers Verständnis von Exklusion als Spannungsverhältnis, das aus dem ‘Gleichzeitig des Drinnen und Draußen` zum Tragen kommt, ermöglicht es, sowohl divergente als auch gemeinsame Interessenlagen über Zonen- und Klassengrenzen hinweg sichtbar zu machen. Damit angesprochen sind die politischen Konsequenzen von Inklusion und Exklusion im Postfordismus als Handlungsgrundlagen von Demokratie und Arbeitspolitik:

Laut Kronauer könnte die Verschränkung des Integrations- und Exklusionsbereichs von Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem sowohl zu Entsolidarisierungen der Beschäftigten führen, aber auch zur „Anerkennung gemeinsamer Interessen, weil die Zumutungen der Flexibilisierung in der Arbeit, die Beschäftigungsunsicherheit in der Zone der Vulnerabilität und der Ausschluss von Erwerbsarbeit die gleichen Ursachen haben“ (2006: 77). Perspektivisch setzt er hier auf eine Umorganisation der Erwerbsarbeit entlang der arbeitsmarktlichen Segmentationslinien von Alter, Geschlecht und Qualifikation. Damit werden relativ hohe Ansprüche an Solidarisierungsleistungen der Beschäftigten formuliert.

Diese Einschätzung gilt umso mehr, wenn man wie der Industriesoziologe Klaus Dörre Prekarisierung zum neuen und dominierenden gesellschaftlichen Integrationsmodus erklären würde, der Solidarisierungen entgegen steht: „Die Herausbildung einer Zone unsicherer Beschäftigungsverhältnisse forciert die Umstellung auf einen neuen gesellschaftlichen Integrationsmodus. An die Stelle einer Einbindung, die nicht ausschließlich, aber doch wesentlich auf materieller und demokratischer Teilhabe beruhte, treten Integrationsformen, in denen die subtile Wirkung marktförmiger Disziplinierungsmechanismen eine deutliche Aufwertung erfährt Die Disziplinierung durch den Markt kann, zumal in einer reichen Gesellschaft, eine Vielzahl an Hoffnungen, Ängsten und Traditionen funktionalisieren. Auf

diese Weise sorgt die Konfrontation mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen nicht nur für eine ‚Destabilisierung des Stablen‘ [wie Castel betonte; Anmerkung des Verfassers]. Indem sie die einen diszipliniert und den anderen möglicherweise elementare Voraussetzungen für Widerständigkeit nimmt, fördert die Prekarisierung eine eigentümliche ‚Stabilisierung der Instabilität‘. Prekarität wirkt desintegrierend und zugleich als disziplinierende Kraft. Insofern fördert und stützt sie ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum zu entziehen vermögen“ (Dörre 2006: 188f.).

Entgegen dieses pessimistischen Befundes eines neuen gesellschaftlichen Integrations- und Herrschaftsmodus, der sich primär aus der Disziplinierungswirkung der Zunahme prekärer Beschäftigung ergeben soll, ist für Kronauer auch unklar, wie „die Mehrheit auf die Erosion der sozialen Grundlagen demokratischer Teilhabe“ (2006: 78) reagieren wird. Insbesondere wie die Mittelklasse reagieren wird, ist für Kronauer eine politisch entscheidende und offene Frage (vgl. 2008: 377).

Es erscheint durchaus denkbar, dass sich Protestpotential daraus entwickeln wird, dass soziale Rechte relativiert werden, nicht mehr als soziale Basis demokratischer Partizipation tragen und demokratische Partizipation verstärkt von Machtressourcen abhängig wird. So lautet eine wesentliche These und Warnung des britischen Soziologen Colin Crouch (2008, 2013), dass demokratische Institutionen zwar formal intakt bleiben, aber der Eliteneinfluss zunimmt und es zu einer Unterminierung der Voraussetzungen demokratischer Prozesse kommt. Der deutsche Politikwissenschaftler Michael Vester, dessen Analyse (vgl. 2008, 2011) ähnlich wie die von Kronauer nicht von einer Auflösung von Klassenmilieus durch Individualisierung (vgl. Beck 1986), sondern von einer Pluralisierung der Klassengesellschaft ausgeht, hat optimistisch hervorgehoben, dass „neben der Exklusion der untersten Schicht, die Prekarisierung der gut qualifizierten Mitte, für wachsende Unzufriedenheit [sorgt]. ... Aus dieser Mitte, die ihre Anliegen aktiver vertreten kann, kamen auch die zunehmende Gegenwehr von Gewerkschaften und von Bürgerbewegungen, wachsende Bewegungen zur Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen und auch Protestbewegungen gegen haushaltspolitische Symmetrien, das Sparen bei Sozialabgaben und die Verschwendung von Steuergeldern für große Banken, Energiekonzerne und Verkehrsprojekte. Die politische Verdrossenheit richtet sich nicht einfach auf materielle Verteilungsfragen, sondern auf die moralisch-symbolische Ebene der ‚Arroganz der Macht‘,

die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch das Stichwort 'Basta-Politik' symbolisiert worden ist" (Vester 2011: 92).

Kritisch lässt sich zwar einwenden, dass die von Michael Vester beschriebenen (bürgerlichen) Widerstände eine Politisierung prekärer Arbeit weitestgehend ausgespart haben und praktische Solidarisierungen der Beschäftigten aus der Zone der Inklusion mit den Beschäftigten der Zone der Exklusion kaum wahrnehmbar sind. Andererseits lässt sich Arbeitspolitik und Gesellschaftspolitik bzw. Sozialpolitik nicht trennen (vgl. Naschold 1985: 27f.). Widerstände auf gesamtgesellschaftlicher und kultureller Ebene können Widerstände gegen Prekarisierung auf betrieblicher Ebene unterstützen. So hebt Gorz eine fundamentale Konfliktverlagerung im Postfordismus von der betrieblichen zur kulturellen Ebene hervor: In der postfordistischen Produktion könnten die von der Arbeitskraft erwarteten 'kommunikativen, beziehungsintensiven, kooperativen und erfinderischen Fähigkeiten' nicht auf Befehl, sondern nur auf Initiative der Subjekte entfaltet werden, womit sich die Herrschaft des Kapitals nur noch auf indirekte Weise ausüben lasse: „Sie muss sich auf Gebiete außer- und oberhalb des Betriebs verlagern und das Subjekt so konditionieren“ (Gorz 2000: 62). Die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital verlagere sich vom Betrieb nach außen, sie verlaufe überall dort, „wo Information, Sprache, Lebensweise, Geschmack und Moden durch Kapital, Handel, Staat oder Medien erzeugt und gestaltet werden. Anders gesagt, überall dort, wo die Subjektivität oder die ‚Identität‘ der Individuen, ihre Wertvorstellungen, ihre Selbstbilder oder die der Welt fortwährend strukturiert, fabriziert und geformt werden... In dieser Gesellschaft verläuft die Front des Konfliktes überall. Seine Radikalisierung im kulturellen Bereich (dem der Bildung, Ausbildung, Stadtentwicklung, Freizeit und Lebensweise) ist die Bedingung für seine Radikalisierung auf dem Gebiet der Arbeit. Demnach kann es keine effektive Gewerkschaftsbewegung mehr geben, die sich ausschließlich auf die Arbeitsplätze und die Verteidigung von Arbeitskräften in festen Arbeitsverhältnissen richtet“ (ebenda).

Ob und in welchem Umfang sich die Gesellschaft politisch und sozialstrukturell in fragmentierte, voneinander abgrenzende Schichten und Milieus transformiert – wie z. B. Joachim Hirsch (1999) und Richard Sennett (1998) prognostizierten - oder ob es zu egalitären, demokratiefördernden Inklusionsleistungen kommt, muss letztlich politisch offen bleiben.

6.3 Orientierungsmarken eines erweiterten Wohlstandsbegriffs als Herausforderungen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

Vor dem Hintergrund der multiplen und unübersichtlichen Problemlage postfordistischer Wohlstandsproduktion stellt sich die Frage nach grundlegenden Orientierungsmarken einer alternativen Gesellschaftsentwicklung. Allerdings wird eher selten reflektiert, eine Ausnahme ist hier die Nachhaltigkeitsdiskussion, was als positive Referenzfolie überhaupt 'Wohlstand' in seinen verschiedenen Dimensionen und ein 'gutes Leben' ausmachen. Um einen Beitrag zur Öffnung der in weiten Teilen betriebspolitisch verengten Arbeitspolitikdebatte zu leisten, wurde in dieser Arbeit die arbeitspolitische Leitfrage (2) fokussiert, wie unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten die Wohlstandsproduktion verlaufen sollte und welche Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs sich unter postfordistischen und neoliberalen Globalisierungsbedingungen als wesentliche Bezugspunkte einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik konkretisieren lassen (vgl. Kapitel 5).³²²

Resümierend werden im Folgenden, basierend auf den Charakteristika des fordistischen Wohlstandsbegriffs, Weiterentwicklungen und diskursive Begrenzungen des Wohlstandsbegriffs im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte skizziert. Sodann werden die aus der Sicht des Verfassers für eine nachhaltige Arbeits- und Wohlstandspolitik wesentlichen

³²² Auch die deutschen Gewerkschaften IG BCE und IG Metall haben in jüngster Zeit in ihrer Programmatik – so in dem gemeinsamen Positionspapier "Qualitatives Wachstum für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft" - gefordert: "Wir brauchen eine intensive Debatte über das, was Wohlstand ist und sein sollte" (2011: 3).

Orientierungsmarken und Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs herausgestellt.³²³

1) Fordistischer Wohlstands begriff und Kritik

Auch wenn sich 'Wohlstand' für jeden anders definiert und sich letztlich individuell und gesellschaftlich nie endgültig bestimmen lässt, so lassen sich doch aus historischer Perspektive gesellschaftlich anerkannte Wohlstandsqualitäten benennen.

In den 'fordistischen Wohlfahrtsstaaten' der Nachkriegszeit galt Lohnarbeit als Quelle der Wohlstandsproduktion und als Modus der Aneignung und Verteilung des über Lohnarbeit produzierten Reichtums: Unter Wohlstand wurde zunächst primär *materieller Wohlstand* gefasst, mit der Höhe des individuellen Einkommens als Maßstab. In internationalen Vergleichen gilt immer noch ganz ähnlich das BIP pro Kopf als zentraler Wohlstandsindikator. In das Verständnis von Wohlstand ist zudem das im Fordismus

³²³ Basierend auf dieser Referenzfolie der wesentlichen Herausforderungen eines alternativen Wohlstands begriffs im Kontext der (zuvor dargestellten) Problem dimensionen postfordistischer Wohlstandsproduktion werden nachfolgend (in Kapitel 6.4) arbeitspolitische Perspektiven und Leitbilder nachhaltiger Arbeit konkretisiert. Auf die mit einem erweiterten Wohlstands begriff verbundenen *Probleme der Wohlstandsmessung* wird nicht explizit eingegangen. An dieser Stelle ist lediglich darauf hinzuweisen, dass nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts der sogenannten Stiglitz-Kommission der französischen Regierung im Jahr 2009 (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009) neue internationale Anstrengungen zur Wohlstandsmessung unternommen wurden. Am dominierenden Wohlstandsindikator, dem in den 1930er Jahren entwickelten Bruttoinlandsprodukt, der traditionell (in Geldwert) nur die Warenproduktion und Dienstleistungen, die auf dem Markt angeboten werden, misst, wird z. B. kritisiert, dass der Wert etwa von Hausarbeit oder Kindererziehung nicht einfließt oder Umweltkosten nicht oder falsch berücksichtigt werden. Mittlerweile gibt es mehrere Ansätze einer korrigierten Berechnung von Wohlstand, in die neben der Wirtschaftsleistung auch die Entwicklung des 'Naturkapitals' und des 'sozialen Kapitals' einbezogen werden. Indikatoren wie etwa der 1989 eingeführte 'Index of Sustainable Economic Welfare' (ISEW) berücksichtigen z. B. neben Umweltkosten auch die Verteilung der Einkommen und die unbezahlte Hausarbeit (vgl. Daly/Cobb 1989). In Deutschland hat im April 2013 die Enquete-Kommission des Bundestages "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" ihren Abschlussbericht vorgelegt und einen neuen „Wohlstands- und Fortschrittsindikator“ vorgeschlagen (die aus zehn Variablen gebildeten, sogenannten "W³ Indikatoren"): „Neben der Dimension 'Materieller Wohlstand' sollen auch die Wohlstands-Dimensionen 'Soziales/Teilhabe' und 'Ökologie' in den Blick genommen werden. Der 'Materielle Wohlstand' und dessen Nachhaltigkeit wird durch das BIP pro Kopf, die Einkommensverteilung und die Staatsschulden abgebildet. Der Bereich 'Soziales/Teilhabe' soll durch die Indikatoren Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit gemessen werden und der Bereich 'Ökologie' durch die Variablen Treibhausgase, Stickstoff und Artenvielfalt. ... Darüber hinaus gibt es weitere Indikatoren im Hintergrund, so genannte Warnlampen“ (Deutscher Bundestag 2013: 28). Dass auch dieser Ansatz, der in den Medien eher als politisch folgenlos und wenig praktikabel interpretiert wurde (siehe etwa den Beitrag von Pinzler in DIE ZEIT vom 21.02.2013), nur ein (politisches) Zwischenergebnis sein kann, machen insbesondere die Beiträge von Joachimsen (2013) und Kroll (2013) zur Kommissionsarbeit und zum aktuellen Stand der Wohlstandsmessung deutlich.

erreichte Niveau der sozialen Absicherung eingegangen. Wohlstand hatte im allgemeinen Verständnis mithin nicht nur eine private, sondern auch eine gesellschaftliche Komponente, denn die soziale Absicherung über gesetzliche Sozialversicherungszweige und die Etablierung kollektiver Tarifvertragssysteme in den industriellen Beziehungen wurden als soziale Errungenschaften und gesellschaftliche Fortschritte gegenüber vorhergehenden Subsistenzwirtschaften und Ausbeutungsmöglichkeiten der Ware Arbeitskraft wahrgenommen. Gerade ´soziale Rechte`, die sich in gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Institutionen der Bildung, des Gesundheitswesens, der sozialen Sicherung aber auch in Arbeitnehmerrechten ausdrückten, wurden als notwendige Ergänzung persönlicher und politischer Rechte und als Vermittlungsinstanz von Inklusion in einer Gesellschaft verstanden (vgl. Kronauer 2010). Das Verständnis gesellschaftlichen Wohlstands beinhaltete insofern auch *immaterielle Wohlstandselemente*, mit denen Ansprüche auf eine ´gerechte Gesellschaft` transportiert werden, die in der Nachkriegszeit programmatisch in der Forderung nach „Wohlstand für Alle“ (Erhard 1957) in einer „sozialen Marktwirtschaft“ mündeten.³²⁴

Tatsächlich wurde die Forderung nach einem derartigen „Wohlstand für Alle“, als Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung für breite Bevölkerungsschichten, auf historisch neuem Niveau nur teilweise eingelöst, so hinsichtlich erzielter Erwerbseinkommen und dem erreichten Niveau sozialer Absicherung und sozialer Rechte. Dies brachte allerdings keinen Zugewinn an Verteilungsgerechtigkeit. Das Wirtschaftswachstum verlief mithin unter Aufrechterhaltung der Reproduktion sozialer Ungleichheiten, etwa hinsichtlich Elitenreproduktion und Aufrechterhaltung von Geschlechterhierarchien (sozialstaatliche Absicherung des männlichen Familienernährermodells, eingeschränkte weibliche Erwerbsbeteiligung und Geringschätzung unbezahlter Reproduktionsarbeit). Kritisiert wurde nicht nur, dass der Ausbau des fordistischen Wohlfahrtsstaates zu Lasten von Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilnahme, demokratischer Selbststeuerungsfähigkeit und Gesellschaftlichkeit als gelebter (statt vermittelter) Solidarität verlief (vgl. Gorz 1989), sondern auch, dass Wohlstand auf Kosten fortgesetzter Naturzerstörung, im Kontext entfremdeter Arbeit (u. a. Tausch von Selbstverwirklichung in der Arbeit und Gesundheit gegen Lohn, vgl. bereits Ahrendt 1958),

³²⁴ Der Inhalt des Gerechtigkeitsbegriffs selbst ist allerdings bis heute politisch umstritten. Zum Beispiel wird einerseits auf ´Chancengerechtigkeit` abgehoben, andererseits zu Recht auf ´Verteilungsgerechtigkeit` mit dem Argument, dass ´Chancengerechtigkeit` in einer herrschaftsförmigen Gesellschaft ein Trugschluss ist und die sozialstrukturelle Reproduktion sozialer Ungleichheit sogar verschleiert.

tayloristischer Massenproduktion und kompensatorischen Massenkonsums mit Blick auf stetiges Wachstum des Bruttosozialprodukts produziert wurde. Die sich in den 1970er Jahren abzeichnende Krise der Arbeitsgesellschaft bestand denn auch für viele Debattenteilnehmer der 1980er Jahre im Kontext der neuen sozialen Bewegungen nicht nur in einer quantitativen, sondern auch in einer qualitativen Krise der Arbeitsgesellschaft (vgl. Kapitel 2.1).

2) Erweiterter Wohlstandsbegriff der Nachhaltigkeitsdebatte

Mit diesen Kritikpunkten am traditionellen, fordistischen Wohlstandsbegriff wurden bereits Elemente eines erweiterten Wohlstandsbegriffs deutlich. Einen regelrechten 'Quantensprung' schien die Wohlstandsdiskussion schließlich mit der Nachhaltigkeitsdebatte der 1990er Jahre zu vollziehen, mit der das westliche Zivilisationsmodell als nicht zukunftsfähig interpretiert und ein alternativer Wohlstandsbegriff postuliert wurde, der nicht einfach nur auf 'immaterielle Wohlstandsqualitäten', 'Zeitwohlstand' und 'weniger Naturverbrauch' verwies. So lautet ein Ergebnis der in dieser Arbeit vorgenommenen Diskursanalyse, dass der Nachhaltigkeitsbegriff trotz aller Kritik auch gesellschaftskritisches und 'kapitalismussperriges' Potenzial besitzt, welches allerdings durch Expertendialoge institutionell vereinnahmt und diskursiv überlagert wurde. Die vorgenommene Rekonstruktion des kritischen und innovativen Potenzials des Nachhaltigkeitsbegriffs verweist insbesondere auf die originären und normativen Herausforderungen eines alternativen Wohlstandsbegriffs aus nachhaltiger Perspektive, nämlich:

- auf Verteilungsgerechtigkeit in internationaler, intergenerativer und intragenerativer Perspektive (die sowohl auf eine ökologische, ökonomische und soziale Dimension bezogen werden kann),
- auf die Anerkennung absoluter ökologischer Grenzen des Wachstums und weltweit gleicher pro Kopf-Ansprüche auf Naturverbrauch sowie
- auf die Demokratisierungsnotwendigkeit von Politikprozessen.

Jenseits dieses kritischen Potenzials der Nachhaltigkeitsdebatte existiert in der Nachhaltigkeitsdiskussion keine geteilte Definition über den Begriffsinhalt des Begriffs 'Wohlstand'. Die jeweils mit der Forderung nach einem alternativen Wohlstandsbegriff

verbundenen Motive und Prioritätensetzungen sind höchst unterschiedlich. Zum Beispiel ähnelt das Wohlstandsmodell der 'Wuppertal-Studie' (vgl. BUND/Misereor 1996) in einzelnen Dimensionen durchaus dem im Rahmen des 'Ansatzes der Eigenarbeit von Scherhorn' (vgl. 1995, 1998, 2009; Reisch/Scherhorn 1999). In beiden Modellen geht es um 'Zeitwohlstand statt Güterwohlstand', um die 'Entschleunigung der Gesellschaft', beide setzen - abstrakt-normativ – auf immaterielle Wohlstandsqualitäten bzw. mit dem Leitbild der Wuppertal-Studie 'Gut leben statt viel haben' auf die 'Eleganz der Einfachheit'. Während allerdings das Wohlstandsmodell der Wuppertal-Studie, neben dem Leitbild der 'Effizienzrevolution' (in der Produktion), einen weiteren Schwerpunkt mit Blick auf die Reduktion von Ressourcenverbräuchen auf die Rolle des Verbrauchers legt, sind es beim Ansatz der Eigenarbeit von Scherhorn eine 'produktiv-schöpferische Tätigkeit' und besondere 'soziale Qualitäten', die als Wohlstandselemente mit Eigenarbeit verknüpft werden.

Grundsätzlich problematisch ist, dass in der Nachhaltigkeitsdiskussion konkrete Arbeitsbedingungen der Erwerbsarbeit nur selten eine Rolle als (soziale) Wohlstandsindikatoren und *Gestaltungsbereiche* einer nachhaltigen Entwicklung spielen, obwohl für die Mehrzahl der Beschäftigten dieses ganz zentrale Fragen mit Konsequenzen für die jeweils empfundene Lebensqualität sind. Eine Ausnahme stellt die Nachhaltigkeitsstudie Arbeit und Ökologie (vgl. Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000) dar. Arbeitssoziologisch informiert und die feministische Kritik an Konzepten nachhaltiger Arbeit (Ausblenden von Reproduktionsarbeit) perspektivisch aufnehmend, werden nicht nur Wohlstandsqualitäten der Erwerbsarbeit hervorgehoben, sondern zentral Zusammenhänge zwischen der Erosion von Normalarbeit und Auswirkungen auf die Lebensqualität herausgestellt: Allein aufgrund des Wandels der Erwerbsarbeit müsse das Konzept der Lebensqualität, mit seinen Dimensionen Beschäftigung, Einkommen, Qualifizierung, Beteiligung und Gesundheit, redefiniert werden, um es auch an Kriterien wie „Zeitautonomie bzw. Zeitsouveränität, Verlässlichkeit und Planbarkeit, an dem Grad der Gestaltungsfreiräume in den Arbeitsformen, an der Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf und Gesundheitserhalt“ zu orientieren. Vor allem, so die These der Autoren, sei es notwendig, „den erweiterten Arbeitsbegriff in das Lebensqualitätskonzept (gleichberechtigter Zugang zu Erwerbsarbeit, individuelle Optionalität der Mischarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, arbeitspolitische Gestaltung informeller Arbeit) einzubeziehen“ (Arbeit und Ökologie 2000: 240).

3) *Fazit: Orientierungsmarken und Herausforderungen eines alternativen Wohlstandsbegriffs aus nachhaltiger und arbeitspolitischer Perspektive*

Diskurskritisch lässt sich erstens resümieren, dass die Diskussion um einen alternativen Wohlstandsbegriff aus nachhaltiger *und* arbeitspolitischer Perspektive nur weiterführend sein kann, wenn neben der *Anerkennung ökologischer Grenzen des Wachstums*, den Forderungen nach *demokratischer Gestaltung von Politikprozessen* und *Verteilungsgerechtigkeit* (in internationaler, intergenerativer, intragenerativer Perspektive) auch *Bedingungen der Prekarisierung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, inklusive Wechselwirkungen mit der 'Lebenswelt'* und *Optionen eines erweiterten Arbeitsverständnisses* nicht ausgespart sowie *materielle und immaterielle Wohlstandsqualitäten* nicht gegeneinander ausgespielt werden (etwa nach dem Motto: Statt Einkommensgerechtigkeit mehr Zeitwohlstand).

Mit diesen Orientierungsmarken eines alternativen Wohlstandsbegriffs geht es aus Sicht des Verfassers zunächst um eine *Ergänzung* der Wohlstandselemente, die als Ergebnis der fordistischen Wohlstandsentwicklung bis heute im allgemein geteilten Wohlstandsverständnis nachwirken, also das Niveau der Einkommen und der sozialen Sicherung sowie die Gewährleistung gleicher sozialer Rechte für alle Gesellschaftsmitglieder (u. a. soziale Infrastruktur, Zugang zu Bildung und Gesundheit, Mitbestimmungs- und Arbeitsrechte in der Erwerbsarbeit) als soziale Voraussetzungen persönlicher und politischer Rechte und als Vermittlungsinstanzen von Inklusion. Zudem geht es um die *Anerkennung* der Kritik am fordistischen Wohlstandsmodell und solcher Wohlstandsqualitäten eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, die sowohl in der Nachhaltigkeitsdebatte als auch bereits in der Alternativökonomiediskussion der 1980er Jahre eingefordert wurden, nämlich Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit, Zeitsouveränität, Umweltschutz, Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der 'Arbeit'.

Vor allem macht zweitens die vorgenommene Diskursanalyse deutlich, dass soziale Ungleichheit (zwischen Geschlechtern, Schichten bzw. sozialen Positionen) re-produzierende Herrschaftsverhältnisse in den Mittelpunkt emanzipatorischer Überlegungen zu einem erweiterten Wohlstandsbegriff gestellt werden müssen, nicht zuletzt um zu verhindern, dass

gesellschaftskritische Potenziale der Diskussion - wie im Nachhaltigkeitsdiskurs geschehen - diskursiv entschärft und vereinnahmt werden. Insofern ist über die gerechte Verteilung von Lebenschancen hinaus, der *Abbau soziale Ungleichheit re-produzierender Herrschaftsverhältnisse als Ziel einer nachhaltigen Wohlstandsentwicklung* zu formulieren. Im Ergebnis kann es zugleich – positiv formuliert - nur um einen *kontinuierlichen Demokratisierungsprozess als übergreifende Perspektive eines alternativen Wohlstandsmodells gehen!* Die Aktualität der Demokratisierungsnotwendigkeit, trotz des Aufbaus demokratischer Institutionen im Fordismus, zeigt sich - wie weiter oben ausgeführt - nicht nur darin, dass mit dem Globalisierungsprozess zugleich ein demokratischer Kontrollverlust verbunden ist (vgl. in dieser Arbeit insbesondere Abschnitte 3.5 und 6.2.2.1), sondern auch darin, dass es zu einer (postfordistischen) Erosion der sozialen Voraussetzungen demokratischer Partizipation gekommen ist (vgl. Crouch 2008, 2011; Kronauer 2006), womit Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungschancen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft von der jeweiligen sozialen Stellung des Einzelnen abhängiger werden. Insofern müsste ein alternativer Wohlstandsbegriff, der sich den Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit stellt, Inklusions- und Exklusionsdimensionen ins Visier nehmen, mithin die *soziale Durchlässigkeit sozialer Schichten* im Blick haben und nach *Stellschrauben der Förderung von Inklusion (wie der Verringerung von Exklusion) und demokratischer Partizipation* fahnden.

Als wesentliche Vermittlungsinstanzen von Teilhabe und Zugehörigkeit hat Martin Kronauer (2000) auf die Bedeutung der drei Bereiche *Arbeit*, *soziale Kontakte* (familiäre und freundschaftliche Nahbeziehungen) und *soziale Rechte* verwiesen. Darunter erscheinen primär die Ausformungen der Vermittlungsinstanzen (a) *soziale Rechte*, *mithin insbesondere das Feld der Bildungspolitik* und (b) *Arbeit* als relevante politische *Stellschrauben und Herausforderungen*:

(a) Soziale Rechte und Bildung als Elemente und Stellschrauben eines erweiterten Wohlstandsbegriffs

Gerade *soziale Rechte* bezeichnet Kronauer als „Achillesferse der sozialen Inklusion“ (a. a. O.: 34), da sie „marktabhängig“ seien und gegenwärtig zunehmend weniger an den

Bürgerstatus gebunden und in der Erwerbsarbeit und hinsichtlich des sozialstaatlichen Schutzniveaus abgesenkt würden. Was den Bereich der Erwerbsarbeit angeht, hat neben Kronauer zuvor insbesondere Robert Castel (1995/2000) einen Prekarisierungsprozess von früher stabilen Beschäftigungszonen thematisiert. Aus diesen Zeitdiagnosen folgt - idealtypisch formuliert - die Notwendigkeit der sozialstaatlichen und arbeitspolitischen *Rückbindung sozialer Rechte an einen voraussetzungslosen Bürgerstatus*, als 'Staatsbürger' statt 'Wirtschaftsbürger'. Zum Beispiel müssten auch bezüglich Arbeitslosigkeit oder prekärer Werkvertragsarbeit soziale Rechte hinsichtlich eines Schutzes vor Arbeitslosigkeit³²⁵ oder zumindest einer voraussetzungslosen Einkommenssicherung bzw. einer tarif- und arbeitsrechtlichen Schutzwirkung greifen. Was aber könnten, jenseits solchermaßen abstrakt-normativer Forderungen, *strategisch relevante Schritte* und *gesellschaftspolitische Kampffelder* hin zu einer voraussetzungslosen Rückbindung sozialer Rechte sein? Weiterführend ist hier zunächst Pierre Bourdieus Erklärungsmodell der Reproduktion von Herrschaft und sozialer Ungleichheit (vgl. Abschnitt 6.2.1). Analytischer Ausgangspunkt bei Bourdieu ist seine Differenzierung in die drei untereinander konvertierbaren Kapitalsorten 'ökonomisches', 'soziales' und 'kulturelles Kapital', die in unterschiedlichen Feldern zur Erlangung gesellschaftlicher Macht eingesetzt werden.³²⁶ Die Reproduktion einer sozialen Position ist laut Bourdieu also nicht nur von der ökonomischen Stellung abhängig, das soziale Kapital übe einen Multiplikatoreffekt auf das verfügbare ökonomische und kulturelle Kapital aus, verstärke also in Verbindung mit dessen Ungleichverteilung die Reproduktion sozialer Ungleichheiten. Insofern sind persönlicher Wohlstand und sein Erhalt oder Verlust von der individuellen Verfügung über Kapitalsorten im Vergleich zu Anderen abhängig. Eine zunehmende Bedeutung erlangt hierbei das 'kulturelle Kapital', denn - so Bourdieu - unter

³²⁵ Für den politischen Philosophen Ulrich Steinvoth ist Arbeitslosigkeit nicht schlicht als Mangel zu begreifen, gegen den zu versichern ist. Arbeitslosigkeit als Ausschluss aus dem gesellschaftlichen System sei ein Unrecht und „der Schutz vor Arbeitslosigkeit ein soziales Recht“ (1999: 157).

³²⁶ Bourdieu charakterisiert diese wie folgt: „Das ökonomische Kapital ist unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts; das kulturelle Kapital ist unter bestimmten Voraussetzungen in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von schulischen Titeln; das soziale Kapital, das Kapital an sozialen Verpflichtungen oder 'Beziehungen', ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in ökonomisches Kapital konvertierbar“ (2005: 52). Laut Bourdieu ist die jeweilige Zusammensetzung der Kapitalsorten und ihr Gesamtvolumen die Grundlage für den persönlichen 'Habitus', der wiederum die Basis für die Strukturierung der Gesellschaft in Großgruppen mit ähnlichen Lebensstilen bilde und direkt zur Reproduktion der Lebenschancen beitragen würde, da die für moderne Gesellschaften zentrale Fähigkeit der Aneignung kultureller Ressourcen entscheidend durch den Habitus des Elternhauses und des engeren sozialen Umfeldes geprägt werde.

den Kapitalsorten sei insbesondere die Übertragung von Kulturkapital mit der familiären Sozialisation „zweifellos die am besten verschleierte Form erblicher Übertragung“, deshalb „gewinnt sie ... um so mehr an Gewicht, je mehr die direkten und sichtbaren Formen der Übertragung sozial missbilligt und kontrolliert werden“ (2005: 58). Als eine wesentliche Erkenntnis Bourdieus wurde hervorgehoben: „Dennoch verändert sich die Sozialstruktur moderner Gesellschaften durch die Tatsache, daß neben dem ökonomischen Kapital jetzt auch das kulturelle Kapital zur Basis sozialer Positionen wird. Der strikte Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital erweitert sich zu einen sozialen Raum, in dem [kulturelles] Wissen und Nicht-Wissen eine immer größere Rolle spielen“ (Egloff 2000: 77).

Dieser Rekurs verweist auf zweierlei, erstens auf die *verschleierte Reproduktion sozialer Ungleichheit über das Bildungssystem* und damit zweitens auf die *strategische Bedeutung von Bildungspolitik*:

Für Bourdieu gilt, dass „der schulische Ertrag schulischen Handelns vom kulturellen Kapital abhängt, das die Familie zuvor investiert hat, und dass der ökonomische und soziale Ertrag des schulischen Titels von dem ebenfalls ererbten sozialen Kapital abhängt, das zu seiner Unterstützung zum Einsatz gebracht werden kann“ (2005: 55). Hinzu kommt, was insbesondere Heinz Sünker deutlich gemacht hat, nämlich, dass durch *verstärkende Selektionsprozesse im Bildungssystem* selbst „bis heute immer noch in einem überwiegenden Maße von einer Reproduktionsfunktion des Bildungssystems für den gesellschaftlichen Status Quo auszugehen ist“ (2001: 48). Darüber hinaus macht Sünker zugleich perspektivisch deutlich, dass *Bildungspolitik* in einem *doppelten Sinne Gesellschaftspolitik* ist: „Als wesentlicher Beitrag zur Reproduktion sozialer Ungleichheit, deren Absicherung oder als Beitrag zur Demokratisierung einer Gesellschaft qua ‚Bildung aller‘, dem klassischen Ansatz Humboldts, an den es zu erinnern und an dem es festzuhalten gilt“ (ebenda).

Die *strategische Bedeutung* von Bildungspolitik zeigt sich z. B. darin, dass gerade die ‚Eliten‘ besondere Anstrengungen unternehmen, um Bildungspolitik zu beeinflussen.³²⁷ Trotzdem können Bildungsprozesse eine herrschaftskritische Eigendynamik entfalten. In Deutschland, aber auch in Ländern wie Brasilien, der Türkei oder Ägypten, entstand zuletzt gesellschaftlicher Widerstand vor allem aus einer vergleichsweise gebildeten Mittelschicht,

³²⁷ Gegenwärtig ist in Deutschland insbesondere die Bertelsmann-Stiftung im Bereich der Bildungspolitik diskursprägend. Mehr ‚Chancengerechtigkeit‘ (und nicht ‚Bildungsgerechtigkeit‘ oder gar ‚politische Bildung‘) ist für die Bertelsmann-Stiftung die Kernherausforderung der deutschen Schulsysteme.

welche die Entwicklungsversprechungen der Moderne nach gesellschaftlicher Teilnahme und/oder materieller Teilhabe einfordert.

Zum anderen können sich auf betrieblicher Ebene emanzipatorische Veränderungen ergeben, weil neue Produktionskonzepte und Innovationen nicht nur auf qualifizierte, sondern auch auf reflektierende Arbeitnehmer angewiesen sind.³²⁸ Dieser Umstand ist arbeitspolitisch mit einem Überschusspotential kritischer *'Bewusstseinsbildung'* zu verbinden. So stellen Sünker und Swiderek fest: „In der Folge von Veränderungen im Arbeitsprozess können neue technische und organisatorische Anforderungen, die an die Ökonomie gestellt werden, die radikale Ausweitung demokratischer, d. h. emanzipatorischer Prinzipien in der Ökonomie befördern [Sünker/Swiderek verweisen insbesondere auf Konzeptionen von *'Wirtschaftsdemokratie'*, Anmerkung des Verfassers]. Diese Entwicklung muss allerdings unterstützt werden durch einen Anstieg von Bewusstsein über die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens sowie eine technologische Kompetenz neuer Art, deren Kern in der Kritik technokratischer Herrschaft besteht. Daher fordern Kern und Schumann in einer sehr klaren Sprache in ihrer Studie *'Das Ende der Arbeitsteilung'* erstens eine Verallgemeinerung der neuerdings benötigten Produktionsintelligenz und zweitens eine Politisierung dieses systemischen Bedürfnisses. ... Vor diesem Hintergrund ergibt sich für entwickelte Positionen von Bildungstheorie, Sozialwissenschaften und Industriesoziologie zunächst einmal die Unabdingbarkeit der Bewusstseinsbildung, die in ihrer Substanz ein Bewusstsein von Geschichte und Gegenwart enthält, und ihre Begründung darin findet, dass Wissen und Erfahrung den Beginn des Kampfes gegen die vorherrschenden Bedingungen bestimmen“ (Sünker/Swiderek 2010: 49f.). Strategisch geht es mit Sünker also nicht nur um die Selektionsmechanismen des abzuschaffenden dreigliedrigen Schulsystems, auch nicht nur um

³²⁸ Letzteres begründet Manuel Castells wie folgt: „Der Begriff der Bildung ist von Fertigkeiten zu unterscheiden. Fertigkeiten können durch technologische und organisatorische Veränderungen schnell obsolet werden. Bildung (im Unterschied zu Verwahrung von Kindern und Studierenden) ist der Prozess, durch den die Menschen, also Arbeitskräfte, die Fähigkeit erwerben, beständig die notwendigen Fertigkeiten für eine bestimmte Aufgabe neu zu bestimmen und sich Zugang zu den Quellen zu verschaffen, um diese Fertigkeiten zu erwerben. Wer immer gebildet ist und sich im richtigen organisatorischen Umfeld befindet, kann sich für die endlosen Wandel unterliegenden Anforderungen des Produktionsprozesses neu programmieren“ (2003: 392).

‘Bildung für alle’, sondern auch um Bildungsinhalte, politische Bildung und um ‘Bewusstseinsbildung’ im Kontext von ‘Produktionsrevolutionierung’.³²⁹

Tatsächlich zeigt sich, dass die Forderung nach gleichen Bildungschancen oder Zugangsmöglichkeiten zu Bildung für alle - wie mit Bezug auf die Thesen Bourdieus deutlich ist - noch nicht zum Abbau sozialer Ungleichheit führt. Vielmehr kann aus emanzipatorischer Perspektive Bildungsgerechtigkeit als Perspektive erst wirksam werden, wenn der Bildungsbegriff, neben reiner Wissensvermittlung und Befähigung wie Motivation zum selbstständigen Lernen, auch wesentlich politische Bildung als ‘Bewusstseinsbildung’ zum Ziel hat und damit Grundlagen demokratischer Partizipation zur Verfügung stellt.³³⁰ Insofern ist Bildungsgerechtigkeit, kombiniert mit einem Bildungsbegriff der auf Bewusstseinsbildung zielt, Voraussetzung von Demokratisierung, damit wesentliche Stellschraube der Durchsetzung eines erweiterten Wohlstandsbegriffs und zugleich, in Anerkennung existentieller Emanzipationsbedürfnisse der Menschen, wesentliches Element eines erweiterten Wohlstandsbegriffs.

(b) Arbeit als Element und Stellschraube eines erweiterten Wohlstandsbegriffs

³²⁹ Zur These von Kern/Schuman über die notwendige Verallgemeinerung der Produktionsintelligenz und Politisierung, im Rahmen einer Neubewertung menschlicher Subjektivität, im Kontext der Einführung neuer Produktionskonzepte (Dies. 1984; 1985), siehe ausführlicher unter Abschnitt 6.2.2.2 den Teil ‘Neue Produktionskonzepte und Subjektivierung von Arbeit’.

³³⁰ Auf den Zusammenhang von ‘Bildung für alle’ als Voraussetzung von Demokratie weist auch Steinvorth hin: „Jedes Individuum darf den Zugang zum Wissen und zum Können seiner Zeit fordern, soweit es das jeweils nötige Talent dazu hat; es darf insbesondere eine Ausbildung fordern, die es befähigt, an solchen Entscheidungen teilzunehmen, durch die eine Gesellschaft die Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit auf ihre konkreten sozialen und historischen Bedingungen anwendet. Für Gesellschaften, die liberale Gleichheit grundsätzlich anerkennen heißt das: jeder hat ein Recht auf eine elementare Ausbildung, die ihn zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen befähigt“ (1999: 221).

Kritisch ist hier zu werten, dass Steinvorth den „Zugang zum Wissen“ von dem Vorhandensein von „Talent“ abhängig macht, mithin von dem wissenschaftlich und politisch fragwürdigen Konstrukt ‘Begabung’. Insofern ist Sünkers Intention zuzustimmen, wenn er das von Steinvorth formulierte „Prinzip des demokratischen Mindestmaßes“ - welches „eine Ressourcenzuteilung unterhalb des Standards [verbietet], der zur Sicherung der Fähigkeit notwendig ist, an der Kultur und Politik der eigenen Gesellschaft teilzunehmen“ (Steinvorth 1999: 277) - mit Hinweis auf den erreichten Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte radikalisiert: „Dies reicht bis zur Frage, ob nicht heute – zumindest in den industriekapitalistischen Ländern – eine Universitätsbildung für alle auf der Tagesordnung steht“ (Sünker 2001: 54). Unabhängig davon, ob eine „Universitätsbildung für alle“ angesichts der Elitenförderung an den Universitäten, so etwa in Deutschland durch das im Jahr 2005 gestartete Förderprogramm „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“, der Weisheit letzter Schluss ist, geht es um einen voraussetzungslosen, gleichberechtigten „Zugang zum Wissen“, mit dem Ziel der „Mitwirkung an politischen Entscheidungen“.

Neben dem Kampffeld der Bildungspolitik ist der Bereich der *'Arbeit'* und der dominierende *'Arbeitsbegriff'* ein weiteres Kampffeld der Reproduktion sozialer Ungleichheit (hinsichtlich Geschlechter- und Klassendifferenzen wie auch sozialer Schichten) bzw. Stellschraube von Inklusion wie Exklusion, Partizipation, mithin von Wohlstand. Dabei ist für das dominierende Arbeitsverständnis der Gegenwart wesentlich, dass mit *'Arbeit'* primär die materielle Absicherung durch Lohnarbeit konotiert wird, die institutionalisierte Form von Lohnarbeit eine Schutzwirkung gegenüber einer einseitigen Aneignung der Arbeitskraft bieten sollte und unbezahlte Reproduktionstätigkeiten gesellschaftlich weniger als *'Arbeit'* anerkannt werden.³³¹

Demgegenüber sind, im Rahmen eines alternativen Wohlstandsbegriffs, mit Arbeit - über die institutionelle Schutzwirkung und materielle Absicherung hinausgehend - weitere Perspektiven der Qualität von Arbeit zu verknüpfen, so neben Geschlechtergerechtigkeit, sozialer Integration, subjektiver Sinnstiftung auch Bildungs- wie Emanzipationsprozesse, inklusive Möglichkeiten demokratischer Vergemeinschaftung, worauf etwa die Argumentation von Sünker und Swiderek (2012) gezielt hat. Nicht zuletzt Hannah Ahrendts Vision einer Tätigkeitsgesellschaft in „Vita activa oder Von tätigen Leben“ (1981/1958) hat bereits auf Sinnfragen von Arbeit verwiesen, mit denen Arbeitsideologien zurückzuweisen sind. So besteht gegenwärtig das (auch in den analysierten Zukunftsdiskursen deutlich gewordene) Paradoxon einer verschärften bzw. modifizierten Arbeitsideologie darin, dass obwohl Arbeit allein zunehmend weniger als wesentliche Quelle für den sozialen Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe *'aller'* Gesellschaftsmitglieder an der Wohlstandsproduktion taugt, mehr Arbeit bereitgestellt werden soll und alle arbeiten müssen. Fragen der Qualität von Arbeit und Möglichkeiten der Vergesellschaftung jenseits bezahlter Arbeit bleiben ausgeblendet. Mit anderen Worten: Verteilungskämpfe laufen ins Leere, wenn sie sich nicht auch ideologischen Kämpfen um die Arbeitsideologie und Fragen nach der Bedeutung von Arbeit stellen.

³³¹ André Gorz (2000) hat kritisiert, dass es sich „weder um Arbeit im anthropologischen noch im philosophischen Sinn [handelt]. ... Nicht um *'selbsttätige Gestaltung der stofflichen Umwelt'* noch um *'praktisch-sinnliche Tätigkeit'*, durch die das Subjekt sich in einen Gegenstand entäußert, der sein Werk ist. ... *'Arbeit'* die man hat oder nicht hat“ (a. a. O.: 10) fehle sehr häufig das, was sie Hegel zufolge ausmache: „Sie ist keine Entäußerung, durch die ein Subjekt sich verwirklicht“ (ebenda). Arbeit im Sinne von „poiesis“, von „schaffen“ finde nur noch äußerst selten als bezahlte und gesellschaftlich anerkannte Arbeit statt. Für einen begriffsgeschichtlichen Überblick zum Begriff *'Arbeit'* von Aristoteles bis Ricardo siehe Walther (1990).

Als Orientierungsmarke eines alternativen Wohlstandsmodells müsste ein *neues, normativ aufgeladenes, nachhaltiges Leitbild von Arbeit* letztlich (Teil-) Lösungen für die analysierten Problemdimensionen der postfordistischen Wohlstandsproduktion anzeigen, insbesondere solche der postfordistischen Transformation von 'Arbeit'. Entsprechende Perspektiven werden im Folgenden herausgestellt.

6.4 Perspektiven und Leitbilder nachhaltiger Arbeit und nachhaltiger Arbeitszeitpolitik

Im neoliberalen Globalisierungskontext der Verbetrieblichung vom Arbeitspolitik ist die Modifizierung von Perspektiven und Leitbildern 'nachhaltiger Arbeit' ein anspruchsvolles Unterfangen: Erstens müsste ein, auf der Referenzfolie eines alternativen Wohlstandsbegriffs normativ aufgeladenes, nachhaltiges Leitbild von Arbeit, Teillösungen für die herausgestellten Problemdimensionen der postfordistischen Wohlstandsproduktion und Transformation von Arbeit signalisieren. Die Skizzierung eines neuen Leitbildes von Arbeit ohne konkreten Bezug auf Arbeitswirklichkeiten wäre als reine Utopiezeichnung (wie teils in der Nachhaltigkeitsdebatte geschehen) kaum vermittelbar.

Damit wären zweitens Strategien zur Humanisierung der Erwerbsarbeit - auf die Gegenwart bezogen das aktuelle gewerkschaftliche Konzept 'Gute Arbeit' - mit weiterführenden in der Nachhaltigkeitsdebatte diskutierten Perspektiven nachhaltiger Arbeit zu kombinieren, um thematische Synergiepotentiale der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatten zu nutzen und aus akteursstrategischer Perspektive Anschlussfähigkeiten an gewerkschaftliche Strategien sicherzustellen.³³² Hierbei wäre zugleich die Kritik am gewerkschaftlichen Konzept 'Gute Arbeit' zu berücksichtigen. Diese besagt, dass neben der Konkretisierung von Perspektiven demokratischer Vergemeinschaftung vor allem Teilzeitarbeit, die Interessenvertretung prekär Beschäftigter und insgesamt Wechselwirkungen mit dem Reproduktionsbereich, somit auch

³³² Eine Lehre aus dem Auslaufen der Diskussionen um Perspektiven nachhaltiger Arbeit lautet, dass angesichts des anvisierten gesamtgesellschaftlichen Wandels thematische Anschlussfähigkeiten und gemeinsame Diskussionsräume zwischen der Nachhaltigkeitsdiskussion und der gewerkschaftlichen Arbeitspolitikdebatte kaum sichtbar waren und ihre strategische Bedeutung von den Debattenteilnehmern scheinbar unterschätzt wurde (vgl. Kapitel 4.2.2). Zu den Synergiepotentialen der Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatte siehe Kapitel 5.2.

die Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern, deutlicher in den Blick zu nehmen sind, um der betriebspolitischen Verengung der Arbeitspolitikdebatte zu begegnen (vgl. Kapitel 5.1). Diesbezüglich wurde in der Nachhaltigkeitsdiskussion die These formuliert, dass der Kern einer Definition nachhaltiger Lebensqualität ein neuer Begriff der Vollbeschäftigung sein müsse, der nicht nur Teilhabe an Erwerbsarbeit, sondern auch Teilhabe an anderen Arbeitsformen einschließt (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 240). Anvisiert werden damit Perspektiven der Umverteilung von Arbeit und der Erweiterung des Arbeitsbegriffs.

Mithin geht es im Folgenden um die (Leit-) Frage (3): Inwiefern könnte, angesichts der Verbetrieblichung von Arbeitspolitik, ein erweiterter Arbeitsbegriff Antworten auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Wohlstandsproduktion und der postfordistischen Transformation von Arbeit liefern, welche Leitbilder nachhaltiger Arbeit und arbeitszeitpolitischen Leitbilder erscheinen, mit welchen arbeits- und arbeitszeitpolitischen Strategien und sozialpolitischen Implikationen, als Perspektiven für eine nachhaltige Arbeitspolitik weiterführend?

Basierend auf einem Vergleich alternativer Leitbilder der Gestaltung von Arbeit aus unterschiedlichen Diskussionskontexten, der sich auf die Frage fokussiert, inwiefern diese Leitbilder eine Erweiterung des gewerkschaftlichen Leitbildes 'Gute Arbeit' darstellen könnten, werden nachfolgend *Perspektiven und Strategieelemente einer nachhaltigen Arbeitspolitik* zu Diskussion gestellt, welche die Konzepte 'Gute Arbeit', 'Kurze Vollzeit für alle' und 'Optionalität von Mischarbeit' als gemeinsame Herausforderungen verbinden.

6.4.1 Leitbilder der Gestaltung von Arbeit im Vergleich: 'Work-Life-Balance', 'Kurze Vollzeit für alle', 'Optionalität von Mischarbeit' als weiterführende Erweiterungen des Leitbildes 'Gute Arbeit'?

Die in Diskussionen zur Gestaltung von Arbeit postulierten Leitbilder lassen sich vereinfachend in viererlei Hinsicht unterscheiden:

- Entweder liegt der Fokus auf der Verbesserung von betrieblichen Arbeitsbedingungen (wie im Leitbild der 'Guten Arbeit') oder

- im Bestreben, eine ‚Work-Life-Balance‘ zwischen Berufsarbeit und Privatleben herzustellen, oder
- darin, eine Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern voranzutreiben (u. a. ‚duale Arbeit‘, ‚kurze Vollzeit für alle‘),
- teilweise verbunden mit einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs und Perspektiven der Förderung anderer Arbeits- bzw. Tätigkeitsformen (u. a. ‚Optionalität von Mischarbeit‘).

1) ‚Work-Life-Balance‘ - ein weiterführendes Leitbild aus der betrieblichen Personalpolitik?

Während die beiden letztgenannten Perspektiven in aktuellen arbeitspolitischen Debatten kaum eine Rolle spielen und das Leitbild der ‚Guten Arbeit‘ primär als gewerkschaftliches Leitbild und ‚Widerstandskonzept‘ gegen die Verschlechterung und Entgrenzung von betrieblichen Arbeitsbedingungen im Kontext von Unternehmensstrategien konzipiert wurde (vgl. Kapitel 5.1), wird das Leitbild der ‚Work-Life-Balance‘ sowohl von der aktuellen betrieblichen Personalpolitik als auch von Gewerkschaften aufgegriffen.³³³

Gegenüber dem Fokus der Verbesserung von betrieblichen Arbeitsbedingungen im Leitbild ‚Gute Arbeit‘ ist für das Konzept der ‚Work-Life-Balance‘ eine potentiell produktive als auch destruktive Wechselbeziehung von Berufsarbeit und privatem Lebensbereich zentral: Die Balance dieser Bereiche sei wichtig, damit Defizite in einem Bereich durch den anderen kompensiert werden, und könne gestört werden, wenn Ressourcen von einem Bereich in den anderen abgezogen werden.³³⁴ Das Leitbild der ‚Work-Life-Balance‘ zielt hierbei nicht nur auf eine ‚nachhaltige Nutzung der Arbeitskraft‘ bzw. auf die ‚Nachhaltigkeit des Arbeitsvermögens‘, sondern programmatisch auch auf die ‚Vereinbarkeit von privatem Lebensbereich, Familie und qualifizierten Beruf‘. Aus der Perspektive des Managements geht es um die Sicherung des betrieblichen ‚Humankapitals‘ der qualifizierten und weniger austauschbaren Stammebelegschaften und um die Rekrutierung hochqualifizierten Personals.

³³³ Siehe z. B. das HBS-Themenheft „In Balance arbeiten und leben. Forschungsimpulse für eine innovative Arbeits(zeit)gestaltung“ (HBS 2006).

³³⁴ Für einen kurzen Überblick zur Begriffsgeschichte des Leitbildes der ‚Work-Life-Balance‘ siehe Jurczyk (2005).

Stichworte sind hier Gesundheits- und Motivationserhalt, sowie Sicherstellung der Betriebsbindung u. a. über flexible Arbeitszeitmodelle, Gesundheitsprogramme, Betriebskindergärten usw. Aus Arbeitnehmersicht rücken mit dem Konzept der 'Work-Life-Balance' über die betriebliche Ebene hinausgehend Vereinbarkeitsfragen und institutionelle Bedingungen von 'Familienarbeitszeiten' in den Focus von Arbeitszeit- und Sozialpolitik. So hat Gøsta Esping-Andersen (2002) hervorgehoben, dass es eine Herausforderung der Gegenwart sei, Beschäftigungs- und Familienpolitik zu koordinieren, um Beschäftigungsmöglichkeiten von Familien in den Blick zu nehmen und Armut in den Haushalten zu attackieren. Dies gilt insbesondere für Länder wie Deutschland, in denen das Bismarcksche Familiennährermodell eine lange Tradition hat, wohingegen z. B. in Schweden 'duale Arbeit' für Frauen die Norm ist.

Soweit ersichtlich gibt es zwar einen indirekten Bezug des gewerkschaftlichen Konzeptes 'Gute Arbeit' zum Konzept der 'Work-Life-Balance', allerdings ist ersteres nicht explizit auf weibliche Beschäftigte mit Kindern ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund wurde von Christina Klenner (2005) explizit eine Erweiterung des gewerkschaftlichen Konzeptes 'Gute Arbeit' um das Konzept der 'Work-Life-Balance' vorgeschlagen. Klenner bemängelt, dass in der deutschen Debatte um die Qualität der Arbeit die Balance von Arbeit und Familie keinen Raum einnimmt. 'Gute Arbeit' im Beruf müsse anschlussfähig für andere Formen gesellschaftlicher Arbeit sein. Daher plädiert sie wie folgt dafür, die Vereinbarkeitsdimension in die Debatte um die Qualität der Arbeit einzubeziehen: „Der springende Punkt für eine Politik der 'guten Arbeit' dürfte sein, eine Spaltung der abhängig Beschäftigten in Verlierer/innen und Gewinner/innen dieser Umbrüche zu verhindern. Diese Spaltung deutet sich bereits heute an: In die prekär Beschäftigten, denen es nur noch mit Mühe gelingt, dem wachsenden Druck in der beruflichen Arbeit standzuhalten, die die Betreuung der Kinder unter diesen Umständen nur noch schwer absichern können und dabei mit materieller Not zu kämpfen haben, und in jene, die von den Arbeitgebern als nicht leicht zu ersetzende Arbeitskräfte umworben werden und denen vielfältige familienfreundliche Maßnahmen das Leben erleichtern. Gute Arbeit sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung, Erziehung, Familienleben – ebenso wie mit anderen außerberuflichen Lebensbereichen – für alle abhängig Beschäftigten thematisieren“ (Klenner 2005: 210).

Der Vorschlag von Christina Klenner, das Leitbild 'Gute Arbeit' mit der Vereinbarkeitsfrage - und diese mit Blick auf alle Beschäftigten - zu erweitern, erscheint sicherlich weiterführend. Allerdings lässt sich bezweifeln, ob angesichts der Aufgabenstellung, die von ihr beschriebene Spaltung zu verhindern, ausgerechnet auf das Konzept der 'Work-Life-Balance' zurückzugreifen ist. Immerhin geht es mit der Vereinbarkeitsfrage letztlich um eine grundlegende Umorganisation von Arbeit, welche die Aufhebung von Geschlechterhierarchien voraussetzt und zugleich bezahlte Erwerbsarbeitszeiten und unbezahlte Reproduktionsarbeitszeiten in den Blick nehmen müsste.

Mit Karin Jurczyk (2005) ist durchaus anzuerkennen, dass das Konzept der 'Work-Life-Balance' ein „Potential als Sondierung und Sensibilisierung“ birgt, denn „es schließt Geschlechtergerechtigkeit ein, geht aber darüber hinaus und enthält neue Ansprüche an sinnhafte Arbeit, familienfreundliche Organisation der Arbeitswelt, gelingende Lebensführung und Zeitwohlstand“ (a. a. O.: 112). Andererseits – so Jurczyk - kämen die Impulse zu diesem Konzept aus den Unternehmen selbst, welches als Bestandteil von Unternehmensphilosophien die „Quelle neuer Einseitigkeiten“ sein könne: „Maßnahmen zur Work-Life-Balance sind ... die unternehmensstrategische Antwort sowohl zur Implementation als auch zur Kompensation der fortschreitenden Entgrenzung von Erwerbsarbeit und damit nichts anderes als 'human-resource management'“ (a. a. O.: 113). Insbesondere 'Global Player' würden sich für dieses Konzept einsetzen und sich hierbei auf das Segment ihrer Hochqualifizierten konzentrieren. Hier stünde allerdings „ein nach wie vor eindeutig erwerbszentrierter Beschäftigter Modell, der, solange er weitgehend verfügbar ist, auch weiblich sein kann“ (a. a. O.: 114). Insofern würden in der Praxis mit einem derartigen Konzept Familie und Geschlechterdemokratie untergehen.

Auch wenn für privilegierte Beschäftigungsgruppen Chancen bestehen, erscheint es insgesamt zweifelhaft, dass die gegenwärtige Debatte über 'Work-Life-Balance' und deren Praxis *für alle Beschäftigten* zu mehr Zeitsouveränität und zu einer partnerschaftlicheren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern führt oder gar grundsätzliche Antworten auf die Probleme der postfordistischen Transformation von Arbeit liefern könnte. Letztlich geht es in der betrieblichen Praxis der Verfolgung von 'Work-Life-Balance' durch betriebliche Personalpolitiken maximal um eine arbeitszeitpolitische Optimierung von Beruf und Familienarbeitszeiten privilegierter Beschäftigter zum Wohle des Unternehmens.

Arbeitszeitsouveränität aus Arbeitnehmerinnensicht erscheint nur individuell umsetzbar, wenn eine herausgehobene betriebliche Stellung gegeben ist. Dies ist aber speziell bei Frauen eher selten. Gerade hier zeigt sich, dass Vereinbarkeitsfragen und berufliche Aufstiege (für Frauen und Männer) in der Praxis im Widerspruch stehen. Das Konzept lässt zudem keine Bezüge auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs jenseits von Reproduktions- und Versorgungsarbeiten (z. B. hinsichtlich 'Gemeinwesenarbeit') erkennen, womit Chancen auf Vergemeinschaftung jenseits der Erwerbsarbeit vergeben werden.

2) *'Kurze Vollzeit für alle' - ein weiterführendes Leitbild aus der feministischen Arbeitsforschung?*

Das Leitbild der 'Work-Life-Balance' ist nicht zielführend gegenüber dem zentralen arbeitszeitpolitischen Anliegen der feministischen Arbeitsforschung, nämlich der Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern: „Seitens der feministischen (Arbeits-)Forschung wird ein neues Leitbild des Arbeitens und Wirtschaftens verlangt, das sich nicht einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben nicht nur als so genanntes Frauenproblem begreift. Die Lösung von der Erwerbsarbeitszentriertheit sollte eine neue Normalität der Teilzeitarbeit als Normalarbeit für Männer und Frauen sein; je nach Ausgangslage heißt das Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitszeitverlängerung. Im Zentrum der Forschungen steht die problematische Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit und deren Überwindung durch die Neubewertung und geschlechtergerechte Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten“ (Littig/Spitzer 2011: 3f.).³³⁵

Abgehoben wird damit auch auf das arbeitszeitpolitische Leitbild der „kurzen Vollzeit für alle“ (vgl. Holtrup/Spitzley 2008). Dieses Leitbild wird sowohl innerhalb der feministischen

³³⁵ Ingrid Kurz-Scherf betont das als arbeitspolitisches Anliegen: „Würde sich bspw. die reale Arbeitspolitik von dem mittlerweile auch für viele Männer erodiertem Modell der absoluten Zentralität der Erwerbsarbeit lösen und würde sie sich bei der Suche nach alternativen Optionen an den vorrangig von Frauen repräsentierten und praktizierten Mustern der Gestaltung von Arbeit und Leben orientieren, so ergäbe sich daraus als eine der ersten und klarsten Konsequenzen eine Politik der sukzessiven Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Verallgemeinerbarkeit der heute noch so genannten Teilzeitarbeit als einer neuen Normalität eben nicht mehr nur der weiblichen, sondern auch der männlichen Berufstätigkeit“ (Kurz-Scherf 2007: 283).

Debatte, teils innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte, als auch (sehr) vereinzelt von 'linken' Vertretern aus Wissenschaft und Gewerkschaften vertreten.³³⁶ Das Leitbild beinhaltet eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von Arbeitszeiten (über die Reduktion von Wochenarbeitszeiten mit Orientierung an einer 30-Stunden-Woche für alle Beschäftigten oder einer entsprechenden Jahres- oder Lebensarbeitszeit) und eine Erweiterung des erwerbsarbeitsbezogenen Arbeitsbegriffs.

Die Diskussionen zum Leitbild der 'kurzen Vollzeit für alle' stehen allerdings zunächst vor dem Problem, dass von den deutschen Gewerkschaften eine radikale Arbeitszeitumverteilungspolitik nicht (mehr) verfolgt wird. Nicht zuletzt angesichts der Zunahme von Niedriglöhnen erscheinen gegenwärtig für Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzungen schwerlich vermittelbar.

Hinzu kommt, dass sich in den Diskussionen zum Leitbild der 'kurzen Vollzeit für alle' keine expliziten Bezugnahmen auf gewerkschaftliche Debatten, wie etwa zum gewerkschaftlichen Widerstandskonzept 'Gute Arbeit' erkennen lassen, obwohl Ergänzungen nahe liegen. Demgegenüber beansprucht das Konzept der 'Work-Life-Balance' immerhin Antworten auf die Entgrenzung von betrieblichen Leistungsbedingungen. Der Arbeitsumverteilungsdebatte nicht gerade zuträglich ist zudem, „dass sich innerhalb der feministisch orientierten Arbeitsforschung in erster Linie programmatische, aber kaum konkrete Forderungen nach einer Umverteilung von Arbeit finden lassen“ (Littig/Spitzer 2011: 4).

Trotz dieser Defizite fordert das arbeitszeitpolitische Leitbild der 'kurzen Vollzeit für alle' mit normativer Berechtigung (hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Geschlechtergerechtigkeit) eine Öffnung der Arbeitspolitik- und Arbeitszeitdebatten ein, wie auch eine Abkehr von (modernisierten) Familienernährermodell als Leitbild der Sozialpolitik.

Die Diskussionen zum Leitbild der 'kurzen Vollzeit für alle' sind teilweise auch dem Diskussionskontext zuzuordnen, der auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeit auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs, zumeist verbunden mit der Förderung anderer Arbeits- bzw. Tätigkeitsformen, setzt. Innerhalb dieses Diskussionskontextes lassen sich zwei grundsätzliche Perspektiven unterscheiden. Zum einen Perspektiven der Vergesellschaftung jenseits der Erwerbsarbeit, die Möglichkeiten eines von kapitalistischen

³³⁶ Siehe etwa den im Februar 2013 vorgestellten offenen Brief von Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern zur Forderung nach einer 30-Stunden-Woche (Bontrup/Massarat 2013).

Verwertungsbedingungen weitestgehend befreien, autonomen Sektors neben der Erwerbsarbeit suggerieren (vgl. etwa die dualökonomische Konzeption von Gorz 2000),³³⁷ zum anderen solche, die den Reproduktionszusammenhang von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit in den Blick nehmen und gestalten wollen. Letztere Perspektive lässt sich wiederum einerseits in konservative Antworten auf die Krise des Sozialstaates in Hinblick auf den *funktional*-symbiotischen Zusammenhang von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit unterscheiden (vgl. bereits für die 1980er Jahre u. a. Gershuny/Pahl 1980; Heinze/Olk 1982; Grotian/Kück 1983; Heinze/Offe 1986, 1990),³³⁸ andererseits in sogenannte 'Mischarbeitskonzepte', die auf eine 'plurale Ökonomie' verweisen und zumeist feministischen Diskussionen sowie Nachhaltigkeitsdiskussionen entstammen (vgl. Spitzley 1998; Biesecker 2000, 2008; HBS 2000; zu Lippe 2012).³³⁹

In dieser Arbeit wurden insbesondere das im Kontext der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) erarbeitete 'Konzept der Mischarbeit' von Eckart Hildebrandt und Sebastian Brandl (Arbeit und Ökologie 2000, Brandl/Hildebrandt 2001, 2002; Hildebrandt 2003) als weiterführende Perspektive nachhaltiger Gesellschaftsentwicklung hervorgehoben, die nicht nur auf feministischen Entwürfen der Erweiterung des Arbeits- und Ökonomiebegriffs (insbesondere Biesecker 2000), sondern auch auf arbeitssoziologischen Befunden der Erosion von Normalarbeitsverhältnissen, Normalarbeitszeiten und Normalarbeitsbiografien basiert und sich (aus Sicht des Verfassers T.B.) als analytisches und normatives Konzept interpretieren lässt.

³³⁷ Siehe dazu die Kommentierung in Kapitel 2.2.3.3.

³³⁸ Siehe dazu die Kommentierung in Kapitel 2.1.2.

³³⁹ Analytisch verweist der Begriff der 'Mischarbeit' auf empirische Entwicklungstendenzen von Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit sowie auf die theoretische Unmöglichkeit der singulären Analyse idealtypisierter Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse. Auch wenn jede Arbeitstätigkeit Charakteristika anderer Arbeitsformen beinhaltet, so bedingen sich doch zugleich unterschiedliche Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse – etwa Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit – und bilden spezifische Trennungsmuster oder ökonomische Sphären, inkl. aus ihnen ableitbarer Dominanzverhältnisse, aus. Diese Trennungsmuster sind nicht etwa von Natur gegeben, sondern gesellschaftlich produziert und veränderbar, nicht aus der konkreten Formbestimmung von Arbeit ersichtlich, sondern nur in Abstraktion von dieser erklärbar (vgl. Brandt 1998b). Einen aktuellen, vergleichenden Überblick zu erweiterten Arbeitskonzepten der Nachhaltigkeitsdebatte, feministischen Debatte und arbeitssoziologischen Debatte im Kontext der Krise der (post-)fordistischen Arbeitsgesellschaft liefern Littig/Spitzer (2011).

3) 'Optionalität von Mischarbeit' - ein weiterführendes Leitbild aus der Nachhaltigkeitsdebatte?

Die Grundstruktur des *analytischen Konzeptes* der Mischarbeit von Brandl und Hildebrandt ergibt sich zunächst aus der Kombination von vier unterschiedlichen Arbeitssegmenten mit je eigenen Gestaltungsprinzipien, erstens „Erwerbsarbeit“ mit dem Prinzip der „ökonomischen Effizienz und Einkommenserzielung“, zweitens „Versorgungsarbeit“ mit dem Gestaltungsprinzip der „Fürsorge“, drittens „Gemeinschaftsarbeit“ (Herstellung von „Gemeinschaftsgütern“ ohne Entgeltung) mit dem Gestaltungsprinzip „Selbsthilfe und Solidarität“ und viertens „Eigenarbeit“ (arbeitsbezogene Aus- und Fortbildung und Selbstversorgung) mit dem Gestaltungsprinzip der „Subsistenz“. Mischarbeit wird sowohl als empirisch bei jedem anzutreffende „Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Arbeiten der oder des Einzelnen, die Vielfalt der individuellen Kombinationen dieser Arbeiten und die Veränderung der Kombinationen in biographischer Perspektive“ (Hildebrandt 2003: 390) gekennzeichnet, als auch als „gesellschaftliche Verteilungsrelation“ der Kombinationen, aus denen sich individuell unterschiedliche „Mischqualifikationen, Mischbelastungen und Mischeinkommen“ ergeben würden. Zugleich wird im Rahmen dieses analytischen Konzeptes von einer fortbestehenden Dominanz der Erwerbsarbeit und ihrer Transformationsprozesse für die individuelle Lebensführung und anderen Arbeitssegmente ausgegangen.³⁴⁰

Basierend auf diesem analytischen Konzept, dass sich mit seinem Fokus auf die Zusammenhänge der verschiedenen Arbeitsformen (bzw. Tätigkeiten) und ihrer Verteilung auch zur „Operationalisierung der sozialen Normen von Nachhaltigkeit“ eigne, verweisen

³⁴⁰ Folgende fünf Merkmale würden das Konzept als ein eigenständiges analytisches Konzept rechtfertigen (vgl. Hildebrandt 2003: 391f.): die Annahme eines Ergänzungsverhältnisses zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten; die „Offenheit für die Ausdifferenzierung von Arbeitsverhältnissen mit unterschiedlichen Formalisierungsgrad und die Vielfalt von individuellen Kombinationen und biografischen Pfaden“ (a. a. O.); die (Analyse der) Aufrechterhaltung der Unterschiedlichkeit der Arbeitssegmente, „die auf ihren unterschiedlichen Gestaltungsprinzipien (Geldeinkommen, Fürsorge, Solidarität, Selbsthilfe) beruht und sich in unterschiedlicher Anerkennung, rechtlicher Rahmung, Institutionalisierung und finanzieller Ausstattung ausdrückt“ (a. a. O.); die Möglichkeit, die Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Arbeiten auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen sichtbar zu machen und damit auch entsprechende Potenziale der Umverteilung; die Sichtbarmachung von Konflikten und Synergien zwischen den Arbeitssegmenten hinsichtlich „Zeitverwendung, Qualifikationen, Einkommen und sozialer Sicherheit, und ebenso durch die Sichtbarmachung der Anforderungen an Kombinationen und biografische Übergänge zwischen den Segmenten“ (a. a. O.).

Brandl und Hildebrandt schließlich auf die „Potentiale der Nachhaltigkeit“ (2002: 107) und entsprechende Gestaltungsoptionen.³⁴¹ Zwar betonen sie, dass Mischarbeit „kein normatives Konzept guter Arbeit oder sogar nachhaltiger Arbeit“ (a. a. O.: 109) sei, dennoch lässt es sich aber als solches interpretieren, nicht zuletzt, da sie Vorschläge zur nachhaltigen Gestaltung von Mischarbeit unterbreiten, womit aus dem analytischen Konzept ein normatives Konzept und Leitbild nachhaltiger Arbeit wird. Insbesondere in der Nachhaltigkeitsstudie „Arbeit und Ökologie“ fordern die Autoren explizit einen arbeitspolitischen Paradigmenwechsel von Normalarbeit zu flexibler Mischarbeit ein und skizzieren auf Basis des Konzeptes der Mischarbeit Strategieelemente und darauf bezogene Umsetzungsvorschläge eines „ökologisch-sozialen Strukturwandels“. Dies betrifft im Einzelnen (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 555-559; HBS 2000: 42):

- das Strategiebündel „Soziale Arbeitszeitmuster“, das auf die „Vereinbarkeit zwischen den verschiedenen Arbeitsformen, Familie und Freizeit“ zielt,³⁴²
- die Strategie der „Absicherung optionaler Mischarbeit“, die jeden Einzelnen befähigen will, „sich durch eigene Arbeit zu versorgen, unabhängiger vom Arbeitsmarkt zu werden und stärker individuellen Präferenzen und Lernprozessen zu folgen“ (ebenda),³⁴³

³⁴¹ Brandl und Hildebrandt nennen im Einzelnen die Erhöhung der „sozialen Gerechtigkeit“ durch Umverteilung der Erwerbsarbeit und der anderen Arbeitsformen; die Erhöhung der „sozialen Sicherheit des Einzelnen“ durch Integration in soziale Gemeinschaften und Gesundheitsoptimierung via Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Belastungswechsel; der Schutz „sozialer Gemeinschaften“ durch die Aufwertung von Gemeinschaftsarbeiten; die „Gestaltung der Erwerbsarbeit durch Hereinnahme zusätzlicher Gestaltungsprinzipien wie Fürsorge ... und ökologische Verträglichkeit“ (vgl. a. a. O.).

³⁴² Diese soll über eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit Beschäftigungsklausel, die rechtliche Gewährleistung individueller Zeitoptionen in den verschiedenen Arbeitsformen, die Begrenzung der betrieblichen Flexibilisierung von Arbeitszeiten durch gesellschaftliche Zeitvereinbarungen und die Begrenzung der Arbeitsintensivierung durch einen Beschäftigungsausgleich bei Arbeitszeitverkürzung und die Integration von Fortbildungs-, Beteiligungs- und Gesundheitsbausteinen in der Arbeitszeit unterstützt werden.

³⁴³ Zur Zielerreichung vorgeschlagen wurde die Erhöhung individueller Wahlmöglichkeiten und die Entwicklung einer unterstützenden Zeitpolitik, die zeitliche und finanzielle Gewährleistung von arbeitsbezogener, präventiver Weiterbildung, die Bereitstellung von Übergangshilfen und der Aufbau von Übergangsmärkten, eine Aufwertung von Nichterwerbstätigkeiten (über die Sozialversicherungs- und Steuersysteme) sowie eine Anpassung des sozialen Sicherungssystems an veränderte Erwerbsbiografien und ihre Öffnung für Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit.

- das Strategiebündel „Geschlechterdemokratische Zugangschancen“, das nur durch eine Umverteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ermöglicht werden könne³⁴⁴ und
- das Strategiebündel „Stärkung gemeinschaftlicher Selbstversorgung“, das auf die Aktivierung zur Selbsthilfe und auf eine größere Unabhängigkeit von Erwerbseinkommen und Transferzahlungen ziele.³⁴⁵

Für das Konzept spricht, dass es sich keineswegs um ein Konzept speziell für Ausgegrenzte, Arbeitslose oder Frauen handelt. Es will im Sinne der ‚Optionalität‘ von Mischarbeit ein Konzept für alle Beschäftigengruppen und Erwerbsfähigen sein. Es sucht nicht nur, so wie es im Wesentlichen beim Konzept der ‚Work-Life-Balance‘ der Fall ist, nach betrieblichen Lösungen, sondern auch nach gesamtgesellschaftlichen Lösungen. Zudem setzt es an der postfordistischen Erosion und Diskontinuität von ‚Normalarbeit‘ (ungleich ‚Entgrenzung von Arbeit‘) an, die für weibliche Erwerbsverläufe mit Teilzeitphasen und Unterbrechungen der Erwerbsarbeit bereits im Fordismus typisch war, ist also auf der Höhe der Entwicklung von Arbeitsverhältnissen und Erwerbsarbeitsbiografien (was nicht zugleich für die konkreten Arbeitsbedingungen gilt), will die auch für Männer zugenommene Diskontinuität und Ausdifferenzierung von Erwerbsarbeitsverhältnissen produktiv nutzen und in Hinblick auf eine selbstbestimmte Teilhabe an bezahlter und unbezahlter Arbeit gestalten.

Damit verbunden sind zwei auch aus feministischer Perspektive postulierte Optionen der Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern: Erstens die Umverteilung von bezahlter Arbeit, zweitens die von unbezahlter Versorgungsarbeit. Zumindest hinsichtlich der postulierten Umverteilung von (bezahlten) Arbeitszeiten auch zwischen den Geschlechtern (‚Duale Arbeit‘) ist das Konzept der Mischarbeit kompatibel mit den Erwerbsarbeitszeitwünschen der Beschäftigten, unter denen im Durchschnitt gerade die zumeist weiblichen Teilzeitbeschäftigten tendenziell länger und Vollzeitbeschäftigte kürzer

³⁴⁴ Strategieelemente seien die betriebliche Anerkennung von Versorgungstätigkeiten (u. a. Abbau von Diskriminierung bezüglich ‚Karriereknick‘, Freistellungsregelungen), die Regelung der Abstimmung flexibler Erwerbsarbeitszeiten mit Reproduktionsarbeitszeiten für beide Geschlechter in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen (familiengerechte Arbeitszeiten, Teilerziehungsurlaub), die Ausweitung des Angebots für Pflege und Betreuung sowie eine Entkopplung von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit.

³⁴⁵ Diese solle u. a. durch den Zugang zu entsprechenden Qualifikationen und durch die Verfügbarkeit einer unterstützenden Infrastruktur für Selbsthilfeinitiativen und öffentliche Eigenarbeit unterstützt werden.

arbeiten wollen.³⁴⁶ Keineswegs verlangt das Konzept starre Arbeitszeitgrenzen, wie etwa eine für alle verbindliche 30-Stunden-Woche, sondern beinhaltet als „flexible Mischarbeit“ eine Lebenslaufperspektive, in der selbstgewählte Unterbrechungen oder Reduktionen individueller Erwerbsarbeiten ermöglicht werden sollen. Cordula Drautz etwa hat betont: „Schlüsselbegriff eines nachhaltigen Arbeitsbegriffs ist Autonomie. Mit Autonomie bezeichnet man den Zustand der Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Selbstständigkeit. Die Selbstverwaltung oder Entscheidungsfreiheit des Individuums steht dabei im Vordergrund“ (Drautz 2011: 43). Andererseits lässt sich einwenden, dass zwar die Notwendigkeit der Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern anerkannt wird, allerdings nicht wie im Leitbild der ‚Kurzen Vollzeit für alle‘ darauf abgehoben wird, dass speziell männliche Erwerbstätige ihre Erwerbsarbeitszeiten deutlich reduzieren müssten und hier auch Maßnahmen zu ergreifen sind, um eine nennenswerte Umverteilung zwischen den Geschlechtern tatsächlich zu ermöglichen.

Wie das Konzept der ‚Work-Life-Balance‘ setzt das Konzept der Mischarbeit auf die produktive Kombinierbarkeit von Privatleben und Beruf, geht aber wesentlich darüber hinaus, weil mit der Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf unbezahlte Gemeinwesenarbeit und Eigenarbeit diesen Tätigkeiten eine eigenständige Bedeutung zugesprochen wird. Auch hier werden Bezüge auf Probleme der Transformation von Arbeit und zu einem alternativen Wohlstandskonzept expliziert.³⁴⁷ Vergesellschaftungschancen und Inklusionserfahrungen, damit auch Bildungs-, Solidarisierungs- und Demokratiepotentiale jenseits der Erwerbsarbeit, die potentiell auf den Reproduktionszusammenhang von Erwerbs- und Versorgungsarbeit zurückwirken können, werden damit antizipiert.

Insgesamt wäre das Konzept der Mischarbeit für eine Öffnung der betriebspolitischen Begrenzung von Arbeitspolitik zumindest konzeptuell durchaus geeignet, weil es für eine

³⁴⁶ Zu den Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten siehe Wanger/Weber (2014) und Tabelle 1 im Anhang.

³⁴⁷ Explizit wird zum einen hervorgehoben, dass sich Lebensqualität auch an Kriterien wie „Zeitautonomie bzw. Zeitsouveränität, Verlässlichkeit und Planbarkeit, an dem Grad der Gestaltungsfreiräume in den Arbeitsformen, an der Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf und Gesundheitserhalt“ orientiere müsse. Zum anderen wird betont, dass immaterielle Bedürfnisse nach gesellschaftlicher Teilhabe, Gestaltung, Integration, Lernprozessen und Sinnstiftung in ‚informeller Arbeit‘ als wichtige Aspekte von Lebensqualität angetroffen werden könnten. Zugleich wird gewarnt, dass die Ableistung von Arbeiten im informellen Bereich, die auf die eigene Erwerbstätigkeit bezogen sind (z. B. Qualifizierungsmaßnahmen), gravierende Folgen für die eigene Lebensqualität haben könne (Zeit- und Koordinierungsstress der Mischarbeit etc.) (vgl. Arbeit und Ökologie 2000: 240).

Neuorganisation der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit insgesamt steht und hinsichtlich der genannten Umsetzungsstrategien unterschiedliche Politikfelder verknüpft. Allerdings bedeutet das Konzept eine radikale Neuorientierung gegenüber der traditionellen gewerkschaftlichen Arbeitspolitik, provoziert also grundlegende Einwände und wurde – nach der Fertigstellung und Präsentation der Nachhaltigkeitsstudie *Arbeit und Ökologie*“ (HBS 2000) – trotz des Versuchs einer Verankerung in Gewerkschaftsdebatten in diesen kaum aufgegriffen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich folgende Defizite des dargestellten Konzeptes der Mischarbeit benennen, die einer Erweiterung des gewerkschaftspolitischen Leitbildes ‘Gute Arbeit’ mit dem Konzept der Mischarbeit im Wege stehen und Ausgangspunkte für weitergehende Überlegungen (im nachfolgenden Abschnitt 6.4.2) bilden:

- (1) Die geringen Bezugnahmen auf betriebliche Arbeitsbedingungen (etwa hinsichtlich der Entgrenzung von betrieblichen Leistungsanforderungen und der Zunahme prekärer Erwerbsarbeit) und Perspektiven ‘Guter Arbeit’ (etwa hinsichtlich Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheitserhalt), jenseits des Verweises auf die ‘Erosion von Normalarbeitsverhältnissen und Normalarbeitsbiographien’, verringern Anknüpfungsmöglichkeiten zu Gewerkschaftsdebatten.
- (2) Die geforderte Erweiterung des Arbeitsbegriffs enthält Unschärfen der Verhältnisbestimmung und der Perspektivenzuweisung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.
- (3) Das Mischarbeitskonzept enthält konzeptionelle Auslassungen, wie insbesondere die Finanzierungsfrage, also die Frage, wie Mischarbeit bzw. ein gegenüber Vollzeitarbeit reduziertes Erwerbsarbeitsvolumen zu Gunsten anderer Tätigkeitsfelder finanziell ermöglicht werden könnte.
- (4) Auch lässt sich einwenden, dass Mischarbeit für Unternehmen und individuell aus Arbeitnehmersicht kaum attraktiv wäre, weil Teilzeiterwerbsarbeit und diskontinuierliche Erwerbsarbeit betriebliche Investitionen in das ‘Humankapital’ ausbremsen und insofern als Qualifikationshemmnis und Karrierebremse fungieren würde. Mischarbeit würde letztlich bestehende Segmentierungen auf dem Arbeitsmarkt (zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten hinsichtlich Qualifikationen und Geschlecht) verstärken und nicht relativieren.

- (5) Ganz grundlegend werden potentielle Widerstände, Interessendifferenzen und Akteursfragen nicht ausreichend behandelt, insbesondere die Frage, warum sich Gewerkschaften für das Konzept der Mischarbeit und eine radikale Arbeitsumverteilung begeistern sollten.

6.4.2 Perspektiven und Strategieelemente einer nachhaltigen Arbeitspolitik: 'Gute Arbeit', 'Kurze Vollzeit für alle' und 'Optionalität von Mischarbeit' als gemeinsame Herausforderungen

Die Diskussion der dargestellten Leitbilder zur Gestaltung von Arbeit hat Schwächen und Stärken der jeweiligen Leitbilder aufgezeigt. Keines der Leitbilder erscheint für sich genommen als umfassendes Leitbild einer nachhaltigen Arbeitspolitik geeignet, gegenüber den Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs und den Problemen der postfordistischen Wohlstandsproduktion, wie der Prekarisierung von Arbeit, Orientierung zu vermitteln. Dennoch - so die hier vertretene These - bieten das gewerkschaftspolitische Konzept 'Gute Arbeit', aus der feministischen Debatte das arbeitszeitpolitische Leitbild 'Kurze Vollzeit für alle' und aus der Nachhaltigkeitsdebatte das 'Konzept der Mischarbeit' in ihrer Kombination wesentliche arbeitspolitische Neuorientierungen für eine nachhaltige Arbeitspolitik.

Vor dem Hintergrund der bereits skizzierten Stärken und Schwächen der drei Konzepte wird im Folgenden diskutiert, über welche *verbindenden politischen Strategien die Konzepte verknüpft und zugleich erweitert werden müssten*, um im Verbund *'Kernpunkte eines Gesamtkonzeptes nachhaltiger Arbeitspolitik'* abbilden zu können.³⁴⁸

1) Erweiterung des Arbeitsbegriffs: Trennung in Perspektiven bezahlter und unbezahlter Arbeit ist fundamental

³⁴⁸ Ein abgerundetes Konzept kann an dieser Stelle nicht vorgelegt werden. Dazu wäre in einer öffentlichen Diskussion aller Betroffenen das Für und Wieder abzuwiegen. Im Folgenden werden demgegenüber eher Kernpunkte und Strategieelemente einer nachhaltigen Arbeitspolitik aus Sicht des Verfassers (T.B.) zur Diskussion gestellt. Sich daraus ergebende gewerkschaftsstrategische Implikationen und Akteurszenarien werden abschließend in Abschnitt 6.5 skizziert.

Eine Erweiterung der gewerkschaftspolitischen Debatte um 'Gute Arbeit' mit dem Konzept der Mischarbeit erscheint zunächst problematisch, weil jeweils unterschiedliche Arbeitsbegriffe verwendet werden. Im Leitbild 'Gute Arbeit' wird unter Arbeit primär bezahlte Erwerbsarbeit gefasst. Im Konzept der Mischarbeit werden auch unbezahlte Tätigkeiten als Arbeit bezeichnet und diesen - mit dem Hinweis auf sich über Mischarbeit ergebende „Mischeinkommen“ - zugleich eine Bedeutung für die materielle Existenzsicherung zugesprochen. Die Trennung in bezahlte und unbezahlte Arbeit wird damit undeutlich, wie auch letztlich die konzeptuelle Differenzierung in eigene Gestaltungsprinzipien der unterschiedenen Arbeitssegmente fraglich ist, worauf insbesondere industriesoziologische Befunde zur 'Entgrenzung von Arbeit und Leben' verweisen.³⁴⁹

Hilfreich erscheint hier die von Hannah Arendt in „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ (1981/1958) vorgenommene Unterscheidung in materiell absicherndes 'Arbeiten' und zivilgesellschaftlich-politisches 'Handeln', im Sinne einer Trennung von 'sozialer Teilhabe' und 'gesellschaftlicher Teilnahme', um zu verhindern, dass alle menschlichen Tätigkeiten auf Arbeit reduziert werden.³⁵⁰ Ohne diese Unterscheidung besteht mit den Worten von Elisabeth Mohr die Gefahr, „den neuzeitlichen Prozeß der Umwandlung alles politischen und ehrenamtlichen Handelns in Dienstleistungsarbeit zu unterstützen. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wäre deshalb soziale Integration *auch* an die *Teilnahme* am lebensweltlich-zivilgesellschaftlichen *Handeln* zu binden, das sich im *unbezahlten* Ehrenamt konkretisiert. ... [Auch] sollte - parallel zur Arbeitserziehung – eine praktisch-politische

³⁴⁹ Auch bezüglich der Debatte um einen Ausbau des 'Dritten Sektors' wurde von Ute Klammer und Christina Klenner (1999) die ungeklärte Verhältnisbestimmung von bezahlter und unbezahlter Arbeit kritisiert und darauf verwiesen, dass es sich nicht um ein substitutives Verhältnis handeln würde, da ehrenamtliches Wachstum in 'Dritten Sektor' Wachstum von Erwerbsarbeit im 'Dritten Sektor' voraussetzt. Für die Autorinnen geht es angesichts der Probleme der Arbeitslosigkeit aus Frauensicht um den „Vorrang für bezahlte Arbeit“ und zugleich um eine „neue Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit“.

³⁵⁰ In „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ differenziert Arendt in insgesamt drei menschliche Grundtätigkeiten: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Darunter „sichert die Arbeit das Am-Leben-bleiben des Individuums und das Weiterleben der Gattung; das Herstellen errichtet eine künstliche Welt, die von der Sterblichkeit der sie Bewohnenden in gewissem Maße unabhängig ist und so ihrem flüchtigen Dasein so etwas wie Bestand und Dauer entgegenhält; das Handeln schließlich, soweit es der Gründung und Erhaltung politischer Gemeinwesen dient, schafft die Bedingungen für eine Kontinuität der Generationen, für Erinnerung und damit für Geschichte“ (a. a. O.: 15). Jeweils eine dieser drei Tätigkeitsformen würden die jeweils anderen in bisherigen Zeitaltern der geschichtlichen Entwicklung überwiegen und deren Gesellschaften als Ganzes prägen: in der Antike das Handeln, im Mittelalter das Herstellen und Arbeit in der Neuzeit. Zu den Differenzierungen der drei Grundtätigkeiten in Arendts Theorie der Arbeitsgesellschaft siehe auch Egloff (2000).

Identitätsbildung in den Blick genommen werden, die nicht nur auf die Erziehung des `bourgeois`, sondern auch auf die (Aus-) Bildung des `citoyen` abhebt und gesellschaftliche Anerkennung unabhängig von Arbeit gewährleistet“ (2001: 5; Hervorhebungen im Original).³⁵¹

Für eine Neuinterpretation des Konzeptes der Mischarbeit bedeutet dieses, dass den sogenannten Arbeitssegmenten der Mischarbeit, `Versorgungsarbeit`, `Gemeinwesenarbeit` und `Eigenarbeit`, keineswegs ein existentieller Beitrag für ein „Mischeinkommen“ zugewiesen werden sollte, damit diese Tätigkeiten, trotz Wechselwirkungen mit der `Erwerbsarbeit`, weitestgehend an eigenen Gestaltungsprinzipien ausgerichtet werden, die anderen Wohlstandszielen folgen (Sinnstiftung, soziale Integration, selbstbestimmte Bildungsprozesse, demokratische Vergemeinschaftung usw.) als Erwerbsarbeit (primär Existenzsicherung). Anders als der Begriff des `Mischeinkommens` machen allerdings der Begriff und die Perspektive der `Mischqualifikation` emanzipatorisch Sinn, wenn alternative Vergemeinschaftungsformen als politische Bildungsprozesse und Lernraum für das Ausprobieren von Wirtschaftsdemokratie, etwa in der `Gemeinwesenökonomie` (z. B. in Genossenschaften), erfahrbar werden und im Sinne einer stattgefundenen Politisierung in die betriebliche Arbeitspolitik zurückwirken.

2) Finanzierung von Mischarbeit: statt Grund- oder Mischeinkommen Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern

Hildebrandt und Brandl verweisen zur Finanzierung von Mischarbeit, die für Vollzeitbeschäftigte eine deutliche Arbeitszeitreduktion bedeuten würde, teils auf die Ermöglichung von Mischeinkommen, teils auf die Einführung eines Grundeinkommens, führen beide Ansätze allerdings nicht weiter aus. Beide Perspektiven erscheinen nicht weiterführend: Ein Mischeinkommen, das in der Lage wäre als solches zur Existenzsicherung beizutragen, würde eine Gestaltung von Gemeinwesen- und Eigenarbeit

³⁵¹ Für Elisabeth Mohr geht es also nicht um einen „Vorrang für bezahlte Arbeit“ (vgl. Klammer/Klenner 1999), sondern um alternative Vergemeinschaftungschancen jenseits der Erwerbsarbeit, wobei Probleme der Existenzsicherung ausgespart bleiben.

erfordern, die den gleichen Gestaltungsprinzipien folgen würde wie Erwerbsarbeit und damit die postulieren besonderen Wohlstandsqualitäten von Gemeinwesen- und Eigenarbeit minimieren. Perspektiven eines Grundeinkommens wurden in dieser Arbeit bereits grundlegend in Frage gestellt (vgl. Abschnitt 2.1.2.3). Abgesehen von ungelösten Finanzierungsfragen, risikobehafteten Verteilungseffekten einer Refinanzierung sowie von Gefahren der Lohnabsenkung (Grundeinkommen als flächendeckendes Kombilohnmodell), würde ein Grundeinkommen der Höhe nach vermutlich auf so niedrigem Niveau ausgestaltet (bzw. erkämpft), dass es keinen Anreiz und keine Kompensationen für individuelle Arbeitszeitreduktionen bieten würde. Von Arbeitsumverteilungseffekten ist also nicht auszugehen. Frauen würden mehrheitlich weiterhin auf prekäre Teilzeitbeschäftigungen und Versorgungsarbeit verwiesen.

Als ein wesentlicher Finanzierungsmodus von Mischarbeit bietet sich letztlich vor allem eine radikale Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern und damit auch von Erwerbseinkommen an, die im Einklang mit den (durchschnittlichen) Arbeitszeitwünschen von Voll- und Teilzeitbeschäftigten darauf zielt, dass Erwerbsarbeitsvolumen von Vollzeitbeschäftigten zu reduzieren und das von mehrheitlich weiblichen Teilzeitbeschäftigten zu erhöhen, womit zumindest im Haushaltskontext tendenziell reduzierte Erwerbseinkommen von Männern durch höhere Einkommen von Frauen ausgeglichen würden. Für viele Frauen würde ein gleichberechtigter Zugang zu Erwerbsarbeit und Berufsperspektiven mit höheren Verdiensten befördert, zum anderen ein Beitrag für eine eigenständigere ökonomische Existenzsicherung und soziale Absicherung (über Erwerbsarbeit) geleistet und damit mehr Engagement in der Gemeinwesen- und Eigenarbeit unterstützt.³⁵² Für viele bisher Vollzeitbeschäftigte ergäben sich zusätzliche zeitliche Spielräume für Versorgungsarbeit und ehrenamtliches Engagement.

Zudem wären verstärkt Infrastrukturleistungen und Projektmittel für Gemeinwesen- und Eigenarbeit (nicht die Entlohnung dieser Tätigkeiten) über Steuereinnahmen zu finanzieren (vgl. DGB 2012; HBS 2000; Klammer/Klenner 1999). Angesichts der analysierten Verteilungseffekte der neoliberalen Steuerpolitik (vgl. Abschnitt 6.2.2.1) sollten Steuergelder

³⁵² Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement besagen, dass dieses von der individuellen Verwurzelung in der Erwerbsarbeit abhängig ist und die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten mit wachsendem Bildungsgrad und steigender beruflicher und sozialer Stellung zunimmt (vgl. Erlinghagen et al. 1997: 18f.).

für besagte Infrastrukturleistungen nicht aus Lohnsteuereinnahmen der unteren und mittleren Einkommensgruppen oder Mehrwertsteuereinnahmen resultieren, sondern aus Kapitaleinkommen sowie Einkommenssteuereinnahmen der Spitzeneinkommen.

3) *‘Kurze Vollzeit für alle’ und ‘Arbeitszeitsouveränität’ als zentrale Ziele einer nachhaltigen Arbeitszeitpolitik: innovative arbeits- und sozialpolitische Gestaltungsinstrumente sind erforderlich*

Als arbeitszeitpolitisches Leitbild der Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern erscheint das Leitbild der ‘kurzen Vollzeit für alle’, d. h. eine 30-Stunden-Woche oder eine entsprechende Jahres- und/oder Lebensarbeitszeit (vgl. Holtrup/Spitzley 2008) geeignet, da es eine Reduktion der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten von Männern und eine Verlängerung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten von Frauen postuliert, aber auch als ein Beitrag zur Reduktion von Arbeitslosigkeit zu begreifen wäre.³⁵³ Eine solche Umverteilungspolitik würde von Vollzeitbeschäftigten aufgrund der Einkommenseinbußen ein hohes Maß an Solidarität verlangen. Hinzu kommt, dass ein Teil der Vollzeitbeschäftigten in der Vollzeitbeschäftigung durchaus Selbstverwirklichung, Sinnstiftung und Freude empfindet und allein deswegen nicht kürzer arbeiten möchte. Auch gilt die Bereitschaft zu langen Arbeitszeiten und Mehrarbeit in der betrieblichen Praxis zumeist als Leistungsnachweis und Karrierevoraussetzung.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung steht zudem dem von Unternehmen beförderten Trend zur Arbeitszeitverlängerung entgegen. Von Unternehmensseite wird das Argument angeführt, dass kürzere Pro-Kopf-Arbeitszeiten mit höheren Kosten bezüglich Personalverwaltung, Qualifizierungsbedarf und ggf. Arbeitsplatzausstattung verbunden sind. Das Gegenargument lautet hier, dass kürzere Arbeitszeiten, solange sie nicht mit

³⁵³ Auch Klaus Dörre schließt im Jahrbuch ‘Gute Arbeit’ 2014 seinen Beitrag ‘Prekarisierung und Gewerkschaften – Gegenstand einer öffentlichen Soziologie’ mit den Worten: „Normal wäre die ‘kurze Vollzeit für alle!’ ... , ein Politikansatz, der für hochqualifizierte Angestellte mit vielen Überstunden, für Schichtarbeiter mit hohen Überstunden oder auch für unterbeschäftigte Frauen im prekären Sektor höchst unterschiedliche Konsequenzen hätte. Ergänzt würde die verkürzte (oder gruppenspezifisch auch verlängerte) Erwerbsarbeitszeit durch eine finanzierte Option zur Arbeit an der Demokratie und dem Gemeinwesen ...“ (2014: 46).

Arbeitsverdichtungen verbunden sind, zu einer Zunahme der Arbeitsmotivation und Leistungsfähigkeit, wie auch zu einer Abnahme von arbeitsbedingten Fehlzeiten je Arbeitsstunde führen.

Eine Politik der Arbeitsumverteilung, die auch aufgrund der seit der Jahrtausendwende zunehmenden Polarisierung von Erwerbsarbeitszeiten zwischen Männer und Frauen (vgl. Kümmerling et al. 2008) von aktueller Bedeutung wäre, würde keinesfalls automatisch zu mehr 'freier Zeit' für die unterschiedenen Tätigkeiten der Mischarbeit führen, worauf die industriesoziologische Debatte zur 'Entgrenzung von Arbeit und Leben' (vgl. Kratzer 2003; Minnsen 1999; Voß 2007b) und die Krise der Reproduktionsarbeit (vgl. Spitzner 1998) verweisen.³⁵⁴ Daher wäre eine Politik der Arbeitsumverteilung auch mit einer Arbeitszeitpolitik zu verbinden, die auf die Ermöglichung von mehr Zeitsouveränität zielt. Arbeitszeitsouveränität ist nicht nur auf den Alltag, sondern auch auf den Lebenslauf zu beziehen, denn empirisch zeigt sich neben der Entgrenzung von betrieblichen Arbeitszeitbedingungen auch die Erosion von zuvor planbaren Normalerwerbsläufen. Ausschlaggebend sind wie gezeigt veränderte Unternehmensstrategien (verschärfte Zeitvorgaben in der Produktion sowie ganzheitlicher Zugriff auf das Arbeitsvermögen/Subjektivierung) und Deregulierungen der Arbeitsmarktpolitik (Förderung von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung). Eine Arbeitszeitpolitik, die sowohl die Umverteilung von Erwerbsarbeitszeiten als auch Zeitsouveränität befördern will, benötigt somit betriebliche und überbetriebliche Strategien und Instrumente. Weiterführend ist zudem die These von André Gorz (2000), insbesondere diskontinuierlich Teilzeitarbeitsbeschäftigte in den Mittelpunkt von Arbeitszeitpolitik zu stellen, da damit sowohl das Leitbild der 'kurzen Vollzeit für alle' als auch die konkreten Arbeitsbedingungen der weniger privilegierten Beschäftigten und die 'Prekarisierung von Arbeit' deutlicher fokussiert würden.

Folgende Thesen zu Gestaltungsinstrumenten einer derartigen Arbeitszeitpolitik lassen sich in Kürze benennen (vgl. u. a. Arbeit und Ökologie 2000; HBS 2000; Holtrup/Spizley 2008; Klammer/Klenner 1999; Mückenberger 2007):

³⁵⁴ Auf die Interpretation 'freier Zeit' von Karl Marx wird abschließend eingegangen werden.

- (1) Vorrang bei Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit hat immer eine materiell und sozial abgesicherte generelle Arbeitszeitverkürzung, da hier das größte frauen- und beschäftigungspolitische Potential zu erwarten ist (vgl. Auth 1998). Ein einfaches arbeitszeitpolitisches Instrument der Durchsetzung einer generellen Arbeitszeitverkürzung sind allgemein verbindliche Arbeitszeitgrenzen, die im Arbeitszeitgesetz herabgesenkt werden könnten.³⁵⁵ Zum Beispiel wurde in Frankreich die 35-Stunden-Woche per Gesetz verabschiedet. Daneben förderlich und en vogue sind Überlegungen zu selbstbestimmten zeitlich begrenzten Reduktionsmöglichkeiten der Erwerbsarbeitszeit (wie etwa Freistellungen), die in zeitlicher und teils finanzieller Hinsicht einen Beitrag zur Förderung von Mischarbeit leisten können. Diesbezüglich ist auch auf das seit dem Jahr 2001 geltende Teilzeitgesetz mit individuellem Rechtsanspruch auf Arbeitszeitverkürzung zu verweisen. Dieses wäre allerdings mit einem Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit zu reformieren, um seine Inanspruchnahme auszuweiten (vgl. Kocher et al. 2013).
- (2) Das größte Realisierungsproblem der Verkürzung durchschnittlicher Arbeitszeiten aus Beschäftigtensicht sind Einkommenseinbußen und Probleme der sozialen Sicherung, insbesondere gegenüber der Alterssicherung. Hinsichtlich der sozialen Sicherung ist in frauenpolitischen Debatten Konsens, dass die Fixierung auf Normalarbeit mit Orientierung am männlichen Familienernährermodell im Steuer- und Sozialrecht tiefe Spuren hinterlassen hat (u. a. Ehegattensplitting, Witwenrenten) und zu modernisieren ist. Notwendig ist es hier, zumindest eine eigenständige soziale Absicherung durch Mindestsicherungselemente in den Sozialversicherungen zu gewährleisten. Bezüglich zu erwartender Einkommenseinbußen haben Holtrup und Spitzley (2008) ökonomische Anreize für Unternehmen und Beschäftigte vorgeschlagen, die zur Umverteilung beitragen könnten, nämlich sogenannte Bonus-/Malus-Systeme: „Kürzere Arbeitszeiten werden finanziell gestützt, indem sie ganz oder teilweise von Einkommenssteuern und/oder Sozialabgaben freigestellt werden (Bonus). Auf der

³⁵⁵ Laut § 3, Absatz 1 des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) von 1967 gilt: „Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden“. Jenseits genereller gesetzlicher Regelungen bestehen natürlich über Branchentarifverträge Möglichkeiten der Setzung von Arbeitszeitgrenzen.

anderen Seite werden Einkünfte, die in nicht verallgemeinerungsfähigen langen Arbeitszeiten erzielt werden, entsprechend stärker belastet (Malus)“ (a. a. O.: 126). Die Erfahrungen mit den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (insbesondere mit dem sogenannten ‘Sprungstellenproblem’ beim Übergang in die Gleitzone, vgl. Brandt 2005, 2006) lehrt aber, dass die Förderung zu kurzer Arbeitszeiten kontraproduktiv wäre, mithin Bonus-Systeme für Arbeitszeiten unterhalb der erwünschten neuen Normalarbeitszeit problematisch sind. Malus-Systeme bei überdurchschnittlichen Arbeitszeiten, sofern sie nicht mit Niedriglöhnen verbunden sind, erscheinen allerdings zumutbar. Speziell für Niedrigeinkommensempfänger sind finanzielle Ausgleichszahlungen in Kombination mit der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes notwendig.

- (3) Das die Zustimmung zu Arbeitszeitverkürzungen in finanzieller Hinsicht ganz zentral von einer begleitenden Sozial-, Einkommens- und Tarifpolitik abhängig ist, zeigt sich auch hinsichtlich der Förderung von Wahlarbeitszeiten über Freistellungsregelungen: Über bereits realisierte Rechte zur Elternzeit, zum Bildungsurlaub, zur Altenbetreuung oder für politische Ämter hinaus, könnten über ‘Ziehungsrechte’ ohne Zweckbindung oder mit Zweckbindung, z. B. für Bildung oder Ehrenamt, Rechte auf kürzere Arbeitszeiten ausgebaut werden (vgl. Mückenberger 2007). Förderlich ist es hier, Ziehungsrechte auch über Einkommenstransfer zu ermöglichen, wie sie in der Praxis teilweise auch über Altersteilzeitregelungen, Sabbaticals und Zeitkonten für außerbetriebliche Belange ermöglicht werden. Ein diesbezüglicher Regelungsmodus der Ermöglichung von Mischarbeit in der Kombination mit Einkommenstransfers sind neben gesetzlichen Regelungen Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, etwa zur Alterszeitzeit. Auch existieren Tarifverträge zur Beschäftigungsförderung, nach denen Beschäftigte, die freiwillig ihre Arbeitszeit absenken, einen Teillohnausgleich aus

einem Tariffonds erhalten, wenn die frei gewordene Arbeitszeit für Neueinstellungen genutzt wird (vgl. Reinecke/Mehlis 2001).³⁵⁶

- (4) Eine Arbeitsumverteilungspolitik, die zugleich die Arbeitszeitsouveränität stärken will, müsste auch für die Gefahr von Arbeitsverdichtungen gewappnet sein. Um auszuschließen, dass das gleiche Leistungsvolumen in kürzerer Zeit erledigt werden soll oder unbezahlte Mehrarbeit geleistet wird, ist an Maßnahmen zum Beschäftigungsausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen zu denken (vgl. Arbeit und Ökologie 2000). Notwendig erscheint diesbezüglich u. a. eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, um die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten im Hinblick auf Personal- und Stellenpläne zu erweitern.³⁵⁷
- (5) Die betriebliche Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist zudem - jenseits der Regelungen durch Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und Beteiligungsrechte der Betriebsräte - durch gesellschaftliche Zeitvereinbarungen zu begrenzen (u. a. freie Sonntage, Begrenzung der Ausweitung von Geschäftsöffnungszeiten).
- (6) Nicht zuletzt bezüglich der zugenommenen Diskontinuität von Beschäftigungsverhältnissen im Erwerbsverlauf und der Zunahme prekärer Beschäftigungen sind arbeitsmarktpolitische Deregulierungen zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und zum Einsatz von Leih- und Werkvertragsarbeit zu regulieren. Speziell für die Leiharbeit kann Frankreich als Vorbild dienen: Anders als in Deutschland gilt unabhängig von Tarifverträgen und der Dauer des Einsatzes im Entleihbetrieb für Leiharbeiter und Festangestellte von Anfang an der gleiche Lohn (Equal Pay). Zudem erhält der Leiharbeiter bei Ausscheiden aus dem Entleihbetrieb eine Prekaritätsprämie und der Arbeitgeber muss Zahlungen in einen

³⁵⁶ Der deutsche Arbeitssoziologe Klaus Dörre hat in dem Buch „Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften“ (Schröder/Urban 2009) aus der Perspektive der ‚Prekarisierung‘ verschiedene Anregungen für eine Neujustierung der Arbeitspolitik unterbreitet und hierbei auch auf die französische Diskussion um einen ‚Aktivitätsstatus‘ verwiesen, die in Grunde dem Leitbild der Mischarbeit ähnlich ist: Angesichts des Problems, dass die ‚Aufwärtsmobilität‘, die aus der Ausgrenzung oder aus der ‚Zone der Prekarität‘ hinausführt, im internationalen Vergleich besonders gering ist“, würden „Maßnahmen benötigt, die darauf zielen, die Übergänge zwischen den Zonen möglichst offen zu halten. Einen wichtigen Ansatzpunkt könnte hier die französische Debatte um die Schaffung eines gesellschaftlichen Aktivitätsstatus bieten. Damit ist gemeint, dass jede Person, die eine gewisse Zeitlang in irgend einer Form erwerbstätig war, einen Status in Anspruch nehmen kann, der eine wirkliche Wahl zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeitsformen ermöglicht“ (a. a. O.: 192).

³⁵⁷ Zur betrieblichen Mitbestimmung siehe insbesondere Keller (2008) und Demirovic (2007).

Fonds für Weiterbildung entrichten, über den für Leiharbeiter Fortbildungen finanziert werden (vgl. Unger 2013).

4) Mischarbeit verlangt Qualifizierungsmaßnahmen und befördert Bildungsprozesse

Eine Umverteilung der individuellen Arbeitsvolumen müsste mit langfristigen Aus- und Weiterbildungsstrategien verbunden werden, da nicht jede und jeder für jede Tätigkeit qualifiziert ist. Zugleich könnten neue Motivationen geweckt werden, da sich (insbesondere für Frauen) neue Chancen zu bisher verschlossenen Erwerbsarbeitsbereichen ergeben könnten (vgl. Holtrup/Spitzley 2008). Auch der Gefahr, dass sich bei selbstgewählten individuellen Arbeitszeitverkürzungen berufliche Nachteile ergeben, wäre durch verstärkte betriebliche und öffentliche Weiterbildungsmaßnahmen zu begegnen (vgl. Auth 1998).

Gegenwärtig sind gegenüber diesen Vorschlägen in Branchen mit hohem Teilzeitanteil, wie dem Einzelhandel, Teilzeitarbeitsverhältnisse, insbesondere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, zumeist mit Qualifikationsfallen verbunden, da kein ausreichender betrieblicher Zugang zu Weiterbildungen angeboten wird und auch kaum Aufstiegsperspektiven vorhanden sind. Vielmehr basiert die betriebliche Arbeitsorganisation darauf, dass wenige Vollzeitbeschäftigte für Teilzeitbeschäftigte als betriebliche Anker fungieren. Eine Arbeitsumverteilungspolitik könnte hier Unternehmen in die Pflicht nehmen, sich zum Beispiel je nach Anzahl der Teilzeit- und prekär Beschäftigten (insbesondere geringfügig Beschäftigte, Leih- und Werkvertragsarbeiter) an der Finanzierung von Qualifizierungsfonds zu beteiligen, um für diese Personengruppen besondere Qualifizierungsangebote zu ermöglichen und zugleich diese Beschäftigungsformen und entsprechende Personaleinsatzkonzepte zu begrenzen, wie dies bereits in Frankreich bei der Leiharbeiter Praxis ist (vgl. Unger 2013).

Jenseits 'berufbezogener Qualifizierungsmaßnahmen' ist das Leitbild der Mischarbeit auch geeignet, in einem ganzheitlichen und auch politischen Sinn 'Bildungsprozesse' anzustoßen, da Differenzenerfahrungen in den jeweiligen 'Arbeitssegmenten', z. B. hinsichtlich der 'Gestaltungsprinzipien' der Gemeinwesenarbeit im Gegensatz zu denen der 'Erwerbsarbeit',

zur Reflexion und neuen (auch solidarischen) Handlungspraxen und mehr Mitbestimmungsengagement anregen können.

5) *Arbeitsbedingungen: 'Gute Arbeit' und 'Mischarbeit' als Doppelstrategie gegen die Prekarisierung von Arbeit*

Die Kritik am gewerkschaftlichen Konzept 'Gute Arbeit' besagte, dass Teilzeitarbeit, die Interessenvertretung prekär Beschäftigter (auch hinsichtlich Einkommensbedingungen) und Wechselwirkungen mit dem Reproduktionsbereich, somit auch die Umverteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern, deutlicher in den Blick zu nehmen sind, um der betriebspolitischen Verengung der Arbeitspolitikdebatte zu begegnen (vgl. Kapitel 5.1). Gerade hinsichtlich dieser Kritikpunkte kann das Leitbild der Mischarbeit hilfreich sein, auch wenn es kaum explizit auf konkrete Arbeitsbedingungen Bezug nimmt. Weiterführend ist, das gewerkschaftliche Leitbild 'Gute Arbeit' und das Konzept der 'Mischarbeit' als sich *ergänzende Konzepte einer nachhaltigen Arbeitspolitik* zu interpretieren, die gemeinsam einen Beitrag gegen die *Prekarisierung von Arbeit* leisten können. Dies lässt sich beispielhaft an drei Politikfeldern veranschaulichen, in denen gemeinsame, grundlegende Herausforderungen der beiden Leitbilder besonders deutlich sind, nämlich erstens in der Arbeitszeitpolitik und der Gesundheitsvorsorge, zweitens in der Einkommenspolitik und drittens mit Bezug auf Fragen der Demokratisierung von Arbeit:

- (1) Zwar erscheint das mit dem Konzept der Mischarbeit zu verbindende arbeitszeitpolitische Leitbild der 'Kurzen Vollzeit für alle' aus betrieblicher Perspektive als völlig unrealistisches Vorhaben, da die arbeitszeitpolitische Praxis von Betriebsräten und Gewerkschaften eher mit der Abwehr von Arbeitszeitverdichtungen und Arbeitszeitverlängerungen beschäftigt ist. Die Gute-Arbeit-Initiative der IG-Metall fokussierte als wesentliche betriebliche Handlungsprobleme erstens Probleme der Entgrenzung von Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen im Gefolge neuer Leistungs- und Personalkonzepte, zweitens eine alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung in der betrieblichen Arbeitspolitik und drittens prekäre Beschäftigung als Gesundheitsrisiko (vgl. Pickhaus/Urban 2009). Angesichts dieser

Probleme lässt sich aber auch argumentieren, dass gerade kürzere Arbeitszeiten ein wesentlicher, kompensierender Beitrag für das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) und den demografischen Wandel sind und dies nicht ausschließt, zugleich die Entgrenzung von Leistungsbedingungen, Probleme der Arbeitgestaltung, insbesondere auch von prekär Beschäftigten, direkt anzugehen. Tatsächlich führt Mischarbeit zu Belastungswechseln und zu einer „Mischbelastung“ (vgl. Hildebrandt 2003), die zwar auch mit Zeitstress verbunden sein kann, der Gesundheit aber eher zuträglich ist als andauernde einseitige Arbeitsbelastungen.

- (2) Wie skizziert, würden Arbeitszeitverkürzungen speziell bei Niedriglohnempfängern zunächst Ausgleichszahlungen erfordern. Damit diese nicht (wie die Arbeitnehmerabgabefreiheit bei den geringfügig Beschäftigten) als Argument zur weiteren Lohnabsenkung durch die Arbeitgeber genutzt werden können, ist die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes ein erster Schritt, der ebenfalls ein Mindestgebot 'Guter Arbeit' ist. Tarif- und lohnpolitisch über die Mindestlohndebatte hinausgehend sind vor allem Reformvorschläge zur Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) ganzer Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz (TVG) oder nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) (vgl. Schulten/Bispinck 2013). Angesichts der Erosion des Tarifvertragssystems und der nachgelassenen Tarifbindung könnten mit einer Erleichterung und Reform der AVE nach dem TVG und AEntG die Einkommensbedingungen auch über Lohngruppen hinweg verbessert werden, womit sich weitreichender die Bereitschaft zu Arbeitszeitverkürzungen erhöhen ließe.
- (3) Die Prekarisierung von Arbeit ist nicht nur mit verschlechterten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen verbunden. Prekäre Arbeitsverhältnisse zeichnen sich auch durch nicht ausreichende oder fehlende betriebliche Interessenvertretungsstrukturen aus (z. B. in Werkvertragsarbeit). Ein gewerkschaftspolitischer Ansatzpunkt ist die Förderung der Selbstorganisation unorganisierter Beschäftigtengruppen im Zuge eines aktiven Organizing. Insbesondere US-amerikanische Gewerkschaften erzielten hier Erfolge, deren Voraussetzungen lokale Bündnisse mit sozialen Bewegungen, Kirchen

und Selbsthilfeorganisationen waren.³⁵⁸ Auch hier zeigen sich Zusammenhänge von ‚Guter Arbeit‘ und ‚Mischarbeit‘, da Mischarbeit eben auch auf die Stärkung von Gemeinwesenstrukturen und deren Normen zielt, die das Organizing (über Solidarisierungen und Mobilisierung von Öffentlichkeit und politischen Druck) unterstützen können. Insofern könnten auch aktuelle gewerkschaftsstrategische Fragen der „Demokratisierung von Arbeit im Finanzmarktkapitalismus“ (Pickhaus/Urban 2009), über die Ebenen der formalen und realen ‚betrieblichen Mitbestimmung‘ hinaus (vgl. Demirovic 2007, 2008), mit Blick auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf Konzepte einer ‚Pluralen Ökonomie‘ (vgl. Biesecker 2000; Hildebrandt 2003; Lippe 2012) oder ‚Gemeinwesenökonomie‘ (vgl. Elsen 1998, 2004; Schaarschuch 2004; Trube 2002) bezogen werden. Vielleicht können hier auch historische Vorbilder motivierend sein. So hat der französische Historiker Georges Duby am Beispiel der Ketzereibewegung im 11. Jahrhundert gezeigt, dass revolutionäre Vorstellungen der Gestaltung und Demokratisierung von Arbeit bereits (wenn auch kurzzeitig) gelebt wurden: „Die Ketzerei vertrat die Gleichheit, die totale Gleichheit“ (1981: 198). Dies bedeutete: „Indem sie die Frauen uneingeschränkt in ihre Gemeinschaft aufnahmen, hoben sie die ursprüngliche im gesellschaftlichem Raum errichtete Schranke auf. ... Und schließlich arbeitete innerhalb der Sekte jeder mit seinen eigenen Händen, niemand erwartete von einem anderen ernährt zu werden, niemand plagte sich im Dienst eines Herrn: die Trennungslinie zwischen den Arbeitern und den anderen, den Grundherren, Schutzherren, Inhabern der Strafgewalt, wurde ausgelöscht“ (a. a. O: 197f.).

³⁵⁸ Zum Thema Organizing aus international vergleichender Perspektive und Ansätzen in Deutschland siehe den Sammelband von Bremme/Fürniß/Meinicke (2007).

6.5 Akteursszenarien und gewerkschaftsstrategische Implikationen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

Emanzipatorische Umbaupläne und Zukunftsentwürfe greifen zu kurz, wenn nicht der für ihre Umsetzung notwendige kulturelle Wandel und politische Szenarien mitgedacht werden. Insofern geht es abschließend um die Fragestellung (vgl. Leitfrage 4, Kapitel 6.1):

- (1) Welche gewerkschaftsstrategischen Reorientierungen und Implikationen sind mit den formulierten Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik zu verbinden, und
- (2) welche gesellschaftspolitischen Akteursszenarien und Bedingungen sind überhaupt denkbar, die ein entsprechendes Umsteuern befördern könnten?

6.5.1 Erforderliche gewerkschaftsstrategische Reorientierungen einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik

Die dargestellten Perspektiven einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik setzen gegenüber den aktuellen Realitäten (bzw. Wirklichkeitskonstruktionen) und Handlungszielen von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten grundlegende Umorientierungen und Perspektivenwechsel voraus:

Allein die in industriesoziologischen und gewerkschaftsstrategischen Debatten angemahnten Reorientierungen erscheinen anspruchsvoll. Insbesondere der Soziologe Klaus Dörre insistiert auf eine deutlichere Interessenwahrnehmung der Belange prekär Beschäftigter (statt den Fokus weiterhin auf die Belange der Stammebelegschaften in `Normalarbeitsverhältnissen` zu richten) und schlägt diesbezüglich folgende arbeitspolitische Neuorientierungen vor: die Verankerung sozialer Mindeststandards (z. B. gesetzlicher Mindestlohn), die Förderung der „Selbstorganisation“ vermeintlich unorganisierbarer Gruppen³⁵⁹, eine

³⁵⁹ Die Voraussetzung um das Aktivitätspotential der Prekarisierten auszuschöpfen seien, laut Organizing-Erfolgen einiger europäischer und US-amerikanischer Gewerkschaften, passgenaue Dienstleistungen und lokale Bündnisse mit sozialen Bewegungen, Kirchen und Selbsthilfeorganisationen.

„Antidiskriminierungspolitik“³⁶⁰, die Schaffung eines „gesellschaftlichen Aktivitätsstatus“³⁶¹ und eine „offensive Beteiligungspolitik“ der Beschäftigten³⁶² (vgl. 2007, 2009). Auch der Industriesoziologe Dieter Sauer setzt auf ein „Ende der Stellvertreterpolitik“ und zudem auf eine „Radikalisierung“ von Betriebsräten und Gewerkschaften, welche die bisher sozialpartnerschaftliche Orientierung relativieren würde: „Hatte die Interessenvertretung früher die Aufgabe, stellvertretend für die Beschäftigten Normen und Regularien auszuhandeln und durchzusetzen, so erscheint das heute ohne Beteiligung der Beschäftigten immer weniger erfolgsversprechend. Dies liegt auch daran, dass der Korridor für eine konsensuelle Aushandlung von leistungspolitischen Fragen immer enger wird: desto näher wir an den ökonomischen Kern der Leistungssteuerung geraten desto mehr haben wir es mit konfliktuellen Interessen zu tun. Und eine Leistungspolitik im Konflikt ist ohne erfolgreiche Mobilisierung der Belegschaften nur schwer möglich“ (Ders. 2009: 14). Ähnlich fordern die IG Metall Gewerkschaftsfunktionäre Klaus Pickshaus und Hans-Jürgen Urban - anknüpfend an Colin Crouch - die Abwendung von einer institutionenbezogenen Mitbestimmungsfixierung und die Weiterentwicklung wirtschaftsdemokratischer Perspektiven (vgl. 2009).

Diese grundlegenden Reorientierungen werden insbesondere dann sichtbar, wenn aus historischer Perspektive der im Laufe der letzten Jahrzehnte verringerte Gestaltungsanspruch von Arbeitspolitik problematisiert wird und Alternativen aufgezeigt werden. So ist zu Recht an das weitreichende gewerkschaftliche Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft nach dem

³⁶⁰ Diese solle darauf zielen, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den Druck auf Arbeitslose zu reduzieren und „befristete Arbeitsgelegenheiten durch einen öffentlichen Sektor mit gemeinnützigen Tätigkeiten, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und regulärem Lohn zu ersetzen“ (Dörre 2007: 12).

³⁶¹ Jede Person, die zuvor zeitweilig erwerbstätig war, solle „eine wirkliche Wahl zwischen Erwerbstätigkeit und anderen Tätigkeitsformen“ (ebenda) ermöglicht werden.

³⁶² Zum Beispiel hätten sich im Organisationsbereich der IG Metall Ansätze einer aktivierenden Mitgliederpolitik herausgebildet, wonach betriebliche Bündnisse nicht mehr ohne Votum der gewerkschaftlich organisierten Belegschaften vollzogen werden.

Ende des Nationalsozialismus zu erinnern.³⁶³ Auch die noch Mitte der 1980er Jahre von Arbeitsforschern des WZB (Naschold 1985) proklamierte Aufhebung der Trennung von Arbeits- und Sozialpolitik als Perspektive von Arbeitspolitik macht die Differenz zur Gegenwart deutlich.³⁶⁴ Die Verringerung des Gestaltungsanspruchs von Arbeitspolitik korrespondiert mit dem problematischen Befund einer verbetrieblichten Arbeitspolitik, die primär auf betrieblicher Ebene re-regulieren will und damit gesellschaftspolitischen Veränderungen, die Einfluss auf die betriebliche Ebene haben, hinterher läuft. Selbiges gilt tendenziell auch für das aktuelle gewerkschaftspolitische Konzept „Gute Arbeit“.³⁶⁵

Alternativ dazu würden eine Ausweitung und eine Aktualisierung, des gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruches von Arbeitspolitik, zunächst einmal die Einbettung in eine - zu initialisierende - umfassende gewerkschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsdebatte, über grundlegende Orientierungsmarken der gesellschaftlichen Entwicklung, voraussetzen. Inhaltlich verwies diesbezüglich die Diskussion um einen alternativen Wohlstandsbegriff aus nachhaltiger und arbeitspolitischer Perspektive (vgl. Abschnitt 6.3) nicht nur auf die notwendige Anerkennung ökologischer Grenzen des Wirtschaftswachstums,

³⁶³ Demirovic führt dies wie folgt aus: „Aus gewerkschaftlicher Sicht war nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus die Demokratisierung der Wirtschaft eine Voraussetzung für die Verwirklichung der politischen Demokratie und für das gesicherte Existenzrecht der Gewerkschaften. Auf das wechselseitige Bedingungsverhältnis – Sicherung der Demokratie durch die Gewerkschaften und Demokratie als Notwendigkeit, um die Interessen der Lohnabhängigen vertreten zu können – haben die Gewerkschaften immer wieder hingewiesen. Wirtschaft und Gesellschaft sollen dem DGB-Grundsatzprogramm von 1963 zufolge derart umgestaltet werden, dass alle Bürger die Möglichkeit erhielten, an der wirtschaftlichen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilzunehmen. Die Gewerkschaften verstanden sich demgemäß nicht nur als ein interessenpolitischer, sondern auch als ein demokratiepolitischer Verband“ (Demirovic 2008: 387). Die Aktualität der Demokratisierungsnotwendigkeit, trotz des Aufbaus demokratischer Institutionen im Fordismus, zeigt sich nicht nur darin, dass mit dem Globalisierungsprozess zugleich ein demokratischer Kontrollverlust verbunden ist (vgl. in dieser Arbeit insbesondere Abschnitte 3.5 und 6.2.2.1), sondern auch darin, dass es zu einer (postfordistischen) Erosion der sozialen Voraussetzungen demokratischer Partizipation gekommen ist (vgl. Crouch 2008, 2011; Kronauer 2006), womit Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungschancen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft von der jeweiligen sozialen Stellung des Einzelnen abhängiger werden. Zu aktuellen Perspektiven der Weiterentwicklung der Mitbestimmung siehe ebenfalls Demirovic (2008).

³⁶⁴ Zur Entwicklung des Forschungsfeldes „Arbeitspolitik“ siehe Jürgens (2007) und Schmidt (2007).

³⁶⁵ An dessen gewerkschaftsstrategischer Ausformung wurde in dieser Arbeit bemängelt (vgl. Abschnitt 5.1), dass tendenziell nicht nur der Interessenvertretung prekär Beschäftigter, dem Bereich der Teilzeitarbeit und den Interessen der primär weiblichen Teilzeitbeschäftigten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, sondern auch der ‚politics of production‘ (Burawoy 1984) und damit auch der Sphäre der sozialpolitisch regulierten ‚Reproduktionsarbeit‘ in seinen Wechselwirkungen mit der flexibilisierten Erwerbsarbeit. Im Ergebnis werden arbeitspolitische Probleme und solche der sozialen Sicherung von Prekär- und Teilzeitbeschäftigten vernachlässigt, deren Berufsbiografien durch häufige Arbeitgeberwechsel, erwerbswirtschaftliche Brüche (durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Qualifizierung), Niedriglohneinkommen und betrieblichen Qualifikationsfallen gekennzeichnet sind und insofern eine besondere, den betrieblichen Rahmen übergreifende gewerkschaftliche Herausforderung darstellen.

die Forderungen nach demokratischer Gestaltung von Politikprozessen, auf Verteilungsgerechtigkeit (in internationaler, intergenerativer, intragenerativer Perspektive) und Optionen eines erweiterten Arbeitsverständnisses. Insbesondere müssten auch soziale Ungleichheit (zwischen Geschlechtern, Schichten bzw. sozialen Positionen) re-produzierende Herrschaftsverhältnisse in den Mittelpunkt emanzipatorischer Überlegungen gestellt werden. Schließlich konkretisieren die zur Diskussion gestellten 'Kernpunkte eines Gesamtkonzeptes nachhaltiger Arbeitspolitik' (vgl. Abschnitt 6.4.2) voraussetzungsvolle Umorientierungen der Arbeitspolitik mit Blick auf die notwendige Veränderung von Arbeit im Kontext einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung, nämlich:

1. die Anerkennung und Unterstützung der Versorgungs-, Eigen- und Gemeinwesentätigkeiten als individuell, gesellschaftlich wie emanzipatorisch und politisch unterstützenswerte Lebensbereiche mit Rückwirkungen auf die Arbeitspolitik,
2. die radikale Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten,
3. eine generelle Arbeitszeitverkürzung und Förderung von Arbeitszeitsouveränität für alle Erwerbsfähigen, orientiert am Leitbild 'Kurze Vollzeit für alle',
4. die Unterstützung politischer Bildungsprozesse als ein gewerkschaftliches Kernanliegen und
5. die Entwicklung einer Programmatik, die 'Gute Arbeit' und 'Mischarbeit' als ergänzende Konzepte gegenüber der Prekarisierung von Arbeit ausfüllt und dabei die konzeptuelle Trennung von Arbeits- und Sozialpolitik überwindet.³⁶⁶

Insgesamt setzen die genannten Reorientierungen voraus, dass nicht mehr primär männliche Industriearbeiter in Normalarbeitsverhältnissen als Zielgruppe gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den Vordergrund zu stellen sind. Deutlicher an Relevanz gewinnen müsste zunächst ein verstärktes Engagement (wie die noch aktivere Entwicklung und Verfolgung eigener Politikkonzepte) in eine breitere Palette politischer Gestaltungsfelder

³⁶⁶ Das Mischarbeitsperspektive stellt eine bedeutende Weiterentwicklung und Herausforderung dar, weil es hilfreich ist, um unterschiedliche Arbeits- und Tätigkeitsformen (Vollzeiterwerbsarbeit, Teilzeiterwerbsarbeit, Reproduktionstätigkeiten, Bildung, Gemeinwesentätigkeiten usw.) ganzheitlich (auch in lebensbiografischer Perspektive) in den Blick zu nehmen und dabei unterschiedliche Politikfelder, letztlich die Arbeits- und Sozialpolitik insgesamt, enger verzahnt werden.

(über das gewerkschaftliche Kernfeld der Tarifpolitik und die Begleitung von Gesetzgebungsverfahren auf bundes- und landespolitischer Ebene hinaus) sowie dann auch eine größere Anzahl an Kooperationspartnern jenseits traditioneller tarifpolitischer Aushandlungen (etwa Wohlfahrtsverbände, lokale und internationale zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen usw.). Gerade in Zeiten in denen sich der DGB in der Fläche aus Kostengründen zurückzieht, ist die verstärkte Öffnung für sozialpolitische und zivilgesellschaftliche Kooperationspartner ratsam, die auf lokaler Ebene ohnehin mehr oder weniger gelebte Praxis ist.³⁶⁷ Damit geht auch ein stärkerer lebensweltlicher Bezug lokaler Gewerkschaftsaktivitäten einher, der mehr Selbstständigkeit gegenüber einer tendenziell zentralistischen Gewerkschaftsorganisation verlangt.³⁶⁸

6.5.2 Implikationen: Institutionelle Arrangements und gewerkschaftliche Dilemmata versus 'inklusive Solidarität' als gewerkschaftliche Vermittlungsaufgabe

Es ist fraglich, ob und in welchem Umfang die Gewerkschaften zu den genannten Umorientierungen bereit und in der Lage sind. Schließlich haben sich historisch mit dem fordistischen Wohlfahrtsstaat institutionelle Arrangements und Dilemmata herausgebildet, die fortbestehen und Umorientierungen behindern:

Bereits die Anerkennung ökologischer Grenzen des Wachstums widerspricht zentral dem gemeinsamen Nenner des fordistischen Klassenkompromisses, der eben auf die Stabilisierung und Expansion der nationalen Ökonomien und ein darauf gestütztes Wirtschaftswachstum gerichtet war und auf einem wechselseitigen Abhängigkeitsverständnis von 'Kapital' und 'Arbeit' samt korporativ-sozialpartnerschaftlicher Regulationsinstanzen aufruhte (vgl. Hirsch/Roth 1986; Hirsch 1995, 2009).

Die Einbeziehung einer größeren Vielzahl politischer Interessen, Sichtweisen und Akteure wie Bewegungen in politisches Handeln wird durch die eingespielte verbändezentrierte Aushandlungspolitik, im Rahmen des korporatistischen Arrangements von Staat,

³⁶⁷ Zur perspektivischen Erweiterung gewerkschaftliche Aufgaben und zur Notwendigkeit der verstärkten Öffnung für Bündnispartner siehe auch Brandl (2006), Demirovic (2008) oder auch Krüger (2002).

³⁶⁸ Siehe auch die Diskussion der (autonomen) Gewerkschafts- bzw. Betriebsrätebewegung im Italien der 1970er Jahre um 'Autonomie' versus 'Autokratie' (vgl. Il Manifesto 1972).

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, im Sinne einer „closed shop Politik“ (Fücks 1999) begrenzt.

Auch die im System der industriellen Beziehungen institutionalisierte Mitbestimmung (über Betriebsräte laut Betriebsverfassungsgesetz und gewerkschaftliche Aufsichtsräte in großen Unternehmen laut Mitbestimmungsgesetz) hat zwar historisch auf eine Demokratisierung der Wirtschaft gezielt, heraus kam ein ‚sozialpartnerschaftlicher Kompromiss‘ mit der Kapitaleseite als weiterhin dominierender Akteur betrieblicher und wirtschaftlicher Bedingungen. Auch wenn die Mitbestimmung im Vergleich zum europäischen Ausland als historischer Erfolg zu werten ist, so zeigen sich als Kehrseiten im deutschen System das Tabuthema eines nicht gesetzlich verankerten politischen Streikrechts der Gewerkschaften (vgl. Wilhelmy 2008) - damit eine Reduktion politische Gestaltungsmöglichkeiten und Kampfmittel (z. B. mit Blick auf Privatisierungen) - sowie eine Entradikalisierung der Betriebsräte (laut Betriebsverfassungsgesetz sind diese in erster Linie dem betrieblichen Erfolg verpflichtet) und eine nicht ausreichende Fähigkeit zur Organisation der Interessen prekär Beschäftigter: „Zu Recht wird aber auch betont, dass die Mitbestimmung neuen, und zum Teil prekären Entwicklungen – wie die Zunahme von Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit oder der (Dauer) Arbeitslosigkeit – nicht Rechnung trage. ... Trotz dieser richtigen Diagnose wird Demokratiezielen keine größere Bedeutung eingeräumt. Die Mitbestimmung gilt nur als ein strategisches Element zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“ (Demirovic 2008: 390).

Insbesondere das institutionalisierte Leitbild der ‚Normalarbeit‘ (im Sinne von Vollzeitlohnarbeit für Männer) und die Orientierung am ‚modernisierten Familienernährmodell‘ (vgl. Lewis/Ostner 2004) im Kontext des ‚fordistischen Geschlechterkompromisses‘ (vgl. Kohlmorgen 2004) erschweren Reorientierungen in Richtung Öffnung für ein arbeits- und sozialpolitisches Leitbild der ‚Mischarbeit‘, verbunden mit Perspektiven eines erweiterten Arbeitsbegriffs, einer radikalen Arbeitsumverteilung

(‘Kurze Vollzeit für alle’) und einer deutlicheren Interessenwahrnehmung zumeist von Frauen ausgeübter prekärer Teilzeitbeschäftigungen.³⁶⁹

Zudem erschweren *gewerkschaftliche Organisationsbedingungen und Interessendilemmata* Umorientierungen in Richtung Mischarbeit, einer Umverteilung von Arbeit und Einkommen und nicht zuletzt internationaler Solidarität, mithin ‘inklusive’ statt ‘exklusive Solidarität’: So setzt die Umsetzung der Perspektiven eines erweiterten Arbeits- und Ökonomiebegriffs zunächst eine Interessenvertretung der ‘ganzen Arbeit’ voraus. Teils wird diesbezüglich explizit an die Gewerkschaften als potentielle Interessenorganisation der ‘ganzen Arbeit’ gedacht (vgl. Spitzley 1998, 2000). Andererseits wird etwa von Vobruba (1998) auf ein Interessendilemma der Gewerkschaften verwiesen. Aus ihrer Sicht seien beschäftigungsfördernde Maßnahmen, die nicht auf die Umverteilung von Einkommen hinauslaufen, unproblematisch, während sie solche, bei denen ihrer Kernbelegschaft Verzicht auf Teile ihrer Arbeit und ihres Einkommens abverlangt werden, meiden würden. Dementsprechend eignen sich die Gewerkschaften trotz ihres universellen Vertretungsanspruchs nicht als Interessenvertretung der ganzen Arbeit.

‘Inklusive Solidarität’ als Alternative

Die Politikwissenschaftler Ingrid Kurz-Scherf und Bodo Zeuner vertreten dagegen, in ihrem Beitrag über die Ambivalenz der Gewerkschaften zwischen ‘Gegenmacht’ und ‘Ordnungsfaktor’ (2001), die These, dass auch gewerkschaftliche Solidarität immer sowohl eine inklusive als auch eine exklusive Komponente enthielt. Gewerkschaften seien zwar immer auch Abwehrorganisationen gegen die totale Konkurrenz gewesen: „Dass Frauen gleichberechtigt nach Erwerb streben, wird dann zur ‘Schmutzkonkurrenz’, und Parolen wie

³⁶⁹ Andreas Schaarschuch hat prägnant als herausragendes Merkmal und „entscheidende Leistung der fordistischen Gesellschaftsformation“ die „enge Verzahnung von Produktion und die systematische Einbeziehung der Reproduktion der Arbeitskraft in den Verwertungsprozess“ hervorgehoben: „Der Durchkapitalisierung der Gesellschaft entspricht die Durchkapitalisierung der Reproduktion der Arbeitskraft“ (1990: 60).

‘Ausländer raus’, ‘Arbeit nur für Deutsche’ etc. sind mögliche Konsequenzen“ (a. a. O.: 8).³⁷⁰ Den anderen Weg der inklusiven Solidarität, der Ausweitung des Kreises der Interessenwahrnehmung, seien GewerkschafterInnen aber auch schon immer gegangen, und er sei heute genauso möglich, zum einen wegen des wachsenden Standes der Bildung und Aufklärung, zum anderen spreche auch das Interessenkalkül der Gewerkschaften dafür: „Angesichts der Internationalisierung der Produktion und der Konkurrenz muss sich die von den Gewerkschaften organisierte Solidarität ebenfalls internationalisieren, sonst ist die Organisation der abhängig Arbeitenden der Gegenseite nicht mehr gewachsen. ... Wenn Gewerkschaften aus den Hochlohnländern sich für die graduelle Erhöhung von Einkommen und sozialen Standards und für Gewerkschaftsrechte in den Niedriglohnländern einsetzen, dann nützen sie ihren eigenen Mitgliedern, denn sie vermindern das Gefälle, aus dem der globale Konkurrenzdruck entsteht. Und wenn Gewerkschaften in Europa oder in den USA selber auf Lohn oder Standards verzichten, dann nützt das den GewerkschaftskollegInnen in Brasilien und Südafrika gar nichts, im Gegenteil geraten die dann unter weiteren Absenkungsdruck, um ihren Standortvorteil der niedrigen Arbeitskosten zu erhalten“. Gründe für inklusive Solidarität würden „nicht nur weltweit [gelten], sondern natürlich auch in der sich zunehmend zerklüfteten deutschen und europäischen Gesellschaft“ (ebenda).

Diese Zusammenhänge inklusiver Solidarität deutlich zu machen, erscheint also auch aus rationalen Erwägungen als eine zentrale gewerkschaftliche Aufgabe.

Sie lässt sich auch am Beispiel des Umgangs von Betriebsräten mit atypischer Beschäftigung auf betrieblicher Ebene exemplifizieren. Hier zeigt sich ein organisationspolitisches Interessendilemma, dass zum Beispiel mit Bezug auf Personalkostensenkungsstrategien, die dauerhaft auf die Verlagerung von Arbeitsprozessen auf Subunternehmen der Werkvertragsarbeit auf dem Firmengelände zielen, veranschaulicht werden kann: Einerseits kann es Betriebsräten dann darum gehen, die Beschäftigung und Tariflohnsteigerungen der zumeist gewerkschaftlich organisierten Stammbeschaften zu sichern und dafür bereit zu sein, um die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit über Arbeitskosten nicht zu gefährden, in Grenzen niedrigere Entlohnungsniveaus bei Fremdarbeitern im eigenen Betrieb zu

³⁷⁰ Klaus Dörre belegt auf Basis von Erhebungen aus den Jahren 2010 und 2011 mit Produktionsarbeitern, produktionsnahen Angestellten und Führungskräften, dass eine „spontane Tendenz zu exklusiver Solidarität“, also „ausgrenzende Integrationsvorstellungen bei allen Stammbeschäftigten und hier in allen Statusgruppen zu finden sind“ (2014: 35).

‘akzeptieren’ (Betriebsräte besitzen hier ohnehin lediglich Informationsrechte und keine Mitbestimmungs- oder originären Tarifierungsrechte). Andererseits haben sie aber zugleich ein Interesse an Equal Pay, wenn nicht nur aus moralischen Gründen dann auch aus strategischen Gründen, denn eine niedrigere Entlohnung von Fremdbeschäftigten im Betrieb wirkt fortwährend auch als Druck- und Disziplinierungsmittel der Arbeitgeberseite Lohnzurückhaltung zu üben, weil sonst Stammbeschäftigte durch Vergaben an Subunternehmer ersetzt werden könnten. Tarifpolitisch würde die Orientierung an Equal Pay letztlich bedeuten, gleiche Tarifstandards für alle Beschäftigten auf dem Betriebsgelände (Stamm-, Rand- und Fremdbeschäftigte) anzuwenden und im Zweifel auch niedrigere Lohnsätze für die Stammbeschäftigten zuzulassen, um im Gegenzug weitere Auslagerungen, das Unterlaufen von Tarifstandards, die Fragmentierung und Destabilisierung von ehemals einheitlichen Tarifsystemen und die Ausbreitung von Mehrklassenbelegschaften - mithin die Reduktion der Gesamtsolidarität der Beschäftigten - zu verhindern.³⁷¹ Auch hier lässt sich also auf einzelbetrieblicher Ebene inklusive Solidarität als dauerhaft rationalere und nachhaltige Strategie begründen.

Qualitative, vergleichende Branchenfallanalysen zur Werkvertragspraxis (vgl. Haubner 2014) haben gezeigt, dass gerade im Fall der stark zunehmenden Werkvertragsarbeit, bei der es sich arbeitsrechtlich im Gegensatz zur Leiharbeit um die Wahrnehmung selbstständiger Auftragstätigkeiten handelt (in der Praxis aber oftmals Schein-Selbstständigkeit bzw. illegale Arbeitnehmerüberlassung vorliegt), unterschiedliche Akteure und Politikebenen notwendig wären, um zu komplexen Re-Regulierungen zu kommen: Betriebsräte seien hier eher ein relativ machtloser betrieblicher Akteur. Relevanter sei die Politik der Europäischen Kommission (u. a. EU-Dienstleistungsrichtlinie, Entsenderichtlinie) und - ein Fakt der häufig unterbelichtet wird - insbesondere deren in Deutschland im EU-Vergleich besonders wirtschaftsfreundliche, nationale Umsetzung sowie die sonstige nationale Gestaltung von Arbeitsbedingungen (u. a. über die hier restriktiven Regelungen zur

³⁷¹ In der Automobilindustrie lassen sich Mehrklassenbelegschaften wie folgt beobachten: An der Spitze stehen die Stammbeschäftigten, gefolgt von den Leiharbeits- und Werkvertragsbeschäftigten, die direkt beim Mutterkonzern angestellt sind, bzw. auch bei konzerneigenen Personaldienstleistern, dann kommen die fremdbeschäftigten Leiharbeitskräfte sowie die mit weniger Rechten ausgestatteten Werkvertragsarbeiter über externe Personaldienstleistungsunternehmen ins Spiel. Nach der teilweisen Re-Regulierung der Leiharbeit, über den Mindestlohn für die Zeitarbeit und einsatzdauerbezogene Branchenzuschläge über die Tarifpolitik, liegt die Zahl der Werkvertragsbeschäftigten in der Automobilindustrie nach einzig vorliegenden Schätzungen über der der Leiharbeiter (vgl. Haubner 2014).

Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach dem Tarifvertragsgesetz, über die Ausgestaltung von Tariftreuegesetzen, über Kontrollen von Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen, auch mit Blick auf Subunternehmerketten, internationale Wanderarbeit usw.).³⁷² Strategisch effizient erscheint es daher, wenn Gewerkschaften, jenseits und trotz ihres zeitaufwendigen Tagesgeschäftes der Tarifverhandlungen, versuchen würden, auf die genannten europäischen und mehr noch bundesdeutschen (wie auch bundesländerspezifische) Rahmenbedingungen der Arbeitspolitik, noch mehr Einfluss auszuüben. Zudem können Gewerkschaften mit öffentlichkeitswirksamen Skandalisierungen prekärer Arbeitsbedingungen, als auch positiv gewendet mit Auditierungsverfahren und Kampagnen guter Arbeitsbedingungen, vermehrt über die Verbraucher Einfluss auf Unternehmenspolitiken und (freiwillige) CSR-Strategien ausüben. Das betrifft sowohl Arbeitsbedingungen vor Ort als auch die der globalen Wertschöpfungsketten.

6.5.3 Akteursszenarien und Klassen-Lernprozesse als Bedingungen eines Umsteuerns

Manuel Castells hat herausgestellt, dass Gewerkschaften Probleme hätten, sich an die Vertretung neuer Kategorien von Erwerbstätigen (Frauen, Jugendliche, Einwanderer) anzupassen, in neuen Dienstleistungsbranchen zu agieren und innerhalb von neuen Organisationsformen (Netzwerk-Unternehmen) auf globaler Ebene zu operieren (1997: 317f.). Tatsächlich scheint es, als hätten Gewerkschaften nach dem 'Ende des Fordismus' ihre fordistischen Orientierungen beibehalten, obwohl sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass „nicht mehr alle im gleichen Boot sitzen“ (Sauer 2011: 20). Gewerkschaftliche Antworten auf die Herausforderungen eines nicht vorhandenen Zugriffs auf Dynamiken der globalen Arbeitsteilung und der teilweisen Transformation nationalstaatlicher Politik in supranationale Netzwerke (vgl. Demirovic 1997; Hardt/Negri 2002) – verbunden mit der Schwächung des nationalstaatlichen korporatistischen Arrangements und des Zugriffs auf

³⁷² Die im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes (verantwortlich war hier der Verfasser Torsten Brandt) erstellte Studie des iso-Institutes Saarbrücken von Dominik Haubner (2014) analysiert vergleichend die Werkvertragsentwicklung in der saarländischen Fleisch-, Bau- und Metallindustrie sowie im dortigen Einzelhandel. Zudem werden auch branchenbezogen auf unterschiedlichen Regulierungsebenen politische Handlungsoptionen verortet.

nationale Arbeitsbedingungen (etwa durch die EU-Gesetzgebung im Zuge des Prozesses vom Lissabon usw.) – sind kaum sichtbar.

Angesichts dieser Ausgangslage ist daran zu erinnern, dass Michael Vester - im Anschluss an die Arbeit von Edward Palmer Thompson „The Making of the English Working Class“ (1963) über die englische Handwerker- und Arbeiterklasse in den Jahren 1780 bis 1832 - am Beispiel der britischen Chartistenbewegung des 19. Jahrhunderts herausgearbeitet hat, dass sich die Entstehung des Proletariats als ein Lernprozess vollzogen hat, indem sich Kampf- und Lernzyklen abwechselten (1972). Zudem gelte ganz grundsätzlich: „Wird aber die Diskrepanz zwischen sozialer Realität und sozialen Orientierungsmaßstäben zu einem unübersehbaren Element täglicher Lebenserfahrung, so können historisch weiterführende Klassen-Lernprozesse eingang kommen. ... Die Erfahrung der neuen Verhältnisse ist nicht mehr und nicht weniger als eine Lernprovokation, denen die soziale Bewegung folgen kann, aber nicht folgen muß“ (Vester 1974: 150). Ob die so generierte Nachfrage nach neuen Orientierungen zu Lernprozessen führt, hänge „vom Vorhandensein geeigneter Kommunikationssysteme und theoretisch wie kommunikativ weiter fortgeschrittener Personen und Verbände ab“ (ebenda). Auch würden sich Klassen-Lernprozesse in der Regel eben nicht gradlinig entwickeln, „sondern in Schüben oder Zyklen, in denen Phasen des Kämpfens und Phasen des Lernens (der Verarbeitung von Kampferfahrungen) einander abwechseln“ (ebenda).

Anknüpfend an diese Ausführungen Vesters stellen sich im aktuellen neoliberalen Globalisierungskontext - auch nach den Kampferfahrungen der Gewerkschaften und der sogenannten ´neuen sozialen Bewegungen` seit den 1970er Jahren - Fragen nach neuen „(Klassen-)Lernprozessen“:

- In welchen sozialen Räumen werden heutzutage Diskrepanzen zwischen der sozialen Realität und sozialen Orientierungsmaßstäben erfahren, die auch auf ein Angebot an neuen Orientierungen stoßen?

- Welche gesellschaftspolitischen Akteursszenarien und (Lern-)Bedingungen sind mithin sichtbar oder denkbar, die ein Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Arbeits- und Wohlstandspolitik befördern könnten?³⁷³

6.5.3.1 Lokaler Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften: Glokalisierung als Herausforderung und Netzwerkbildung als strategische Antwort

Manuel Castells` Thesen geben erste Anhaltspunkte. In „The Power of Identity“ (Castells 1997), dem zweiten Band seiner Trilogie „Das Informationszeitalter“, hat Castells eine Bestandsaufnahme sozialer Bewegungen auf globaler Ebene vorgestellt (u. a. islamischer Fundamentalismus, nationale Bewegungen in postsozialistischen Staaten, die Bewegung der Zapatistas in Mexiko). Kennzeichnend sei, dass sich diese Bewegungen um kommunitär und lokal verwurzelten Widerstand organisieren würden. Der Staat sei nicht mehr imstande, ihre Anliegen zu unterdrücken oder zu erfüllen, womit nationale Regierungen mit ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit konfrontiert seien und dann ein Interesse an Supranationalstaaten entwickeln würden, um ein gewisses Maß an Kontrolle zu sichern. Im Ergebnis sei ein neues Machtsystem entstanden, das durch eine Pluralität von Autoritäts- und Machtquellen gekennzeichnet sei (vgl. a. a. O.: 303).

Hervorzuheben ist hier, dass laut Castells die Akteure sozialen Wandels bzw. die von „project identity“ (‘Identitätspolitik’) sich nicht mehr aus der Zivilgesellschaft - wie zuvor aus der Arbeiterbewegung - generieren, sondern aus lokalem Widerstand: „While in modernity ... project identity was constituted from civil society (as in the case of socialism on the basis of the labour movement), in the network society, project identity, if it develops at all, grows from communal resistance. This is the actual meaning of the new primacy of identity politics in the network society....“ (a. a. O.: 11).

Darüber hinaus nimmt Castells eine optimistische Perspektive ein. Die Individualisierung der Lebenswelten hätte nicht nur das Fundament der liberalen Demokratie beschädigt, sondern

³⁷³ Keineswegs wird im Folgenden davon ausgegangen, dass sich klar eingrenzbarer Lern- und Kampfyklen benennen lassen. Es handelt es sich hier eher um eine methodische Fragestellung und Vorgehensweise, die sich der Idealtypisierung bewusst ist und darauf abzielt, die grundlegende Frage zu beantworten, wie überhaupt gesellschaftlicher Widerstand entsteht und wer die Akteure sein könnten.

zugleich neue Formen des Widerstands ermöglicht. Dabei würde die entstandene 'Krise der alten Demokratie', durch eine Wiederbelebung der lokalen Demokratie, neue technologische Kommunikationsmöglichkeiten (Internet) und die neuen sozialen Bewegungen aufgefangen werden, womit Individuen über veränderte Formen demokratischer Partizipation in politische Veränderungen eingebunden werden: „These forms of political mobilization, which could be defined as issue-oriented, non-partisan politics, seem to win increasing legitimacy in all societies, and to condition the rules and outcomes of formal political competition. They re-legitimize the concern with public affairs in people`s minds and lives ... by introducing new political issues, thus furthering the crises of classical liberal democracy while fostering the emergence of the yet to be discovered, informal democracy” (a. a. O.: 353). Die gesellschaftlichen Orte dieser neuen politischen Vergesellschaftung seien allerdings eher versteckt, in „these back alleys of society, whether in alternative electronic networks or in grassroots of communal resistance, the embryos of a new society, labored in the field of history by the power of identity“ (a. a. O.: 362).

Castells scheut sich nicht, als erstes Ziel einer neuen sozialen Ordnung einen „Bruch mit der institutionalisierten gesellschaftlichen Logik“ vorzugeben. Auch Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat, Gewerkschaften und andere Elemente der modernen Zivilgesellschaft seien nicht als Niederlagen zu interpretieren. Dies erklärt sich damit, dass für ihn *nur die sozialen Bewegungen, die sich nicht mehr wie noch im „Industriezeitalter“ auf die Logik des Kapitals einlassen, eine Chance im „Informationszeitalter“ haben*. Zum Ausklang seines dritten Bandes „Jahrtausendwende“ (1998 engl./2003 dt.) schreibt er explizit, dass die sozialen Bewegungen und kulturellen Projekte im Informationszeitalter charakteristischer Weise nicht aus Institutionen der Zivilgesellschaft hervorgingen, vielmehr führten sie „von Anfang an eine alternative gesellschaftliche Logik ein, die sich von den Leistungsprinzipien abhebt, um die die herrschenden Institutionen der Gesellschaft gebaut sind. Im Industriezeitalten kämpfte die Arbeiterbewegung leidenschaftlich gegen das Kapital. Kapital und Arbeit waren aber beide Ziele und Werte der Industrialisierung - Produktivität und materieller Fortschritt -, und jeder versuchte, ihre Entwicklung zu kontrollieren, um einen größeren Teil vom Ertrag zu bekommen. Am Ende einigten sie sich auf einen Sozialpakt. Im Informationszeitalter ist die vorherrschende Logik der dominierenden globalen Netzwerke so allgegenwärtig und durchdringend, dass gegenüber ihrer Herrschaft der einzige Ausweg darin zu bestehen

scheint, diese Netzwerke zu verlassen und Sinn auf der Grundlage eines gänzlich anderen Werte- und Glaubenssystems zu rekonstruieren ... [Beispiele seien u. a. religiöser Fundamentalismus, Nationalismus usw.; Anmerkung T.B.]. Selbst offensive Bewegungen, ... wie der Feminismus, ... wie die Umweltbewegung, beginnen mit der Ablehnung der Grundprinzipien, auf denen unsere Gesellschaften aufgebaut sind: Patriarchalismus, Produktivismus. ... [G]anz fundamental bedeuten ihre Prinzipien einer Selbstdefinition an der Quelle ihrer Existenz in sehr fundamentaler Weise einen Bruch mit der institutionalisierten gesellschaftlichen Logik. Würden die Institutionen von Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur wirklich den Feminismus und die Umweltorientierung annehmen, so wären sie in ihrem Wesen verändert. Mit einem alten Wort wäre das eine Revolution“ (Castells 2003: 402f.; Zeichensetzung wie im Original). Im Ausklang zu seiner Trilogie wird zudem die besondere Relevanz deutlich, die er dem Zusammenhang von sozialen Bewegungen, Bildung und Zukunftsfähigkeit zumisst. So verweist er in seinem Ausblick auf das 21. Jahrhundert auf zukünftige Herausforderungen, die durch elektronische Kommunikationsnetzwerke und durch die gentechnische Revolution verursacht werden. Um diesebzüglich potentielle negative Folgen zu verhindern, hebt Castells hervor, „benötigen wir nicht nur verantwortungsvolle Regierungen, sondern eine verantwortungsvolle, gebildete Gesellschaft“ (a. a. O.: 405). Er warnt vor der „außerordentlichen Kluft zwischen unserer technologischen Überentwicklung und unserer sozialen Unterentwicklung (a. a. O.: 411), der mit Bildung zu begegnen sei.

Während die Analyse Castells zu Recht auf die Entstehung einer neuen Pluralität von Autoritäts- und Machtquellen mit unterschiedlichen Identitätsangeboten verweist (die gegenüber einer globalen, übergreifenden kulturellen Hegemonie sperrig erscheint), ideologiekritische Potentiale der neuen sozialen Bewegungen und Chancen neuer Kommunikations- und Demokratieformen hervorhebt, sind allerdings auch kritische Einwände angebracht. So hat der US-Sozialhistoriker Mark J. Stern (1999) Castells widersprochen: Aus historischer Perspektive sei es „zu früh und zu unklug, die Zivilgesellschaft in die Aservatenkammer der Gesellschaft zu verbannen“ (a. a. O.: 20). Die „Ideen und Institutionen, aus denen heraus sich die Welt verändern lässt, wachsen nur allmählich. Sie entstehen im Laufe der Zeit, durch das Lernen aus Fehlern, durch Umwege über Sackgassen und das Eingehen von Risiken“ (ebenda). Sterns differenzierende These, gegenüber Manuel Castells' Abgesang auf die Zivilgesellschaft, lautet: „Lokal verankerte

Organisationen sind keine Alternativen zum Wohlfahrtsstaat, sie können keine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen vor Ort herbeiführen. Aber sie sind der Nährboden für die Entwicklung neuer Institutionen und Ideen, die allmählich neue Formen der Politik und des Zusammenlebens hervorbringen können“. Die neuen sozialen Bewegungen bedürften des „kommunalen Widerstands als der Basis, auf der eine Rekonstruktion der Zivilgesellschaft stattfinden kann“ (a. a. O.: 20f.). Zwar merkt Stern selbst an, dass die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft in einer vernetzten Gesellschaft mit einer Vielzahl von verfügbaren Identitätsangeboten nicht einfach sei, da „man sich kaum vorstellen kann, wie daraus funktionierende Koalitionen erwachsen sollen“ (a. a. O.: 21), aber er verweist auch auf historisch ähnliche Situationen, in denen dieses gelungen sei: „Schon in der industriellen Ära war es nicht einfach, die vielfältigen Lebensentwürfe, die aus dem lokalen Widerstand erwachsen, zu bündeln. Waren denn katholische Arbeiter eher Katholiken oder eher Arbeiter?“ (ebenda)

Die Argumentation Sterns macht deutlich, dass die Frage, wer denn nun die Akteure gesellschaftlichen Wandels sind, sich nicht mit dem Verweis auf einzelne Akteure (etwa soziale Bewegungen oder Gewerkschaften wie bei Castells) beantworten lässt, sondern nur mit der Perspektive auf ein *politisch-emanzipatorisches Ineinandergreifen unterschiedlicher Akteure*, nämlich anlehnd an Stern in Form einer Rekonstruktion der Zivilgesellschaft und ihrer Organisationen, also auch der Gewerkschaften, durch neue soziale Bewegungen, die des ‚kommunalen Widerstands‘ als „Nährboden für die Entwicklung neuer Institutionen und Ideen“ (1999: 20) bedürfen.

Aber auch hier werden neue Fragen aufgeworfen: Wenn dem lokalen Widerstand laut Stern und Castells eine konstitutive Bedeutung für soziale Bewegungen und damit auch Chancen für eine Rekonstruktion der Zivilgesellschaft zuzusprechen sind, erscheint es klärungsbedürftig, was den ‚kommunalen Widerstand‘ im laufenden Prozess der politischen und ökonomischen Globalisierung auszeichnen müsste. Diese Frage wird bei Stern nicht weiter thematisiert. Und in der Analyse Castells` liest sich lokaler Widerstand quasi als ‚Abschottungsreaktion‘ (nationaler, lokaler, islamisch-fundamentalistischer Bewegungen oder auch alternativer elektronischer Netzwerkgemeinschaften) gegenüber der Durchsetzung eines abstrakt bleibenden neuen globalen Machtsystems. Akteursfragen, konkurrierende Interessen, konfliktuelle und konsensorientierte Politikprozesse unterschiedlicher gesellschaftlicher

Gruppen und daraus abgeleitete politische Wechselverhältnisse zwischen lokaler und globaler Politikebenen erscheinen in Castells` Analyse unterbelichtet.

Glokalisierung als Herausforderung sozialer Bewegungen der Gegenwart

Hilfreich ist zunächst ein kurzer Verweis auf André Gorz (2000), der mit Blick auf lokale Tauschringe der `lokalen Verwurzelung` von Bewegungshandeln eine revolutionäre Bedeutung zugesprochen hat, ohne dabei - ähnlich wie Stern und anders als Castells - den Wohlfahrtsstaat ad acta zu legen: „Wir müssen akzeptieren ..., daß die dörfliche Gemeinschaft ... nicht auf Weltmaßstab ausgedehnt werden kann. ...Und daß schließlich all das ... [Wohlstand, Spezialistentum, öffentliche Dienste; Anmerkung der Verfasser] die gesellschaftliche Produktion eines akkumulierbaren ökonomischen Überschusses voraussetzt, also das Fortbestehen eines universalen Zahlungsmittels, und ... kurz das, was man einen Staat nennt“ (a. a. O.: 158). Da es nicht möglich sei, die lokale, mikrosoziale Sphäre der kooperativen Gemeinschaften von der Makrogesellschaft zu trennen, ergebe sich vielmehr das „*Problem der politischen Vermittlung*“: Möglich sei, „daß die selbstorganisierten gesellschaftlichen Tauschhandlungen eine immer stärkere politische Dimension annehmen, um der Einfügung in ihre weitere Umwelt Rechnung zu tragen. Die mikrosozialen Einheiten können damit selbst zu Akteuren makrosozialer Entscheidungen werden, die sich ihrerseits komplementär zu den mikrosozialen Aktivitäten verhalten“ (a. a. O.: 159).

Auch diese Idee, mikrosoziale Einheiten könnten zu Akteuren makrosozialer Entscheidungen werden, bedarf eines Konkretisierungsversuches, denn während `mikrosoziale Einheiten` als sozialkulturell relativ abgeschirmte Erfahrungsräume vorstellbar sind, die als alternative Lern- und Vergemeinschaftungsräume fungieren, lassen sich `makrosoziale Entscheidungen` eher als Ergebnisse der politischen und ökonomischen Globalisierung assoziieren. Wie aber sollten alternative Lern- und Vergemeinschaftungsräume auf lokaler Ebene Einfluss auf die neoliberale Globalisierung ausüben können?

Zu erinnern ist diesbezüglich an die originäre Redewendung `think global, act local` der umwelt- und entwicklungspolitisch motivierten sozialen Bewegungen, die mittlerweile auch von der Marketingwelt erobert wurde. Das Zusammenziehen der Begriffe `Lokalität` und

‘Globalisierung’ zum Begriff der ‘Glokalisierung’ beinhaltet dagegen die Idee, dass die meisten globalen Trends ihren Ausdruck auf der lokalen Ebene finden, während andersherum genauso gilt, dass ein großer Teil von globalen Trends seine Wurzeln auf lokaler Ebene hat. Sowohl die Analyse Castells’ über die Entstehung eines neuen globalen Machtsystems, welches sich durch eine Pluralität von Autoritäts- und Machtquellen auszeichne (1997), als auch die Analyse von Alex Demirovic (2007), die den Übergang von Staaten zu transnationalen Gebilden beschreibt, machen deutlich, dass eine gestaltende und nicht bloß reagierende politische Strategie *angepasste Akteursstrategien, im Sinne zunehmend netzwerkförmiger und auch supranationaler Politiken* bedarf. Insofern ist die Perspektive ‘think global, act local’ auch umzudrehen in ‘think local, act global’.

Anzuwenden ist diese Sichtweise zum Beispiel auf den Prozess der europäischen Integration, der als umfassende politische und konzeptuelle Herausforderung heutigen Bewegungshandelns nicht ausreichend thematisiert erscheint. Dabei sind die bereits im Jahr 1997 geltend gemachten Einwände von Alex Demirovic gegenüber der EU aktueller denn je: Da es kein europäisches Staatsvolk, kein europäisches Parteiensystem oder eine europäische politische Öffentlichkeit gäbe, so Demirovic, sei zu bezweifeln, dass sich das Demokratiedefizit beseitigen lasse. Demokratische Legitimität werde sich weiterhin auf nationalstaatlichem Niveau bilden, und das obgleich mit der EU von Nationalstaaten ein suprastaatliches Gebilde geschaffen worden sei, durch das die Nationalstaaten sich binden lassen: „Die europäische Union kann also weder faktisch [mit Bezug auf die Marktöffnung; Anmerkung des Verfassers] noch normativ [mit Bezug auf das Demokratiedefizit; Anmerkung des Verfassers] als ein Vorgang begriffen werden, der das Gegenmittel zur ökonomischen Globalisierung darstellt“ (1997: 241-242).³⁷⁴

Welche politisch-strategischen Folgerungen sind daraus zu ziehen? Gerade wenn der Prozess der europäischen Integration kritisch einzuschätzen ist, macht dies die Notwendigkeit

³⁷⁴ Dagegen formulierte Demirovic mit Blick auf den gerade begonnenen Rio-Prozess optimistisch: „In der globalen Zivilgesellschaft wird durch einen Teil der NGO der Raum für episodische Vernetzung und radikaldemokratische Bewegung von unten geöffnet. Sie bestreiten das Primat des Staates in der internationalen Politik; überlassen das Definitionsmonopol über die Art und Weise, wie die Einheit der Welt symbolisiert wird, nicht mehr allein den mächtigen Institutionen; sie bilden globales Gegenwissen; es kommt zu neuen Formen der Repräsentation von Interessen, so daß die Stimme der Menschen nicht mehr durch das Redemonopol der Staaten und Unternehmen verdrängt werden kann. Trotz aller Restriktionen, existiert auf diese Weise doch bis weit in die politischen Institutionen hinein und getragen von einer Vielzahl von Initiativen weltweit eine Kraft der Gegen-Hegemonie“ (a. a. O.: 257).

deutlich, die Orte und Netzwerke der europäischen Politik nicht nur in den Blick zu nehmen, sondern auch eigene Netzwerkstrukturen auf europäischer Ebene auszubauen.³⁷⁵ So ist auch der Soziologe György Széll eher der Vision eines neuen europäischen Sozialmodells als Europa der Regionen, nicht der Nationalstaaten, unter einem gemeinsamen demokratischen Dach zugetan (2002: 603). Nicht zuletzt Pierre Bourdieu setzt in den Zeiten der Globalisierung weniger auf den traditionellen Tripartismus zwischen Gewerkschaften, Staat und Arbeitgebern, sondern vielmehr auf eine europaweite arbeitspolitische Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Wissenschaftlern und ruft eindringlich, in seinem Werken „Gegenfeuer“ (1998) und „Gegenfeuer 2“ (2001), zu einem neuen Internationalismus und zur Entwicklung einer europäischen sozialen Bewegung auf.

Lokaler Widerstand im Globalisierungskontext – hier ist also Stern (1997) zu ergänzen – setzt nicht nur das Wissen um die wesentlichen Akteure und Interessen supranationaler, globaler Politikprozesse und Herrschaftskontexte voraus, die Einfluss auf die lokale Ebene haben, sondern auch die *praktische Einbezogenheit in internationale politische Netzwerke*, die sich dem Prozess der politischen und ökonomischen Globalisierung entgegen stellen.

Wie sieht es aber mit der Realität gegenwärtiger sozialer Bewegungen aus? Gelingt diesen ein politischer Spagat zwischen lokaler und internationaler Ebene?

Tatsächlich scheint es, als seien zumindest die sozialen Bewegungen, die in den letzten Jahren neu in Erscheinung traten, entweder primär lokal verwurzelt (in dem Sinne, dass sie vor Ort Interessen breiter Bevölkerungsschichten repräsentieren) und bezüglich ihrer Themen breit aufgestellt oder sie konstituieren sich eher international, mit Bezug auf relativ spezielle Einzelthemen, die eher von Minderheiten vorangetrieben werden. Zweitens zeigt sich, dass diese - zumindest gemessen an der Medienpräsenz - sehr kurzlebig sind (was nicht ausschließen muss, dass sie schnell wieder aufleben können oder weniger sichtbar weiterhin aktiv sind). Folgende Beispiele lassen sich aufführen:

- (1) Die international agierende, globalisierungskritische Organisation Attac, die 1998 in Frankreich anlässlich ihrer Forderung nach Einführung einer Tobin-Steuer gegründet wurde, 1999 bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle und später in aller Munde war

³⁷⁵ Ein positives Beispiel ist der gemeinsame Widerstand gegen den neuen EU-Richtlinienentwurf zur Liberalisierung der Wasserversorgung im Jahr 2013, der von kommunalen und gewerkschaftlichen Vertretern Europas, in Kooperation mit NGOs im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative 'Right2water', organisiert wurde.

(etwa 2001 auf der Gründungskonferenz des Weltsozialforums), ist in den Medien kaum noch präsent und wird auf lokaler Ebene in Deutschland nur noch von Minderheiten aus zumeist bildungsbürgerlichen Schichten getragen.

- (2) Noch kurzzeitiger medienpräsent waren ihre jüngsten Vertreter, nämlich die ebenso international aktive finanzmarktkritische 'OccupyWallstreet-Bewegung', mit ihren Besetzungen öffentlicher Plätze im Jahr 2011 (u. a. Frankfurt a.M., New York), die sich in der Form wieder aufgelöst hat.
- (3) Ähnlich sind die Piratenparteien, die ab dem Jahr 2006 in zahlreichen Ländern boomten und Datenschutz wie auch neue (internetbasierte) demokratische Politikformen thematisierten, nach Anfangserfolgen mit rückläufigen Wahlerfolgen konfrontiert.
- (4) Den eher lokal verwurzelten und von breiten Bevölkerungsschichten getragenen sozialen und politischen Protesten der Umstürzbewegungen des arabischen Frühlings, die sich seit dem Jahr 2010 von Tunesien aus ausbreitete, scheint Ernüchterung über fortbestehende Machtverhältnisse gewichen zu sein.
- (5) Auch die lokal von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Sozialproteste, der spanischen 'Indignados' (die Empörten), die im Jahr 2011 große Zeltlager in spanischen Städten errichteten, sind zeitweise wieder verschwunden.

Sicherlich sind nicht alle diese Protestbewegungen folgenlos geblieben. Teils sind ihre Themen von etablierten Parteien aufgegriffen worden. Deutlich ist aber, dass der notwendig erscheinende Spagat zwischen einerseits lokalem, breit getragendem Widerstand und andererseits der Bezugnahme auf globale Fehlentwicklungen - im Rahmen breiter Akteurskooperationen - bisher eher nicht gelang und keine sichtbare Institutionalisierung der Protestbewegungen statt fand.³⁷⁶

³⁷⁶ Zwar ließe sich einwenden, dass eine Institutionalisierung immer auch zu einer Anpassung an Herrschaftsverhältnisse führt, im schlimmsten Fall sogar zu einer Verfeinerung der ideologischen Argumentation der Herrschenden. Andererseits scheint eine Institutionalisierung aus Gründen einer besseren Organisation unausweichlich, und die Geschichte der sozialen Bewegungen zeigt, es kommen beständig neue Bewegungen nach, die dann die älteren Bewegungen in Frage stellen oder ablösen können.

6.5.3.2 Prekarisierung der Mittelschichten, neue Informations- und Kommunikationsbedingungen und die Ermöglichung gemeinsamer Lern-, Bewusstseinsbildungs- und Solidarisierungserfahrungen

Wie auch immer stabile Akteurskooperationen zwischen Gewerkschaften, lokalem Widerstand und internationalen sozialen Bewegungen aussehen könnten, konstitutiv bedürfen diese nicht nur eines gemeinsamen *Zieles*, sondern setzen im Rahmen von 'Klassen-Lernprozessen' auch *gemeinsame Erfahrungswelten*, *Kommunikations-*, *Lern- und Handlungsräume* voraus, in denen *gemeinsame Differenzenerfahrungen* zwischen der sozialen Realität und sozialen Orientierungsmaßstäben zum Tragen kommen (vgl. Vester 1974). Entscheidend ist demnach zunächst, ob überhaupt gemeinsame Differenzenerfahrungen zwischen neuen sozialen Bewegungen und potentiellen Akteurspartnern bestehen.

Gemeinsame Differenzenerfahrungen mit Blick auf nicht eingelöste Wohlstands- und Demokratieerwartungen hat Michael Vester in jüngster Zeit ganz klassisch in der Mittelschicht verortet: „Insgesamt sorgt, neben der Exklusion der untersten Schicht, die Prekarisierung der gut qualifizierten Mitte, für wachsende Unzufriedenheit... Aus dieser Mitte, die ihre Anliegen aktiver vertreten kann, kamen auch die zunehmende Gegenwehr von Gewerkschaften und von Bürgerbewegungen, wachsende Bewegungen zur Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen und auch Protestbewegungen gegen haushaltspolitische Symmetrien, das Sparen bei Sozialabgaben und die Verschwendung von Steuergeldern für große Banken, Energiekonzerne und Verkehrsprojekte. Die politische Verdrossenheit richtet sich nicht einfach auf materielle Verteilungsfragen, sondern auf die moralisch-symbolische Ebene der 'Arroganz der Macht', die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch das Stichwort 'Basta-Politik' symbolisiert worden ist“ (Vester 2011: 92).

Diese mit Blick auf die Mittelschicht optimistischen Zeilen aus dem Jahr 2011 sind sicherlich auch unter dem Eindruck der international agierenden 'Occupy-Aktivisten' entstanden. Deren Kritik am 'Kasino-Kapitalismus' im Jahr 2011, im Anschluss an die Finanzmarktkrise und begleitende Zeltcamps in Innenstädten, wurde von der etablierten Politik, die die Deregulierung der Finanzmärkte zuvor unterstützt hat (vgl. Huffs Schmid 2008), zeitweilig geduldet und begrüßt. Das ist nicht allzu verwunderlich. Schließlich ging es damit um die herrschaftsstabilisierende Anerkennung der Vorstellung eines möglichen Wohlstandes für alle. So hat der Politikwissenschaftler Claus Leggewie als zentrales Merkmal der schnell wieder abgeschwächten Zeltstadt-Bewegung ganz nüchtern analysiert, dass sie „weder den

Verelendeten noch den Privilegierten eine Stimme gaben, sondern vornehmlich jenen, die unter normalen Bedingungen aufgestiegen wären, aber unter den vorherrschenden tief ins Prekariat abgerutscht sind. Auch die arabische Rebellion war von gut ausgebildeten jungen Leuten ohne berufliche Perspektive angetrieben, denen es nicht um Gott und Nation ging, sondern um ein Leben in Würde und Respekt, beginnend mit einer sinnvollen Arbeit“ (2012: 19).

Deutlich ist, dass in vielen Ländern, bei den neu in Erscheinung getretenen sozialen Bewegungen und Protesten die Prekarisierung der Mittelschicht durchaus als gemeinsame Differenzerfahrung zwischen sozialer Realität und sozialen Orientierungsmaßstäben politisch motivierte. Allerdings ist nicht gesagt, dass gemeinsame Differenzerfahrungen automatisch zu inklusiver Solidarität (z. B. auf betrieblicher, nationaler, internationaler Ebene) führt und nicht überwiegend zu exklusiver Solidarität (z. B. in Form von Nationalismus, sozialer Diskriminierung und Segregation), die breiten Akteurskooperationen eher entgegen steht. Jenseits seiner im Jahr 2011 vielleicht zu optimistischen Einschätzung hat Vester die Mittelschicht, innerhalb derer es Verlierer und Besitzstandswahrer gibt, auch gar nicht als einen heteronomen Interessenblock skizziert. Für ihn war zum Beispiel offen, ob es auf betrieblicher Ebene im Zuge der Durchsetzung prekärer und atypischer Beschäftigung zu Solidarierungen kommen wird oder nicht (vgl. Abschnitt 6.2.2.3). In jedem Fall aber scheinen gemeinsame Kommunikations-, Kampf-, Lern- und Solderisierungserfahrungen, als weitere notwendige Bausteine von „Klassen-Lernprozessen“ (Vester 1974), zwischen potentiellen Akteurspartnern zur Bildung dauerhafter Akteurskooperationen (auf nationaler wie internationaler Ebene) zu fehlen oder zumindest ambivalent zu sein.

Gerade die neuen *Informations- und Kommunikationstechnologien* konstituieren neue Lernbedingungen. Optimistisch gewendet hat Manuel Castells (1996) Mitte der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass die von den neuen sozialen Bewegungen intensiv genutzten neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vor allem Chancen bieten würden, da sie die Möglichkeiten der ´dominanten Ideologie` zur Dominierung beschränken würden.³⁷⁷ Mit etwas zeitlichem Abstand lässt sich heute feststellen, dass sie eher ambivalent einzuschätzen sind, da sie nicht nur neue Möglichkeiten der Informationsverbreitung und Kommunikation liefern, sondern auch negative, keineswegs soziale Identitäten stiftende Folgen für Klassen-

Lernprozesse zeitigen können. Wenn das Bild von der Welt, also die Konstruktion der sozialen Wirklichkeit und die der neuen Protestbewegungen wesentlich durch die 'digitale Öffentlichkeit' befördert wird, kann das Gegenteil von Gesellschaft folgen, nämlich durch eine unreflektierte Nutzung digitaler Tools die 'digitale Vereinzelung' und der Verlust sozial-historischen Bewusstseins. So zeigt sich in der Welt der New Social Media (z. B. bei facebook) das (paradoxe) Phänomen einer 'Masse', die sich aus sich laufend selbst bilanzierenden und vermarktenden 'Individualisten' zusammensetzt. Kennzeichnend für diese 'digitale Öffentlichkeit' – natürlich gibt es gerade innerhalb der Protestbewegungen Gegenbeispiele (z. B. WikiLeaks) – ist das tendenzielle Fehlen von alternativen Gesellschaftsentwürfen und Visionen einer anderen Gesellschaft. Es überwiegt dann Unhistorisches und teils Anti-Intellektualismus. Gerade die Entwicklung der Piratenpartei belegt, dass allein neue technische Kommunikationsformen nicht ausreichend sind, um nur mit diesen die Grundlagen für eine gesellschaftliche Bewegung liefern zu können.

Hilfreich zur Erklärung des Selbstvermarktungsdranges vieler Nutzer in den New Social Media, wie zur Beharrlichkeit des Neoliberalismus ist Michel Foucault. Nach Foucault ist der Neoliberalismus mehr als nur ein bestimmtes politisch-ökonomisches System, denn er zielt auf die Vermarktlichung der Individuen selbst und hat sie entsprechend verändert: Die Gesellschaft sei mit dem Neoliberalismus, bis in die Identitätsbildung der Individuen hinein, nach dem ökonomischen Modell von Investition-Kosten-Gewinn geformt worden, woraus auch ein Modell für die sozialen Beziehungen geworden sei. Die Ökonomie ergreife nicht nur von Politik und Gesellschaft Besitz, sondern setze sich auch in der Identitätsbildung und im Verhalten der Individuen fort (vgl. 2004; Lemke 2011).

Meine Interpretation über sich daraus ergebende Perspektiven ist: Wer die Marktmacht zurückdrehen will, muss auch bei den Individuen selbst anfangen. Es bedarf dafür gemeinsamer Lernräume, gemeinsamer Solidarisierungserfahrungen und kritischer Theoriebildung. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass es den heutigen Protestbewegungen, gerade im Vergleich zu den sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, an theoretischen Grundlagen mangelt, welche im umgekehrten Fall die Reflektion über die eigene Rolle und den gesellschaftshistorischen Kontext, in dem man handelt, befördern könnte. Ebenso scheinen gemeinsame Lernräume und gemeinsame

³⁷⁷ Die Integration aller symbolischen Welten in der Computer vermittelten Kommunikation führe zu einer Form der Eindimensionalität, in der die alte symbolische Ordnung ihre Bedeutung verliert. Die neu gewonnene

Solidarisierungserfahrungen unterschiedlicher potentieller Akteurspartner aus dem 'Mittelschichtmilieu' (wie zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, auf nationaler und internationaler Ebene) *nicht in ausreichendem Umfang vorhanden zu sein*, um auf dieser Basis dauerhafte politische Akteurskooperationen zu institutionalisieren. In den Lebenswelten gibt es noch zu wenige Schnittmengen. Ohne gemeinsame Lernräume und Solidarisierungserfahrungen drohen allerdings Differenzenerfahrungen der Mittelschichtsegmente eher zu exklusiver, denn zu inklusiver Solidarität zu führen (sei es auf betrieblicher, nationaler oder internationaler Ebene), mithin zur Betonung von Unterschieden, was die Bildung von Akteurskooperationen behindert.³⁷⁸ *Als gemeinsame, arbeitspolitisch zu fördernde Lern- und Solidarisierungsorte bieten sich schließlich an:*

- (1) *lokale Gemeinwesenorganisationen, -initiativen und -tätigkeiten*, auch als Möglichkeiten praktischer Solidarität und praktischen Widerstandes gegenüber Zumutungen der politischen und ökonomischen Globalisierung (etwa Stadtteilprojekte, genossenschaftlich organisierte Betriebe usw., die über das Mischarbeitskonzept zu fördern sind);
- (2) *die gemeinsame Einbindung von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und 'lokalem Widerstand' in lokale, nationale und internationale Politiknetzwerke*, als Orte politischer Solidarität wie gemeinsamen politischen Handelns und Lernens (kleine Anfänge auf internationaler Ebene waren in der Vergangenheit z. B. sichtbar im Rahmen des Protestes gegen die sogenannte 'Bolkensteinrichtlinie', dem EU-

Fähigkeit virtuelle Welten zu konstruieren, entmachte Raum und Zeit und führe zu einer demokratisch egalitären Gleichheit aller Vorstellungen und Glaubenssysteme (vgl. Ders. 1996: 335).

³⁷⁸ Auch die Differenzen zwischen alten sozialen Bewegungen (Arbeiterbewegung und Gewerkschaften) und neuen sozialen Bewegungen sind zu überwinden. Der Gründungsauftrag des 'Institut Solidarische Moderne e.V.' (eine politische Denkfabrik, die unterschiedliche 'linke' Strömungen vereinigt) aus dem Jahr 2010 betont: „Auf der Grundlage des insbesondere von der organisierten ArbeiterInnenbewegung durchgesetzten breiten materiellen Wohlstands in den Nachkriegsgesellschaften entwickelte sich in der westlichen 'Postmoderne' ein breites Spektrum neuer sozialer Bewegungen, namentlich die zweite Umweltbewegung, die neue Friedensbewegung und die zweite Frauenbewegung, sowie eine neue alternative Linke, für die immaterielle Bedürfnisse und neue soziale Fragen stärker in den Mittelpunkt des Interesses rückten: individuelle Entfaltungsfreiheit und Selbstbestimmungsrechte, kulturelle Vielfalt und demokratische Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit und der Schutz der natürlichen Umwelt. Was über der Kritik an der industriellen Moderne und an deren politischen Trägern allerdings zum Teil verloren ging, war das Bewusstsein für die anhaltende Bedeutung der 'alten' sozialen Frage auch in der 'neuen' Welt des Dienstleistungs-, Wissens- und Informationskapitalismus: Die Frage nach der Verteilung des materiellen Reichtums war mit der Zunahme immaterieller Arbeit und individueller Selbstverwirklichung keinesfalls 'gelöst' oder obsolet geworden. Und dies nicht einmal in den kapitalistischen 'Zentren' der Welt (wo sie allenfalls durch wirtschaftliches Wachstum überdeckt wurde), geschweige denn in den Gesellschaften der 'Peripherie' bzw. des 'globalen Südens' oder gar im Verhältnis beider zueinander“ (Institut Solidarische Moderne 2010: 4).

Richtlinienentwurf zur Liberalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge aus dem Jahr 2004);

- (3) fundamental der *Bereich der (Erwerbs-)Arbeit* mit Konflikten und potentiellen Solidarisierungs- und Lernprozessen auf betrieblicher Ebene sowie notwendige *Konfliktverlagerungen von der betrieblichen Ebene auf die lebensweltliche, kulturelle und gesellschaftliche Ebene*.³⁷⁹ Auf der betrieblichen Ebene kann es z. B. um die Solidarität mit prekär Beschäftigten gehen, um 'Mehrklassen-Belegschaften' zu verhindern.³⁸⁰ Die Konfliktverlagerungen von der betrieblichen zur gesellschaftlichen Ebene wiederum können z. B. Vereinbarkeits- und Arbeitszeitfragen betreffen, die nicht allein auf betrieblicher Ebene zu lösen sind, oder auch grundlegende wirtschaftsdemokratische Fragen, etwa im Kontext gewerkschaftlicher Strategien gegenüber der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die ebenso allein auf betrieblicher Ebene kaum zu lösen sind und breite Allianzen erforderlich machen.³⁸¹

Im Rahmen einer nachhaltigen arbeitspolitischen Strategie – so meine These – wären zudem (die drei genannten) Lern- und Solidarisierungsräume (mithin auch Wissenschaft und Politik) da wo möglich, hinsichtlich Erfahrungen, Problemdefinition und gemeinsamer Perspektiven

³⁷⁹ Auch André Gorz erkannte, dass die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital sich vom Betrieb nach außen verlagert, sie verlaufe überall dort, „wo Information, Sprache, Lebensweise, Geschmack und Moden durch Kapital, Handel, Staat oder Medien erzeugt und gestaltet werden. Anders gesagt, überall dort, wo die Subjektivität oder die ‚Identität‘ der Individuen, ihre Wertvorstellungen, ihre Selbstbilder oder die der Welt fortwährend strukturiert, fabriziert und geformt werden... In dieser Gesellschaft verläuft die Front des Konfliktes überall. Seine Radikalisierung im kulturellen Bereich (dem der Bildung, Ausbildung, Stadtentwicklung, Freizeit und Lebensweise) ist die Bedingung für seine Radikalisierung auf dem Gebiet der Arbeit. Demnach kann es keine effektive Gewerkschaftsbewegung mehr geben, die sich ausschließlich auf die Arbeitsplätze und die Verteidigung von Arbeitskräften in festen Arbeitsverhältnissen richtet“ (2000: 62).

³⁸⁰ Im Kontext grenzüberschreitender Wanderarbeit hat z. B. die Gewerkschaft IG Bau das Motto 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort' ausgegeben. Ähnlich gibt es z. B. in der Gewerkschaft IG Metall Anregungen den personenbezogenen Anwendungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes auf 'alle Beschäftigten auf dem Firmengelände' auszuweiten (vgl. Haubner 2014).

³⁸¹ So schreiben Torsten Brandt, Thorsten Schulten und Christoph Hermann: „The prevention of liberalisation and privatisation, as well as their social regulation are defensive strategies, however. A more active strategy would require provisions on strengthening the public sector. In some countries the unions have launched campaigns to improve the image of the public sector; examples are Unison's 'Positively Public' campaign in the UK ... and ver.di's 'Genug gespart' ('Enough economisation') campaign in Germany The crucial element of all such campaigns is the linkage between the working conditions of public service employees and service quality, which might create a basis for broad social alliances between workers and consumers. ... Therefore, the European trade unions, together with other social organisations, should enter in a broad transnational dialogue on the organisation of modern, efficient public services that offer good working conditions, high quality of services with universal access and democratic participation for citizens and employees“ (2008b: 309).

zu vernetzen. Derartige Transferleistungen zwischen Lokalität/Gemeinwesentätigkeiten, lokalen und internationalen, politischen Netzwerkaktivitäten und dem betrieblichen Bereich der Erwerbsarbeit wären zur Etablierung breiter Akteurskoalitionen und abgestimmter Strategien förderlich. *Vernetzungs- und Transferleistungen* sowie die *Vermittlung inklusiver Solidarität*, mit dem *Ziel der Schaffung gemeinsamer Lern-, Kommunikations- und Solidarisierungsräume*, als Voraussetzung breiter Akteurskoalitionen und -strategien (aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Rekonstruktion der Zivilgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates, vgl. Stern 1999), wären Aufgaben aller beteiligten Akteure und damit auch der Gewerkschaften. Dies ist nicht zuletzt eine Lehre aus den seinerzeit erhofften aber ausgebliebenen Synergieeffekten durch eine nicht ausreichend gemeinsam geführte Arbeitspolitik- und Nachhaltigkeitsdebatte in den 1990er Jahren (vgl. Abschnitt 4.2.2).

Damit aus gemeinsamen Handlungsräumen tatsächlich 'Lernräume' werden könnten (in denen nach Vester auch Kampfphasen reflektiert werden), ist die *Initiierung von Bildungsprozessen* etwa im Rahmen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wesentlich. Hierbei geht es letztlich um 'Bewusstseinsbildung' als Schlüsselfrage (vgl. Abschnitt 6.3). Mit Heinz Sünker ist grundsätzlich herauszustellen, dass angesichts der Globalisierung des Kapitalverhältnisses Entpolitisierungsstrategien im Bildungsbereich, die mit Ideologien des Marktes einhergehen, eine strategische Bedeutung zukommt. Das Interesse an der Anpassung an den Produktionsprozess und die Entwicklung eines gesellschaftskonformen Leitbildes sei das Leitmotiv herrschaftssichernder Strategien jenseits allen Gestaltwandels. Zugleich stelle Bildung die Schlüsselqualifikation der Ware Arbeitskraft dar (vgl. Sünker 2001: 52). Sünker und Swiderik (2010) betonen: „In der Folge veränderter Arbeitsprozesse könnten neue technisch und organisatorische Anforderungen, die an die Produktion gestellt werden, die radikale Ausweitung demokratischer, d. h. emanzipatorischer Prinzipien in der Ökonomie befördern. Diese Entwicklung müsse aber unterstützt werden durch einen Anstieg von Bewusstsein über die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens“ (a. a. O.: 49). Auch der Bildungstheoretiker Heinz-Joachim Heydorn habe herausgearbeitet: „Bildung als wesentlicher Ansatz für die Überwindung von Macht und Herrschaft ist demzufolge eine Revolution des Bewusstseins“ (Heydorn 1997: 337, zitiert nach Sünker a. a. O.).

Bewusstseinsbildung als Aufhebung der Differenz von Arbeitszeit und Freizeit

Perspektiven einer nachhaltigen Arbeitspolitik und von Bewusstseinsbildung sind letztlich auch auf die Marxsche Differenzierung von 'Arbeitszeit' und 'Freizeit' zu beziehen. Als emanzipatorische Perspektive der Bewusstseinsbildung lässt sich die Aufhebung der real im Bewusstsein und Verhalten der Individuen empfundenen - aber nur scheinbaren - Trennung von Arbeitszeit und Freizeit anvisieren:

Grundlegend ist, so die Ausführungen von Sünker (1984: 121f.), dass nach Marx die Bedingungen der kapitalistischen Rationalität (= Verwertungslogik) die historische Entwicklung des Verhältnisses von 'notwendiger Arbeitszeit' (= Äquivalent für den Arbeitslohn) zu 'mehrwertschaffender Arbeitszeit' (= Mehrarbeitszeit für den Lohnarbeiter, damit unbezahlte Zeit) bestimmen. Die notwendige Arbeitszeit habe ihr Maß in den Bedürfnissen der Individuen. Im Kapitalverwertungsprozess gehe es dagegen nur um eine möglichst hohe Mehrwertrate. Marx spreche in diesem Zusammenhang von der gegensätzlichen Existenz der 'disposable time' (= freie Zeit), die (einerseits) unter Kapitalverhältnissen diesem nutzt, (andererseits) sich als eine Bedingung für die Emanzipation der Arbeit auszeichnet, die für die Minimierung des Arbeitseinsatzes für die materielle Bedürfnisbefriedigung wesentlich wird. Die Unterordnung des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozess habe nun auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen 'Arbeitszeit' und 'Freizeit': Freizeit sei zwar nicht bloßer Reflex des Arbeitsverhaltens, aber Form, Funktion und Inhalt der Freizeit würden sich weitgehend aus der kapitalistischen Formbestimmtheit der Arbeit als Ware Arbeitskraft bestimmen. Es lasse sich von einer funktionalen und gegensätzlichen Existenz der Freizeit reden. Entfremdung und Sinnverlust im Arbeitsprozess würden zu einer Ersatzsuche und -gestaltung führen, wobei 'Freizeit' als scheinbarer Gegensatz zur 'Arbeitszeit' mit besonderer Wertigkeit ausgestattet werde, ein Freiraum von allem Übel zu sein: „Der systemintegrative Charakter von Freizeitbewusstsein und -verhalten ist darin begründet, dass ein Reich der Freiheit und Selbstverwirklichung angestrebt wird, welches scheinhaft den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang vom

gesellschaftlichen Produktionsprozess abzutrennen sucht, weil dies alles dort nicht erfüllbar ist“ (Sünker 1984: 123).

Hervorzuheben sind nun mit Sünker erstens, dass das Verhältnis von Arbeit und Freizeit als *Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung* und Ausdifferenzierung einst auch sinnlich-wahrnehmbarer zusammengehöriger Bereiche zu begreifen ist. Zweitens sei die *Ermöglichung von Erfahrungen* wichtig, dass „die Trennung von Arbeit und Freizeit zumindest in bestimmten Zusammenhängen aufhebbar ist, sich beide Bereiche nicht gegensätzlich zueinander verhalten müssen, die Trennung damit historisch veränderbar ist (perspektivisch mitzudenken sind die Konsequenzen für den Arbeitsbegriff“ (a. a. O.: 119). Die „Aufhebung der gesellschaftlich produzierten Strukturen des Alltagsbewusstseins“ (a. a. O.: 124) sei an die „Möglichkeit zur Produktion authentischer Erfahrung“ (ebenda) gebunden. Was heißt das nun für Perspektiven einer nachhaltigen Arbeitspolitik und nachhaltigen Arbeitszeitpolitik?

Eine nachhaltige Arbeitspolitik müsste Möglichkeiten zur Produktion und Reflexion ‚authentischer‘ Erfahrung schaffen, also etwa die Erfahrung und Reflexion von selbstbestimmter, befriedigender ‚Arbeit‘ (bzw. ‚Tätigkeit‘), die keine Kompensationsbedürfnisse produziert und tendenziell die ansonsten gelebte Trennung von Arbeitszeit und Freizeit aufhebt. Perspektivisch ist Letzteres für die Erwerbsarbeit über die Reduzierung von Entfremdungserlebnissen in der Erwerbsarbeit anzustreben. Zugleich erscheinen Bewusstseinsbildung ermöglichende alternative Handlungsfelder (‚jenseits‘ entfremdeter Erwerbsarbeit) förderlich, die arbeitspolitisch etwa mit dem Konzept der Mischarbeit zu unterstützen wären.³⁸² Die Arbeitszeitpolitik, die auf der real empfundenen, aber scheinbaren Trennung von Arbeitszeit und Freizeit fußt, wäre letztlich dann überflüssig, wenn Entfremdungsprozesse in der Arbeitszeit und gekoppelte Kompensationsbedürfnisse in der Konsum- oder Freizeit überwunden wären. Solange dies nicht der Fall ist, müsste eine nachhaltige Arbeitszeitpolitik zeitliche Freiräume nicht mehr nur erstreiten (vgl. Abschnitt 6.4.2), sondern diese ebenso vehement (etwa in alternativen Lern-, Bildungs- und Soldarisierungsräumen) mit Perspektiven alternativer, emanzipatorischer

³⁸² Bedeutsam ist weiterhin Hannah Arendts (1958) Differenzierung in materiell-absicherndes Arbeiten und zivilgesellschaftlich-politisches Handeln, um im Blick zu haben, dass Handlungsräume durch Vermarktlichung (etwa im Falle bezahlter Gemeinwesenarbeit) hinsichtlich der Ermöglichung alternativer Erfahrungen emanzipatorisch an Wert verlieren.

Wohlstandsorientierungen verbinden und politisieren. Neben den herausgearbeiteten Herausforderungen eines erweiterten Wohlstandsbegriffs aus nachhaltiger und arbeitspolitischer Perspektive (vgl. Abschnitt 6.3) lässt sich diesbezüglich auch mit historischen Beispielen motivieren, wie etwa mit der Ketzerbewegung im 11. Jahrhundert in der Skizzierung des französischen Historikers Georges Duby: „Die Ketzerei vertrat die Gleichheit, die totale Gleichheit“ (1981: 198). Dies bedeutete: „Indem sie die Frauen uneingeschränkt in ihre Gemeinschaft aufnahmen, hoben sie die ursprüngliche im gesellschaftlichem Raum errichtete Schranke auf. Das blieb nicht ungestraft ... erlaubte die schlimmsten Verleumdungen und war meiner Ansicht nach der Hauptgrund für das Scheitern. Die Ketzer setzten sich über eine weitere wichtige Kluft hinweg: da sie die Privilegien des priesterlichen `Berufs` ablehnten, vermischten sie *clerus* und *populus*; sie luden alle Christen ein, auf die gleiche Art zu beten. Da sie andererseits dazu ermahnten, alle Angriffe zu verzeihen, nicht mehr zu rächen und auch nicht mehr zu strafen, proklamierten sie die Nutzlosigkeit der Spezialisten der Repression, des Stabes und des Militärs. Und schließlich arbeitete innerhalb der Sekte jeder mit seinen eigenen Händen, niemand erwartete von einem anderen ernährt zu werden, niemand plagte sich im Dienst eines Herrn: die Trennungslinie zwischen den Arbeitern und den anderen, den Grundherren, Schutzherren, Inhabern der Strafgewalt, wurde ausgelöscht“ (a. a. O: 197f.). Wer hier einwändert, dass sich alternative Wohlstandsmodelle kaum mit Idealisierungen nicht verallgemeinerungsfähiger historischer Bestrebungen unterfüttern lassen, der mag sich alternativ von einem Zitat des US-amerikanischen Soziologen und Historikers Barrington Moore provozieren lassen. Dieser schloss sein Werk `Ungerechtigkeit: die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand` mit folgender These ab: „Die wirklich umstürzlerische Kritik beginnt, sobald das Volk fragt, ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könnte“ (1982: 671).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1969): Marginalien zu Theorie und Praxis, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt a.M., 1977
- Aglietta, Michel (1976): Régulation et crises du capitalisme. L'expériences des Etats-Unis, Paris
- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg
- Althaus, Dieter (2007): Das Konzept des Solidarischen Bürgergeldes, in: ifo-Schnelldienst, 4/2007
- Allespach, Martin (2009): Gewerkschaftliche Eckpunkte einer aktiven Industriepolitik, in: WSI-Mitteilungen 5/2009, S. 277-280
- Aranowitz, Stanley/Di Fazio, Williams (1994): The Jobbles Future, Minneapolis: University of Minnesota
- Arbeit und Ökologie (2000), herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung: Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Projektabschlussbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin u. Wuppertal, April 2000, Düsseldorf
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2008): Arbeitsmarkt: Mit Arbeitszeitverkürzung gegen prekäre Beschäftigung und Armut, in: MEMORANDUM 2008. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht - Alternativen zur Bedienung der Oberschicht, Köln, S. 93-126
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009): MEMORANDUM 2009, Hamburg
- Arbeitskammer des Saarlandes (2014): Erste Ergebnisse der Analyse- und Beratungstätigkeit in saarländischen Betrieben und Verwaltungen; Projektbericht, Projekt 'BetriebsMonitor Gute Arbeit Saar', Saarbrücken
- Arbeitnehmerkammer Bremen (2009): Mehr arbeiten – weniger leben? Auswirkungen von Arbeitszeitverlängerung auf die Lebenswelt, Bremen
- Arendt, Hannah (1958): The Human Condition, Chicago
- Arendt, Hannah (1960/1981): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München
- Armborst, Stefan/Brand, Ulrich (1996): Nachhaltig zukunftsfähig? Kritik der Wuppertal-Studie, aus: blätter des iz3w, Nr. 211, Februar 1996: S. 38-40
- ASTA Uni Hannover (1997): Nachhaltige Weltbilder. Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung, Hannover
- Atzmüller, Roland (2003): Fit mach mit? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes – ein Rezensionssessay, in: grundrisse – zeitschrift für linke theorie & debatte, Nr. 10
- Auth, Diana (1998): Sozialpolitik als Arbeitszeitpolitik. Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Absicherung von Arbeitszeitverkürzungen, in: Eiker-Wolf, Kai et al.: Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat, Hamburg, S. 289-326
- Bäcker, Gerhard/ Naegele, Gerhard (1985): Das bedingungslose Grundeinkommen. Weg oder Irrweg zur Lösung von Armut und Ausgrenzung?, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 11/1985
- Bäcker, Gerhard/Klammer, Ute (1998): Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftscommission, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 6, S. 359 - 371

- Bäcker, Gerhard/Naegele, Gerhard/Bispinck, Reinhard/Hofemann, Klaus/Neubauer, Jennifer (2008a): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, Wiesbaden
- Bäcker, Gerhard/Naegele, Gerhard/Bispinck, Reinhard/Hofemann, Klaus/Neubauer, Jennifer (2008b): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 2: Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste, Wiesbaden
- Bäcker, Gerhard/Leiber, Simone/Meinhardt, Volker/Neubauer, Jennifer (2009): Die Grundsicherungsmodelle der LINKEN. Gutachten erstellt im Auftrag der Bundestagsfraktion der LINKEN, Erweiterte Endfassung, 23. Januar 2009, Düsseldorf
- Baethge, Martin/Oberbeck, Herbert (1986): Zukunft der Angestellten, Frankfurt a.M./New York
- Bahro, Rudolf (1985): Kommune wagen!, in: Opielka, Michael (Hrsg.): Die öko-soziale Frage, Frankfurt a.M.
- Bartelheimer, Peter (2011): Unsichere Erwerbsbeteiligung und Prekarität, in: WSI-Mitteilungen 8/2011, Düsseldorf, S. 386-393
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1998): Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7
- Beck, Ulrich (2000): Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit, in: Ders., Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a.M., S. 416-447
- Becke, Guido (2008): Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen. Problemfelder und arbeitspolitische Gestaltungsperspektiven, Münster
- Beckenbach, Niels (1991): Industriesoziologie, Berlin
- Beer, Ursula (1987): Sozialpolitische Perspektiven für Frauen am Beispiel „Mindesteinkommen“ und Probleme einer feministischen Sozialstaatsanalyse, in: Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.): Umbau des Sozialstaats, Essen, S. 177-193
- Benkhoff, Birgit/Hermet, Vicky (2008): Zur Verbreitung und Ausgestaltung geringfügiger Beschäftigung im Einzelhandel. Eine explorative Studie aus der Perspektive von Management und Beschäftigten, in: Industrielle Beziehungen, 15 (1), S. 5-31
- Berger, Johannes (1982): Zur Zukunft der Dualwirtschaft, in: Benseler, Frank/Heinze, Rolf G./Klönne, Arno (Hrsg.): Zukunft der Arbeit, Hamburg, S. 97-117
- Bergmann, Frithjoff (1997). Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 48, S. 524-534
- Bessant, John (1989): Microelectronics and Change at Work, Geneva
- BGBI/Bundesgesetzblatt (2011): „Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vom 06.12.2011“, Nr. 64 vom 13. Dezember S. 2564 ff.
- Bieling, Hans-Jürgen (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster
- Bieling, Hans-Jürgen/Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten (2008): Editorial. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, in: WSI-Mitteilungen, 10/2008, S. 526
- Bierter, Willy/Stahel, Walter/Schmidt-Bleek, Friedrich (1996): Öko-intelligente Produkte, Dienstleistungen und Arbeit, Wuppertal
- Bierter, Willy/Brödner, Peter (1998): Zukünftiges Wirtschaften und Re-Regionalisierung von Wertschöpfungsprozessen, in: Bosch, G. (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt a.M./New York, S. 140-163
- Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hrsg.) (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Berlin, Boston, Basel
- Biesecker, Adelheid/Joachimsen, Maren/Knobloch, Ulrike (1997): Vorsorgendes

- Wirtschaften. Ein Konzept zur Überwindung der Defizite der Nachhaltigkeitsdiskussion, in: *Ökologisches Wirtschaften Spezial* 3/4, S. 7-9
- Biesecker, Adelheid (1998): *Kooperative Vielfalt. Neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit*, in: *Politische Ökologie*, Nr. 54, Mai/Juni 1998
- Biesecker, Adelheid (2000): *Kooperative Vielfalt. Und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff*, Studie in Rahmen des Forschungsprojektes „Arbeit und Ökologie“, erschienen als WZB-discussion-paper (P00-504) der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“ des WZB, Berlin
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabiene (2003): *(Re)Produktivität: Der „blinde“ Fleck im Diskurs zu Nachhaltiger Entwicklung*, in: Hofmeister, S./Karsten, M.-E./Mölders, T. (Hrsg.): *Zwischentöne gestalten. Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit*, Opladen, S. 38-56
- Biesecker, Adelheid (2004): *Arbeit und Ökologie - Thesen*, in: Scholz, Dieter et al. (Hrsg.): *Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit*, Münster, S. 46-59
- Biesecker, Adelheid (2008): *Kürzer arbeiten – besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie*, in: Zimpelmann, Beate/Endl, Hans-Ernst (Hrsg.): *Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung*, Hamburg, S. 55-75
- Biesecker, Adelheid (2010): *Vorsorgendes Wirtschaften – Zukunftsfähigkeit jenseits der Krisenökonomie*, in: Carstensen, Tanja/Groß, Melanie/Schrader, Kathrin/Winker, Gabriele (2011): *Feministisches Institut Hamburg: Gesammelte Statements 2010*, Hamburg, S. 25-27
- Binswanger, Hans Christoph et al. (1979): *Wege aus der Wohlstandsfalle. Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise*, Frankfurt
- Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten (2009): *Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems*, in: *WSI-Mitteilungen* 4/2009, S. 201-209
- Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten (2012): *Stellungnahme zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen am 6. Februar 2012 (Ausschussdrucksache 17(11)78)*
- Blanke, Karen/Ehling, Manfred/Schwarz, Norbert (1996): *Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Bd. 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Stuttgart/Berlin/Köln
- Blau, Evelyn/Weiss, Norbert/Wenisch, Antonia (1997): *Die Reparaturgesellschaft - Das Ende der Wegwerfkultur*, Wien
- Bleses, Peter/Vobruba, Georg (2000): *Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. WZB discussion paper P 00-525*, Berlin
- Blickhäuser, Angelika/ Molter, Monika (1986): *Garantierte Lebenssicherung für Frauen. Bemerkungen zur Mindesteinkommensdiskussion*, in: Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.): *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt a.M., S. 106-117
- Bofinger, Peter (2008): *Das Jahrzehnt der Entstaatlichung*, in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 07/2008, S. 351-357
- Boli, John/Thomas, Georg M. (1997): *World culture in the world polity: A century of international Non-Governmental Organization*, in: *American Sociological Review*, Vol. 62, Pages 171-190
- Bonin, Holger/ Schneider, Hilmar (2007): *Beschäftigungswirkungen und fiskalische Effekte einer Einführung des Solidarischen Bürgergeldes*, IZA, Bonn

- Bontrup, Heinz-J./Massarrat, Mohssen (2012): Offener Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland. 30-Stunden-Woche fordern! Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung! download: <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m0413b.pdf> (am 07.12.2014)
- Bonß, Wolfgang/Plum, Wolfgang (1990): Gesellschaftliche Differenzierung und sozialpolitische Normalitätsfiktion. Zum theoretischen und politischen Gehalt von Normalitätsunterstellungen in der Sozialpolitikdiskussion, in: Zeitschrift für Sozialreform, Nr. 36, S. 692-715
- Bonß, Wolfgang (1998): Das Ende der Normalität. Abschied von der Erwerbsgesellschaft, in: Politische Ökologie, Nr. 54, Mai/Juni 1998
- Bonß, Wolfgang (2000): Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt, S. 327-415
- Bonß, Wolfgang (2002): Zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit. Ein Beitrag zur Debatte um die Arbeitsgesellschaft, in: Arbeit, Heft 14, Jg. 11, S. 5-20; download: <http://www.zeitschriftarbeit.de/docs/1-2002/bonss.pdf> (am 07.12.2014)
- Borgwardt, Angela (2010): Ressourceneffizienz – Zukunftsstrategie für nachhaltiges Wirtschaften; herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Wiso-Direkt, Bonn
- Bosch, Gerhard (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt a.M.
- Bosch, Gerhard/Kalina, Thorsten/Lehndorff, Steffan/Wagner, Alexandra/Weinkopf, Claudia (2001): Zur Zukunft der Erwerbsarbeit, Arbeitspapier 43 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf; download: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_043.pdf (am 07.12.2014)
- Bosch, Gerhard (2010): Beschäftigung und Mindestlöhne: neue Ergebnisse der empirischen Mindestlohnforschung, in: WSI-Mitteilungen 63, S. 404-411
- Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Seibel, Kai (2005): Eigenverantwortung in der Arbeitsmarktpolitik: Zwischen Handlungsautonomie und Zwangsmaßnahmen, WSI-Diskussionspapier, Nr. 134, Düsseldorf
- Bourdieu, Pierre (1979): La Distinction. Critique Social du Jugement, Paris
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und „Klassen“, in: Ders.: Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M., S. 7-46
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste eines Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Bourdieu, Pierre (2001): Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung, Konstanz
- Bourdieu, Pierre (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg (unveränderter Nachdruck der Erstauflage von 1992)
- Braverman, Harry (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/New York.
- Brand, Ulrich (1993): Das Ende der Entwicklung. Eine noch zu haltende Grabrede, in: links 11/93, S. 4
- Brandl, Sebastian/Hildebrandt, Eckart (2001): Expertise: „Arbeit und Ökologie“. Baustein des BMBF-Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“, Berlin
- Brandl, Sebastian/Hildebrandt, Eckart (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte, Opladen
- Brandl, Sebastian (2003): Transformation des Systems der industriellen Beziehungen und nachhaltiges Wirtschaften, in: Linne, Gudrund/Schwarz, Michael (Hrsg.), Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen, S. 223-232

- Brandl, Sebastian (2006): „Modell Deutschland" oder globalisiertes Arrangement? Transformation industrieller Beziehungen und soziale Nachhaltigkeit, Berlin
- Brandt, Torsten (1998a): Nichtregierungsorganisationen als Akteure von Globalisierung – Nichtregierungsorganisationen und ihre Netzwerke als globale Akteure nachhaltiger Entwicklung innerhalb der Bildung eines neuen globalen Regulationsmusters, unveröffentlichte Diplomarbeit, Wuppertal
- Brandt, Torsten (1998b): Zur Zukunft der Arbeit in einem ökologisch-sozialen Nachhaltigkeitsszenario, Querschnittsanalyse aus dem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“, unveröffentlichtes Manuskript, Wuppertal
- Brandt, Torsten (1998c): Zur Kategorisierung von Nicht-Erwerbsarbeit, unveröffentlichtes Manuskript Wuppertal
- Brandt, Torsten/Spangenberg, Joachim H. (2003): Zur Arbeit in einem zukunftsfähigen Deutschland, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, München, S. 165-186
- Brandt, Torsten (2005): Mini- und Midijobs im Kontext aktivierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Konsequenzen für Arbeitnehmerrechte, den Arbeitsmarkt und den Zusammenhang von Wohlfahrt und Beschäftigung, WSI-Diskussionspapier Nr. 142, Düsseldorf, Dezember 2005; download: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_142.pdf (am 07.12.2014)
- Brandt, Torsten (2006): Bilanz der Minijobs und Reformperspektiven, in: WSI-Mitteilungen 08/2006, S. 446-452; download: http://www.boeckler.de/cps/rde/xbcr/hbs/wsimit_2006_08_brandt.pdf (am 07.12.2014)
- Brandt, Torsten/Drews, Kathrin/Schulzen, Thorsten (2007): Liberalisierung des deutschen Postsektors - Auswirkungen auf Beschäftigung und Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 05/2007, S. 266-272; download: http://www.boeckler.de/cps/rde/xbcr/hbs/wsimit_2007_05_brandt.pdf (am 08.12.2014)
- Brandt, Torsten (2008): Mehr Beschäftigung durch mehr Wettbewerb?, in: Der Personalrat, Heft 11, 2008, S. 429
- Brandt, Torsten/Schulzen, Thorsten/Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.) (2008): Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg
- Brandt, Torsten/Schulzen, Thorsten (2008a): Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung auf die Tarifpolitik in Deutschland. Ein vergleichender Überblick, in: Brandt, Torsten et al. (Hrsg.): Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg, S. 68-259
- Brandt, Torsten/Schulzen, Thorsten (2008b): Privatisation and liberalisation of public services in Germany: the postal and the hospital sectors, in Keune, M./ Leschke, J./Watt, A. (eds.): Privatisation and liberalisation of public services in Europe. An analysis of economic and labour market impacts, Brussels, pages 37-65
- Brandt, Torsten/Schulzen, Thorsten (2008c): Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Erosion des Flächentarifvertrags, in: WSI-Mitteilungen, 10/2008, S. 570-576; download: http://www.boeckler.de/cps/rde/xbcr/hbs/wsimit_2008_10_brandt.pdf (am 08.12.2014)
- Brandt, Torsten/Schulzen, Thorsten (2008d): Öffentliche Dienstleistungen vor dem Ausverkauf, in: Der Personalrat, Heft 12, 2008, S. 478-481

- Brandt, Torsten/Hermann, Christoph/Schulten, Thorsten (2008a): Commodification, intensification and casualisation of work in liberalised and privatised European postal markets, in: *The new gold rush: the new multinationals and the commodification of public sector work*, Work organisation, labour & globalisation, Volume 2, No. 2, pages 40-55
- Brandt, Torsten/Hermann, Christoph/Schulten, Thorsten (2008b): Liberalisation and privatisation of public services and strategic options for European trade unions; in: *Transfer* 2/08 14 (2), pages 295-311
- Brandt, Torsten (2009): Von der Postbehörde zum Global Player - Arbeit im Logistikboom, in: *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Hauptsache Arbeit. Wandel der Arbeitswelt nach 1945*, Bielefeld, Leipzig, S. 123-129
- Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten/Ziegler, Astrid (2009): Editorial. Rückbesinnung auf den Staat, in: *WSI-Mitteilungen* 5/2009, S. 234
- Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten (2009): Die Folgen von Liberalisierung und Privatisierung für Arbeitsbeziehungen, aus: *Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Hrsg.) (2009): Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität*, Nr. 7, Wien, S. 35-49
- Brandt, Torsten/Thorsten Schulten (2011): Le rôle de la libéralisation et de la privatisation des services publics dans l'érosion de la convention collective de branche en Allemagne, in: *Hazouard, Solène/Lasserre, René/Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Relations sociales dans les services d'intérêt général - Une comparaison France-Allemagne*, Cergy-Pontoise, pages 113-128
- Brandt, Torsten/Hermann, Christoph (2012): Between former monopolists and new competitors: Fragmentation and deterioration of employment conditions in postal services, in: *Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (eds.): Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality*. London
- Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten (2012): Privatisation and the impact on labour relations, in: *Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (Hrsg.): Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions and Service Quality*, London
- Braudel, Fernand (1994): *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Phillips II*, zweiter Band, Frankfurt a.M.
- Braverman, Harry (1980): *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt a.M.
- Brehmer, Wolfram/Klenner, Christina/Klammer, Ute (2010): Wenn Frauen das Geld verdienen - eine empirische Annäherung an das Phänomen der "Familienernährerin", *WSI-Diskussionspapier*, Nr. 170; Juli 2010
- Bremme, Peter/Fürniß, Ulrike/Meinicke, Ulrich (2007): *Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften*, Hamburg
- Brenke, Karl (2010): Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, in: *DIW-Wochenbericht*, Nr. 46/2010, S. 2-15
- Brenke, Karl (2012): Geringe Stundenlöhne, lange Arbeitszeiten, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 21/2012, S. 3-11
- Bröckling, Ullrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a.M.
- Bruckmeier, Karl (1997): NGO-Netzwerke als globale Umweltakteure, in: *Brand, K.-W., (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung: Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen, S. 131-148
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (2006): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte,*

- Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.) (2008): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt a.M.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- BMU (1992): Agenda 21. Abschlußerklärung der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (deutsche Übersetzung); download: <http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf> (download am 07.12.2014)
- BMU (2002): Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen. 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven, Bonn
- Bundesregierung (2003): Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag; download http://www.documentarchiv.de/brd/2003/rede_schroeder_03-14.html (am 07.12.2014)
- Bundesregierung (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, Berlin
- BUND/Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Brot für die Welt (Hrsg.) (2008a): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zu einer gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt
- BUND/ Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Brot für die Welt (Hrsg.) (2008b): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke in die Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1995): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag von BUND und Misereor. Kurzfassung, Bonn
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1998): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie (fünfte Auflage), Basel
- Büchle, Herwig/Wohlgenannt, Lieselotte (1985): Grundeinkommen ohne Arbeit, Wien
- Burawoy, Michael (1984): The Contours of Production Politics, IIVG/pre 84-206, Berlin
- Burawoy, Michael (1984): The Contours of Production Politics, Berlin
- Burckhardt, Gisela (2012): Soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten. Freiwillig, verlässlich, gut? Studie im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, Bonn
- Busch-Lüty, Christiane et al. (Hrsg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, in: Politische Ökologie, Sonderheft 6, München, S. 12-17
- Busch-Lüty, Christiane (1996): Nachhaltige Entwicklung als Ziel und selbstorganisierender Verständigungsprozeß, in: Biesecker, Adelheid/Grenzdörfer, Klaus (Hrsg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens, Pfaffenweiler, S. 141-160
- Bust-Bartels, Axel (1985): Das Recht auf Einkommen eine systemsprengende Reform?, in: Widersprüche, Heft 14, S. 25-54
- Carnoy, Martin (2000): Sustaining Flexibility: Work, Family and Community in the

- Information Age, Cambridge, MA
- Castel, Robert (1995): *Les métamorphoses de la question sociale, une chronique du salariat*, Paris
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz
- Castel, Robert (2000b): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs, in: *Mittelweg* 36 9 (3), S. 11-25
- Castel, Robert (2001): Die neue soziale Frage. Aushöhlung, Zusammenbruch oder Reorganisation der Erwerbsgesellschaft, in: *FR* vom 04.09.2001
- Castel, Robert (2011): *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheit und die Zukunft des Individuums*, Hamburg
- Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York, S. 21-34
- Castells, Manuel (1996): *The Information Age. Economy, Society and Culture, (Volume I) The Rise of the Network Society*, Oxford
- Castells, Manuel (1997): *The Information Age. Economy, Society and Culture, (Volume II) The Power of Identity*, Oxford
- Castells, Manuel (1998): *The Information Age. Economy, Society and Culture, (Volume III) The End of Millenium*, Oxford
- Castells, Manuel (2000): Elemente einer Theorie der Netzwerkgesellschaft, in: *SLR*, H. 41, S. 37-55
- Castells, Manuel (2001a): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*, Opladen
- Castells, Manuel (2001b): Informationstechnologie und globaler Kapitalismus, in: Hutton, Will/Giddens, Anthony (Hrsg.): *Zukunft des globalen Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Castells, Manuel (2002): *Die Macht der Identität. Teil 2 der Trilogie Das Informationszeitalter*, Opladen
- Castells, Manuel (2003): *Jahrtausendwende. Teil 3 der Trilogie Das Informationszeitalter*, Opladen
- Castells, Manuel (2005): *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden
- Castells, Manuel (2009): *Communication power*, Oxford/New York
- Cooley, Mike (1980): Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, in: *Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise*, Band 15, Hamburg
- Council on Environmental Quality (1980): *Global 2000 - Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt a.M.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt
- Crouch, Colin (2013): Die Demokratie braucht die Gewerkschaften, in: *Mitbestimmung* 4/2013, S. 49-51
- Dauderstädt, Michael (2010): Die offenen Grenzen des Wachstums, in: *Reihe WISO Direkt – Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, herausgegeben von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn; download: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06973.pdf> (am 08.12.2014)
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2003): Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozialstaats. Gesellschaftliche Modernisierung durch angebotsorientierte Sozialpolitik, in: Dahme, Hans-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.), *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*, Opladen, S. 75 - 102

- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2004): Soziale Gerechtigkeit im aktivierenden Sozialstaat. Zur Entwicklung einer dezentralisierten und sozialraumorientierten Sozialpolitik, Manuskript; download: <http://www.e fh-bochum.de/homepages/wohlfahrt/pdf/Dahme-Wohlfahrt-Gerechtigkeit-NDV.pdf> (am 23.11.2012)
- Dahrendorf, Ralf (1980): Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft - Wandlungen der sozialen Konstruktion des menschlichen Lebens, in: Merkur 34, Heft 8, S. 747-760
- Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Dt. Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a.M/New York, S. 25-35
- Dahrendorf, Ralf (1983b): Die Tätigkeitsgesellschaft, in: Ders., Die Chancen der Krise, Stuttgart, S. 88-100
- Daly, Herman/Cobb, John (1989): For the Common Good, Boston
- Daly, Herman (1991): Steady State Economics, Washington
- Daly, Herman (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Boston
- Daly, Herman (2005): Economics in a Full World, in: Scientific American, September 2005, S. 100-107; download: http://steadystate.org/wp-content/uploads/Daly_SciAmerican_FullWorldEconomics%281%29.pdf (am 08.2014)
- De Graaf, Willibrord/Khristova, Andréana (2005): Active labour policies and social rights: whither subsidised employment? Conference paper, Brussels
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster
- Demirovic, Alex (1997): Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft, in: Ders. (Hrsg.), Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster, S. 218-259
- Demirovic, Alex (2004): Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie, in: Beerhorts, Joachim/Demirovic, Alex/Guggemos, Michael (Hrsg.): Kritische Gesellschaftstheorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M., S. 475-499
- Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven, Münster
- Demirovic, Alex (2008): Mitbestimmung und Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7/2008, S. 387-393
- Der Paritätische Gesamtverband (2012): Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, Berlin
- Dettling, Warnfried (1999): Zukunftsbilder, in: Mitbestimmung 3/99, S. 13-17
- Dettling, Daniel (2003): Nach der Vertreibung aus dem Wirtschaftswunderland. Zukunftsfähige Gewerkschaften müssen den Übergang organisieren und dürfen nicht den Untergang der klassischen Arbeit beklagen, in: FR vom 16. Mai 2003
- Deutscher Bundestag (Hrsg./1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Endbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages. Zur Sache 4/98. Bonn
- Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300 vom 03.05.2013
- Deutscher Gewerkschaftsbund (1996): Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.-16. November 1996 in Dresden

- DGB-Bundesvorstand (2012): Solidarische Ökonomie stärken!, Klartext Nr. 44/2012 vom 19.12.2012, Berlin; download
<http://www.dgb.de/themen/++co++266fe35e-4a81-11e2-9e79-00188b4dc422>
(am 08.12.2014)
- DGB-Bundesvorstand (2012): Ein Marshallplan für Europa, Berlin; download:
<http://www.dgb.de/themen/++co++64b9f550-4081-11e2-9bfd-00188b4dc422>
(am 23.12.2012)
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Arbeit und Ökologie. Projektabschlussbericht (herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung), Düsseldorf
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2003): Beschäftigung im Niedriglohnbereich. Probleme. Lösungsansätze und wirtschaftspolitische Implikationen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 2003, Heft 72
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2003): Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern, DIW-Wochenbericht, Nr. 50; download:
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.76990.de/07-50-1.pdf
(am 08.12.2014)
- Döhl, Volker/Kratzer, Nick/Sauer, Dieter (2000): Krise der NormalArbeit(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit – neue Anforderung an Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 53, S. 5-17
- Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen, in: Arbeit, Heft 1, JG 15, S. 181-193
- Dörre, Klaus (2007): Unsichere Arbeitsgesellschaft – wo kann, wo soll politische Steuerung heute ansetzen?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Zukunft des Sozialstaats – Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Bonn, S. 5-13
- Dörre, Klaus (2009): Gewerkschaften und die Zone der Prekarität – Anregungen für eine Neujustierung der Arbeitspolitik, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 183-189
- Dörre, Klaus (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma. Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2/2013, S. 149-151
- Dörre, Klaus (2014): Prekarisierung und Gewerkschaften – Gegenstand einer öffentlichen Soziologie, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten, Frankfurt a.M., S. 25-48
- Dostal, Jörg Michael (2012): The German Political Economy Between Deregulation and Re-regulation: Partly Discourses on Minimum Wage Policies, in: The Korean Journal of Policy Studies, Vol. 27, No. 2, 2012, pp. 92-120; download
http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Kontrovers/Mindestlohn/Dostal%202012%20Minimum%20wage%201t700394.pdf (am 08.12.2014)
- Drautz, Cordula (2011): Arbeit und Autonomie. Plädoyer für eine nachhaltige Arbeitspolitik, in: Politik und Zeitgeschichte (APuZ 15/2011), S. 41-46; download:
<http://www.bpb.de/files/59ME3U.pdf> (am 08.12.2014)
- Dreyfus, Hubert/Rabinow, Paul (1994): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim
- Dribbusch, Heiner/Birke, Peter (2012): Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Berlin

- Duby, Georges (1977): Krieger und Bauern. Die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter, Frankfurt a.M.
- Duby, Georges (1981): Die drei Ordnungen: Weltbild des Feudalismus, Frankfurt a.M.
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt a.M.
- Ebringhoff, Julia (2005): Nachhaltige Lebensführung? Fähigkeit der Personen und Gestaltungsaufgabe einer subjektorientierten Arbeitskraftpolitik, in: Großmann, Kathrin/Hahn, Ulrike/Schröder, Jana (Hrsg.): Im Prinzip Nachhaltigkeit: Akteurskonstellationen und Handlungsmöglichkeiten in interdisziplinärer Betrachtung, München, S. 14-41
- Egloff, Nicolai (1996): Postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft oder industrielle Arbeitsgesellschaft?, in: Schmiede, Rudi (Hrsg.): „Virtuelle Arbeitswelten“ - Arbeit, Produktion und Subjekt in der „Informationsgesellschaft“, Berlin
- Egloff, Nicolai (2000): Wissen, Arbeit und Organisation. Die Theorie der Wissensgesellschaft als Gesellschaftstheorie, Dissertation, Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Darmstadt; download: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/93/1/disslhb.pdf> (am 08.12.2014)
- Ehlscheid, Christoph /Pickshaus, Klaus /Urban, Hans-Jürgen (2010): Die große Krise und die Chancen der Gewerkschaften – Ein Beitrag zur Strategiedebatte, in: Sozialismus, Heft 6, S. 43-49
- Ehrlich et al. (1999): Knowledge and the environment, in: Ecological Economics, H. 30, S. 267-284
- Ekardt, Felix (2005): Das Prinzip Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit und globale Nachhaltigkeit, München
- Ekardt, Felix (2011): Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, Baden-Baden (zugleich: Neufassung der Habilschrift 2003)
- Ekardt, Felix (2011b): Die Energiewende gelingt nicht rein technisch. Die Pläne der Bundesregierung reichen nicht. Ewiges Wachstum ist mit Nachhaltigkeit unvereinbar, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.06.2011, S. 20; download <http://www.felix-ekardt.eu/files/texts/SZ-Energie1.pdf> (am 08.12.2014)
- Elsen, Susanne (1998): Gemeinwesenökonomie - eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung, Neuwied/Kriftel
- Elsen, Susanne (2004): Gemeinwesenökonomie. Idee, Entwicklungsansätze und Voraussetzungen, in: Lindenberg, Michael/Peters, Lutz (Hrsg.): Die gelebte Hoffnung der Gemeinwesenökonomie, Bielefeld, S. 99-133
- Ende, Michael (1973): Momo, Stuttgart
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1999): Abschlußbericht. Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Bonn
- Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses Berlin (1999): Zukunftsfähiges Berlin, Berlin
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für Alle, Düsseldorf
- Erlinghagen, Marcel/Wagner, Gerd (1998): Klassifikation der Arbeit, unveröffentlichtes Manuskript, Projekt Arbeit & Ökologie, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
- Erlinghagen, Marcel/Rinne, Karin/Schwarze, Johannes (1997): Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv? Analysen mit dem Sozioökonomischen Panel 1985 bis 1996. Diskussionspapier Nr. 97-10, Lehrstuhl für

- Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft, Bochum
- Erlinghagen, Marcel (2004): Die Restrukturierung des Arbeitsmarktes. Arbeitsmarktmobilität und Beschäftigungsstabilität im Zeitverlauf, Wiesbaden
- Erlinghagen, Marcel (2010): Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland, herausgegeben vom DIW in der Reihe SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 279, Berlin
- Erlinghagen, Marcel (2011): „Arbeitsmärkte und Erwerbsverläufe in der ‚Risikogesellschaft‘. Ulrich Becks Thesen zur ‚Zweiten Moderne‘ nach 25 Jahren“. Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Erlinghagen am 25. Mai 2011 an der Universität Duisburg-Essen
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenich, St./Ostner, I. (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt a.M., S. 19-56
- Esping-Andersen, Gøsta (2002): Why we need a new welfare state, Oxford
- Esping-Andersen, Gøsta (2004): Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 1-2, S. 189-210
- European Commission, Secretariat General (2008): Progress on EU Sustainable Development Strategy. Final Report, Brussels/Rotterdam
- Eßer, Klaus (1993): Lateinamerika – Industrialisierung ohne Vision, in: blätter des iz3w, Nr. 187, Februar 1993, S. 9-12
- Esteva, Gustavo (1992): FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Entwicklungsdenken, Frankfurt a.M./Wien
- Fahimi, Yasmin (2009): Von der entgrenzten Arbeit zur Guten Arbeit im Modell Deutschland, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 122-134
- FDP (2005): Beschluss des 56. Bundesparteitages der FDP vom 5.-7. Mai 2005, KoBüNE (Kommission Bürgergeld Negative Einkommenssteuer), Das liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht, Berlin
- Fischer, Frank (1997): Sustainable Development: Umweltpolitik zwischen Expertenherrschaft und Demokratisierung, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Heft 34, S. 43-52
- Fischer-Lescano, Andreas (2014): Versagen der Institutionen. Was wir aus den Verhandlungen zum Freihandel mit Kanada und den USA über Gerechtigkeit lernen können, in: FR vom 2./3. Oktober 2014, S. 5
- Fligstein, Neil (2000): Verursacht Globalisierung die Krise des Wohlfahrtsstaats? In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3, S. 349-378
- Foucault, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses, München
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (1994): Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim, S. 243-261
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977 - 1978, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977 - 1978, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004b): Geschichte der Gouvernementalität: Die Geburt der Biopolitik.

- Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979, Frankfurt a.M.
- Fourastié, Jean (1954): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz
- Frankfurter Rundschau (2012): Ewiges Wachstum kann es nicht geben. Barbara Unmüßig über ökologische Grenzen, 14. Juni 2012, S. 19
- Frankfurter Rundschau (2012): 30-Stunden-Woche für junge Väter und Mütter, 28. Dezember 2012, S. 6
- Frerichs, Joke (1995): Zum Begriff des Politischen in den industriellen Beziehungen. Demokratietheoretische Überlegungen zu einer vernachlässigten Dimension der Industriesoziologie, in: Arbeit, Heft 4, Jg. 4, S. 408-424
- Friedman, Andrew. (1977): Industry and Labour. Class Struggle at Work and Monopoly Capitalism, London
- Friedman, Andrew (1987): Managementstrategien und Technologie: Auf dem Weg zu einer komplexen Theorie des Arbeitsprozesses, in: Hildebrandt, E./Seltz, R. (Hrsg.): Managementstrategien und Kontrolle. Eine Einführung in die Labour Process Debate, Berlin, S. 99-131
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/2009, Berlin, S. 54-67
- Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Endbericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Bonn
- Garhammer, Manfred (1999): Wie die Europäer ihre Zeit nutzen, Berlin
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen
- Gellert, Christian Fürchtegott (1746): Der Blinde und der Lahme; download: <http://www.gutenberg.org/cache/epub/9335/pg9335.html> (am 18.12.2012)
- Gershuny, Jonathan (1979): The Informal Economy. Its Role in Post-Industrial Society, in: Futures, Heft 1, pages 3-15
- Gershuny, Jonathan/Pahl, Robert (1980): Britain in the decade of the three economics, in: New Society, January
- Gershuny, Jonathan (1981): Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt a.M./New York
- Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (2001): Ein neuer Blick auf die Arbeit. Auszüge aus einem Memorandum der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA) zum Strukturwandel der bezahlten und der unbezahlten Arbeit, in: FR, 23.07.2001
- Giarini, Orio/Liedtke, Patrick M. (1997): Wie wir arbeiten werden. Bericht an den Club of Rome, Hamburg
- Girschner, Christian (2011): Die Weltwirtschaftskrise und das plötzliche Verschwinden des „Postfordismus“. Lautloser Niedergang einer Theorie, in: Le Bohémien, 7. März 2011; download: <http://le-bohemien.net/2011/03/07/lautloser-niedergang-einer-theorie/> (am 09.12.2014)
- Göbel, Jahn/Richter, Maria (2007): Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/2007, Berlin, S. 753-761
- Göbel, Jahn/Gorning, Martin/Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/2010, Berlin, S. 2-7
- Göbel, Jahn/Habich, Reinhard/Krause, Peter (2013): Einkommensentwicklung: Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2013, Wiesbaden
- Görg, Christoph (1996): Sustainable Development - Blaupause für einen ökologischen Kapitalismus, in: Brentel, H. (Hrsg.): Elemente kritischer Theorie, S. 178-193,

- Frankfurt a.M.
- Gorz, André (1980): Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt a.M.
- Gorz, André (1983): Wege ins Paradies, Berlin
- Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg
- Gorz, André (1991): Und jetzt wohin?, Nördlingen
- Gorz, André (1996): Zur Zukunft der Industriegesellschaft, in: Jahrbuch Arbeit und Technik 1996, S. 149-158, Bonn
- Gorz, André (1998a): Jenseits der Erwerbsarbeit. Die gesellschaftliche Anerkennung einer veränderten Wirklichkeit tut not, in: Politische Ökologie, Heft 54, S. 50-54
- Gorz, André (1998b): Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7; download:
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1998/1998-06-a-349.pdf> (am 08.12.2014)
- Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a.M.
- Gorz, André (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich
- Gorz, André (2007): Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich
- Greifenstein, Ralph/Weber, Helmut (2007): Vom Klassiker „Humanisierung der Arbeit“ zum Zukunftsprogramm „Gute Arbeit“, WISO direkt, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, September 2007, Bonn
- Grenzdörfer, Klaus (Hrsg.) (1996): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens, Pfaffenweiler
- Grossmann, Katrin et al. (Hrsg.) (2005): Im Prinzip Nachhaltigkeit. Akteurskonstellationen und Handlungsmöglichkeiten in interdisziplinärer Betrachtung, München und Mering, S. 14-41
- Groh-Samberg, Olaf/Hertel, R. (2011): Laufbahnklassen – Zur empirischen Umsetzung eines dynamisierten Klassenbegriffs mithilfe von Sequenzanalysen, herausgegeben vom DIW, Reihe SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 374, Berlin; download:
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.372555.de/diw_sp0374.pdf (am 14.05.2013)
- Grotian, Peter/Kück, Marlene (1983): 10 000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, in: Bolle, Michael/Grotian, Peter (Hrsg.): Arbeit schaffen - jetzt, Reinbek bei Hamburg
- Guillaume, Paoli (1999): Wer hat Angst vor der freien Zeit?, in: Kommune 4/1999
- Guillaume, Paoli (2002): Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche, Aufrufe, Manifeste und Faulheitspapiere der Glücklichen Arbeitslosen, Berlin
- Hack, Lothar/Hack, Irmgard (1985): Die Wirklichkeit die Wissen schafft. Zum wechselseitigen Begründungsverhältnis von ‚Verwissenschaftlichung der Industrie‘ und ‚Industrialisierung der Wissenschaft‘, Frankfurt a.M.
- Hack, Lothar/Hack, Irmgard (1986): Gesamtarbeiter, aufgemischt und umgeforscht: veränderte Formen und Strukturen industrieller Produktionssysteme, in: Prokla, Jg. 16, S. 46-63
- Hagen Lesch (2008): Betriebliche Bündnisse für Arbeit in der Metall- und Elektroindustrie, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, 35. Jahrgang, Heft 4/2008, Köln
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations

- of Comparative Advantage, Oxford
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2006): In Balance arbeiten und leben. Forschungsimpulse für eine innovative Arbeits(zeit)gestaltung, Düsseldorf
- Harborth, Hans-Jürgen (1992): Sustainable Development – dauerhafte Entwicklung, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, S. 231-247, Bonn
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M.
- Hart, Keith (1973): Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana, in: Journal of Modern African Studies, vol. 11, pages 61-89
- Hasel, Margerete/Höningsberger, Ute (2001): Das Zeitalter des Zugangs. Ein Interview mit dem amerikanischen Wirtschaftskritiker Jeremy Rifkin, in: Mitbestimmung 10/2001, S. 52-56
- Haubner, Dominik (2014): (Schein-)Werkverträge im Spannungsfeld von Flexibilisierung und Regulierung der Arbeit. Eine branchenübergreifende Bestandsaufnahme im Saarland, herausgegeben von der Arbeitskammer des Saarlandes in der Reihe AK-Texte, Saarbrücken
- Hauf, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven
- Haug, Frigga (2009): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg
- Hawrylyshyn, Oli (1977): Towards a Definition of Non-Market Activities, in: The Review of Income and Wealth, No. 1, 79-96
- Heinrich-Böll-Stiftung (2002): Die scheinbaren Anwälte der Erde entpuppen sich als Verkäufer, in: FR vom 23.09.2002, S. 9
- Heinrich, Michael (2005): Krise der Arbeitsgesellschaft – Krise des Kapitalismus?, in: Exner, Anderas (Hrsg.): Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft, Münster, S. 25-31
- Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (1982): Arbeitsgesellschaft in der Krise - Chance für den informellen Sektor?, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Nr.3-4
- Heinze, Rolf G./Offe, Claus (1986): Am Arbeitsmarkt vorbei. Überlegungen zur Neubestimmung „haushaltlicher“ Wohlfahrtsproduktion in ihrem Verhältnis zu Markt und Staat, in: Leviathan 14, S. 471-495
- Heinze, Rolf G./Offe, Claus (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring, Frankfurt a.M.
- Heinze, Rolf G. (2002): Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?, Wiesbaden
- Hennicke, Peter/Bodach, Susanne (2010): Energierevolution: Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung, München
- Hermann, Christoph (2008): Kampf um die Arbeitszeit. Ein Überblick, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 150, 38 Jg., Nr.1, S. 83-102
- Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (2012): Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions and Service Quality. London: Routledge
- Herrera, Amilcar/Skolnik, Hugo (1976): Die Grenzen des Elends - Das Bariloche-Modell, Frankfurt a.M.
- Heuwinkel, Ludwig (2005): Zeitperspektiven innerhalb und jenseits der Erwerbsarbeit, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Heft 51, S. 5-25

- Heydorn, Hans-Joachim (1980): Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs, in: Ders., Ungleichheit für alle, Frankfurt a.M., S. 95-184
- Heydorn, Hans-Joachim (1980): Überleben durch Bildung, in: Ders., Ungleichheit für alle, Frankfurt a.M., S. 282-301
- Hildebrandt, Eckart (1997): Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise – einige Überlegungen, in: Brand, Karl Werner (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung – Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen
- Hildebrandt, Eckart (1998): Arbeit und Nachhaltigkeit, Manuskript
- Hildebrandt, Eckart (1999): Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin
- Hildebrandt, Eckart (2003): Arbeit und Nachhaltigkeit. Wie geht das zusammen?, in: Linne, Gudrun/Schwarz, Michael (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar, Opladen, S. 381-394
- Hildebrandt, Eckart (2006): Intergration über Arbeitszeitpolitik, in: Siller, Peter/Dückert, Thea/Baumann, Arne (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Neue Wege in einer gerechten und emanzipativen Arbeitszeitpolitik, Berlin, S. 297-307
- Hildebrandt, Eckart (2007): Die Entgrenzung von Arbeit und Leben: Flexible Arbeitszeiten zwischen ökonomischen Zugriff und individuellen Interessen, in: Hildebrandt, Eckart/Jürgens, Ulrich/Oppen, Maria/Teipen, Christina (Hrsg.): Arbeitspolitik im Wandel. Entwicklung und Perspektiven der Arbeitspolitik, Berlin, S. 57-76
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg
- Hirsch, Joachim (1993): Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus, in: links 7, 8
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin-Amsterdam
- Hirsch, Joachim (1999): Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Langfassung des Dossiers in Jungle World Nr. 24 vom 09. Juni 1999
- Hirsch, Joachim (2009): Weltwirtschaftskrise 2.0 oder der Zusammenbruch des neoliberalen Finanzkapitalismus; in: Zeitschrift für kritische Theorie 28-29, S. 182-186
- Hofmeister, Sabine (1999): Über die Produktivität des Reproduktiven. Der Beitrag des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“ zum Nachhaltigkeitsdiskurs, in: Weller, I./Hoffmann, E./Hofmeister, S. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Bielefeld, S. 73–98
- Hohenleitner, Ingrid/ Straubhaar, Thomas, u. a. (2007): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, in: HWWI (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg
- Holst, Elke (2009): Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten, aus: DIW-Wochenbericht Nr. 25/2009, S. 409-415
- Holst, Hayo/Nachtwey, Oliver/Dörre, Klaus (2009): Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Eine Studie im Auftrag der Otto- Brenner-Stiftung, Frankfurt a.M.
- Holtrup, André/Spitzley, Helmut (2008): Kürzer arbeiten – besser für alle. `Kurze Vollzeit` und `Vollbeschäftigung neuen Typs`. Ökonomische Grundlagen und soziale Chancen, in: Zimpelmann, Beate/Endl, Hans-L. (Hrsg): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg, S. 111-139
- Horkheimer, Max (1937): Traditionelle und kritische Theorie, in: Ders., Gesammelte

- Schriften, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 162-216
- Huber, Berthold (2005): Betriebliche Abweichungen im Flächentarifvertrag. Zur Tarifpraxis der IG Metall, Präsentation auf dem Sozialwissenschaftlichen Symposium der Hans-Böckler-Stiftung, Erfurt, 01.09.2005
- Huber, Joseph (1984): Die zwei Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft, Frankfurt
- Huffschild, Jörg (2008): Die Bedeutung der EU für die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, in: Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten/Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.) (2008): Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg, S. 14-41
- IG Metall Projekt Gute Arbeit (2007): Handbuch "Gute Arbeit". Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis, Hamburg
- IG Metall/IG BCE (2011): Qualitatives Wachstum für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft. Positionsbestimmung von IG Metall und IG BCE, Frankfurt am Main/Hannover, 06. September 2011
- Il Manifesto (1972): „il manifesto“ - Für eine organisierte politische Bewegung. Internationale Marxistische Diskussion 23, Berlin
- Illich, Ivan (1978): Nützliche Arbeitslosigkeit - eine gesellschaftliche Alternative, in: Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise. Band 10, Hamburg
- Illich, Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit, Hamburg
- IMK-WSI-Arbeitskreis Kombilohn (2006): Kombilöhne – Zwischen Illusion und Wirklichkeit, IMK-Report Nr. 8, 2006; download: www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_08_2006.pdf (am 22.12.2014)
- Inglehart, Ronald (1977a): Wertewandel in den westlichen Gesellschaften, in: Klages, H./Kmieciag, P. (Hrsg.) (1979): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M.
- Inglehart, Ronald (1977b): The Silent Revolution, Princeton
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013): IAB-Betriebspanel 2012, Nürnberg
- Institut Solidarische Moderne (2010): Gründungsaufwurf des Instituts Solidarische Moderne. Verabschiedet am 31. Januar 2010 in Berlin; download: <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/2.vorstellung.html> (am 22.04.2014)
- Jänicke, Sophie/Ohl, Kay/Wagner, Hilde (2008): Es wird Zeit! Ansätze einer neuen Arbeitszeitdebatte in der IG Metall, aus: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 150, 38 Jg., Nr.1, S. 103-112
- Jentgens, Barbara/Wagner, Hilde (2007): Probleme und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik aus dem Bereich der IG Metall, WSI-Mitteilungen 4/2007, S. 216-220
- Jessen, Johann et al. (1988): Arbeit nach der Arbeit. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit, Opladen
- Joachimsen, Beate (2013): Wohlstand messen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 2. Juli 2012, S. 19-23
- Jürgens, Kerstin (2011). Prekäres Leben, in: WSI-Mitteilungen 8/2011, S. 379-385, Düsseldorf
- Jürgens, Kerstin/Reinecke, Karsten/Krüger-Wallat, Karen/Kurmeyer, Christine/Siegmung, Kerstin (1998): Zwischen Volks- und Kinderwagen. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der Volkswagen AG auf die Alltagsarrangements von Schichtarbeiterfamilien, Hannover
- Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (1984): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang

- von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan, Sonderheft (5), Opladen
- Jürgens, Ulrich (2007): Arbeitspolitik: Zur Entwicklung eines Forschungsprogramms, in: Hildebrandt, Eckart et al. (Hrsg.): Arbeitspolitik im Wandel. Entwicklung und Perspektiven der Arbeitspolitik, Berlin, S. 17-56
- Jungfer, Uwe (1993): Die Krise als Chance? Zum Stand der Debatte um Weltmarktintegration, aus: links 11/93, S. 11-12
- Jurczyk, Karin (2005): Work-Life-Balance und geschlechtergerechte Arbeitsteilung. Alte Fragen neu gestellt, in: Seifert, Hartmut (Hrsg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt, Frankfurt a.M./New York, S. 102-120
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2012): Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r arbeitet für einen Niedriglohn, herausgegeben als IAQ-Report 01/2012, Duisburg
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2014): Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,5€ verändern könnte, IAQ-Report 02/2014, Duisburg
- Kambartel, Friedrich (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, Axel (Hrsg.): Pathologie des Sozialen, Frankfurt a.M., S. 123-139
- Kaplinsky, Raphael (1986): Microelectronics and Work revisited: a Review, report prepared for the International Labour Organization, Brighton: University of Sussex Institute of Development Studies
- Keller, Berndt (2008): Einführung in die Arbeitspolitik. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive, 7., vollständig überarbeitete Auflage 2008, München
- Keller, Berndt/Schulz, Susanne/Seifert, Hartmut (2012): Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010, WSI-Diskussionpapier Nr. 182, Düsseldorf
- Kempe, Martin (1998): Die Job Wende, Frankfurt a.M.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1983): Arbeit und Sozialcharakter: Alte und neue Konturen, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen auf dem 21. Soziologentag in Bamberg 1982, Frankfurt a.M.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1985): Das Ende der Arbeitsteilung? – Eine Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr.1, S. 27-39
- Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, New York
- King, Alexander (1991): The First Global Revolution: a Report by the Council of the Club of Rome, New York
- Kipping, Katja (2008): Und weil der Mensch ein Mensch ist... – Zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, in: Klute, Jürgen/Kotlenga, Sandra (Hrsg.): Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz. Fünf Jahre Hartz-Reformen: Bestandsaufnahme – Analysen – Perspektiven, Göttingen, S. 179-186
- Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.

- Wort des Rates der der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn
- Klages, Helmut (1983): Wertwandel: Chancen der Synthese von Pflicht- und Selbstentfaltungswerten, in: Bericht der Kommission "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung", im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg, Nov. 1983
- Klammer, Ute (1998): Reformbedarf und Reformoptionen der sozialen Sicherung vor dem Hintergrund der "Erosion des Normalarbeitsverhältnisses", in: Eicker-Wolf, Kai et al. (Hrsg.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat, Marburg, S. 249-287
- Klammer, Ute/Klenner, Christina (1999): Hoffnungsträger "Dritter Sektor" – neue Arbeit für Frauen?, in: Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hrsg.) Es rettet uns kein höheres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 59-93
- Klammer Ute/Tillmann, Katja (2001): Flexicurity - Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW, Düsseldorf
- Klammer, Ute (2003): Frauen brauchen mehr als Familienpolitik, in: FR vom 06.03.2003, S. 7
- Klammer, Ute (2005): Soziale Sicherung, in: Hans-Böckler Stiftung (Hrsg.): WSI-FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Frauen, Düsseldorf, S. 307-382
- Klammer, Ute (2007): Flexicurity aus der Perspektive des Lebensverlaufs, in: Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (Hrsg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin, S. 249-273
- Klammer, Ute/Leiber, Simone (2008): Wohlfahrtsstaatswandel in Europa: Konvergenz der Aktivierungspolitiken?, in: Busch, Klaus (Hrsg.): Wandel der Wohlfahrtsstaaten in Europa, Baden-Baden, S. 95-139
- Klemmer, P./Becker-Soest, D./Wink, R. (1998): Leitstrahlen, Leitbilder und Leitplanken – die drei großen „L“ der Nachhaltigkeitspolitik, in: Renner, A./Hinterberger, F. (Hrsg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus, Baden Baden, S. 45-71
- Klenner, Christina (2005a): Balance von Beruf und Familie – Ein Kriterium guter Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 4/2005. Schwerpunktheft Gute Arbeit, S. 207-213
- Klenner, Christina (2005b): Arbeitszeit, in: Hans-Böckler Stiftung (Hrsg.): WSI-FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Frauen, Düsseldorf, S. 187-240
- Klenner, Christina/Pfahl, Svenja (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma. Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden, WSI-Diskussionspapier Nr. 158, Düsseldorf
- Knaup, Bettina (1992): Beschleunigung und Entdemokratisierung, in: Oblong, Dirk (Hrsg.): Zeit und Nähe der Industriegesellschaft, Alheim, S. 223-230
- König, Helmut (1990): Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit: Zur Kritik einer aktuellen Debatte, in: König, H./Greif, B.v./Scheuer, H. (Hrsg.): Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan Sonderheft 11/1990, S. 322-347
- Köppe, Stephan/Starke, Peter/Leibfried, Stephan (2008): Sozialpolitik. Konzepte, Theorien und Wirkungen, ZeS-Arbeitspapier Nr. 06/2008, Bremen
- Koch, Claus (1998): Arbeit verbindet nicht, Arbeit trennt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/7, S. 67-78
- Kocher, Eva et al. (2013): Das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie, Baden-Baden

- Kocka, Jürgen (2000): Erwerbsarbeit ist nur ein historisches Konstrukt, in: FR vom 09. Mai 2000, S. 11
- Kocka, Jürgen/Offe, Klaus (2000): Einleitung, in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus (Hrsg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt a.M., S. 9-18
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 37, H. 1/1985, S. 1-29
- Kohli, Martin (2000): Arbeit im Lebensverlauf: Alte und neue Paradoxien, in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus (Hrsg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt a.M., S. 362-382
- Kohlmorgen, Lars (2004): *Regulation, Klasse, Geschlecht – Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus*, Münster
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): *Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament*, KOM (2009) 433; download: [\(am 09.12.2014\)](http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:HTML (am 09.12.2014))
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Kommission) (1996): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern*, Bonn
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Kommission) (1997a): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil II Ursachen steigender Arbeitslosigkeit*, Bonn
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Kommission) (1997b): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern*, Bonn
- Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (2002): *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Kurzbericht*; download: [\(am 09.12.2014\)](http://doku.iab.de/chronik/2x/2002_08_16_20_hartzendbericht.pdf (am 09.12.2014))
- Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (1992): *Rio – Erklärung über Umwelt und Entwicklung. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, zum Abschluss ihrer Tagung vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro*; download: [\(am 09.12.2014\)](http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf (am 09.12.2014))
- Kopfmüller, Jürgen/Brandl, Volker/Jörissen, Juliane u. a. (2001): *Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren*, Berlin
- Krämer, Hagen (2009): *Wen beglückt das BIP?*, herausgegeben in der Reihe WISO-Direkt, *Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Dezember 2009
- Kratzer, Nick (2003): *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*, Berlin
- Kratzer, Nick/Sauer, Dieter (2007): *Entgrenzte Arbeit - gefährdete Reproduktion. Genderfragen in der Arbeitsforschung*, in: Aulenbacher et al. (Hrsg.): *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog*, Wiesbaden, S. 235-249
- Kroll, Christian (2013): *Wir brauchen neue Indikatoren – und ein Glücks-Audit für die Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62. Jahrgang, 2. Juli 2012, S. 27-32
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten*

- Kapitalismus, Frankfurt/New York
- Kronauer, Martin (2006): Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft, in: Siller, Peter/Dückert, Thea/Baumann, Arne (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Neue Wege in einer gerechten und emanzipativen Arbeitszeitpolitik, Berlin, S. 69-78
- Kronauer, Martin (2007): Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen, in: WSI-Mitteilungen 7/2007, S. 365-372
- Kronauer, Martin (2010): Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart, in: Kronauer, Martin (Hrsg.): Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart, Bielefeld, S. 24-58
- Kronauer, Martin/ Linne, Gudrun (Hrsg.) (2005): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin
- Krugman, Paul (2008): Nach Bush - Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten, Frankfurt a.M.
- Kühnlein, Irene (1997): Weniger Erwerbsarbeit - mehr Eigenarbeit?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48-49, S. 41-46
- Kümmerling, Angelika/Jansen, Andreas/Lehndorff, Steffen (2008): Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten, IAQ-Report 2008-4, Essen
- Kurz-Scherf, Ingrid/Roitsch, Jutta (2001): Ende der Arbeit oder Arbeit ohne Ende. Das „Lied vom Teilen“, Der Fall der Mauer und ein unterbrochener Diskurs über die Lebensqualität, in: FR vom 29.09.2001, S. 12
- Kurz-Scherf, Ingrid/Zeuner, Bodo (2001): Das „Dazwischen“ als Existenzweise. Über die Ambivalenz der Gewerkschaften zwischen Gegenmacht und Ordnungsmacht und die Chancen von ver.di, in: FR vom 17.03.2001, S.18
- Kurz-Scherf, Ingrid (2007): Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik, in: Aulenbacher et al. (Hrsg.), Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft, Forschung im Dialog, Wiesbaden, S. 269-284
- Leggewie, Claus (2012): Alle mögen Occupy und finden Banken doof. Aber was heißt das für die Sozialpolitik im Postindustrialismus?, in FR vom 17. 09.2012, S. 19
- Lehndorff, Steffen (2003): Soziale Nachhaltigkeit als Leitbild der Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit, in: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2002/2003, Gelsenkirchen, S. 105-111; download: <http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/jahrbuch/jahrb0203/09-lehndorff.pdf> (am 09.12.2014)
- Lehndorff, Steffen (2006): Einleitung: Das Politische in der Arbeitspolitik, in: Ders.: Das Politische in der Arbeitspolitik. Ansatzpunkte für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung, Berlin, S. 7-32
- Lehndorff, Steffen (2009): Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells, Hamburg
- Lemke, Thomas (2011): Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Hamburg
- Leontief, Wassily/Duchin, Faye (1986): The Future Impact of Automation on Workers, New York
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld
- Lessenich, Stephan (2009): Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; download: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf> (am 09.11.2014)

- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.) (2006): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York
- Lewis, Jane/Osner, Ilona (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden
- Linne, Gudrun (2003): Innovationspotentiale von Nachhaltigkeitsstrategien für die Arbeitspolitik, in: Linne, Gudrun/Schwarz, Michael (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar?, Opladen, S. 407-415
- Linne, Gudrun/Schwarz, Michael (Hrsg.) (2003): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar, Opladen
- Lippe, Rudolf zur (2012): Plurale Ökonomie. Streitschrift für Maß, Reichtum und Fülle, Freiburg
- Littig, Beate/Spitzer, Markus (2011): Arbeit neu. Erweiterte Arbeitsbegriffe im Vergleich, Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte, Arbeitspapier 229 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; download: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_229.pdf (am 09.12..2014)
- Littig, Beate (2012): Von Rio 1992 zu „Rio+20“. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 8/2012, S. 581-587
- Lødemel, Ivar/Trickey, Heather. (2001): Ein neuer Vertrag für Sozialhilfe, in: Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.), Zwischen Welfare und Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion, Linz, S. 123 -165
- Lucas, Rainer/Winterfeld, Uta v. (1998): Die „Ganze Arbeit“ als Ziel. Nachhaltigkeit als Herausforderung für eine andere Arbeit, in: Politische Ökologie, Nr. 54, Mai/Juni 1998
- Lutz, Burkhard (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt
- Lutz, Burkhard (2009): Sozialismus, warum denn nicht?, in: Mitbestimmung, Heft 1+2/2009, S. 48-51
- Marcuse, Herbert (1979): Triebstruktur und Gesellschaft, Schriften, Band 5, Frankfurt a.M.
- Marcuse, Herbert (1968): Das Ende der Utopie, in: Ders.: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt a.M.
- Mármora, Leopoldo (1992): Sustainable Development im Nord-Süd-Konflikt: Vom Konzept der Umverteilung des Reichtums zu den Erfordernissen einer globalen Gerechtigkeit, in: Prokla, Heft 86, S. 34-60
- Mármora, Leopoldo/Messner, Dirk (1993): Aktive Integration in die Weltwirtschaft statt Zwangsabkopplung, in: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 171/172/93
- Martens, Helmut (2004): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und Neue Arbeit, in: Scholz, Dieter et al. (Hrsg): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster, S. 315-329
- Marx, Karl (MEW 23) (2008): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1: Der Produktionsprozess des Kapitals, Berlin; Auflage: 37
- Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin
- Massarrat, Mohssen (1993): Der Mythos vom Freihandel, in: links 11/93, S.16-19
- McCarthy Eugene/McGaughey William (1989): Non-Financial Economics: The Case for Shorter Hours of Work, New York
- Meadows, Donella H./Meadows Dennis L./Randers, Jorgen/Behrens III, Williams W. (1972): The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome`s Project on the Predicament of Mankind, London (deutsche Ausgabe: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart)

- Meier, Klaus/Wittich, Evelin (2007): Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung. Beiträge und Diskussionen. Seminar des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17./18. Mai 2006, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte, 64
- Mies, Maria/Werlhof, Claudia, v./Benhold-Thompson, Veronika (1983): Frauen die letzte Kolonie, Hamburg
- Minssen, Heiner (1999): Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit, Berlin
- Missbach, Andreas (1997): Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt - Das Umfeld von NGO-Aktivitäten am Beispiel der internationalen Klimapolitik, in: Altvater, Elmar et al., Vernetzt und Verstrickt: Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster, S. 85-112
- Mohr, Elisabeth (2001): Einzelbesprechungen zu Franz Josef Krafeld und Andreas Walther, in: SLR, Heft 42, S. 17-18
- Moldaschl, Manfred/Voß, Günter (2002): Subjektivierung von Arbeit, München
- Moore, Barrington (1982): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt a.M.
- Mückenberger, Ullrich (2007): Ziehungsrechte. Ein zeitpolitischer Weg zur 'Freiheit in der Arbeit', in: WSI-Mitteilungen 4/2007, S. 195-201
- Mutz, Gerd (1997): Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48-49/97, S. 31-40
- Mutz, Gerd (1998). Tätigkeitsgesellschaft, in: Politische Ökologie, Heft 16, S. 59-60
- Naschold, Frieder (1985): Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik, in: Ders. (Hrsg.): Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung, New York, S. 9-48
- Narr, Wolf-Dieter (1984): Politisiert die Arbeit – Eine Anregung für Theorie und Praxis, in: Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (Hrsg.): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan, Sonderheft (5), Opladen
- Negt, Oskar (1984): Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt a.M./New York
- Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde, Göttingen
- Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift, Göttingen
- Nickel, Hildegard Maria (1999): Industriegesellschaft am Ende - Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit, in: Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hrsg.), Es rettet uns kein höheres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 9-28
- Nissen, Sylke (1994): Arbeitsplatzangst und politischer Immobilismus, in: Zeitschrift für Sozialreform, 40 Jg., Nr.12, S. 781-796
- Noll, Heinz-Herbert (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. Discussion Paper P 00-505. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin; download: <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/50283/1/311841732.pdf> (am 08.11.2014)
- Notz, Gisela (2003): Nachhaltiges Wirtschaften und die Bedeutung für ein zukunftsfähiges Geschlechterverhältnis, aus: Linne, Gudrun/Schwarz, Michael (Hrsg.), S. 423-432
- Novy, Klaus/Prinz, Michael (1978): Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Berlin
- OECD (1994): Employment/Unemployment Study: Policy Report, Paris
- Offe, Claus. (1984): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie, in: Ders.,

- "Arbeitsgesellschaft". Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a.M./New York, S.13-43
- Offe, Claus (1994): Vollbeschäftigung? Zur Kritik einer falsch gestellten Frage, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 45, Nr. 12: S. 796-806
- O'Neill, D.W./Dietz, R./Jones, N. (2010): Enough is Enough - Ideas for a Sustainable Economy in a World of Finite Resources. The Report of the Steady State Economy Conference. Center for the Advancement of the Steady State Economy (Arlington, Virginia, USA) and Economic Justice for All (Leeds, UK)
- Opielka, Michael (1985): Ökologische Sozialpolitik. Überlegungen zu einer ökologischen Sozialreform, in: Ders. (Hrsg.): Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt a.M., S. 282-310
- Opielka, Michael/Stalb, Gudrun (1986): Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht, in: Opielka, M./Vobruba, G. (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt a.M., S. 39-52
- Opielka, Michael/Vobruba, Georg (hrsg.) (1986): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt a.M.
- Opielka, Michael (2004a): Was kostet ein Grundeinkommen?, in: Leviathan, Jg. 32, Heft 4, S. 440-447
- Opielka, Michael (2004b): Grundeinkommen statt Hartz IV. Zur politischen Soziologie der Sozialreformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 49. Jg., Heft 9, S. 1081-1090
- Opielka, Michael (2007): Grundeinkommen als umfassende Sozialreform – Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags „Solidarisches Bürgergeld“, in: HWWI (Hrsg.), Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg
- Ostner, Ilona (1978): Beruf und Hausarbeit, Frankfurt a.M.
- Ostner, Ilona (1995): Sozialstaatsmodelle und die Zukunft der Frauen, in: Fricke, Werner (Hrsg.) (1995): Jahrbuch Arbeit und Technik – Zukunft des Sozialstaats, Bonn, S. 57-67
- Ostner, Ilona (1998): Frauengerechtigkeit und Familienpolitik, in: Netzler, Andreas/Opielka, Michael (Hrsg.): Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik, Opladen, S. 33-43
- Oy, Gottfried (2002): Die Ohne-Mich-AG – Oder doch lieber Jobfloater werden? Die glücklichen Arbeitslosen im Streit mit Bürokratie und Leitungsethik, in: FR vom 2. Dezember 2002, S. 13
- Pearce, David/Turner, Ken (1991): Economics of Natural Resources an the Environment, Baltimore
- Peters, Ulla (1996): Nachhaltigkeit und wie weiter? Neue kulturelle Kraft gesucht, in: blätter des iz3w, Nr. 211, Februar 1996, S. 28-31
- Pickshaus, Klaus (2004): "Gute Arbeit". Revitalisierung der Arbeitspolitik, in: Sozialismus 7-8/2004, S.17-20
- Pickshaus, Klaus (2010): Krise und Restrukturierung: Anforderungen an eine Gute-Arbeit-Strategie, in: WSI-Mitteilungen 4/2010, S. 385-387
- Pickshaus, Klaus/Reusch, Jürgen/Schröder, Lothar/Schulz, Hans-Joachim/Urban, Hans-Jürgen (2009): Gute Arbeit – vom Agenda Setting zur strategischen Debatte, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 19-26
- Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen (2009): Gute Arbeit als Strategie – Perspektiven

- gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2009): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a. M., S. 95 -112
- Pinzler, Petra (2013): Enquete-Kommission Wachstum. Was ist Lebensqualität?, in: DIE ZEIT vom 21.02.2013, S. 16-17
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt a.M.
- Pollak, Rheinhard (2010): Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland, Band 5 der Reihe Wirtschaft und Soziales, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- Priddat, Birger (2000): Soziale Diversität. Skizze zur Zukunft des Sozialstaates, in: Hildemann, K. D. (Hrsg.): Abschied vom Versorgungsstaat? Erneuerung sozialer Verantwortung zwischen Individualisierung, Markt und bürgerschaftlichem Engagement. Institut für interdisziplinäre und angewandte Diakoniewissenschaft, Universität Bonn, S. 89-109
- Priddat, Birger (2003): Umverteilung. Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition, in: Lessenich Stefan (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a.M., S. 374-394
- Priore, Michael J./Sabel, Charles (1985): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin
- Redler, Elisabeth (1999): Eigenarbeits- und Reparaturzentren. Ökologische Qualität und Eigenarbeit. WZB discussion paper P99-509. Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
- Rees, William E./Wackernagel, Mathies (1995): Our Ecological Footprint – Reducing Human Impact on Earth, Gabriola Islands
- Reinecke, Karsten/Mehlis, Peter (2001): Attraktive Teilzeitarbeit schafft neue Arbeitsplätze, in: WSI-Mitteilungen 10/2001, S. 622-625
- Reisch, Lucia/Scherhorn, Gerhard (1999): Ich wär so gern ein Zeitmillionär. Güterwohlstand und Zeitwohlstand, aus: Politische Ökologie, Nr. 57/58, S. 52-56
- Reusch, Jürgen (2009): Gute Arbeit unter Druck: Deregulierung und Ökonomisierung, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 169.182
- Riedmüller, Barbara (2007): Arbeitszeit-Lebenszeit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Zukunft des Sozialstaats - Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Bonn, S. 92-98
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M.
- Rifkin, Jeremy (1997): Den Gesellschaftsvertrag stabilisieren, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11/1997, S. 611-617
- Röttger, Bernd (1993): Rezessiver Triade-Kapitalismus und weltgesellschaftliche Entwicklung. Nackenschläge erfolgreicher Weltmarktintegration, in: links 11/93, S. 13-15
- Rodenberg, Birte (2000): Von starken Frauen und schwacher Nachhaltigkeit, in: Heinrich-Böll-Stiftung – Feministisches Institut (Hrsg.): Die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre – Ein frauenpolitische Bilanz, Berlin, S. 41-56
- Roßmanith, Birgit (2003): Sozialinnovatives Wissen in der Wissensgesellschaft, München
- Rubery, Jean/Damian Grimshaw (2003): Making sense of international differences: some methodological approaches, in: Rubery and Grimshaw (Hrsg.): The Organization of Employment: An International Perspective, pages 26-50
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2012): Studie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen,

Essen

- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines Internationalen Leitbildes, in: Brand, K.-W., (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung: Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen, S. 93-110
- Sauer, Dieter (2004): Arbeiten ohne (Zeit-)Maß - Über den Zusammenhang von Arbeitszeit-, Leistungs- und Beschäftigungspolitik, Vortrag auf der Arbeitszeitkonferenz des IG-Metall-Bezirks Frankfurt am 26.01.2004
- Sauer, Dieter (2009a): Ende der Maßlosigkeit? Leistungspolitik in der Krise. Vortragsmanuskript. Tarifpolitische Fachtagung der IG Metall vom 17. bis 18. Februar 2009 im Bildungszentrum Sprockhövel
- Sauer, Dieter (2009b): Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Hauptsache Arbeit. Wandel der Arbeitswelt nach 1945, Bonn, S. 134-141
- Sauer, Dieter (2009c): Gute Arbeit statt humane Arbeit – mehr als ein Wechsel des Begriffs?, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 135-145
- Sauer, Dieter (2011): Von der „Humanisierung der Arbeit“ zur „Guten Arbeit“, in: Politik und Zeitgeschichte (APuZ 15/2011), S. 18-24; download: <http://www.bpb.de/files/59ME3U.pdf> (am 09.12.2014)
- Sauer, Ulrich (1993): Entwicklungstrends industrieller Rationalisierung, Hamburg
- Schaarschuch, Andreas (1990): Zwischen Regulation und Reproduktion. Gesellschaftliche Modernisierung und die Perspektiven sozialer Arbeit, Bielefeld
- Schaarschuch, Andreas (2004): Gemeinwesenökonomie, Sozialstaat und Bürgerstatus, in: Lindenberg, Michael/Peters, Lutz (Hrsg.): Die gelebte Hoffnung der Gemeinwesenökonomie, Bielefeld, S. 87-98
- Schachtschneider, Ulrich (2005): Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Frankfurt a.M.
- Schäfer, Claus (2006): Bedingungsloses Grundeinkommen – Absurde Utopie oder reale Möglichkeit?, in: Schäfer, Claus/Seifert, Hartmut (Hrsg.) (2006): Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI, Hamburg, S. 279-312
- Schäfer, Claus (2012): Wege aus der Knechtschaft der Märkte – WSI-Verteilungsbericht 2012, in: WSI-Mitteilungen 8/2012, S. 589-600
- Schäfer, Martina (2000): Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne: Skizzen und Widersprüche eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells, Berlin
- Scharpf, Fritz, W. (1995): Subventionierte Niedriglohn-Beschäftigung statt bezahlter Arbeitslosigkeit, in: Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., Nr. 2, S. 65-82
- Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm, Wiesbaden
- Scherhorn, Gerhard (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand. Über die Unvereinbarkeit des materiellen und immateriellen Produktivitätsbegriffs, in: Biervert, Bernd/Held, Martin (Hrsg.): Zeit in der Ökonomik, Frankfurt a.M., S. 147-168
- Scherhorn, Gerhard (1997): Das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags, in: Politische Ökologie, Nr. 50, S. 41-44
- Scherhorn, Gerhard (1998): Von der Kompensation zur Kompetenz. Über die notwendige Revision der überkommenen Vorstellungen von Arbeit, in: Politische Ökologie, Nr. 54, S. 26-29
- Scherhorn, Gerhard (2002): Wohlstand eine Optimierungsaufgabe, in: Rinderspacher, Jürgen (Hrsg.): Zeitwohlstand und Güterwohlstand, Berlin, S. 95-116
- Scherhorn, Gerhard (2009): Demokratisierung des Wohlstands, in: Wuppertalpapers: Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien, Wuppertal, S. 57-73

- Schmidt, Gert (2007): Das Thema Arbeitspolitik in der Entwicklung der deutschen Industrie- und Arbeitssoziologie bis zur „arbeitspolitischen Wende“, in: Hildebrandt, Eckart/Jürgens, Ulrich/Oppen, Maria/Teipen, Christina (Hrsg.): Arbeitspolitik im Wandel. Entwicklung und Perspektiven der Arbeitspolitik, Berlin, S. 187-202
- Schmid, Günther (2002): Beschäftigungssysteme im Vergleich, in: Ders. (Hrsg.): Wege in eine neue Vollbeschäftigung: Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Weinheim, S. 71-126
- Schmidheiny, Stephan (1993): Kurswechsel. Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt, München
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? : Faktor 10 - das Maß für ökologisches Wirtschaften, Berlin
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1995): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? : MIPS – das Maß für ökologisches Wirtschaften, Basel/Boston/Berlin
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1997): Die Dematerialisierung der Produktion und die Auswirkungen auf die Arbeit, in: Kahsnitz, D./Ropohl, G./ Schmid, A. (Hrsg.): Handbuch zur Arbeitslehre, München, S. 701-714
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1998): Das MIPS-Konzept – Faktor 10, München
- Schneider, Silke/Kerchner, Brigitte (2006): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden
- Schönberger, Klaus/Springer, Stefanie (2003): Subjektivierte Arbeit - Mensch, Organisation und Technik in einer entgrenzten Arbeitswelt, Frankfurt a.M./New York
- Scholz, Dieter/Glawe, Heiko/Martens, Helmut/Peter, Gerd/Wolf, Frieder O. (2004): Spandauer Fragen – Zur Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: Scholz, Dieter et al. (Hrsg.). Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit. Ein Tagungsband, Münster, S. 13-22
- Scholz, Anja/Stuth, Ralf (2009): Das Maß der Guten Arbeit, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 146-157
- Schreyer, Michael (1987): Grundeinkommen. Das Brot der Emanzipation oder Schweigegehd für Frauen?, in: Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.): Umbau des Sozialstaats, Essen, S. 270-276
- Schröder, Lothar/Schult, Hans-Joachim (2009): Die ver.di-Initiative Gute Arbeit, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M., S. 113-121
- Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2009): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M.
- Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2014): Gute Arbeit. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten, Frankfurt a.M.
- Schumann, Michael (2008): Kampf um Rationalisierung – Suche nach neuer Übersichtlichkeit, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7, S. 379-386
- Schulten, Thorsten (2005): Change in national collective bargaining systems since 1990, European Industrial Relations Observatory On-line, Ref: TN0207104F
- Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard/Schäfer, Claus (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg
- Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard (2013): Stabileres Tarifvertragssystem durch Stärkung der Allgemeinverbindlicherklärung?, in: Wirtschaftsdienst Heft 11/2013, S. 758-764
- Schulze Buschoff, Karin (2006). Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung, in: Siller, Peter/Dückert, Thea/Baumann, Arne (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Neue Wege in einer gerechten und emanzipativen Arbeitszeitpolitik, Berlin, S. 308-336

- Seifert, Hartmut (2004): Arbeitszeitpolitischer Modellwechsel: Von der Normalarbeitszeit zur kontrollierten Flexibilität, WSI-Diskussionspapier, Nr. 127, Düsseldorf
- Seifert, Hartmut (2006a): Die Bilanz der Arbeitsmarktflexibilisierung – und der Beschäftigungserfolg, in: Schäfer, Claus/Seifert, Hartmut (Hrsg.): Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI, Hamburg, S. 117-129
- Seifert, Hartmut (2006b): Konfliktfeld Arbeitszeitpolitik. Entwicklungslinien, Gestaltungsanforderungen und Perspektiven der Arbeitszeit; herausgegeben vom Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; download: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04303.pdf> (am 22.11.2012)
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (1998): Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Berlin
- Senghaas-Knobloch, Eva (2008): Flexible Arbeitsformen als Herausforderung der sozialen Nachhaltigkeit, in: Becke, G. (Hrsg.): Soziale Nachhaltigkeit in flexiblen Arbeitsstrukturen. Problemfelder und arbeitspolitische Gestaltungsperspektiven, Münster, S. 27-43
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin
- Serageldin, Ismail (1996): Sustainability and the Wealth of Nations. First Steps in an Ongoing Journey, Washington
- Shiva, Vandana (1995): Ökofeminismus, Zürich
- Smith, Marc/Colette Fagan/Jill Rubery (1998): Where and Why is Part-time Work Growing in Europe?, in: Jaqueline O'Reilly/Colette Fagan (Hrsg.): Part-time prospects. An international Comparison of Part-Time Work in Europe, North America and the Pacific Rim, London, pages 35-56
- Spangenberg, Joachim H. (1995): Towards Sustainable Europe, Brussels
- Spangenberg, Joachim/Spitzner, Meike/Pfahl, Maria/Deller, Kerstin (1998): Angebot zum Forschungsvorhaben 298 121 40. Methodische Weiterentwicklung von institutionellen Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung des Umweltbundesamtes, Wuppertal und Berlin, Juli 1998
- Spangenberg, Joachim (2007): Ausdifferenzierung des Nachhaltigkeitskonzepts. Von der Grenzziehung zum Komplexitätsmanagement, in: Meier, Klaus/Wittich, Evelin (2007): Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung. Beiträge und Diskussionen. Seminar des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17./18. Mai 2006, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte, Nr. 64, Berlin
- Spitzley, Helmut (1997): Höchste Zeit für neue Zeiten? Grenzen und Möglichkeiten beschäftigungsorientierter Arbeitszeitgestaltung in Betrieb und Gesellschaft, Vortragsmanuskript, März 1997
- Spitzley, Helmut (1998a): Arbeitszeit und plurale Ökonomie – Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft, in: Bierter, W./von Winterfeld, U. (Hrsg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Berlin, Boston, Basel
- Spitzley, Helmut (1998b): Neue Arbeit. Bausteine einer zukunftsfähigen Arbeitspolitik, Vortrag auf der 3. Österreichischen Armutskonferenz am 22. Oktober 1998 in Salzburg
- Spitzley, Helmut (2000): Zeit gewinnen: Bündnisse für Arbeit und Lebensqualität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/2000, S. 45-62
- Spitzley, Helmut (2006): Solidarische Arbeitsumverteilung und kurze Vollzeit, in: Siller, Peter/Dückert, Thea/Baumann, Arne (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Neue Wege in einer gerechten und emanzipativen Arbeitszeitpolitik, Berlin, S. 357-365

- Spitzner, Meike (1998): Politik statt Zeitkultur. Geschichte und Umriss des Konzepts einer öko-sozialen Zeitpolitik, in: Widerspruch, Heft 36, S. 81-95
- Spitzner, Meike (1999): Krise der Reproduktionsarbeit – Kerndimension der Herausforderung eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität, in: Hoffmann, E./Hofmeister, S./Weller, I. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Bielefeld, S. 151-168
- Spitzner, Meike (1999): Zukunftsoffenheit als Ziel. Öko-soziale Zeitpolitik – ein Gegenkonzept zur instrumentellen Zeitbewirtschaftung, in: Politische Ökologie, Nr. 57/58, S. 97-99
- Stahel, Walter R. (1991): Langlebigkeit und Materialrecycling. Strategien zur Vermeidung von Abfällen im Bereich der Produkte, Essen
- Stahmer Claus (2009): Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grundsicherung, in: Wuppertalpapers: Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Drei Szenarien, Wuppertal, S. 35-65
- Steinvorth, Ulrich (1999): Gleiche Freiheit. Politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit, Berlin
- Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (2007): Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik – Eine perspektivische Bilanz der ver.di Arbeitszeitinitiative“, in: WSI-Mitteilungen 4/2007, S. 216-220
- Stern, Mark J. (1999): Gesellschaftsanalyse und Soziale Arbeit heute – Manuel Castells "Information Age" und die Zukunft von Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik, in: SLR, Heft 38, S. 5-22
- Stieglitz, Joseph/Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris
- Stiglitz, Joseph (2012): European Central Bank in a fix over Greek debt, in: The Guardian, Business Economics blog (06.02.2012); download: <http://www.guardian.co.uk/business/economics-blog/2012/feb/06/european-central-bank-greek-debt?newsfeed=true> (am 09.03.2013):
- Straubhaar, Thomas (2006): Mindestsicherung statt Mindestlohn, in: Wirtschaftsdienst, Heft 4/2006, S. 210f
- Streeck, Wolfgang (1998): Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?, in: Ders. (Hrsg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt a.M., S. 11-58
- Strohbach, Ralf (1996): Die Agenda 21 und Versuche der Umsetzung in den Kommunen, Hannover
- Sünker, Heinz (1984): Bildungstheorie und Erziehungspraxis – Prolegomena zur Restrukturierung des Subjektbezugs in der Erziehungswissenschaft, Bielefeld
- Sünker, Heinz (1995): Theoretische Ansätze, gesellschaftspolitische Kontexte und professionelle Perspektiven Sozialer Arbeit, in: Ders., Theorie, Politik und Praxis sozialer Arbeit: Einführung in Diskurse und Handlungsfelder der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Bielefeld, S. 72-99
- Sünker, Heinz (1998): Welfare, Democracy and Social Work, in: Flösser, Gabi./Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Towards More Democracy in Social Services, Berlin/New York, S. 127-148
- Sünker, Heinz (2000): Bildung, Emanzipation und Reflexivität beim Übergang von der Arbeits- zur Wissensgesellschaft, in: Homfeld, Hans Günter/Schulze-Krüdener, Jörgen (Hrsg.): Wissen und Nichtwissen, Weinheim
- Sünker, Heinz (2001): Universität und Bildung heute, in: SLR, Heft 43, S. 46-54

- Sünker, Heinz (2002): Einzelbesprechung zu Manuel Castells (2001). Das Informationszeitalter I: Die Netzwerkgesellschaft, in: SLR, Heft 44, S. 97-98
- Sünker, Heinz (2008): Demokratische Bildungsgesellschaft oder Spätkapitalismus, in: SLR, Heft 57, S. 107-119
- Sünker, Heinz (2010): Der 'kleptokratische Steuerstaat' und Philanthropie als 'Gutmenschentum'. Wie Sloterdijk mit der 'Gesellschaftsanalyse' Schlitten fährt, in: Soziale Passagen, Volume 2, Number 1, S. 79-93
- Sünker, Heinz/Swiderek, Thomas (2010): Forschungslagen, politische Praxis und Perspektiven politischer Bildung in Deutschland. Herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 184, Reihe Bildung und Qualifizierung, Düsseldorf
- Széll, György (2002): Fifteen Challenges for a European Social Model, in: Széll, György/Cella, Gian Primo (eds.): The Injustice at Work, Frankfurt a.M., S. 588-606
- Teichert, Volker (1993): Das informelle Wirtschaftssystem. Analyse und Perspektiven der wechselseitigen Entwicklung von Erwerbs- und Eigenarbeit, Opladen
- Teichert, Volker (1995): Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe, Bd. 94, Düsseldorf
- Teichert, Volker (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, Projektpaper der Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; download: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-524.pdf> (am 09.12.2014)
- Thompson, Edward Palmer (1963): The Making of the English Working Class, London
- Thompson, Edward Palmer (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Aus dem Englischen von Lotte Eidenbenz u. a., Zwei Bände, Frankfurt a.M.
- Traxler, F./Blascke, S./Kittel, B. (2001): National Labour Relations in Internationalized Markets, Oxford
- Trischler, Falko/Kistler, Ernst (2010): Projekt Gute Erwerbsbiographien. Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel, Stadtbergen; download: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-2.pdf (am 21.03.2013)
- Trube Achim (2002): Zur Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, in: Widersprüche, Heft 83, S. 79-108
- Trube, Achim (2003): Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestate – Sozialpolitik zwischen Neujustierung und Umstrukturierung, in: Dahme, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Sozialstaat, Opladen, S. 177-203
- Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (2003): Prämissen und Folgen des Hartz-Konzepts, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 2, Düsseldorf, S. 118-123
- Truger, Achim (2004): Verteilungs- und beschäftigungspolitische Risiken aktueller Steuerreformkonzepte. Eine Analyse mit Steuerbelastungsvergleichen für konkrete Haushaltstypen, WSI-Diskussionspapier, Nr. 120, Düsseldorf
- Türk, Klaus (1995): Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation, unveröffentlichtes Manuskript, Wuppertal
- Ulrich, Peter (2008): Diskursanalyse, Diskursforschung, Diskurstheorie. Ein- und Überblick, in: Freikam, Ulrike et al. (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 42, Berlin, S. 19-32
- Unger, Brigitte (2013): Man schafft neue Sozialfälle, die am Arbeitsmarkt tätig sind, in: G.I.B.INFO 3/2013, S. 76-81
- United Nations/UN (1983): Resolutions of the 38th General Assembly, No. 38/141, New York

- United Nations World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future/Brundtland Report; download:
http://en.wikisource.org/wiki/Brundtland_Report (am 07.12.2014)
- Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (1980): Das Überleben sichern (Brandt-Bericht), Hamburg
- Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Phillip (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt a.M.
- Vester, Michael (1972): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess, 2. unveränderte Auflage der Ausgabe von 1970, Frankfurt a.M.
- Vester, Michael (1974): Solidarisierung als historischer Lernprozeß. Zukunftsperspektiven systemverändernder Praxis im neueren Kapitalismus, in: Kerbs, Diethart (Hrsg.), Die hedonistische Linke, Wien, S. 143-198
- Vester, Michael (2008): Partizipatorische oder gelenkte Demokratie. Alternativen der gesellschaftlichen Organisation in der Krise des Kapitalismus, in: SLR, Heft 57, S. 81-92
- Vester, Michael (2011): Auf dem Weg zu einem ´partizipatorischen Wohlfahrtsstaat`? Vom informationstechnologischen-neoliberalen zu einem ökotechnologisch-sozialen Entwicklungspfad, in: SLR, Heft 62, S. 79-95
- Vobruba, Georg (1984): Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, in: Widersprüche, Heft 12, Offenbach, S. 67-82
- Vobruba, Georg (1986): Die Entflechtung von Arbeiten und Essen. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und garantiertes Grundeinkommen, in: Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt a.M., S. 39-52
- Vobruba, Georg (1998): Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft, in: Eicker-Wolf, Kai et al. (Hrsg.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat, Marburg, S. 21-52
- Vobruba, Georg (2006): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, Wiesbaden, S. 71-92
- Vonderach, Gerd (1982): Eigeninitiativen, informelle Arbeit und Arbeitszeitflexibilität. Überlegungen zu einer wünschbaren Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft, in: Claus Offe et al. (Hrsg.): Arbeitszeitpolitik, Frankfurt a.M.
- Voß, G. Günter (2007a): Subjektivierung von Arbeit und Arbeitskraft. Zur Zukunft der Beruflichkeit und die Dimension Gender als Beispiel, in: Aulenbacher et al. (2007): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden, S. 97-113
- Voß, G. Günter (2007b): Entgrenzung, Selbstorganisation und Subjektivierung von Arbeit, in: Hildebrandt, Eckart/Jürgens, Ulrich/Oppen, Maria/Teipen, Christina (Hrsg.): Arbeitspolitik im Wandel. Entwicklung und Perspektiven der Arbeitspolitik, Berlin, S. 77-84
- Wagner, Alexandra (1998): Bürgerarbeit statt Erwerbsarbeit? – Bürgerarbeit ist kein geeignetes Konzept zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit, in: Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Hrsg.): Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Berlin, S. 174-186
- Wagner, Björn (2009): Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte. Leitbilder, Motive und Interessen, Diskussionspapier im Auftrag des Gesprächskreises Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Wallerstein, Immanuel (1984): Der Historische Kapitalismus, Berlin
- Walther, Rudolf (1990): Arbeit - Ein begriffsgeschichtlicher Überblick von Aristoteles bis

- Ricardo, in: Leviathan SH 11, S. 3-25
- Wanger, Susanne (2011): Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit – Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht 9/2011, Nürnberg
- Wanger, Susanne/Weber, Enzo (2014): Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern 2012, IAB-Aktuelle Daten und Indikatoren, Nürnberg
- Weigel, Johannes (1997): Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten, in: Asta – Uni Hannover (Hrsg.): Nachhaltige Weltbilder. Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung, Kongreßreader, Hannover, S. 25-45
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Weizsäcker, Christine (1979): Recht auf Eigenarbeit statt Pflicht zum Wachstum, in: Scheidewege - Vierteljahresschrift für skeptisches Denken, Jahrgang 9, Heft 2, 2. Quartal 1997, S. 221-234
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1990): Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 2. Auflage, Darmstadt
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1992): Ökologischer Strukturwandel als Antwort auf den Treibhauseffekt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16, S. 33-38
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von et al. (1995): Faktor Vier – doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch; der neue Bericht an den Club of Rome, München
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Hargroves, Karlson/Smith, Michael (2010): Faktor Fünf – Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Werlhof, Claudia von (1983): Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: Technologie und Politik 20: Frauen die letzte Kolonie, Hamburg
- Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Frauen die letzte Kolonie, Hamburg
- Werner, Götz (2008): Einkommen für alle, Köln
- Wilhelmy, Veit (2008): Der politische Streik. Materialien zu einem Tabu, Frankfurt
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (1988): Bericht 1986-1987, Berlin
- Wolf, Frieder Otto (2004a): Gegenwärtige Fragen der Arbeitspolitik, in: Scholz, Dieter et al. (Hrsg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster, S. 60-79
- Wolf, Frieder Otto (2004b): Nachwort: Wie finden wir gemeinsame Perspektiven für (eine) „Neue Arbeit“ in einer und für eine nachhaltige Entwicklung ?, in: Scholz, Dieter et al. (Hrsg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster, S. 235-251
- Wolf, Sabine (1998): Erwerbsarbeit und Hausarbeit – Zum dualen Denken in der Ökonomie und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis, in: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hrsg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Berlin; Boston; Basel, S. 194-212
- Wuppertal Institut (2006): Jahrbuch 2005/2006, Wuppertal
- Ziegler, Astrid (2005): Erwerbseinkommen, in: Hans-Böckler Stiftung (Hrsg.): WSI-FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Frauen, Düsseldorf, S. 241-305
- Zimmermann, Anette (2002): Dritter Sektor und Soziales Kapital, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor – Nr. 19, Münster
- Zimpelmann, Beate/Endl, Hans-Ernst (2008, Hrsg.): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt. Ökologische Nachhaltigkeit. Drei Wege ein Ziel, Bonn

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Drei-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit	188
Abbildung 2: Das Vier-Perspektiven Modell der Nachhaltigkeit	190
Abbildung 3: Die autonome Marktökonomie	226
Abbildung 4: Die eingebettete Ökonomie.....	226
Abbildung 5: Das Konzept der Mischarbeit.....	251

Abkürzungsverzeichnis

AEntG	Arbeitnehmerentsendegesetz
AVE	Allgemeinverbindlicherklärung
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
Attac	Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGM	Betriebliches Gesundheitsmanagement
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUKO	Bundeskongress umwelt- und entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CSR	Corporate Social Responsibility
DBV	Deutscher Bauernverband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
DNR	Deutscher Naturschutzring
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FR	Frankfurter Rundschau
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade

GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GPI	Genuin Progress Indicator
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
HBS	Hans-Böckler-Stiftung
HdA	Humanisierung des Arbeitslebens
HdBA	Hochschule der Bundesagentur für Arbeit
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAQ	Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen
IG Bau	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
INQA	Initiative Neue Qualität der Arbeit
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin
IPPC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
ISEW	Index of Sustainable Economic Welfare
IUCN	International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources
iz3w	Informationszentrum Dritte Welt
PKV	Private Krankenversicherung
MERCOSUR	Mercado Comundi Cono Sur
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NGOs	Nichtregierungsorganisationen
RaE	Recht auf Einkommen
ISEREOR	Hilfswerk der römisch-katholischen Kirche in Deutschland
NABU	Naturschutzbund Deutschland
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der westlichen Industrieländer

RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
SLR	Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SoVD	Sozialverband Deutschland
SZ	Süddeutsche Zeitung
TVG	Tarifvertragsgesetz
TiSA	Trade in Services Agreement
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UNO	United Nations Organisation
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNEP	United Nations Environment Programm
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
WCED	World Commission on Environment and Devellopment
WI	Wuppertal Institut für Klima und Energie GmbH
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung
WTO	Word Trade Organization
WWF	Worldwide Fund for Nature (auch: World Wildlife Fund)
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Anhang: Grafiken und Tabellen

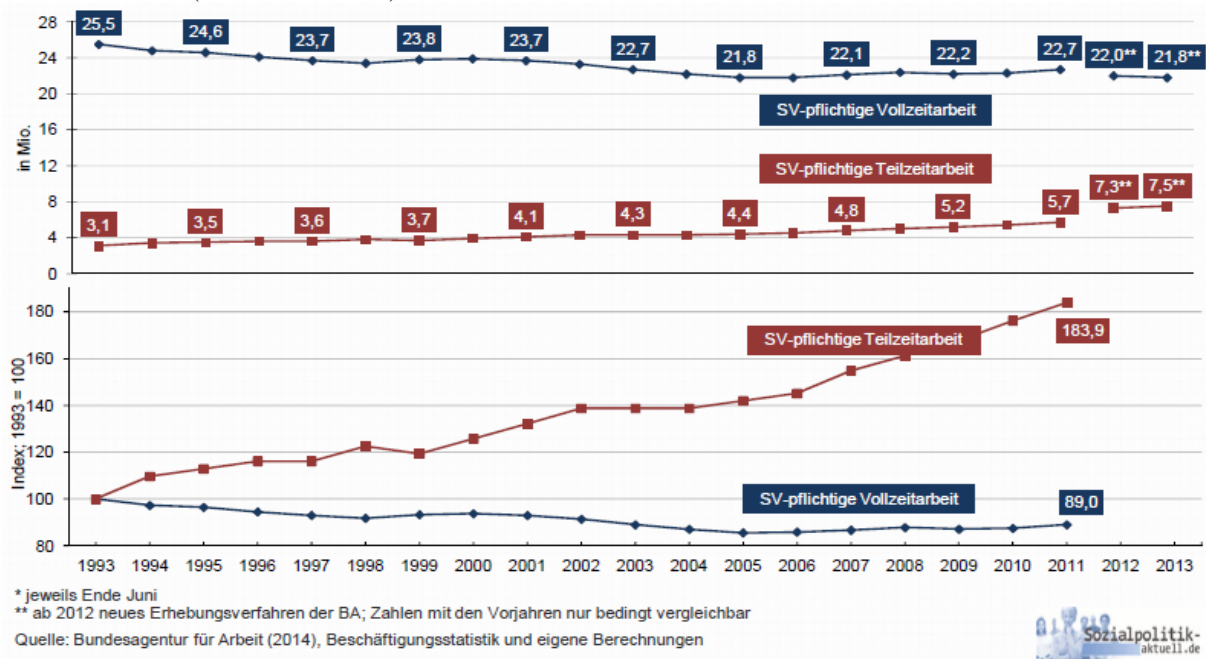
Anmerkung:

Die folgenden Grafiken und Tabellen wurden unter Mitarbeit des Verfassers (T.B.) an der Universität Duisburg-Essen im Rahmen des Projektes 'Sozialpolitik-aktuell.de'³⁸³ erstellt.

Grafik I:

Sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitbeschäftigung* 1993-2011/2013

In Mio. und in % (Index 1993 = 100)

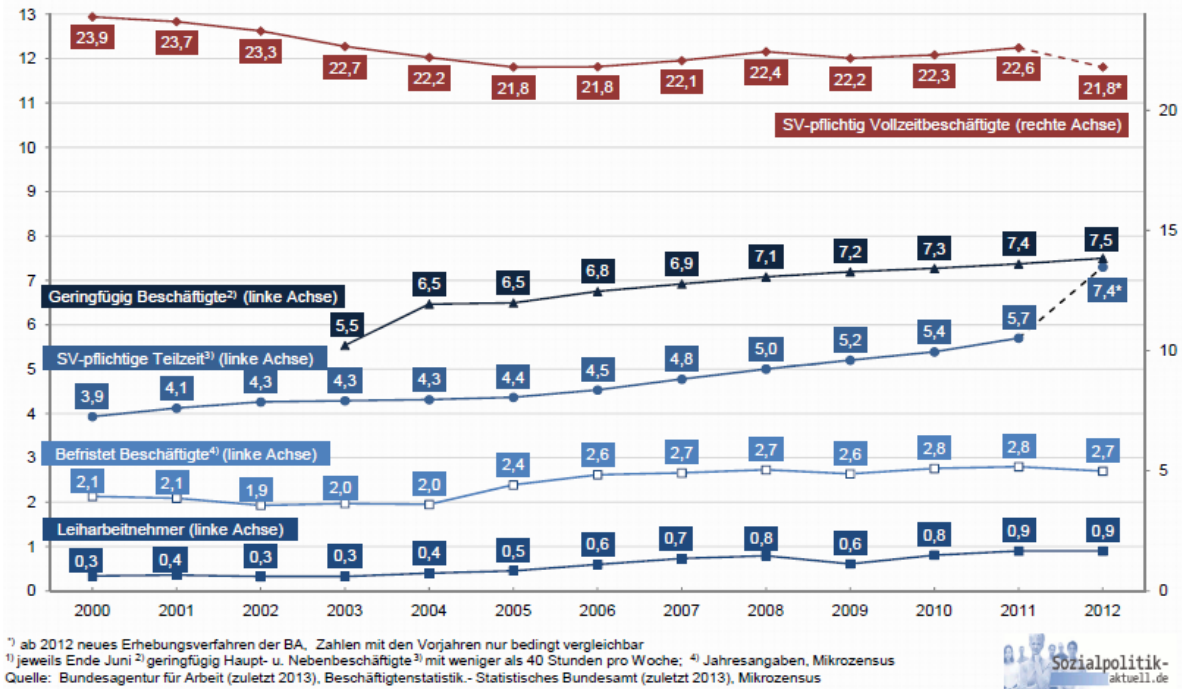


Quelle und download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV8c.pdf

³⁸³ Das von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Projekt und Webportal 'Sozialpolitik-aktuell.de' (unter der Leitung von Prof. Dr. Gerhard Bäcker und Dr. Claudia Weinkopf) des 'Instituts für Arbeit und Qualifikation' (IAQ) der Universität Duisburg-Essen ist eines der bekanntesten wissenschaftlichen Informationsportale zur Sozialpolitik in Deutschland. Laut Projektinfo „bietet das Informationsportal Sozialpolitik-aktuell - wissenschaftlich fundierte - Berichte und Stellungnahmen, Gesetze und rechtliche Neuregelungen sowie eine umfassende Sammlung von Infografiken & Tabellen zu dem Themenspektrum der Sozialpolitik und sozialen Lage in Deutschland. Dabei übergreift das (laufend aktualisierte) Angebot des Internetportals das gesamte Spektrum der Sozial- und Gesellschaftspolitik ... und zielt darauf ab, die Nutzer wissenschaftlich exakt über Sachverhalte, Forschungsergebnisse, empirisch fundierte Erkenntnisse, Trends, Positionen und Neuregelungen zu informieren. Besonders Augenmerk liegt in diesem Zusammenhang auf der Gegenüberstellung von kontroversen Forschungsergebnissen sowie politischen Stellungnahmen, als einen Beitrag zur kritischen Aufklärung, sowie den über 500 kommentierten Präsentationsgrafiken. Dieses Angebot ist darauf ausgerichtet, den gängigen Angriffen auf den Sozialstaat Daten und Fakten entgegenzustellen“ (<http://www.iaq.uni-due.de/projekt/2013/sozialpolitik.php>; download am 26.08.2014).

Grafik II:

Abhängig Beschäftigte in atypischen Erwerbsformen 2000 bis 2012

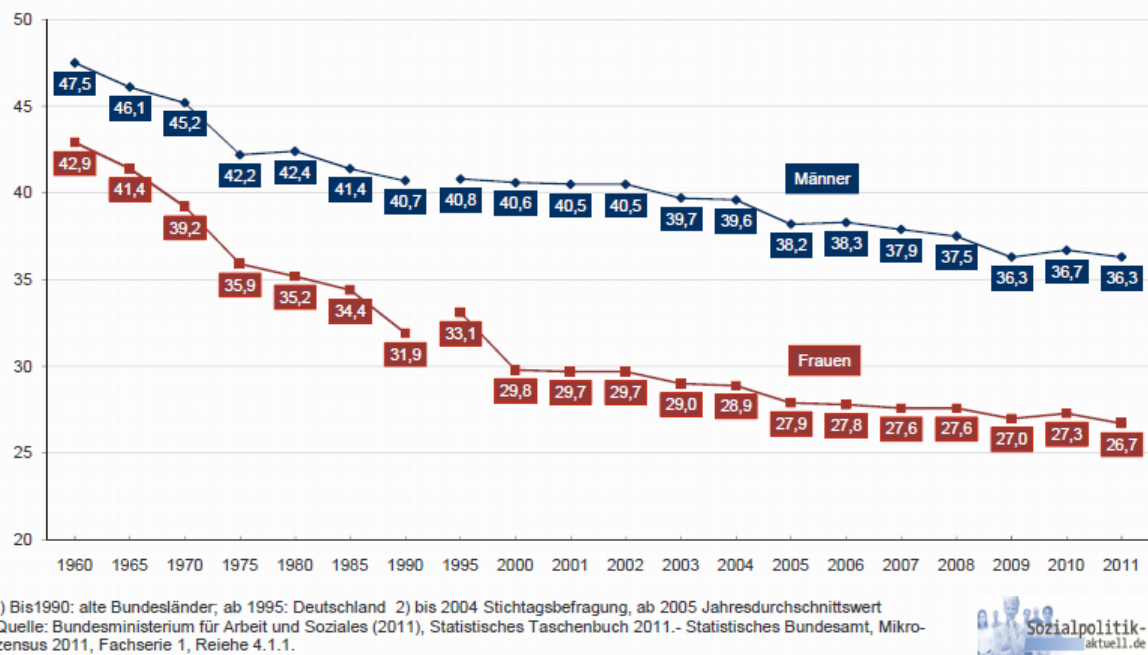


Quelle und download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV29.pdf

Grafik III:

Entwicklung der Wochenarbeitszeit nach Geschlecht 1960 – 2011

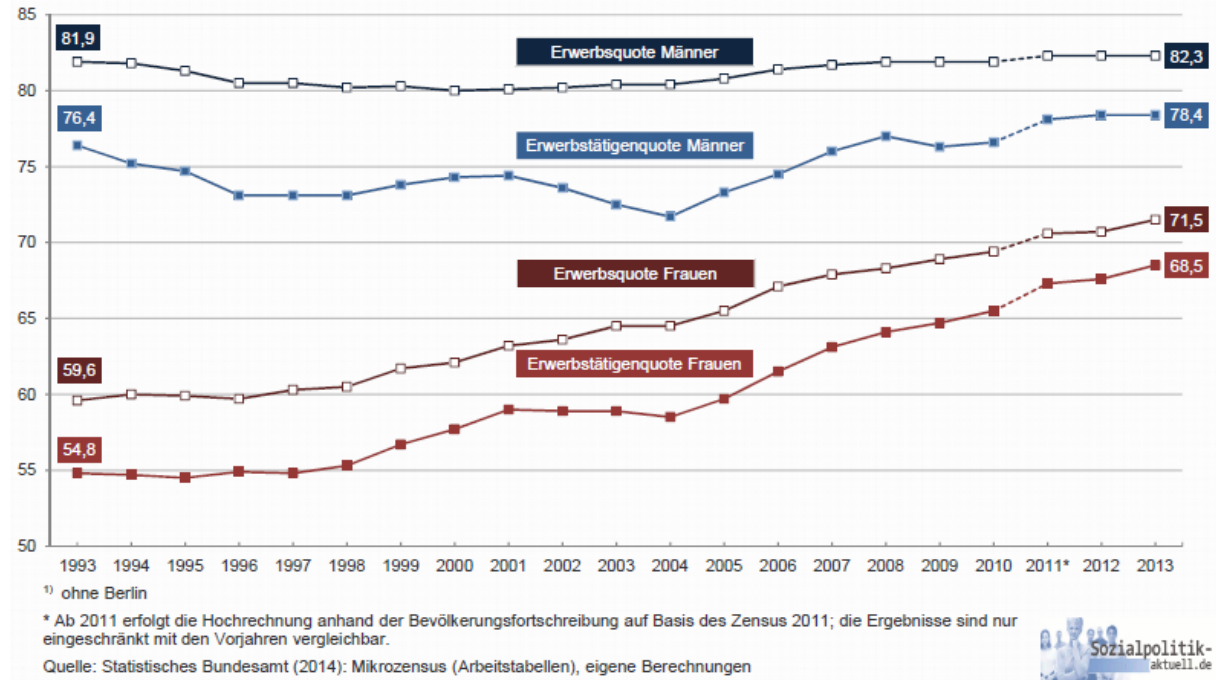
Durchschnittlich tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit der Erwerbstätigen in Stunden (inkl. Teilzeitarbeit)



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbV9.pdf

Grafik IV:

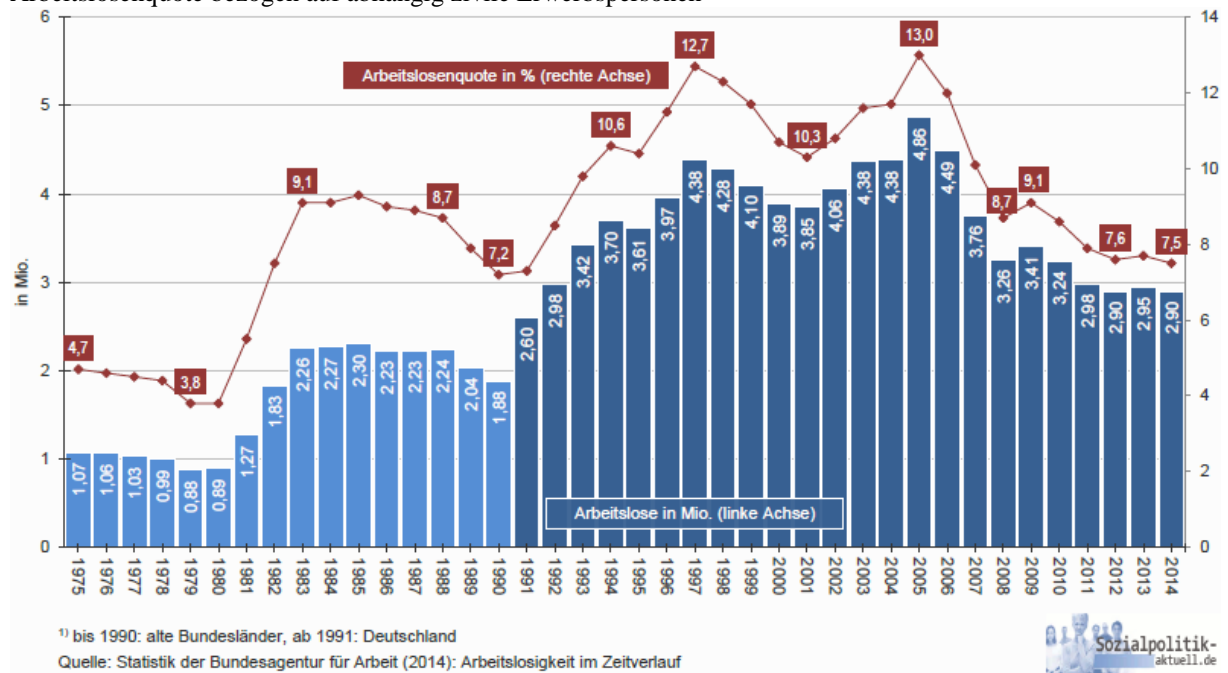
Entwicklung der Erwerbstätigen- und Erwerbsquoten in den alten Bundesländern¹⁾
 1993 – 2013
 in % der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren



Quelle und download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV13.pdf

Grafik V:

Arbeitslose und Arbeitslosenquote 1975 – 2014
 Arbeitslosenquote bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen

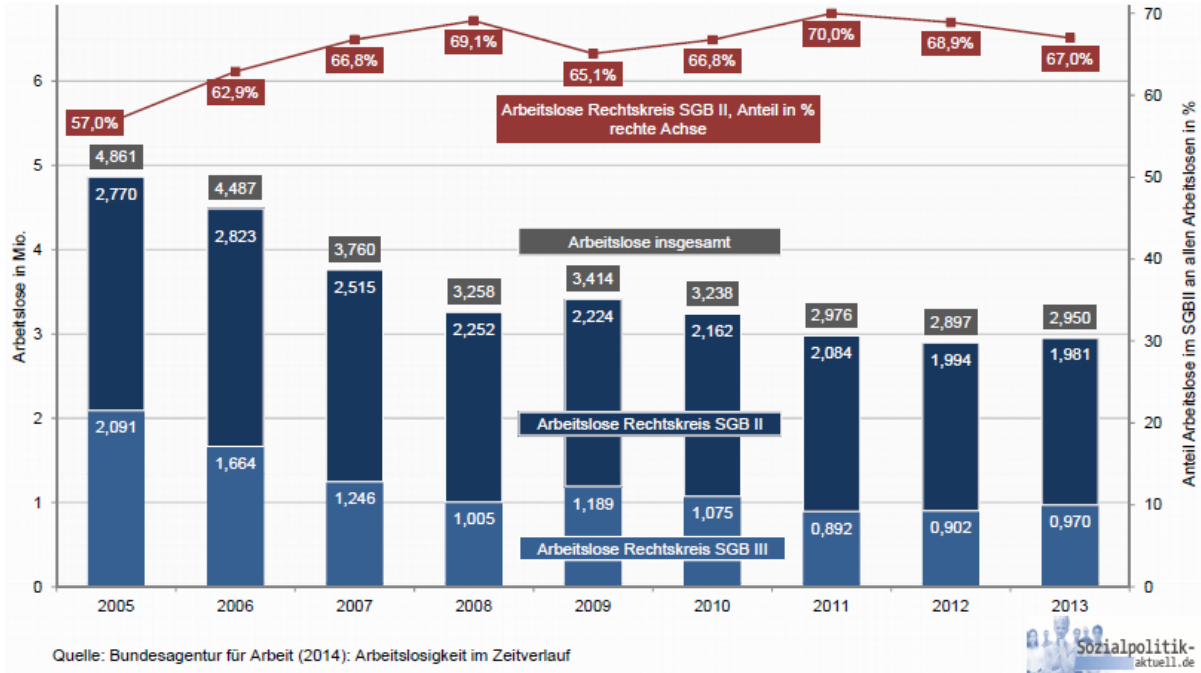


Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV33.pdf

Grafik VI:

Arbeitslose in den Rechtskreisen SGB II und SGB III 2005 – 2013

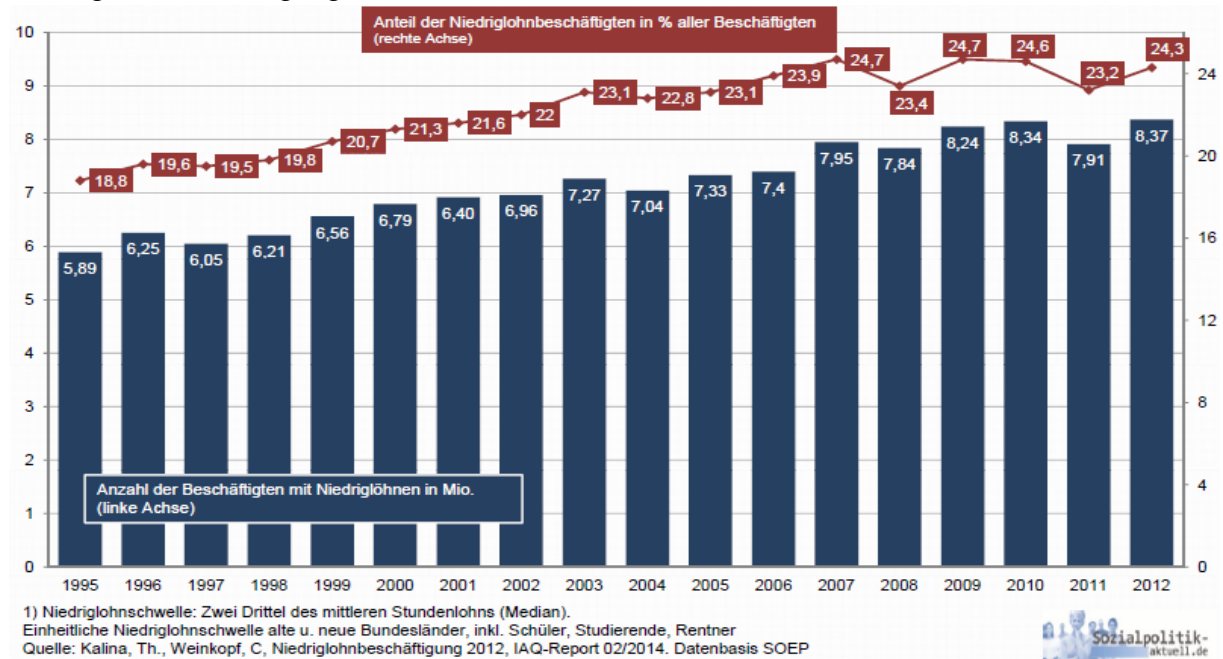
Arbeitslose in Mio.; Anteil der Arbeitslosen im SGB II an allen Arbeitslosen in %



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV39.pdf

Grafik VII:

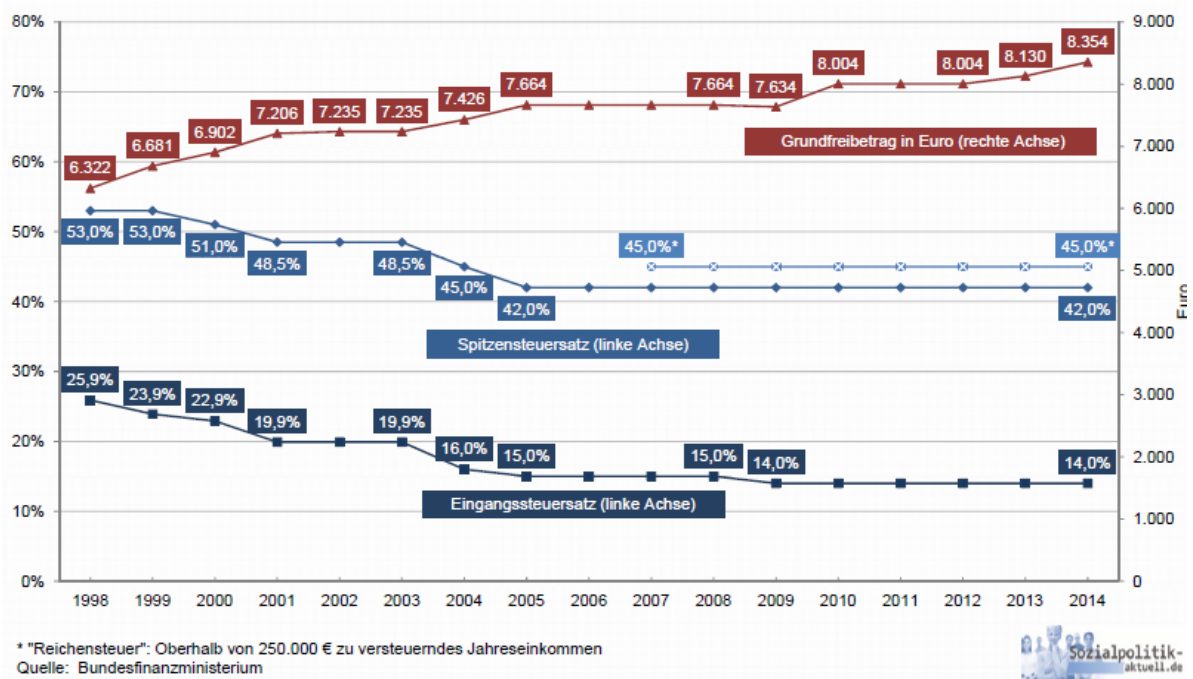
Niedriglohnbeschäftigung¹ in Deutschland 1995 – 2012



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII32.pdf

Grafik VIII:

Eckwerte im Einkommenssteuertarif 1998 bis 2014

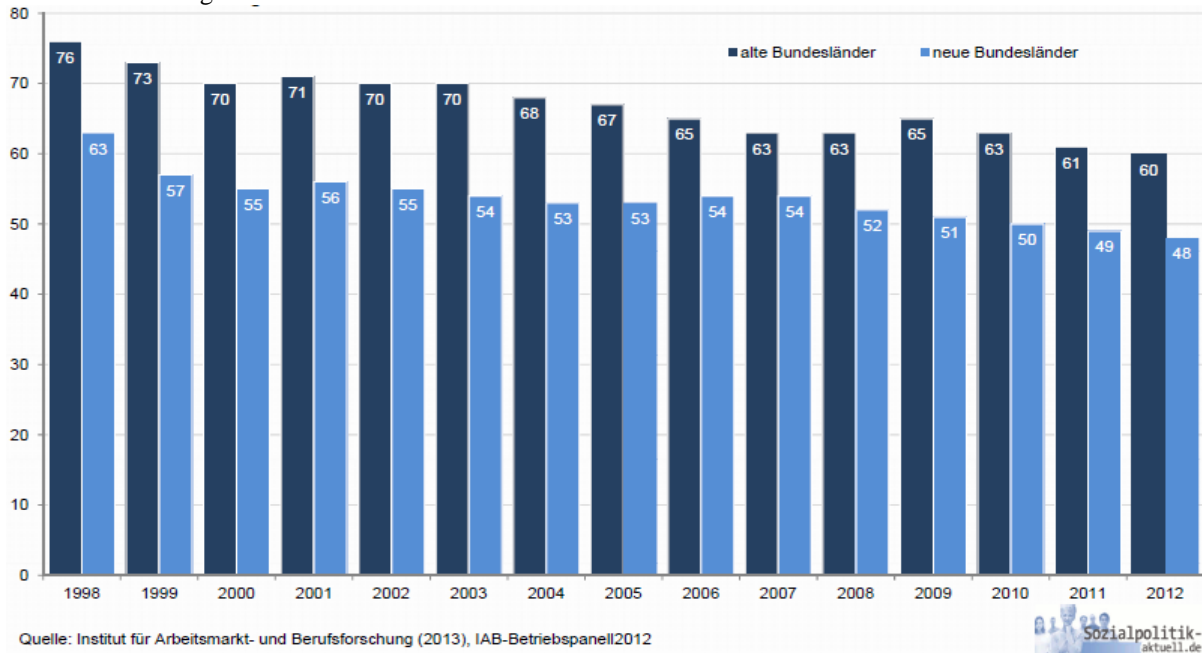


Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII19.pdf

Grafik IX:

Tarifbindung in den alten und neuen Bundesländern 1996 bis 2012

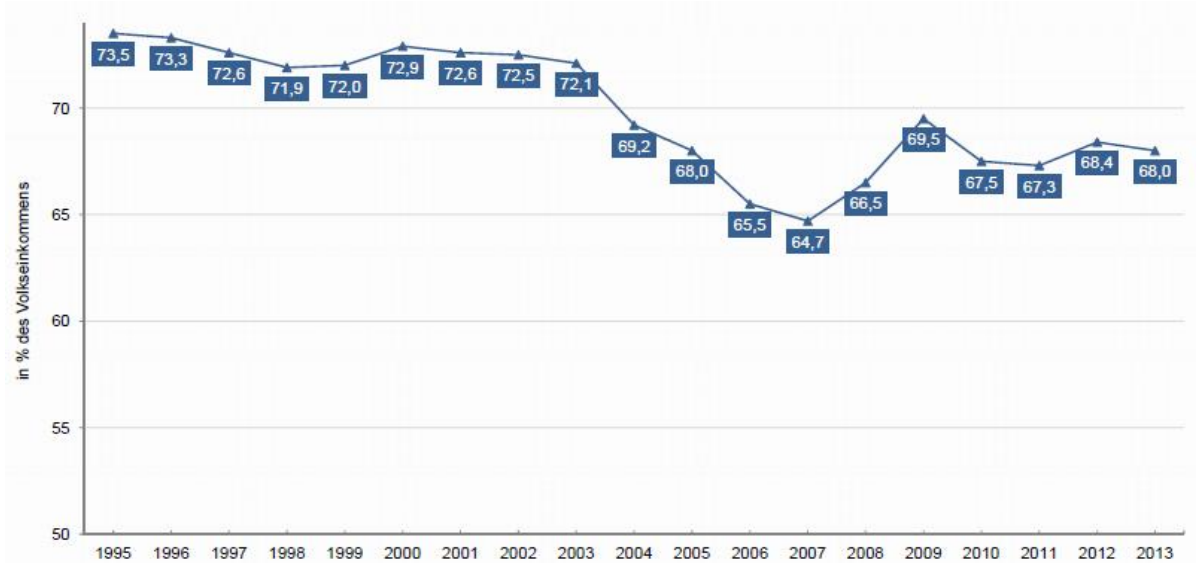
In % der Beschäftigten



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII8.pdf

Grafik X:Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote¹ 1995 – 2012

In % des Volkseinkommens



¹⁾ Strukturbereinigte Lohnquote = Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit in % des Volkseinkommens, bereinigt um die Veränderung der Erwerbstätigenstruktur

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (mehrere Jahrgänge)

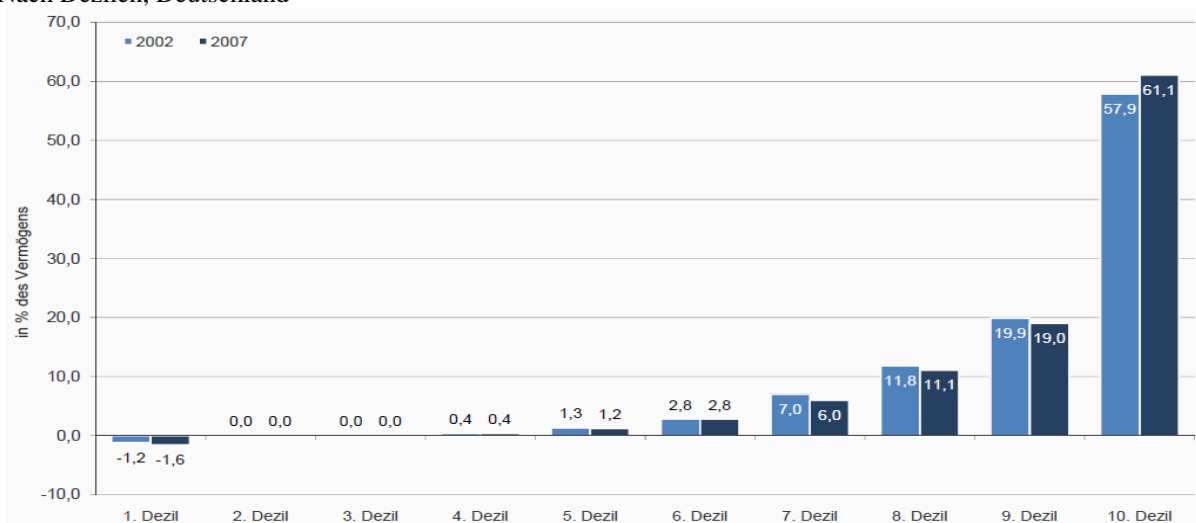


Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII54.pdf

Grafik XI:

Individuelles Nettovermögen 2002 und 2007

Nach Dezilen, Deutschland



* Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quelle: Frick, Joachim, Grabka, Markus (2009), Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland; in: DIW- Wochenbericht Nr. 4/2009



Quelle und Download (am 15.03.2013): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII28.pdf

Tabelle I:

Tatsächliche, vereinbarte und gewünschte Wochenarbeitszeiten nach Erwerbsform und Geschlecht im Jahr 2012

	Vollzeit		Teilzeit				Insgesamt	
	Männer	Frauen	reguläre		geringfügig		Männer	Frauen
			Männer	Frauen	Männer	Frauen		
Tatsächliche Wochenarbeitszeit	44,2	42,1	26,2	24,9	13,7	11,6	42,0	32,0
Vereinbarte Wochenarbeitszeit	39,6	38,4	24,5	22,9	14,8	11,1	38,3	29,9
Gewünschte Wochenarbeitszeit	39,2	36,3	29,4	25,6	21,3	17,5	37,9	30,0
Differenz gewünschte - vereinbarte Wochenarbeitszeit	-0,4	-2,2	+4,9	+2,7	+6,5	+6,5	-0,3	+0,0

Datenbasis: SOEP 2012

Quelle: Wanger, S., Enzo Weber (2014): Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern 2012, IAB- Aktuelle Daten und Indikatoren



Quelle und download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsbedingungen/Datensammlung/PDF-Dateien/tabV8.pdf

Tabelle II:

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden 1960-2013

Jahr ¹⁾	Erwerbstätige Personen in 1.000	Geleistete Arbeitsstunden	
		der Erwerbstätigen Mio. Std.	je Erwerbstätigen Stunden
1960	26.063	56.382	2.163
1965	26.765	55.329	2.067
1970	26.618	52.075	1.956
1975	26.221	47.122	1.797
1980	27.377	47.611	1.739
1985	27.533	45.663	1.659
1990	30.276	47.412	1.566
1991	38.621	59.666	1.545
1995	37.601	57.503	1.529
2000	39.144	57.659	1.473
2005	38.976	55.775	1.431
2010	40.587	57.004	1.405
2011	41.152	57.835	1.405
2012	41.608	57.973	1.393
2013	41.841	58.072	1.388
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
1960/1970	0,2	- 0,8	- 1,0
1970/1980	0,3	- 0,9	- 1,1
1980/1990	1,1	0,0	- 1,0
1991/2000	0,2	- 0,4	- 0,5
2000/2010	0,4	- 0,1	- 0,4
2010/2013	3,1	1,9	- 1,2

¹⁾ 1970 bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

Quelle: IAB(2005), Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten.- Werte 2005: IAB (2014), Arbeitsmarkt, Kurzbericht 04/2014 und eigene Berechnungen



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/tabIV46.pdf

Tabelle III:Erwerbstätige mit flexiblen Arbeitszeiten 1991 und 2012¹

	1991				2010			
	insg. in 1.000	in %	Männer in %	Frauen in %	insges. in 1.000	in %	Männer in %	Frauen in %
Erwerbstätige insg.	37.445	100	100	100	38.662	100,0	100,0	100,0
Darunter: mit Wochenend-, Schicht- und/oder Nachtarbeit	15.711	42,0	45,6	36,8	23.149	59,5	63,7	54,4
Darunter :mit regelmäßiger ²⁾								
- Wechselschicht	4.855	13,0	15,2	9,8	2.626	6,7	7,0	6,4
- Samstagsarbeit	8.127	21,7	20,6	23,3	6.735	17,2	15,8	19,1
- Sonn- und/oder Feiertagsarbeit	4.030	10,8	11,0	10,5	4.074	10,5	9,8	11,3
- Nachtarbeit	3.219	8,6	11,1	5,1	2.626	6,7	8,5	4,6
Darunter: mit gelegentlicher ²⁾								
- Wechselschicht	625	1,7	2,1	1,1	558	1,4	1,6	1,3
- Samstagsarbeit	5.612	15,0	18,5	10,1	8.233	21,1	25,1	16,5
- Sonn- und/oder Feiertagsarbeit	3.495	9,3	11,5	6,3	5.639	14,5	16,5	12,1
- Nachtarbeit	2.026	5,4	7,2	2,8	2.392	6,1	8,2	3,7

¹⁾ Datenbasis Mikrozensus: 2005 wurde die Erhebung des Mikrozensus von einer festen Berichtswoche auf ein Verfahren mit gleitender Berichtswoche umgestellt. Die Werte nach 2005 stellen somit Jahresdurchschnittswerte dar und sind mit früheren Angaben nur bedingt vergleichbar.

²⁾ Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Statistisches Bundesamt (1992; 2011): Mikrozensus, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Wiesbaden (eigene Berechnungen)



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsbedingungen/Datensammlung/PDF-Dateien/tabV6.pdf

Tabelle IV:

Armut und Niedrigeinkommen 1985 bis 2011

In % der Bevölkerung; Äquivalenzeinkommen im Monat (real)

	75%-Mittelwert* (Niedrigeinkommen)	60%-Median** (Armutsquote)	50%-Mittelwert*** (Armut)
1992	31,9	10,3	7,4
1995	33,2	11,2	9,1
2000	30,3	10,9	8,0
2005	34,7	12,6	10,0
2010	35,5	13,8	11,4
2011	37,3	13,5	11,8

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel

*) 75%-Grenze des Durchschnittseinkommens (arithmetisches Mittel), neue OECD-Skala;

**) 60%-Grenze des Medianeinkommens, neue OECD-Skala;

***) 50%-Grenze des Durchschnittseinkommens (arithmetisches Mittel), neue OECD-Skala;

Quelle: Goebel, J., Habich, R., Krause, P., Einkommensentwicklung: Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.)(2013), Datenreport 2013, Wiesbaden.



Quelle und Download (am 21.08.2014): http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/tabIII10.pdf